Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis **7**

Abbildungsverzeichnis **9**

Variablen und mathematische Symbole **11**

Vorwort **13**

1 Einleitung: Problemstellung und Methoden **15**
1.1 Wahlsysteme, Parteiensysteme und politische Repräsentation. 15
1.2 Theoretische Probleme und Zielstellungen 19
1.3 Methodische Lösungsvorschläge und Entscheidungen. 32

2 Wahlsysteme im "kumulativen" Forschungsprozess **45**
2.1 Wahlsysteme und Parteiensysteme. 45
2.2 Wahlsysteme und politische Repräsentation 67
2.3 Zusammenfassung 80

3 Wahlsysteme in ungleichen Kontexten **83**
3.1 Wahlsysteme in "etablierten" und in "neuen" Demokratien. 84
3.2 Pfadabhängigkeit und Differenzierung in Osteuropa 95
3.3 Untersuchungsmodell und -strategie 110
3.4 Zusammenfassung 120

4 Wahlsysteme in "alten" und in "neuen" Demokratien **121**
4.1 Definition und Operationalisierung von Wahlsystemen 121
4.2 Die Wahlsysteme in den postkommunistischen Vergleichsstaaten 136
4.3 Die Wahlsysteme in etablierten Demokratien 153
4.4 Zusammenfassung 156

5 Wahlsysteme und Parteiensysteme **157**
5.1 Definition und Operationalisierung von Parteiensystemen 157
5.2 Die Parteiensysteme in etablierten Demokratien. 164
5.3 Die Parteiensysteme in den postkommunistischen Vergleichsstaaten 199
5.4 Fragmentierung in der Vergleichs- und Kontrollgruppe 211
5.5 Zusammenfassung 212

6 Wahlsysteme und strategische Koordination **215**
6.1 Definition und Operationalisierung von strategischer Koordination 216
6.2 Die lokalen Parteiensysteme im einzelnen Wahlkreis 223
6.3 Der Mechanismus strategischer Koordination im Wahlkreis 241
6.4 Von der Wahlkreisebene zur nationalen Ebene 258
6.5 Zusammenfassung 269

7 Wahlsysteme und politische Repräsentation 271
7.1 Definition und Operationalisierung von Repräsentationsqualität 272
7.2 Die formale Disproportionalität von Stimmen und Mandaten 286
7.3 Die materielle Repräsentationsqualität 298
7.4 Fallorientierte, formale und materielle Analysen 304
7.5 Zusammenfassung 330

8 Fazit: Zum "Constitutional Engineering" 333

Literaturverzeichnis 353

Tabellenverzeichnis

1.1 Qualität der Demokratie in Osteuropa (Freedomhouse-Rankings) 37

3.1 Programmatisches Strukturierungspotenzial in den postkommunistischen Vergleichsstaaten 108

4.1 Fünf einstufige Verhältniswahlsysteme in den postkommunistischen Vergleichsstaaten 140
4.2 Neun zwei- und mehrstufige Verhältniswahlsysteme in den postkommunistischen Vergleichsstaaten 144
4.3 Sieben kombinierte Wahlsysteme in den postkommunistischen Vergleichsstaaten. 150

5.1 Analysen zum psychologischen Effekt in etablierten Demokratien (abhängige Variable: N_v) 182
5.2 "Time-Series-Cross-Section"-Analysen zum psychologischen Effekt in etablierten Demokratien (abhängige Variable: N_v) 187
5.3 Analysen zum mechanischen Effekt in etablierten Demokratien (abhängige Variable: N_m) 192
5.4 Filterwirkung des psychologischen Effekts 194
5.5 "Time-Series-Cross-Section"-Analysen zum mechanischen Effekt in etablierten Demokratien (abhängige Variable: N_m) 198
5.6 Analysen zum psychologischen Effekt in den postkommunistischen Vergleichsstaaten (abhängige Variable: N_v) 202
5.7 Analysen zum mechanischen Effekt in den postkommunistischen Vergleichsstaaten (abhängige Variable: N_m) 209

6.1 Mehrebenenmodelle zum psychologischen Effekt in etablierten Demokratien (abhängige Variable: N'_v) 232
6.2 Mehrebenenmodelle zum psychologischen Effekt in den postkommunistischen Vergleichsstaaten (abhängige Variable: N'_v) 237
6.3 Mehrebenenmodelle zum mechanischen Effekt in den postkommunistischen Vergleichsstaaten (abhängige Variable: N'_m) 240
6.4 Einerwahlkreise in den postkommunistischen Vergleichsstaaten 255
6.5 Analysen zur Nationalisierung von Parteien in den postkommunistischen Vergleichsstaaten (abhängige Variable: H_P) 264
6.6 Analysen zur Nationalisierung von Parteiensystemen in den postkommunistischen Vergleichsstaaten (abhängige Variable: H_{N_v}) 267

7.1 Analysen zur Disproportionalität in etablierten Demokratien (abhängige Variable: D_{LSq}; $\log_{10} D_{LSq}$) 287
7.2 Analysen zur Disproportionalität in den postkommunistischen Vergleichsstaaten (abhängige Variable: D_{LSq}; $\log_{10} D_{LSq}$) 292

7.3 “Wasted votes” in den postkommunistischen Vergleichsstaaten 296
7.4 Politische Positionen der Elektorate in den postkommunistischen Vergleichsstaaten, Links-Rechts-Skala 299
7.5 Materielle Korrespondenz bei Mehrheits- und Verhältniswahl 301

Abbildungsverzeichnis

1.1 Das Grundmodell soziologischer Erklärungen . . . 31
1.2 Verfügbarkeit von aggregierten Wahldaten in den elf Vergleichsstaaten . . . 39

2.1 "Mechanische" Effekte auf das parlamentarische Parteiensystem . . . 57
2.2 "Psychologische" Effekte auf das vorparlamentarische Parteiensystem . . . 64
2.3 Das "cube law" . . . 70
2.4 Das "Gesetz vom Erhalt der Disproportionalität" . . . 75
2.5 Wahlsysteme und materielle Repräsentationsqualität . . . 77

3.1 Kommunistische Herrschaft, Transitionstyp und Demokratisierungsgrad . . . 100

5.1 Typen und Typologien von Parteiensystemen . . . 159
5.2 Psychologische Effekte in etablierten Demokratien . . . 181
5.3 Interaktionseffekte von Wahlsystem und sozialer Heterogenität in etablierten Demokratien . . . 185
5.4 Mechanische Effekte in etablierten Demokratien . . . 191
5.5 Partielle Regressionsdiagramme zum Interaktionseffekt von Wahlsystem (M_{eff}) und Strukturierungsgrad ($Legacy$) . . . 206
5.6 Interaktionseffekte von Wahlsystem und Strukturierung des politischen Wettbewerbs in den postkommunistischen Vergleichsstaaten . . . 208
5.7 Wahlsysteme und soziale Heterogenität in etablierten Demokratien . . . 212
5.8 Wahlsysteme und "Leninist Legacies" in den postkommunistischen Vergleichsstaaten . . . 213

6.1 Theoretische Verteilung des Indikators SF . . . 220
6.2 Ein hierarchisches Mehrebenenmodell: Wahlkreis, Parlamentswahl und Vergleichsstaat . . . 224
6.3 Binnenmodelle der Effekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme in etablierten Demokratien . . . 234
6.4 Binnenmodelle der Effekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme in den postkommunistischen Vergleichsstaaten . . . 236
6.5 Effective Number of Electoral Parties (N'_v) und SF in 176 ungarischen Einerwahlkreisen, 1990–2002 . . . 242
6.6 Effective Number of Electoral Parties (N'_v) und SF in 71 litauischen Einerwahlkreisen, 1992–2000 . . . 247
6.7 Effective Number of Electoral Parties (N'_v) und SF in 225 russischen Einerwahlkreisen, 1993–1999 . . . 250
6.8 Effective Number of Electoral Parties (N'_v) und SF in 225 ukrainischen Einerwahlkreisen, 1994–2002 . . . 253
6.9 Binneneffekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme in den postkommunistischen Vergleichsstaaten . . . 258

6.10 Territoriale Heterogenität der osteuropäischen Parteien 266

7.1 Ein hypothetisches Proportionalitätsprofil 276
7.2 Grafische Illustration der materiellen Repräsentationsqualität 285
7.3 Distorsionseffekte in etablierten Demokratien 289
7.4 Programmatische Kristallisierung und Beliebigkeit in den postkommunistischen Parteiensystemen 305
7.5 Das tschechische Parteienspektrum, 1996–2002 308
7.6 Das slowakische Parteienspektrum, 1998 309
7.7 Das polnische Parteienspektrum, 1991–2001. 312
7.8 Das ungarische Parteienspektrum, 1990–2002. 315
7.9 Das bulgarische Parteienspektrum, 1991 und 2001. 318
7.10 Das rumänische Parteienspektrum, 1990–2000 320
7.11 Das estnische Parteienspektrum, 1992–1999 323
7.12 Das lettische Parteienspektrum, 1998 323
7.13 Das litauische Parteienspektrum, 1992–2000. 324
7.14 Das russische Parteienspektrum, 1995–1999 327
7.15 Das ukrainische Parteienspektrum, 1998 328

8.1 Die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen in etablierten Demokratien . . . 341
8.2 Die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen in den postkommunistischen Vergleichsstaaten. 342

Variablen und mathematische Symbole

ΔM	materielle, richtungspolitische Distorsion durch den mechanischen Effekt ($\overline{M}_m - \overline{M}_v$)
ΔP	materielle, richtungspolitische Distorsion durch den psychologischen Effekt ($\overline{M}_v - \overline{M}_{pref}$)
ΔReg	materielle, richtungspolitische Distorsion durch die Regierungsbildung ($\overline{M}_{Reg} - \overline{M}_{pref}$)
ΔRep	gesamte richtungspolitische Distorsion durch den mechanischen und den psychologischen Effekt ($\lvert\Delta P + \Delta M\rvert$)
D_β	Indikator für die Überrepräsentation großer Parteien (*Big Party Bias*)
D_I	Disproportionalitätsindikator nach Rae ($0 \leq D_I \leq 1$)
D_{LH}	Disproportionalitätsindikator nach Loosemore und Hanby (*Index of Distortion*; $0 \leq D_{LH} \leq 1$)
D_{LSq}	Disproportionalitätsindikator nach Gallagher (*Least Squares Index*; $0 \leq D_{LSq} \leq 1$)
H_{N_v}	Indikator für den Anteil der parteiensystemischen Fragmentierung, der durch territoriale Heterogenität entsteht ($0 \leq H_{N_v} \leq 1$)
H_P	Indikator für die territoriale Heterogenität der Parteien
$Legacy$	Typologie der postkommunistischen *Legacies* ($0 \leq Legacy \leq 8$)
m_i	Mandatsanteil der Partei i auf der nationalen Ebene
m'_i	Mandatsanteil des Kandidaten/ der Liste i auf der Wahlkreisebene
M	Anzahl der Mandate in einem nationalen Wahlkreis
M_{eff}	effektive Wahlkreisgröße (*Effective Magnitude*) auf der nationalen Ebene
M'_{eff}	effektive Wahlkreisgröße (*Effective Magnitude*) im einzelnen Wahlkreis
$\overline{M}$	durchschnittliche Wahlkreisgröße
$\overline{M}_m$	richtungspolitische Präferenzen des parlamentarischen Parteiensystems, gemessen auf einer Links-Rechts-Skala ({1} = "Links"; {10} = "Rechts")
$\overline{M}_{pref}$	richtungspolitische Präferenzen des Elektorats, gemessen auf einer Links-Rechts-Skala ({1} = "Links"; {10} = "Rechts")
$\overline{M}_{Reg}$	richtungspolitische Präferenzen der Einpartei- bzw. Koalitionsregierung, gemessen auf einer Links-Rechts-Skala ({1} = "Links"; {10} = "Rechts")
$\overline{M}_v$	richtungspolitische Präferenzen des gewählten Parteiensystems, gemessen auf einer Links-Rechts-Skala ({1} = "Links"; {10} = "Rechts")
N_{eth}	*Effective Number of Ethnic Groups*, ethnische Fragmentierung eines Vergleichsstaats
N_{rel}	*Effective Number of Religious Groups*, religiöse Fragmentierung eines Vergleichsstaats

N_m	*Effective Number of Parliamentary Parties*, parlamentarische Fragmentierung auf der nationalen Ebene
N'_m	*Effective Number of Parliamentary Parties*, parlamentarische Fragmentierung auf der Wahlkreisebene
N_{pres}	*Effective Number of Presidential Candidates*, effektive Kandidatenzahl bei einer Präsidentschaftswahl
N_v	*Effective Number of Electoral Parties*, vorparlamentarische Fragmentierung auf der nationalen Ebene
N'_v	*Effective Number of Electoral Parties*, vorparlamentarische Fragmentierung auf der Wahlkreisebene
$Pres$	*Dummy*-Variable (0 = indirekt gewählter Staatspräsident; 1 = direkt gewählter Staatspräsident)
$Proximity$	zeitliche Nähe/ Distanz von direkten Präsidenten- und Parlamentswahlen ($0 \leq Proximity \leq 1$)
$Ratio$	Konzentration des vorparlamentarischen Parteiensystems im Parlament (N_v / N_m)
σ_{prog}	Indikator für die programmatische Kristallisierung von Parteiensystemen
SF	Stimmenverhältnis des zweiten und ersten Wahlverlierers (*second loser*/ *first loser*; $0 \leq SF \leq 1$)
t	Systemzeit; gemessen ab dem Beginn der Transformationsphase 1990 ($0 \leq t \leq 12$)
v_i	Stimmenanteil der Partei i auf der nationale Ebene
v'_i	Stimmenanteil des Kandidaten/ der Liste i, auf der Wahlkreisebene
V_P	Volatilitätsindikator nach Pedersen ($0 \leq V_P \leq 1$)

Vorwort

Diese Studie behandelt ein "klassisches" Thema der vergleichenden Politikwissenschaft auf eine, mindestens nach meiner Sicht der Dinge, innovative Weise; sie fragt nach den politischen Konsequenzen von Wahlsystemen und untersucht dabei besonders die Robustheit institutioneller Effekte über unterschiedliche kulturelle und soziopolitische Kontexte hinweg. Die Maßstäbe für die Beurteilung von Wahlsystemen werden dabei aus den teils konfligierenden Positionen der Mehrheits- und Konsensdemokratie hergeleitet, sodass die Fragen nach den kontextabhängigen Effekten von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen und die Qualität politischer Repräsentation im Fokus der wissenschaftlichen Analyse und im Zentrum des praktisch-politischen Interesses stehen.

Der hier publizierte Text ist eine stark gekürzte Fassung meiner Dissertation, die im Sommersemester 2005 von der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) angenommen wurde. Die Arbeit an dieser Studie begann an der Universität Greifswald, sie wurde in Frankfurt (Oder) fortgeführt und abgeschlossen. An beiden Orten, und einigen weiteren, bin ich vielen Kolleginnen und Kollegen zum Dank verpflichtet, das gilt in Greifswald etwa für Hubertus Buchstein, Detlef Jahn, Dirk Jörke, Volker Pesch, Susanne Pickel, Ingo Take, Walter Rothholz und Reinhard Wolf; besonders die Anwesenheit von Harald Neymanns hat die Lebensqualität im Nordosten des Landes sehr gehoben. An der zweiten Station, in Frankfurt (Oder), schulde ich Timm Beichelt, Jörg Jacobs, Olaf Müller, Gert Pickel und Jan Wielgohs Dank. Diese Liste könnte beinah beliebig erweitert werden; leider fehlt jedoch an dieser Stelle der Raum alle einzeln zu nennen, aber ich werde bestimmt niemanden vergessen.

Erstgutachter meiner Dissertation war Detlef Pollack. Ihm verdanke ich nicht nur die Einbindung in ein anregendes und kooperatives Arbeitsumfeld an der Europa-Universität Viadrina. Er hat sich zudem bereit erklärt, die Betreuung einer bereits recht fortgeschrittenen Arbeit zu übernehmen, und er hat das auf eine sehr faire und angenehme Weise getan. Dafür danke ich ihm sehr herzlich. Dirk Berg-Schlosser, der bereits meine Diplomarbeit in Marburg betreute, hat diesmal "nur" das Zweitgutachten geschrieben; er hat diesen "Abstieg" mit großer Würde getragen und für die Disputation den Weg an die deutsch-polnische Grenze nicht gescheut. Dafür und für die in jeder Phase angenehme "Abwicklung" des Verfahrens gebührt ihm großer Dank.

Schließlich liegen die "Stützen" einer umfangreichen (und langwierigen) Arbeit nicht nur im akademischen, sondern auch, und besonders, im persönlichen Umfeld. Dabei möchte ich zunächst meine Eltern, Christa und Karl-Heinz Tiemann, nennen, die mir im Studium und danach stete, über rein Materielles weit hinaus gehende Unterstützung gewährt haben. Besonderen Dank schulde ich jedoch Alexandra Schwell, und zwar für weit mehr als ich hier ausführen kann und möchte. Deshalb ist ihr dieses Buch gewidmet.

Frankfurt (Oder) und Berlin, den 15. Februar 2007

Guido Tiemann

1 Einleitung: Problemstellung und Methoden

Die Transformationsprozesse in Lateinamerika und Osteuropa haben institutionalistischen Perspektiven zu neuer Konjunktur verholfen. Freie Wahlen sind nicht das einzige, hinreichende Kriterium, um ein demokratisches politisches System zu bestimmen, freie Wahlen sind jedoch die *conditio sine qua non* für die Einrichtung eines demokratischen politischen Systems.[1] In dieser Optik bezieht sich Demokratisierung auf zwei wesentliche Desiderate, einmal auf die Bestellung einer verantwortlichen und handlungsfähigen Legislative, deren Effektivität gerade bei der Bewältigung und konkreten Gestaltung des politischen und ökonomischen Systemwechsels gefragt ist, und weiter auf die Inklusion und Repräsentation der wahlberechtigten Bürger im Parlament, die das wesentliche Scheidungskriterium von Diktatur und Demokratie ist und die demokratische Legitimation politischer Entscheidungen erst herstellt.

1.1 Wahlsysteme, Parteiensysteme und politische Repräsentation

Die Erfüllung beider Zielstellungen, die Errichtung von effektiver politischer Handlungsfähigkeit und die Herstellung demokratischer Legitimität, ist in der repräsentativen Demokratie eine Funktion politischer Parteien und Parteiensysteme, die Gesellschaft und staatliches Institutionensystem verbinden. Der Systemwechsel in Osteuropa war dabei besonders herausfordernd, denn gleichermaßen die Transformation vormals "totalitärer" Systeme und die Transformation osteuropäischer Staaten schufen eine umfangreiche politische Agendaliste und eine Vielzahl komplexer historischer Belastungen. In Osteuropa erzeugte allem voran das "Dilemma der Gleichzeitigkeit" (Offe 1991) von politischem und ökonomischem Systemwechsel, in vielen Staaten der Region verwirkt mit den komplexen Problemen der "Staatlichkeit", einen enormen politischen Regelungsbedarf. Dem standen jedoch häufig defizitäre Optionen zur Institutionalisierung politischer Handlungsfähigkeit entgegen. Die "multiplen Vergangenheiten" (Elster et al. 1998: 35-37) der einzelnen osteuropäischen Staaten markieren weiterhin ein vielfältiges Konfliktpotenzial, sowohl zwischenstaatlich als auch innerhalb der einzelnen Nationalstaaten der Region (vgl. exemplarisch Evans und Whitefield 1993; Ost 1993; Roskin 1993; Schöpflin 1991; dagegen Kitschelt et al. 1999: 391-407).

Die plötzliche Öffnung der politischen Systeme für die kompetitive Massenpolitik ließ dann als Konsequenz keine verankerten, institutionalisierten Parteien und Parteiensysteme zu, sondern beförderte das, was Giovanni Sartori (1976: 244-245) als "fluid party polities" bezeichnet hat: Erstens war ein auffälliges Charakteristikum der osteuropäischen Sys-

1 Minimalistische Bestimmungen von Demokratie, die freie Wahlen als einziges, hinreichendes Definitionskriterium eines demokratischen politischen Systems bestimmen, vertreten etwa, im Anschluss bei Joseph A. Schumpeter (2000), Huntington (1991: 5-13); Przeworski (1991: 10-11) und Przeworski et al. (1996: 50-51). Dagegen haben vor allem Terry L. Karl und Philippe C. Schmitter frühzeitig vor dieser Verkürzung, der "fallacy of electoralism", gewarnt: "(...) however central to democracy, elections occur intermittently and only allow citizens to chose between the highly aggregated alternatives offered by political parties, which can, especially in the early stages of a democratic transition, proliferate in a bewildering variety" (Schmitter und Karl 1991: 78; vgl. auch Karl 2000 und zusammenfassend Diamond 1999: 8-10).

temwechsel die enorme Proliferation von politischen Parteien. Viele von ihnen qualifizieren sich, nach den Maßstäben der etablierten "westlichen" Parteiensoziologie (vgl. etwa die klassischen Konzepte von Duverger 1959; Epstein 1979; Janda 1980; Sartori 1976; von Beyme 1994; 1999; 2000b), nicht als funktionsfähige politische Parteien, sondern allenfalls als programmatisch kaum konturierte und gesellschaftlich nur rudimentär verankerte "Protoparteien". Dies verweist auf das zweite wesentliche Charakteristikum postkommunistischer Parteienlandschaften, ihre fortgesetzten, beinah tumultösen Umbrüche. Dazu zählen neben den spektakulären Zusammenbrüchen vormals etablierter politischer Kräfte der rasante Aufstieg neuer Gruppierungen, die stete Fusion und Spaltung bestehender Kräfte und damit die teils extremen Schwankungen ihrer Stimmen- und Mandatsanteile, bestimmt als eine hohe Volatilität (vgl. statt vieler Birch 2003: 119-135; Mair 1997: 175-198; Olson 1998: 460-463). Diese Rahmenbedingungen schufen Konstellationen, die weder die Herstellung und Stabilisierung einer handlungsfähigen Exekutive noch die "inklusive" politische Repräsentation der gesellschaftlichen Gruppen und der politischen Präferenzen im Parlament ermöglichen.

Diese Defizite, die die politische Effektivität und die Legitimität der politischen Systeme Osteuropas infrage stellen, sind der Ansatzpunkt von "Electoral" und/ oder "Constitutional Engineering" (Norris 2004; Sartori 1994). Wenn freie und demokratische Wahlen ein Basiselement der Transformationsprozesse sind, gilt das gleiche für ihre institutionelle Grundlage, Wahlrecht und Wahlsystem. Institutionelle Optionen sind, anders als etwa politische Kultur, gesellschaftliche Konfliktstrukturen oder ökonomische Rahmendaten, einer bewussten, kurzfristigen Gestaltung und Manipulation zugänglich. Auf diese Option machen bereits Taagepera und Shugart (1989b: 4) aufmerksam: "Compared to other components of political systems, electoral systems are the easiest to manipulate with specific goals in view. (...) This does not mean that electoral rules are easy to change but the other components are usually even harder to change". Damit verbinden die "Verfassungsingenieure" die Erwartung, auch in ungünstigen und/ oder turbulenten funktionalen Kontexten die Bedingungen für effektives politisches Handeln und eine legitime politische Repräsentation künstlich, gleichsam am "Reißbrett" politischer oder politikwissenschaftlicher Technokraten entwerfen und herstellen zu können.

Die von Sartori vorgeschlagenen Eingriffe zielen vor allem auf zwei zentrale Aspekte, das Regierungssystem, mit den Basisalternativen Parlamentarismus und Präsidentialismus, und das Wahlsystem, mit den Grundtypen Mehrheits- und Verhältniswahl. "Verfassungsingenieur" Sartori schreibt Wahlsystemen fundamentale Konsequenzen für die Effektivität politischen Handelns und die Qualität politischer Repräsentation zu: "Not only are electoral systems the most manipulative instrument of politics; they also shape the party system and affect the spectrum of representation" (Sartori 1994: ix); auch Arend Lijphart (1994a: 1) schließt sich dieser Bewertung dezidiert an: "(...) the electoral system is the most fundamental element of representative democracy". Freilich endet der Konsens Sartoris und Lijpharts mit der Betonung der *generellen* Bedeutung von Wahlsystemen, denn *inhaltlich* favorisiert Sartori stets "starke" Wahlsysteme, die zur parlamentarischen Mehrheitsbildung beitragen und die Regierungsbildung erleichtern sollen, und Lijphart insistiert auf den Vorzügen einer breiten, inklusiven Repräsentation aller gesellschaftlichen Gruppen und Präferenzen im Parlament.

Zwei Dimensionen abhängiger Variablen

Diese Studie befasst sich, vor dem Hintergrund der genannten theoretischen Basisprämissen und des abgesteckten Problempotenzials, mit den politischen Konsequenzen von Wahlsystemen im Kontext des osteuropäischen Systemwechsels. Die Leitfragen dieser Evaluierung betreffen die Effekte von Wahlsystemen auf das Format, also die Fragmentierung, des Parteiensystems und auf die Qualität politischer Repräsentation. Die Auswahl der beiden Explananda ist gleichermaßen theoretisch wie empirisch begründet, denn sie zielen sowohl auf wesentliche Elemente von Mehrheits- und Konsensdemokratie als auch auf grundlegende politisch-praktische Probleme im Systemwechsel.

Die mehrheitsdemokratische Perspektive

Projiziert auf das von Arend Lijphart (1977; 1984; 1999) aufgespannte Universum von Mehrheits- und Konsensdemokratien, bestimmt die erste abhängige Variable dieser Studie, das Format des Parteiensystems, die Effizienzdimension.[2] Vertreter mehrheitsdemokratischer Ansätze begreifen Wahlsysteme als effizienzorientierte Regeln zur Begrenzung parteiensystemischer Fragmentierung und, als direkte Konsequenz, zur vereinfachten Bestellung handlungsfähiger Exekutiven. Die Konzentration des richtungspolitischen Spektrums auf ein parlamentarisches Zweiparteiensystem ermöglicht unmittelbar die Regierungsbildung durch die Parlamentsmehrheit einer einzelnen Partei; die Wähler entscheiden damit, idealtypisch, nicht nur über die Zusammensetzung des Parlaments, sondern sie wählen quasidirekt die Regierung aus. Weitere Vorzüge dieser Konzentrierung politischer Macht betreffen die direkte Zurechenbarkeit, die Transparenz getroffener Entscheidungen und damit letztlich die Verantwortlichkeit der Regierung; schließlich gelten Zweiparteiensysteme als besonders responsiv zum Wählerwillen (Norris 2004: 68-74; Powell 2000: 20-43).

Verhältniswahl und fragmentierte Parlamente werden dagegen aus mehrheitsdemokratischer Perspektive als ineffizient charakterisiert; sie verkomplizieren die Regierungsbildung, produzieren schwache, instabile Kabinette und lähmen die politische Handlungsfähigkeit. Da die Wähler nicht direkt über die Regierungsbildung entscheiden können, sondern Koalitionsregierungen letztlich als Resultat von wenig transparenten Verhandlungen der parlamentarischen Eliten entstehen, wird zudem die Verantwortlichkeit der Exekutive verunklärt und die Responsivität des gesamten politischen Systems gefährdet.

Keine andere Variable hat bei der Analyse der politischen Konsequenzen unterschiedlicher Wahlsysteme eine mit der Fragmentierung der Parteiensysteme vergleichbare Beachtung erfahren. Das Format des Parteiensystems gilt als *das* fundamentale Kriterium zur Scheidung von Mehrheits- und Konsensdemokratien (vgl. etwa Armingeon 2002: 89). Die von Maurice Duverger (1959: 219) kodifizierten Regeln, die Mehrheitswahl produziere ein Zweiparteiensystem, während die Verhältniswahl Vielparteiensysteme erzeuge, gehören zu den prominentesten Hypothesen in der vergleichenden Politikwissenschaft; dem schließt sich eine umfangreiche empirisch ausgerichtete, datenanalytische Literatur an, die den

2 Die Typologie von Mehrheits- und Konsensdemokratien wurde maßgeblich von Arend Lijphart (1977; 1984; 1999) ausgearbeitet und gehört nun zum grundlegenden Instrumentarium vergleichender Politikwissenschaft. Den aktuellen Stand von Diskussion und Kritik geben etwa Andeweg (2000), Bogaards (2000) und Schmidt (2000: 338-355) wieder; zudem beleuchtet eine Debatte im *European Journal of Political Research* einige kritische Positionen (Armingeon 2002; Schmidt 2002) mit einer Replik Lijpharts (2002a).

Kausalzusammenhang empirisch geprüft und, mindestens für das Vergleichsset langfristig stabiler, westlicher Demokratien, meist bestätigt hat.

Die konsensdemokratische Perspektive

Die zweite abhängige Variable dieser Studie, die Qualität politischer Repräsentation, zielt dagegen auf die Legitimitätsdimension. Vertreter konsensorientierter Ansätze begreifen Wahlsysteme alternativ als einen politischen Mechanismus, der eine adäquate, "proportionale" Abbildung der Wählerpräferenzen im Parlament herstellen soll, und sie greifen vor allem die Effekte von Wahlsystemen auf die Qualität demokratischer Repräsentation heraus. Im Zentrum des konsensdemokratischen Modells steht als Zielstellung die breite parlamentarische Repräsentation aller gesellschaftlich relevanten Akteure. Die direkte Übertragung gesellschaftlicher Diversität in das zentrale politische Institutionensystem bestimmt die notwendige Voraussetzung einer an Konsens, Verhandlung und Kompromiss orientierten Entscheidungsfindung. Damit soll der politische Entscheidungsprozess nicht mehr nur responsiv zur Mehrheit, sondern responsiv "to as many people as possible" (Lijphart 1984: 4) sein. In dieser Konstruktion entscheiden die Wähler nicht unmittelbar über die Regierungsbildung, sondern ihre politischen Präferenzen werden in einem "mehrstufigen Prozess" abgebildet (Powell 2000: 201-229).

Mehrheitswahl und institutionell konzentrierte Zweiparteiensysteme gelten aus konsensdemokratischer Perspektive als exklusiv, denn sie schließen signifikante Minderheiten potenziell von der Partizipation am demokratischen Prozess aus. Das ist vor allem problematisch, wenn Mehrheitswahlsysteme in Staaten mit tiefer gesellschaftlicher Fragmentierung und schroffer Polarisierung der politischen Lager eingerichtet werden. Wird etwa in einem mehrheitsdemokratischen Institutionengefüge eine gesellschaftliche Gruppe dauerhaft von einer anderen majorisiert, steht die Legitimität des gesamten politischen Systems zunehmend infrage (vgl. etwa DiPalma 1990). Darüber hinaus widersprechen ganz generell die "winner-take-it-all methods" (Lijphart 1999: 142) den Anforderungen einer "fairen" politischen Repräsentation. Kritiker betonen zudem die soziopolitischen Bedingungen für ihre modell- und erwartungsgemäße Funktion, denn der mehrheitsdemokratische Idealtyp funktioniere voraussetzungsvoller als die konsensdemokratische Alternative (vgl. detailliert Powell und Vanberg 2000).

Beide antithetische Entwürfe, der mehrheitsdemokratische Ansatz der Machtkonzentration und das konsensdemokratische Konzept der Machtdispersion, zerfallen, wie G. Bingham Powell (2000: 175; 201) unterstreicht, in jeweils zwei Komponenten. Erstens bezieht sich das normative Element auf die eben skizzierten Zielstellungen im Bereich der abhängigen Variablen Fragmentierung des Parteiensystems und Qualität politischer Repräsentation. Neben dieser normativen Fundierung enthalten beide Entwürfe aber auch empirische Hypothesen, die behaupten, dass ein bestimmtes institutionelles *Design* die normativ wünschenswerten Resultate auch tatsächlich herstelle. Der Fokus der hier vorgestellten Argumentation bezieht sich ganz auf die systematische Evaluierung dieser empirischen Hypothesen, nicht auf die letztlich allein normativ mögliche Abwägung der grundlegenden Vorzüge und Nachteile von Mehrheits- und Konsensdemokratie.

Die konkreten, empirischen Wahlsysteme Osteuropas, Mehrheitswahl, Verhältniswahl und kombinierte Wahlsysteme, werden in dieser Untersuchung an beiden Dimensionen,

Effektivität und Legitimität, gemessen. Dabei werden zwei verschiedene *Sets* kausaler Hypothesen empirisch getestet. Einmal beziehen sich *allgemeine Hypothesen* auf das "Conventional Wisdom" der klassischen Institutionenlehre und des "neuen Institutionalismus" (vgl. zu den Effekten auf Parteiensysteme Cox 1997; Duverger 1959 und zu den Effekten auf politische Repräsentation Gallagher 1991; Loosemore und Hanby 1971; Powell 2000; Powell und Vanberg 2000). Das zentrale Argument greift aber die Robustheit der gefundenen Zusammenhänge über heterogene soziopolitische Kontexte hinweg auf. Im Folgenden wird nämlich argumentiert, dass die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen, die in vielen empirischen Tests im Vergleichsset etablierter Demokratien gezeigt werden konnten, auf Funktionsvoraussetzungen im soziopolitischen Kontext, vor allem auf die Institutionalisierung der Parteiensysteme, verwiesen sind.

Wenn weiter gezeigt werden kann, dass diese Kontextvariable beeinflusst wird durch die pfadabhängigen Konsequenzen des Systemwechsels in Osteuropa, müssen die etablierten Thesen der vergleichenden Politikwissenschaft revidiert und auf heterogene Kontextfaktoren zugeschnitten werden. Im Zentrum der Argumentation stehen deshalb zweitens Formulierung und Test *kontextsensitiver Hypothesen* zum Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme und politische Repräsentation im osteuropäischen Systemwechsel, und das theoretische Ziel der Studie ist die Formulierung und systematische Prüfung theoretischer Aussagen zu den Wirkungen von Wahlsystemen unter den besonderen Bedingungen des Systemwechsels in Osteuropa.

1.2 Theoretische Probleme und Zielstellungen

Die kontextsensitive Analyse der Effekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme und politische Repräsentation bedarf, um theoretisch tragfähig und empirisch ertragreich zu sein, der Diskussion und Bearbeitung einiger konzeptioneller Probleme, die sowohl allgemeine Aspekte der Wahlsystemforschung als auch die besonderen Effekte von Wahlsystemen im Kontext des Systemwechsels betreffen. Deshalb werden hier sechs theoretische und konzeptionelle Problemkomplexe herausgegriffen, die im Folgenden besprochen werden:

- die effektive Reichweite politischer Institutionen,
- die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen,
- das Endogenitätsproblem politischer Institutionen,
- Funktionsbedingungen politischer Institutionen,
- Wahlsysteme und ihr soziopolitischer Kontext in Osteuropa und
- das Grundmodell soziologischer Erklärungen.

Die folgenden Abschnitte diskutieren diese sechs theoretischen Problemkomplexe und skizzieren auf dieser Grundlage ein kontextsensitives Modell zur Analyse von Wahlsystemen in Osteuropa.

Die effektive Reichweite politischer Institutionen

Die Erforschung politischer Institutionen und ihr systematischer Vergleich markieren den klassischen Kanon politikwissenschaftlicher Analysen (einen disziplingeschichtlichen Abriss bieten Eckstein und Apter 1963). Die institutionalistische Tradition blieb jedoch meist rein deskriptiv, und ihre vornehmlichen Gegenstände waren die Beschreibung verschiedener Erscheinungsformen politischer Systeme und der "Verfassungsvergleich" etablierter Demokratien; dieser traditionelle Institutionalismus beschäftigte sich nahezu ausschließlich mit rechtlich kodifizierten, formalen Institutionen (vgl. etwa die klassischen Beiträge von Friedrich 1937; Loewenstein 1959). Die Transformationen der internationalen Staatenwelt legten, spätestens seit Beginn der Fünfzigerjahre, die Defizite dieser rein makroanalytischen Perspektive offen. Der Behavioralismus, das neue theoretische und methodologische Paradigma der Sozialwissenschaften, verschob den analytischen Fokus von der Makroebene politischer Systeme und formaler Institutionen auf die Mikroebene handelnder und entscheidender Individuen. Eng damit verbunden waren die rigorose Ausrichtung auf empirisch beobachtbare, operationalisierbare Explananda, eine am Leitbild der Naturwissenschaften geformte systematische Kausalanalyse und die stete Fortentwicklung quantitativer Analysetechniken. Das klassische Themenfeld politischer Institutionen bezeichnet in dieser Perspektive nur eine abhängige, von den Präferenzen und vom Verhalten einzelner Akteure abgeleitete Variable (von Beyme 2000a: 111-122).

Der "neue" Institutionalismus entstand, wie der Behavioralismus, gleichermaßen im Eindruck einer Transformation der Staatenwelt (statt vieler Huntington 1991). Die Demokratisierungsprozesse der "dritten Welle" lieferten empirische Argumente für die Bedeutung politischer Institutionen, und sie verwiesen auch auf die Konsequenzen fehlender Konsolidierung im institutionellen Bereich. Theoretisch bedeutet der Neoinstitutionalismus weit mehr als nur eine Neuauflage des alten Paradigmas; es geht weniger um die rigide Klassifikation von Verfassungen oder Verfassungsorganen, sondern um eine umfassende Theorie politischer Institutionen. Politische Institutionen werden nicht mehr allein als eine unabhängige Variable gefasst, die sogleich unmittelbar auf politische Entscheidungsprozesse und implementierte *Policies* durchschlägt, sondern, bei Wahrung einer gewissen Autonomie der institutionellen Sphäre, als eine Variable neben anderen bestimmt, die gleichermaßen als Explanans und Explanandum analysiert wird. Das Forschungsprogramm des Neoinstitutionalismus ist dabei systematisch empirisch ausgerichtet und oft von einer deutlichen *Policy*-Orientierung geprägt. Damit werden die aus behavioralistischer Perspektive gegen den traditionellen Institutionalismus gerichteten Kritikpunkte nicht negiert, sondern theoretische wie methodologische Erträge des Behavioralismus werden im neuen Institutionalismus systematisch inkorporiert (vgl. die Zusammenfassungen von Hall und Taylor 1997; Kaiser 1999; Peters 1996).

Der weiter gefasste Institutionenbegriff, der nun deutlich über formal kodifizierte Institutionen hinausgreift und auch informelle Arrangements einschließt, illustriert bereits, dass der Neoinstitutionalismus, wie vorher der Behavorismus, kein uniformes und kohärentes Forschungsprogramm absteckt, sondern eine ganze Bandbreite unterschiedlicher Ansätze unter seinem *Label* vereint: "The new institutionalism is not one thing but many" (Goodin 1996: 2). Als einzelne Elemente treten neben den von James G. March und Johan P. Olsen (1984; 1989) begründeten strukturalistisch-kulturalistischen Institutionalismus der histori-

sche Institutionalismus (vgl. North 1990; Steinmo et al. 1992 und zusammenfassend Thelen 1999) und der *Rational Choice*-Institutionalismus (vgl. Colomer 2001; Ostrom 1990; Tsebelis 1990 und zusammenfassend Weingast 1996).

Diese Untersuchung nimmt die Anstöße verschiedener "Institutionalismen" auf. Das Thema, der Effekt von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen und die Qualität politischer Repräsentation, gehört zum Kernbestand der klassischen Institutionenlehre (vgl. statt vieler die Beiträge in Eckstein und Apter 1963). Methodisch wird die institutionelle Kernlogik jedoch mit dem Instrumentarium des *Rational Choice*-Institutionalismus analysiert. In dieser Perspektive bilden Wahlsysteme eine institutionelle Arena, die den politischen Wettbewerb nutzenmaximierender Akteure reguliert. Verschiedene Typen von Wahlsystemen, Mehrheitswahl, Verhältniswahl und kombinierte Wahlsysteme, erzeugen unterschiedliche Anreizstrukturen und legen Listen und/ oder Kandidaten verschiedene Strategien nahe. Der Neoinstitutionalismus unterstellt dabei jedoch nicht direkte, über heterogene Rahmenbedingungen hinweg konstante Funktionsweisen von Wahlsystemen, sondern ermöglicht die Angabe von konkreten Geltungsvoraussetzungen der formulierten Hypothesen (vgl. vor allem Cox 1997). Der materielle Bezug der Studie auf die "neuen" Demokratien Osteuropas schlägt schließlich die Brücke zum historischen Institutionalismus. Das allgemeine Modell zum Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme und politische Repräsentation wird in den pfadabhängigen Verlauf der Systemwechsel in den einzelnen Vergleichsstaaten eingepasst, denn dieser soziopolitische Kontext bestimmt die Funktionsbedingungen und die Prägekraft institutioneller Regeln.

Als theoretische Konsequenz wird in dieser Untersuchung nicht "alles" mit politischen Institutionen erklärt, sondern die formulierten Hypothesen berücksichtigen eine Vielzahl interaktiver und additiver Einflüsse, denn neben der unmittelbaren institutionellen Sphäre wirkt eine Vielzahl intervenierender Variablen auf die Explananda. Wahlsysteme werden deshalb nicht, wie häufig in der älteren Institutionenlehre, als eine deterministische Größe behandelt, sondern sie wirken als ein Erklärungsfaktor neben anderen. Auf der anderen Seite ist damit keinesfalls eine Art von "kontextueller Relativierung" aller konkreten Befunde gemeint, sondern die Analyse prüft klar definierte, kontextsensitive und falsifizierbare Hypothesen zu den Wirkungen von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen und die Qualität politischer Repräsentation.

Die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen

Innerhalb der klassischen und der neueren Institutionenforschung sind vielfältige Hypothesen aufgestellt worden, die politische Konsequenzen von Wahlsystemen zu bestimmen suchen; einige davon sind zudem systematisch empirisch geprüft worden. Diese Reihe von Forschungsbeiträgen begann zunächst mit einfachen, intuitiven Zugriffen auf die konzentrationsfördernden Effekte der Mehrheitswahlsysteme in etablierten, angelsächsischen Demokratien (vgl. die disziplinhistorische Abhandlung von Riker 1982). Danach traten weitere, eher induktiv-vergleichende Beiträge hinzu, die den Fokus auf Verhältniswahlsysteme, vor allem in Kontinentaleuropa, erweiterten. Das Hypothesenset, Mehrheitswahlsysteme führten zur Konzentration auf zwei Parteien, Verhältniswahlsysteme dagegen zu einer forcierten Fragmentierung der politischen Parteiensysteme, gehörte deshalb bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum etablierten Lehrbuchwissen der vergleichenden Institutionen-

lehre (vgl. Ashworth und Ashworth 1901; Finer 1935; Friedrich 1937; Hermens 1933; 1951; 1963; Holcombe 1911; Key 1950; MacDonald 1909; MacMahon 1933; Mellen 1943; Rustow 1950; Schattschneider 1942; Williams 1918).

Maurice Duverger (1959: 219) hat diesen Forschungsstand systematisch kodifiziert und, wohl auch durch das apodiktische *Label* "Soziologische Gesetze", das Themenfeld untrennbar mit seinem Namen verbunden: "Die Verhältniswahl führt zu einem Vielparteiensystem (...) Die einfache Mehrheitswahl führt zu einem Zweiparteiensystem (...)". In einem angedeuteten kausalen Modell schied er zwei konkrete Effekte von Wahlsystemen, ihren "mechanischen" und ihren "psychologischen" Effekt. Die mechanische Komponente bezieht sich auf die deterministische, mathematische Umsetzung von Stimmenverteilungen in Mandatsverteilungen. Der psychologische Effekt wirkt dagegen auf das Verhalten von Wählern und Parteieliten, die die politischen Konsequenzen des Wahlsystems antizipieren und die Verschwendung von Wählerstimmen bzw. politischen Ressourcen zu vermeiden suchen. Die "Formeln" Duvergers konnten im Folgenden häufig empirisch bestätigt werden. Marksteine dieser kumulativen Entwicklung sind die empirisch-statistischen Studien von Douglas W. Rae (1967), Rein Taagepera und Matthew S. Shugart (1989b; 1993), Arend Lijphart (1994a), Richard S. Katz (1997) und Ferrara et al. (2005); weitere wichtige Diskussionsbeiträge enthalten die Sammelbände von Eckstein und Apter (1963), Bernard S. Grofman und Arend Lijphart (Grofman und Lijphart 1986; Lijphart und Grofman 1984); schließlich verbinden die Artikel von Peter C. Ordeshook und Olga Shvetsova (1994) und Octavio Amorim Neto und Gary W. Cox (1997) die Analyse des institutionellen Kernzusammenhangs mit der systematischen Kontrolle der potenziell intervenierenden Variablen soziale Heterogenität.

Die theoretische Entwicklung blieb aber nicht bei Formulierung und Test induktiv abgeleiteter Hypothesen stehen, sondern sie wandte sich, angestoßen durch das Theorieparadigma des *Rational Choice*-Institutionalismus, formalen Modellen zu. Entscheidungstheoretische Modelle leisten einen Beitrag zur strikteren, präziseren Angabe der kausalen Mechanismen, die die Effekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme und politische Repräsentation bestimmen. Die formale Spezifikation von Akteuren und Interaktionsformen verweist einmal auf die zentrale Bedeutung der Wahlkreisebene, denn nur im einzelnen Wahlkreis können Mandate erzielt oder verloren werden (vgl. bereits Duverger 1959: 237). Weiter hilft der *Rational Choice*-Institutionalismus, eine Perspektive auf die Wandelbarkeit von Wahlsystemen zu entwickeln. George Tsebelis (1990: 92-118) hat in seinem grundlegenden Beitrag "Nested Games" darauf aufmerksam gemacht, dass politische Akteure, neben der Option, im gegebenen institutionellen *Framework* Stimmen- und Mandatsmaximierung zu betreiben, eine Revision dieses institutionellen Regelwerks anstreben können.

Den theoretischen "state of the art" der aktuellen Wahlsystemforschung markieren die Beiträge von Gary W. Cox (1987; 1994; 1997), der gleichermaßen bei formaler Modellbildung und induktiver Datenanalyse aufbaut. Kern seines Beitrags ist eine spieltheoretische Reformulierung von "Duvergers Gesetz". Die $M+1$-Regel, die sich streng nur auf den *psychologischen* Effekt von Wahlsystemen bezieht, sagt aus, dass in einem Wahlkreis der Größe M in einem spieltheoretisch koordinierten Gleichgewicht nur $M+1$ Listen und/ oder Kandida-

ten noch Wählerstimmen erhalten können.[3] Das kausale Argument hinter dieser Hypothese betrifft strategisches Verhalten der Wähler ("strategic voting") und strategisches Agieren der Parteieliten ("strategic entry"). Beiden wird das kurzfristige, instrumentelle Interesse unterstellt, die Verschwendung von Wählerstimmen ("wasted votes") und Parteiressourcen zu vermeiden. Diejenigen Wähler, die als politische Erstpräferenz einen Kandidaten/ eine Liste unterstützen, der/ die offensichtlich keine Chance mehr hat, sich unter den M Mandatsgewinnern zu placieren, werden, so das nutzenmaximierende Argument, auf einen weniger präferierten Kandidaten mit besseren Chancen auf den Mandatsgewinn ausweichen. Dieser Prozess wird, in der interaktiven, spieltheoretischen Formulierung, durch weitere *Bandwaggon*-Effekte verstärkt, sodass schließlich nur noch die $M+1$ Kandidaten mit einer realen Chance auf den Mandatsgewinn Wählerstimmen erhalten.

Die formale Geltung von "Duvergers Gesetz" und der $M+1$-Regel bleibt aber auf den jeweils einzelnen Wahlkreis beschränkt. Oberhalb, auf der nationalen Ebene, kommt dem Zusammenhang von Wahlsystem und Parteiensystem deshalb zunächst nicht der Rang einer theoretisch fundierten und kausal stringent begründeten Hypothese, sondern nur der einer empirisch-induktiven Generalisierung zu, denn schließlich können die $M+1$ führenden Listen oder Kandidaten in jedem Wahlkreis andere sein (vgl. Duverger 1959: 237; Cox 1997: 186).

Zudem gibt Cox (1997: 79) dezidiert die Funktionsbedingungen dieser Hypothese an, die kurzfristig und instrumentell orientierte Wähler und Parteieliten ebenso voraussetzt wie einen strukturierten politischen Wettbewerb, der den Wählern ermöglicht, eine Präferenzhierarchie der Listen oder Kandidaten aufzustellen und ihre jeweiligen Wahlchancen realistisch einzuschätzen. Cox' (1997) Fortentwicklung von "Duvergers Gesetz" kommt deshalb nicht nur der Verdienst zu, den Zusammenhang von Wahlsystem und parteiensystemischer Fragmentierung kausal stringent spezifiziert zu haben, sondern er hat darüber hinaus den Status der Aussage Duvergers von einem apodiktisch formulierten, induktiv abgeleiteten "soziologischen Gesetz" hin zu einer mit klaren Geltungsvoraussetzungen angegebenen sozialwissenschaftlichen Hypothese fortentwickelt.

Das Endogenitätsproblem politischer Institutionen

Ferner ist die Richtung des Kausaleffekts umstritten. Der klassische, "alte" Institutionalismus entwarf politische Institutionen allein als unabhängige Variablen, die, irgendwie vereinbart, die abhängigen Variablen Fragmentierung des Parteiensystems und Repräsentationsqualität beeinflussen. Aus der Perspektive der neueren Institutionenforschung wird diese unidirektionale Perspektive auf Wahlsysteme als unabhängige Variable jedoch beanstandet. Die Kritik zielt nicht auf den generellen Konnex von Wahlsystemen und Parteiensystemen, wohl jedoch auf die Richtung der unterstellten Kausalität. Nicht Wahlsysteme formten das Parteiensystem, sondern umgekehrt bestimmten Parteiensysteme ein ihnen entsprechendes Wahlsystem. Das Wahlsystem sei damit nicht die unabhängige, sondern die abhängige Variable der behaupteten Beziehung (vgl. Colomer 2004b; Eckstein 1963; Engelmann

3 Diese Generalisierung schließt das ursprünglich von Duverger (1959: 219) formulierte "Gesetz", die relative Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen führe zum Parteiendualismus wegen $N_v \leq M+1$; $M=1$; $N_v \leq 2$ ein. Die $M+1$-Regel ist deshalb "a direct generalization of Duverger's Law" (Cox 1997: 99).

1959; Grumm 1958; Jesse 1985; La Palombara 1953; Lakeman 1970; Lakeman und Lambert 1963; Lipson 1964; Shamir 1985).

Diese Hypothesen stützen sich einmal auf empirische Beobachtungen im Kontext der Reform von der überkommenen Mehrheitswahl hin zu Verhältniswahlsystemen in Kontinentaleuropa. Historisch sei die Fragmentierung der Parteiensysteme stets der Einführung der Verhältniswahl vorausgegangen, und Verhältniswahlsysteme seien gerade dort eingeführt worden, wo bereits im Vorfeld ein hohes Maß an Parteiensystemfragmentierung bestanden habe (vgl. Rokkan 1970: 156-157; eine neuere Analyse wird vorgelegt von Boix 1999). Die folgende Stabilität einmal kodifizierter Wahlsystemtypen galt lange als tragfähiges empirisches Argument für die institutionalistische Perspektive: "One of the best-known generalizations about electoral systems is that they tend to be very stable and to resist change" (Lijphart 1994a: 52). In den etablierten Demokratien wurden signifikante, "typenübergreifende" Reformen des Wahlsystems allenfalls diskutiert, kaum jedoch umgesetzt.[4] In den beiden vergangenen Dekaden geriet jedoch dieses Stabilitätsparadigma zunehmend unter Druck. Das gilt einmal für etablierte Demokratien, etwa Italien, Japan und Neuseeland, zunehmend für die "neuen" Demokratien der "Dritten Welle", etwa für Bolivien, Mexiko, Venezuela in Lateinamerika und besonders für die "neuen" Demokratien in Osteuropa. Am Ende dieser Reformprozesse standen häufig unterschiedliche Varianten "kombinierter Wahlsysteme", die Vorzüge der klassischen dualen Alternativen, Mehrheits- und Verhältniswahl, zu kombinieren suchten (vgl. im Einzelnen die Beiträge in Shugart und Wattenberg 2001d).

Entstehung und Wandel osteuropäischer Wahlsysteme, ihre Analyse als abhängige Variable im Systemwechsel, sind das Thema einiger neuer Beiträge. Gegenstand von konfigurativen Fallstudien, die einen Anstoß zur Theoriebildung gaben, waren vor allem die kombinierten Wahlsysteme in Ungarn (Benoit und Schiemann 2001; Schiemann 2001; 2004), in der Russischen Föderation (Gel'man 1999; Golosov 1998; McFaul 1999; Moser und Thames 2001; Remington 1998; Remington und Smith 1995; 1996; Shvetsova 2004) und die Wandlungen der Verhältniswahl in Polen (Benoit und Hayden 2004; Ka-Lok Chan 2001; Kaminski und Nalepa 2004; Millard 2003a;b). Neben diesen Fallstudien sind einige kurze konzeptionelle Ansätze vorgelegt worden, die meist auf der Grundlage von informellen Akteurskonzepten stehen und das *Institutional Design* in ausgewählten osteuropäischen Vergleichsstaaten analysieren (vgl. Lijphart 1992a; Rüb 1994a; Zielonka 1994; Colomer 1995; Geddes 1995; Geddes 1996; Ishiyama 1996; Ishiyama 1997; Shugart 1997; Jones Luong 2000; Juberias 2004; kritisch Bernhard 2000). Detaillierte empirische Studien, die auf der Grundlage einer systematischen empirischen Analyse stehen, sind bislang jedoch nicht ausgearbeitet worden, und die einzigen einschlägigen Monografien sind als schlichte Abfolge von Fallstudien konzipiert. Das betrifft sowohl den Beitrag von Tobias Krohn (2003), der die Wahlsystemgenese in ausgewählten süd- und osteuropäischen Systemwechselprozessen analysiert (Spanien und Portugal, Polen und die Tschechische Republik), als auch die von Birch et al. (2002) vorgelegte Untersuchung acht osteuropäischer Staaten (Polen, Ungarn, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Rumäniens, Bulgariens, Russlands und der Ukraine).

4 Als Abweichungen werden regelmäßig Frankreich, mit den Wechseln von Verhältniswahl und absoluter Mehrheitswahl in den Fünfziger- und Achtzigerjahren, und die Varianten der "reinforced PR" in Griechenland genannt (vgl. etwa Caramani 2000; Nohlen 2000).

Die theoretischen Basisprämissen dieser institutionengenetischen Literatur sind dem *Rational Choice*-Institutionalismus entnommen. Bereits George Tsebelis (1990: 92-118) hat darauf aufmerksam gemacht, dass politische Akteure neben dem Versuch, Mandatsmaximierung in der Wahl zu betreiben, alternativ die Veränderung des Wahlsystems in einem "game on institutional design" versuchen können. Bei diesem Prozess ist "office seeking" gleichermaßen die Triebkraft der politischen Akteure und der heuristische Ausgangspunkt der Theoriebildung, denn es wird unterstellt, dass jeder Akteur das Wahlsystem so zu manipulieren sucht, dass seine Auszahlung, die Zahl der parlamentarischen Mandate, maximiert wird (vgl. zu einer eher induktiv angelegten, akteurstheoretischen Argumentation Birch et al. 2002: 1-24 und zu einem strikter formalisierten Modell Benoit 2001a).

Dennoch nimmt das "Endogenitätsproblem" der Analyse von Wahlsystemen als unabhängige, verursachende Variable nur wenig, denn zunächst kann festgehalten werden, dass jeder Versuch politischer Kräfte, ein Wahlsystem zu verändern, bereits implizit die Anerkennung seiner politischen Konsequenzen bedeutet: "Indeed, if electoral systems were of little consequence why on earth would politicians fight so bitterly about them?" (Sartori 1994: 27). Auch die Institutionengenese und die stetige Reform von Wahlsystemen in Osteuropa seit 1990 unterminieren nicht die Analyse von Wahlsystemen als verursachende Variable. Schließlich ist evident, dass Wahlsysteme durch ihre psychologischen Wirkungen, mindestens aber durch ihre mechanischen Effekte das Format von Parteiensystemen beeinflussen. Ob nun auch ein systematischer Einfluss von Parteiensystemen auf Wahlsysteme ausgeht, der zu vollständig endogenen, also vom Parteiensystem abhängigen Wahlsystemen führt, hängt von ganz unterschiedlichen Bedingungen ab.

Einmal müssen die an einer Reform interessierten politischen Kräfte tatsächlich in der Lage sein, diese Reform effektiv umzusetzen (vgl. detailliert Benoit 2001a; Boix 1999), denn politische Parteiensysteme können nicht per se eine Revision des Wahlsystems verursachen. Vielmehr bedarf die Revision eines Wahlsystems einer Fülle von förderlichen Rahmenbedingungen. Solange sich kein grundlegender Umbruch im Parteiensystem abzeichnet, hat eine Regierung, sofern sie überhaupt (alleine) entscheiden kann, kaum ein Motiv, genau dasjenige Wahlsystem zu revidieren, das ihr zur Regierungsmehrheit verholfen hat.

Zweitens kann auch bei einer erfolgreichen Revision des Wahlsystems nicht umstandslos unterstellt werden, dass die neuen institutionellen Regeln dem Parteiensystem "endogen" seien. Dafür sind vielmehr zwei unterschiedliche Bedingungen notwendig: Erstens müssen die politischen Akteure ausschließlich von eigeninteressiertem "office seeking" motiviert sein, und zweitens müssen sie die Konsequenzen einer Reform vollständig antizipieren. Beide Bedingungen sind jedoch problematisch, denn die Längsschnittanalyse der Wahlsystementwicklung in verschiedenen osteuropäischen Staaten hat deutlich gezeigt, dass neben eigeninteressiertem "bargaining" stets auch an gesamtrationalen Entwürfen orientiertes "arguing",[5] der Einfluss vorsozialistischer Wahlsystemtypen und externe Politikberatung

5 Die Dichotomie von "arguing" und "bargaining" ist von Jon Elster (1991) eingebracht worden: "To argue is to engage in communication for the purpose of persuading an opponent, i.e. to make the other change beliefs about factual or normative matters. In such discussions, the only thing that is supposed to count is 'the power of the better argument' (...) To bargain is to engage in communication for the purpose of forcing or inducing the opponent to accept one's claim. To achieve this end, bargainers rely on threats and promises (...) Bargaining power does not derive from the 'power of the better argument', but from material resources, manpower and the like (...)".

jeweils bedeutsame Einflussfaktoren für die Institutionengenese und -reform waren (vgl. vor allem Birch et al. 2002). Darüber hinaus zeigen diese Analysen, dass die Akteure regelmäßig fehlgingen, wenn sie die Konsequenzen einer Reform einschätzten und ihr Potenzial bei der kommenden Parlamentswahl falsch antizipierten.

Damit kann festgehalten werden, dass die Analyse von Wahlsystemen als unabhängige Variable durch ihr "Endogenitätsproblem" mindestens nicht unmöglich gemacht wird, denn die Rückwirkungen von Parteiensystemen auf Wahlsysteme können nicht einfach postuliert, sondern sie müssen erst einmal empirisch gezeigt werden. Dennoch werden die im Folgenden unternommenen Analysen der politischen Konsequenzen von Wahlsystemen diese Effekte stets in fallorientierten Betrachtungen zu kontrollieren suchen.

Funktionsbedingungen politischer Institutionen

Ein weiterer Problemkomplex betrifft die Kontextvoraussetzungen für die Wirkungen von Wahlsystemen. Die Leitfrage diskutiert die Robustheit der Effekte institutioneller Arrangements über die variierenden Kontexte etablierter Demokratien und osteuropäischer Transformationsstaaten hinweg. Fraglich ist dabei, ob politische Institutionen, in dieser Studie Wahlsysteme, im exzeptionellen und turbulenten Kontext des Systemwechsels, von nur rudimentär institutionalisierten Parteiensystemen, von hoher Unsicherheit und einer extrem volatilen politischen Konkurrenzsituation diejenigen Effekte auf Parteiensysteme und politische Repräsentation erzeugen, die mit den theoretischen Erwartungen und ihren Wirkungen in langfristig etablierten Demokratien vergleichbar sind, oder ob sie hier kontextabhängig und wenig vorhersagbar funktionieren. Genau davon hängt ab, ob die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen in dieser Untersuchung mit dem "Conventional Wisdom" der Institutionenlehre untersucht werden können oder ob die Formulierung spezifischer Hypothesen zu den Effekten von Wahlsystemen im Transformationsprozess notwendig ist.

Arend Lijphart (1994a) vertritt in seiner Studie "Electoral Systems and Party Systems" (mindestens implizit) einen weit reichenden, holistischen Erklärungsanspruch, der auch in sehr heterogenen kulturellen und soziopolitischen Kontexten eine empirische Validität reklamiert, wenn er seine Befunde aus etablierten Demokratien sogleich und vor allem den "Verfassungsingenieuren" von Transitionsstaaten zur Lektüre empfiehlt:

> When a first electoral system has to be chosen which will hopefully guide the new democracy's elections for a long time (...) it is important to examine all of the options as well as their advantages and disadvantages. (...) Therefore, to the extent that this study of seventy electoral systems in twenty-seven democracies will have some practical utility, it may have more to offer to electoral engineers in the new democracies than in these twenty-seven old democracies. (Lijphart 1994a: 151)

Robert A. Dahl (1998: 127-129) vertritt dagegen eine deutlich skeptischere Einschätzung zur Reichweite und zu den Geltungsvoraussetzungen institutioneller Regeln, die auf ihre Kontextgebundenheit abstellt. Er trennt dabei institutionenneutrale von institutionensensiblen Kontexten:[6]

6 Eine ähnliche Differenzierung, im Anschluss bei Dahl (1998), greift Grotz (2000: insbes. 77-81; 443-449) als konzeptionelle Grundlage seiner Studie auf. Als Einschränkung mag angefügt sein, dass Dahl allein die Bedingungen für die *Stabilität* eines politischen Parteiensystems diskutiert, nicht jedoch die gesamten Determinanten der Parteiensystementwicklung.

> If the underlying conditions are highly favorable, stability is likely with almost any constitution the country is likely to adopt. If the underlying conditions are highly unfavorable, *no* constitution will save democracy. (...) There is, however a third and more intriguing possibility: in a country where conditions are neither highly favorable nor highly unfavorable but mixed, so that democracy is chancy but by no means impossible, the choice of constitutional design might matter. (Dahl 1998: 128; Hervorh. im Original)

Während also Lijphart (1994a: 151) von der mindestens weitgehend kontextunabhängigen Funktion von Wahlsystemen ausgeht, benennt Dahl (1998: 128) alternative Kontexte, die er sodann, für sehr günstige und sehr ungünstige Kontextfaktoren, als institutionenneutral und, bei einer grundlegenden, jedoch nicht vollständigen Strukturierung, als institutionensensibel einstuft. Beide Aussagen freilich markieren problematische Extrempositionen. Lijpharts Perspektive wirkt letztlich szientistisch, wenn er dem angemessenen "Electoral" oder "Constitutional Engineering" (Norris 2004; Sartori 1994) unabhängig von Kontextvariablen positive Effekte im Transformationsprozess unterstellt. Die Position Dahls dagegen erscheint jedoch aus anderer Perspektive als problematisch. Wenn politische Institutionen, hier Wahlsysteme, im Transformationskontext nicht genau diejenigen Effekte erzielen, die in theoretischer Perspektive erwartet und in etablierten Demokratien beobachtet werden, bedeutet das nicht, dass die Auswahl der institutionellen Konfiguration konsequenzlos ist.

Notwendig ist vielmehr die Formulierung eines Modells, das die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen im Transformationsprozess und unter dem Einfluss der *Legacies* der kommunistischen *Anciens Régimes* zeigt. Letztlich kann die kontextsensitive Institutionenanalyse nicht bedeuten, das institutionelle Kernmodell in einer unkoordiniert zusammengetragenen Menge vermeintlicher Einflussfaktoren und in kulturalistischem Pessimismus zu ertränken. Vielmehr sollte ein tragfähiges Analysemodell Kontexte und *Legacies* des Systemwechsels in Osteuropa genau angeben und zu kontextsensitiven Hypothesen verarbeiten, anstatt diese Faktoren einer undefinierten Residualkategorie der durch "harte" Variablen ungeklärten Einflüsse hinzuzuschlagen.

Eine der zentralen Hypothesen dieser Studie verweist deshalb auf die Kontextabhängigkeit von Wahlsystemen, also auf kulturelle und soziopolitische Voraussetzungen, die die Effekte politischer Institutionen mitbestimmen. Für dieses Argument ist die bereits von Duverger (1959: 238) vorgenommene Differenzierung "mechanischer" und "psychologischer" Wirkungen von Wahlsystemen besonders bedeutsam. Der mechanische Effekt, also die schlichte, mathematische Verrechnung von Wählerstimmen in Parlamentsmandate, wirkt kontextunabhängig. Sind parteipolitische Präferenzen einmal als Wählerstimmen ausgedrückt, so erzeugt, die Abwesenheit von Wahlbetrug und Verrechnungsfehlern einmal vorausgesetzt, eine identische Verteilung von Wählerstimmen stets eine identische Zusammensetzung des Parlaments. Psychologische Effekte betreffen die Antizipation dieser mechanischen Wirkungen durch strategisches Verhalten von Wählern, die vermeiden wollen, ihre Stimme zu verschwenden ("wasted vote"), und Parteieliten, die nur dort Kandidaten aufstellen und/ oder Ressourcen aufwenden, wo die Chance zum Mandatsgewinn besteht. Da dieser Teileffekt eine Verhaltenskompenente enthält, funktionieren *psychologische* Effekte, anders als die *mechanischen*, kontextabhängig (Moser 1995; 1999a).

Die exakte, formale Modellierung von Wahlsystemeffekten und "wasted vote"-Situation schließt auch die Bedingungen für das effektive Funktionieren institutioneller Barrieren auf.

Zwei verschiedene Ursachen können die "strategische Koordination" auf $M+1$ erfolgreiche Kandidaten erschweren oder gar verhindern, einmal die mangelnde Vertrautheit der Wähler mit der Funktionsweise des jeweiligen konkreten Wahlsystems und des pluralistischen Parteienwettbewerbs und zweitens ein Informationsdefizit über die effektiven Wahlchancen der konkurrierenden Listen oder Kandidaten. Im Kontext des osteuropäischen Systemwechsels gibt es gute Gründe, anzunehmen, dass beide Bedingungen verletzt oder mindestens problematisch werden. Deshalb erschwert ein hohes Maß an Unsicherheit das strategische Verhalten von Wählern und Parteieliten und damit die Koordination auf $M+1$ effektive Kandidaten im Wahlkreis (Cox 1997: 85, 159).

Zunächst sind Wähler und auch Parteieliten, vor allem in frühen Stadien des Übergangs, nicht mit demokratischen Wahlen an sich und mit der Funktionsweise der konkreten Wahlsysteme vertraut. Die im "wasted vote"-Argument skizzierte Abwendung von aussichtslos zurückliegenden Listen oder Kandidaten und die Hinwendung zu denjenigen Kräften, die tatsächliche Wahlchancen haben, erfordert weiter auf Seiten der Wähler eine eindeutige, abgestufte Präferenzhierarchie dieser politischen Kräfte.

Schwerer wiegt noch das generelle Informationsdefizit. Viele, sogar die meisten postkommunistischen Parteiensysteme sind schwach institutionalisiert und kaum gesellschaftlich verankert. Dem korrespondieren stetige, teils abrupte Umbrüche in den Parteienlandschaften, die zum Beispiel als extreme Volatilitätsraten messbar gemacht werden können. Schließlich mindert die enorme Proliferation von Listen oder Kandidaten die Fähigkeit der Wähler zu strategischer Koordination. Diese verwirrende Vielfalt an Wettbewerbern trägt gleichermaßen zu programmatischer Unklarheit bei wie sie die realen Chancen verdunkelt, die jeder einzelne von ihnen auf einen Mandatsgewinn hat. Wenn aber kaum ausgebildete Präferenzhierarchien vorliegen, programmatische Parteienkonkurrenz durch klientelistische oder personale Mobilisierungsmechanismen ersetzt wird und weiterhin unklar bleibt, welche der Listen oder Kandidaten aussichtsreich und welche chancenlos sind, wird der von Cox (1997) dargestellte Koordinationsmechanismus effektiv ausgehebelt. Wähler können sich nur dann strategisch von Listen oder Kandidaten abwenden, wenn sie als wenig aussichtsreiche Wettbewerber identifiziert werden können; sie können sich nur dann einer alternativen politischen Kraft zuwenden, wenn sie eine strategische Zwei- oder Drittpräferenz bestimmen können.

Die folgenden Abschnitte verbinden nun diese abstrakt, in einem idealtypischen Raum bestimmten Funktionsvoraussetzungen von Wahlsystemen systematisch mit der empirischen Realität etablierter Demokratien und den unterschiedlichen empirischen Realitäten in osteuropäischen Transformationsstaaten.

Wahlsysteme und ihr soziopolitischer Kontext in Osteuropa

Schließlich gilt es, die Kontextfaktoren, auf die politische Institutionen in Osteuropa verwiesen sind, genauer anzugeben. Osteuropa bleibt, wie bereits angeführt, durch "multiple Vergangenheiten" (Elster et al. 1998: 35-37) charakterisiert. Vor allem die jeweils vier bis sieben Dekaden sozialistischer Herrschaft haben die Staaten der Region in vielfältiger Hinsicht homogen ausgerichtet. Vergleicht man den Verlauf der Demokratisierungsprozesse in Osteuropa seit 1990 und in Westeuropa zu Beginn des 20. Jahrhunderts, kann ein charakteristischer Unterschied im Verlauf beider Sequenzen bestimmt werden. In Westeuropa bedeu-

tete der Demokratisierungsprozess primär eine graduelle Ausweitung der Partizipation bei bereits weitgehend pluralistischen, kompetitiven Gesellschaften (Rokkan 2000). In Osteuropa verlief dieser Prozess genau verkehrt, denn das zentrale Thema der Transition war die abrupte Einführung kompetitiver Elemente in formal bereits partizipative Gesellschaften (Birch et al. 2002).

Als Konsequenz konnte sich im Gefolge der Demokratisierung Westeuropas ein gesellschaftlich verankertes, langfristig stabiles Parteiengefüge entwickeln (vgl. vor allem Lipset und Rokkan 1967a). Die Demokratisierung Osteuropas, mit der abrupten Pluralisierung der politischen Alternativen, schuf jedoch keine derart förderlichen Optionen für die Herausbildung eines durch stabile politische *Cleavage Structures* getragenen Parteiensystems und das anschließende "freezing" der Parteialternativen. Die so entstandene Offenheit der Parteiensysteme erzeugt im postkommunistischen Osteuropa, im Kontrast zu den etablierten Demokratien, *grosso modo* eine deutlich höhere Instabilität, eine geringere Berechenbarkeit des politischen Wettbewerbs und damit ungünstigere Funktionskontexte für die Effekte von Wahlsystemen. Gleichermaßen ermutigt die Offenheit des politischen Wettbewerbs zur Proliferation von Listen oder Kandidaten.

Die soziopolitischen Kontexte unterscheiden sich aber nicht nur, und nicht pauschal, in "alten" und in "neuen" Demokratien, sondern auch die einzelnen osteuropäischen Vergleichsstaaten bilden keine homogene Gruppe. Die Binnendifferenzierung der Region zeigt unterschiedliche Kontextfaktoren für die Funktion und die Funktionsfähigkeit politischer Institutionen an. Diese Argumente, die den Verlauf des Systemwechsels als von historischen Vorbedingungen mitbestimmt verstehen, sind, freilich mit oft sehr verschiedenen Konnotationen, unter *Labels* wie Pfadabhängigkeit oder *Leninist Legacies* subsumiert wurden.

Kitschelt et al. (1999: 21-41) differenzieren drei unterschiedliche Typen kommunistischer *Legacies*: (1) Bürokratisch-autoritärer Kommunismus korrespondiert mit dem Idealtypus eines totalitären Systems; er baut auf bei einem zentralisierten, regelgeleiteten bürokratischen Apparat, der tendenziell in alle gesellschaftlichen Sphären hineinreicht. Diese Herrschaftsform entsteht vor allem in Staaten mit einer beträchtlichen liberal-demokratischen Vergangenheit und dort, wo bereits früh ein Trend zur Industrialisierung in vorkommunistischer Zeit die agrarische Gesellschaftsstruktur aufgebrochen hat. (2) Patrimonialer Kommunismus bezeichnet den anderen polaren Herrschaftstyp. Konträr zum bürokratisch-autoritären System, ist das Entwicklungsniveau der Staatsbürokratie weit weniger ausgeprägt. An die Stelle einer gut institutionalisierten, repressiven Bürokratie treten als Mechanismen der Machtausübung persönliche Abhängigkeitsbeziehungen, Patronage und Klientelismus. Diese Herrschaftsform entstand in eher rückständigen Staaten ohne substanzielle demokratische Erfahrung aus der Zwischenkriegszeit und mit einer vergleichsweise wenig industrialisierten, agrarisch dominierten Wirtschaft und Sozialstruktur. (3) National-akkommodativer Kommunismus nimmt tendenziell eine Stellung zwischen diese polaren Typen ein. Dieses Herrschaftssystem ruht auf einem teilweise entwickelten formal-bürokratischen Apparat, der zu einem gewissen Grad von der Parteibürokratie emanzipiert ist. Auch beim ökonomischen und sozialstrukturellen Entwicklungsniveau des Vorgängerregimes nimmt der national-akkommodative Sozialismus eine mittlere Position ein, mit einer begonnenen, jedoch nicht abgeschlossenen Transformation von der Agrar- zur Industriegesellschaft.

Kitschelt et al. (1999) schließen von diesen *Leninist Legacies* der postkommunistischen *Anciens Régimes* systematisch auf die Optionen zur Entstehung eines programmatisch

strukturierten parteipolitischen Wettbewerbs. Diejenigen Staaten, die dem bürokratisch-autoritären Kommunismus nachfolgen, weisen noch das beste Potenzial auf. Das zweitbeste besteht bei denjenigen Vergleichsstaaten, die den national-akkommodativen *Anciens Régimes* folgen. In den Nachfolgestaaten des patrimonialen Kommunismus ist jedoch die Grundlage für die Entwicklung eines programmatisch strukturierten Parteiensystems nahezu vollständig unterminiert. Kitschelt et al. (1999) und Kitschelt und Smyth (2002) zeigen auch empirisch, dass programmatisch differenzierte und "kristallisierte" Parteiensysteme eher im Kontext von *Legacies* des bürokratisch-autoritären Sozialismus entstehen denn in den Nachfolgeregimes des national-akkommodativen und des patrimonialen Kommunismus.

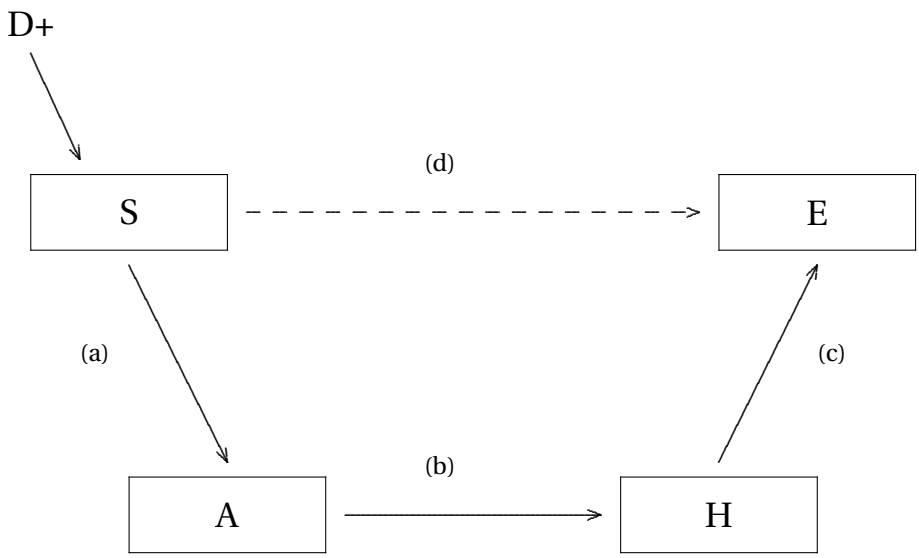
Die kontextsensitiven Hypothesen dieser Arbeit schließen bei dieser Differenzierung an. Im Folgenden wird argumentiert, dass nur die programmatische Konturierung von Parteien und Parteiensystemen und die programmatische Bindung von Wählern und Parteieliten die Optionen für einen strukturierten und dauerhaft stabilen politischen Wettbewerb schaffen. Treten an die Stelle programmatischer Strukturierung jedoch persönliches Charisma, Patronage und Klientelismus (vgl. Eisenstadt und Roniger 1984; Etzioni-Halevy 1979; Lawson 1982; Rouquié 1978), werden Institutionalisierung und Stabilisierung der Parteiensysteme problematisch, wenn nicht unmöglich. Das erste Szenario verringert Transaktionskosten und bietet Orientierung für strategisches Handeln von Wählern ("strategic voting") und Parteieliten ("strategic entry"), das zweite Szenario jedoch verstärkt Unsicherheit und Informationsdefizite, sodass Wählern und Parteieliten kaum eine Möglichkeit zur strategischen Adaption an die Anreizstrukturen des jeweiligen Wahlsystems bleibt.

Das Grundmodell soziologischer Erklärungen

Damit sind die beiden zentralen Bausteine der Untersuchung benannt. Die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen werden mit dem Instrumentarium des *Rational Choice*-Institutionalismus bestimmt, und die pfadabhängige Entwicklung des Systemwechsels, hergeleitet aus dem historischen Institutionalismus, bestimmt den funktionalen Kontext der institutionellen Regeln. Diese einzelnen Aspekte können in ein "Grundmodell soziologischer Erklärungen" integriert werden, das sich vor allem an den konzeptionellen Studien von James S. Coleman (1990), Hartmut Esser (1996) und Franz Urban Pappi (2003) orientiert. Bei "Duvergers Gesetz" gehört das Wahlsystem (genauer: die relative Mehrheitswahl) zur sozialen Ausgangssituation (S), und das Parteiensystem (genauer: ein Zweiparteiensystem) ist das kollektive Explanandum (E). In einer einfachen Formulierung, die auch den meisten einschlägigen empirischen Studien zugrunde liegt (Amorim Neto und Cox 1997; Lijphart 1994a; Ordeshook und Shvetsova 1994), wird "Duvergers Gesetz" als eine empirische Generalisierung auf der Makroebene politischer Systeme verstanden (d).

Neuere Ansätze beachten dagegen, dass, wie bereits Duverger (1959: 237) andeutet, die "wasted vote"-Situation, und damit der eigentliche kausale Mechanismus, nur auf der Wahlkreisebene operieren. In dieser Perspektive formt die soziale Ausgangssituation, vermittelt durch die *Logik der Situation* (a), die Präferenzen und die strategischen Optionen von Wählern und Parteieliten in jedem Wahlkreis (A). Hier setzt nun mit der *Logik der Selektion* (b) der eigentliche kausale Kern an, die Reduzierung auf $M+1$ kompetitive Kandidaten in jedem Wahlkreis und die Verrechnung von Stimmen- in Mandatsanteile. Schließlich bestimmt

Abbildung 1.1: Das Grundmodell soziologischer Erklärungen



Anmerkungen: Mit Veränderungen entnommen aus Esser 1996. S = kollektive soziale Situation; A = Akteur; H = Handlung; E = kollektives Explanandum; D+ = externe Bedingungen; (a) = Logik der Situation; (b) = Logik der Selektion; (c) = Logik der Aggregation; (d) = Makro-Makro-Generalisierung.

die *Logik der Aggregation* (c) die Verbindung der einzelnen, lokalen Parteiensysteme in den Wahlkreisen (H) hin zum kollektiven Explanandum, dem nationalen Parteiensystem (E).

Neben diesem institutionalistischen Kernmodell nehmen schließlich Kontextfaktoren in unterschiedlichen Staaten, hier vor allem die unterschiedlichen Kontexte in etablierten Demokratien und postkommunistischen Staaten, eine hohe Bedeutung ein, und die soziale Ausgangssituation bezieht sich auf weit mehr als nur die formalen Grundlagen einer Parlamentswahl. In Abbildung 1.1 werden diese intervenierenden Kontexte, etwa soziale Heterogenität oder die Wirkungen der historischen *Legacies* unterschiedlicher kommunistischer *Anciens Régimes*, durch den intervenierenden Kontext (D+) bezeichnet.

Die Übersetzung der zentralen Fragestellung dieser Untersuchung in das "Grundmodell soziologischer Erklärungen" zeigt das Spannungsverhältnis und die Interaktion der Mikro- und Makroebene eines politischen Systems an, die die folgende Argumentation und ihren Aufbau mitbestimmen. Die interessanten abhängigen Variablen, das Format des Parteiensystems und die Qualität politischer Repräsentation, werden auf der Makroebene politischer Systeme beobachtet, die wirksamen Kausalfaktoren operieren jedoch auf der Mi-

kroebene der einzelnen Wahlkreise. Eine Argumentation, die über schlichte Makro-Makro-Generalisierungen (d) hinausgehen möchte, muss deshalb die hier abgesteckten Schritte jeweils nacheinander vollziehen. Nach der theoretischen Skizze der kausalen Effekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme bedarf sie zunächst einer umfassenden Modellierung der intervenierenden sozialen und historischen Kontextfaktoren, die die Wirksamkeit und die Prägekraft politischer Institutionen mitbestimmen (a). Im Anschluss ist die detaillierte, im jeweiligen soziopolitischen Kontext verankerte Analyse der kausalen Mechanismen auf der Wahlkreisebene angezeigt (b). Schließlich muss die Aggregation der Resultate von strategischem Wahl- und Kandidaturverhalten in den einzelnen Wahlkreisen hin zum nationalen Parteiensystem analysiert werden (c).

1.3 Methodische Lösungsvorschläge und Entscheidungen

Die gerade vorgestellten und im "Grundmodell" zusammengeführten theoretischen Überlegungen können nur in einem systematischen *Framework*, das die methodischen Standards der Vergleichenden Politikwissenschaft nachhält, angemessen analysiert werden:

- Vergleichsgruppe und Kontrollgruppe,
- Kriterien der Fallauswahl und
- empirische Forschungsstrategie.

Die folgenden Abschnitte diskutieren diese drei methodischen Problemkomplexe und skizzieren ein praktisches empirisches Forschungsprogramm, das die kontextsensitive Analyse der politischen Konsequenzen von Wahlsystemen in Osteuropa anleitet.

Vergleichsgruppe und Kontrollgruppe

In methodischen Überlegungen der vergleichenden Politikwissenschaft beziehen sich Versuche, externe Effekte auf die Forschungsfrage durch geeignete Auswahl der Vergleichsfälle zu "kontrollieren", meist auf das von John Stuart Mill in "A System of Logic" (1843) entworfene konzeptionelle Rüstzeug. So schlägt etwa Arend Lijphart (1971; 1975) die Untersuchung von Vergleichsfällen vor, die, abgesehen vom kausalen Mechanismus, der getestet werden soll, so viele Kontextvariablen wie möglich teilen. In dieser Vergleichslogik bietet Mills Differenzmethode ("method of difference") ein analytisches Instrument zur Kontrolle externer Einflüsse. Der Ausgangspunkt ist eine Auswahl einander möglichst ähnlicher Fälle, die den kausalen Mechanismus $[X \rightarrow Y]$ in vergleichbaren soziopolitischen Kontexten reproduzieren. Wird die Varianz der abhängigen Variablen (Y) durch die Varianz der unabhängigen Variablen (X) erklärt, scheiden diejenigen Kontextvariablen, die alle analysierten Fälle gemeinsam haben, als intervenierende Effekte aus. Kontextvariablen, die über die analysierten Fälle hinweg nicht variieren, kommen nicht infrage, wenn die Varianz der abhängigen Variablen erklärt werden soll, und sie sind in diesem Sinne als externe Varianz "kontrolliert". Die Differenzmethode ist damit zwar als ein konkretes Nachweisverfahren für die Effekte eines isolierten Einzelfaktors nicht geeignet (vgl. schon Cohen und Nagel 1934: 236). Sie kann

jedoch dazu beitragen, den für die Erklärung denkbaren analytischen "property space" der Variablenkonfiguration systematisch einzugrenzen (Lazarsfeld 1937).

Als komplementären Ansatz schlägt John Stuart Mill die Konkordanzmethode ("method of agreement") vor. Teilen zwei oder mehrere Vergleichseinheiten eine identische abhängige Variable (Y), können die Differenzen der Vergleichsfälle das identische Resultat nicht erklären. Stattdessen müssen kausale Effekte unter den verbleibenden Gemeinsamkeiten der Vergleichsfälle bestimmt werden. Auch diese Vergleichslogik basiert, wie die Differenzmethode, auf der Eliminierung von Kontextvariablen und erzielt so eine Fokussierung der möglichen Erklärungsfaktoren.

Die von Mill skizzierten Optionen für die vergleichende Analyse möglichst ähnlicher Fälle, dominieren den Methodenkanon der modernen vergleichenden Politikwissenschaft. Diese Verfahren, die ursprünglich nie für die Untersuchung gesellschaftlicher Beziehungen konzipiert waren (vgl. Mill 1843 und Lijphart 1971: 688), sind jedoch als analytisches Instrumentarium für die Untersuchung komplexer sozialer Gefüge scharf angegriffen worden. Die Kritik betrifft einmal Probleme der Überdeterminierung. Auch wenn Differenz- und Konkordanzmethode möglicherweise die Anzahl der wirksamen Prädiktorvariablen einschränken, wird die Reduktion des Variablenspektrums kaum so weit zu leisten sein, dass eine einzige Schlüsselvariable analytisch ausgesondert werden kann. Vielmehr muss unter den verbleibenden Erklärungsmöglichkeiten eine sinnvolle und theoretisch angeleitete Interpretation versucht werden (vgl. Barry 1982; Cohen und Nagel 1934; Lieberson 1991; 1994; dagegen argumentiert Savolainen 1994).

Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf die Annahme einer kontextuellen Homogenität der untersuchten Fälle und kausalen Mechanismen. Diese Annahme, von King et al. (1994: 91-94) als "unit homogeneity" bezeichnet, unterstellt, dass die analysierten Zusammenhänge über alle Vergleichsfälle hinweg identisch sind, also dass eine unabhängige Variable (X) in allen analysierten Kontexten, etwa in jedem einzelnen Fall einer ländervergleichenden Studie, dieselben Effekte auf die abhängige Variable (Y) projiziere: "two units are homogeneous when the expected values of the dependent variables are the same when our explanatory variable takes on a particular value" (King et al. 1994: 91, Hervorh. im Original).

Charles C. Ragin (2000) setzt der Homogenitätsannahme, teils als direkte Replik auf King et al. (1994), ein Analysekonzept entgegen, das er als "diversity oriented" etikettiert. Auf der einen Seite versteht Ragin, wie bereits Mill, soziale Phänomene als bestimmt durch ein komplexes, von vielen, teils widersprüchlich kombinierten Einzelursachen ausgemachtes Zusammenspiel. Auf der anderen Seite sei jedoch, wenn diese Komplexität analytisch nachgehalten werde, die Aufdeckung multipler kausaler Mechanismen möglich. Die von Ragin vorgeschlagenen Analysemethoden *Qualitative Comparative Analysis* (QCA; Ragin 1987) und *Fuzzy Set Analysis* (fs/QCA, Ragin 2000) basieren auf den mathematischen Konzepten von boolescher Algebra und Mengenlehre. Beide Verfahren geben die Homogenitätsannahme konventioneller variablenorientierter Methoden auf, und sie erlauben den einzelnen Schätzern, über die Vergleichsfälle hinweg zu variieren. D.h. in einem der Vergleichsfälle kann die Erhöhung der unabhängigen Variablen (X) zu einer Erhöhung der abhängigen Variablen (Y) führen [$X \rightarrow Y$], im heterogenen Kontext eines anderen Staates mag in der Interaktion mit anderen Variablenkonfigurationen jedoch eine negative Beziehung vorliegen, sodass eine Steigerung von X die abhängige Variable (Y) reduziert [$X \rightarrow -Y$].

Die vorliegende Studie teilt viele Argumente, die von Ragin (1987; 2000) gegen die konventionelle Komparatistik eingebracht werden, die hier vorgeschlagenen Lösungsperspektiven sind jedoch andere. Das von Przeworski und Teune (1970) entworfene "most different systems design" wird regelmäßig dem von Mill abgeleiteten Methodenkanon zugeschlagen. Diese Zuordnung erfolgt jedoch zu Unrecht, denn, anders als das Etikett möglicherweise suggeriert, bedeutet das Konzept nicht, wie häufig unterstellt, die Anwendung der von Mill entworfenen Konkordanzmethode auf eine Vergleichsgruppe möglichst heterogener Fälle. Tatsächlich wird auf John Stuart Mills "A System of Logic" (1843) nirgendwo in der Publikation von Przeworski und Teune (1970) Bezug genommen. Der Fokus der Analyse geht über die von Mill vorgeschlagene Betrachtung heterogener Fälle auf einer einzigen Abstraktionsebene hinaus, und kausale Beziehungen auf unterschiedlichen systemischen Ebenen treten in das Zentrum der Analyse. Für Przeworski und Teune (1970) gelten nämlich nur ebenenübergreifende Analysen, die auf unterschiedlichen, hierarchisch geordneten Niveaus, etwa auf der Mikro-, Meso- und Makroebene eines politischen Systems, organisiert werden, als genuin vergleichend: "Comparative research is inquiry in which more than one level of analysis is possible and the units of observation are identifiable by name at each of these levels" (Przeworski und Teune 1970: 31). Diese Neudefinition des Vergleichsbegriffes ist einerseits terminologisch verwirrend, sie legt jedoch den zentralen Gedanken des "most different systems design" offen. Die Autoren betrachten vergleichende Forschung nicht mehr als die Gegenüberstellung verschiedener, auf der Makroebene politischer Systeme gemessener Variablen, sondern sie vergleichen kausale Beziehungen, die innerhalb verschiedener politischer Systeme beobachtet werden.

Im "most different systems design" sind subsystemische Beziehungen, meist solche auf der Individualebene, Ausgangspunkt der Analyse, und alle einzelnen Beobachtungen werden zunächst behandelt, als seien sie ein Zufallssample aus einer homogenen Grundgesamtheit, also als seien Einflussgrößen auf der Systemebene nicht wirksam. Die empirische Analyse beginnt sodann mit einem Test dieser Homogenitätsannahme. Falls der kausale Mechanismus, der in der Analyse getestet werden soll, über verschiedene Systeme hinweg konstant ist, können Hypothesen zum Einfluss systemischer Kontextfaktoren auf die untersuchte Beziehung tatsächlich zurückgewiesen werden, und die Perspektive verbleibt auf subsystemischer Ebene; sie erweist sich als ein allgemeiner Zusammenhang.

Falls aber auf der anderen Seite die auf der niedrigeren Ebene bestimmten kausalen Mechanismen über verschiedene Systeme hinweg (meist sollten das einzelne Vergleichsstaaten sein) systematisch variieren, müssen auf höherer Ebene gefundene, systemische Einflüsse in der Untersuchung berücksichtigt und nachgehalten werden. Das "most different systems design" ist damit ein Musterbeispiel einer Mehrebenenanalyse. Zuerst werden subsystemische, häufig individuelle Beziehungen analysiert; zeigen sich systematische Differenzen über verschiedene Vergleichsgruppen hinweg, werden zunächst Effekte des Kontexts auf den Mesoebenen, dann auf der Makroebene analysiert. Deshalb bleibt die Frage im Lauf der Untersuchung offen, auf welcher Analyseebene, auf subsystemischer oder systemischer, die relevanten Faktoren nun operieren, und sie wird erst als Resultat einer Mehrebenenanalyse entschieden (Przeworski und Teune 1970: 36).

Diese Studie steht auf der "doppelten" empirischen Grundlage einer osteuropäischen Vergleichsgruppe und einer Kontrollgruppe langfristig etablierter Demokratien. Die Konstruktion der empirischen Basis aus diesen beiden Gruppen, die einander intern jeweils recht

ähnliche Fälle enthalten, untereinander aber sehr verschieden sind, ist eine direkte Konsequenz der eben skizzierten, theoretischen Überlegungen. Diese Fallauswahl ermöglicht es, die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen einmal, in den etablierten Demokratien, unter dem Einfluss maximal günstiger Kontextfaktoren und sodann, in der Gruppe der posttotalitären Transformationsstaaten Osteuropas, unter den maximal ungünstigen Funktionskontexten zu analysieren. Als Resultat wird dabei erwartet, dass zunächst einmal die Analyse der Kontrollgruppe etablierter Demokratien die theoretischen Erwartungen, die in Duvergers "Formeln" (1959: 219) und Cox' $M+1$-Regel kodifiziert sind, bestätigen. Zweitens wird jedoch vermutet, dass diese bislang in etablierten Demokratien meist eindrucksvoll verifizierten Hypothesen im funktionalen Kontext der "neuen" Demokratien Osteuropas nicht mehr halten.

Die Konstruktion aus Vergleichsgruppe und Kontrollgruppe ermöglicht zunächst einen Test der Robustheit der politischen Effekte von Wahlsystemen. Die theoretischen Überlegungen und die damit korrespondierenden empirischen Befunde aus der Gruppe etablierter Demokratien illustrieren bemerkenswert stabile Belege für "Duvergers Gesetz" und die $M+1$-Regel. Theoretische Erwartungen und empirische Befunde bilden sodann eine doppelte "Folie", gegen die die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen in Osteuropa abgetragen werden. Kann gezeigt werden, dass die Effekte von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen und die Qualität politischer Repräsentation in Osteuropa von dieser Theorie und Empirie abweicht, müssen die Ursachen in unterschiedlichen Kontextfaktoren bestimmt werden. Zweitens schließt die Perspektive auf die Binnendifferenzierung innerhalb der osteuropäischen Vergleichsgruppe, vor allem auf die Kontexteffekte unterschiedlicher *Leninist Legacies*, Optionen auf, diese abweichenden Wirkungen von Wahlsystemen im osteuropäischen Systemwechsel mit vergleichenden Methoden zu erklären und weitere Belege für die Wirksamkeit von Kontextfaktoren zu sammeln.

Während damit die Fallauswahl einem modifizierten "most similar systems design" folgt, mit zwei einander ähnlichen, untereinander jedoch heterogenen Gruppen, übernimmt die Vergleichsanlage aber auch Aspekte, die Przeworski und Teune (1970) im "most different systems design" entwickelt haben. Das betrifft besonders den Mehrebenenvergleich und die Verschiebung der Perspektive von der reinen Gegenüberstellung von Makrodaten hin zum Vergleich von *Beziehungen innerhalb heterogener Kontexte*. Dieses Konzept ist besonders vielversprechend für die Analyse der politischen Konsequenzen von Wahlsystemen, weil Wahlsysteme stets Mehrebenensysteme sind, die aus Wahlkreisebene und nationaler Ebene bestehen. Die Analyse von Wahlkreisdaten ist notwendig und sinnvoll, weil auf der Wahlkreisebene die wirksamen Kausalfaktoren operieren und weitere empirische Beobachtungen bestimmt werden, die das *Small-N*-Problem ländervergleichender Analysen mindern. Die Perspektive auf die Makroebene politischer Systeme bleibt zentral, weil dort die politisch relevanten abhängigen Variablen, die Fragmentierung von Elektorat und Parlament und die Qualität politischer Repräsentation, bestimmt werden. Ökonometrisch bedeuten moderne Mehrebenenmodelle eine aktuelle methodische Weiterentwicklung der von Przeworski und Teune (1970) eingenommenen Analyseperspektive. Diese Verfahren bieten ge-

eignete Instrumente, um valide Schätzer für die kausalen Effekte von Wahlsystemen im Mehrebenenkontext zu ermitteln.[7]

Kriterien der Fallauswahl

Vergleichsgruppe und Kontrollgruppe sind in dieser Arbeit jeweils nach den Regeln des "most similar systems design" zusammengestellt, also aus einander vergleichbar ähnlichen Fällen gebildet (vgl. Lijphart 1971; 1975).

Das basale Auswahlkriterium für die osteuropäischen Vergleichsstaaten ist der Demokratisierungsgrad. Die Analyse von Wahlsystemen ergibt ohne ein Mindestmaß an (elektoraler) Demokratisierung keinen inhaltlichen Sinn. Tabelle 1.1 gibt die *Freedomhouse-Scores* von 28 Staaten der Gesamtregion Osteuropa wieder. Die jeweils erste Ziffer bezeichnet den *Political Rights*-Index, die zweite den *Civil Liberties*-Index; beide Dimensionen sind von 1 [="frei"] bis 7 [="unfrei"] skaliert. Hinuntergebrochen auf qualitative Kategorien gelten diejenigen Staaten, die, gemessen an beiden Skalen, ein arithmetisches Mittel von 1 bis 2.5 erreichen, als "free", solche mit Mittelwerten von 2.6 bis 5.5 als "partly free", und Staaten mit einem kombinierten Index oberhalb von 5.5 werden als "not free" eingestuft. In das empirische *Sample* dieser Arbeit gehen nur diejenigen Fälle ein, die über den gesamten Vergleichszeitraum von 1990 bis 2002 hinweg mindestens als "partly free" charakterisiert werden können. Tabelle 1.1 illustriert, dass besonders die zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion (Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan), einige Teilstaaten des ehemaligen Jugoslawien (Bosnien, Serbien-Montenegro) und schließlich Georgien und Weißrussland dieses Mindestmaß an kontinuierlicher, formaldemokratischer Entwicklung verfehlen und deshalb nicht sinnvoll analysierbar sind.

Neben dem Demokratisierungsgrad gelten noch zwei nachgeordnete Selektionskriterien. Das erste zielt auf eine kontinuierliche und ungebrochene Wahlgeschichte seit Beginn des Transformationsprozesses. Dieser Aspekt ist eng verbunden mit dem von Dankwart A. Rustow (1970) eingebrachten und von Linz und Stepan (1996: 16-37) erneut betonten Faktor "stateness", denn nur im Rahmen eines konsolidierten Nationalstaats kann sich ein regelhafter und dauerhaft strukturierter politischer Wettbewerb entwickeln. Weiterhin zielt das Kontinuitätsargument auf die Abwesenheit von exogenen Schocks, die gleichermaßen einen kontinuierlichen Transformationsprozess und die ungebrochene Wahlgeschichte konterkarieren. Das gilt in Südosteuropa für die Nachfolgerepubliken des jugoslawischen Föderalstaats, die, mit der Ausnahme Sloweniens, in den Bürgerkrieg involviert waren und deshalb von der Analyse ausgeschlossen werden (Bosnien, Kroatien, Mazedonien und Serbien-Montenegro); die gleiche Überlegung begründet bei den Nachfolgestaaten der Sowjetunion den Ausschluss Moldawiens.

Das abschließende Auswahlkriterium betrifft vergleichbar ähnliche politische, soziale und ökonomische *Legacies*. Vor allem mit Blick auf das entfaltete, pfadabhängige Argu-

7 Als Einführungen in die Mehrebenenanalyse vgl. grundlegend Bryk und Raudenbush 2002; Goldstein 1995; Kreft und DeLeeuw 1998; Rabe-Hesketh und Skrondal 2005; Snijders und Bosker 1999; Steenbergen und Jones 2002. Darüber hinaus illustriert eine Sonderausgabe des Methodenjournals der *American Political Science Organization, Political Analysis*, Analysestrategien und praktische Anwendungen in der Vergleichenden Politikwissenschaft (vgl. Achen 2005; Beck 2005; Bowers und Drake 2005; Duch und Stevenson 2005; Franzese 2005; Gelman 2005; Huber et al. 2005; Kedar 2005; Kedar und Shivley 2005; Lewis und Linzer 2005; Long Jusko und Philipps 2005).

Tabelle 1.1: Qualität der Demokratie in Osteuropa (Freedomhouse-Rankings)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Albanien	4,4	4,3	2,4	3,4	3,4	4,4	4,4	4,5	4,5	4,5	3,4	3,3	3,3
Armenien	5,5	4,3	3,4	3,4	4,4	5,4	5,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4
Aserbaidschan	5,5	5,5	6,6	6,6	6,6	6,5	6,4	6,4	6,4	6,5	6,5	6,5	6,5
Bosnien		6,6	6,6	6,6	6,6	5,5	5,5	5,5	5,5	5,4	5,4	4,4	4,4
Bulgarien	**2,3**	**2,3**	**2,2**	**2,2**	**2,2**	**2,3**	**2,3**	**2,3**	**2,3**	**2,3**	**1,3**	**1,2**	**1,2**
Estland	**2,3**	**3,3**	**3,2**	**3,2**	**2,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**
Georgien	6,5	4,5	5,5	5,5	4,5	4,4	3,4	3,4	3,4	4,4	4,4	4,4	4,4
Kasachstan	5,4	5,5	6,4	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5
Kroatien	3,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	2,3	2,2	2,2	2,2
Lettland	**2,3**	**3,3**	**3,3**	**3,2**	**2,2**	**2,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**
Litauen	**2,3**	**2,3**	**1,3**	**1,3**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**
Mazedonien		3,4	3,3	4,3	4,3	4,3	4,3	3,3	3,3	4,3	4,4	3,3	3,3
Moldawien	5,4	5,5	5,5	4,4	4,4	3,4	3,4	2,4	2,4	2,4	2,4	3,4	3,4
Polen	**2,2**	**2,2**	**2,2**	**2,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**
Rumänien	**5,5**	**4,4**	**4,4**	**4,3**	**4,3**	**2,3**	**2,2**	**2,2**	**2,2**	**2,2**	**2,2**	**2,2**	**2,2**
Russland		**3,4**	**3,4**	**3,4**	**3,4**	**3,4**	**3,4**	**4,4**	**4,5**	**5,5**	**5,5**	**5,5**	**5,5**
Serbien-Montenegro	6,5	6,5	6,6	6,6	6,6	6,6	6,6	6,6	5,5	4,4	3,3	3,2	3,2
Slowakei			**3,4**	**2,3**	**2,3**	**2,4**	**2,4**	**2,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**
Slowenien	2,3	2,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,1	1,1
Tschechien			**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**
Tschechoslowakei	**2,2**	**2,2**											
Turkmenistan	6,5	7,6	7,7	7,7	7,7	7,7	7,7	7,7	7,7	7,7	7,7	7,7	7,7
Ukraine	**3,3**	**3,3**	**4,4**	**3,4**	**3,4**	**3,4**	**3,4**	**3,4**	**3,4**	**4,4**	**4,4**	**4,4**	**4,4**
Ungarn	**2,2**	**2,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**	**1,2**
Usbekistan	6,5	6,6	7,7	7,7	7,7	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6
Weißrussland	4,4	4,3	5,4	4,4	5,5	6,6	6,6	6,6	6,6	6,6	6,6	6,6	6,6

Anmerkungen: Entnommen aus dem *Freedomhouse*-Report (vgl. `http://www.freedomhouse.org/`). Die Staaten der osteuropäischen Vergleichsgruppe sind **fett** gedruckt. Die jeweils erste Ziffer bezeichnet den *Political Rights*-Index, die zweite den *Civil Liberties*-Index; beide Dimensionen sind von 1 [="frei"] bis 7 [="unfrei"] skaliert.

ment wird unterstellt, dass nur diejenigen Staaten, die unter dem (mindestens partiellen) Zugriff des sowjetischen Blockhegemons standen, für die Aufnahme in das "most similar systems design" vergleichbar ähnlich sind. Diejenigen Staaten dagegen, die dezidierte "nationale Sonderwege" gingen, unterscheiden sich systematisch von den Kontextbedingungen der übrigen Fälle. In Südosteuropa betrifft dies zunächst Jugoslawien, das sich bereits 1948 vom sowjetisch dominierten "Block" trennte, und zweitens Albanien, das sich 1961 von der Sowjetunion und 1978 schließlich auch von China löste.

Zuletzt sollen auch "pragmatische" Aspekte angeführt werden, die die Verfügbarkeit von verlässlichen Wahldaten auf nationaler Ebene und auf der Wahlkreisebene betreffen. Nur diejenigen nationalen Wahlen, für die auf beiden Analyseebenen Daten vorliegen, gehen in die systematische empirische Analyse ein. Zentral ist hier die Unterscheidung von "founding elections" und "pre-founding elections".[8] Die Untersuchung beginnt jeweils mit den ersten freien Wahlen zum nationalen Parlament, bei bikameralen Systemen zum jeweiligen Unterhaus. Für die "alten" Nationalstaaten Osteuropas beginnen die Zeitreihen deshalb bei den "Gründungswahlen" in Bulgarien 1990, in Rumänien und Ungarn 1990 und in Polen 1991. Bei denjenigen Staaten jedoch, die aus den zerfallenden Föderationen, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei, entstanden, beginnt die Analyse gleichermaßen bei den "Gründungswahlen", den ersten freien Wahlen zu einem *nationalen* Parlament, also in Estland, Litauen 1992, in Lettland, Russland 1993, in der Slowakei, der Ukraine 1994 und schließlich in der Tschechischen Republik 1996. Die subnationalen "Vorgründungswahlen" in den abhängigen Teilstaaten waren eher Referenden zur dualen Alternative von nationaler Unabhängigkeit und fortbestehender Eingliederung in die übergreifende Föderation; sie werden von der systematischen Analyse ausgeschlossen, weil sie eher den Charakter eines Plebiszits zur Frage "stateness" tragen, denn den einer genuin nationalen Parlamentswahl (Nohlen und Kasapovic 1996: 44).

Gemäß den ausgebreiteten und diskutierten Kriterien werden elf nach den Kriterien des "most similar systems design" (Lijphart 1971; 1975) ausgewählte osteuropäische Staaten in die Vergleichsgruppe aufgenommen: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Russland, die Slowakei, die Tschechische Republik, die Ukraine und Ungarn. Trotz der Auswahl vergleichbar ähnlicher osteuropäischer Fälle weisen alle Vergleichsstaaten mit Blick auf die zentralen Variablen der Analyse ein hohes Maß an Varianz auf. Die Vergleichsgruppe enthält Staaten, die im Kontext des bürokratisch-autoritären Kommunismus (die Tschechische Republik), des national-akkommodativen (Polen und Ungarn) und des patrimonialen Kommunismus (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Russland, Rumänien, die Slowakei und die Ukraine) stehen. Zudem weisen alle Vergleichsstaaten teils sehr unterschiedliche Wahlsysteme und, im Bereich der abhängigen Variablen, sowohl verschiedene Niveaus an parteiensystemischer Fragmentierung als auch unterschiedliche Maße an Repräsentationsqualität auf (vgl. Peters 1998: 30).

Konträr zur gerade vorgestellten osteuropäischen Vergleichsgruppe, die auf einer eigenen Datenerhebung basiert, bezieht sich die Kontrollgruppe etablierter Demokratien auf Sekundäranalysen bereits publizierter Studien. Das *Sample* von Wahldaten auf nationaler

8 O'Donnell und Schmitter (1986: 57) definieren eine "Gründungswahl" als die erste kompetitive Parlamentswahl nach einer Phase autoritärer Herrschaft (vgl. auch Reich 2004: 239-240). Als "Vorgründungswahlen" sind dagegen die ersten freien und kompetitiven Wahlen definiert, die auf substaatlicher Ebene, vor der Auflösung der UdSSR und der Tschechoslowakei, abgehalten wurden (vgl. auch Nohlen und Kasapovic 1996: 43-45).

Abbildung 1.2: Verfügbarkeit von aggregierten Wahldaten in den elf Vergleichsstaaten

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	∑
Bulgarien	•	•			•		•		•			•		4
	Národná Rada – ein MPWK													
Estland	(•)		•			•			•					3
	Riigikogu – 12 (ab 1995: 11) MPWK													
Lettland	(•)			•		•			•				•	2
									Saeimas – 8 MPWK					
Litauen	(•)		•					•			•			3
	Seimas – 71 EWK/ 1 MPWK													
Polen		•		•				•				•		4
	Sejm – 37 (ab 1993: 52; ab 2001: 42) MPWK													
Rumänien	•		•				•				•			4
	Camera Deputatilor – 41 (ab 1992: 42) MPWK													
Russland				•		•			•					3
				Duma – 225 EWK/ 1 MPWK										
Slowakei					•			•					•	3
					Národná Rada – 4 (ab 1998: 1) MPWK									
Tschechien							•		•				•	3
							Poslanecká Sněmovna – 8 (ab 2002: 1) MPWK							
Ukraine					•			•					•	3
					Verkhovna Rada – 450 EWK; ab 1998: 225 EWK/ 1 MPWK									
Ungarn	•				•			•					•	4
	Országgyulés – 176 EWK/ 20 MPWK													

Anmerkungen:
- • = reguläre Parlamentswahlen in elf postkommunistischen Vergleichsstaaten;
- (•) = kompetitive "Vorgründungswahlen" auf substaatlicher Ebene;
- • = reguläre Parlamentswahlen, ohne empirische Daten auf der Wahlkreisebene;
- = Angaben zur Wahlkreisebene;
- EWK = Einerwahlkreise; MPWK = Mehrpersonenwahlkreise; ∑ = Wahlen je Vergleichsstaat.

Ebene geht wesentlich auf einen von Arend Lijphart (1994a) erstellten Datensatz zurück, der 384 Wahlen in 27 Staaten dokumentiert. Lijpharts Kriterium der Fallauswahl ist die etwa seit Beginn seines Untersuchungszeitraums 1945 ununterbrochene, demokratische Wahlgeschichte. Das betrifft zunächst 16 europäische Staaten: Belgien, Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, die Schweiz und weiter acht langfristig stabile Demokratien außerhalb Europas: Australien, Costa Rica, Indien, Israel, Japan, Kanada, Neuseeland und die Vereinigten Staaten. Hinzu kommen noch drei südeuropäische Staaten ohne langfristige demokratische Kontinuität, die jedoch mittlerweile als stabil und hinreichend demokratisch konsolidiert gelten können: Griechenland, Portugal und Spanien (vgl. Lijphart 1994a: 2-3).

Zusätzliche Beobachtungen auf der Ebene einzelner Wahlkreise sind besonders zwei weiteren Quellen entnommen: Einmal dem von Daniele Caramani (2000) zusammengestellten Datensatz, der Stimmenanteile auf der Wahlkreisebene in 18 westeuropäischen Staaten dokumentiert, und zweitens den im "Lijphart Elections Archive" (LEA) dokumentierten Datensätzen, die Stimmen- und Mandatsanteile auf der Ebene einzelner Wahlkreise enthalten.[9]

Empirische Forschungsstrategie

Ländervergleichende Studien, die sich mit der Analyse von Transformationsprozessen beschäftigen, sind regelmäßig vom *Small-N*-Problem betroffen. King et al. (1994: 219-223) schlagen bei begrenzten Fallzahlen einen Fokus auf die "Untereinheiten" der analysierten Fälle vor, um weitere Beobachtungen zu generieren und so das *Small-N*-Problem zu mindern. Konzeptionell, vor allem bezogen auf die Fallzahl, trägt die Wahlkreisebene der Analyse also neue "Beobachtungen" zur besseren Validierung statistischer Verfahren ein, nicht aber genuin neue "Fälle" (zur "statistischen Methode" vgl. auch Lijphart 1975). Die Erweiterung des Fokus auf die Wahlkreisebene ist deshalb nicht nur geboten, weil dort die relevanten kausalen Faktoren für die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen operieren, sondern sie erhöht gleichzeitig die Fallzahl von 36 nationalen Wahlen in den elf Vergleichsstaaten auf Beobachtungen in 3163 einzelnen Wahlkreisen.

Als alternativen Weg zum Umgang mit dem *Small-N*-Problem diskutieren King et al. (1994) die Einführung und Analyse weiterer, parallel konstruierter abhängiger Variablen:

> Additional instances for the test of a theory or hypothesis can be generated by retaining the same unit of observation but changing the dependent variable. This approach involves looking for many effects of the same cause – a powerful technique for testing a hypothesis. (King et al. 1994: 223)

Die empirische Forschungsstrategie dieser Untersuchung berücksichtigt diese Hinweise. Die Argumentation versucht nicht, eine einzige abhängige Variable durch die Hinzunahme einer Vielzahl unabhängiger Variablen *in extenso* zu erklären, sondern sie konzentriert sich auf die Effekte einer zentralen unabhängigen Schlüsselvariablen, der Wahlsysteme in Osteuropa, auf unterschiedliche empirische Phänomene, nämlich die abhängigen Variablen in

9 Die Datensammlung des "Lijphart Elections Archive" (LEA), die auch viele der von Cox (1997) benutzten Datensätze enthält, ist im Internet zugänglich unter `http://dodgson.ucsd.edu/lij/`.

den Bereichen Fragmentierung von Parteiensystemen und Qualität politischer Repräsentation.[10] Auch innerhalb dieser Dimensionen abhängiger Variablen werden verschiedene Operationalisierungs- und Messmethoden benutzt, um möglichst genaue Kenntnisse über die Effekte der Schlüsselvariablen zu erhalten und die gefundenen Kausaleffekte intensiv auf ihre Robustheit zu testen. Beide Analysestrategien gemeinsam, "Same Measures, New Units" und "New Measures, Same Units" (King et al. 1994: 223-224), helfen, statistische Hypothesentests auf eine solidere empirische Basis zu stellen und dem *Small-N*-Problem vergleichender Studien sinnvoll zu begegnen.

Das empirische Material dieser Arbeit sind Aggregatdaten und aggregierte *Survey*-Daten. Vergleichende Zusammenstellungen von Wahldaten auf nationaler Ebene stammen vor allem aus zwei Quellen: (1) den unter Leitung von Richard Rose am "Centre for the Study of Public Policy" (CSPP) der University of Strathclyde zusammengestellten Datensätzen (`http://www.cspp.strath.ac.uk/`) und (2) der von Sarah Birch, Frances Millard, Marina Popescu und Kieran Williams im Projekt "One Europe or Several? The Electoral Process in Eastern Europe" (`http://www.essex.ac.uk/elections/`) erarbeiteten Datenbasis. Hinzu kommen Informationen aus den offiziellen Wahlstatistiken der elf osteuropäischen Vergleichsstaaten. Diese Datensätze auf der nationalen Ebene und der Wahlkreisebene wurden intensiv verifiziert und von Fehlern befreit.

Die Untersuchung der abhängigen Variablen Repräsentationsqualität, die auch auf die richtungspolitische Entsprechung von Wählern und Parlamentariern zielt, ist schließlich auf *Survey*-Daten angewiesen. Ansatzpunkt dieser Analyse ist die Bestimmung der politischen Positionen von Wählern und Parteien auf verschiedenen programmatischen Achsen, die durch auf Parteiebene aggregierte Individualdaten vorgenommen wird. Dazu wurden einige vergleichende Datensätze zur Reanalyse aufbereitet: (1) das vergleichende Wahlforschungsprojekt "The Comparative Study of Electoral Systems" (`http://www.umich.edu/~cses/`), (2) der "World Values Survey" (`http://www.worldvaluessurvey.org/`), (3) der "European Values Survey" (`http://www.europeanvalues.nl/`), (4) die Wellen des "Central and Eastern Eurobarometer" (`http://www.gesis.org/en/data_service/eurobarometer/ceeb/`) und (5) das "International Social Survey Programme" (`http://www.issp.org/`). Darüber hinaus sind einige Wahlstudien des Projektverbunds "Founding Elections in Eastern Europe", der von Hans-Dieter Klingemann geleitet wurde, in die Datenbasis eingegangen.

Die Kontrollgruppe etablierter Demokratien steht schließlich auf der empirischen Basis von Sekundäranalysen. Den umfangreichsten Datensatz auf nationaler Ebene, der 384 Wahlen zu den nationalen Parlamenten von 27 langfristig etablierten Demokratien umfasst, hat Arend Lijphart (1994a) in seiner Studie "Electoral Systems and Party Systems" vorgelegt. Neben diesen Daten, die im *Time-Series-Cross-Section*-Format vorliegen, wird ein weiterer Datensatz im Querschnittsformat herangezogen, den Octavio Amorim Neto und Gary W. Cox (1997) und Gary W. Cox (1997) benutzt haben; schließlich werden die Kernthesen dieser Arbeit noch an einem weiteren, sehr "inklusiven" Datensatz geprüft, der Wahlresultate nahezu aller in formalem Sinne demokratischen Staaten im *Time-Series-Cross-Section*-Format

10 Steffen Ganghof (2005) hat diese alternativen Strategien als "x-zentrierte" und "y-zentrierte" Forschungsdesigns diskutiert. Akzeptiert man diese Terminologie, gehört diese Studie zu den "x-zentrierten" Untersuchungen, die die kausalen Effekte einer Schlüsselvariable, der Wahlsysteme, über unterschiedliche Settings und heterogene Kontexte hinweg analysieren möchte.

dokumentiert und von Matthew Golder (2005) bereitgestellt wurde. Die Hauptquelle für Beobachtungen auf der Wahlkreisebene hat Daniele Caramani (2000) zusammengestellt.[11] Der Datensatz, der Stimmenanteile auf der Wahlkreisebene in 18 westeuropäischen Staaten dokumentiert, wird ergänzt durch Informationen aus den offiziellen Wahlstatistiken weiterer etablierten Demokratien.

Methodisch steht diese Studie zunächst in der Tradition der systematischen, empirischen Analyse von Wahlsystemen, die mit Douglas W. Raes (1967) Studie "The Political Consequences of Electoral Laws" beginnt.[12] Erst Arend Lijphart (1990; 1994a) hat bei diesem Konzept der systematischen statistischen Analyse von Wahlsystemen auf der Basis großer Fallzahlen wieder angeschlossen; Ordeshook und Shvetsova (1994) sowie Amorim Neto und Cox (1997) haben schließlich diesen Strang fortgeführt und die Perspektive über den institutionellen Kernzusammenhang auf Interaktionseffekte von institutioneller Sphäre und gesellschaftlicher Heterogenität erweitert. Statistische Analysen sind, was die Analyse von Daten auf der Wahlkreisebene angeht, alternativlos, und diese methodische Orientierung hat auch bei der Analyse nationaler Daten wesentliche Resultate hervorgebracht.

Dennoch basiert das analytische Konzept nicht allein auf der variablenorientieren "statistischen Methode" (Lijphart 1971; 1975), sondern demonstriert die gefundenen Zusammenhänge, und auch einige abweichende Befunde, in systematisch-vergleichender, fallorientierter Analyse der elf osteuropäischen Vergleichsstaaten.[13] Diese Strategie ermöglicht nicht nur die deutlicher prozessorientierte Analyse und Kommentierung statistischer "Ausreißer", sondern sie lenkt zudem den Fokus auf intervenierende Kontextfaktoren.

Aufbau der Argumentation in den folgenden Kapiteln

Diese inhaltlichen und methodischen Aspekte begründen den folgenden Aufbau der Argumentation, die den einzelnen Schritten des "Grundmodells soziologischer Erklärungen" (Coleman 1990; Esser 1996) folgt: Zunächst stellen Kapitel 2 und 3 die konzeptionellen Grundlagen der Studie vor. Kapitel 2 skizziert die Erforschung der politischen Konsequenzen von Wahlsystemen als einen systematischen, kumulativen Prozess (vgl. Riker 1982) und stellt dabei wesentliche Hypothesen des "Conventional Wisdom" zu den Wirkungen von Wahlsystemen auf Parteiensysteme und politische Repräsentation vor.

Das anschließende Kapitel 3 beleuchtet die *Logik der Situation*, die Rahmen- und Funktionsbedingungen politischer Institutionen, und bestimmt die heterogenen Kontexte, in denen die unterschiedlichen Wahlsysteme operieren; damit verschiebt sich die Perspektive von der institutionelle Kernlogik der Wahlsysteme auf ihre soziopolitische Umgebung. Der erste Akzent liegt auf der Gegenüberstellung der Kontextsituationen in etablierten Demokratien und in den "neuen" Demokratien Osteuropas, und im zweiten Schritt wird die Perspektive auf die Binnendifferenzierung der osteuropäischen Vergleichsstaaten eröffnet. Das

11 Je nach historischer Wahlrechtsentwicklung und Quellenlage variiert der dokumentierte Zeitraum. Er endet spätestens 1998 und beginnt, je nach Vergleichsstaat, zur unterschiedlichen Zeitpunkten: Belgien: 1848, Dänemark: 1848, Deutschland: 1871, Finnland: 1907, Frankreich: 1910, Griechenland: 1926, Großbritannien: 1832, Irland: 1922, Island: 1874, Italien: 1861, Luxemburg: 1919, die Niederlande: 1888, Norwegen: 1815, Österreich: 1873, Portugal: 1975, Spanien: 1977, Schweden: 1866 und in der Schweiz: 1848.

12 Zu einer intensiven Kritik dieser Arbeit vgl. Lijphart (1985; 1988; 1992b).

13 Zum Gegensatz fall- und variablenorientierter Ansätze vgl. Charles C. Ragin (1987; 1994).

Kapitel schließt mit der Formulierung eines systematischen, kontextsensitiven *Sets* von Hypothesen zu den politischen Konsequenzen von Wahlsystemen in Osteuropa.

Die folgenden Kapitel wenden sich der Empirie von Wahlsystemen in Osteuropa zu. Kapitel 4 benennt und operationalisiert die zentrale unabhängige Variable dieser Arbeit, die (*empirischen* oder *konkreten*) Wahlsysteme in den elf osteuropäischen Vergleichsstaaten und in der Kontrollgruppe etablierter Demokratien.

Die Kapitel 5 bis 7 enthalten die empirischen Analysen. Sie sind jeweils analog aufgebaut, beginnen mit der Vorstellung und Operationalisierung der abhängigen Variablen und diskutieren dann eingehend unterschiedliche Modelle für die postulierten kausalen Mechanismen, zuerst in der "Kontrollgruppe" etablierter Demokratien und sodann eingehend für die elf osteuropäischen Vergleichsstaaten: Kapitel 5 verbleibt zunächst bei konventionellen Makro-Makro-Generalisierungen und analysiert die Effekte von Wahlsystemen auf nationale Parteiensysteme. Dabei werden zunächst makroquantitative Analysen für die Kontrollgruppe etablierter Demokratien und sodann makroquantitative und fallorientierte Analysen für die Vergleichsgruppe osteuropäischer Staaten vorgestellt.

Kapitel 6 verlässt die konventionelle, nationalstaatliche Perspektive und lenkt den Fokus der Argumentation, dem "Grundmodell soziologischer Erklärungen" gemäß, auf die kausalen Mechanismen *innerhalb* der einzelnen Wahlkreise. Erneut werden zunächst die Befunde aus etablierten Demokratien präsentiert, und gegen diese "Folie" werden dann Analysen der "neuen" Demokratien in Osteuropa abgetragen. Das Kapitel schließt mit der eingehenden Untersuchung der *Logik der Aggregation* von den einzelnen Wahlkreisen hin zum nationalen Parteiensystem.

Kapitel 7 analysiert die Effekte von Wahlsystemen auf die Qualität politischer Repräsentation. Dabei werden zwei verschiedene Maßstäbe für die unabhängige Variable Repräsentationsqualität angelegt, die Distorsion von Stimmen- und Mandatsanteilen der Kandidaten und/ oder Parteien und die richtungspolitische Korrespondenz der Präferenzen von Elektorat und Parlament.

Kapitel 8 schließt die Darstellung ab, bewertet die Befunde dieser Arbeit im Hinblick auf Möglichkeiten und Grenzen des "Electoral" und/ oder "Constitutional Engineering" (vgl. Norris 2004; Sartori 1994) und zeigt Perspektiven zukünftiger Forschungsarbeiten auf.

2 Wahlsysteme im "kumulativen" Forschungsprozess

Die Austauschbeziehungen von Wahlsystemen und Parteiensystemen sind ein Kernbestand der klassischen Institutionenlehre und somit der vergleichenden Politikwissenschaft. Von dieser Grundverankerung aus hat sich die Analyse von Wahlsystemen, ihrer politischen Konsequenzen und ihrer Einbettung in soziopolitische Kontexte aber erheblich fortentwickelt und modifiziert. Dies geschah im metatheoretischen Umfeld der positiven politischen Theorie und des neuen Institutionalismus, vor allem aber des *Rational Choice*-Institutionalismus (vgl. Amadae und Bueno de Mesquita 1999; Carey 2000; Diermeier und Krehbiel 2003; Schofield 2000; Tsebelis 1990; Weingast 1996).

2.1 Wahlsysteme und Parteiensysteme

William H. Riker hat bereits 1982 die Effekte von Wahlsystemtypen auf Parteiensysteme zum Gegenstand einer disziplinhistorischen Abhandlung gemacht (vgl. Riker 1982). Konkret ging es ihm um die Etablierung der Politikwissenschaft unter diejenigen Disziplinen, die in einem fallibilistischen Forschungsprozess Hypothesen testen, verwerfen und reformulieren, sodass ein kumulativer, systematischer Wissensaufbau stattfindet. Riker unterstellt dabei den Wissenschaftsbegriff des kritischen Rationalismus (vgl. vor allem Kuhn 1970) als Gütekriterium sozialwissenschaftlicher Forschung und wehrt sich ostentativ gegen "efforts to turn political science into a belles-lettristic study" (Riker 1982: 753). Als Beispiel für seinen Versuch, diesen kumulativen, progressiven Prozess in politikwissenschaftlicher Forschung zu zeigen, hat Riker das ausgewählt, was er als "Duvergers Gesetz" und "Duvergers Hypothese" neu systematisiert hat: das "Gesetz", relative Mehrheitswahlsysteme erzeugten Zweiparteiensysteme, die "Hypothese", absolute Mehrheitswahl und Verhältniswahl beförderten Vielparteiensysteme (Duverger 1959: zuerst im französischen Original 1951). Beide Aussagen haben als abhängige Variable die (noch spezifisch zu definierende und zu operationalisierende) Anzahl der politischen Parteien.

Dieses Kapitel diskutiert detailliert die Implikationen, die Entwicklung und die Entwicklungskontexte von "Duvergers Gesetz" und "Duvergers Hypothese". Zunächst liegt dabei ein Akzent auf der Sichtung "klassischer" Analysen der Effekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme, dem Prozess wie der Kritik und Weiterentwicklung der eingebrachten Hypothesen. Das institutionalistische Modell von Duverger u. a. wird sodann mit der vor allem aus soziologischer Perspektive vorgebrachten Kritik konfrontiert. Den Schluss bildet ein formales Modell, das die Konsequenzen von Wahlsystemen auf nationaler Ebene und auf Wahlkreisebene genauer definiert und präzise kausale Argumente angibt.

Wahlsysteme und Parteiensysteme

Die Frage nach den Effekten spezifischer Wahlsystemtypen wird seit dem Beginn kompetitiver Massenpolitik im 19. und 20. Jahrhunderts gestellt (vgl. Lipset und Rokkan 1967b; Rokkan 2000). Insbesondere seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurden dann verstärkt "proportionalere" Alternativen zum dominierenden Typ der absoluten und relativen Mehrheits-

wahlsysteme diskutiert und mit der Perspektive auf ihre Konsequenzen für Parteiensysteme und politische Repräsentation analysiert. Im parlamentarischen und im öffentlichen Diskurs war das Thema vor allem durch Thomas Hares "The Election of Representatives, Parliamentary and Municipal" (1859) und John Stuart Mills "Considerations on Representative Government" (1861) eingeführt. Hare legte mit dem *Single Transferable Vote*-Verfahren ein elaboriertes System für eine ausgewogenere politische Repräsentation vor, und Mill steuerte (im klassischen Paradigmenkonflikt mit Walter Bagehot) die philosophische Rechtfertigung dieses Systembruchs bei. Beide reflektierten aber noch nicht konkret die Konsequenzen einer potenziellen Reform im Format des bestehenden britischen Parteiensystems. Erst der englische Rechtsanwalt Henry Droop, ein weiterer Anhänger der Verhältniswahl und der Entwickler der Droop-Quota, formulierte 1869 die ersten klaren, kausalen Hypothesen zum Effekt von Wahlsystemen (konkreter: zum Effekt des relativen Mehrheitswahlsystems in Großbritannien) auf Parteiensysteme:

> Each elector has practically only one choice between two candidates or sets of candidates. As success depends upon obtaining a majority [= relative Mehrheit; d.A.] of the aggregate votes of all the electors, an election is usually reduced to a contest between the two most popular candidates or sets of candidates. Even if other candidates go to the poll, the electors will usually find out that their votes will be thrown away, unless given in favour of one or other of the parties between whom the election really lies. (zit. nach Riker 1982: 756)

Droop referiert also genau das, was heute als "wasted vote"-Argument in der Literatur bekannt ist: Bei relativer Mehrheitswahl lässt die Konkurrenzsituation in einem Einerwahlkreis nur zwei aussichtsreiche Bewerber zu, und diejenigen Wähler, die etwa für einen dritten Kandidaten votieren, "verschwenden" den Erfolgswert ihrer Stimme. Später hat Droop diese Hypothese, die sich streng nur auf einen jeweils einzelnen Wahlkreis beziehen kann, für den Effekt des Wahlsystems auf das nationale Parteiensystem verallgemeinert:

> (...) these phenomena [= Zweiparteiensysteme; d.A.] I cannot explain by any theory of a natural division between opposing tendencies of thought, and the only explanation which seems to me to account for them is that the two opposing parties into which we find politicians divided in each of these countries [= Großbritannien und die Vereinigten Staaten; d.A.] have been formed and are kept together by majority voting [= gemeint ist die relative Mehrheitswahl; d.A.] (zit. nach Riker 1982: 756)

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde dieser zuerst von Droop postulierte kausale Mechanismus, der inhaltlich "Duvergers Gesetz", nicht jedoch "Duvergers Hypothese" vorwegnimmt, akzeptierter Forschungsstand der damaligen Institutionenlehre (vgl. Ashworth und Ashworth 1901; Friedrich 1937; Holcombe 1911; Key 1950; MacDonald 1909; MacMahon 1933; Schattschneider 1942; Williams 1918). Den Effekten von Verhältniswahlsystemen, die von etwa 1900 bis 1925 in vielen kontinentaleuropäischen Staaten eingeführt worden waren (vgl. Lipset und Rokkan 1967a), wandte sich die Forschung aber erst dann zu, als die politischen Verhältnisse dort problematisch wurden. "Duvergers Hypothese", die Verhältniswahl befördere ein Vielparteiensystem und damit, wie weiter unterstellt wurde, instabile Vielparteienkoalitionen, wurde seit dem Zusammenbruch demokratischer politischer Systeme im Europa der Zwischenkriegszeit, speziell in Italien und Deutschland, implizit vertreten (vgl. statt vieler Finer 1935; Hermens 1933; 1951; 1963; Mellen 1943; Rustow 1950).

Der Verdienst von Maurice Duvergers "Les Partis Politiques" (1951) liegt in dieser Tradition weniger darin, vollständig neue Hypothesen zum Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme formuliert zu haben. Das "Gesetz" war als kausaler Mechanismus seit den Publikationen Henry Droops bekannt, und die "Hypothese" wurde parallel zum Aufstieg (und zur Krise) der Verhältniswahlsysteme in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts formuliert. Jedoch hat die viel beachtete und, wegen ihres teils apodiktischen Charakters, viel kritisierte Analyse Duvergers den aktuellen Forschungsstand systematisch kodifiziert und so das Themenfeld untrennbar mit seinem Namen verbunden. Duverger stellt den institutionalistischen Überlegungen seiner Parteiensystemanalyse drei "Formeln" voran:

> Schematisch läßt sich der allgemeine Einfluß des Wahlverfahrens in folgenden drei Formeln zusammenfassen: 1. Die Verhältniswahl führt zu einem Vielparteiensystem mit starren, unabhängigen und stabilen Parteien (außer im Falle von plötzlich aufflammenden Bewegungen). 2. Die Mehrheitswahl mit Stichwahl [= absolute Mehrheitswahl; d.A.] führt zu einem Vielparteiensystem mit elastischen, abhängigen und verhältnismäßig stabilen Parteien (in allen Fällen). 3. Die einfache Mehrheitswahl führt zu einem Zweiparteiensystem mit sich abwechselnden, großen und unabhängigen Parteien. (Duverger 1959: 219)

Gerade die letzte, dritte "Formel", die relative Mehrheitswahl führe zu einem Zweiparteiensystem, stellt Duverger besonders heraus: "Von allen Schematismen, die in diesem Buch beschrieben wurden, kommt dieser (...) einem wirklichen soziologischen Gesetz am nächsten. Es läßt sich fast eine allgemeine Koinzidenz von einfacher Mehrheitswahl und Zweiparteiensystem feststellen. Die Länder mit Mehrheitswahl haben ein Zweiparteiensystem, und die Länder mit einem Zweiparteiensystem haben Mehrheitswahl" (Duverger 1959: 232). Die beiden anderen Wahlsystemtypen, die verbreitet waren, als Duverger seine "Formeln" aufstellte, führten jedoch zu deutlich verschiedenen Resultaten: "Umgekehrt fördern die Mehrheitswahl mit Stichwahl [= absolute Mehrheitswahl; d.A.] und die Verhältniswahl das Vielparteiensystem" (Duverger 1959: 252). Damit sind, bezogen auf die parteiensystemischen Konsequenzen der Wahlsysteme, die drei oben skizzierten "Formeln" auf zwei reduziert, die William H. Riker (1982: 754) als "Duverger's law" (die relative Mehrheitswahl produziere ein Zweiparteiensystem) und als "Duverger's hypothesis" (absolute Mehrheitswahl und Verhältniswahl führten zum Vielparteiensystem) gefasst hat.

Duverger illustriert "Gesetz" und "Hypothese" mit umfangreichen Verweisen auf die Empirie zeitgenössischer Parteiensysteme und gibt im Bereich von "Duvergers Gesetz" auch die kausalen Mechanismen an: In relativen Mehrheitswahlsystemen ist die Tendenz hin zum Zweiparteiensystem "das Resultat zweier zusammenwirkender Faktoren, eines gleichsam mechanischen und eines psychologischen" (Duverger 1959: 238): (1) Der mechanische Effekt betrifft die Umsetzung von Stimmenanteilen in Mandatsanteile und damit die Beobachtung, dass bei relativer Mehrheitswahl auf nationaler Ebene die stimmenstärkste Partei tendenziell einen deutlichen Mandatsbonus erhält, die zweitstärkste Partei moderat unterrepräsentiert wird und weitere Parteien deutlich unterrepräsentiert werden. (2) Während also der mechanische Effekt schlicht aus den Verrechnungsregeln des Wahlsystems folgt, enthält der psychologische Effekt eine Verhaltenskomponente und bezeichnet eine Reaktion von Wählern und Parteieliten auf diesen (erwarteten) mechanischen Effekt. Der psychologische Effekt zerfällt intern in zwei Einzelkomponenten: (2a) das strategische Interesse der Wähler, den Erfolgswert ihrer Stimme sicherzustellen (im Sinne des seit Henry Droop

bekannten "wasted vote"-Arguments), und (2b) das strategische Interesse von Parteieliten, nur dort Kandidaten aufzustellen und/ oder Ressourcen einzusetzen, wo auch die Möglichkeit zum Mandatsgewinn besteht. Als Folge dieser Strategien wird angenommen, dass (ad 2a) Wähler schlechter placierte Parteien/ Kandidaten verlassen und sich strategisch für eine/ einen der beiden bestplacierten entscheiden und (ad 2b) Parteien, die keine realistische Aussicht auf einen Mandatsgewinn haben, ihre Kandidatur zurückziehen und langfristig entweder als eigenständige Partei scheitern oder mit anderen politischen Parteien strategische Fusionen eingehen.

Im Bereich von "Duvergers Hypothese", bei einfachen Verhältniswahlsystemen, wirken dagegen kaum mechanische Effekte, sodass auch ihre Antizipation in Form von psychologischen Effekten auf Wähler und Parteieliten nicht geboten ist. Genau diese tendenzielle Abwesenheit von mechanischen und, als Konsequenz, psychologischen Effekten der Verhältniswahl meint Sartori (1986: 54), wenn er die "reine" Verhältniswahl als das "no effect system" etikettiert, also als ein System einstuft, das keine "wasted vote"-Situationen herstellt und deshalb keine Antizipation dieser Effekte in Form von strategischem Handeln von Wählern und Parteieliten erzeugt. Auch Duverger argumentiert teils aus ähnlicher Perspektive: "Im allgemeinen lässt die Verhältniswahl die Organisation der Parteien, wie sie im Augenblick ihrer Einführung bestanden, einigermaßen intakt bestehen" (Duverger 1959: 264).

Dennoch geht "Duvergers Hypothese" im Kern über die Charakteristik von Verhältniswahlsystemen als "no effect system" hinaus und postuliert definitiv ein Vielparteiensystem: "In keinem Land der Welt hat die Verhältniswahl ein Zweiparteiensystem geschaffen oder aufrechterhalten" (Duverger 1959: 257). Damit ist die Annahme einer "vervielfältigenden" Wirkung von Verhältniswahlsystemen auf Parteiensysteme, wenn auch etwas schwankend und teils widersprüchlich operationalisiert und argumentiert, angelegt. Duvergers Hypothese entstand vor einem historischen und empirischen Hintergrund, der gleichermaßen bestimmt ist durch die Einführung von Verhältniswahlsystemen in Kontinentaleuropa und die Entstehung von Vielparteiensystemen.[1] Damit ist jedoch noch keine valide Aussage über eine kausale Verbindung beider Phänomene getroffen. Duverger führt hier wiederholt die Hilfskonstruktion eines "natürlichen" Dualismus politischer Optionen, politischer Organisationen und letztlich politischer Parteien ein: "Die natürliche Bewegung der Gesellschaft neigt zum Dualismus der Parteien. Sie kann jedoch durch entgegengerichtete Tendenzen aufgehalten werden, wie noch des weiteren zu zeigen sein wird" (Duverger 1959: 231). Eine dieser Tendenzen ist eben ein Verhältniswahlsystem, das durch seine "depolarisierende" Wirkung die Grundtendenz zum Zweiparteiensystem unterlaufe und das Format hin zum Vielparteiensystem "vervielfältige". Das Wahlsystem wird dann sogleich als kausaler Faktor vorgestellt, der die Abweichung von Duvergers willkürlich gewählter Norm, dem Parteiendualismus, begründet.

1 Aus genau diesem Grund hält Sartori (1986: 57) die These zum "vervielfältigenden Effekt von Verhältniswahlsystemen" auf die Zahl der politischen Parteien für eine "optische Täuschung": "The logical point is this: since PR [= proportional representation, dt. Verhältniswahl; d.A.] is supposed to mirror 'in proportion', how can it multiply? (...) I submit that the multiplying effect of PR is an optical illusion prompted by the historical sequencing of electoral systems."

Hypothese 1
Auf der nationalen Ebene errichten relative Mehrheitswahlsysteme eine institutionelle Schranke gegen die Proliferation von mehr als zwei Parteien im Elektorat und Parlament.

Hypothese 2
Auf der nationalen Ebene errichten absolute Mehrheitswahl- und Verhältniswahlsysteme keine derart hohen institutionellen Barrieren und erlauben, je nach konkreter institutioneller Gestaltung, die Proliferation von mehr als zwei Parteien in Elektorat und Parlament.

Aaron Wildavsky (1959) macht in seiner Kritik von "Les Partis Politiques" auf einige generelle Probleme in der Argumentation Duvergers aufmerksam, die im Ansatz schon bei der Konzeption des "natürlichen" Parteiendualismus deutlich geworden sind. Neben dieser "mythical fallacy" hält er Duverger unklare Begrifflichkeiten, unbegründete kausale Annahmen, einen unreflektierten Umgang mit empirischem Material und Tendenzen zur Immunisierung der Hypothesen gegen abweichende Fälle vor (vgl. Wildavsky 1959: 305). Tatsächlich kann er zeigen, dass Auswahl und Operationalisierung des empirischen Materials den empirischen Beleg der Thesen Duvergers sehr "erleichtern". Besonders den Umgang mit abweichenden Fällen, die nicht in die skizzierte Argumentation passen, kritisiert Wildavsky scharf.

Ein Beispiel aus dem Bereich von "Duvergers Gesetz": Die abhängige Variable, das postulierte Zweiparteiensystem, wird *auf der nationalen Ebene* beobachtet. Duvergers zentrale unabhängige Variablen, die mechanischen und psychologischen Effekte von relativen Mehrheitswahlsystemen in der (potenziellen) "wasted vote"-Situation, wirken jedoch streng nur *innerhalb einzelner Wahlkreise*. Duverger (1959: 237) räumt deshalb ein: "die eigentliche Wirkung des Wahlsystems ist auf den einzelnen Wahlkreis beschränkt", und "die Gegner, die sich gegenüberstehen, können in den verschiedenen Landesteilen andere sein", wenn er abweichende empirische Beobachtungen, zum Beispiel die Existenz von Vielparteiensystemen im föderalen Kanada oder in (Teilen von) Großbritannien diskutiert. Die empirische Haltbarkeit dieses Befundes, der Existenz eines strikten lokalen Dualismus, einmal vorausgesetzt, müsste Duverger noch ein Argument präsentieren, das die Transformation vom lokalen Dualismus der Wahlkreiskandidaten zum nationalen Zweiparteiensystem kausal ausarbeitet. Zu diesem Zweck führt er, neben der erneuerten "mythical fallacy" (Wildavsky 1959: 305), weitere Überlegungen ein, die vollständig außerhalb des ursprünglichen "Gesetzes" liegen:

> Gewiss bringt die fortschreitende Zentralisierung der inneren Parteienstruktur einerseits, die natürliche [sic; d.A.] Ausweitung aller politischen Probleme auf den Bereich der ganzen Nation anderseits auch das Übergreifen des durch das Wahlverfahren bedingten regionalen Dualismus auf das ganze Land mit sich. (Duverger 1959: 237)

Jedoch löst genau dieses Argument, die Einführung eines völlig neuen Bestimmungsfaktors, das Problem nicht, einen systemischen, keinen bloß lokalen Effekt zu bestimmen, und es setzt genau das bereits voraus, was eigentlich gezeigt werden soll, denn ein Zweiparteiensystem auf nationaler Ebene ist die abhängige Variable des Modells, nicht dessen Funktionsbedingung (Leys 1959; 1963; Wildavsky 1959). Dennoch fährt Duverger im Folgenden

schlicht fort und verwendet das nun "eherne Gesetz" (Duverger 1959: 242) in der allgemeinen, nicht weiter qualifizierten Form. Diese Argumentationsfigur betrifft nicht nur die Systematik der Modellkonstruktion, sondern auch Sichtung und Auswertung von empirischem Material (vgl. zu den empirischen Kontroversen Bogdanor 1983; Colomer 2004b; Grumm 1958; Lakeman und Lambert 1963). Abweichenden Fällen wird mit unklaren Operationalisierungen und *ad hoc* formulierten Geltungsbedingungen "begegnet". Tatsächlich kommt Duverger (1959: 232) für sein "Gesetz" zu dem Fazit: "Ausnahmen sind selten und lassen sich immer durch besondere Umstände erklären".

Neuere Versuche, bei Duverger anzuschließen und das "Gesetz" bzw. die "Hypothese" zu reformulieren, reproduzieren diese Defizite bei der Modellbildung und bei der Analyse von empirischem Material. Auch William H. Riker (1976: 94) konzentriert sich bei seiner Revision des "Gesetzes" (die "Hypothese" bleibt zunächst unbehandelt) auf die Ebene einzelner Wahlkreise: "There are, of course, many trivial exceptions, wherein the nation as a whole has more than two parties because the pair of parties offering candidates varies from constituency to constituency – a situation which violates the crude phrasing of the law but not the spirit of the argument about wasting votes". Eine dieser "trivialen" Ausnahmen ist Kanada, das durch diese Fokusverschiebung auf die Wahlkreisebene, genau wie bei Duverger, wieder unter "Duvergers Gesetz" subsumiert werden könne (vgl. auch Riker 1982: 763-764).[2] Ein weiterer vom "Gesetz" abweichender Fall, Indien, konnte 1951 von Duverger noch nicht analysiert werden, weil dort demokratische Wahlen erst seit 1952 stattfinden. Für diesen Fall konzediert Riker (1982: 760-761) ein Vielparteiensystem auf nationaler Ebene und auf Wahlkreisebene; er begründet diese Konstellation aber mit der *ad hoc* formulierten Erklärung, die Position der Kongresspartei als "Condorcet Winner" unterlaufe die Effekte des Wahlsystems: Die Kongresspartei könne alle übrigen Parteien in paarweiser Konkurrenz schlagen. Weil sie zudem in der Mitte des richtungspolitischen Spektrums positioniert sei, werde eine gegen sie gerichtete Koalition der polaren Kräfte auf dem politischen Spektrum kaum zu konstruieren sein. Steht so mit Sicherheit fest, wer das Mandat gewinne, entfalle auch der Anreiz zu strategischem Wahlverhalten (vgl. zuerst Riker 1976).

Der "Hypothese" wandte sich Riker erst bei seinen disziplinhistorischen Analysen genauer zu (Riker 1982); im Kontrast zum reformulierten "Gesetz" gibt er die "Hypothese", absolute Mehrheitswahl und Verhältniswahl führten zu Vielparteiensystemen, im Lichte abweichender Fälle, etwa von Österreich, auf: "it seems impossible to save the hypothesis by modifying it (...) We can therefore abandon Duverger's hypothesis in its deterministic form" (Riker 1982: 759-760).

Den nächsten Versuch, "Duvergers Gesetz" und "Duvergers Hypothese" zu reformulieren, unternahm Giovanni Sartori (1986; 1994), der seinen Beitrag ausdrücklich in die von Riker (1982) skizzierte "kumulative" Forschungstradition stellt und mit einer eingehenden Kritik der Studien von Riker und Duverger beginnt. Dabei geht es auch ihm dezidiert um deterministisch formulierte *Gesetze*, nicht um bloß probabilistische Assoziationen, und seine Argumentation bezieht sich wesentlich auf die Differenzierung dieser beiden Arten von Aus-

2 Es sei noch angemerkt, dass die Behauptung, in Kanada gebe es ein Zweiparteiensystem auf Wahlkreisebene und ein Vielparteiensystem auf nationaler Ebene, empirisch schlicht falsch war und weiterhin ist. In den kanadischen Einerwahlkreisen ("ridings") ist die Anzahl der (effektiven) Kandidaten regelmäßig deutlich höher als zwei (vgl. detailliert Gaines 1999). Tatsächlich argumentiert Riker, und vor ihm Duverger, mit der Perspektive auf Wahlkreisdaten, ohne eine solche empirische Analyse tatsächlich durchgeführt zu haben.

sagen (Sartori 1986: 49-52). Materiell weicht Sartori von seinen Vorlagen Riker und Duverger ab, wenn er nicht mehr die schlicht bivariaten Effekte von Wahlsystemen, der unabhängigen Variable, auf Parteiensysteme, die abhängige Variable, analysiert, sondern mit dem Aspekt "Strukturiertheit des Parteiensystems" eine weitere unabhängige Variable operationalisiert und so eine multivariate Beziehung aufstellt. Die Effekte von "starken" (= relative Mehrheitswahl) und schwachen (= Verhältniswahl) Wahlsystemen mit starken (= strukturierten) und schwachen (= unstrukturierten) Parteiensystemen werden damit zum Bestimmungsfaktor für die parteiensystemische Fragmentierung, die Zahl der politischen Parteien.

Auf dieser Grundlage formuliert Sartori (1986: 58-63) einen "Kanon" von vier "rules", drei "hypotheses", vier "laws" und zwei "tendency laws". Diese Aussagenfülle kann hier nicht erschöpfend nachgezeichnet werden. Dieter Nohlen (2000: 398-403) macht jedoch darauf aufmerksam, dass die reformulierten "laws" im Grunde trivial sind und eher einer Definition der Wahlsystemtypen ähneln als einer gehaltvollen, falsifizierbaren sozialwissenschaftlichen Hypothese. Denjenigen jedoch, die empirisch überprüfbare, falsifizierbare Hypothesen bevorzugen, bietet Sartori nicht-deterministische, probabilistisch gemeinte "Tendenz-Gesetze" zum Effekt relativer Mehrheitswahl- und Verhältniswahlsysteme an, die substanziell exakt dem "Gesetz" und der "Hypothese" Duvergers (1959) entsprechen:

> *Tendency law 1:* Plurality formulas facilitate (are facilitating conditions of) a two-party format and, conversely, obstruct (are an obstructive condition of) multipartyism.
>
> *Tendency law 2:* PR [= proportional representation, dt. Verhältniswahl; d.A.] formulas facilitate multipartyism and are, conversely, hardly conducive to two-partyism. (Sartori 1986: 64; Hervorh. im Original)

Die Indizien für den von Riker (1982) skizzierten, kumulativen Forschungsprozess, der nun vor allem auf einen, wie auch immer verstandenen, wissenschaftlichen Fortschritt zielt, sollten bessere sein, als nach mehr als drei Jahrzehnten die "Formeln" Duvergers als inhaltsgleiche "tendency laws" zu wiederholen. Auch wenn Versuche "Gesetz" und "Hypothese" neu zu formulieren, ihre Geltungsvoraussetzungen differenzierter zu fassen und sie auf neue Empirie zu beziehen, gescheitert sind, bedeutet das jedoch keine unbedingte Absage an einen als "kumulativ" verstandenen Forschungsprozess. Diejenigen Ansätze jedoch, die Sartori (1986: 46), wohl aufgrund methodologischer "Abweichungen", von der kumulativen Forschungstradition ausnehmen wollte, haben dieses Desiderat gerade besser erfüllt. Es geht dabei um stärker variablenorientierte Designs, die bei der Vorlage von Douglas W. Rae (1967) anschließen; sie werden in Kapitel 5 ausführlich dargestellt und diskutiert.

Kritik aus soziologischer Perspektive

Neben der eher werkimmanenten Kritik, die zum Beispiel Aaron Wildavsky (1959) vorbringt, sind "Duvergers Gesetz" und "Duvergers Hypothese" bald nach ihrer Publikation aus weniger institutionalistisch, sondern dezidiert empirisch-soziologisch orientierten Perspektiven vehement angegriffen worden. Bereits 1959 eröffnete Colin Leys einen Artikel zu Duvergers "Gesetz" und "Hypothese": "The doctrine that party systems are wholly or largely determined by electoral systems seems now to be as widely rejected as it was once accepted" (Leys 1959: 127). Die entstandenen Kontroversen lassen sich in drei große Komplexe teilen:

Kritik an den wissenschaftstheoretischen Prämissen, besonders am "Gesetzescharakter" der Effekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme, die Gegenthese, Parteiensysteme ihrerseits bestimmten Wahlsysteme, und nicht Wahlsysteme die Parteiensysteme, und die These, politische Parteiensysteme seien durch makrosoziologische Faktoren, etwa durch Systeme gesellschaftlicher Konfliktlinien, geformt, und das Wahlsystem bewirke einen (höchstens) sekundären und unbestimmten Effekt auf die Formierung von Parteiensystemen.

Kritik an den wissenschaftstheoretischen Prämissen

Die wissenschaftstheoretischen Kritiken berühren weniger konkrete forschungspragmatische Aspekte als eine generelle metatheoretische Debatte zum Stellenwert sozialwissenschaftlicher Aussagen. "Duvergers Gesetz" legte in der Optik vieler Kommentatoren (und in einer Zeit, die deutlich vom Paradigmenwechsel hin zu einer behavioristisch orientierten Sozialwissenschaft gezeichnet war) einen erneuten "Rückfall" in einen institutionellen Determinismus nahe, der als bereits überkommen galt (vgl. Bogdanor 1983; Campbell 1958; Colomer 2004b; Lavau 1953; Mackenzie 1957). Dabei erscheint die Frage, ob es sich bei den postulierten Effekten von Wahlsystemen auf Parteiensysteme nun nominell um "Formeln", "Hypothesen", "Schemata" oder eben "Gesetze" handele, sicher kaum von realem Belang (vgl. ähnlich Taagepera und Shugart 1989b: 145). Duverger selbst verwendet zwar den Ausdruck "soziologisches Gesetz" an verschiedenen Stellen, jedoch benutzt er in lockerer Folge auch alle übrigen genannten Ausdrücke (vgl. auch die Kommentare und Klärungen bei Duverger 1986).[3]

Der Bezug auf die "technischen" Faktoren des Wahlsystems als Einflussgröße auf das Parteiensystem ist darüber hinaus (zunächst) kein deterministischer, denn Duverger konzediert stets die Wirksamkeit anderer Faktoren, zum Beispiel von "sozialökonomischen" und "ideologischen" Einflussgrößen, und er zählt "verschiedene Arten dualistischer Gegensätze" auf (Duverger 1959: 218, 244-245), die das Format von Parteiensystemen mitbestimmten. Eine systematische Berücksichtigung finden diese Faktoren aber immer nur dann, wenn das generelle Erklärungsschema, das Wahlsystem bestimme das Parteiensystem, sich an abweichenden empirischen Fällen bricht. Hier, bei einer kaum begründeten Hierarchie kausaler Faktoren in der Argumentation, könnte ein Determinismusvorwurf real ansetzen. Letztlich jedoch, darauf haben methodisch orientierte Kritiker wie Leys (1963: 308) hingewiesen, diskreditiert Duverger selbst den nomothetisch gemeinten Charakter seiner Aussagen, wenn er für jeden abweichenden empirischen Fall stets neue, *ad hoc* formulierte Geltungsbedingungen hinzunimmt.

Das Endogenitätsproblem

Die zweite Variante der Kritik betrifft nicht den generellen Zusammenhang von Wahlsystemen und Parteiensystemen, wohl jedoch die Richtung der angenommenen Kausalität: Nicht

3 Auch in dieser Arbeit erfolgt die Begriffswahl ohne Reflexion erkenntnistheoretischer Basisprinzipien, und die verschiedenen Begriffe werden austauschbar, frei von metatheoretischen Konnotationen verwendet. Allein Rikers Doppelkonstruktion von "Gesetz" und "Hypothese" (Riker 1982) soll in dieser Arbeit terminologisch helfen, die Aussagen Duvergers zu relativen Mehrheitswahlsystemen auf der einen Seite und zu absoluter Mehrheitswahl und Verhältniswahl auf der anderen Seite in der Darstellung begrifflich zu trennen.

Wahlsysteme formten das Parteiensystem, sondern umgekehrt bestimmten Parteiensysteme ein ihnen angemessenes Wahlsystem. Das Wahlsystem sei damit nicht die unabhängige, sondern die abhängige Variable der behaupteten Beziehung (Colomer 2004b; Eckstein 1963; Engelmann 1959; Grumm 1958; Jesse 1985; La Palombara 1953; Lakeman 1970; Lakeman und Lambert 1963; Lipson 1964; Shamir 1985). So argumentiert bereits John G. Grumm (1958: 375): "PR is a result rather than a cause of the party system", Harry Eckstein (1963: 253) fügt hinzu: "electoral systems only express the deeper determinants of a society", und Vernon Bogdanor (1983: 253-254) meint "any theory making the electoral system a fundamental causative factor in the development of party systems cannot be sustained (...) electoral systems must be understood against the background of a society's historical development, which is in turn profoundly affected by political choices".

Beides schließt einander jedoch nicht aus: Können Effekte des Wahlsystems auf das Parteiensystem gezeigt werden, ist auch klar, dass politische Parteien interessiert sind, das Wahlsystem in ihrem Sinne zu gestalten und/ oder zu reformieren. Gelten also Duvergers "Gesetz" und "Hypothese", liegt gleichermaßen nahe, dass Parteiensysteme ihrerseits das Wahlsystem beeinflussen. Auf der anderen Seite anerkennen Versuche von Parteien, ein Wahlsystem zu reformieren, die reale Wirksamkeit dieses "Constitutional Engineering" (Sartori 1994). Ohne von den erstrebten Reformen zu profitieren, haben Versuche der Einflussnahme und/ oder Manipulation keine rationale Grundlage:

> Now in a causal argument nothing is uncaused: everything is caused by something, but, in turn, the consequence of something becomes the cause of something else. Thus to argue that electoral systems are 'caused' does not imply that at that moment the causal chain is broken. The presumption is, rather, that once in place electoral systems become causative factors that produce, at their turn, consequences of consequences. Indeed, if electoral systems were of little consequence why on earth would politicians fight so bitterly about them? (Sartori 1994: 27)

Politische Institutionen sind damit endogen: Parteiensysteme beeinflussen Wahlsysteme, und Wahlsysteme beeinflussen Parteiensysteme. Grumm (1958), Eckstein (1963), Bogdanor (1983) und Colomer (2004b) betonen die erste Hypothese, Duverger (1959), Riker (1982) und Sartori (1994) insistieren auf dem Vorrang der zweiten. Letztlich kann diese Kontroverse nicht durch den Bezug auf theoretische Paradigmen aufgelöst werden, und beide Effekte sind jeweils plausibel begründet.[4] Die Stabilität einmal kodifizierter Wahlsystemtypen ist ein häufig angeführtes empirisches Argument für die institutionalistische Perspektive: "One of the best-known generalizations about electoral systems is that they tend to be very stable and to resist change" (Lijphart 1994a: 52). Als einzige Abweichungen wurden regelmäßig die Fälle Frankreich, mit den Wechseln von Verhältniswahl und absoluter Mehrheitswahl in den Fünfziger- und Achtzigerjahren, und die Varianten der "reinforced PR" in Griechenland genannt. Im Verlauf der Neunzigerjahre traten dann jedoch Reformen hinzu, die meist kombinierte Wahlsysteme einrichteten. Diese neue Entwicklung brach das Stabilitätsparadigma in etablierten Demokratien, etwa in Italien, Japan und Neuseeland, besonders aber in den "neuen" Demokratien Osteuropas auf (vgl. im Einzelnen die Beiträge in Shugart und Wattenberg 2001d).

4 Cox (1997: 15) macht weiter darauf aufmerksam, dass Bogdanor und Riker etwa *zeitgleich* und mit Verweis auf *dasselbe empirische Material* zu diesen diametral entgegengesetzten Schlussfolgerungen gelangen.

Diese theoretischen und empirischen Argumente widerlegen nicht die generelle Zusammenhangshypothese für Wahlsysteme und Parteiensysteme, beschränken aber gleichwohl die kausale Stringenz von Duvergers "Gesetz" und "Hypothese". Falls nämlich eine Reform des jeweiligen Wahlsystems vergleichsweise leicht(er) angestoßen werden kann, bedeutet das eine substanzielle Schwächung des von Duverger skizzierten psychologischen Effekts von Wahlsystemen. Parteien, die keine realistische Aussicht auf einen Mandatsgewinn haben, sollten, so die Erwartung, ihre Kandidatur zurückziehen und/ oder die Fusion mit/ zu einer der größeren politischen Kräfte zu suchen. Können jedoch die institutionellen Regeln selbst beeinflusst werden, eröffnet das eine weitere Option: Genau dieses Spiel in verschiedenen Arenen meint George Tsebelis' Konzeption von "Nested Games" (Tsebelis 1990): Neben der beobachteten ersten Arena, dem Versuch, Mandatsmaximierung in der Wahl zu betreiben, kann eine politische Partei als Alternative die Veränderung des Wahlsystems in einem "game on institutional design" versuchen (vgl. detailliert Tsebelis 1990: 92-118).

Makrosoziologisch ausgerichtete Kritik

Die dritte, eng verwandte Variante der Kritik betont sozialstrukturelle Faktoren als primäre Bestimmungsgründe von Parteiensystemen. Institutionellen Einflüssen, wie zum Beispiel den Effekten verschiedener Wahlsystemtypen, komme ein allenfalls sekundärer Einfluss zu (statt vieler Lavau 1953; Lipset und Rokkan 1967a; Lipson 1964; Rokkan 1970; 2000). Die Grundperspektive dieser makrosozialen Ansätze ist, sehr grob und vereinfacht gefasst, dass die Anzahl der politischen Parteien abhängig sei von der Anzahl der soziopolitischen Konfliktachsen. Der Grad an parteipolitischer Fraktionierung, so das anschließende Argument, sei wiederum ein Erklärungsfaktor für den Typ des Wahlsystems. Wird diese zweistufige Argumentation akzeptiert, so ist klar, dass jede Korrelation von Wahlsystem und Parteiensystem keine kausale Beziehung reflektiert, sondern dass beide Variablen, Wahlsystem und Parteiensystem, durch eine dritte Variable, den Grad an sozialer Heterogenität, bestimmt sind:

> Es macht in der Tat in den meisten Fällen wenig Sinn, Wahlsysteme als unabhängige und Parteiensysteme als abhängige Variable zu behandeln. (...) In abstrakten theoretischen Begriffen könnte man wohl die Hypothese aufstellen, daß einfache Mehrheitswahlsysteme innerhalb der kulturell homogeneren Gebiete eines politischen Systems eher Zwei-Parteien-Systeme hervorbringen und daß weitere Parteien nur dann hinzukommen werden, wenn territoriale Spaltungen auftreten. (Rokkan 2000: 360)

Auch soziopolitisch fundierte Theorien zur Entstehung und Entwicklung politischer Parteiensysteme sind in deterministischer Fassung formuliert worden. Sicher kann jedoch nicht einfach unterstellt werden, dass soziopolitische Gegensätze immer und umstandslos politisch organisiert werden und dass dies stets in Form politischer Parteien geschehe. Diesem Automatismus stehen nicht nur abweichende empirische Befunde gegenüber, sondern auch die von Mancur Olson (1965) skizzierten "collective action problems". So kann von Anzahl und Intensität soziopolitischer Konfliktlinien nicht ohne Weiteres auf das Parteiensystem geschlossen werden, sondern die institutionellen Rahmenbedingungen für den Aufbau von (vor allem oppositionellen) Parteien bestimmen ihre Organisationschancen mit. Prominente makrosoziologische Konzepte, allen voran das *Cleavage*-Modell von Lipset und Rokkan (1967a), haben diese Rahmenbedingungen integriert: Sie beschreiben exemplarisch

ein System von vier institutionellen Hürden, die neue politische Kräfte im Kontext der Demokratisierung politischer Systeme nehmen müssen: (1) die Schwelle zur Legitimation, (2) die Schwelle zur Inkorporation, (3) die Schwelle zur Repräsentation und (4) die Schwelle zur Mehrheitsmacht (Rokkan 2000: 303-316).

Für Sartori bedeutet gerade diese paradigmatische Orientierung eine dezidierte Absage an den Soziologismus und stattdessen die Entwicklung von einer Soziologie der Politik hin zur politischen Soziologie (Sartori 1976: ix-x). Systematisch ist dieses Konzept bereits in die Definition der *Cleavages* eingeflossen, die aus einem sozialstrukturellen Gegensatz gebildet werden, der zweitens durch darauf aufsetzende politische Organisationsformen dauerhaft stabilisiert wird. *Cleavages* bezeichnen damit "ein *konzeptionelles Bindeglied* zwischen Sozialstruktur und politischem System" (Flora 2000: 53-54; Hervorh. im Original).

Generell schließen sich institutionelle und sozialstrukturelle Perspektiven meist nicht rigoros aus: Die Position von Alan Cairns (1968: 78), dasselbe Parteiensystem entwickle sich völlig unabhängig vom Typus des Wahlsystems, ist sicher ebenso monokausal angelegt wie selten vertreten. Kaum jemand wird bestreiten, dass, im Sinne Sartoris "starke" Wahlsysteme (etwa die relative Mehrheitswahl) institutionelle Beschränkungen für das Agieren von Wählern und Parteieliten errichten. Anders gewendet sind Vertreter institutionalistischer Ansätze (vgl. bereits Duverger 1959: 218, 242-247) regelmäßig bereit einzuräumen, dass sozialstrukturelle Aspekte einen Effekt auf die Formation politischer Parteiensysteme entwickeln. Dissens besteht jedoch unter beiden Perspektiven über die relative Hierarchie beider Bestimmungsgründe. Diese Frage kann sicher in letzter Konsequenz nicht allein theoretisch-konzeptionell beantwortet werden, sondern ihre Analyse bedarf differenzierter empirischer Beweisführung und gelangt, möglicherweise, für verschiedene politische Systeme und sozio-politische Kontexte zu unterschiedlichen Befunden.

Taagepera und Grofman (1985: 343) beklagen jedoch die mangelnde Klarheit soziologischer Parteien- und Parteiensystemtheorien, und damit ihre mangelnde Zugänglichkeit für die von ihnen projektierte empirisch-analytische Forschung: "Turning from the 'institutionalists' to the 'ideologues', it is much harder to find testable propositions". Dem ist freilich zu konzedieren, dass soziologische Ansätze, wie die *Cleavage*-Theorie von Lipset und Rokkan (1967a), einen erheblich weiter gefassten Erklärungsversuch unternehmen als etwa Duvergers "Gesetz" und "Hypothese". Ihr Thema schließt eben dezidiert materielle Aussagen ein über die Art und den Typ politischer Parteien- und Parteiensysteme, und besteht nicht allein aus Postulaten über die Anzahl (effektiver) politischer Parteien. Die vergleichende Wahlsystemforschung hat in makroquantitativen Ansätzen bislang nur relativ einfach operationalisierte sozialstrukturelle Variablen verwendet, etwa die "number of issue dimensions" (Taagepera und Grofman 1985) oder die "number of ethnic [alternativ: religious/ linguistic] groups" als Indizes für soziale Diversität (Amorim Neto und Cox 1997; Ordeshook und Shvetsova 1994).

Formale Modelle zum Einfluss institutioneller Faktoren

Die Sichtung "klassischer" Beiträge zum Wechselverhältnis von Wahlsystemen und Parteiensystemen zeigt einen vielfältigen Ertrag und eine Fülle von begründeten Hypothesen zu den kausalen Mechanismen. Sie reflektieren Lösungsansätze, etwa die bereits von Duverger vorgenommene analytische Differenzierung von mechanischen und psychologischen

Effekten, und/ oder immerhin Problembewusstsein, das sich etwa auf die Problematik der Integration von Wahlkreisebene und nationaler Ebene oder das Endogenitätsproblem von Wahlsystemen bezieht. Das Urteil Arend Ljpharts, die Wahlsystemforschung sei "An Underdeveloped Field" (Lijphart 1985), war deshalb schon 1985 zweifellos überzogen. Dem stehen jedoch Defizite und Nachholbedarf bei der Spezifikation kausal stringenter, präzise operationalisierter formaler Modelle gegenüber.

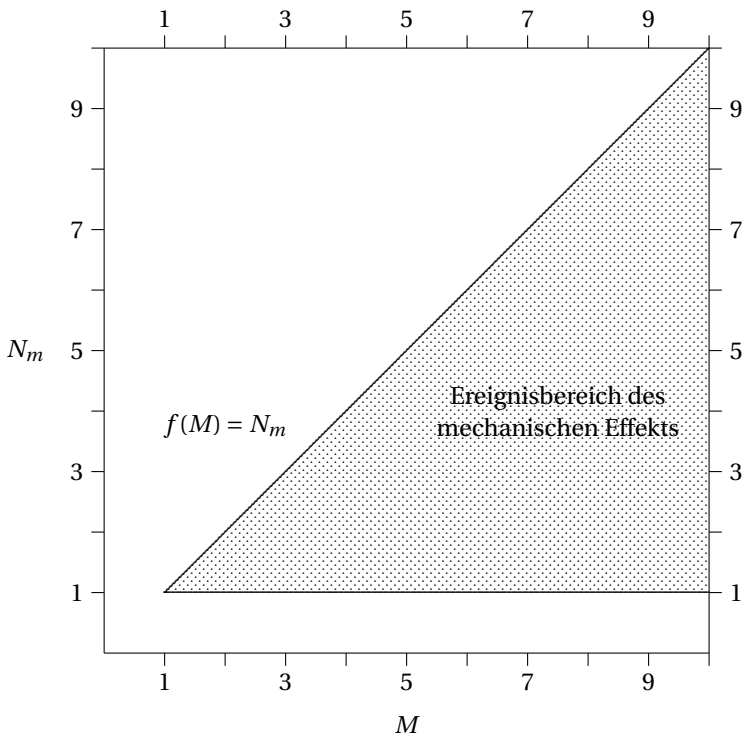
Diese formalen Modelle müssen einmal die von Maurice Duverger (1959: 238) eingebrachte Differenzierung von mechanischen und psychologischen Effekten der Wahlsysteme und weiter die hierarchische Differenzierung von Wahlkreisebene und nationaler Ebene nachhalten. Dabei ist, mindestens auf der Ebene einzelner Wahlkreise, die Angabe des formalen mechanischen Effektes sehr einfach. Der Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Größe M eines Wahlkreises, definiert als die Anzahl der im Wahlkreis vergebenen Mandate. In jedem Wahlkreis der Größe M können maximal M Listen oder Kandidaten Mandate gewinnen. Abbildung 2.1 illustriert diesen mechanischen Effekt grafisch. Der schraffierte Bereich bezeichnet den Ereignisraum, die möglichen Konstellationen mit maximal $1 \leq N \leq M$ Listen oder Kandidaten, die Mandate erhalten können. Außerhalb davon liegen unmögliche Ergebnisse mit weniger als einem vergebenem Mandat ($N < 1$) und mehr vergebenen als vorhandenen Mandaten ($N > M$).

> **Definition 1**
> Mechanische Effekte ($\mathbb{M}$) wirken bei der Umwandlung gegebener Stimmenanteile in Mandatsanteile. In jedem Wahlkreis, in dem M Mandate vergeben werden, können maximal M Listen und/ oder Kandidaten Mandate erhalten ($N_m \leq M$). Mechanische Effekte sind eine deterministische Funktion des einmal eingerichteten Wahlsystems, und sie arbeiten kontextunabhängig. Der Ausdruck des mechanischen Effekts ($\mathbb{M}$) bezeichnet schlicht die Verrechnung dieser Stimmenanteile v in die Mandatsanteile m der Listen und/ oder Kandidaten: $\mathbb{M}(v) = m$.

Der psychologische Effekt umfasst dagegen eine Verhaltenskomponente und arbeitet komplexer. Die folgenden formalen Ableitungen konzentrieren sich auf diesen psychologischen Effekt. Sie greifen die Wahlkreisgröße M als zentralen Faktor auf und postulieren für jeden Wahlkreis ein Maximum von $M+1$ Listen oder Kandidaten, die im spieltheoretischen Gleichgewicht um Wählerstimmen konkurrieren. Mechanische Effekte beschränken damit in jedem Wahlkreis der Größe M die Zahl der Listen oder Kandidaten, die *Mandate* erhalten, auf maximal M, psychologische Effekte bestimmen die Anzahl von Listen oder Kandidaten, die im Gleichgewicht *Stimmen* erhalten, auf maximal $M+1$.

Eine zweite, notwendige Differenzierung betrifft die Scheidung der beiden Komponenten des psychologischen Effekts, strategisches Verhalten der Wähler ("strategic voting") und strategisches Agieren der Parteieliten ("strategic entry"). Beide Komponenten vermögen die Fragmentierung der lokalen Parteiensysteme gleichermaßen zu beeinflussen, und die Analyse ihrer Interaktion ermöglicht auch die Scheidung von "bottom up" und "top down"-Effekten auf die abhängige Variable parteiensystemische Fragmentierung. Auch wenn strategisches Wahlverhalten und strategisches Kandidaturverhalten einander beeinflussen, gibt im Wettbewerb um Wählerstimmen letztlich das Handeln der Wähler den Ausschlag. In der formalen Theorie von Wahlsystemen wird deshalb meist das Handeln der Wähler als das Kernphänomen und das Agieren der Parteieliten als ein abgeleitetes Phänomen analysiert.

Abbildung 2.1: "Mechanische" Effekte auf das parlamentarische Parteiensystem



Anmerkungen: M = Wahlkreisgröße; N_m = Anzahl der Listen/ Kandidaten

Rezipieren Parteieliten die Konsequenzen strategischen Wählens für ihre potenzielle Kandidatur, wird auch auf der "entry"-Seite ein Gleichgewicht von $M+1$ Listen oder Kandidaten postuliert, die in den politischen Wettbewerb eintreten.

Im Folgenden wird diese $M+1$-Regel detailliert vorgestellt. Damit sind im Einzelnen vier Problembereiche gemeint, die im Zentrum des folgenden Überblicks stehen werden: die Spezifikation eines formalen, spieltheoretischen Modells, das die Effekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme auf der Wahlkreisebene abbildet, die präzise Angabe der Rahmen- und Funktionsbedingungen des Modells, die Verallgemeinerung des Modells, das für relative Mehrheitswahlsysteme entworfen wurde, auf absolute Mehrheitswahl- und Verhältniswahlsysteme und Transformationsregeln, die die Aggregation von lokalen Parteien-/ Kandidatenkonstellationen zum nationalen Parteiensystem schlüssig modellieren.

Entscheidungs- und spieltheoretische Modelle

Gary W. Cox (1997: 10-12) wertet zwei parallele theoretische Literaturen der Wahlsystemforschung aus, die kaum aufeinander Bezug nehmen: eine eher deduktiv ausgerichtete entscheidungs- oder spieltheoretische Richtung (Arrow 1951; Downs 1957; Gibbard 1973; Satterthwaite 1975) und eine induktive, datenanalytische Forschungstradition (Duverger 1959; Ferrara et al. 2005; Katz 1980; 1997; Lijphart 1994a; Rae 1967; Sartori 1994; Taagepera und Shugart 1989b). Cox stellt sich nun mit seinen Beiträgen in die Kontinuität beider Richtungen, der deduktiven wie der datenanalytischen Forschungstradition, und schlägt ihre Synthese zu einem empirisch prüfbaren, spieltheoretischen Entwurf vor (vgl. Amorim Neto und Cox 1997; Cox 1987; 1991; 1994; 1997). Der Kern seiner theoretischen Überlegung und Hypothesenbildung orientiert sich an formalen Modellen. Diese Modelle werden in empirischen Tests intensiv auf ihre Erklärungsleistung geprüft.

Den Ausgangspunkt dieser Darstellung bildet die formale Rekonstruktion der Logik von "Duvergers Gesetz" auf der Ebene einzelner Wahlkreise. Formale Analysen zu den Effekten von Wahlsystemen auf Parteiensysteme können nach Cox (1997: 71) in eine frühe entscheidungs- und eine nachfolgende spieltheoretische Literatur geordnet werden. Der Beitrag der Entscheidungstheorie (Cox 1984; McKelvey und Ordeshook 1972) besteht besonders in formaler Präzision bei Annahmen und Logik der angegebenen Modelle. Als hypothetisches Beispiel kann ein Wahlkreis betrachtet werden, in dem ein einzelnes, unteilbares Mandat via relativer Mehrheitswahl vergeben wird und in dem zunächst drei Kandidaten konkurrieren. Bei einer Präferenzverteilung von 45% für den Kandidaten einer rechten Partei (K_R), 35% für den Kandidaten einer linken Partei (K_L) und 20% für einen weiteren linksgerichteten Kandidaten (K_{L2}) haben nur die beiden meistpräferierten Kandidaten (K_R und K_L) eine realistische Aussicht auf den Mandatsgewinn. Von den strategisch orientierten Anhängern des zurückliegenden Kandidaten (K_{L2}) wird nun eine Umorientierung auf ihre besser placierte Zweitpräferenz erwartet. In diesem einfachen Beispiel sollte das, mindestens aufgrund der programmatischen Nähe, der Linkskandidat K_L sein.

Das formale Modell skizziert die Konkurrenz von K Kandidaten, die in einem Wahlkreis um ein Mandat konkurrieren, das nach der Entscheidungsregel der relativen Mehrheitswahl vergeben wird; es ruht auf den drei folgenden Basiselementen:[5]

- *Präferenzen:* Die Präferenzen jedes Wählers i können durch eine von-Neumann-Morgenstern-Nutzenfunktion μ_i abgebildet werden: Ein Mandatsgewinn des meistpräferierten Kandidaten wird als 1, der des am wenigsten präferierten Kandidaten wird als 0 kodiert, sodass die Präferenzfolge eines Wählers i über K Kandidaten als $\mu_i = (\mu_{i1}, \ldots, \mu_{iK})$ abgebildet werden kann.

- *Erwartungen:* Neben eigenen Präferenzen hat jeder Wähler i auch Erwartungen über den Ausgang der Wahl, die als Vektor $\pi_i = (\pi_{i,1}, \ldots, \pi_{i,K})$ dargestellt werden. $\pi_{i,k}$ bezeichnet hier denjenigen Stimmenanteil, den der Wähler i für den Kandidaten k *a priori* annimmt.

5 Die Notation ist bei Cox (1997: 73-76) entnommen.

- *Nutzen:* Für jeden Wähler i ergibt sich der erwartete individuelle Nutzen seiner Wahlentscheidung, der als Vektor $\rho_i = (\rho_{i1}, \ldots, \rho_{iK})$ dargestellt werden kann, gleichermaßen aus seinen Präferenzen μ_i und den Erwartungen π_i.

Das einfache entscheidungstheoretische Modell unterstellt, dass analytisch isolierte Individuen ihre Wahlentscheidung am erwarteten Nutzen orientieren. Jeder Wähler i bestimmt für die K einzelnen Kandidaten den erwarteten Nutzen $\rho_{i,k}$ als Produkt seiner Präferenz $\mu_{i,k}$ und der Erfolgswahrscheinlichkeit der Kandidatur $\pi_{i,k}$, also der Einschätzung, ob der Kandidat kompetitiv oder chancenlos ist. Ein Wähler wird immer dann von seiner Erstpräferenz k_1 zugunsten der Zweitpräferenz k_2 strategisch abweichen, wenn der erwartete Nutzen einer instrumentellen Wahlentscheidung, hier $\rho_{i,2}$, größer als der Nutzen einer präferenzgeleiteten Wahlentscheidung, hier $\rho_{i,1}$, ist (Gleichungen 2.1 und 2.2). Schließlich ermöglicht dieser einfache formale Ausdruck auch die Präferenz- und Chancendifferentiale zu berechnen, die "sincere voting" und "strategic voting" voneinander scheiden (Gleichung 2.3):

$$\rho_{i,1} < \rho_{i,2} \tag{2.1}$$

$$\mu_{i,1} \cdot \pi_{i,1} < \mu_{i,2} \cdot \pi_{i,2} \tag{2.2}$$

$$\pi_{i,2} > \frac{\mu_{i,1} \cdot \pi_{i,1}}{\mu_{i,2}} \tag{2.3}$$

Die entscheidungstheoretischen Modelle richten sich stets nur auf einen einzelnen, analytisch isolierten Wähler (Cox 1994: 609), und im nächsten logischen Schritt wird deshalb gefragt, ob das Verhalten von Wählern aufeinander bezogen werden kann, also ob das strategische Handeln eines Wählers auch das eines anderen hemmen oder fördern kann. Diese interdependente Fassung des Wählerverhaltens markiert methodologisch die Entwicklung von entscheidungs- hin zu spieltheoretischen Modellen: Beginnt also der im hypothetischen Beispiel an dritter, nicht aussichtsreicher Stelle placierte Kandidat K_{L2}, die Unterstützung seiner instrumentell orientierten Anhänger zu verlieren, fällt er gegenüber den führenden Kandidaten K_R und K_L weiter zurück. Wird dieser Effekt zum Beispiel durch *Surveys* und Wahlprognosen abgebildet, verliert der nun zunehmend zurückfallende K_{L2} als Reaktion auch noch die Unterstützung stärker mit ihm identifizierter Anhänger. Dieser Prozess kann theoretisch so weit fortgesetzt werden, bis K_{L2} völlig ohne Wählerstimmen bleibt und alle Voten auf die führenden Kandidaten K_R und K_L konzentriert sind. Dem oben formulierten, einfachen richtungspolitischen Modell gemäß, müssten diejenigen, die K_{L2} als Erstpräferenz haben, ihre Stimmen dann dem programmatisch näher liegenden Linkskandidaten K_L als Zweitpräferenz übertragen, der das Mandat mit 55% der Gesamtstimmen vor dem in der Präferenzordnung eindeutig vorn liegenden Kandidaten K_R mit 45% gewinnen würde. Als Resultat entsteht ein Kandidatendualismus auf der Wahlkreisebene, ein lokales Zweiparteiensystem, weil K_{L2} sämtliche Unterstützung verliert.

Das formale Modell hat Gary W. Cox (1994) detailliert hergeleitet. Dabei wird das Verhalten kurzfristig rational handelnder, nutzenmaximierender Akteure aufeinander bezogen. Im Resultat können zwei unterschiedliche spieltheoretische Gleichgewichtskonstellationen unterschieden werden:

1. "Duvergersche Gleichgewichte" bestehen, gemäß dem "Gesetz" von Maurice Duverger (1959), aus einer Konstellation von nur zwei Kandidaten auf der Wahlkreisebene, die Wählerstimmen erhalten.

2. "Nicht-Duvergersche Gleichgewichte" bestehen aus Konstellationen von mehr als zwei Kandidaten auf der Wahlkreisebene, die Wählerstimmen erhalten.

Noch ein Beispiel zur definitorischen Abgrenzung der beiden Gleichgewichtszustände und zu ihrer praktischen Bedeutung "Nicht-Duvergerscher Gleichgewichte": Wieder geht es dabei um einen Einerwahlkreis, in dem ein einzelnes Mandat via relativer Mehrheitswahl vergeben wird und in dem drei Kandidaten konkurrieren. Bei einer nun verschobenen Präferenzverteilung von 40% für den Kandidaten der rechten Partei (K_R), 30% für den Kandidaten der linken Partei (K_L) und 30% für den weiteren linksgerichteten Kandidaten (K_{L2}) kann nicht mehr, wie im vorhergehenden Beispiel, ein Gleichgewicht von zwei Kandidaten nach Duverger durch strategisches Wählen entstehen, denn diejenigen Wähler, die entweder K_L oder K_{L2} favorisieren, sind mit einem Koordinationsproblem konfrontiert: Die beiden Kandidaten liegen nun so eng beieinander (im Beispiel sind sie sogar exakt gleich stark), dass nicht mehr entscheidbar ist, welcher der Kandidaten mit dem in der Präferenzverteilung führenden K_R um den Mandatsgewinn konkurriert und welcher keine Aussichten mehr auf den Mandatsgewinn hat, sodass selbst strategisch orientierten Wählern jede Handlungsanleitung fehlt.

In genau dieser Situation besteht, darauf hat Thomas Palfrey (1989: 69) zuerst hingewiesen, eine Gleichgewichtssituation, die den Postulaten Duvergers widerspricht und die erhebliche politische Konsequenzen erzeugen kann: eine Konstellation aus drei Kandidaten, die im Gleichgewicht Stimmen empfangen. Das Mandat gewinnt nun trotz summarisch ungünstigerer Präferenzverteilungen der politischen "Lager" der Kandidat K_R.

Rahmen- und Funktionsbedingungen des Modells

Für dieses Koordinationsspiel, das idealtypisch zu einem Nash-Gleichgewicht mit einem Kandidatendualismus auf Wahlkreisebene führt, stellt Cox (1997: 76-80) vier Funktionsbedingungen als "Key assumptions" besonders heraus. Diese Faktoren bezeichnen notwendige Bedingungen für die Funktion des Koordinationsspiels. Gerade hier setzt bei Duvergers (1959: 238) "psychologischem Effekt", anders als beim "mechanischen", der Faktor Kontextsensitivität ein, denn abweichend vom mechanischen Effekt, der aus einer gegebenen Stimmenverteilung stets eine identische Mandatsverteilung erzeugt, wirkt der psychologische Effekt kontextsensitiv. Die formulierten Bedingungen für eine erfolgreiche strategische Koordination betreffen gleichermaßen die Fähigkeit der Wähler, eine "wasted vote"-Situation zu erkennen, wie ihre darauf bauende Bereitschaft, bei einem erkannten "wasted vote"-Szenario effektiv strategisch zu handeln:

1. Jeder Wähler i muss eine strikte Präferenzordnung $\mu_i = (\mu_{i1}, \ldots, \mu_{iK})$ mitbringen, die eine klare Hierarchie der Einzelkandidaten abbildet: Wenn etwa stark identifizierte Anhänger des zurückliegenden Kandidaten die übrigen Alternativen jeweils als gleich negativ bewerten, haben sie keinen Anlass, ihre Erstpräferenz aus einem strategischen Motiv zu verlassen.

2. Eine notwendige Bedingung für die Generierung eines strikten Kandidatendualismus ist, technisch formuliert, dass alle Wählertypen im Elektorat repräsentiert sind: Wird diese Annahme verletzt, kann die Situation entstehen, dass eine Partei definitiv die Wahl gewinnt. Nimmt zum Beispiel eine übergroße zentristische Partei eine Position als "Condorcet-Winner" in der Mitte des politischen Spektrums ein, kann sie alle übrigen Parteien in paarweiser Konkurrenz schlagen, und eine Koalition der beiden Ränder des politischen Spektrums gegen das Zentrum wird kaum zu konstruieren sein.[6] Ganz generell nimmt der Anreiz zu strategischem Wählen ab, wenn ein Kandidat oder eine Partei das Mandat nahezu mit Sicherheit erhalten wird.

3. Jeder Wähler muss einer kurzfristigen und strategischen Orientierung folgen: Gegen diese Bedingung verstoßen sowohl Wähler, die gar nicht bereit sind, strategische Wahlentscheidungen zu treffen, als auch Wähler, die längerfristige instrumentelle Ziele verfolgen, die über das aktuelle Wahlgeschehen hinausgreifen. Damit sind zum Beispiel strategisch motivierte Wahlentscheidungen gemeint, die etwa einer neuen Kleinpartei nicht zum Mandatsgewinn im aktuellen Wahlgang verhelfen sollen/ können, sondern langfristig darauf abzielen, diesen Kandidaten/ diese Partei für eine der folgenden Wahlen zu etablieren.

4. Eine weitere notwendige Bedingung für die Generierung des Kandidatendualismus ist die vollständige Information der Wähler über die Wettbewerbspositionen jedes einzelnen Kandidaten. Nur wenn öffentlich bekannt ist, wer aussichtsreich und wer wenig aussichtsreich positioniert ist und diese Kandidaten öffentlich identifiziert sind (π), kann eine Konzentration der Wählerstimmen auf die beiden kompetitiven Kandidaten erfolgen.

Faktoren, die einer Koordination auf maximal $M+1$ Kandidaten entgegen stehen, ergeben sich als schlichte Negation der vier notwendigen Bedingungen für eine erfolgreiche Koordination. Diese Sets von Funktionsbedingung und Hinderungsgründen der institutionellen Filterwirkung von Wahlsystemen können helfen, die soziopolitischen Rahmenbedingungen von Wahlsystemen institutionensensiblen und institutionenneutralen Kontexten zuzuordnen. Für das Negativszenario einer gescheiterten Koordination benennt Cox (1997: 79) wiederum vier spezifische Hinderungsgründe:

> (1) The presence of voters who are not short-term instrumentally rational; (2) lack of public information about voter preferences and vote intentions (hence about which candidates are likely to be "out of the running"); (3) public belief that a particular candidate will win with certainty; or (4) the presence of many voters who care intensely about their first choice and are nearly indifferent between their second and lower choices.

Dieses *Set* von Bedingungen differenziert die Kontextfaktoren des politischen Wettbewerbs in den unterschiedlichen Vergleichsstaaten und erzeugt deshalb weit reichende, kontextsensitive Konsequenzen: In einigen, vor allem langfristig etablierten, stabilen Kontexten

6 Das bildet genau diejenige Konstellation ab, die Riker (1982: 760-761) als Ursache für die indische Abweichung von "Duvergers Gesetz" benannt hat: Die zentristische Kongresspartei steht als "Condorcet-Winner" in der Mitte des richtungspolitischen Spektrums, und Bemühungen links und rechts von der Kongresspartei stehender Kleinparteien, eine gegen sie gerichtete Wahlkoalition einzurichten, gehen regelmäßig fehl.

sind die Bedingungen für strategisches Handeln von Wählern und Parteieliten, also für die institutionell angestoßene Reduzierung der Kandidatenzahl, erfüllt. In anderen, vor allem transitorischen, unstrukturierten Kontexten werden sie verfehlt, und Wahlsysteme verlieren ihre *a priori* unterstellte Prägekraft für den politischen Prozess.

Generalisierung: von "Duvergers Gesetz" zur $M+1$-Regel

Wenn nun das kausale Modell und seine Funktionssbedingungen für relative Mehrheitswahlsysteme eingeführt sind, betrifft der nächste Argumentationsschritt die Generalisierung des kausalen Mechanismus für komplexere Wahlsystemtypen. Cox (1997) hat die Hypothesen, die sich, das sei noch einmal betont, auf je einzelne Wahlkreise in Systemen relativer Mehrheitswahl beziehen, auch für die übrigen Systeme verallgemeinert, die Gegenstand der klassischen Analyse von Duverger (1959) waren, absolute Mehrheitswahl- und Verhältniswahlsysteme. Ausgangspunkt dieser Überlegung ist zunächst die Hypothese, die sowohl aus deduktiv-formaler (Gibbard 1973; Satterthwaite 1975) wie aus induktiver Perspektive (Leys 1959; Sartori 1968) formuliert wurde: Anders als bei Duverger (1959) vorgesehen, ist die Bedeutung des psychologischen Effekts nicht auf die relative Mehrheitswahl beschränkt. Auch andere Wahlsystemtypen können Koordinationshandlungen von Wählern und Parteieliten hervorrufen, und zwar in genau dem Maße, wie sie selbst vom Idealtyp einer vollständigen Proportionalität abweichen, also mechanische Effekte produzieren. Die für die relative Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen formulierte spieltheoretische Logik muss deshalb generell auch auf andere Wahlsystemtypen mit verschiedenen Entscheidungsregeln und mit größeren Wahlkreisen übertragbar sein: Mehrheitswahlsysteme mit Mehrpersonenwahlkreisen, verschiedene Verhältniswahlverfahren und die absolute Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen.

Diese Vorüberlegungen verdeutlichen, dass die diskutierten spieltheoretischen Modelle "Duvergers Hypothese" mit dem Konzept der "Multiplikation" der Anzahl politischer Parteien aufgeben (vgl. bereits Riker 1982; Sartori 1986). Methodisch wird eine Aussage über die Effekte von absoluter Mehrheitswahl und Verhältniswahl vielmehr über eine Generalisierung des "Gesetzes" für diese Systeme versucht. Neben das Kriterium der Entscheidungsregel, relative Mehrheit, absolute Mehrheit und Proporz, das Grundlage der eingangs vorgetragenen, kurzen Arbeitsdefinition von Wahlsystemen ist, tritt die Zahl der im Wahlkreis vergebenen Mandate, die Wahlkreisgröße M, als weiteres Definitionskriterium. Beide Dimensionen sind interdependent: Empirische Mehrheitswahlsysteme werden meist in Einerwahlkreisen ($M = 1$) eingerichtet, jedoch kann die Entscheidungsregel Mehrheitswahl auch in Mehrpersonenwahlkreisen zur Anwendung kommen, zum Beispiel im japanischen *Single Non Transferable Vote*-System (vgl. Cox 1996; Cox et al. 1999; Reed und Thies 2001). Verhältniswahlsysteme sind dagegen auch logisch an Wahlkreise mit mehr als einem Mandat ($M > 1$) gebunden, denn ein einziges, unteilbares Mandat kann nicht nach einer Proporzregel, sondern nur nach einer, wie auch immer definierten, Mehrheitsregel vergeben werden.

Pragmatisch verallgemeinert Cox die für relative Mehrheitswahlsysteme gefundenen kausalen Mechanismen zunächst am Beispiel des japanischen *Single Non Transferable Vote*-Systems auf Mehrheitswahlsysteme mit Mehrpersonenwahlkreisen und sodann auf Verhältniswahlsysteme; schließlich werden absolute Mehrheitswahlsysteme als Sonderfall definiert. Für alle untersuchten Wahlsysteme schlägt Cox (1997: 99) als "a direct generalization

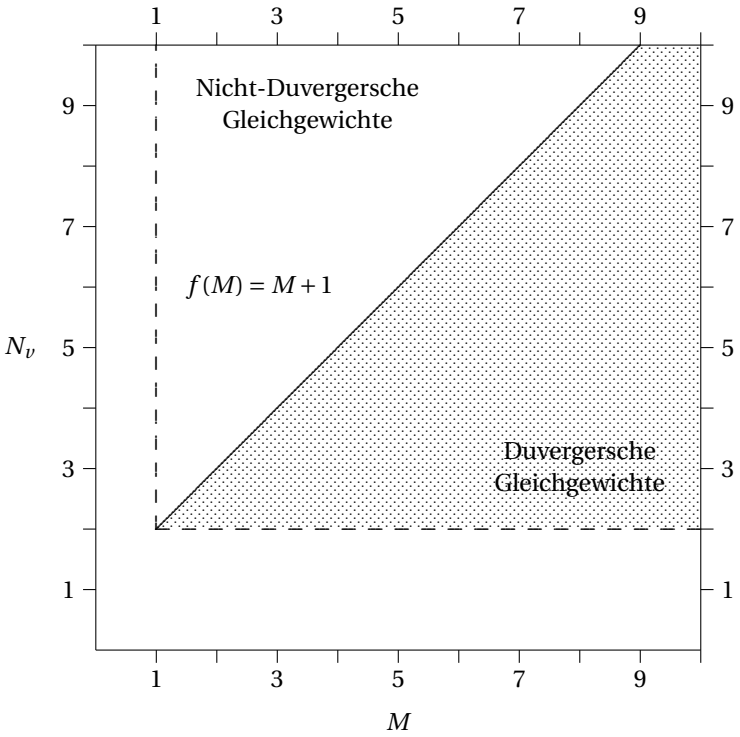
of Duverger's Law" eine $M+1$-Regel vor. D.h. in allen diskutierten Wahlsystemen liegt die Anzahl der Listen oder Kandidaten, die im "Duvergerschen Gleichgewicht" (noch) Stimmen erhalten, also gleichsam vor strategischem Stimmenentzug sicher sind, um eins höher als die Anzahl der im Wahlkreis verteilten Mandate, die Wahlkreisgröße M; sie umfasst damit die M realen Mandatsgewinner und den ersten Wahlverlierer. Diese $M+1$-Regel ist das zentrale theoretische Postulat bei Cox' Reformulierungsversuch von "Duvergers Gesetz", und ihrer Herleitung und Verteidigung sind wesentliche Kapitel seines Beitrags gewidmet. Das eben formalisierte Modell für "Duvergers Gesetz" bei relativer Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen kann (wegen $N_v \leq M+1$; $M=1$; $N_v \leq 2$) der allgemeinen Regel subsumiert werden.

Der einzige, rein formale, Bruch mit der $M+1$-Regel erfolgt bei absoluten Mehrheitswahlsystemen (vgl. Cox 1997: 131). Auch hier gilt die generelle Logik des Grenzwerts $M+1$, jedoch bezieht sich im ersten Wahlgang M nicht auf die Zahl der Mandate im Wahlkreis ($M=1$), sondern M meint die Zahl an Kandidaten aus dem ersten Wahlgang, die sich formal für die zweite, entscheidende Runde qualifizieren können ($M>1$). Mit anderen Worten, bei der relativen Mehrheitswahl wird in einem Wahlgang *sofort* um den Mandatsgewinn konkurriert, bei der absoluten Mehrheitswahl geht es jedoch meist nur indirekt um den Mandatsgewinn, sondern um den Einzug in den entscheidenden zweiten Wahlgang. Eine derartige Differenzierung hatte mit ähnlicher Begründung bereits Duverger (1959: 219) vorgeschlagen, der in seinen "Formeln" nicht monokausal mit der Größe der Wahlkreise argumentierte, sondern der relativen Mehrheitswahl auf der einen absolute Mehrheitswahl und Verhältniswahl auf der anderen Seite gegenüberstellte.

> **Definition 2**
> Psychologische Effekte ($\mathbb{P}$) wirken durch strategisches Handeln von Wählern und Parteieliten auf die Verteilung von Stimmenanteilen. In jedem Wahlkreis, in dem M Mandate vergeben werden, können maximal $M+1$ Listen und/ oder Kandidaten effektiv Stimmen erhalten ($N_v \leq M+1$). Psychologische Effekte sind eine probabilistische Funktion des Wahlsystems; sie umfassen eine Verhaltenskomponente und sind kontextabhängig. Der Ausdruck des psychologischen Effekts ($\mathbb{P}$) enthält deshalb neben der antizipierten Mandatsverteilung ($\mathbb{E}(V)$) und einem Schätzer für die Anzahl und Intensität soziopolitischer Konfliktlinien (C) einen stochastischen Fehlerterm (ϵ): $\mathbb{P}[\mathbb{E}(V), C, \epsilon] = V$.

Die $M+1$-Regel gibt die Obergrenze an Listen oder Kandidaten im "Duvergerschen Gleichgewicht" und für jeweils einzelne Wahlkreise an. Cox (1997: 141) beschreibt dies mit dem Begriff der Aufnahmekapazität (der "carrying capacity") eines Wahlsystems. Der Hypothese, es bestehe ein natürlicher Parteiendualismus, und Verhältniswahlsysteme führten zur "Vervielfältigung" der Parteienzahl (vgl. statt vieler Finer 1935; Hermens 1933; 1951; 1963; Mellen 1943; Rustow 1950) wird damit eine grundlegende Absage erteilt. Die empirische Anzahl an Listen oder Kandidaten muss diese Obergrenze freilich nicht erreichen, sondern sie kann tatsächlich deutlich unterhalb dieser institutionellen Barriere liegen. Es werden also, im Falle einer erfolgreichen Koordination, nicht für jeden Wahlkreis *exakt* $M+1$, sondern *maximal* $M+1$ Listen oder Kandidaten postuliert. Ob empirische Wahlen nun diese institutionelle, spieltheoretisch abgeleitete Barriere überhaupt erreichen, ob also der Filtereffekt des Wahlsystems in diesem Sinne überhaupt wirksam ist, bestimmen institutionenexterne,

Abbildung 2.2: "Psychologische" Effekte auf das vorparlamentarische Parteiensystem



Anmerkungen: M = Wahlkreisgröße; N_v = Anzahl der Listen/ Kandidaten

vor allem soziologische Einflüsse. So mag in einer vergleichsweise homogenen, gering polarisierten Gesellschaft mit wenigen politisierten Konfliktlinien die Anzahl effektiver Listen oder Kandidaten deutlich unterhalb der $M+1$–Barriere liegen. Das gilt zuerst für die Verhältniswahl in mittleren und großen Wahlkreisen ($M > 5$). Bei derart permissiven Wahlsystemen können institutionelle Barrieren und von ihnen angeregtes strategisches Wahl- und Kandidaturverhalten kaum mehr als wirksame Bestimmungsfaktoren für die parteiensystemische Fragmentierung bewertet werden.

Abbildung 2.2 illustriert die $M+1$-Regel grafisch. Der schraffierte Bereich enthält "erfolgreich" koordinierte Konkurrenzsituationen mit maximal $M+1$ Kandidaten; der nichtschraffierte Bereich bezeichnet "Nicht-Duvergersche Gleichgewichte", also gescheiterte Koordinationsspiele mit mehr als $M+1$ Kandidaten. Die durch die unterbrochenen Linien abgetrennten linken ($M < 1$) und unteren Bereiche ($N < 2$) schneiden schließlich logisch unmögliche und/ oder nicht sinnvolle Konkurrenzsituationen mit weniger als einem Mandat oder weniger als zwei Kandidaten je Wahlkreis ab.

Hypothese 3
In jedem einzelnen Wahlkreis, in dem M Mandate vergeben werden, beträgt im "Duvergerschen Gleichgewicht" die Obergrenze für die Anzahl der Listen/ Kandidaten, die Wählerstimmen empfangen, $M+1$ (*psychologischer Effekt*).

Hypothese 4
In jedem einzelnen Wahlkreis, in dem M Mandate vergeben werden, beträgt die gesetzte Obergrenze für die Anzahl der Listen/ Kandidaten, die Mandate erreichen, zwingend M (*mechanischer Effekt*).

Generell können damit Situationen, in denen institutionelle Faktoren wirken, von solchen geschieden werden, die nicht institutionensensibel sind. Implementiert zum Beispiel ein Wahlsystem A Wahlkreise der Größe $M_A = 5$ und ein Wahlsystem B Wahlkreise mit $M_B = 10$ Mandaten, kann festgehalten werden, dass System A höhere institutionelle Barrieren T gegen Kandidaten- und Parteienproliferation errichtet ($T_{M_A} > T_{M_B}$). Wenn aber ein exemplarischer Staat sein Wahlsystem vom Typ A hin zum Typ B reformiert, wird die parteiensystemische Fragmentierung nur dann zunehmen, falls das restriktivere System A vorher tatsächlich eine reduktive Wirkung hatte, also eine Reduktion der Listen- oder Kandidatenzahl durch "strategic voting" und "strategic entry" wirksam war. War dagegen die institutionelle Hürde bereits im Kontext von System A nicht effektiv, wird auch der Wechsel zu einem "schwächeren" Wahlsystem B keine Konsequenzen haben und respektive keine "Vervielfältigung" der Kandidaten-/ Parteienzahl bewirken.

Wahlkreisebene und nationale Ebene

Das formale Modell zum kausalen Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme muss nun noch in einem letzten Schritt komplettiert werden, der eine Transformationsregel von der Ebene einzelner Wahlkreise auf die nationale Ebene definiert. Die diskutierte, maßgeblich von Gary W. Cox (1997) entwickelte, spieltheoretische Formalisierung von "Duvergers Gesetz" operiert ausschließlich auf der subsystemischen Ebene einzelner Wahlkreise, die relevante abhängige Variable, Fragmentierung von Elektorat und Parlament, wird jedoch auf der nationalen Ebene bestimmt; sie ergibt sich als Summe aller einzelnen Koordinationsspiele in den Wahlkreisen. Selbst wenn in jedem einzelnen Wahlkreis eine Koordination auf je $M+1$ Kandidaten erfolgt, können diese Kandidaten jeweils anderen politischen Kräften angehören, sodass theoretisch in einem Wahlsystem mit n Wahlkreisen auf der nationalen Ebene bis zu $n(M+1)$ Listen und/ oder Kandidaten mit "Duvergers Gesetz" konform um Wählerstimmen konkurrieren können. Nur falls in allen Wahlkreisen genau die gleichen politischen Kräfte um Stimmen und Mandate konkurrieren, funktioniert die Projektion der lokalen $M+1$–Gleichgewichte auf die nationale Ebene. Fragmentierung des Parteiensystems kann damit aus zwei unterschiedlichen Quellen resultieren: aus dem Scheitern der lokalen Koordination innerhalb der n einzelnen Wahlkreisen mit der Proliferation von jeweils mehr als $M+1$ Parteien und/ oder Kandidaten und aus der räumlichen Heterogenität eines Staates, die jeweils verschiedene politische Kräfte die n Wahlkreise dominieren lässt. Fragmentierung kann deshalb alternativ auf *lokaler* und/ oder auf *nationaler* Ebene entstehen.

Bereits Duverger (1959: 237) hat darauf aufmerksam gemacht, dass "die eigentliche Wirkung des Wahlsystems (...) auf den einzelnen Wahlkreis beschränkt" sei. Seine bereits dis-

kutierte "Problemlösung", ein "natürlicher" Trend besorge die Nationalisierung politischer Parteien, löst das Problem jedoch nicht wirklich und setzt mit der Existenz nationalisierter politischer Parteien genau das bereits voraus, was eigentlich erklärt werden soll (vgl. besonders die Kritik von Leys 1959; 1963; Wildavsky 1959). Sartori (1976) baut eine fast analoge Argumentation auf, die ein strukturiertes Parteiensystem zur notwendigen Bedingung der Projektion von lokalen zu nationalen Gleichgewichten erhebt. In einer anders angelegten Darlegung verschiebt Leys (1959: 142) das Koordinationsproblem vollständig auf die nationale Ebene, wenn er argumentiert, strategisches Wählen basiere nicht auf der lokalen Konkurrenzsituation im Wahlkreis, sondern orientiere sich an den nationalen Kräfteverhältnissen der politischen Parteien. Diese Perspektivenverschiebung mag zwar zunächst sinnvoll klingen, verfehlt jedoch das eigentliche Problem. Mandate werden in Wahlkreisen (und nur in Wahlkreisen) zugeteilt, und so macht auch bei einer noch so ausgeprägten Orientierung am nationalen Ergebnis die Stimmabgabe für einen im Wahlkreis abgeschlagen liegenden Kandidaten nie instrumentellen Sinn.

Bereits dieser kurze Überblick illustriert die Problematik der Projektionsarguments. "Duvergers Gesetz" hat als Mechanismus auf der nationalen Ebene keine theoretische Stringenz und Tragkraft, die mit der $M+1$-Regel auf der Wahlkreisebene vergleichbar ist. Während auf der Wahlkreisebene ein klares Kausalargument für strategisches Wählen und strategisches Kandidaturverhalten angegeben werden kann, ist der Mechanismus auf der nationalen Ebene nur als grobe Tendenz angebbar: "Thus, Duverger's Law at the district level is a theoretical proposition, while Duverger's Law at the national level is an empirical generalization, and one to which there are many exceptions at that" (Cox 1997: 186).

Mögliche Faktoren, die auf die Nationalisierung der politischen Kräfte wirken, sind insbesondere die Regeln zur Bestellung der Exekutive, also von Präsidenten und Ministerpräsidenten. Da für die Besetzung dieser Positionen eine Mehrheit auf nationaler Ebene notwendig ist, bestehen Anreize zur Koordination von Listen und Kandidaten über verschiedene Wahlkreise hinweg, um parlamentarischen Einfluss zu gewinnen. Komplexe Wahlsysteme vergeben Restmandate auf der nationalen Ebene, und Voraussetzung zur Teilnahme an diesem sekundären Vergabeverfahren ist häufig, dass die Partei in allen, mindestens in vielen regionalen Wahlkreisen Kandidaten aufstellt. Eine dritte Gruppe von Ursachen für die Nationalisierung politischer Parteien und Parteiensysteme betrifft die historische Herausbildung der Parteiensysteme verschiedener Länder (vgl. vor allem die klassischen Vorlagen von Duverger 1959; Lipset und Rokkan 1967a; Rokkan 2000).

In dieser Literatur ist die historische Typologie "interner" und "externer" Parteien entwickelt worden. Interne Parteien entstehen als "bottom up"-Gründung, wenn sich verschiedene Politiker auf der nationalen Ebene assoziieren, um gemeinsame Politikziele oder, wie gerade besprochen, die Kontrolle exekutiver Positionen besser organisieren zu können. Externe Parteien werden dagegen bereits auf der nationalen Ebene eingerichtet und verbreiten sich als "top down"–Phänomen in einzelne Regionen und Wahlkreise. Dieser Modus der Parteigründung, möglicherweise angestoßen durch Gewerkschaften oder religiöse Gruppen, die bereits an nationalen, mindestens regionalen politischen Zielstellungen ausgerichtet sind, schafft bessere Optionen für die Nationalisierung politischer Parteien. Damit erhöht sich, wie die beiden anderen genannten Faktorenbündel, die Chancen, dass die Koordination auf $M+1$ Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen auf der nationalen Ebene reproduziert wird.

2.2 Wahlsysteme und politische Repräsentation

Neben der Fragmentierung von Parteiensystemen beschreibt der Komplex Repräsentationsqualität die zweite, eng verwandte Dimension abhängiger Variablen in dieser Arbeit. Arend Lijphart stellt in "Patterns of Democracy" (1999), seinem neuesten systematisch-vergleichenden, empirischen Beitrag zum Thema Mehrheits- versus Konsensdemokratie in der "executive-parties dimension" die Variable Proportionalität des Wahlsystems gleichberechtigt neben die Fragmentierung des Parteiensystems. Bereits die Auswahl der abhängigen Variablen, die den Effekt von Wahlsystemen misst, ist dabei konzeptionell abhängig von demokratietheoretischen Basispositionen. Vertreter mehrheitsdemokratischer Ansätze begreifen Parlamentswahlen einfach als ein effizienzorientiertes Verfahren zur Bestellung handlungsfähiger Exekutiven. Diese Position legt einen exklusiven, effizienzorientierten Fokus auf die Effekte von Wahlsystemen auf die Konzentration oder Fragmentierung von Parteiensystemen und die davon abgeleitete Vereinfachung oder Verkomplizierung der Regierungsbildung nahe. Konsensorientierte Ansätze begreifen Wahlen alternativ als einen Mechanismus, der eine adäquate Abbildung der Wählerpräferenzen im Parlament produzieren soll. Sie konzentrieren sich zuerst auf die Effekte von Wahlsystemen auf die Qualität demokratischer Repräsentation.

Theoretisch können zunächst zwei unterschiedliche, konfligierende Fassungen von "Repräsentation" geschieden werden: einmal ein konsensdemokratisch orientiertes "Mikrokosmos"-Konzept und zweitens ein mehrheitsdemokratisches "Principal-Agent"-Konzept. Die erste dieser Basispositionen bevorzugt die Verhältniswahl und zielt normativ auf ein Abbild des Elektorats im Parlament. In dieser Optik ist eine genaue Entsprechung von Stimmen- und Mandatsanteilen jeder Partei i ein zentrales Desiderat des "proportionalen" Ansatzes. Die zweite Basisposition favorisiert Mehrheitswahlsysteme. Aus dieser "Principal-Agent"-Perspektive interessiert weniger die demografische Reflexion des Elektorats im Parlament, sondern die Verantwortlichkeit der Parlamentarier gegenüber den Wählern und die Umsetzung des Mehrheitswillens zu konkreten Regierungspolitiken. Iain McLean (1991: 175) hat diese konträren Zielstellungen in einem Überblicksartikel kurz charakterisiert: "The PR school looks at the composition of a parliament, majoritarians look at its decisions". Er hat aber auch darauf verwiesen, dass Auswahl und Gewichtung beider Positionen letztlich normative Probleme bleiben. Deshalb stehen in dieser Arbeit beide Dimensionen, Fragmentierung von Parteiensystemen und Qualität politischer Repräsentation, als gleichberechtigte Bewertungskriterien nebeneinander (vgl. dazu auch Katz 1997: 308).

Materiell kann ein intensives Studium der abhängigen Variablen Repräsentationsqualität durch zwei verschiedene Überlegungen, eine normative und eine formale, begründet werden: Einmal kommt dem Verhältnis von Stimmen- und Mandatsanteilen politischer Parteien und der richtungspolitischen Repräsentation der Wählerschaft im Parlament eine eigenständige Bedeutung zu, wenn diese abhängigen Variablen, allen voran bei Lijphart (1999: 143-170), als Kriterium für die "Fairness" des Wahlsystems bestimmt werden. Die Anhänger konsensorientierter Demokratiekonzepte neigen hier dazu, möglichst genaue Entsprechungen von Stimmen- und Mandatsanteilen als ein Indiz fairer und inklusiver, alle gesellschaftlichen Gruppen integrierender Demokratiemuster zu bewerten. Anhänger der Mehrheitsdemokratie halten ein so gefasstes Kriterium für "Repräsentationsqualität" bestenfalls für irrelevant, im schlimmsten Fall für ein Einfallstor parteipolitischer Fragmentierung mit fol-

gender politischer Handlungsunfähigkeit und die Ursache fehlender Zurechenbarkeit politischer Entscheidungen. Weiter kann die Repräsentationsqualität, diesmal in einem eher "technischen" und weniger normativen Sinne, als ein konzeptionelles Bindeglied zwischen Elektorat und parlamentarischem Parteiensystem analysiert werden. Hier kommt dieser abhängigen Variablen eine vermittelnde Funktion zwischen vorparlamentarischem und parlamentarischem Parteiensystem zu, denn "mechanische Effekte" des Wahlsystems, eine Reduktion des vorparlamentarischen Parteiensystems im Parlament, bedeuten nichts anderes als die Distorsion von Stimmen- und Mandatsanteilen.

Die folgenden Abschnitte diskutieren diese beiden Perspektiven auf die abhängige Variable Repräsentationsqualität. Wie bereits im vergangenen Kapitel bleibt die Diskussion der unabhängigen Variablen auf drei einfache "Grundtypen" von Wahlsystemen beschränkt: relative Mehrheitswahlsysteme, absolute Mehrheitswahlsysteme und Verhältniswahlsysteme. Den Einstieg in den Themenkomplex bildet zunächst ein Überblick klassischer Analysen zum Effekt von Wahlsystemen auf die Entsprechung von Stimmen und Mandaten und auf die richtungspolitische Übereinstimmung von Elektorat und Parlament. Im folgenden Argumentationsschritt wird ein Modell erarbeitet, das den kausalen Mechanismus, den Effekt von Wahlsystemen auf die Qualität politischer Repräsentation, formal spezifiziert.

Zwei Perspektiven auf die Repräsentationsqualität

Auch die abhängige Variable Repräsentationsqualität, vor allem die Relation von Stimmen und Mandaten, ist ein klassisches Thema der vergleichenden Institutionenforschung. Die einschlägige Literatur ist häufig eng verwoben mit den Studien zum Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme, weil der mechanische Effekt eines Wahlsystems letztlich auf der Überrepräsentation großer und der Unterrepräsentation kleiner Parteien basiert. Analog zum Effekt von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen wurden die ersten einschlägigen Hypothesen und empirischen Studien auch hier am empirischen Material der zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert etablierten relativen Mehrheitswahlsysteme erarbeitet. Das "cube law" wurde, angeregt von der empirischen Disproportionalität britischer Mehrheitswahlen, etwa um 1910 zuerst formuliert.[7] Bei Konkurrenz zweier Parteien, also falls "Duvergers Gesetz" hält, entspricht das Verhältnis der Mandatsanteile der beiden Parteien (m_1/m_2) ungefähr dem Kubikverhältnis ihrer Stimmenanteile (v_1/v_2):

$$\frac{m_1}{m_2} = \left(\frac{v_1}{v_2}\right)^3 \tag{2.4}$$

Für reine Zweiparteiensysteme, also solche Konkurrenzsituationen, in denen zwei Parteien gemeinsam alle Stimmen und Mandate erhalten, gilt zudem weiter $v_2 = 1 - v_1$ und $m_2 = 1 - m_1$. Werden diese Ausdrücke in Gleichung 2.4 eingesetzt, ergibt sich

7 Kendall und Stuart (1950: 183) schreiben die Beobachtung James Parker Smith zu, der 1909 der "Royal Commission on Systems of Elections" seine Beobachtungen zur britischen Parlamentswahl von 1906 vortrug.

$$\frac{m_1}{1-m_1} = \left(\frac{v_1}{1-v_1}\right)^3 \tag{2.5}$$

$$m = \frac{v^3}{1-3v+3v^2} \tag{2.6}$$

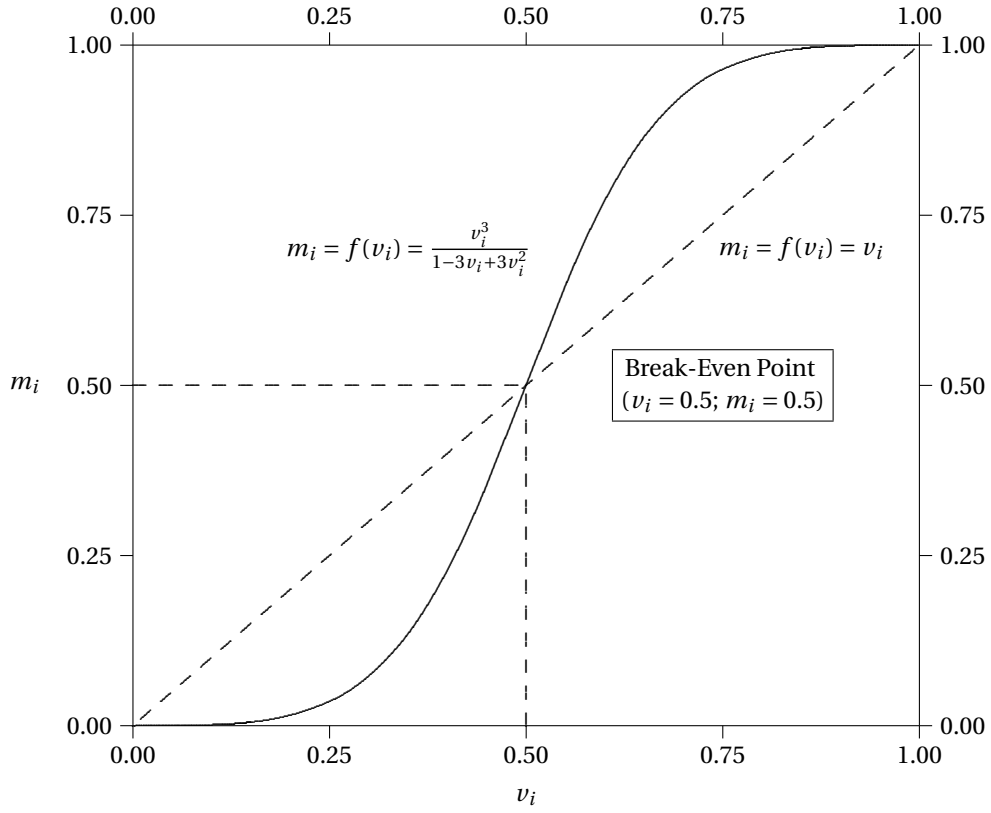
Abbildung 2.3 trägt das in Gleichung 2.6 formal angegebene und umgeformte "cube law" grafisch ab. Die Achsen repräsentieren Stimmen- (v_i) und Mandatsanteile (m_i), die unterbrochene Linie bezeichnet eine "ideale" Repräsentation in der "reinen" Verhältniswahl, und die durchgezogene Kurve bildet das im "cube law" definierte Verhältnis von Stimmen- und Mandatsanteilen ab (nach Gleichung 2.6). Die Differenz beider Grafen bestimmt den durch eine Partei i (mit dem Stimmenanteil v_i und dem Mandatsanteil m_i) produzierten Grad an Abweichung von der "perfekten" Proportionalität. Bei Konkurrenz zweier Parteien liegt der *Break-Even Point* für jede einzelne Partei i bei $v_i = 0.5$ mit $v_i = m_i = 0.5$. Parteien mit einem geringeren Stimmenanteil sind unterrepräsentiert ($v_i > m_i$), und Parteien mit einem höherem Anteil sind überrepräsentiert ($v_i < m_i$).

Die Frage nach den Effekten spezifischer Wahlsystemtypen auf die Repräsentationsqualität begann, wie die Analyse der Effekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme, mit den zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert dominierenden Mehrheitswahlsystemen. In England diskutierten etwa Thomas Hares "The Election of Representatives, Parliamentary and Municipal" (1859) und John Stuart Mills "Considerations on Representative Government" (1861) diese Effekte und ihre politischen Konsequenzen (vgl. die disziplinhistorische Abhandlung von Riker 1982). In der U.S.-amerikanischen Mehrheitsdemokratie wurde für die Analyse der abhängigen Variablen Repräsentationsqualität noch deutlich weniger theoretischer und empirischer Aufwand betrieben. Die einzigen Ausnahmen sind einige eher kursorische Bemerkungen von Elmer E. Schattschneider (1942: 74-75), Robert A. Dahl (1956: 148) und, mit der detailliertesten Diskussion und Literaturaufarbeitung, James G. March (1957). Reale Initiativen zur Reform dieser Systeme wurden dann in Kontinentaleuropa verstärkt nach Beginn des 20. Jahrhundert unternommen und zielten, im Kontext stetiger Ausweitungen des Wahlrechts und der Inklusion neuer Bevölkerungsschichten, auf die Herstellung einer besseren Entsprechung von Stimmen und Mandaten. Deshalb hieß die institutionelle Alternative, die in dieser Zeit diskutiert und in vielen kontinentaleuropäischen Staaten eingerichtet wurde, "proportional representation", Verhältniswahl.

Tatsächlich implementieren Verhältniswahlsysteme verschiedene Verrechnungsregeln von Stimmenanteilen hin zu Mandatsanteilen, die, freilich mit verschiedenen Basiskonzepten, auf eine möglichst geringe Verzerrung der Stimmen- und Mandatsanteile zielen. Die in Abbildung 2.3 skizzierte Linie einer exakten Repräsentation ($v_i = m_i$; für alle v_i) bleibt dabei ein Idealtypus. Reale Typen von Verhältniswahlsystemen können sich ihm um so besser annähern, je höher ihre Wahlkeisgrößen M sind.[8] Einen der ersten systematischen Generalisierungsversuche der Effekte unterschiedlicher Wahlsysteme auf die "Distortion", die Ver-

8 Freilich wirken hier noch, neben der Wahlkreisgröße M, einige weitere unabhängige Variablen, die bei der Operationalisierung der Wahlsysteme (Kapitel 4.1) detailliert vorgestellt werden.

Abbildung 2.3: Das "cube law"



Anmerkungen: v_i = Stimmenanteil; m_i = Mandatsanteil der Partei i

zerrung der Stimmen-Mandate-Relation, haben John Loosemore und Victor J. Hanby (1971: 477) vorgelegt:

1. Plurality systems provide the highest distortion figures of all systems.
2. Compared to differences between plurality and proportional representation systems, the differences between P.R. systems themselves are minimal, emanating primarily from the differentiated effects of m [= Anzahl der im Wahlkreis vergebenen Mandate; d.A.] and n [= Anzahl der Listen/ Kandidaten in einem Wahlkreis; d.A.] in each system.
3. Typically, these proportional representation systems [= Verhältniswahl; d.A.] distort to only about 20 per cent of their potential.

Nachfolgende theoretische und empirische Analysen haben diese Hypothesen regelmäßig verifiziert. Vor dem Hintergrund dieses Befundes urteilt, als ein entschiedener Befürworter von Konsensdemokratie und Verhältniswahl, Arend Lijphart (1994a: 140):

> This is an important practical conclusion because there is well-nigh universal agreement that electoral proportionality is a major goal of electoral systems and a major criterion by which they should be judged. For many PR supporters, proportionality is a goal in itself – virtually synonymous with electoral justice – but is also regarded as an important means for minority representation.

Der Befund, den Lijphart dezidiert herausstellt, Verhältniswahlsysteme erzeugten eine genauere Entsprechung von Stimmen- und Mandatsanteilen, ist auch in der empirisch-politikwissenschaftlichen Diskussion unstrittig. Das normative Fundament seiner Aussage jedoch, die Bedeutung der Stimmen-Mandate-Relation *an sich* als Kriterium der "Fairness" eines Wahlsystems, wird vor allem aus der Perspektive strikt mehrheitsdemokratisch orientierter Politiktheoretiker scharf angegriffen (vgl. statt vieler Finer 1935; Hermens 1951; Mellen 1943; Rustow 1950). Im mehrheitsdemokratischen Entwurf ist die adäquate Repräsentation der Wählerpositionen im Parlament nahezu bedeutungslos, und diese Zielstellung tritt zurück hinter das funktionale Motiv, das komplexe Spektrum politischer Präferenzen so zu reduzieren, dass die Konzentration des parlamentarischen Parteiensystems und, idealtypisch, eine stabile Einparteiregierung erreicht werden. Das bedeutet, dass im Konzept der Mehrheitsdemokratie die Wähler idealtypisch direkt die Regierung bestimmen, während konsensdemokratische Ansätze die Wähler über ein Mehrstufenmodell repräsentieren (vgl. detailliert Powell 2000).

Die folgenden konzeptionellen Erläuterungen erweitern deshalb die abhängige Variable Repräsentationsqualität, neben der bereits diskutierten, formalen "Distorsion" der Relation von Stimmen und Mandaten, um das materielle Kriterium der richtungspolitischen Repräsentation. Damit wird gefragt, ob die im Parlament vertretenen Parteien und Abgeordneten tatsächlich die Präferenzen des Elektorats widerspiegeln. Empirische Maße dieser Korrespondenz können aus der "spatial theory of voting", der Theorie räumlichen Wahlverhaltens (vgl. als Überblick Merrill und Grofman 1999), abgeleitet werden. In den empirischen Teilen dieser Arbeit wird auf das von Powell und Vanberg (2000) intensiv diskutierte Maß der Korrespondenz, die Differenz der programmatischen Positionen von Elektorat und Parlament, Bezug genommen. Seine theoretische Begründung findet dieses Kriterium im "median voter theorem", einem Kernstück der von Anthony Downs entworfenen und kodifizierten "Economic Theory of Democracy" (1957).

Die Aufnahme dieser nun inhaltlich aufgeladenen abhängigen Variablen Repräsentationsqualität in das Untersuchungsmodell dieser Arbeit ist doppelt gerechtfertigt: Theoretiker, die aus mehrheitsdemokratischer Perspektive argumentieren, interessieren sich nicht für die Entsprechung von Stimmen- und Mandatsanteilen der Parteien. Ob aber die gewählte Versammlung politische Positionen reflektiert, die von einer Mehrheit der Wähler vertreten werden, liegt im normativen Zentrum der mehrheitsdemokratischen Option (Powell 1989). Zudem lädt diese materielle Perspektive die bislang nur formal, im Hinblick auf die Relation von Stimmen- und Mandatsanteilen, durchgeführte Analyse inhaltlich auf, sodass konkrete, materielle politische Konsequenzen unterschiedlicher Wahlsysteme besser sichtbar werden.

Diese beiden Dimensionen der Repräsentationsqualität sind eng verwandt, aber nicht notwendig kongruent. So bedeuten vor allem starke Distorsionen der Stimmen-Mandate-Relation nicht zwangsläufig eine geringe richtungspolitische Korrespondenz von Elektorat

und Parlament. Die folgenden Erläuterungen werden die kausalen Effekte des Wahlsystems auf beide Maße formal erläutern, ihre Rahmen- und Geltungsbedingungen angeben und die Interdependenz beider Dimensionen von Repräsentationsqualität näher spezifizieren.

Modelle zum Einfluss institutioneller Faktoren

Analysen zum Effekt verschiedener Wahlsysteme auf die abhängige Variable Repräsentationsqualität liegen in vielfältigen Beiträgen vor und haben eine bedeutende Menge von "Conventional Wisdom" der Disziplin erzeugt (vgl. Gallagher 1991; Lijphart 1994a; Loosemore und Hanby 1971; Taagepera und Shugart 1989b). Dabei bestehen aber Defizite und Nachholbedarf bei der Spezifikation kausal stringenter, präzise operationalisierter formaler Modelle. Zudem stehen viele Beiträge, die Effekte von Wahlsystemen untersuchen, auf der Grundlage mehrheitsdemokratischer Konzepte, und sie haben deshalb die Repräsentationsqualität nicht systematisch als eine abhängige Variable in ihre Analysen aufgenommen (vgl. etwa die einschlägigen Beiträge von Amorim Neto und Cox 1997; Cox 1997; Filippov et al. 1999; Ordeshook und Shvetsova 1994; anders jedoch Lijphart 1990; 1994a; Taagepera und Shugart 1989b).

Die folgenden Erläuterungen zielen darauf, diese Lücke auch für die Bestimmung der beiden Dimensionen von Repräsentationsqualität zu schließen. Sie sind, schon durch die identischen unabhängigen Variablen im Bereich der Wahlsystemtypen, als Parallelmodell zu den bereits vorgestellten Effekten von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen konstruiert und beginnen mit der Spezifikation des kausalen Modells und seiner Rahmen- und Funktionsbedingungen auf der Ebene einzelner Wahlkreise. Anschließend wird, analog zur Diskussion der Effekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme, das Verhältnis von Wahlkreisebene und nationaler Ebene bestimmt.

Modelle und Bedingungen auf der Wahlkreisebene

Modelle, die den Einfluss von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen und auf die Qualität demokratischer Repräsentation bestimmen, sind beinah parallel konstruiert. Bei der Diskussion der Strukturierungseffekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme stand bereits das seit Henry Droop bekannte "wasted vote"–Argument im Zentrum der Analyse. Es wurde als Anreiz für strategisches Handeln von Wählern ("strategic voting") und strategisches Agieren der Parteien und Kandidaten ("strategic entry") eingeführt. Der kausale Mechanismus, der Wahlsysteme und Repräsentationsqualität verbindet, funktioniert sehr ähnlich, denn jede "wasted vote" bedeutet eine weitere Verzerrung der politischen Repräsentation. Damit ist gleichzeitig das Potenzial für richtungspolitische Abweichungen von Elektorat und Parlament angelegt.

Während die $M+1$-Regel mit steigender Wahlkreisgröße M eine jeweils höhere "carrying capacity" des Wahlsystems für Listen oder Kandidaten postuliert, sinkt umgekehrt das Distorsionspotenzial des Wahlsystems, wenn die Wahlkreisgröße M zunimmt. Bei geringen Wahlkreisgrößen, allen voran bei der relativen Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen, wird deshalb eine höhere Distorsion erwartet als bei Verhältniswahlsystemen in mittleren und großen Wahlkreisen ($M > 5$). Dieser kausale Mechanismus ist dem mechanischen Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme sehr ähnlich, denn bei einer gegebenen Stimmenvertei-

lung erzeugt das Wahlsystem stets eine identische Mandatsverteilung und, als Konsequenz, eine identische Verzerrung dieser Stimmen- und Mandatsanteile. Diese Konjunktion verbindet das vorparlamentarische und das parlamentarische Parteiensystem über den Faktor Disproportionalität. Wird ein fragmentiertes Elektorat durch ein Verhältniswahlsystem mit mittleren oder großen Wahlkreisen ($M > 5$) in ein fragmentiertes Parlament überführt, entstehen geringere Distorsionen im Verhältnis von Stimmen und Mandaten. Trifft jedoch das gleiche, fragmentierte Elektorat auf ein Mehrheitswahlsystem, das eine Konzentration dieses Parteienspektrums im Parlament herstellt (idealtypisch, nach "Duvergers Gesetz", zu einem Zweiparteiensystem), wird dieser mechanische Effekt des Wahlsystems durch hohe Abweichungen von Stimmen- und Mandatsanteilen reflektiert.

> **Hypothese 5**
> Das Distorsionspotenzial D eines Wahlsystems sinkt, falls die Wahlkreisgröße M ansteigt; dieser Effekt kann analog zum mechanischen Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme modelliert werden.

Neben der Wahlkreisgröße M wirkt noch ein weiterer Faktor auf die Distorsionseffekte eines Wahlsystems, die Anzahl der konkurrierenden Listen und/ oder Kandidaten. Steigt die Zahl der Bewerber N an, steigt auch die Distorsion D der Stimmen-Mandate-Relation. Diese Anzahl N ist aber keine ausschließlich exogene, gegebene Größe, sondern sie ist endogen über die $M+1$-Regel zum Effekt von Wahlsystemen (M) auf die Anzahl von Parteien oder Kandidaten (N) verbunden. Der beschriebene kausale Mechanismus sieht gerade vor, dass Wähler und Parteieliten durch strategische Koordination die Abgabe von "wasted votes", und damit die Entstehung von Verzerrungen in der Stimmen-Mandate-Relation, vermeiden. Diese Konjunktion verbindet die beiden abhängigen Variablen Fragmentierung und Disproportionalität, jedoch geschieht das nicht mehr rein "mechanisch", sondern analog zum psychologischen Effekt von Wahlsystemen. Wenn Wähler und Parteieliten auf die institutionellen Hürden des Wahlsystems durch angepasstes, strategisches Handeln reagieren, vermindert dies die Distorsion im Verhältnis von Stimmen und Mandaten.

> **Hypothese 6**
> Das Distorsionspotenzial D eines Wahlsystems steigt, wenn die Wahlkreisgröße M konstant bleibt, mit der Anzahl der Listen/ Kandidaten, die in den politischen Wettbewerb eintreten; dieser Effekt kann analog zum psychologischen Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme modelliert werden, und es gelten analoge Funktionsbedingungen.

Die Reduktion einmal geformter Parteien auf eine geringere Anzahl von Parteien, die einen effektiven Anteil an Wählerstimmen erhalten, ist das Resultat des psychologischen Effekts, von "strategic voting" und "strategic entry". Mechanische Effekte wirken nachgeordnet und reduzieren das Spektrum der gewählten Parteien im Parlament. Sie wirken aber gleichermaßen auf die "psychologischen Effekte", weil die *a priori* gefasste Erwartung von mechanischen Konsequenzen der Wahlregeln die Grundlage des strategischen Handelns ist. Falls Wähler und Parteieliten bereits strategisch auf die institutionellen Barrieren reagieren und die Stimmabgabe in dieser Perspektive gefiltert und auf $M+1$ aussichtsreiche Kandidaten konzentriert ist, können die realen Disproportionen von Stimmen und Mandaten auch bei

einem "starken" Wahlsystem, etwa der relativen Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen, gering sein. Ein instruktives Beispiel dafür sind U.S.-amerikanische Kongresswahlen mit der Konzentration auf zwei Parteien, Demokraten und Republikaner, in Elektorat und Parlament (vgl. Benoit 2002: 42).

Mechanische und psychologische Effekte wirken deshalb mit unterschiedlichem Vorzeichen auf die Distorsion der Stimmen und Mandate. Wahlsysteme, die hohe institutionellen Barrieren errichten, produzieren ein hohes "mechanisches" Distorsionspotenzial. Ob dieses Potenzial jedoch realisiert wird, hängt vom psychologischen Effekt ab. Falls durch strategische Koordination im Sinne der $M+1$-Regel das Parteienspektrum bereits im vorparlamentarischen Bereich reduziert und an die antizipierten Effekte des Wahlsystems angepasst wird, kann die reale mechanische Distorsion trotz eines starken Wahlsystems gering sein. Deshalb ist eine Unterscheidung vom Distorsionspotenzial eines Wahlsystems *an sich* und der realisierten, empirisch bestimmbaren Verzerrungen von Stimmen- und Mandatsanteilen notwendig.

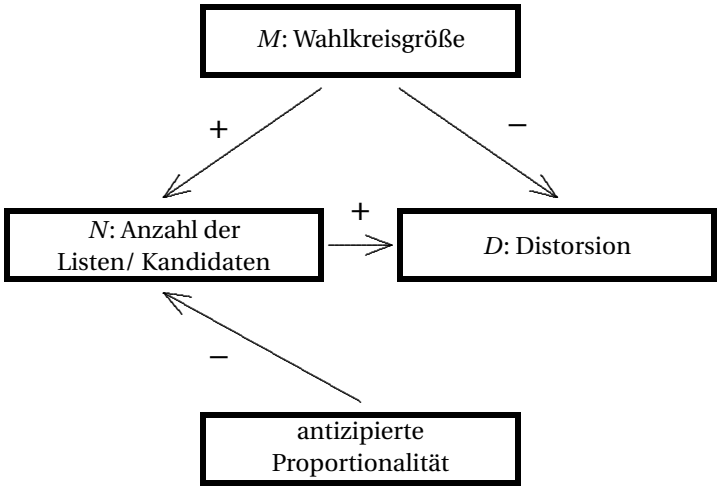
Taagepera und Shugart (1989b: 173) haben diesen Zusammenhang das "law of the conservation of disproportionality" genannt. Mechanische Effekte des Wahlsystems erhöhen die Distorsion im Verhältnis von Stimmen und Mandaten, psychologische Effekte, also Versuche zur Antizipation und Vermeidung von "wasted votes" reduzieren sie. Anders gewendet erzeugen ("konservieren") auch *a priori* als vergleichsweise proportional eingeschätzte Wahlsysteme (etwa ab $M > 5$) Disproportionseffekte, wenn sie zur Aufstellung und Wahl sehr vieler Parteien und/ oder Kandidaten ermutigen. Diese komplexen Effekte von Wahlsystem, Parteiensystem und Disproportionalität sind in Abbildung 2.4 dargestellt. Steigende Wahlkreisgrößen M mindern das Distorsionspotenzial D eines Wahlsystems, sie lassen aber gleichsam, im Nash-Gleichgewicht, eine höhere Anzahl von Listen und/ oder Kandidaten N zu. Dies erhöht wiederum das Distorsionspotenzial.

Arend Lijphart (1994a: 97) hat dieses komplexe kausale Verhältnis in seiner empirischen Analyse von Wahlsystemen und Parteiensystemen in 27 etablierten Demokratien klar erkannt und auf seine analytische Bedeutung hingewiesen:

> Electoral systems that provide incentives for strategic behaviour, especially plurality systems, significantly understate the degree of disproportionality: assuming that many voters cast their votes for larger parties because they do not want to waste their votes on small parties with poor chances of being elected, the parties' seat shares deviate much more from the pattern of the voters' true preferences than from the actual vote shares – and it is the latter on which the index of disproportionality is based.

Neben der Distorsion von Stimmen und Mandaten wurde die richtungspolitische Entsprechung von Elektorat und Parlament als zweite Dimension der abhängigen Variablen Repräsentationsqualität eingeführt. Ihre inhaltliche Begründung folgt, in einer funktionalen Perspektive, auch aus dem "law of the conservation of disproportionality" (Taagepera und Shugart 1989b: 173). Wenn die Wähler und Parteieliten bereits auf institutionelle Faktoren reagieren, wenn also psychologische Effekt im Sinne Duvergers operieren, spiegelt die Stimmenverteilung nicht mehr die (ersten) Präferenzen der Wähler wider, sondern sie reflektiert bereits strategische, von institutionellen Faktoren mitbestimmte Wahlentscheidungen. Die Analyse der gesamten Auswirkungen von Wahlsystemen, der mechanischen und der psychologischen Effekte, kann aber dann nicht mehr bei dieser endogenen Variablen ansetzen.

Abbildung 2.4: Das "Gesetz vom Erhalt der Disproportionalität"



Anmerkung: Mit Veränderungen entnommen aus Cox 1997: 174.

Vielmehr ist es sinnvoll, eine Abstraktionsstufe tiefer, bei den politischen Präferenzen anzusetzen, die noch nicht mit strategischen Erwägungen vermengt sind. Eine zusätzliche, inhaltliche Rechtfertigung spricht für diese Erweiterung der abhängigen Variablen Repräsentationsqualität. Die "Fairness" eines Wahlsystems, definiert als die Repräsentation der vollen Breite an politischen Positionen im Parlament und gemessen als die Entsprechung von Stimmen- und Mandatsanteilen, wird aus mehrheitsdemokratischer Perspektive nicht als ein taugliches Evaluationskriterium für Wahlen und Wahlsysteme akzeptiert. Dieser Theoriestrang zielt vielmehr auf die funktionale Reduzierung politischer Heterogenität im Parlament. Seine normative Zielstellung ist eine verantwortliche und responsive Einparteiregierung, die die politischen Präferenzen der Mehrheit der Bevölkerung repräsentiert (vgl. detailliert Powell 2000). Anders als die Entsprechung von Stimmen- und Mandatsanteilen ist deshalb die richtungspolitisch bestimmte Repräsentationsqualität ein Bewertungskriterium, das auch in mehrheitsdemokratischer Optik interessiert.

Beide Dimensionen der Repräsentationsqualität, die formale Distorsion von Stimmen- und Mandatsanteilen und die richtungspolitische Entsprechung von Elektorat und Parla-

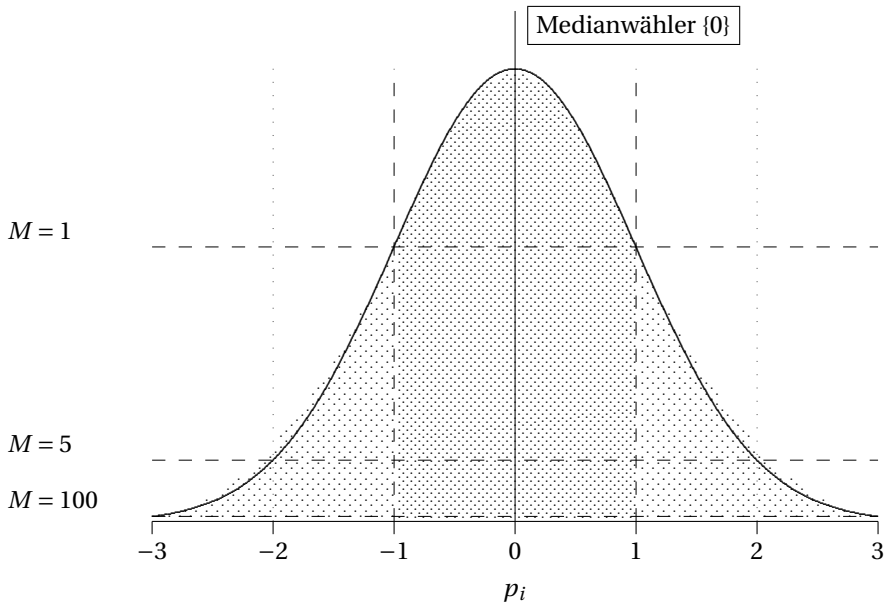
ment, sind eng verwandt, aber nicht notwendig kongruent. Verzerrungen von Stimmen und Mandaten resultieren nicht automatisch in einer analogen richtungspolitischen Missrepräsentation des Elektorats im Parlament. Abbildung 2.5 beschreibt diesen Zusammenhang. Sie stellt die politische Präferenzverteilung exemplarisch auf einer Links-Rechts-Skala dar $\{-3,\ldots,3\}$. Die Pole markieren extrem linke $\{-3\}$ und extrem rechte $\{+3\}$ politische Positionen des Elektorats. Diese Präferenzdimension wird auf der x-Achse von Abbildung 2.5 dargestellt, und die Häufigkeitsdichte des Elektorats ist auf der y-Achse abgetragen. Einzelne Präferenzen auf der Links-Rechts-Skala und ihre Häufigkeiten sind idealtypisch als eine Standardnormalverteilung dargestellt. Die meisten Wähler verorten sich also, konform mit den meisten empirischen Analysen, im Zentrum des politischen Spektrums $\{0\}$, und extreme politische Positionen treten deutlich weniger häufig auf. Diese unimodale, "eingipflige" Verteilung entspricht nicht nur der Theorie des politischen Wettbewerbs, sie kennzeichnet auch die empirischen politischen Präferenzverteilungen in den Vergleichsstaaten dieser Arbeit (vgl. Kapitel 7).

Die Implikationen unterschiedlicher institutioneller Barrieren, die verschiedene Wahlsysteme einrichten, für die richtungspolitische Entsprechung von Elektorat und Parlament können nun in einem einfachen, intuitiven Modell demonstriert werden. Dabei wird zunächst unterstellt, dass analog zu den sieben richtungspolitischen Positionen, die auf der x-Achse abgetragen sind, sieben Parteien oder Kandidaten antreten. Weiter wird die Entscheidung einzelner Wähler nach dem klassischen Konzept des "proximity voting" modelliert, und die Wähler entscheiden sich für diejenige Partei/ denjenigen Kandidaten, der ihrer politischen Präferenz am nächsten liegt (vgl. Merrill und Grofman 1999).

Die unterbrochenen horizontalen Linien in Abbildung 2.5 bezeichnen die institutionellen Barrieren, die von drei hypothetischen Wahlsystemen mit jeweils unterschiedlichem Distorsionspotenzial, ausgedrückt durch die Wahlkreisgröße M, implementiert werden: Die komparativ niedrigste Barriere errichtet ein *a priori* sehr "proportionales" Wahlsystem, das 100 Mandate in einem einzelnen, nationalen Wahlkreis ($M = 100$) vergibt; diese Wahlregeln sind mit den Verhältniswahlsystemen Israels und der Niederlande vergleichbar; die mittlere Linie bezeichnet ein Wahlsystem mit erhöhten Eintrittsbarrieren, etwa ein Verhältniswahlsystem mit regionalen Wahlkreisen mittlerer Größe ($M = 5$); die höchsten institutionellen Barrieren errichtet ein relatives Mehrheitswahlsystem in Einerwahlkreisen ($M = 1$).

Alle drei Systeme erzeugen verschiedene Konsequenzen für die Distorsion der Stimmen-Mandate-Relation, sie bewahren jedoch die richtungspolitische Korrespondenz von Elektorat und Parlament: Das sehr permissive Verhältniswahlsystem ($M = 100$) ermöglicht allen politischen Kräften die Repräsentation im Parlament, sodass kaum eine Distorsion von Stimmen und Mandaten entsteht und die Wählerpräferenzen im Parlament genau repräsentiert werden. Wird nun die institutionelle Barriere des Wahlsystems sukzessive erhöht ($M = 5$), verfehlen zunächst kleinere Parteien am linken und rechten Rand des politischen Spektrums, also in den Präferenzbereichen mit der geringsten "Wählerdichte", den Einzug ins Parlament. Als Konsequenz entstehen Verzerrungen im Verhältnis von Stimmen und Mandaten, die richtungspolitisch gemessene Repräsentationsqualität, messbar gemacht als Differenz der Mittelwerte von Elektorat und Parlament, bleibt jedoch weiter konstant. Das Wahlsystem mit den höchsten institutionellen Barrieren schließlich, die relative Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen ($M = 1$), forciert die Differenz von Stimmen- und Mandatsanteilen noch. Das im Parlament repräsentierte Präferenzspektrum wird noch weiter konzentriert,

Abbildung 2.5: Wahlsysteme und materielle Repräsentationsqualität



Anmerkung: p_i = Position der Partei i auf der Links-Rechts-Skala

bei der angenommenen unimodalen und symmetrischen Präferenzverteilung korrespondiert das Mittel im Elektorat aber weiterhin exakt mit dem des Parlaments. Das im Parlament repräsentierte Präferenzspektrum ist im dunkel schraffierten Bereich der Abbildung 2.5 kenntlich gemacht. Die abgeschnittenen, seitlichen Flächenintegrale bezeichnen exemplarisch diejenigen Wähler und Präferenzpositionen, die durch den Effekt des Mehrheitswahlsystems nicht parlamentarisch repräsentiert sind; diese Bereiche sind durch die leichte Schraffur bezeichnet.

Parallel zur Erhöhung der institutionellen Barrieren wird durch die folgende Konzentration des politischen Spektrums und den Ausschluss der Flügelparteien ein Punkt erreicht, an dem diejenige politische Kraft, die den Medianwähler repräsentiert {0}, eine parlamentarische Mehrheit und damit, mindestens in parlamentarischen Regierungssystemen, die Option zur Bildung einer Einparteiregierung erhält. Damit sind in diesem idealtypischen Modell gleichermaßen das Effizienzziel, die Möglichkeit zur Bildung einer stabilen Einparteiregierung, und die Responsivität zum Wählerwillen, konstruiert am “median voter”, realisiert. Eine genaue Entsprechung von Stimmen und Mandaten wird dagegen nicht als eine normative Zielstellung akzeptiert.

Dieses Szenario, zunehmende Distorsionen von Stimmen- und Mandatsanteilen bei fortgesetzt guter Korrespondenz von Elektorat und Parlament, bildet nahezu idealtypisch die

aus mehrheitsdemokratischer Position vorgetragenen Zielstellungen ab. Dennoch muss dieses Modell um einige Elemente erweitert werden, um die wirksamen kausalen Mechanismen und ihre Rahmen- und Funktionsbedingungen verstehen und angeben zu können. Das einfache Basismodell operiert in einem non-reaktiven Raum, in dem Wähler und Parteieliten nicht strategisch agieren. Ein realistisches Modell muss jedoch auch die (psychologischen) Effekte des Wahlsystems, kodifiziert in der $M+1$-Regel, und Hypothesen zum Einfluss des Wahlsystems auf die räumliche Dynamik des politischen Wettbewerbs einschließen. Für die Effekte von relativen Mehrheitswahlsystemen auf die materiell bestimmte Repräsentationsqualität ist die theoretische Basis durch "Duvergers Gesetz" (Duverger 1959) und durch das "median voter theorem" (Black 1958; Downs 1957) gelegt worden. Beide Hypothesen operieren auf der Wahlkreisebene und bauen aufeinander auf. Erfolgt die Reduktion auf zwei effektive Kandidaten in einem Wahlkreis, postuliert das "median voter theorem" im zweiten Argumentationsschritt eine zentripetale Konkurrenzdynamik, die beide Kandidaten hin zur Position des Medianwählers treibt. Mehrheitswahlsysteme haben deshalb, auch bei starken Distorsionen der Stimmen- und Mandatsanteile, das Potenzial, eine gute Entsprechung von Elektorat und Parlament herzustellen (Black 1958; Downs 1957; Powell 2000; Powell und Vanberg 2000).

Gleichzeitig ist dieses Potenzial aber an die empirische Gültigkeit beider Hypothesen, von "Duvergers Gesetz" (Duverger 1959) und des "median voter theorem" (Black 1958; Downs 1957), gebunden. Die Korrespondenz von Elektorat und Parlament ist damit ähnlich voraussetzungsvoll wie die Wirksamkeit der Mechanismen "strategic voting" und "strategic entry", und es gelten analoge Rahmen- und Geltungsbedingungen für den kausalen Mechanismus. Sie betreffen gleichermaßen die Fähigkeit der Wähler, eine "wasted vote"-Situation zu erkennen, wie ihre Bereitschaft, bei einem erkannten "wasted vote"-Szenario effektiv strategisch zu handeln: (1) Die Wähler müssen einen kurzfristigen, nutzenmaximierenden Verhaltensimpetus verfolgen, (2) sie müssen die realen Chancen aller Listen und/ oder Kandidaten im politischen Wettbewerb einschätzen können, (3) der Wahlausgang muss in dem Sinne offen sein, dass kein klarer, im voraus identifizierbarer Wahlgewinner feststeht, sodass strategische Erwägungen keine Konsequenzen mehr hätten, und schließlich ist (4) die Abwesenheit von Wählern erforderlich, die so stark mit ihrer Erstpräferenz identifiziert sind, dass sie alle übrigen Kandidaten als gleich negativ bewerten (vgl. Cox 1997: 79).

> **Hypothese 7**
> Relative Mehrheitswahlsysteme ($M = 1$) haben das Potenzial, eine gute richtungspolitische Korrespondenz von Elektorat und Parlament herzustellen. Die empirische Realisierung dieses Potenzials ist jedoch voraussetzungsvoll und an die empirische Validität von "Duvergers Gesetz" und Downs' "median voter theorem" gebunden.

Die Auswirkungen von Verhältniswahlsystemen auf die ideologische Placierung politischer Parteien sind weniger explizit untersucht worden als die Konsequenzen von Mehrheitswahlsystemen. Gary W. Cox (1997: 230) hat gezeigt, dass politische Parteien sich entlang der Links-Rechts-Skala mit Abstandsintervallen positionieren sollten, die etwa dem Anteil des Elektorats zwischen ihren räumlich verorteten Politikpräferenzen entsprechen: "equilibria in multi-party PR systems are expected to be such that (1) each party has a fairly well-defined and narrow ideological appeal, and (2) parties are dispersed fairly widely over the ideological spectrum" (Cox 1990: 922). Das bedeutet gleichzeitig, dass das Potenzial von Verhält-

niswahlsystemen, eine enge programmatische Entsprechung von Elektorat und Parlament herzustellen, sehr groß ist. Auch bei Verhältniswahlsystemen ist dieser Effekt jedoch, wie gerade für relative Mehrheitswahlsysteme diskutiert, an die Wirksamkeit (psychologischer) Effekte des Wahlsystems, der $M+1$-Regel, gebunden. Wird die Parteienzahl nämlich empirisch nicht den institutionellen Barrieren angepasst, droht eine Missrepräsentation, wenn viele Einzelparteien an einer bestimmten *Issue*–Position konkurrieren, sodass möglicherweise ein gesamtes richtungspolitisches Segment, zersplittert in viele Einzelorganisationen, etwa durch die Wirkung einer formalen Sperrklausel nicht im Parlament repräsentiert wird.

Hypothese 8
Verhältniswahlsysteme ($M > 1$) stellen regelmäßig eine gute richtungspolitische Korrespondenz (K) von Elektorat und Parlament her; diese Eigenschaft steigt mit der Wahlkreisgröße M.

Wahlkreisebene und nationale Ebene

Nicht nur der kausale Mechanismus auf der Wahlkreisebene kann beim Effekt von Wahlsystemen auf die Repräsentationsqualität analog zu "Duvergers Gesetz" und der $M+1$-Regel formuliert werden. Auch das Aggregationsproblem von Wahlkreisebene und nationaler Ebene tritt in einer vergleichbaren Form wieder auf. Die abhängige Variable, die formal und materiell bestimmte Repräsentationsqualität, wird auf der nationalen Ebene beobachtet, die zentralen unabhängigen Variablen des kausalen Mechanismus wirken jedoch auf der Ebene einzelner Wahlkreise (vgl. Powell und Vanberg 2000). Ausnahmen von dieser Regel sind allein Verhältniswahlsysteme, die einen einzelnen, nationalen Wahlkreis errichten, sodass Wahlkreisebene und nationale Ebene deckungsgleich sind. Beispiele sind die Wahlsysteme Israels oder der Niederlande. Das formale Modell zum Effekt von Wahlsystemen auf die Qualität politischer Repräsentation muss nun in einem abschließenden Argumentationsschritt komplettiert werden, der eine Transformationsregel von der Ebene einzelner Wahlkreise auf die nationale Ebene formuliert.

Die Logik dieses Arguments ist dem Projektionsargument, das für die $M+1$-Regel formuliert wurde, sehr ähnlich. Wenn Distorsionseffekte D mit zunehmender Wahlkreisgröße M steigen und parallel auch das Potenzial einer richtungspolitischen Missrepräsentation, gemessen als Differenz von Elektorat und Parlament, zunimmt, bleibt zu fragen, wie diese auf der Wahlkreisebene produzierten Effekte im nationalen Aggregat addiert und/ oder ausgeglichen werden. Besonders wenn Wahlkreise geringer Größe ($M < 5$, vor allem Mehrheitswahlsysteme mit $M = 1$) eingerichtet sind, die eine substanzielle Verzerrung der Stimmen-Mandate-Relation produzieren, hängt das Gesamtbild auf der nationalen Ebene davon ab, wie die in einzelnen Wahlkreisen entstandenen Distorsionen zum Vorteil einer, hier exemplarisch skizzierten, linksgerichteten Partei P_L möglicherweise durch gegenlaufende Distorsionen zum Vorteil der, wiederum exemplarisch angesprochenen, rechtsgerichteten Partei P_R auf nationaler Ebene ausgeglichen werden. Verzerrungen der Stimmen-Mandate-Relation und der richtungspolitischen Repräsentation entstehen lokal, in den Wahlkreisen; sie können jedoch durch gegenlaufende Effekte in anderen Wahlkreisen auf der nationalen Ebene "behoben" werden.

Ein hypothetisches Beispiel skizziert diese Situation für ein relatives Mehrheitswahlsystem mit nur zwei Wahlkreisen: Erreicht P_R 49% der Stimmen in beiden Wahlkreisen, wäh-

rend P_L die verbleibenden 51% gewinnt, verhilft P_L eine knappe Mehrheit der Stimmen in beiden Wahlkreisen zu 100% der Mandate, sodass eine signifikante Distorsion von Stimmen und Mandaten, verbunden mit einer richtungspolitischen Differenz von Elektorat und Parlament entsteht. Das betrifft die regionale Situation im Wahlkreis und das nationale Aggregat. Ein Alternativszenario basiert auf einer geringen Verschiebung der Stimmenanteile im zweiten Wahlkreis: Wenn nun P_R 51% und P_L nur noch 49% der Stimmen gewinnt, erreichen P_L und P_R jeweils 50% der nationalen Stimmen und Mandate. Die Distorsionseffekte im jeweils einzelnen Wahlkreis bleiben exakt die gleichen, auf der nationalen Ebene sind aber Stimmen- und Mandatsanteile wie die richtungspolitischen Orientierungen von Elektorat und Parlament, konträr zum ersten Szenario und nach einer nur minimalen Stimmenverschiebung, identisch.

Diese Ausgleichseffekte, die die Aggregation regionaler Repräsentationsqualität zum nationalen Aggregat bestimmen, sind in Mehrheitswahlsystemen (meist $M = 1$) wesentlich bedeutsamer als in Verhältniswahlsystemen ($M > 1$). Weil die Distorsion im Wahlkreis mit der Wahlkreisgröße M ansteigt, liegt das Niveau an lokaler Distorsion, das national "ausgeglichen" werden muss, bei Verhältniswahlsystemen potenziell nicht sehr hoch. In Mehrheitswahlsystemen treten dagegen regelmäßig deutlich mehr "wasted votes" im Wahlkreis auf. Jede Stimme, die für einen anderen Kandidaten als den Mandatsgewinner, denjenigen Kandidaten mit einer relativen Stimmenmehrheit, entfällt, bezeichnet eine solche "wasted vote". Darüber hinaus liegt die Zahl n der Einerwahlkreise eines Mehrheitswahlsystems meist deutlich über der Anzahl an Mehrpersonenwahlkreisen ($M > 1$) von Verhältniswahlsystemen. Als Konsequenz steht der Balance geringer Distorsion in wenigen Wahlkreisen bei der Verhältniswahl der Ausgleich signifikant höherer lokaler Distorsionseffekte in vielen Wahlkreisen bei der Mehrheitswahl gegenüber.

2.3 Zusammenfassung

Der erste Gegenstand dieses Kapitels sind Herleitung und Diskussion von Hypothesen zum Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme. Die überblickartige Auswertung einschlägiger Literatur seit Henry Droop hat dabei einen kumulativen, systematischen Wissensaufbau demonstriert, und viele Punkte, die in neueren, formalen Modellen besonders betont werden, sind mindestens implizit bereits in den "klassischen" Studien angelegt. Das betrifft einmal die Kernlogik der Hypothesen, das "wasted vote"-Argument mit den darauf basierenden spieltheoretischen Überlegungen zur Reduktion der Parteien- und/ oder Kandidatenzahl durch die institutionellen Hürden des Wahlsystems und weiter auch die von Duverger (1959) vorgenommene begriffliche und analytische Trennung mechanischer und psychologischer Effekte.

Konträr zum mechanischen Effekt funktionieren psychologische Effekte, strategisches Wählen und strategisches Kandidaturverhalten, kontextabhängig, und die Spezifikation notwendiger Bedingungen für die strategische Koordination, die etwa Cox (1997: 76-80) vorgeschlagen hat, kann Hinweise über die Konstanz und Robustheit dieser Effekte über heterogene soziopolitische Kontexte hinweg geben. Diese notwendigen Bedingungen für den psychologischen Effekt sind vor allem relevant, wenn kausale Mechanismen, die am Material etablierter Demokratien modelliert wurden, auf andere Kontexte, möglicherweise auf die

"neuen" Demokratien Osteuropas, übertragen werden sollen. Noch ein weiteres Problem wurde maßgeblich von Duverger (1959) vorweggenommen: der Befund, dass die zentrale abhängige Variable, die Fragmentierung von Elektoraten und Parlamenten, auf der nationalen Ebene bestimmt wird, die grundlegenden unabhängigen Variablen, vor allem die Wahlkreisgröße M, jedoch auf der subsystemischen Ebene einzelner Wahlkreise operieren. Diese Beobachtung rechtfertigt einmal den besonderen Fokus auf die Wahlkreisebene, trägt jedoch auf der anderen Seite auch konzeptionelle und analytische Probleme beim Umgang mit mehreren gestuften Analyseebenen ein.

Das formale Modell zum Effekt von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen, das in der von Cox (1997) kodifizierten Fassung den aktuellen "state of the art" der Wahlsystemforschung markiert, leistet einen besonders starken Beitrag zu analytischer Klarheit. Die eindeutige Spezifikation von spieltheoretischen Anreizen und Auszahlungen, des Koordinationsspiels und dessen notwendiger Geltungsbedingungen hilft dabei, Hypothesen so zu formulieren, dass sie gleichermaßen theoretisch stringent und empirisch in heterogenen Kontexten überprüfbar sind. Eine informierte empirische Analyse der politischen Konsequenzen von Wahlsystemen bedarf aber neben der Spezifikation dieser institutionellen Grundlogik noch weiterer konzeptioneller Anstrengungen, die notwendige Funktionsbedingungen des kausalen Mechanismus diskutieren und das Argument für komplexere Wahlsysteme als die hier untersuchten einfachen Basistypen angeben. Die Kontextabhängigkeit von "strategic voting" und "strategic entry" steht im Zentrum von Kapitel 3. Eine detaillierte Operationalisierung konkreter, empirischer Wahlsystemtypen folgt in Kapitel 4.

Der zweite Gegenstand dieses Kapitels sind Herleitung und Diskussion von Hypothesen zum Effekt von Wahlsystemen auf die Repräsentationsqualität, die formal als Entsprechung von Stimmen- und Mandatsanteilen der politischen Parteien und materiell als richtungspolitische Korrespondenz von Elektorat und Parlament bestimmt wird. Diese abhängige Variable ist als konsensdemokratisches "Gegenstück" zur meist stärker effizienzorientierten Fragmentierungsdimension verortet worden, und sie ist deutlich weniger extensiv erforscht als dieses "klassische" Bewertungskriterium für Wahlsysteme.

Auch bei der Wirkung von Wahlsystemen auf die Qualität politischer Repräsentation können, dem "law of the conservation of disproportionality" gemäß (Taagepera und Shugart 1989b: 173), mechanische und psychologische Effekte geschieden werden: Zunächst steigt das Distorsionspotenzial D eines Wahlsystems mit der Wahlkreisgröße M; das ist ein mechanischer Effekt, der bei gegebener Stimmenverteilung notwendig eintritt. Eine an der *a priori* Vermeidung der "wasted vote"-Situation orientierte Reduktion der Kandidatenzahl auf $M+1$ im Wahlkreis wirkt jedoch dem praktischen Distorsionseffekt entgegen; das ist mit dem "psychologischen" Effekt von Wahlsystemen vergleichbar, funktioniert kontextabhängig und ähnlich voraussetzungsvoll.

Eine tragfähige empirische Untersuchung der Wirkungen von Wahlsystemen auf die Distorsion von Stimmen- und Mandatsanteilen, die formale Repräsentationsqualität, und auf die richtungspolitische Korrespondenz von Elektorat und Parlament, die materielle Repräsentationsqualität, bedarf noch weiterer konzeptioneller Anstrengungen, die kontextuelle Funktionsbedingungen von politischen Institutionen angeben. Die Kontextabhängigkeit dieser Effekte steht im Zentrum von Kapitel 3, und die detaillierte Operationalisierung und Diskussion der Repräsentationsqualität folgt in Kapitel 7.

3 Wahlsysteme in ungleichen Kontexten

Nach der theoretischen Diskussion der (neo-)institutionalistischen Kernthesen zum Effekt von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen und auf die Qualität politischer Repräsentation wendet sich dieses Kapitel den Rahmen- und Funktionsbedingungen politischer Institutionen in heterogenen Kontexten zu. Deshalb konzentrieren sich die folgenden Analysen, bezogen auf die von Coleman (1990) und Esser (1996) eingebrachte "Grundstruktur soziologischer Erklärungen", auf die detaillierte Modellierung der *Logik der Situation*, die auf der Makroebene die Kontextbedingungen für den kausalen Kern des weiteren Arguments, die *Logik der Selektion* auf der Mikroebene einzelner Wahlkreise, definiert. Die bislang nur theoretisch und von realen soziopolitischen Kontexten abstrahiert beschriebenen funktionalen Mechanismen, die Effekte von Wahlsystemen (1) auf die Fragmentierung von Parteiensystemen und (2) auf die Qualität politischer Repräsentation, werden damit auf ihre realen Rahmen- und Funktionsbedingungen in heterogenen soziopolitischen Umgebungen bezogen.

Die Diskussion der formalen Modelle zu den politischen Konsequenzen von Wahlsystemen hat gezeigt, dass, damit politische Institutionen ihre "klassischen" und *a priori* erwarteten Funktionen erfüllen, bestimmte Kontextbedingungen garantiert sein müssen (vgl. exemplarisch Cox 1997: 79). Nur wenn, den Basisprämissen des *Rational Choice*-Institutionalismus gemäß, die politischen Akteure ihre Handlungsoptionen in einem institutionellen *Setting* begreifen und internalisieren können, ist die regelnde und regelhafte Funktion politischer Institutionen, hier die Reduzierung der Kandidatenzahl auf $M+1$ in jedem Wahlkreis, tatsächlich ermöglicht (vgl. Carey 2000; Diermeier und Krehbiel 2003; Schofield 2000; Tsebelis 1990). Strategisches Verhalten der Wähler ("strategic voting") und strategisches Agieren der Parteieliten ("strategic entry") sind in den von Gary W. Cox (1997) formalisierten Modellen besonders auf Informationsressourcen angewiesen, damit letztlich feststeht und erkannt werden kann, welcher Kandidat/ welche Liste noch die Chance auf einen Mandatsgewinn hat und welcher/ welche chancenlos im politischen Wettbewerb steht.

Das zentrale Kriterium zur Bewertung dieser Funktionsbedingungen ist die *Institutionalisierung* der Parteiensysteme. Gesellschaftlich verankerte, langfristig stabile Parteiensysteme bieten Optionen für strategisches Handeln von Wählern und Parteieliten. Diejenigen Parteiensysteme jedoch, die Sartori (1976: 244-245) als "fluid party polities" gefasst hat, entziehen den Akteuren die Ressourcen für strategisches Handeln. Wenn an die Stelle fest gefügter Interaktionsmuster innerhalb eines Parteiensystems stetige Fusionen, Spaltungen, Neugründungen und Auflösungen politischer Parteien treten und damit das gesamte Parteiensystem als regelhaftes Interaktionsmuster aufhört zu bestehen, fehlt jeder Ansatzpunkt für "strategic voting" und/ oder "strategic entry". Denn gerade die *Strukturiertheit* des politischen Wettbewerbs, und damit die Erwartungssicherheit für politische Akteure, ist eine notwendige Bedingung für sinnvolles, stabilitätinduzierendes Handeln in politischen Institutionen (Carey 2000: 746-749).

Scott Mainwaring und Timothy Scully haben, bei ihren Studien zur "dritten Welle" demokratischer Transformation in Lateinamerika, eine konkrete und operationalisierte Definition institutionalisierter Parteiensysteme vorgeschlagen: "(...) institutionalization refers to a

process by which a practice or organization becomes well-established and widely known, if not universally accepted" (Mainwaring und Scully 1995: 4). Zur Messung des Institutionalisierungsgrades von Parteiensystemen schlagen sie zwei Dimensionen vor: einmal die Stabilität des Parteiensystems, bestimmt als die Summe der Gewinn- und Verlustbeträge aller Parteien bei zwei aufeinander folgenden Wahlen, die Volatilität (vgl. Bartolini und Mair 1990; Pedersen 1979), und weiter das "Alter" der politischen Parteien. Besonders eine langfristige Kontinuität parteipolitischer Organisationsformen deutet auf ihre stabile soziopolitische Verankerung hin (Mainwaring und Scully 1995: 13; Mainwaring 1998: 69-70).

Dieses Kapitel verfolgt, vor dem gerade bestimmten konzeptionellen Hintergrund, drei wesentliche Zielstellungen: Zunächst geht es um eine antithetische Gegenüberstellung der soziopolitischen Funktionskontexte politischer Institutionen in etablierten und in "neuen" Demokratien (Kapitel 3.1). Dem schließt sich eine genauere Analyse der Binnendifferenzierung der osteuropäischen Vergleichsgruppe an, die gleichermaßen historische Vorbedingungen demokratischen Regierens, den Typ des realsozialistischen *Ancien Régime* und den pfadabhängigen Verlauf des Systemwechsels in den elf osteuropäischen Vergleichsstaaten analysiert (3.2). Im abschließenden Argumentationsschritt wird ein kontextsensitives Untersuchungsmodell vorgestellt, das die Logik des *Rational Choice*-Institutionalismus auf die Kontextfaktoren aus den etablierten und, vor allem, aus den "neuen" Demokratien Osteuropas bezieht (3.3).

3.1 Wahlsysteme in "etablierten" und in "neuen" Demokratien

Diese Studie behandelt politische Institutionen nicht mit ihren idealtypischen, ideengeschichtlich vermuteten oder in abstrakter Spieltheorie bestimmten Konsequenzen, sondern die empirische Analyse beachtet die Kontextabhängigkeit von Wahlsystemen. Die folgenden Erläuterungen skizzieren die parteiensystemischen Rand- und Funktionsbedingungen von Wahlsystemen in etablierten Demokratien und postkommunistischen Staaten, und sie arbeiten funktionale Differenzen beider Kontexte heraus. Wenn die funktionalen Bedingungen in etablierten Demokratien, die Grundlage induktiver Zugriffe auf die Effekte von Wahlsystemen waren und weiter sind, sich von den Kontextfaktoren in "neuen" Demokratien unterscheiden, erfordert diese Differenz eine Neubewertung der politischen Konsequenzen von Wahlsystemen in postkommunistischen Systemen und die Modifikation etablierter Hypothesen.

Zur Stabilität der Parteiensysteme etablierter Demokratien

Die Parteiensysteme in etablierten, westeuropäischen Demokratien galten lange Zeit als stabil und dauerhaft *institutionalisiert*, ja als "eingefroren". Die grundlegende Struktur der europäischen Parteiensysteme, und ihre Strukturdifferenzen untereinander, sind demnach bereits vor der signifikanten Erweiterung des Wahlrechts in der ersten Welle demokratischer Transformationen um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert bestimmt worden, und diese Merkmale sind, mindestens seit den Zwanzigerjahren, stabil erhalten geblieben. Die klassische Fassung dieser *Freezing*-These wird dabei stets dem Einleitungskapitel entnommen, das Lipset und Rokkan ihrem Sammelband *Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives* (1967b) vorangestellt haben:

> (...) the party systems of the 1960s reflect, with few but significant exceptions, the cleavage structures of the 1920's. (...) the party alternatives, and in remarkably many cases the party organizations, are older than the majorities of the national electorates. (Lipset und Rokkan 1967a: 50; im Original kursiv)

Bei einem Urteil über den Stellenwert dieses Befundes gelten aber einige Einschränkungen. Anders als etwa bei Duvergers Beitrag zum Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme war die Aussage von Lipset und Rokkan niemals als genuines "Gesetz" ausgearbeitet, sondern die Autoren beziehen sich eher auf eine empirische Beobachtung (vgl. ähnlich Mair 1997: 4-5). Das vorrangige Interesse ihres Beitrags war jedoch die genetische Erklärung der inhaltlichen Strukturen und Strukturdifferenzen von Parteiensystemen in den Staaten Westeuropas. Das "Einfrieren" der Parteiensystemoptionen, ursprünglich von Lipset und Rokkan (1967a) nicht einmal als *These* formuliert, in einschlägigen Publikationen jedoch oft als *das* zentrale Argument gehandelt, markiert damit nur einen Nebenstrang, der begründet, warum die systematische Analyse der soziopolitischen Konfliktstrukturen etwa 1920 abbrechen und mindestens bis in die Mitte der Sechzigerjahre fortgeschrieben werden kann. Von daher ist einsichtig, dass kausale Mechanismen zum "freezing" der Parteiensysteme, bei Lipset und Rokkan nur eine Randnotiz zu einer anders ausgerichteten Analyse, gerade angedeutet, nicht aber konkret ausgearbeitet werden (vgl. Lipset und Rokkan 1967a: 51-56 und weitergehend Rokkan 1977).

Das Kernstück im Beitrag von Lipset und Rokkan (1967a) bildet die explizite Nachzeichnung der historischen Dynamiken von Konflikt und Konsens, die gleichermaßen expressive wie repräsentative Funktionen politischer Parteien thematisiert (vgl. bereits die Verarbeitung dieser Dimension bei Lipset 1959). Vom Befund, dass nur ein Bruchteil der denkbaren und/ oder realen sozialstrukturellen Gegensätze eine Gesellschaft faktisch polarisiert (vgl. auch Flora 2000: 53), leiten sie die These von einer Hierarchie soziopolitischer Konfliktlagen ab, die sowohl regional, also in verschiedenen westeuropäischen Staaten, als auch historisch, im Laufe der Zeit innerhalb eines politischen Systems, variieren kann.[1] Im folgenden Argument skizzieren Lipset und Rokkan (1967a: 13-14) dann vier verschiedene "kritische" Konfliktkonstellationen bei der Strukturierung der Massenpolitik in Westeuropa. Zwei von ihnen entwickelten sich aus der Staats- und Nationenbildung (1-2); zwei weitere aus der, historisch meist nachgelagerten, Industrialisierung (3-4):

1. Zentrum vs. Peripherie, der Konflikt zwischen den Trägern der zentralisierenden, vereinheitlichenden nationenbildenden Kultur und der unterworfenen, ethnisch, linguistisch oder religiös devianten Kultur in der Peripherie;

2. Staat vs. Kirche, der Konflikt zwischen den Mobilisierungsinteressen des Nationalstaats und den überkommenen korporativen Privilegien der Kirchen, vor allem im Erziehungswesen;

1 Es sei noch angefügt, dass die räumliche Geltung des Modells (oder ähnlicher Modelle) nicht auf die Region Westeuropa beschränkt ist. Rokkan differenziert einmal "Ein *grundlegendes Modell der zentralen Dimensionen der Variation politischer Systeme*" und zweitens "Transponierungen" dieses Modells auf verschiedene Regionen, etwa die "*Konzeptuelle Karte von Europa*" (Flora 2000: 24-27; 76-83; Hervorh. im Original); empirisch hat sich Rokkan mit den Regionen außerhalb Westeuropas aber kaum beschäftigt (Flora 2000: 38).

3. Stadt vs. Land, der Konflikt zwischen aufsteigenden, industriekapitalistischen Interessen und agrarischen Interessen auf dem Land;

4. Arbeit vs. Kapital, der Konflikt zwischen Kapitalisten und Arbeiterklasse.

Im Folgenden geht es aber nicht um die inhaltliche Strukturierung und Variation der vierfachen Konfliktkonstellation in den westeuropäischen Nationalstaaten, sondern um eine Rekonstruktion derjenigen Faktoren, die die westeuropäischen Parteiensysteme während und nach ihrer historischen Herausbildung zu stabilisieren halfen. Die Konzepte *Cleavages* und *Cleavage Structures* bezeichnen sehr viel mehr als nur einen soziologischen Reflex der vier abgesteckten Konfliktlinien in den jeweils nationalen Parteiensystemen. Eine derartige, soziologistische Perspektive blendet "collective action"-Probleme *in toto* aus (vgl. hierzu den klassischen Beitrag von Olson 1965). An soziopolitischen Konfliktlinien gebrochene Interessen organisieren sich nicht von selbst, sondern dieser Prozess bedarf handelnder Akteure, die die Artikulation von Protest und die Repräsentation dieser Interessen leisten und organisieren (Lipset 1959). Genau dies, die politische, idealtypisch *partei*politische, Organisation bildet, neben der sozialstrukturellen Konfliktbasis, das zweite, gleichberechtigte Definitionskriterium der *Cleavages* und *Cleavage Structures* im Sinne von Lipset und Rokkan (1967a) und Rokkan (1970; 2000).

Diese doppelte Orientierung des *Cleavage*-Begriffs an soziologischen und an akteurstheoretischen Elementen markiert für Sartori (1969), in einer frühen Replik, die Fortentwicklung von der "Soziologie der Politik" hin zu einer genuinen "politischen Soziologie" ("*From the Sociology of Politics to Political Sociology*"), die Parteien und Parteiensysteme nicht mehr einfach als abhängige, sondern gleichermaßen als unabhängige Variable fasst (erneuert bei Sartori 1976: ix-x). Ähnlich argumentiert auch Peter Flora (2000) bei der Definition des *Cleavage*-Begriffs in der Einleitung einer deutschsprachigen Ausgabe des Werks von Stein Rokkan (2000):

> Die Entstehung von Spaltungsstrukturen [= die von Flora gewählte Übersetzung der *Cleavage Structures*; d.A.] ist bei Rokkan konzeptuell wie historisch an die Entwicklung territorialer politischer Systeme gebunden. Der Begriff ermöglicht ihm, die weit in die Geschichte zurückreichenden Prozesse der Staats- und Nationenbildung mit den späteren Prozessen der Demokratisierung zu verknüpfen. In Rokkans Gebrauch hat der Begriff "Spaltungsstruktur" folgende Merkmale:
>
> - er ist ein *konzeptuelles Bindeglied* zwischen Sozialstruktur und politischem System, zwischen Strukturierung und Grenzziehung;
> - er verbindet diese in *beide Richtungen* und ist in diesem Sinne nicht "soziologistisch";
> - er ist *dynamisch*, indem er Spaltungsstrukturen als Produkt von Entwicklungsprozessen und -problemen interpretiert.
>
> (Flora 2000: 53-54; Hervorh. im Original)

Nicht nur diese doppelte Stabilisierung der *Cleavages* und *Cleavage Structures*, einmal von "unten", durch die soziopolitische Konfliktbasis, und zweitens von "oben", durch politische Kräfte, die den Konflikt artikulieren und repräsentieren, trägt zu ihrer Verfestigung bei. Lipset und Rokkan (1967a: 27; Hervorh. im Original) verweisen explizit auf eine Sequenz von

vier Schwellen ("*thresholds*") oder Schleusen ("*locks*"),[2] die neue politische Kräfte, auf dem Weg zur Partei, in einem politischen System nacheinander nehmen müssen:

1. die Legitimationsschwelle ("threshold of *legitimation*"),
2. die Mobilisierungsschwelle ("threshold of *incorporation*"),
3. die Repräsentationsschwelle ("threshold of *representation*") und
4. die Schwelle zur Mehrheitsmacht ("threshold of *majority power*").

Aus den unterschiedlichen Kombinationen dieser vier Schwellenniveaus (jeweils hoch/ mittel/ niedrig) leiten Lipset und Rokkan (1967a: 27-29) nicht nur unterschiedliche materielle Entwicklungsperspektiven für die Struktur des jeweiligen Parteiensystems und die Bildung politischer Allianzen ab, sondern sie verweisen explizit auf die weitere verfestigende Wirkung für die Organisationsstruktur der oppositionellen Parteien. Die vor allem zu Beginn des politischen Demokratisierungsprozesses hohen Schwellenniveaus definierten einen institutionellen "Test" für die politische Organisationsfähigkeit der Oppositionskräfte, und das Erreichen der jeweils nächsten Schwelle erforderte den zunehmenden Ausbau einer soziostrukturellen Verankerung, die Rekrutierung von Anhängern und Mitgliedern, die Konzeption eines Parteiprogramms und die Präsentation chancenreicher Kandidaten bei Wahlen (vgl. detailliert Rokkan 2000: 296-316). Dieser Prozess führte dann alternativ, im Falle seines Fehlgehens, zum Scheitern der jeweiligen Oppositionskraft/ -partei oder aber zu ihrer dauerhaften Verankerung in der politisierten Sozialstruktur.

Eine zweite Entwicklung, die nicht umsonst parallel zu den Umbrüchen in den westeuropäischen Parteiensystemen verlief, war die Ausbreitung und Demokratisierung des Wahlrechts. Bei der Entwicklung des allgemeinen Männerwahlrechts sieht Rokkan (2000: 305) zwei polare Typen, zwischen denen alle übrigen Fälle gruppiert werden können: zwischen "dem englischen Modell einer langsamen, schrittweisen Ausdehnung des Wahlrechts, ohne Rückschritte, aber mit langen Perioden formaler Anerkennung von Ungleichheiten, und dem französischen Modell einer frühen und in einem Schritt erfolgreichen Einführung allgemeiner und gleicher Beteiligungsrechte, aber mit häufigen Rückschritten". Abhängig vom jeweiligen Entwicklungspfad wurde damit das allgemeine Männerwahlrecht früh (Frankreich: 1848) oder sehr spät (Schweden: 1921) eingeführt. Die meisten westeuropäischen Staaten vollzogen diesen Schritt entweder kurz vor dem Ersten Weltkrieg oder im Kontext der Umbrüche nach dem Waffenstillstand 1918 (vgl. die Übersicht bei Nohlen 2000: 41). Gerade diese Ausweitung des Wahlrechts auf vorher von der politischen Partizipation ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen mobilisierte eine soziologische Basis für neue, oppositionelle Kräfte und (später) politische Parteien, die vor allem auf der Seite der politischen Linken standen. Diese forcierte politische Partizipation führte in mehreren Schüben zu einer enormen Erweiterung der nationalen Elektorate und leitete damit den Beginn dessen ein, was Rokkan als "kompetitive Massenpolitik" (Flora 2000: 33-39) bezeichnet. Ihre vollständige Herausbildung ist, mindestens für Lipset und Rokkan (1967a), synonym mit der Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts in Westeuropa.

2 "Sir Lewis Namier verglich Wahlen einmal mit Schleusen in einem Kanal: Sie erlauben es ansteigenden soziokulturellen Kräften durch die einmal errichteten Kanäle weiterzufließen, ermöglichen es aber auch, den Strom einzudämmen, die Flut zurückzuhalten" (Rokkan 2000: 299).

Parallel mit dieser zentralen Ausweitung in der *Partizipations*-Dimension verliefen auch institutionelle Reformen, im Bereich des Wahlrechts allen voran die Reform der überkommenen Mehrheitswahl hin zu Verhältniswahlsystemen in Kontinentaleuropa. Die Erweiterung der nationalen Elektorate, gemeinsam mit der Mobilisierung neuer Wählerschichten, bedrohte, so das Argument Rokkans (1970: 156-157), die Position der etablierten Akteure im politischen System. Während in der Phase begrenzter Partizipation die, eben auf dieser eingeschränkten Basis, kompetitiven Mehrheitswahlsysteme unverändert blieben, optierten die etablierten Kräfte nun, als sie von der Majorisierung durch die oppositionellen Kräfte bedroht waren, häufig für die Reform hin zur Verhältniswahl, die eine weitere parlamentarische Repräsentation garantierte:

> In most cases the victory of the new principle of representation [= Verhältniswahl; d.A.] came about through a convergence of pressures from below and above. The rising working class wanted to lower the thresholds of representation in order to gain access to the legislatures, and the most threatened of the old established parties demanded PR to protect their position against new waves of mobilized voters created by universal suffrage. (Rokkan 1970: 157)

Diese These Rokkans ist in anschließenden Studien weiter ausgearbeitet und spezifiziert worden (vgl. vor allem Boix 1999; Lijphart 1992a); sie bezeichnet die Schlüsselrolle der strategischen Optionen von "old established parties" und "rising working class". Die institutionellen Rationalitäten von etablierten und von aufsteigenden politischen Eliten gründen damit einmal auf einer Kalkulation der jeweils zukünftigen Wahlchancen. Zweitens setzt Rokkan (1968; 1970) ein Argument zur sozialen Heterogenität hinzu, das die frühe Einführung der Verhältniswahl in kleinen ethnisch, religiös oder linguistisch fragmentierten Staaten begründet:

> It was no accident that the earliest moves toward proportional representation came in the ethnically most heterogenous European countries [= gemeint sind hier vor allem Belgien und die Schweiz; d.A.] (...) In linguistically and religiously divided societies majority elections could clearly threaten the continued existence of the political system. The introduction of some element of minority representation came to be seen as an essential step in a strategy of territorial consolidation. (Rokkan 1970: 157)

Mit dieser Konstellation, so lautet die hier systematisierte, kausale Rekonstruktion der *Freezing*-These, war ein *Set* von Bedingungen entstanden, das die Konservierung der politischen Konfliktstrukturen der Zwanzigerjahre bis in die Sechzigerjahre, und darüber hinaus, begründet: Zunächst waren die politischen Parteien durch die institutionellen Hürden im politischen System genötigt, eine solide sozialstrukturelle Verankerung zu suchen, die sie auf der Meso-Ebene des politischen Systems zunächst als Einzelakteure dauerhaft stabilisierte. Zweitens führte die Ausweitung der *Partizipation*, das zentrale Thema in der Demokratisierung Westeuropas, zur Mobilisierung aller gesellschaftlichen Gruppen, die mit der Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts, so jedenfalls das Urteil von Lipset und Rokkan (1967a), abgeschlossen war. Das bedeutete die Entstehung von Parteiensystemen, verstanden als ein systemisches Gleichgewicht der nun vollständig mobilisierten Elektorate und ihrer parteipolitischen Repräsentanten; Lipset und Rokkan (1967a: 51) sprechen hier vom

"narrowing of the 'support market' " und der folgenden Schließung des "territorialen Wahlkanals" (vgl. auch Rose und Urwin 1970: 296; Flora 2000: 71-75). Diese Konstellation wurde schließlich abgesichert und stabilisiert durch die Einführung der Verhältniswahl in den meisten Staaten Kontinentaleuropas, die, wie oben argumentiert, als ein endogenes Phänomen innerhalb des Demokratisierungsprozesses entstand.[3]

Diese nun theoretisch rekonstruierte *Freezing*-These hat eine Anzahl empirischer Studien motiviert. Einige von ihnen orientieren sich dabei methodisch an der Aggregatdatenanalyse. Wird die Volatilität zum Maßstab genommen für Stabilität oder Wandel von Parteiensystemen, gelangen viele Autoren zu dem Resultat, der ursprüngliche Befund von Lipset und Rokkan (1967a: 50) sei ungebrochen gültig (vgl. exemplarisch Bartolini und Mair 1990; Rose und Urwin 1970). Andere, vor allem später publizierte Studien, die Datenmaterial aus den Achtziger- und Neunzigerjahren auswerten, gelangen zu skeptischeren Einschätzungen für die Haltbarkeit der These (vgl. zum Beispiel Errson und Lane 1982; Maguire 1983; Pedersen 1979; Shamir 1984; Wolinetz 1979). Die methodische Alternative liegt in der Umfrageforschung und gelangt, freilich mit stets viel kürzeren Zeithorizonten, zu noch skeptischeren Befunden. In diesem Bereich sind insbesondere die Studien von Russel Dalton et al. (1984) und Ronald Inglehart (1977) einschlägig, die nicht nur einen forcierten soziologischen Wandel konstatieren, sondern darüber hinaus Umbrüche in den Parteiensystemen und die Entstehung neuer *Cleavages*, zum Beispiel den Konflikt von Materialisten und Postmaterialisten. Generell scheint die Position der Stabilität bis etwa zur Mitte der Siebzigerjahre, gefolgt von einer noch anhaltenden Phase forcierten sozialen Wandels, nun Konsens im *Mainstream* der Parteiensystemforschung zu sein.

Es gibt aber auch abweichende Urteile, insbesondere den Befund Peter Mairs (1997: 77-90), der vom "Myth of Electoral Change" spricht. Für ihn dominiert noch immer die Stabilität deutlich den Wandel von Parteiensystemen in etablierten, vor allem westeuropäischen Demokratien. Seine Perspektive ist dabei konzeptionell auf die Stabilität der Parteiensysteme gerichtet, die er aus dem unmittelbaren Bereich der Soziologie heraushebt. Vor allem die Thesen der *Survey*-gestützten Parteiensystemforschung basieren, so Mair, auf der schlichten Verwechslung von sozialem mit parteiensystemischem Wandel, sie fallen letztlich auf die bereits von Sartori (1969) als rückständig kritisierte "Soziologie der Politik" zurück und blenden die "politische Soziologie", und damit die Eigenständigkeit politischer Parteiensysteme, aus (Mair 1997: 88).

Generell kann festgehalten werden, dass die *Survey*-gestützte Literatur eher dazu neigt, Wandel zu konstatieren, während die durch Aggregatdaten, meist auf die Analyse elektoraler Volatilität gestützte Literatur dagegen die Stabilität der Parteiensysteme in etablierten Demokratien konstatiert. Freilich können neuere einschlägige Beiträge mindestens für die Neunzigerjahre ein zunehmendes Durchschlagen individuell gemessenen Wandels auf die Volatilitätswerte und damit auf die institutionelle Stetigkeit der Parteiensysteme in etablierten Demokratien aufzeigen (vgl. Mair 2002).

3 Dieser endogen im Demokratisierungsprozess verankerte Trend zur Verhältniswahl liefert, das sei noch kurz hinzugesetzt, den eher soziologisch orientierten Kritikern institutioneller Modelle ein gutes Argument: Nicht Wahlsysteme formten das Parteiensystem, sondern umgekehrt bestimmten Parteiensysteme ein ihnen angemessenes Wahlsystem. Das Wahlsystem sei damit nicht die unabhängige, sondern die abhängige Variable der behaupteten Beziehung (Bogdanor 1983; Colomer 2004b; Eckstein 1963; Engelmann 1959; Grumm 1958; Jesse 1985; La Palombara 1953; Lakeman 1970; Lakeman und Lambert 1963; Lipson 1964; Shamir 1985).

Zur Instabilität postkommunistischer Parteiensysteme

Die Leitfrage der Ausführungen in diesem Kapitel betrifft nun die Übertragbarkeit dieses Modells auf andere Regionen, hier auf das (re-)demokratisierte Osteuropa seit 1990. Rokkans Modell besteht schließlich aus einem Grundansatz und, als einzigem *empirisch* ausgearbeiteten Element, einer regionalen "Transponierung" auf die Region Westeuropa (vgl. Flora 2000: 24-27; 76-83). Von daher ist es leicht verständlich, dass im Gefolge der Transitionsprozesse in Osteuropa eine Vielzahl von Studien vorgelegt wurde, deren Zielstellung es war, die Konzepte *Cleavages* und *Cleavage Structures* auf die Region Osteuropa zu übertragen und dort anzuwenden (vgl. etwa Bakka 1994; Evans und Whitefield 1993; 1998; 2000; Klingemann 1994; Whitefield 2002).

Die folgenden Bemerkungen dazu beziehen sich weniger auf die materiell-inhaltlichen Bedeutungen von politischen Konflikten in Osteuropa und ihre Reflexion in den osteuropäischen Parteiensystemen. Sie konzentrieren sich vielmehr auf das eben ausgearbeitete Stabilisierungsargument im Sinne der *Freezing*-These Lipsets und Rokkans (1967a). Die Diskussion dieses Problems wird dabei durch drei kritische Differenzen strukturiert, die der Herausbildung eines mit den etablierten, westeuropäischen Demokratien vergleichbaren Stabilitätsparadigmas in der Region Osteuropa entgegen stehen: (1) Die Art der Demokratisierung unterscheidet sich, (2) das Elektorat und die Parteien sind unterschiedlich, und (3) Wettbewerbskontext und Interaktionsmuster innerhalb der jeweiligen Parteiensysteme etablierter und "neuer" Demokratien sind verschieden.

Die Art der Demokratisierung

Das erste Argument betrifft Differenzen im Modus des Übergangs. Bei der langen "ersten Welle" (Huntington 1991) demokratischer Transformationen war die Ausweitung der politischen Partizipation auf vorher ausgeschlossene Bevölkerungsschichten das zentrale Motiv und die Antriebsfeder der folgenden Transformationen im institutionellen Bereich und in den Parteiensystemen. Sie führte schließlich mit dem allgemeinen Männerwahlrecht am Beginn des 20. Jahrhundert zu einer Stabilisierung der Parteiensysteme auf der Grundlage "gefrorener" *Cleavage Structures*. Wie Robert A. Dahl (1971: 1-16) dezidiert herausarbeitet, bedeutete dieser Prozess die Öffnung der Partizipation in bereits kompetitiven politischen Systemen. Diese Sequenz verlief jedoch im Osteuropa der "dritten Welle" sehr unterschiedlich. Hier stand 1990 und im Folgenden nicht die Ausweitung der *Partizipation* im Vordergrund, sondern die Einführung *kompetitiver* Elemente in das politische System. Die realsozialistischen *Anciens Régimes* waren bereits auf Massenpolitik und -mobilisierung ausgerichtet, und in denjenigen Staaten, die nicht einmal eine kurze demokratische Episode in der Zwischenkriegszeit durchlaufen hatten, waren partizipative Elemente sogar erstmals im Realsozialismus eingeführt worden. Die Penetration des staatlichen Institutionensystems durch den monopolistischen Machtanspruch der Parteinomenklatura verstellte jedoch die Option für politischen Wettbewerb. In dieser Konstellation waren der Aufbau und die Konsolidierung von Parteiensystemen nicht das Resultat eines langfristigen Mobilisierungsprozesses, sondern diese Aufgaben mussten im Nachgang des Kollaps' der realsozialisitischen Systeme bewältigt werden. Für Jon Elster (1993) bedeutete das: "Rebuilding the Boat in the Open Sea".

Der Kern des Arguments ist nun, dass in einem so phasenverschobenen Prozess keine oder mindestens keine mit Westeuropa vergleichbare Option für ein *Freezing* der parteipolitischen Alternativen besteht. Die Kräfte der Regimeopposition mussten nicht das für Westeuropa skizzierte System der vier institutionellen Schwellen ("thresholds") von der Legitimation bis hin zur Mehrheitsmacht nehmen (vgl. Lipset und Rokkan 1967a: 27), sondern sie traten sofort und ohne jede soziopolitische Verankerung in den politischen Wettbewerb ein. Hinzu kommt noch eine weitere Hinterlassenschaft des Realsozialismus. In den, je nach Vergleichsstaat, etwa vier bis sieben Dekaden totalitärer Herrschaft sind maßgebliche Konfliktlinien, die noch das demokratische Intermezzo der Zwischenkriegszeit strukturiert hatten, eingeebnet worden. Damit ist, wie noch deutlich wird, nicht die von Evans und Whitefield (1993: 528-533) und Kitschelt et al. (1999: 391-395) heftig kritisierte "tabula rasa"-These gemeint, wohl aber der Befund, dass eben die Strukturierungsoptionen für politische Konflikte doch deutlich hinter etablierten Demokratien und vormals autoritären Transformationsstaaten in Südeuropa oder Lateinamerika zurückstehen. Dieses Defizit gründet nicht zuerst im inflationär vorgetragenen Argument von den zivilgesellschaftlichen Defiziten osteuropäischer Staaten, sondern es bezieht sich vielmehr, mit Linz und Stepan (1996: 8-10), auf Defizite in der Institutionalisierung der *Political Society* der osteuropäischen Vergleichsstaaten.

Aus diesen Gründen wird das evolutionäre Entwicklungsmodell Lipsets und Rokkans (1967a) im Systemwechsel in Osteuropa nicht nachvollzogen. Das betrifft nicht nur die fehlende soziopolitische Verankerung einzelner Parteien, sondern gleichermaßen mangelnde Stabilisierungsoptionen für das Parteiensystem *in toto*, wenn mit der Mobilisierung aller Bevölkerungsschichten in der kompetitiven Massenpolitik nicht das "narrowing of the 'support market' " (Lipset und Rokkan 1967a: 51) mit dem Ausschluss weiterer Alternativen zur Parteineugründung folgt. Als Konsequenz ist es eigentlich verfehlt, von *Cleavages* oder gar von *Cleavage Structures* in Osteuropa zu sprechen. Damit ist nicht gemeint, es gebe, im Sinne der "tabula rasa"-These, in völlig eingeebneten Gesellschaften keine soziopolitischen Konflikte, die die kompetitive Massenpolitik in den "neuen" Demokratien Osteuropas strukturierten. Gleichwohl bedeutet dieser Befund, dass tendenziell kein zu Westeuropa analoges langfristiges Stabilisierungspotenzial einer *Cleavage Structure* erwartet werden kann.[4]

Die mangelnde Strukturierung osteuropäischer Parteiensysteme bezeichnet aus dieser Perspektive, anders als von vielen Transformationstheoretikern erwartet (vgl. statt vieler Beichelt 2001: 179-182; von Beyme 1994: 286-297; Merkel 1999), mehr als nur ein Übergangsphänomen im Systemwechsel. Die rasante Folge von Parteineugründungen und

4 Die Tauglichkeit des Ansatzes von Lipset und Rokkan (1967a) für die Analyse osteuropäischer Parteiensysteme war und ist in der Literatur umstritten. Skeptische Positionen vertreten etwa Elster et al. (1998: 247-270) und die Beiträge in Lawson et al. (1999), optimistischer urteilen Berglund et al. (1998a;b); Evans und Whitefield (1993; 1998; 2000); Klingemann (1994); Whitefield (2002). Die jeweilige Position hängt dabei deutlich von der konkret benutzten Definition des *Cleavage*-Begriffs ab: Zielt seine Verwendung allein auf eine Beschreibung soziopolitischer Gegensätze innerhalb der Gesellschaften, die *irgendwie* mit Parteien und Parteiensystemen korrespondieren, kann ihre Existenz umstandslos konstatiert werden. Wird jedoch die ursprüngliche Definition Lipsets und Rokkans (1967a) unterlegt, spricht vieles gegen die Existenz von stabilisierenden *Cleavage Structures*. In dieser Arbeit sind *Cleavages* und *Cleavage Structures* im ursprünglichen, engen Sinne definiert, und wenn vorrangig auf die "Soziologie der Politik" abgestellt wird, ist von "Konflikten" oder "gesellschaftlichen Gegensätzen" die Rede. Eine ähnliche Sprachregelung benutzen auch Kitschelt et al. (1999: 64-69), die soziopolitisches Konfliktpotenzial als "divides", nicht als "cleavages" bezeichnen.

-auflösungen, von Fusionen und von Fraktionierungen bestehender Parteien scheint auch in denjenigen "neuen" Demokratien noch längst nicht vorüber zu sein, die, gemessen an den übrigen Kriterien der demokratischen Konsolidierung, weit fortgeschritten sind. Teils dramatische Umbrüche in den Parteiensystemen, oft bei der vierten oder fünften freien und demokratischen Wahl, eine Dekade nach Beginn von Liberalisierung und Demokratisierung, legen davon ein beredtes Zeugnis ab. Aktuelle Beispiele sind Bulgarien (Harper 2003), Estland, Litauen (Fitzmaurice 2002) oder Polen (Millard 2003a;b).

Das Elektorat und die Parteien

Diese Differenzen im Modus des Übergangs berühren auch das Verhalten und die strategische Ausrichtung von Wählern und von Parteieliten: Parteibindung und Parteiidentifikation sind in allen osteuropäischen Vergleichsstaaten deutlich geringer ausgeprägt als in den etablierten Demokratien (Tóka 1998: 592-594). Viele Parteieliten bleiben weiterhin entkoppelt von einer soziostrukturell fundierten, stabilen Wählerbasis und existieren vornehmlich als Fraktionen im Parlament. Allen voran David M. Olson (1998: 435-439) betont die besondere Eigendynamik der parlamentarischen Ebene bei den Umbrüchen in den postkommunistischen Parteiensystemen der Neunzigerjahre und damit die *top down*-Komponente im politischen Vermittlungsprozess. Die organisatorischen Netzwerke zur Durchdringung der Gesellschaft und zum Aufbau einer *bottom up*-Komponente fehlten diesen "Kaderparteien" (Duverger 1959) jedoch nahezu vollständig. Parteimitgliedschaft und der Aufbau einer lokalen politischen Basisstruktur standen und stehen demnach vollständig zurück (vgl. Kopecký 1995; Lewis 2000: 94-122).

Deshalb ist in vielen Vergleichsstaaten und für viele politische Parteien der dominante Vermittlungskanal kein programmatischer, sondern die politischen Eliten greifen auf alternative klientelistische und/ oder charismatische Mobilisierungsmethoden zurück (vgl. detailliert Kitschelt et al. 1999). Die mangelnde Stabilität dieser personalisierten, soziopolitisch kaum verankerten parlamentarischen Parteiensysteme und die mangelnde Strukturiertheit des parteipolitischen Wettbewerbs bauen ihrerseits auch für die wahlberechtigten Bürger kognitive Barrieren auf und unterminieren ihre Fähigkeit, sich im politischen Wettbewerbsfeld zu orientieren (Tóka 1996: 4). Dieser Umstand wiederum verstärkt noch die Offenheit des "territorialen Wahlkanals" für neue Parteigründungen oder die Fraktionierung bestehender Parteien um einige eigeninteressierte und ambitionierte charismatische Politiker.

Konzeptionell erscheinen gerade die mangelnde Ausbildung dieser Vermittlungskanäle, die Abwesenheit von stabilisierenden, geronnenen Konfliktstrukturen und die folgende "Offenheit" der osteuropäischen Elektorate als das maßgebende Differenzkriterium "alter" und "neuer" Demokratien. In empirischen Analysen reklamiert etwa die auf Individualdaten gestützte Wahlforschung zahlreiche Befunde und Forschungsresultate, die auf die differenzierten Einstellungen und Wertorientierungen der osteuropäischen Wähler und die zunehmende Kohärenz von Wertorientierung und Wahlentscheidung in den postkommunistischen Vergleichsstaaten verweisen, und zwar gleichermaßen bei als günstig verstandenen Kontextfaktoren, etwa in Ostmitteleuropa (Kitschelt et al. 1999; Tworzecki 2003), als auch bei den als problematischer eingeschätzten Kontexten, wie etwa in Russland (Colton 2000; Miller et al. 2000).

Wenn sich die These von der Stabilisierung auf individueller Ebene empirisch halten und weiter belegen lässt, ist die Kernfrage, wie dieses Phänomen mit der fortgeschriebenen, beinah exzessiven Turbulenz auf der Aggregatebene zusammengebracht werden kann. Die postkommunistischen Parteiensysteme befinden sich, zum Beispiel gemessen an ihrer Volatilität, in einer Umbruchphase, deren Ende sich kaum irgendwo abzeichnet. Dieser Befund steht in einem charakteristischen Kontrast zu den Diagnosen von Stabilität und Wandel in etablierten Demokratien; hier verwies, wie oben skizziert, zuerst die *Survey*-Forschung auf Veränderungen in Einstellungen und Wertorientierungen, während diejenigen, die das "Auftauen" oder "Einfrieren" der politischen Parteiensysteme mit Aggregatdaten untersuchten, weiterhin auf ihrem Stabilitätsargument insistieren (vgl. besonders Bartolini und Mair 1990; Mair 1997; 2002).

Die osteuropäischen Parteiensysteme sind in diesem Lichte, gemessen an den von Mainwaring und Scully (1995) und Mainwaring (1998) vorgeschlagenen Kriterien Volatilität und "Alter" der politischen Parteien, nur wenig strukturiert. Die Volatilität bezeichnet die Summe der Differenzen der Stimmenanteile v_i aller Parteien i von einer Wahl $(t-1)$ zur nächsten (t). Weil die Gewinne einer Partei die Verluste einer anderen sind, wird dieser Wert (*Total Net Change*, TNC) durch zwei dividiert (Pedersen 1979):

$$V_P = \frac{1}{2} \sum_{i=1}^{n} |v_{i,t} - v_{i,t-1}| \tag{3.1}$$

Vergleicht man die Volatilitätswerte etablierter und "neuer" Demokratien, treten drei wesentliche Befunde hervor: Die Wandelbarkeit der Parteiensysteme "neuer" Demokratien liegt, etwa verglichen mit dem Basisniveau etablierter westeuropäischer Demokratien, *grosso modo* sehr hoch. Die einzelnen Regionen weisen jedoch bereits deutliche Differenzen auf. Die Parteiensysteme der "neuen" Demokratien Osteuropas sind regelmäßig deutlich instabiler, und damit nach Mainwaring und Scully (1995) und Mainwaring (1998) sehr viel schwächer institutionalisiert, als die meisten Parteiensysteme derjenigen "neuen" Demokratien, die autoritären *Régimes*, vor allem in Südeuropa oder Lateinamerika, nachfolgten (vgl. etwa die Übersicht bei Roberts und Wibbels 1999). Drittens bestehen trotz des extremen Volatilitätsniveaus im postkommunistischen Osteuropa deutliche Differenzen unter den einzelnen Staaten der Region. Numerische Angaben zur Volatilität im postkommunistischen Osteuropa können freilich nur als eine grobe Näherung gelten, weil die turbulente Dynamik postkommunistischer Parteiensysteme, besonders die steten Fusionen, Spaltungen politischer Parteien und die Bildung oder Auflösung von Wahlkoalitionen die Berechnung des Volatilitätsindikators abhängig macht von einer Fülle an letztlich arbiträren Bewertungen über die Kontinuität und den Wandel der einzelnen Glieder eines Parteiensystems. Deshalb werden in der einschlägigen Literatur sehr unterschiedliche, nach verschiedenen Kriterien "bereinigte" oder "justierte" Volatilitätsindikatoren berichtet (vgl. etwa Birch 2003; Grotz 2000; Lewis 2000).

Das zweite Institutionalisierungskriterium von Mainwaring und Scully (1995), das "Alter" der politischen Parteien, ist demgegenüber deutlich weniger aussagekräftig (vgl. bereits Grotz 2000: 39-40). Alle politischen Oppositionsparteien entstanden mit dem Beginn der Liberalisierungsphase, frühestens zur Mitte der Achtzigerjahre. Dabei ist gleichgültig,

ob es sich nun um neue "Forumparteien" oder reorganisierte "historische" Parteien handelte. Parteien aus der letzten Gruppe beriefen sich zwar je auf ein historisches *Label*, meist aus der demokratischen Phase in der Zwischenkriegszeit oder der kurzen Zeitspanne kompetitiver Wahlen nach dem Zweiten Weltkrieg, sie waren jedoch personell und organisatorisch *de facto* Neugründungen. Als grober Indikator zum parteiensystemischen Potenzial für Stabilität und/ oder Umbruch in den osteuropäischen Parteiensystemen kann das "Alter" der politischen Parteien aber nur auf die kurze Phase von Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung (1990 bis 2002) der "neuen" Demokratien bezogen werden. Hier markiert der Indikator tatsächlich ein Differenzkriterium, das Vergleichsstaaten mit einer recht hohen Parteienkontinuität, besonders die Tschechische Republik und Ungarn, abhebt von solchen mit Parteienlandschaften, die durch ständige Fusion, Trennung und Neugründung von politischen Kräften charakterisiert sind.

Wettbewerbskontext und Interaktionsmuster

Als letzte wesentliche Differenz von etablierten Demokratien und den "neuen" Demokratien Osteuropas wird der Wettbewerbskontext und das Interaktionsmuster innerhalb der jeweiligen Parteiensysteme bestimmt. Auf der Ebene politischer Eliten markiert die ständige Neu- und Umgruppierung der Parlamentsfraktionen, und damit der *top down*-organisierten Parteien, ein stärker konfliktives Interaktionsmuster der neuen politischen Eliten in Osteuropa. Derartige Spaltungen und Fusionen sind in den Parteiensystemen etablierter Demokratien relativ unüblich. Mair (1990) registriert in einem *Sample* von 147 Wahlen im Westeuropa der Nachkriegszeit nur 55 solcher Fälle, im Osteuropa der Jahre 1990 bis 2002 sind sie jedoch ein typisches und häufiges Phänomen (Olson 1998: 434-440; Kaminski 2001). Diese Entwicklung resultiert einmal aus der enormen Personalisierung der Politik und zweitens aus der, bei der Abwesenheit geronnener, institutionalisierter politischer *Cleavages*, offenen Wettbewerbssituation, die mindestens Chancen im "Kampf um *ein* Mandat" (Millard 1992: 841) verspricht. Diese Dynamik hat erhebliche Konsequenzen für die Parteiensysteme und für die politischen Optionen der osteuropäischen Elektorate. Zunächst können, im Kontext konfliktiver Elitenkonstellationen und hoher Fragmentierung der Parteiensysteme, nahezu alle osteuropäischen Parteiensysteme bestenfalls der Kategorie des "polarisierten Pluralismus" in der Typologie Sartoris (1976: 131) zugeordnet werden. Relevante soziopolitische Konflikte werden in diesem Kontext häufig durch verschiedene politische Parteien parallel repräsentiert, die, in der Konkurrenz um Wähler mit vergleichbaren politischen und sozialstrukturellen Positionen, häufig noch konfliktiver konkurrieren als diejenigen Parteien, die bei unterschiedlichen gesellschaftlich relevanten Gegensätzen aufsetzen (vgl. Kitschelt et al. 1999; Klingemann 1994).

Peter Mair (1997: 193; Hervorh. im Original) summiert: "it is in situations of political *un*certainty that competition is likely to be more intense". Dass die "neuen" Demokratien Osteuropas *zunächst* keine mit den etablierten Demokratien vergleichbare Institutionalisierung der Parteiensysteme aufweisen würden, war unstrittiger Konsens in der Transformationsforschung. Dass aber auch *im Folgenden* der Institutionalisierungsgrad der Parteiensysteme derart gering bliebe, hatten nur wenige prognostiziert. Fundamentale Umbrüche in den osteuropäischen Parteiensystemen geschehen aber weiterhin regelmäßig und dokumentieren einen Trend zur Instabilität, der ein regelgeleitetes Verhalten von Wählern und

Parteieliten, das den *a priori* gefassten, theoretischen Erwartungen des Neoinstitutionalismus entspricht, weiterhin erschwert, wenn nicht unterminiert (vgl. Carey 2000; Cox 1997; Diermeier und Krehbiel 2003; Schofield 2000; Tsebelis 1990).

3.2 Pfadabhängigkeit und Differenzierung in Osteuropa

Die bisherigen Ausführungen haben etablierte Demokratien und auch postkommunistische Staaten als jeweils homogene Gruppen gefasst und einander *grosso modo* gegenübergestellt. Dennoch gibt es unter den "neuen" Demokratien in Osteuropa teils erhebliche Differenzen, die einmal den Gesamtverlauf der Transformation, jedoch auch die funktionalen Kontexte politischer Institutionen unterschiedlich betreffen. Die einschlägige Literatur zum Systemwechsel, zur Konsolidierung und zur Qualifizierung der "neuen" Demokratien ist aber weiterhin wenig einig, ob nun die Gleichförmigkeit postkommunistischer Systeme oder die Verschiedenartigkeit osteuropäischer Staaten den korrekten Ansatzpunkt der Analyse bestimmt.

Auch in der einschlägigen Literatur wird die Einheitlichkeit und/ oder Vielfalt der Gesamtregion Osteuropa häufig kontrovers beurteilt, und die jeweiligen Einschätzungen sind eng verbunden mit den methodischen Perspektiven verschiedener Disziplinen und den zeitlichen Konjunkturen ihrer metatheoretischen Paradigmen. Mit dem Einsetzen der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung dominierte zu Beginn der Neunzigerjahre die Fokussierung auf ein relativ einheitliches, durch die kommunistischen *Anciens Régimes* weithin gleichförmig ausgerichtetes Osteuropa. Materiell befasst sich diese Forschungsrichtung etwa mit den Konsequenzen der unmittelbaren Transitionsmodalitäten, des "Constitutional Engineering", mit ökonomischen *Policies* und Rahmenbedingungen. Die Homogenitätsannahme, zunächst regelmäßig vertreten aus der Perspektive der vergleichenden Sozialwissenschaft und der Transformationsforschung, wurde im Folgenden scharf kritisiert. Allen voran *Area*-Experten und Historiker bestritten vehement die These der kommunistisch erzeugten Homogenität und die "tabula rasa"-Annahme; stattdessen wurde das postkommunistische Osteuropa in einzelne regionale oder sogar nationale Einheiten zerlegt. Hier liegt der materielle Akzent meist auf länderspezifischen und kulturellen *Legacies*, die politische Gestaltungsmöglichkeiten hemmen.[5]

In dieser Arbeit wird versucht, beide Perspektiven zu integrieren. Zunächst wird übergreifend argumentiert, dass das postkommunistische Osteuropa *de facto* nicht nur geografisch, sondern auch substanziell eine kohärente Region bildet. Die postkommunistischen Vergleichsstaaten, die für mindestens vier Dekaden von recht homogenen ideologischen und institutionellen Gefügen überformt wurden, sind seit der unmittelbaren Transformationsphase mit einer Vielfalt an geteiltem Problempotenzial und politischem Regelungsbedarf konfrontiert. Tatsächlich kann das postkommunistische Osteuropa konzeptionell und empirisch, wie eine Fülle aktueller Studien zeigt, als eine weithin *homogene* Region gefasst werden.[6]

5 Einige Kernpunkte und die Intensität dieser Kontroverse können etwa an einer Debatte in der *Slavic Review* gezeigt werden; vgl. Schmitter und Karl 1994; Bunce 1995; Karl und Schmitter 1995.

6 Dies kann etwa exemplarisch, statt vieler, an der sehr instruktiven vergleichenden Studie von Marc Morjé Howard (2003) abgelesen werden, der das hohe Maß an Ähnlichkeit in den postkommunistischen Zivilgesellschaften mit einem *Mix* qualitativer und quantitativer Methoden überzeugend belegen kann.

Neben dieser "großen", übergreifenden Differenz von etablierten Demokratien auf der einen und postkommunistischen Staaten auf der anderen Seite, sollen jedoch die "kleinen", graduellen Abstufungen innerhalb des postkommunistischen Osteuropas nicht unterschlagen, sondern systematisch in das Analysemodell eingebaut werden. Die folgenden Argumentationsschritte, die in das (doppelt) kontextsensitive Untersuchungsmodell dieser Arbeit münden, schließen deshalb bei denjenigen Konzepten an, die gleichermaßen regionale Kohärenz wie pfadabhängige Differenzierung im postkommunistischen Osteuropa rezipieren.

Drei Typen sozialistischer Regimes

Die folgenden Erläuterungen differenzieren die Binnenperspektive auf die elf Vergleichsstaaten dieser Arbeit, aber sie verstehen dies als die Differenzierung einer tendenziell als homogen gefassten Gruppe von Vergleichsstaaten. Über den konkreten Konnex vorkommunistischer Demokratieerfahrungen, der Zwischenkriegszeit, des Typs des realsozialistischen *Ancien Régime*, des Transitionstyps und der Struktur wie Qualität des "neuen" demokratischen Systems ist viel theoretisiert worden (vgl. die praktischen Übersichten dieser Begriffsvielfalt bei Beichelt 2001: 68-71).

Herbert Kitschelt hat in einer Serie von Beiträgen (Kitschelt 1992; 1994; 1995a;b;c; Kitschelt et al. 1995; 1999; Kitschelt und Smyth 2002) eine Perspektive entwickelt, die den vorrangig auf Konsolidierungsaspekte gerichteten Fokus der Transformationstheorie überwinden soll (vgl. statt vieler Beichelt 2001; Linz und Stepan 1996; Merkel 1999; kritisch zur vorrangigen Orientierung am Konsolidierungsbegriff vgl. auch O'Donnell 1996). Ihre Zielstellung ist stattdessen auf die Analyse der Qualität des demokratischen Prozesses in den "neuen" Demokratien gerichtet (Kitschelt et al. 1999: 4-9). Methodisch werden dabei Erklärungen über die *Legacies* des realsozialistischen *Ancien Régime* mit einer institutionenorientierten Perspektive in einem sequenziellen Modell verbunden (vgl. Crawford und Lijphart 1996; Kitschelt et al. 1999; Kitschelt und Smyth 2002).

Den Ansatzpunkt bei der Analyse historischer *Legacies* bildet die typologische Verortung dreier unterschiedlicher Varianten realsozialistischer Herrschaft, die durch zwei inhaltliche Dimensionen strukturiert wird. Das erste Kriterium betrifft den Grad der bürokratisch-administrativen Ausgestaltung des Staatsapparats. Die Bandbreite reicht hier von einer regelhaften, rationalen Verwaltungsstruktur bis hin zu eher patrimonialen Strukturen, die auf Patronage, Klientelismus, Korruption und charismatischer Herrschaft gründen. Das zweite Kriterium bezieht sich auf die Art der Herrschaftsausübung und reicht von eher kooptiven, anreizorientierten Modellen hin zu sehr repressiven Varianten. Aus diesen beiden Dimensionen werden drei Idealtypen der kommunistischen Regimes mit ihren historischen Vorgängermodellen und jeweils spezifischen Effekten auf den weiteren Verlauf der Entwicklung postkommunistischer Nachfolgesysteme konstruiert:[7]

1. bürokratisch-autoritärer Kommunismus,
2. national-akkommodativer Kommunismus und
3. patrimonialer Kommunismus.

7 Die Darstellung der drei Typen sozialistischer Regimes folgt Kitschelt et al. (1999: 21-42).

Bürokratisch-autoritärer Kommunismus korrespondiert mit dem Idealtypus eines totalitären Systems. Dieser Typ baut bei einem zentralisierten, regelgeleiteten bürokratischen Apparat auf, der tendenziell in alle gesellschaftlichen Sphären hineinreicht (vgl. zu den Definitionsmerkmalen Linz und Stepan 1996: 40-51; Linz 2000). An seiner Spitze steht eine professionalisierte bürokratische Klasse, die zentrale Planungsaufgaben in Politik und Ökonomie ausführt. Optionen einer Regimeopposition oder pluralistische Anstöße aus Politik und Ökonomie werden regelmäßig unterminiert oder, sollten sie dennoch aufbrechen, repressiv unterdrückt. Die technokratischen Eliten begegnen in diesem *Setting*, so Kitschelt et al. (1999: 26), Partizipationsansprüchen, die etwa im gesellschaftlichen Mittelstand entstehen, mit dem komparativ höchsten Maß an staatlicher Repression. Bürokratisch-autoritärer Kommunismus entsteht vor allem in denjenigen Staaten, die eine beträchtliche liberaldemokratische Erfahrung, etwa in den demokratischen Vorgängerregimes der Zwischenkriegszeit, aufweisen. Zweitens entsteht dieser Systemtyp in Staaten, die bereits früh, in vorkommunistischer Zeit, die Entwicklung hin zur Industriegesellschaft begonnen und die tradierte agrarische Gesellschaftsstruktur aufgebrochen haben.

Patrimonialer Kommunismus bezeichnet den anderen "polaren" Systemtyp. Im Vergleich zum bürokratisch-autoritären System ist das Entwicklungsniveau der Staatsbürokratie weit weniger ausgebildet und professionalisiert. An die Stelle einer gut institutionalisierten, repressiven Bürokratie treten als Mechanismen der Machtausübung persönliche Abhängigkeitsbeziehungen, Patronage und Klientelismus (vgl. Eisenstadt und Roniger 1984; Etzioni-Halevy 1979; Lawson 1982; Rouquié 1978). Die Kontrolle dieses Systems liegt meist in den Händen kleiner Elitengruppen, die eben nicht regelgeleitet, sondern erratisch über die skizzierten Kanäle "hinabregieren". Die extreme Form dieser Erscheinung sind, im Sinne Max Webers, "sultanistische" Regimes (vgl. dazu auch Linz und Stepan 1996: 51-54; Chehabi und Linz 1998). Patrimonialer Kommunismus war die vorrangige Option in eher rückständigen Staaten ohne demokratische Erfahrung aus der Zwischenkriegszeit und mit einer vergleichsweise wenig industrialisierten, agrarisch dominierten Wirtschaft und Sozialstruktur. Zunächst lag die Machtbasis des patrimonialen Kommunismus regelmäßig bei der verarmten Bauernschaft, die über Maßnahmen gegen die tradierte, aus dem nicht-sozialistischen Vorgängerregime überkommene Landbesitzerklasse oder Versprechen einer weitergehenden Landreform mobilisiert wurde. Das folgende politische Programm im patrimonialen Kommunismus basierte auf einem forcierten Aufbau der Schwerindustrie und der staatsinduzierten und -gelenkten Konstruktion einer Industriegesellschaft (Kitschelt et al. 1999: 23).

National-akkommodativer Kommunismus nimmt tendenziell eine Stellung zwischen diesen polaren Typen ein. Dieses Herrschaftssystem ruht auf einem teilweise entwickelten formal-bürokratischen Apparat, der zu einem gewissen Grad von der Parteibürokratie emanzipiert ist. Verglichen mit den anderen beiden Systemtypen ist das Repressionspotenzial hier das geringste, und mindestens zeitweise dominiert eine kooptive, anreizgesteuerte Herrschaftsstruktur. Damit gehen einerseits die höchsten Grade an bürgerlichen Freiheitsrechten und wirtschaftlichem Pluralismus einher, andererseits aber auch ein Potenzial, von Interventionen oder Interventionsdrohungen des sowjetischen Blockhegemons betroffen zu sein (respektive bei Geltung der *Breschnew*-Doktrin). National-akkommodativer Sozialismus entsteht vor allem in Staaten, die auf eine semi-autoritäre Vergangenheit oder den Kollaps einer Demokratie in der Zwischenkriegszeit zurückblicken (vgl. hier vor allem Berg-

Schlosser und Mitchell 2000a; 2002). Auch beim ökonomischen und sozialstrukturellen Entwicklungsniveau der Vorgängerregimes nimmt der national-akkommodative Sozialismus eine mittlere Position ein, mit einer begonnenen, jedoch nicht abgeschlossenen Transformation von der Agrar- zur Industriegesellschaft, einer weitgehend embryonalen und wenig effizienten Staatsbürokratie und starken, politisierten Konflikten von Stadt und Land in Gesellschaft und Parteiensystem. Häufig tritt, als weiteres pluralistisches Element, eine bedeutende Rolle der (katholischen) Kirche hinzu (Kitschelt et al. 1999: 25).

Diese drei Modi sozialistischer Herrschaft blicken nicht nur auf jeweils vergleichbare vorkommunistische Vergangenheiten in Politik, Ökonomie und Gesellschaft zurück. Perspektivisch, in die Zukunft gerichtet, bündeln sie die jeweiligen Kontexteigenschaften zu pfadabhängigen Entwicklungsmodellen der postkommunistischen Nachfolgeregimes. Bereits Linz und Stepan (1996: 55-65) stellen einen Konnex von sozialistischem Herrschaftstyp und dem Modus des Systemwechsels her, der jeden der von ihnen gebildeten Systemtypen mit bestimmten *Exit*-Optionen identifiziert. Analog argumentieren Kitschelt et al. (1999: 28-31), der bürokratisch-autoritäre Sozialismus ende mit dem plötzlichen Kollaps, der "Implosion" des Parteistaats, während der patrimoniale Kommunismus zunächst durch die "präemptive Reform" von oben in die Transformationsphase eintrete. Im national-akkommodativen Kommunismus schließlich finde der klassische "paktierte" Systemwechsel (idealtypisch an gleichberechtigt besetzten "Runden Tischen") statt.[8] Kitschelt et al. (1999) zeichnen aber noch weiter gehende, pfadabhängige Konsequenzen der drei unterschiedlichen *Legacies* für die Herausbildung und Bedeutung bestimmter soziopolitischer Konflikte und für die Optionen auf einen verstetigten, programmatisch strukturierten, regelhaften Parteienwettbewerb.[9]

Bei der Fragestellung dieser Arbeit, die auf die kontextuellen Rahmenbedingungen für das Funktionieren politischer Institutionen, hier auf Wahlsysteme und die von Gary W. Cox (1997) aufgestellte $M+1$-Regel zielt, interessiert weniger die konkret-materielle Ausgestaltung der Konfliktinhalte, sondern die Stabilität und Institutionalisierung der jeweiligen Parteiensysteme. Das höchste Strukturierungspotenzial schreiben Kitschelt et al. (1999) und, noch prononcierter, Kitschelt und Smyth (2002) denjenigen demokratischen Systemen zu, die den bürokratisch-autoritären Regimen folgen. Parteien profitieren hier von ausgebildeten, rationalen Vermittlungsinstitutionen, die zu einem programmatisch strukturierten Parteienwettbewerb führen. Bereits geringer sind diese Strukturierungsoptionen bei den Nachfolgeregimes des national-akkommodativen Kommunismus, und die geringsten Strukturierungsanstöße werden in denjenigen Systemen entwickelt, die dem patrimonialen Kommunismus folgen. Gerade hier vermuten Kitschelt und Smyth (2002: 1232-1234) keinen programmatisch differenzierten, stabilen Parteienwettbewerb, sondern die fortgeschriebene Dominanz alternativer klientelistischer und/ oder charismatischer Mobilisierungskanäle. Diese Mechanismen stehen jedoch einer effektiven, programmatisch differenzierten und stabilen Interessenartikulation und -vermittlung in einem Parteiensystem diametral gegen-

8 Auch bei der Typologie der Übergangstypen gibt es eine kaum überschaubare Menge an Begrifflichkeiten. Wieder helfen die Übersichten bei Beichelt (2001: 70-71).

9 Kitschelt et al. (1999: 64-69) diskutieren, als osteuropäische Variante der von Lipset und Rokkan (1967a) behandelten Konfliktlinien, ein System von fünf potenziellen "party divides": (1) "political regime divide", (2) "economic-distributive divide", (3) "socio-cultural divide", (4) "national-cosmopolitan divide" und (5) "ethnic divides".

über und verhindern möglicherweise auch perspektivisch die Herausbildung eines programmatisch getragenen, stabilen Parteiensystems.

Bürokratisch-autoritärer Kommunismus: Tschechische Republik, Slowakei

Tabelle 3.1 ordnet die osteuropäischen Staaten den drei Typen kommunistischer Systeme und den drei jeweils charakteristischen Transformationstypen zu; die elf Vergleichsstaaten dieser Arbeit sind **fett** gedruckt. Außer der DDR (vgl. Hirschman 1993) ist die Tschechische Republik das einzige Nachfolgeregime eines bürokratisch-autoritären kommunistischen Systems. Der Föderalstaat Tschechoslowakei war 1918/ 20 aus der Konkursmasse Österreich-Ungarns entstanden und nimmt eine Sonderstellung unter den osteuropäischen Demokratien der Zwischenkriegszeit ein, denn er war der einzige Staat in dieser Region, in dem die Demokratie nicht durch *interne* autoritäre oder faschistische Kräfte zum Kollaps gebracht wurde (vgl. Berg-Schlosser und Mitchell 2000b). Der Zusammenbruch der demokratischen Regierungsform resultierte vielmehr *extern* aus der Intervention des nationalsozialistischen Deutschlands 1938/ 39. Der politische Prozess wurde dabei von einem kompromissorientierten Parteiensystem getragen, das sich an soziopolitischen, religiösen und ethnisch-regionalen Konfliktlinien bildete (Bradley 2000). Dieses Bild galt aber nicht einheitlich für beide Landesteile. Böhmen, ein Zentrum der europäischen Frühindustrialisierung, verfügte über eine starke Sozialdemokratie und über ein insgesamt besser institutionalisiertes und soziopolitisch verankertes Parteiensystem als der slowakische Landesteil.

Dem Zweiten Weltkrieg folgte noch eine kurze formaldemokratische Phase bis Februar 1948. Das bürokratisch-autoritäre System, das danach eingerichtet wurde, begegnete den Partizipationsansprüchen einer weitgehend entwickelten Industriegesellschaft mit extensiver Repression, und den bürokratischen Eliten gelang es, eine tschechoslowakische Destalinisierung zu verhindern. Unterbrochen von einer kurzen Liberalisierungsphase unter Alexander Dubček, kehrte das Regime 1969 bis 1989 zum dogmatischen Stalinismus in Politik und Ökonomie zurück. Gustáv Husák, leitender Funktionär in der gesamten Phase, setzte in dieser Periode auf den umfangreich ausgebildeten Repressionsapparat der Staatsbürokratie, nicht aber auf charismatische oder klientelistische Mobilisierungsmechanismen. Oppositionsgruppen, als prominenteste die *Charta77*, konstruierten zwar eine kleine Parallelgesellschaft, waren aber faktisch stets kontrolliert. Timothy Garton Ash (1989: 62; Hervorh. im Original) hat diese Konstellation als "*Czechoslovakia under the ice*" charakterisiert. Der Raum für die Selbstorganisation und -artikulation einer tschechoslowakischen Zivilgesellschaft wurde restriktiv geschlossen, und als *Exit*-Option bestand allein der plötzliche Kollaps der sozialistischen Nomenklatura (zur "Transition by the Collapse of 'Frozen' Post-Totalitarianism" vgl. detailliert Linz und Stepan 1996: 316-328).

Dem Kollaps des bürokratisch-autoritären Sozialismus folgte bald der Zusammenbruch des Föderalstaats (vgl. die bei Elster 1995 zusammengestellten und kritisierten Erklärungsansätze). Kitschelt et al. (1999) schreiben dabei der Tschechischen Republik deutlich bessere Optionen für die Entwicklung eines strukturierten Parteiensystems zu. Trotz einer langen gemeinsamen Vergangenheit im Föderalstaat ordnen sie dagegen die Slowakei einer Mixtur von national-akkommodativen und patrimonialem Kommunismus zu (vgl. Tabelle 3.1).

Abbildung 3.1: Kommunistische Herrschaft, Transitionstyp und Demokratisierungsgrad

	bürokratisch-autoritär	*Übergang*	*national-akkommodativ*	*Übergang*	*patrimonial*
Implosion	**Tschechien** (1,2:F) DDR (1,2:F)			**Slowakei** (1,2:F)	
Transition		**Polen** (1,2:F)	**Ungarn** (1,2:F) Slowenien (1,2:F) Kroatien (3,2:F)	**Estland** (1,2:F) **Lettland** (1,2:F) **Litauen** (1,2:F)	Moldawien (2,4:PF) Armenien (4,4:PF) Georgien (4,4:PF) Mazedonien (4,4:PF)
Präemptive Reform					**Bulgarien** (1,3:F) **Rumänien** (2,2:F) **Russland** (5,5:PF) **Ukraine** (4,4:PF) Albanien (3,4:PF)
Kontinuität					Aserbaidschan (6,5:PF) Weißrussland (6,6:NF) Kasachstan (6,5:NF) Tadschikistan (6,6:NF) Turkmenistan (7,7:NF) Usbekistan (7,6:NF)

Anmerkungen: Mit Veränderungen entnommen aus Kitschelt et al. 1999: 39. Die elf Staaten der osteuropäischen Vergleichsgruppe sind **fett** gedruckt; die Werte in den Klammern geben die Freedomhouse-*Rankings* (2003) an. F = “free”; PF = “partly free”; NF = “not free”; vgl. `http://www.freedomhouse.org/`.

National-akkommodativer Kommunismus: Polen und Ungarn

National-akkommodative sozialistische Systeme entstanden in zwei der elf Vergleichsstaaten, bei den Idealtypen der "paktierten" Transition in Polen und in Ungarn. Die Wiedereinrichtung eines polnischen Staates begann im Gefolge von Versailles und wurde mit dem polnisch-sowjetischen Friedensvertrag von Riga und der Verfassungsgebung im März 1921 abgeschlossen. Das parlamentarische Regierungssystem funktionierte jedoch mit einem enorm fragmentierten Parteiensystem nur eingeschränkt. Polarisierte Konflikte drehten sich um Fragen der Landreform, der Industrialisierung, das Verhältnis zu den polnischen Nachbarstaaten und die inter-regionale Integration des neuen Staates. Als noch eine ökonomische Krise hinzutrat, übernahm Marschall Józef Piłsudski im Mai 1926 mit einem Militärputsch die Macht und errichtete ein autoritäres System (vgl. Holzer 2000: 348-353). Dieses kurze demokratische Intermezzo von nur etwa fünf Jahren Demokratie unter Krisenbedingungen markiert einen der frühesten Zusammenbrüche eines demokratischen Systems im Europa der Zwischenkriegszeit (vgl. Berg-Schlosser und Mitchell 2000b; 2002). Vorkommunistische Demokratieerfahrungen waren deshalb in Polen durchaus vorhanden, sie waren aber begrenzt.

Das national-akkommodative System in Polen betrieb eine weitaus weniger repressive Politik als die tschechoslowakische Nomenklatura. Die geringere Durchdringung der Gesellschaft, pluralistische Elemente in der Privatwirtschaft und in der katholischen Kirche erlaubten Parteichef Władysław Gomułka eine flexible Reaktion auf die Krise des stalinistischen Entwicklungsmodells in den Fünfzigerjahren (Kitschelt et al. 1999: 97-98). Krisen und Protestereignisse, die regelmäßig auftraten, wurden etwa 1956, 1968 und vor allem seit 1981 stets auch durch zivilgesellschaftliche Netzwerke moderiert, und das national-akkommodative Regime setzte auf eine Mixtur repressiver und kooptiver Herrschaftsmechanismen. Deshalb konnte, so Linz und Stepan (1996: 255-264), ein idealtypisch totalitäres Regime mit der Penetration aller gesellschaftlichen Sphären nie errichtet werden, und stattdessen entwickelte sich in Polen ein tendenziell autoritäres, nicht ein totalitäres System. Weil die polnische Nomenklatura eine effektive Kontrolle der Zivilgesellschaft nie erreichte und, im Gegenteil, ihre Position zunehmend erodierte, bestand in Polen als *Exit*-Option aus dem national-akkommodativen Kommunismus ein paktierter Systemwechsel, der von der Staatsbürokratie und der zivilgesellschaftlich hegemonialen *Solidarność* verhandelt wurde (vgl. Osiatynski 1996).

Die vorkommunistische Konfiguration in Ungarn wies manche Parallelen zu Polen auf. Ungarn wurde im Gefolge des Ersten Weltkriegs aus einigen Überresten des Habsburger Reiches gebildet. Der Vertrag von Trianon verteilte, bei einer erheblichen Verkleinerung des Staatsgebietes, ungarische Minderheiten über die Staaten der gesamten Region Osteuropa (Ilonszki 2000: 244). Auch die interne politische Entwicklung verlief turbulent, dem "roten Terror" der Räterepublik Bela Kuns folgte schon bald der "weiße Terror" Miklos Horthys. Das Horthy-Regime konservierte zwar Elemente einer elektoralen Demokratie, war aber im Grunde niemals vollständig demokratisiert und auf die Abberufbarkeit und Verantwortlichkeit der Regierung abgestellt. Deshalb muss der vollständige Kollaps demokratischer Regierungsweise spätestens auf das Jahr 1932 terminiert werden, als mit Ministerpräsident Gyula Gombos ein Anhänger faschistischer Mobilisierungspolitiken die Regierungsgewalt übernahm. Ungarn war ab diesem Einschnitt *bestenfalls* pseudo-demokratisch regiert. Polari-

sierte soziopolitische Konflikte entstanden vor allem im Spannungsfeld eher traditionaler, im agrarischen Milieu verwurzelter Interessen und neuer bürgerlicher Klassen in den Städten. Dieser Stadt-Land-Konflikt prägte eine duale Sozialstruktur (Ilonszki 2000: 246-247).

Dem Zweiten Weltkrieg folgte eine kurze Periode formaler Demokratie bis 1947. Auf die Wahlniederlagen der Kommunistischen Partei reagierte die sowjetnahe Parteibürokratie Mátyás Rákosis jedoch im Folgenden mit totalitärer Repression. Dieser "totalitären" Phase schlossen sich teils turbulente Flügelkämpfe orthodoxer und liberaler Strömungen in der kommunistischen Partei an, die während der Regierung Imre Nagys bis hin zum Quasi-Systemwechsel fortgetrieben wurden. In der Reaktion auf diese "Revolution" verfolgte János Kádár ab 1956 einen eher kooptiven, flexiblen Regierungsstil, der den Typ eines national-akkommodativen Kommunismus begründet (Ekiert 1996). Marksteine dieser Entwicklung waren, seit den Sechzigerjahren, im politischen Bereich die "Politics of Alliance" und im ökonomischen Bereich die Liberalisierungsmaßnahmen unter dem Etikett "New Economic Mechanism" (zit. nach Linz und Stepan 1996: 298).

Trotz der Parallelen der beiden klassischen Typen des national-akkommodativen Kommunismus gibt es auch einige Differenzen in der Entwicklung Polens und Ungarns. Vor allem waren in Ungarn die Selbstorganisationskräfte der Zivilgesellschaft deutlich weniger ausgeprägt als in Polen. Politischer Pluralismus entstand in Ungarn dagegen eher *innerhalb* der Parteinomenklatura der *Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei* (*Magyar Szociálista Munkáspárt*; MSZMP), also nicht im Bereich der *Civil Society*, sondern in der *Political Society*. Ohne den polarisierten Konflikt von Staatsapparat und Zivilgesellschaft, der in Polen die *Solidarność* im unmittelbaren Systemwechsel zunächst zusammengehalten hatte, entstand in Ungarn ein ganzes Spektrum von Oppositionsgruppen, das bereits in Ansätzen das spätere Parteiensystem der Neunzigerjahre vorzeichnete, und die Qualität der Herausforderung an das sozialistische *Ancien Régime* war damit sehr ungleich. Diese Konstellation ermöglichte jedoch als *Exit*-Option gleichermaßen den paktierten Systemwechsel, der vor allem von den jeweils moderaten Elementen der Nomenklatura, mit dem politischen Repräsentanten Imre Pozsgay, und der *Regimeopposition* getragen wurde (vgl. zum Mechanismus dieses für die Transformationsforschung klassischen "four player game" Przeworski 1991; 1992a und zusammenfassend Bos 1996).

Patrimonialer Kommunismus: die baltischen Staaten, Bulgarien, Rumänien, Russland und die Ukraine

Weitere sieben Vergleichsstaaten gehören, mehr oder weniger dezidiert, zum Typ des patrimonialen Kommunismus. Kitschelt et al. (1999: 39) ordnen die drei baltischen Staaten, Estland, Lettland und Litauen, einem Übergangstyp zwischen national-akkommodativem und patrimonialem Kommunismus zu (vgl. Tabelle 3.1). Die drei baltischen Staaten können aber nicht umstandslos als eine homogene Subregion des postkommunistischen Europas gelten, denn, neben teils nahezu synchroner Entwicklung in der Zwischenkriegszeit, als Teil der Sowjetunion, während und nach der demokratischen Transformation und der staatlichen Eigenständigkeit, liegen vor allem in der weiter zurück reichenden, mittelalterlichen Geschichte der drei Staaten einige markante Differenzen (vgl. als knappen Überblick Tiemann 2002).

Die Zwischenkriegszeit, mit dem Intermezzo eigenständiger und zunächst demokratischer Staatlichkeit in Estland, Lettland und Litauen, ist als positiver Bezugspunkt noch immer von zentraler Bedeutung. Den baltischen Staaten gelang es im Gefolge des Ersten Weltkriegs und der Oktoberrevolution, sich gegen deutschen und sowjetrussischen Einfluss als eigenständige, demokratisch organisierte Republiken zu etablieren. Die Unabhängigkeit erforderte die Restrukturierung der Handelsbeziehungen vom innerrussischen Austausch hin zu einer Westorientierung der Import- und Exportgeschäfte. Dieser ökonomische Umbruch wurde, besonders in den bereits weiter industrialisierten Staaten Estland und Lettland, mit großem Erfolg organisiert, der durch die Weltwirtschaftskrise kaum unterbrochen wurde (Nørgaard und Johannsen 1999: 40-42). Dieser ökonomische Transformationserfolg fand in den Sphären von Politik und Gesellschaft aber kein Pendant. Turbulente sozialstrukturelle Umbrüche im Nachgang des ökonomischen Erfolgs waren wohl eine der Ursachen für den Kollaps der Demokratie in allen drei baltischen Staaten. Einen weiteren Beitrag zur Fragmentierung leisteten parallele Parteiensysteme für ethnische Minderheiten. Die politischen Systeme Estlands, Lettlands und Litauens verbanden strikt parlamentarische Systeme mit sehr proportionalen Verhältniswahlsystemen, die keine Vorkehrungen gegen parlamentarische Fragmentierung enthielten, und gerieten sukzessive in Situationen, in denen ein polarisiertes und handlungsunfähiges Parlament keine ausreichende Regierungsstabilität mehr herstellen konnte (vgl. den Überblick institutioneller Optionen bei Metcalf 1997).

Die demokratischen politischen Systeme brachen 1926 in Litauen und 1934 in Estland und Lettland zusammen: Eine Gruppe von Militärs, offenbar angeregt vom Beispiel Piłsudskis in Polen, putschte im Dezember 1926 in Litauen gegen die amtierende Linksregierung, die nach dem Mehrheitsverlust der Litauischen Christdemokratischen Partei (*Lietuvos Krikščioniu Partija*; LKDP) im Mai amtierte, und inszenierte die Wahl von Nationalistenführer Antanas Smetona zum Staatspräsidenten (Krupavičius 1998: 467-468). Smetonas Herrschaft griff, anders als bei den autokratischen Systemen, die in Estland und Lettland 1934 entstanden, deutlich auf Personenkult, Nationalismus und Antisemitismus zurück und kam damit Merkmalen faschistischer Systeme sehr nahe (Nørgaard und Johannsen 1999: 43). Litauens regionale Vorherrschaft im Mittelalter gab dabei die Folie ab für mythisch-national verklärte Mobilisierungsmechanismen. Die autokratischen Systeme in Estland und Lettland können dagegen eher als "präemptiver Autoritarismus" definiert werden. Die jeweils amtierenden Ministerpräsidenten, Konstantin Päts in Estland und Karlis Ulmanis in Lettland, reagierten mit der Suspendierung der Parlamente und politischer Partizipationsrechte eher auf eine weiter gehende Bedrohung durch die politische Rechte, die Veteranenbewegung in Estland und ein ganzes Spektrum rechtsextremer Splittergruppen in Lettland (zum Begriff präemptiver Autoritarismus und zur Entwicklung in Estland vgl. Varrak 2000).

Die sowjetische Okkupation führte bis Ende der Fünfzigerjahre zu einer Phase harscher Repression und Anpassung an das Sowjetsystem. Stichworte sind Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, erratisch betriebene Deportationen und der forcierte Ausbau der Schwerindustrie. Der letzte Punkt betraf vor allem die industriell bereits entwickelteren Gebiete in Estland und Lettland, die eine "anschlussfähige" ökonomische Infrastruktur besaßen. Mit dieser beschleunigten Industrialisierung ging auch die angeordnete Umsiedlung von russischen Arbeitern nach Estland und Lettland einher (Nørgaard und Johannsen 1999: 35). Investitionen und die Immigration von russischstämmigen Industriearbeitern waren in Litauen weniger umfangreich, sodass dort im ökonomischen, kulturellen und politischen Sek-

tor eine weit größere Autonomie erhalten werden konnte. Die katholische Kirche blieb ein bedeutender Einflussfaktor in Litauen, und der litauische Zweig der Kommunistischen Partei (KPdSU) wurde mehrheitlich von Litauern kontrolliert (Krupavičius 1998: 472-473). Die in der Sowjetunion praktizierte demografische Gleichschaltungspolitik betraf die drei baltischen Staaten damit unterschiedlich: Beim Zusammenbruch der UdSSR waren 30.3% der estnischen, 34.0% der lettischen, jedoch nur 9.4% der litauischen Wohnbevölkerung russisch, und in Lettland betrug der Bevölkerungsanteil der Titularnation nur 52%.[10] Auf diese Weise entwickelten sich im Baltikum, vor allem in Estland und Lettland, Demokratie und Nationalstaat zu häufig "konfligierenden Logiken" (Linz und Stepan 1996: 401).

Artikulationsoptionen für eine Regimeopposition gab es im patrimonialen Sozialismus der UdSSR nicht, jedoch bildeten sich besonders im Gefolge des KSZE-Prozesses kleinere kulturelle, nicht jedoch politische Nischen. Erst im Kontext von *Glasnost* und *Perestroika* konnten sich politisch orientierte oppositionelle Gruppen, *Sajūdis* in Litauen, die estnische Volksfront *Rahvarinne* und die Lettische Volksfront (*Latvias Tautas Fronte*; LTF), herausbilden und artikulieren. Die politische Zielstellung der Volksfronten war zunächst noch nicht die nationale Unabhängigkeit, deren Realisierung für unrealistisch gehalten wurde. Sie operierten zunächst systemimmanent im Kontext des vorgefundenen sowjetischen Institutionensystems und stellten für die jeweiligen Wahlen zum Obersten Sowjet der Teilrepubliken im Jahre 1990 Kandidaten auf.

Die radikale Regimeopposition in Estland und Lettland ging jedoch in ihren Zielprojektionen noch deutlich weiter. Sie legitimierte sich nicht im vorgefundenen sowjetischen Institutionensystem, sondern stellte sich direkt und ostentativ in die Kontinuität der Republiken aus der Zwischenkriegszeit. Konsequent verweigerte sie auch jede Teilnahme an den Wahlen zu den Obersten Sowjets in Estland und Lettland, nicht nur, weil sie die Institutionen als illegitim ansah, sondern auch weil sie strikt gegen das Wahlrecht für die seit 1944 zugezogenen, zumeist russischen Immigranten war. Die wichtigste institutionelle Initiative der radikalen Regimeopposition war folgerichtig die Einrichtung von Parallelparlamenten, dem Estnischen und dem Lettischen Kongress. Diese Doppelkonstruktion illustrierte in Estland und Lettland bereits den Prinzipienstreit von Kräften, die sich weiterhin systemimmanent im sowjetischen Institutionengefüge bewegten, und Kräften, die einen Rückbezug auf die Verfassungen der unabhängigen Republiken aus der Zwischenkriegszeit suchten (Nørgaard und Johannsen 1999: 56-66).

Eindeutig klassifizierbare Typen des patrimonialen Kommunismus, mit signifikant ungünstigeren Optionen für einen strukturierten politischen Wettbewerb im postkommunistischen Nachfolgeregime, sind in Südosteuropa entstanden. Ein bulgarischer Staat konnte 1876/ 78 aus dem Osmanischen Reich herausgelöst werden. Die gesellschaftliche Basis der formal sehr fortschrittlichen konstitutionellen Monarchie, kodifiziert in der Verfassung von Tărnovo (1879), blieb jedoch in der feudalen Agrarstruktur des Osmanischen Reiches verhaftet und war damit hoch problematisch. Ein strukturierter politischer Wettbewerb konnte niemals eingerichtet werden, stattdessen dominierten Klientelismus und parochiale Cliquen, und der Staat wurde, soweit er ausgebildet war, von einer nicht-professionalisierten Bürokratie gemanagt (Crampton 1987; East und Pontin 1997). Die kurze Episode elektoraler

10 Diese demografischen Angaben sind bei Linz und Stepan (1996: 403) entnommen. Die Daten zu Estland stammen aus dem Jahr 1984, die übrigen aus dem Jahr 1989.

Demokratie[11] von 1918 bis 1923 endete in einem neben anderen vom bulgarischen Zar Boris gestützen Putsch, der zunächst in eine Phase alternierender autoritärer Regimes mündete und ab 1934, nach einem erneuten *Coup* rechtsextremer Militärs, durch die erratische Herrschaft des bulgarischen Zaren fortgeführt wurde (East und Pontin 1997: 189). Das nach dem Zweiten Weltkrieg eingerichtete patrimoniale System reflektierte diese politischen, ökonomischen und sozialen Anschlusspunkte deutlich, und eine von Georgi Dimitrov geleitete Gruppe von Emigranten wurde als neue Leitungsebene von der Roten Armee eingesetzt. Die lange Karriere Todor Schivkovs als Staats- und Parteichef (1956/ 62 bis 1989) kann auch als ein Reflex des patrimonialen, persönlichen Herrschaftsstils gelesen werden, und der Mechanismus der Machtausübung war alternierend repressiv oder kooptiv (Kitschelt et al. 1999: 103-105). Der Aufbau der Schwerindustrie, zentraler Aspekt im patrimonialen Kommunismus, erfolgte erst durch das Regime. Weil deshalb auch keine bürgerlich-liberalen Schichten in den städtischen Milieus existierten, war die Position der kommunistischen Nomenklatura niemals bedroht. Die türkische Minderheit wurde als "demografisches Relikt" der osmanischen Fremdherrschaft repressiv unterdrückt (vgl. dazu Elster et al. 1998: 254-256; Riedel 1993).

Exit-Optionen aus dem patrimonialen Kommunismus Bulgariens konnten sich in diesem *Setting* weder auf pluralistische Tendenzen im personal strukturierten und wenig professionalisierten Staatsapparat stützen noch auf eine mobilisierte (oder auch nur tendenziell zum Systemwechsel mobilisierbare) Zivilgesellschaft. Konsequent folgte der Eintritt in die Liberalisierungsphase einem *Coup* in der Parteiführung, der nach mehr als dreißig Jahren Schivkov durch Außenminister Petar Mladenov ersetzte. Dies war der Eintritt in eine von "oben" gesteuerte, präemptive Reformphase (vgl. Linz und Stepan 1996: 333-343).

Auch im zweiten byzantinisch geprägten Vergleichsstaat, in Rumänien, entstand ein patrimoniales kommunistisches System. Hier dominierten jedoch, wie Linz und Stepan (1996: 344) mit der Zuordnung als "Totalitarianism-cum-Sultanism" unterstreichen, deutliche personalistische Akzente. Ende und Ausgang des Ersten Weltkrieges brachten Rumänien zunächst eine Kontinuität der Monarchie und weiter eine enorme territoriale Ausdehnung des Staatsgebietes, das mit Bessarabien nun auch Anteile des heutigen Moldawiens umfasste (Fischer-Galati 2000: 381-383). Die damit entstandene regionale und ethnische Heterogenität trug dem neuen Rumänien dauerhafte, polarisierte Gegensätze von Zentrum und Peripherie und teils massive ethnische Konflikte ein. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts mobilisierte eine zweite wesentliche Konfliktlinie, die zwischen den bisher im staatlichen Institutionensystem dominanten Interessen der feudalen Landbesitzerklasse und der verarmten Bauernschaft verlief und inhaltlich auf Fragen der Agrarreform konzentriert war. Ökonomische Krisenerscheinungen im Gefolge der Weltwirtschaftskrise betrafen dagegen das nur marginal industrialisierte Land kaum (Landfried 1969: 1040-1041). Die seit 1919 bestehende elektorale Demokratie erodierte im Verlauf der dreißiger Jahre zunehmend. König Carol II. setzte allein von 1930 bis 1938 achtzehn verschiedene Ministerpräsidenten ein (Beichelt 2001: 66; East und Pontin 1997: 154-155), und spätestens im Dezember 1937 wurde die fragile formaldemokratische Phase beendet und zunächst von einer Königsdiktatur Carols II., danach vom faschistischen Antonescu-Regime abgelöst (Fischer-Galati 2000: 394).

11 Zur vorkommunistischen Wahlgeschichte Bulgariens, soweit es sie gab, vgl. als Überblick Birch et al. (2002: 111-112) und detailliert Kostadinova (1995).

Nach einer turbulenten Umbruchphase wurde Rumänien 1947 zur Volksrepublik. Die patrimoniale Parteinomenklatura, bis 1965 von Gheorge Gheorghiu-Dej geleitet, widersetzte sich jedem Versuch der Destalinisierung und verfolgte etwa seit 1963 einen antisowjetischen, tendenziell akkommodativen Kurs (Linz und Stepan 1996: 347). Gheorghiu-Dejs Intimus und Nachfolger Nicolae Ceauşescu baute die Machtposition des Staatschefs kontinuierlich aus und konzentrierte, verstärkt ab 1974, die Macht in Rumänien auf eine kleine Clique abhängiger Personen. Die repressive Machtausübung wurde dabei nicht von einer professionalisierten Staatsbürokratie organisiert, sondern von Ceauşescu selbst über klientelistische, personale Netzwerke nach "unten" vermittelt. Selbst ambitionierte Projekte in der Schwerindustrie entwarf "Sultan" Ceauşescu ohne jede technokratische Unterstützung, und auch die Vernichtung der Bukarester Altstadt, mit dem nachfolgenden Aufbau des "Volkspalastes", organisierte und konzipierte er *persönlich* (Linz und Stepan 1996: 349-353). Die extrem personalisierte und repressive Art der Machtausübung ließ in Rumänien als *Exit*-Option aus dem patrimonialen Kommunismus keine paktierte Transition zu, da schlicht die konstitutiven Akteure eines verhandelten Systemwechsels fehlten. Nachdem die *personale* Herrschaft Ceauşescus kollabiert war, gelang Politikern aus der zweiten Reihe und aus der kaum entwickelten, vom erratischen Politikstil Ceauşescus deformierten Bürokratie die Machtübernahme und die Fortführung des politischen Prozesses als präemptive Reform (zum Begriff der "captured revolution" vgl. Linz und Stepan 1996: 358-362).

Schließlich gehören die beiden Vergleichsstaaten ohne jede vorkommunistische Demokratieerfahrung, Russland und die Ukraine, zum Typ des patrimonialen Kommunismus. In Russland markiert das Kerenskij-Interregnum von März bis November 1917 die wohl einzige Phase formaler Demokratie vor dem Auftakt der Demokratisierung 1990. Genau wie der politische Rahmenkontext war auch die sozioökonomische Basis des Sowjetkommunismus anfangs kaum entwickelt, und die, abseits fortschrittlich industrialisierter Gebiete um St. Petersburg, agrarisch geprägte Wirtschaftsstruktur des zaristischen Russlands bot Anschlussoptionen für ein patrimoniales kommunistisches System. Dasselbe galt für die meisten später hinzugenommenen Gebiete, zum Beispiel für die Ukraine, die 1922 nach nur kurzer staatlicher Eigenständigkeit zur Sowjetrepublik wurde. Der erratische, repressive und personalisierte Politikstil Josef Stalins reflektierte diese historische Pfadabhängigkeit und die schwach ausgebildete sozioökonomische Basis zunächst, jedoch führten die Schwerindustrialisierung weiter Teile Russlands und der, wenn auch asymmetrisch betriebene, Ausbau der Staatsbürokratie in einigen Teilgebieten der UdSSR zu enormen gesellschaftlichen Umwälzungen. Mit "asymmetrisch" ist dabei gemeint, dass die sozioökonomische Entwicklung und auch der alternative Einsatz von kooptiven und repressiven Mechanismen nicht mehr in der gesamten UdSSR einheitlich verlief, sondern regional teils auffällig variierte (vgl. Roeder 1993; Kitschelt und Smyth 2002: 1234).

In dieser diffusen Situation dominieren auch im postkommunistischen Nachfolgeregime Klientelismus, Patronage und Charisma einen programmatisch strukturierten Parteienwettbewerb. Die Einleitung von *Glasnost* und *Perestroika* zur Mitte der Achtzigerjahre bestimmte schließlich als *Exit*-Option des vorwiegend patrimonialen Kommunismus die präemptive Reform. Zunächst als Liberalisierung ohne *de facto*-Demokratisierung entworfen, öffnete die Parteinomenklatura um Mihail Gorbatschow damit nicht nur Artikulationskanäle einer sich formierenden Systemopposition, sondern gleichermaßen Anschlusspunkte für die Nationalismen einzelner Sowjetrepubliken, die im Folgenden so weit vorangetrieben wurden,

dass sich viele Einzelrepubliken aus der Union lösten und zu unabhängigen Staaten erklärten. Dieser Prozess führte aber, mit der Ausnahme der baltischen Staaten, nirgendwo zum Kollaps der (gewendeten) Nomenklatura oder einem genuin paktierten Transformationsprozess. In Russland und der Ukraine dominierte selbst dort, wo der Einfluss der organisierten Vertreter des *Ancien Régime* zurückgedrängt worden war, noch der alte Kader, und zwar als parteilose, unabhängige Politiker, deren personale Machtbasis auf Klientelismus und Charisma gebaut war (Birch 1998; 2000a; Moser 1995; 1999b; 2001b).

Kombination der Kontextfaktoren

Die historischen *Legacies* der kommunistischen *Anciens Régimes* sind damit in der Region Osteuropa sehr unterschiedlich. Mit Kitschelt et al. (1999: 46-61) wird hier argumentiert, dass die Optionen für einen programmatisch-strukturierten, regelhaften Wettbewerb politischer Parteien in denjenigen Staaten die besten sind, die einem bürokratisch-autoritären Vorgängerregime folgen. Unter den elf Staaten, die in dieser Arbeit intensiv analysiert werden, gehört nur die Tschechische Republik eindeutig in diese Kategorie. Das zweithöchste Strukturierungspotenzial erwarten Kitschelt et al. (1999: 87-92) bei den Nachfolgeregimes des national-akkommodativen Kommunismus in Polen und Ungarn, gefolgt von denjenigen Systemen, die in Tabelle 3.1 als Übergangstypen von national-akkommodativem und patrimonialem Kommunismus gefasst sind: der Slowakei und den drei baltischen Staaten, Estland, Lettland und Litauen. Die skeptischste Prognose stellen Kitschelt et al. (1999) und, besonders akzentuiert, Kitschelt und Smyth (2002) schließlich denjenigen postkommunistischen Systemen aus, die bei patrimonialen kommunistischen Vorgängerregimes anschließen, also, im hier gewählten *Set* von elf Vergleichsstaaten, Bulgarien, Rumänien, Russland und der Ukraine. In diesen Vergleichsstaaten, so die These, werden statt eines strukturierten, programmatisch getragenen Parteienwettbewerbs alternativ klientelistische, hierarchisch-personale oder charismatische Herrschaftsmechanismen dominieren (vgl. zu diesen Mechanismen Eisenstadt und Roniger 1984; Etzioni-Halevy 1979; Lawson 1982; Rouquié 1978).

Tabelle 3.1 systematisiert die kurz typologisch vorgestellte pfadabhängige Entwicklungsperspektive und ihre Einzelkomponenten:[12] (1) Mit *Legacies* sind die drei Typen der sozialistischen *Anciens Régimes* gemeint, die im Kontext der vorkommunistischen Politik- und Wirtschaftsgeschichte entstanden sind, und deren jeweilige Hinterlassenschaften je spezifisch mit den diskutierten Konsequenzen bündeln. (2) "Timing der Industrialisierung" bezieht sich auf den Verlauf der ökonomischen Entwicklung in den Vergleichsstaaten. Eine frühe Industrialisierung, mit der Herausbildung einer Industriegesellschaft in der Zwischenkriegszeit, wird als förderlich für die Strukturierung eines programmatischen Parteienwettbewerbs eingeschätzt, das Fortleben parochialer Strukturen auf dem Lande gilt dagegen als hinderlich. (3) Der Aspekt "Demokratische Stabilität in der Zwischenkriegszeit" beleuchtet

12 Der *Legacy*-Index ist analog zu dem Indikator konstruiert, den Kitschelt (1995c: 457) für die Prognose der programmatischen Strukturierung postkommunistischer Parteiensysteme vorgeschlagen hat. Anders als bei Kitschelt (1995c) ist hier allein, wenn auch deutlich erweitert, das *Set* von *Legacy*-Variablen herausgegriffen worden. Institutionelle Aspekte, die Kitschelt (1995c) ebenfalls grob vermisst, gehen nicht in den konzipierten Kontextindikator ein, sondern sie sind die zentralen Erklärungsfaktoren für die Fragmentierung von Parteiensystemen und die Qualität politischer Repräsentation.

Tabelle 3.1: Programmatisches Strukturierungspotenzial in den postkommunistischen Vergleichsstaaten

	Legacy[a]	*Timing der Industrialisierung*[b]	*Stabilität in der Zwischenkriegszeit*[c]	*Modus der Transition*[d]	*Index*[e] $\sum$
Tschechien	2.0	2.0	2.0	2.0	8.0
Ungarn	1.0	1.0	1.0	1.5	4.5
Polen	1.0	1.0	1.0	1.0	4.0
Slowakei	0.5	1.0	2.0	0.5	4.0
Estland	0.5	1.0	1.0	1.0	3.5
Lettland	0.5	1.0	1.0	1.0	3.5
Litauen	0.5	0.5	1.0	1.0	3.0
Bulgarien	0.0	0.0	0.5	0.5	1.0
Rumänien	0.0	0.0	0.5	0.5	1.0
Russland	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ukraine	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Anmerkung: Zur Indikatorenkonstruktion vgl. Kitschelt (1995c).

[a] Ordinalskala; 0 = patrimonialer Kommunismus, 1 = national-akkommodativer Kommunismus; 2 = bürokratisch-autoritärer Kommunismus.

[b] Ordinalskala; 0 = späte Industrialisierung, 1 = Übergang zur Industriegesellschaft in der Zwischenkriegszeit, 2 = frühe Industrialisierung.

[c] Ordinalskala; 0 = keine oder nur minimale demokratische Erfahrung in der Zwischenkriegszeit, 1 = liberal-demokratische Phase mit nachfolgenden Kollaps, 2 = liberale Demokratie ohne Kollaps von "innen".

[d] Ordinalskala; 0 = präemptive Reform; 1 = paktierte Transition; 2 = Kollaps der Parteibürokratie.

[e] Ordinalskala; operationalisierter *Legacy*-Index = Summe ($\sum$) der Einzelfaktoren.

die politische Vorgeschichte des kommunistischen Systems. Eine substanzielle Demokratieerfahrung in der Zwischenkriegszeit wird dabei als eine auch nach dem Systemwechsel 1990 anschlussfähige Option gehandelt, keine oder nur minimale Demokratieerfahrungen werden als abträglich für einen programmatisch strukturierten Parteienwettbewerb gehandelt. (4) Schließlich wird noch der "Modus der Transition" als strukturelle Variable eingeführt. Dabei eröffnet ein Kollaps der Parteibürokratie den Raum für den (erneuten) Aufbau eines programmatischen Parteienwettbewerbs. Die präemptive Reform, als anderer polarer Typ, schreibt dagegen überkommene personale oder charismatische Mobilisierungsmechanismen auch im Postkommunismus fort.

Jede dieser Dimensionen (1-4) wird auf gleich gerichteten Ordinalskalen $\{0,\ldots,2\}$ abgetragen; niedrige Werte $\{0\}$ zeigen dabei der programmatischen Strukturierung abträgliche und hohe zeigen zuträgliche Kontexte $\{2\}$ an. (5) Der *Legacy*-Index fasst diese vier Dimensionen summarisch zu einem eindimensionalen Strukturindikator zusammen. Hohe Werte dieses Indikators $\{8\}$ signalisieren gute Optionen für die Herausbildung eines strukturierten politischen Wettbewerbs, niedrige Werte $\{0\}$ legen eine geringe programmatische Strukturierung und alternative charismatische oder klientelistische Mobilisierungsmechanismen nahe.

Schließlich tritt noch eine dynamische Komponente hinzu, die das Etikett "Systemzeit" trägt. Diese Variable bezeichnet den Zeitraum, gemessen in Jahren, der seit den ersten freien Wahlen zum nationalen Parlament verstrichen ist. Konträr zu den übrigen bezieht sich diese Variable auf die eher dynamischen Aspekte *institutionellen Lernens*. Zu Anfang der Transitionsphase, hier mit dem Beginn des Untersuchungszeitraums 1990, wird unterstellt, dass die typisierten *Legacies* der zentrale Faktor sind. Bei späteren Zeitpunkten, bis hin zum Endpunkt des Untersuchungszeitraums 2002, sollte dieser Effekt graduell nachlassen und durch die Effekte politischer Institutionen, den Erfolg wie Misserfolg von durch die gewählten Eliten implementierten *Policies* und andere, eher aktuelle Rahmenbedingungen schrittweise, mit zunehmender Systemzeit t, abgelöst werden. Dabei wird zudem unterstellt, dass die Anschlussoptionen für institutionelle Lerneffekte von der Art der *Legacies* der kommunistischen *Anciens Régimes* abhängen.

Kurze Zusammenfassung des Legacy-*Modells*

Vor der Formulierung von kontextsensitiven Untersuchungshypothesen soll an dieser Stelle noch ein kurze Zusammenfassung und Systematisierung des Modells vorgestellt werden, das die Binnendifferenzierung der Kontextfaktoren in den osteuropäischen Vergleichsstaaten abbildet.

1. Im ersten Schritt wird mit Kitschelt et al. (1999) argumentiert, dass die historischen und politischen Hinterlassenschaften der kommunistischen *Anciens Régimes*, hier abgebildet in der *Legacy*-Variable, die Bedingungen für die Herausbildung stabiler und programmatisch getragener politischer Parteiensysteme signifikant mitbestimmen. Kitschelt et al. (1999) definieren hier drei große *Legacy*-Typen, die historische Bedingungen, wie die Art und Qualität vorkommunistischer Demokratieerfahrungen, die sozioökonomische Basis der Gesellschaften und aktuellere Kontextfaktoren, etwa den Modus des Übergangs zu demokratischen politischen Systemen, bündeln. Die Optionen für die Herausbildung programmatisch getragener Parteien und Parteiensysteme nehmen in der Reihenfolge von bürokratisch-autoritären, national-akkommodativen und patrimonialen kommunistischen *Anciens Régimes* ab.

2. Der zweite Schritt betrifft den Konnex von programmatischer Unterfütterung und dauerhafter Institutionalisierung der Parteiensysteme. In dieser Studie wird argumentiert, dass nur programmatisch ausgerichtete Einzelparteien ein langfristig institutionalisiertes Parteiensystem hervorbringen können:

    a) Nur programmatisch verankerte Parteien können sich langfristig im politischen Spektrum etablieren. Dies wird einmal mit dem Modell, das Lipset und Rokkan (1967a) für die Demokratisierung Westeuropas entworfen haben, theoretisch erklärt und zudem in etablierten Demokratien wie im postkommunistischen Osteuropa empirisch beobachtet (vgl. von Beyme 1985: 29; Millard 2004: 108-114).

    b) Politische Parteiensysteme werden durch ein stetiges Gefüge parteipolitischer Interaktionsmuster stabilisiert und "geschlossen". Diese Art von Kooperationsbeziehungen können nur programmatisch fundierte, langfristig stabile und berechenbare Parteien entwickeln.

3. Drittens betreffen Faktoren wie die programmatische Ausbreitung einzelner Parteien auf unterschiedlichen *Issue*-Spektren, die programmatische "Kristallisierung" der Parteialternativen und die zeitliche und territoriale Stabilität der Parteiensysteme, die Volatilität, unmittelbar die Fähigkeit von Wählern und Parteieliten zu koordiniertem, strategischem Handeln:
   a) Wähler können nur dann eine mindestens einigermaßen stabile Präferenzhierarchie entwickeln und zum Maßstab ihrer Wahlentscheidungen machen, wenn die programmatischen Positionen der politischen Parteien klar erkennbare Alternativen abstecken und wenn die Parteien diese Programmatik hinreichend kohärent vertreten; eine klar ausgebildete Präferenzhierarchie ist die notwendige Bedingung für strategisches Handeln von Wählern und Parteieliten.
   b) Wähler können nur dann die Erfolgschancen von Kandidaten und/ oder Parteien sinnvoll einschätzen, wenn der politische Wettbewerb ein Mindestmaß an Stetigkeit aufweist; diese Kenntnis über die Erfolgschancen der einzelnen Wahlbewerber ist eine zweite notwendige Bedingung für strategisches Handeln von Wählern und Parteieliten.

Damit kann festgehalten werden, dass eine Fülle von empirischen Rahmenfaktoren mit den *Legacies* der kommunistischen *Anciens Régimes* systematisch verkoppelt ist. Das betrifft empirische Phänomene wie die Stabilität oder Volatilität der Parteiensysteme, ihre programmatische Differenzierung und "Kristallisierung". Dieses Faktorenbündel betrifft dezidiert die etwa von Cox (1997: 79) benannten Funktionsbedingungen für strategisches Handeln der Wähler und Parteieliten.

Im Folgenden wird deshalb unterstellt, dass die Funktionsbedingungen von Wahlsystemen systematisch von den *Legacy*-Typen abhängen.

3.3 Untersuchungsmodell und -strategie

Das kontextsensitive, empirische Untersuchungsmodell dieser Arbeit passt nun die allgemeinen, kontextunabhängig formulierten Hypothesen zum Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme und auf die Qualität politischer Repräsentation in die unterschiedlichen soziopolitischen Kontexte etablierter und "neuer" Demokratien und in die Binnendifferenzierung der osteuropäischen Vergleichsstaaten ein. Der Leitgedanke ist, dass gleichermaßen die skizzierten Differenzen in etablierten und in "neuen" Demokratien und die Binnendifferenzierung der postkommunistischen Vergleichsstaaten die Funktionsbedingungen von Wahlsystemen in unterschiedlichem Maße erfüllen und so ihre kontextsensitive Wirkung beeinflussen.

Herleitung von kontextsensitiven Hypothesen

Den konzeptionellen Ansatzpunkt dieser Überlegungen bildet, wie bereits bei den theoretischen Grundlagen dargelegt, die sorgfältige Differenzierung mechanischer und psychologischer Effekte von Wahlsystemen (vgl. zuerst Duverger 1959: 238). Mechanische Effekte wirken *kontextunabhängig* und erzeugen aus einer gegebenen Stimmenverteilung deterministisch eine bestimmte Mandatsverteilung. Dagegen wirken psychologische Effekte, die aus

den Komponenten "strategic voting" und "strategic entry" bestehen, *kontextabhängig* (79 Cox 1997); sie sind besonders auf die Strukturierung und Berechenbarkeit des politischen Wettbewerbs angewiesen.

Die zentrale These dieser Arbeit ist nun, dass der Wettbewerbskontext in den postkommunistischen Staaten, konträr zu den etablierten Demokratien, die Funktionsbedingungen der $M+1$-Regel nicht oder nur in einem geringen Maße erfüllt. In etablierten Demokratien sind, wie oben argumentiert, Strukturierung und Institutionalisierung der politischen Parteiensysteme noch immer dauerhaft und stabil. Eine solide soziopolitische Fundierung in der *Cleavage Structure* des jeweiligen Landes begrenzt die Optionen für Neubildungen, für Fusionen und für Spaltungen bestehender Parteien. Die Konsequenz ist ein strukturierter Wettbewerbskontext in regelmäßig gut institutionalisierten Parteiensystemen. Wähler können in diesem Kontext die jeweiligen Konkurrenzsituationen gut erschließen. Sie können die programmatischen Positionen der unterschiedlichen Wettbewerber feststellen, mit ihren eigenen *Issue*-Positionen vergleichen und aus diesen Kriterien eine hierarchische Präferenzordnung der Alternativen ableiten. Wähler sind weiter in der Lage, die Erfolgschancen ihrer Erstpräferenz einzuschätzen. Sind die Aussichten der bevorzugten politischen Kraft zu gering, weichen sie zweckrational auf niedrigere Präferenzen aus.

In postkommunistischen Staaten sind die Optionen für die Strukturierung und Institutionalisierung der Parteiensysteme *grosso modo* deutlich schlechter, sodass den Wählern die Option zum strategischen Verhalten tendenziell entzogen wird. Volatile Wettbewerbskontexte, vermengt mit charismatischen oder klientelistischen Mobilisierungsmechanismen, verhindern die kognitive Erschließung der jeweiligen Konkurrenzsituation und die Ableitung einer Präferenzhierarchie der Parteien oder Kandidaten. Sie erschweren gleichermaßen jede Einschätzung der Erfolgschancen unterschiedlicher Wahlbewerber, sodass unklar bleibt, welche der Listen oder Kandidaten die Aussicht auf einen Mandatsgewinn haben und welche dagegen chancenlos sind.

Innerhalb der elf osteuropäischen Staaten, der Vergleichsgruppe, sind die Kontextbedingungen jedoch keineswegs einheitlich, sondern sie variieren für die drei skizzierten *Legacy*-Typen. Die von Cox (1997: 79) gesetzten Rahmenbedingungen strategischen Wählens erfüllen komparativ noch am besten diejenigen postkommunistische Staaten, die bei bürokratisch-autoritären kommunistischen Systemen anschließen; national-akkommodative Vorgängerregimes bieten weniger gut institutionalisierte Rahmenkontexte und damit ungünstigere Funktionsbedingungen für psychologische Effekte von Wahlsystemen. Die kaum strukturierten, enorm personalisierten Wettbewerbskontexte derjenigen Systeme mit *Legacies* des patrimonialen Kommunismus bieten die schlechtesten Optionen für die Reduzierung der Kandidatenzahl im Sinne der $M+1$-Regel.

Die zweite Komponente des psychologischen Effekts, strategischer Eintritt oder Rückzug von Parteien und/ oder Kandidaten in den/ aus dem politischen Wettbewerb, wird von Cox (1997: 151-172) unter dem *Label* "strategic entry" als ein vom "strategic voting" abhängiges Phänomen behandelt. In diesem Konzept reagieren Parteieliten auf Erwartungen über strategisches Wahlverhalten. Müssen zurückliegende Listen oder Kandidaten damit rechnen, von ihren instrumentell orientierten Wählern verlassen zu werden, so treten sie zurück. Können die Parteien und Einzelkandidaten dagegen unterstellen, dass sie nicht von den Folgen strategischen Wahlverhaltens betroffen sind, herrscht eine offene Konkurrenzsituation, die möglicherweise noch neue Listen oder Kandidaten zum Eintritt ermutigt. "Strategic en-

try" basiert damit auf denselben Ansatzpunkten und Mechanismen wie "strategic voting", und beide Phänomene verstärken ihre gegenseitigen Effekte.

Vor diesem Hintergrund können, zunächst auf der Ebene einzelner Wahlkreise, zwei generelle Differenzierungen formuliert werden:

> **Differenzierung 1**
> Psychologische Effekte (ℙ) sind bei Wahlen in den etablierten Demokratien wirksam; die Funktionsbedingungen für die Koordination auf maximal $M+1$ Kandidaten in jedem Wahlkreis sind dort erfüllt ($N \leq M+1$).

> **Differenzierung 2**
> Psychologische Effekte (ℙ) sind bei Wahlen in postkommunistischen Staaten kaum wirksam; die Funktionsbedingungen für die Koordination auf maximal $M+1$ Kandidaten in jedem Wahlkreis sind dort nicht erfüllt. Deshalb wird die Anzahl der Listen/ Kandidaten (N), die Stimmen erhalten, vor allem in kleinen Wahlkreisen häufig höher als $M+1$ liegen ($N > M+1$).

Die kontextsensitiven Hypothesen dieser Arbeit bauen bei dieser zentralen Unterscheidung auf; sie sind Differenzhypothesen, die Unterschiede der Funktion von Wahlsystemen im postkommunistischen Osteuropa gegen die Folie des "Conventional Wisdom" in etablierten Demokratien und der induktiv davon abgeleiteten Theoriebildung abtragen. Im Folgenden werden deshalb die acht allgemeinen Hypothesen, die bei den theoretischen Grundlagen hergeleitet und erläutert wurden, wieder aufgegriffen und gleichermaßen für die Kontrollgruppe etablierter Demokratien wie für die Vergleichsgruppe postkommunistischer Staaten kontextspezifisch reformuliert.

Das erste Paar kontextsensitiver Hypothesen beschäftigt sich mit den Wirkungen von Mehrheits- und Verhältniswahlsystemen auf das Format nationaler Parteiensysteme:

> **Kontextsensitive Hypothese 1**
> Auf der nationalen Ebene errichten relative Mehrheitswahlsysteme eine institutionelle Schranke gegen die Proliferation von mehr als zwei Parteien im Elektorat und im Parlament:
>
> - in den etablierten Demokratien gilt die Konjunktion von relativen Mehrheitswahlsystemen mit Zweiparteiensystemen als eine empirische Generalisierung ("Duvergers Gesetz");
> - in den postkommunistischen Vergleichsstaaten dagegen werden die Funktionsbedingungen für "Duvergers Gesetz" tendenziell nicht erfüllt, sodass relative Mehrheitswahlsysteme keine effektiv wirksame Schranke gegen die Proliferation von mehr als zwei nationalen Parteien errichten.

> **Kontextsensitive Hypothese 2**
> Auf der nationalen Ebene errichten absolute Mehrheitswahl- und Verhältniswahlsysteme keine derart hohen institutionellen Barrieren und erlauben, je nach konkreter institutioneller Gestaltung, die Proliferation von mehr als zwei Parteien in Elektorat und Parlament:

- in etablierten Demokratien wirken sowohl verhaltensabhängige, mathematische Quoren, errichtet durch die durchschnittliche Wahlkreisgröße, als auch die gesetzte formale Sperrklausel gegen die Proliferation von Kleinparteien;
- in den postkommunistischen Staaten wirkt allein die formale Sperrklausel effektiv gegen die Proliferation *parlamentarischer* Parteien.

Das zweite Hypothesenpaar verlässt den Bereich der induktiven empirischen Generalisierungen und wendet sich der *Logik der Selektion* in den einzelnen Wahlkreisen zu:

Kontextsensitive Hypothese 3
In jedem einzelnen Wahlkreis, in dem M Mandate vergeben werden, beträgt im "Duvergerschen Gleichgewicht" die Obergrenze für die Anzahl der Listen/ Kandidaten, die Wählerstimmen empfangen, $M+1$ (*psychologischer Effekt*):

- in etablierten Demokratien dominieren koordinierte Situationen mit einer Reduktion auf $M+1$ kompetitive Kandidaten im Wahlkreis;
- in postkommunistischen Staaten errichtet die $M+1$-Regel keine wirksame institutionelle Schranke gegen die Parteienproliferation.

Kontextsensitive Hypothese 4
In jedem einzelnen Wahlkreis, in dem M Mandate vergeben werden, beträgt die gesetzte Obergrenze für die Anzahl der Listen/ Kandidaten, die Mandate erreichen, zwingend M (*mechanischer Effekt*):

- in etablierten Demokratien und in postkommunistischen Staaten ermöglicht der deterministische mechanische Effekt des Wahlsystems maximal M Listen/ Kandidaten, ein Mandat zu gewinnen;
- bleibt jedoch, vor allem in den postkommunistischen Staaten, die strategische Adaption von Wählern und von Parteieliten aus, werden die mechanischen Effekte sehr schroff wirken.

Die skizzierten Kontextdifferenzen, mit dem Einsetzen oder Ausbleiben psychologischer Effekte, betreffen aber nicht nur die Fragmentierung der lokalen Parteiensysteme, sondern auch die zweite Dimension abhängiger Variablen, die Qualität politischer Repräsentation. Das Ausbleiben psychologischer Effekte signalisiert, dass die Wähler in den postkommunistischen Staaten das "wasted vote"-Argument nicht zur Grundlage einer strategischen Wahlentscheidung nehmen. Deshalb wird *vice versa* der Anteil "verschwendeter" Stimmen, und damit die Distorsion im Verhältnis von Stimmen und Mandaten, deutlich höher liegen als in etablierten Demokratien.

Kontextsensitive Hypothese 5
Das Distorsionspotenzial D eines Wahlsystems sinkt, falls die Wahlkreisgröße M ansteigt; dieser Effekt kann analog zum mechanischen Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme modelliert werden:

- in etablierten Demokratien und in postkommunistischen Staaten korrelieren Disproportionalität und Wahlkreisgröße M negativ miteinander;
- soweit jedoch, vor allem in den "neuen" Demokratien Osteuropas, eine strategische Adaption von Wählern und Parteieliten ausbleibt, wird der Disproportionseffekt sehr schroff wirken.

Kontextsensitive Hypothese 6
Das Distorsionspotenzial D eines Wahlsystems steigt, wenn die Wahlkreisgröße M konstant bleibt, mit der Anzahl der Listen/ Kandidaten, die in den politischen Wettbewerb eintreten; dieser Effekt kann analog zum psychologischen Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme modelliert werden, und es gelten identische Funktionsbedingungen:

- in etablierten Demokratien und in postkommunistischen Staaten korrelieren Disproportionalität und die Anzahl der Listen/ Kandidaten, die Wählerstimmen empfangen, positiv miteinander;
- wenn psychologische Effekte im postkommunistischen Osteuropa nicht greifen und die Proliferation von Listen/ Kandidaten ermöglichen, kann die Disproportionalität erratisch hohe Niveaus erreichen.

Für die zweite Dimension der Repräsentationsqualität, die materielle Korrespondenz von Elektorat und Parlament, erzeugt die Kontextdifferenz von etablierten und "neuen" Demokratien ähnliche Konsequenzen. Das gilt insbesondere für Einerwahlkreise und deren Potenzial, eine enge programmatische Korrespondenz von Elektorat und Parlament herzustellen, denn ausbleibende psychologische Effekte von Wahlsystemen, also die Verletzung der $M+1$-Regel, unterlaufen gleichermaßen die Geltungsbedingungen des "median voter theorem" (Black 1958; Downs 1957), das einen zentripetalen Wettbewerb hin zur zentralen Position des Wählermedians postuliert.

Kontextsensitive Hypothese 7
Relative Mehrheitswahlsysteme ($M = 1$) haben das Potenzial, eine gute richtungspolitische Korrespondenz von Elektorat und Parlament zu gewährleisten. Die empirische Realisierung dieses Potenzials ist jedoch voraussetzungsvoll und an die empirische Gültigkeit von "Duvergers Gesetz" und Downs' "median voter theorem" gebunden:

- in etablierten Demokratien ist die materielle Korrespondenz von Elektorat und Parlament generell bei Mehrheitswahlsystemen nicht schlechter als bei Verhältniswahlsystemen;
- in den postkommunistischen Staaten sind die funktionalen Voraussetzungen für diese Korrespondenz jedoch nicht erfüllt.

Kontextsensitive Hypothese 8
Verhältniswahlsysteme ($M > 1$) stellen regelmäßig eine gute richtungspolitische Korrespondenz (K) von Elektorat und Parlament her; diese Eigenschaft steigt mit der Wahlkreisgröße M:

- in etablierten Demokratien ist die materielle Korrespondenz von Elektorat und Parlament bei Verhältniswahlsystemen gegeben;
- in den postkommunistischen Staaten sind die funktionalen Voraussetzungen für diese Korrespondenz besonders dann problematisch, wenn hohe Anteile des Elektorats parlamentarisch unrepräsentiert bleiben.

Wenn die Analyse der politischen Konsequenzen von Wahlsystemen darauf zielt, ein klares kausales Argument zu entwickeln, ist der Fokus auf die Wahlkreisebene unbedingt geboten, denn hier operieren die relevanten kausalen Faktoren. Von größerer *praktischer* Bedeutung ist jedoch die Bestimmung von Indikatoren zur Fragmentierung von Parteiensystemen und zur Qualität politischer Repräsentation im nationalen Aggregat. Auf der Wahlkreisebene kann mit der $M+1$-Regel ein klares, theoretisch gestütztes Kausalargument für die Effekte von Wahlsystemen angegeben werden; auf nationaler Ebene kann der Zusammenhang von Wahlsystem, hier der Wahlkreisgröße M, und der Anzahl der Listen oder Kandidaten N nur als eine empirische Verallgemeinerung gelten (Cox 1997: 186). Auf der nationalen Ebene ist die Leitfrage, wie die in den einzelnen Wahlkreisen koordinierten Gleichgewichte ($N \leq M+1$) – oder eben die nicht koordinierten Konkurrenzsituationen ($N > M+1$) – zum nationalen Aggregat summiert werden. Formal betrachtet tritt bei der Vermittlung von Wahlkreisebene und nationaler Ebene ein neues Koordinationsproblem auf, das sich diesmal nicht jeweils *innerhalb* eines Wahlkreises, sondern die Wahlkreise *übergreifend* stellt.

Wenn sich diese Hypothesen empirisch belegen lassen, bringt dies erhebliche Konsequenzen mit sich für die Beurteilung Mehrheits- und konsensdemokratischer Institutionensysteme in Osteuropa und für die Debatte zum "Constitutional Engineering" (Sartori 1994). Die abhängigen Variablen dieser Arbeit reflektieren die beiden zentralen Dimensionen zum Urteil über die politischen Konsequenzen des "Verfassungsingenieurwesens", Effizienz und Repräsentation. Mehrheitswahlsysteme haben, so der Konsens demokratietheoretischer Studien, ihre Vorzüge auf der Effizienzdimension, und ihre Defizite liegen im Bereich der Repräsentativität. Verhältniswahlsysteme dagegen leisten bei fragmentierten Parteiensystemen oft nur einen geringen Beitrag zur Effizienz, hier gemessen als Konzentration des parlamentarischen Parteiensystems mit der Option auf eine handlungsfähige Einparteiregierung. Sie bedienen jedoch, mit dem proportionalen Abbild der Wählerschaft, die Zielstellung Repräsentation.

Die hier vorgeschlagenen Hypothesen differenzieren das "Conventional Wisdom": Mehrheits- und Verhältniswahl realisieren ihre je spezifischen Vorzüge und Nachteile nur dann, wenn bestimmte Funktionsbedingungen gegeben sind. Dies trifft regelmäßig für etablierte Demokratien zu, seltener jedoch für Transitionsstaaten, insbesondere für die postkommunistischen Staaten Osteuropas. Dort zeichnen die formulierten Hypothesen vor allem ein skeptisches Bild für die Mehrheitswahl. Sie verfehlt das ihr unterstellte Systemziel Effizienz, wenn sie keine Konzentration des parlamentarischen Parteiensystems erzeugt, sondern eine hohe Fragmentierung der osteuropäischen Parlamente zulässt; auf der Repräsentationsdimension, der zweiten abhängigen Variablen, liegen ohnehin die den Mehrheitsregeln unterstellten Defizite. Sie werden, so die entsprechenden Hypothesen, in den postkommunistischen Staaten deutlich hervortreten.

Die "Verfassungsingenieure" bedienen sich deshalb vor allem bei empirischem Beispielmaterial aus etablierten Demokratien. Soll der "Eingriff" effektiv sein, werden im Sinne Sar-

toris (1986: 16) "starke" Institutionen benötigt. Besonders problematisch werden diese Zuschreibungen jedoch, wenn sie, auch bei dezidiert neoinstitutionalistisch orientierten Vorschlägen, fast exklusiv am empirischen Material etablierter Demokratien entwickelt werden (vgl. zum Beispiel Lijphart 1994a: 151). (1) Können Funktionsdifferenzen von Wahlsystemen in "alten" und "neuen" Demokratien gezeigt werden, verbieten sich induktive Generalisierungen im Lehrbuchwissen der "Verfassungsingenieure". Neben diesen meist wohlbegründeten Bedenken und den Sensibilitäten, die vor allem "Landeskenner" häufig vorbringen, verfolgt diese Studie aber auch ein konkretes und konstruktives Ziel. (2) Können bei den Rahmenbedingungen verschiedener postkommunistischer Staaten, bestimmt als die *Legacies* von bürokratisch-autoritärem, national-akkommodativem oder patrimonialem Kommunismus, unterschiedliche institutionelle Gestaltungsoptionen und unterschiedliche Perspektiven für den Erfolg wie Misserfolg institutionellen Lernens mit zunehmender Systemzeit (t) ausgemacht werden, gelingt es möglicherweise, bessere institutionelle Empfehlungen zu formulieren, die die jeweiligen Kontextfaktoren angemessen berücksichtigen. Deshalb zielt diese Untersuchung nicht darauf, Sartoris Konzept vom "Verfassungsingenieurwesen" pauschal als szientistisch oder technokratisch zu diffamieren. Vielmehr geht es darum, seine realen soziopolitischen Rahmenbedingungen auszuloten und mögliche Hinweise für eine "bessere" Politikberatung aufzuzeigen.

Aggregat- und Individualdaten

Die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen werden in dieser Studie ausschließlich mit Aggregatdaten, nicht mit Analysen auf der Individualebene untersucht. Diese Entscheidung ist leicht einzusehen, wenn es um die mechanischen Effekte von Wahlsystemen, die formale, mathematische Verwandlung von Stimmen- in Mandatsanteile, geht. Sie bedarf jedoch sicher einer genaueren Begründung, wenn die psychologischen Effekte von Wahlsystemen untersucht werden, die eine Verhaltenskomponente enthalten und von konkreten Einzelpersonen, von Wählern und von Parteieliten, ausgehen.

Während etwa Riker und Ordeshook (1968) in "The Calculus of Voting" die Frage problematisieren, warum überhaupt ein rationaler Akteur an einer Parlamentswahl teilnimmt, wenn der Gang zum Wahllokal individuelle Kosten verursacht, der Einfluss der eigenen Entscheidung auf den Wahlausgang jedoch bestenfalls marginal ist, hat die Forschung auch die strategische Rationalität derjenigen analysiert, die wirklich zur Wahl gehen. Eine Fülle einschlägiger Studien hat sich dezidierter, gestützt auf *Survey*-Daten, mit strategischem Wählen, besonders im britischen Mehrheitswahlsystem, beschäftigt (vgl. die Zusammenstellungen bei Alvarez und Nagler 2000; Blais und Nadeau 1996; Karp et al. 2002). In der Umfrageforschung werden zwei generelle Zugriffe auf strategisches Wahlverhalten versucht: Einmal kann ein Wähler direkt nach den wahlstrategischen Motiven seiner Entscheidung befragt werden. Alvarez und Nagler (2000: 62) können jedoch zeigen, dass die so ermittelten "Anteile" strategischer Wähler häufig sehr irreführend und widersprüchlich sind, weil die Befragten ihre Entscheidung rückwirkend als strategisch "rationalisieren". Der zweite Zugriff wird mit dem Etikett "direkte Methode" diskutiert. In dieser Perspektive gelten genau diejenigen Wähler als strategisch, die bei einer Parlamentswahl nicht diejenige Partei wählen, die sie als Erstpräferenz angeben, sondern auf eine Zweit- oder Drittpräferenz ausweichen.

Während die einfache Abfrage strategischer Motive bereits aus konzeptionellen Gründen nicht infrage kommt, bereitet auch die "direkte Methode" bei der empirischen Anwendung im osteuropäischen Transformationsprozess viele praktische Probleme, die ihre Brauchbarkeit sehr einschränken. Nicht nur strategisches Wahlverhalten, sondern auch seine Analyse mit der "direkten Methode" ist unbedingt auf eine ausgearbeitete und formulierte Präferenzhierarchie der Wähler angewiesen. Bei unklar ausgebildeten Präferenzhierarchien, die im kontextsensitiven Modell in den meisten der postkommunistischen Vergleichsstaaten erwartet werden, kann die Abkehr von einer Erstpräferenz bereits kaum mehr nachgewiesen werden. Bei nicht programmatisch, sondern personal ausgerichteter politischer Konkurrenz wird zudem sehr unklar, ob denn eine Abkehr von einem Kandidaten oder einer Partei auch eine "strategische Abkehr" ist.

Mehr noch als methodische Erwägungen spricht eine konzeptionelle Überlegung gegen die Verwendung von *Survey*-Daten in dieser Untersuchung. Wann immer im Folgenden von "psychologischen Effekten" unterschiedlicher Wahlsysteme geschrieben wird, bezieht sich dieser Terminus stets auf strategisches Wahl- *und* Kandidaturverhalten, also auf weit mehr als nur das "strategische Wählen", das möglicherweise in der Umfrageforschung abgeprüft werden kann. Die Beschränkung auf Wahlstudien würde somit die Perspektive schlicht halbieren, und tatsächlich können psychologische Effekte von Wahlsystemen nur da analysiert werden, wo strategisches Wahl- und Kandidaturverhalten konvergieren, im einzelnen Wahlkreis. Deshalb greifen psychologischen Effekte von Wahlsystemen über das "strategische Wählen" hinaus; sie sind *in toto* ein Aggregat-, nicht ein Individualphänomen.

Vergleichsanlage: Vergleichsgruppe und Kontrollgruppe

Die Rahmenbedingungen für die Effekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme und politische Repräsentation sind in etablierten Demokratien und in postkommunistischen Staaten dezidiert "most different" (vgl. Przeworski und Teune 1970). Die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen werden dabei einmal unter den empirisch günstigsten, stabilsten Kontextfaktoren und einmal unter den empirisch ungünstigsten, instabilsten Kontextfaktoren getestet. Beide *Samples*, die postkommunistischen Vergleichsstaaten und die Kontrollgruppe etablierter Demokratien, sind damit intern jeweils "most similar", also im Sinne von Arend Lijphart (1971; 1975) aus "vergleichbar ähnlichen" Fällen zusammengesetzt.

Die elf Staaten der postkommunistischen Vergleichsgruppe blicken jeweils, nach dem Eintritt in den Systemwechsel 1990, auf eine acht- bis zwölfjährige Phase demokratischer Wahlen zurück und haben sich, wenn auch mit einigen Abstrichen in jüngster Zeit, als liberale Demokratien konsolidiert.[13]

Die Kontrollgruppe geht wesentlich auf einen von Arend Lijphart (1994a) zusammengestellten Datensatz zurück, der 384 Wahlen in 27 Staaten dokumentiert. Das Kriterium für die Auswahl der Fälle ist die etwa seit Beginn des Untersuchungszeitraums 1945 ungebrochene, demokratische Wahlgeschichte. Das betrifft zunächst 16 europäische Staaten: Belgien,

13 Einen Überblick der aktuellen Einschätzungen der Entwicklung bürgerlicher Teilhabe- und Abwehrrechte bieten die in Tabelle 3.1 zusammengestellten *Freedomhouse-Scores*. Alle elf Vergleichsstaaten gelten im Längsschnitt als "free" oder mindestens als "partly free"; die neueren Berichte (2003) beurteilen jedoch die Entwicklung in Russland und in der Ukraine signifikant skeptischer als ältere Einschätzungen (vgl. `http://www.freedomhouse.org/`).

Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, die Schweiz und weiter acht langfristig stabile Demokratien außerhalb Europas: Australien, Costa Rica, Indien, Israel, Japan, Kanada, Neuseeland und die Vereinigten Staaten. Hinzu kommen noch drei Staaten ohne langfristige demokratische Kontinuität, die jedoch mittlerweile als stabil und hinreichend demokratisch konsolidiert gelten können: Griechenland, Portugal und Spanien (vgl. Lijphart 1994a: 2-3). Zusätzliche Beobachtungen auf der Ebene einzelner Wahlkreise sind vor allem zwei weiteren Quellen entnommen: (1) Einem von Daniele Caramani (2000) zusammengestellten Datensatz, der Stimmenanteile auf der Wahlkreisebene in 18 westeuropäischen Staaten dokumentiert, und (2) den im "Lijphart Elections Archive" (LEA) dokumentierten Datensätzen, die Stimmen- und Mandatsanteile auf der Ebene einzelner Wahlkreise enthalten.[14]

In einem Lehrbuch zur vergleichenden Politikwissenschaft formuliert B. Guy Peters (1998: 30) eine einfache Grundregel für die Anlage von Forschungsfrage und Untersuchungsdesign: "Maximise experimental variance, minimise error variance, and control extraneous variance". Der erste Halbsatz der Aussage bezieht sich auf den kausalen Mechanismus, der vergleichend geprüft wird. Soll der Einfluss einer unabhängigen Variablen (X) auf die abhängige Variable (Y) analysiert werden [$X \rightarrow Y$], ist die Varianz der abhängigen Variablen (Y) ein vorrangiges Kriterium. Untersuchungen, deren abhängige Variable nicht variiert, gelten in konzeptionellen Überlegungen zur Anlage vergleichender Studien als falsch entworfen (King et al. 1994: 129-137). Peters (1998: 32) führt als Beispiel Demokratisierungsstudien an, die nur Fälle eines erfolgreichen Übergangs zur Demokratie als abhängige Variable aufnehmen. Neben diesem Kernzusammenhang des kausalen Modells sind zwei verschiedene Arten von Störfaktoren angesprochen: die unsystematische Fehlervarianz und die systematische externe Varianz. Die Fehlervarianz bezeichnet den Messfehler in der abhängigen Variablen, der zufällig verteilt ist und keine systematischen Verzerrungen induziert. Die externe Varianz dagegen erfasst systematische, bislang im Modell nicht "kontrollierte" Effekte, die neben dem kausalen Mechanismus [$X \rightarrow Y$] auf die abhängige Variable wirken.

Das hier vorgestellte Untersuchungsmodell erfüllt die von Peters (1998: 30) aufgestellten Kriterien zu Fallauswahl und Untersuchungsanlage. Die in der Vergleichsgruppe und in der Kontrollgruppe ausgewählten Fälle decken eine ganze Bandbreite an unterschiedlichen Wahlsystemtypen ab, und auch die abhängigen Variablen variieren jeweils deutlich, sodass eine beträchtliche "experimentelle Varianz" vorliegt. Die jeweils am "most similar systems design" orientierte Auswahl der Fälle eröffnet dazu effektive Möglichkeiten, externe Effekte auf die untersuchten kausalen Mechanismen zu "kontrollieren" (vgl. vor allem Lijphart 1971; 1975), und die Kontrastierung von Vergleichs- und Kontrollgruppe ermöglicht als zusätzlichen Kontrollmechanismus Tests auf die Robustheit oder Kontextabhängigkeit der gefundenen Beziehungen. Problematischer, das soll nicht verschwiegen werden, ist jedoch vor allem bei den elf osteuropäischen Vergleichsstaaten die Kontrolle des unsystematischen Fehlers, der "error variance" (Peters 1998: 32-33). Damit sind, auch wenn gerade osteuropäische Wahlresultate häufig fehlerhaft, widersprüchlich oder unvollständig in der Literatur oder selbst in offiziellen Wahlstatistiken dokumentiert werden, weniger schlich-

14 Die Datensammlung des "Lijphart Elections Archive" (LEA), die auch viele der von Cox (1997) benutzten Datensätze enthält, ist im Internet zugänglich unter `http://dodgson.ucsd.edu/lij/`.

te Datenfehler gemeint. Jedoch liegt auf der Hand, dass unter den *mindestens* zu Beginn des Systemwechsels turbulenten Rahmenbedingungen eine Fülle von Faktoren als "Random Noise" die abhängigen Variablen der Untersuchung mitbeeinflussen. Einfache Auswege aus diesem Problem gibt es nicht, jedoch ist gerade in vergleichsweise volatilen Kontexten die sorgfältige und problembewusste Erhebung und Operationalisierung der Variablen eine *conditio sine qua non*. Weiterhin ist deshalb zentral, dass nicht nur gefundene kausale Mechanismen genannt werden, sondern gleichermaßen die Unsicherheit über die gefundenen Beziehungen konkret angegeben wird (vgl. dazu detailliert King et al. 1994: 31-32; 76).

Diese Vergleichsanlage wird teils noch auf "homogenere" Kontexte mit einer Binnenperspektive auf einzelne Vergleichsstaaten vertieft. Dieses *Setting* verspricht eine besonders genaue "Kontrolle" der "externen Varianz" und betrifft Vergleichsstaaten, die unterschiedliche Wahlregeln mehr oder weniger parallel anwenden (vgl. zu dieser Strategie auch die exemplarische Analyse ungarischer Kommunalwahlen bei Benoit 1999a). Das sind etwa verschiedene Segmente in kombinierten Wahlsystemen mit doppelter Stimmgebung (Litauen, Russland, Ukraine und Ungarn), bei bikameralen Staaten direkte Wahlen zum "Oberhaus" oder Senat (Polen, Rumänien, Tschechische Republik) oder direkte Präsidentenwahlen (Bulgarien, Litauen, Polen, Rumänien, Russland, die Ukraine und, seit 1999, die Slowakei). In all diesen *Settings* kann unterstellt werden, dass, mit der Ausnahme der zentralen unabhängigen Variablen, dem jeweiligen Wahlsystem, alle übrigen soziopolitischen Rahmenbedingungen als identisch und damit "kontrolliert" gelten können (vgl. auch die analogen Überlegungen bei Birch 2000b; Moser 2001a;b).

Der abschließende Aspekt im Untersuchungsmodell betrifft die Spezifikation von "unit of analysis", "unit of measurement" und "unit of observation". In dieser Arbeit wird mit einer Fülle von Aggregatdaten und teils mit aggregierten *Survey*-Daten zu Wahlsystemen und Parteiensystemen aus der postkommunistischen Vergleichsgruppe und der Kontrollgruppe etablierter Demokratien gearbeitet. Dabei werden abhängige wie unabhängige Variablen teils auf der Wahlkreisebene, teils auf der nationalen Ebene bestimmt, und je nach Bezugspunkt wird, bei der postkommunistischen Vergleichsgruppe, analytisch mit elf Vergleichsstaaten, 36 Wahlen zu nationalen Parlamenten und mehreren tausend Wahlkreisdaten operiert. Die "unit of measurement" sind die Stimmen- und Mandatsanteile einzelner Parteien oder Kandidaten auf der Wahlkreisebene und auf nationaler Ebene.

Die "unit of measurement" ist aber nicht die "unit of analysis". Das analytische Interesse richtet sich auf die abgeleiteten Variablen Fragmentierung der Parteiensysteme im Elektorat und im Parlament und, bei der Dimension Repräsentationsqualität, auf die Abweichungen von Stimmen- und Mandatsanteilen und die richtungspolitische Korrespondenz von Wählerpräferenzen, gewähltem und parlamentarischem Parteiensystem. Diese Maße können wieder auf der Wahlkreisebene und auf der nationalen Ebene bestimmt werden. Diese beiden Ebenen gehen damit, für jede der 36 Wahlen in den elf Vergleichsstaaten, je als "unit of observation" in die Analyse ein; sie sind jedoch nicht gleichwertig. Auch wenn, insbesondere im Lichte neuer theoretischer Beiträge (allen voran Cox 1997) der Fokus auf die Wahlkreisebene zur Konstruktion eines kausalen Arguments zwingend notwendig ist, interessiert in letzter Konsequenz der Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme und die Qualität politischer Repräsentation auf *nationaler* Ebene. Dies sind die zentralen Explananda dieser Untersuchungsanlage.

Neben der kausalen Konstruktion des Arguments spricht aber noch ein weiterer, pragmatischer Grund für den Fokus auf die Wahlkreisebene. Bei der turbulenten Entwicklung von Wahlsystemen, Parteiensystemen und politischer Repräsentation im postkommunistischen Osteuropa konstituieren die 36 Wahlen in elf Vergleichsstaaten durchaus voneinander unabhängige Fälle. King et al. (1994: 219-223) schlagen aber bei begrenzten Fallzahlen einen Fokus auf die "Untereinheiten" der analysierten Fälle vor, um weitere Beobachtungen zu generieren und so das *Small-N*-Problem zu mindern. Konzeptionell, vor allem bezogen auf die Fallzahl, trägt die Wahlkreisebene der Analyse also neue "Beobachtungen" zur besseren Validierung statistischer Verfahren ein (zur "statistischen Methode" vgl. auch Lijphart 1975), nicht aber genuin neue "Fälle", die bessere Perspektiven zur Verallgemeinerung der gefundenen Kausalbeziehungen bieten; sie erhöht die *interne*, jedoch nicht die *externe* Validität.

3.4 Zusammenfassung

Mit diesen Entscheidungen steht ein Untersuchungsmodell bereit, dessen Tragfähigkeit in den folgenden empirischen Kapiteln geprüft wird. Seine Kerndimensionen werden aufgespannt durch (1) zwei *Sets* von allgemeinen und kontextsensitiven Untersuchungshypothesen und (2) zwei empirische *Sets* von systematisch ausgewählten Vergleichsfällen, einmal aus etablierten Demokratien und zweitens aus elf Vergleichsstaaten im postkommunistischen Osteuropa. Mit dieser doppelten Perspektive wird in dieser Arbeit, vor dem Hintergrund des "Conventional Wisdom" etablierter Hypothesen und etablierter Demokratien, ein kontextsensitiv zugeschnittenes Modell der politischen Konsequenzen von Wahlsystemen in den "neuen" Demokratien des postkommunistischen Osteuropas diskutiert.

Die folgenden Kapitel (4, 5, 6 und 7) setzen dieses gleichermaßen institutionenorientierte und kontextsensitive Untersuchungsmodell um. Sie sind dabei stets analog aufgebaut und beginnen mit der Operationalisierung und Diskussion der jeweils zentralen Variablen. Kapitel 4 stellt zunächst die zentrale unabhängige Variable, die Wahlsysteme in den elf osteuropäischen Vergleichsstaaten, vor und gibt einen kurzen Überblick der Wahlsysteme in der Kontrollgruppe etablierter Demokratien. Im Anschluss wird der Effekt von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von postkommunistischen Parteiensystemen vor dem Hintergrund theoretischer Hypothesen und des "Conventional Wisdom" aus etablierten Demokratien systematisch analysiert (5 und 6). Das folgende abschließende Kapitel beschäftigt sich, analog konstruiert, mit den Wirkungen von Wahlsystemen auf die Qualität politischer Repräsentation in osteuropäischen Staaten (7).

4 Wahlsysteme in "alten" und in "neuen" Demokratien

Diese Studie beschäftigt sich mit den politischen Konsequenzen von Wahlsystemen in heterogenen Kontexten, respektive in den "neuen" Demokratien Osteuropas. Der konzeptionellen Vorstellung zentraler kausaler Mechanismen und ihres soziopolitischen Funktionskontexts folgt nun die detaillierte Operationalisierung der zentralen unabhängigen Variablen. Die erste Zielstellung dieses Kapitels ist deshalb die Entwicklung eines logischen, deduktiven Systems von Dimensionen, das hinreicht für die stringente und empirisch anwendbare Typologie und Operationalisierung komplexer empirischer Wahlsysteme (Kapitel 4.1).

Die zweite Zielstellung dieses Kapitels ist eine empirische. Sie besteht zunächst in der Vorstellung und Operationalisierung empirischer Wahlsysteme in den "neuen" Demokratien Osteuropas, die in die Grundtypen Mehrheitswahl, Verhältniswahl und kombinierte Wahlsysteme gegliedert ist (4.2). Dem schließt sich ein kurzer Überblick der Wahlsysteme in der Vergleichsgruppe etablierter Demokratien Westeuropas an (4.3).

4.1 Definition und Operationalisierung von Wahlsystemen

"Wahlsysteme" werden in dieser Arbeit in einem engen Sinne gefasst. Sie bezeichnen einen Ausschnitt des umfassenden Komplexes "Wahlrecht", nämlich die Verfahren zur Abgabe von Wählerstimmen und zur Umsetzung dieser Wählerstimmen in Parlamentsmandate.[1]

Die Typologie von Wahlsystemen ist gleichermaßen einfach und umstritten. Zunächst sind die "klassischen" Typen von Mehrheits- und Verhältniswahlsystemen, an denen sich das bislang vorgetragene konzeptionelle Argument orientiert, hinreichend eingeführt und eigentlich selbstevident. Spätestens beim empirischen Detailreichtum konkreter Wahlsysteme zeigt sich aber regelmäßig, dass sich die typologische Verortung von Wahlsystemen nicht auf einen in der Literatur geteilten und logischen Satz von konkreten Definitionsregeln stützen kann (vgl. schon den Befund bei Lijphart 1987: 101). Das gilt einmal für lange bekannte Wahlsystemtypen wie die irische *Single Transferable Vote*, deren alternative Zuordnung zu den Majorz- oder Proporzregeln weiterhin umstritten ist, als auch besonders für wahlsystemische und -technische Innovationen wie die in neuerer Zeit und vor allem in Osteuropa sehr verbreiteten "kombinierten" Wahlsysteme (vgl. Shugart und Wattenberg 2001d).

In der deutschen Wahlsystemdiskussion dominiert die von Dieter Nohlen (2000) vorgelegte Typologie, und sie wird regelmäßig in empirisch orientierten Studien verwendet und reproduziert (vgl. Beichelt 1998; 2001; Grotz 2000). Ihr konzeptioneller Ausgangspunkt ist eine Kritik "traditioneller" Definitionen von Mehrheits- und Verhältniswahl: Mehrheitswahl bedeute den Mandatsgewinn für denjenigen Kandidaten, der die meisten Stimmen erreiche; Verhältniswahl ziele auf die proportionale Abbildung der Wählerstimmen im Parlament (Nohlen 2000: 122-123). Nohlen kritisiert nun, dass die erste Definition, die der Mehrheitswahl, auf die formale Entscheidungsregel abhebe, die der Verhältniswahl jedoch durch

1 "*Electoral laws are those which govern the processes by which electoral preferences are articulated as votes and by which these votes are translated into distributions of governmental authority (typically parliamentary seats) among the competing political parties*" (Rae 1967: 14; Hervorh. im Original).

das unterlegte "Repräsentationsprinzip" bestimmt sei. Diese Definition sei damit asymmetrisch, inkonsistent und letztlich untauglich. Nohlen skizziert schließlich zwei Auswege aus diesem Dilemma: einmal die konsistente Orientierung an den technischen Entscheidungsregeln eines Wahlsystems oder alternativ an den im "Repräsentationsprinzip" manifesten politischen Zielstellungen. Er entscheidet diese Alternative für die politischen Zielstellungen: "In der Definitionsfrage der Grundtypen entscheiden wir uns folglich dafür, die Funktion des Systems, das Systemziel, zum Kern der kategorialen Unterscheidung zu machen. Die auf dem Merkmal fußende Dichotomie zwischen den Repräsentationsprinzipien Mehrheitswahl und Verhältniswahl ist insofern deutlicher, als der Gegensatz von Prinzipien stärker ist als der von Techniken und von hochrangig kontextabhängigen Auswirkungen" (Nohlen 2000: 125). Die Entscheidung für das "Repräsentationsprinzip" als basales Definitionskriterium sei zudem durch seine besondere politische "Relevanz" (Nohlen 2000: 133) inhaltlich begründet.

Mit der Differenzierung von "Repräsentationsprinzip" und Entscheidungsregel legt Nohlen ein hierarchisches Definitionssystem fest, das die Unterscheidung der beiden dichotomen Repräsentationsziele Mehrheits- und Verhältniswahl zum basalen Kriterium der Typologie nimmt. Unterhalb dieser Ebene sind die Entscheidungsregeln angeordnet, die technischen Methoden zur Erreichung der normativ aufgeladenen "Repräsentationsprinzipien": "Repräsentationsprinzip und Entscheidungsregeln verhalten sich zueinander wie Ziele und Mittel" (Nohlen 2000: 133). So werden die Entscheidungsregeln absolute und relative Mehrheitswahl als alternative Methoden zur Erreichung des Repräsentationsziels der Mehrheitswahl begriffen, und bei den Verhältniswahlsystemen hilft ein ganzes Spektrum von Verrechnungsformeln und Wahlkreisgrößen, alternative Proporzziele zu realisieren. Hier konzentriert sich die Kritik an dieser Typologie besonders auf zwei einzelne, zentrale Problemfelder: Das strikt dichotomische Ordnungssystem von Mehrheits- und Verhältniswahl und die mangelnde inhaltliche Aufklärung und analytische Trennschärfe des zum basalen Differenzkriterium erhobenen "Repräsentationsprinzips".

Nohlen (2000: 122-130; 163-181) insistiert wiederholt, jedes empirische Wahlsystem dichotomisch einem der dualen "Repräsentationsprinzipien" Mehrheits- und Verhältniswahl zuzuordnen. Kombinationen von Mehrheits- und Verhältniswahlelementen sind nur auf der nachgeordneten Ebene technischer Entscheidungsregeln möglich, die "Repräsentationsprinzipien" treten dagegen (mindestens für Nohlen) nur in Reinform auf. Diese bipolare Klassifikation korrespondiert mit den Basispositionen demokratietheoretischer Konzepte. Das mag konzeptionell gleichermaßen reizvoll und einfach sein, jedoch ist die theoretische und ideengeschichtliche Fundierung nur eines von vielen denkbaren Gütekriterien. Gerade eine systematisch und empirisch ausgerichtete Studie bleibt auf Begriffsbildungen und Typologien angewiesen, die gleichermaßen theoretisch fundiert, inhaltlich wie logisch stringent und empirisch sinnvoll anwendbar sein müssen.

Nohlens Typologie leistet das nicht, und ihre besonderen Probleme liegen in den Bereichen der logischen Stringenz und praktischen Verwendbarkeit. Das wird besonders deutlich, wenn die Perspektive über die (im Übrigen typologisch immer unstrittigen) Grundtypen wie relative Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen oder Verhältniswahl in mittleren und großen Wahlkreisen hinaus erweitert wird. Problematischer zuzuordnen sind schon herkömmlich bekannte Systeme wie die *Limited Vote*, die *Single Transferable Vote* oder das japanische *Single Non Transferable Vote*-Verfahren, die häufig in der etwas obskuren Katego-

rie der "semiproportional systems" (vgl. u.a. Bogdanor 1983; Lakeman 1970; Lijphart et al. 1986) aufgehen und die Nohlen dezisionistisch der Mehrheitswahl zuordnet. Vollends unmöglich wird aber die Subsumtion kombinierter Wahlsysteme, die nun bereits als "The Electoral Reform of the Twenty-First Century" (Shugart und Wattenberg 2001b) dargestellt werden. Wird etwa eine Hälfte der Mandate nach relativer Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen und die andere unabhängig davon nach Verhältniswahl in mittleren oder großen Wahlkreisen vergeben, erscheint die Zuordnung eines derart "kombinierten" Systems zu den ideengeschichtlich geronnenen Basistypen Mehrheits- und Verhältniswahl schlicht unmöglich. Vielmehr fehlt hier jede Grundlage, dem Wahlsystem *in toto* eines der dichotomen Repräsentationsziele Majorz oder Proporz zu unterstellen; es bedient beide zu gleichen Anteilen und ist damit, auch auf der Ebene des "Repräsentationsprinzips", schlicht ein kombiniertes Wahlsystem.[2]

Der Fokus auf ein "Repräsentationsprinzip", das den Entscheidungsregeln gegenübergestellt wird, erweist sich nicht nur durch die dichotome Ausgestaltung dieser Dimension als problematisch, sondern das basale Differenzkriterium der Typologie ist inhaltlich kaum trennscharf, produziert sehr widersprüchliche Kategorien und taugt deshalb letztlich nicht als Basis einer Definitionsstrategie. Wie nämlich das basale Kriterium in Nohlens Definitionsstrategie, das "Repräsentationsprinzip", inhaltlich gefasst sein soll, wird jenseits der exemplarischen Diskussion polarer Alternativen, die sowieso unumstritten sind, nicht angegeben. Ein typologischer Zugriff kann dabei einmal an den empirisch beobachteten Auswirkungen eines konkreten Wahlsystems festgemacht werden. Nohlen verweist aber darauf, dass eine solche Operationalisierung nicht nur die Kontextabhängigkeit politischer Institutionen missachtet, sondern darüber hinaus nicht geeignet sein kann, wesentliche Evaluationskriterien von Wahlsystemen zu prüfen. Wird nämlich ein Wahlsystem durch seine empirischen Effekte auf Parteiensysteme und/ oder die Qualität politischer Repräsentation klassifiziert, taugt es nicht gleichzeitig als Explanans für die Effekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme und Repräsentationsqualität in einer empirischen Analyse (so auch Nohlen 2000: 124-125).

Ein alternativer typologischer Zugriff bezieht sich auf die *a priori*, theoretisch bestimmte "Zielstellung" des Wahlsystems. Nohlen optiert für diese Definitionsstrategie, ihm misslingt jedoch, einmal abgesehen von einigen plakativen Beispielen, die sich regelmäßig mit den einfachen Grundtypen der Wahlsysteme beschäftigen, jede stringente inhaltliche Fassung seines zentralen Differenzkriteriums. Die Vorstellung, ein Wahlsystem verfolge ein konkretes, einheitliches "Repräsentationsziel", ist ohnehin etwas schwierig, und gerade wenn konkrete Wahlsysteme, vor allem in den osteuropäischen Transitionsprozessen, als verhandelte Kompromisse verschiedener Interessen von Nomenklatura und Regimeopposition eingerichtet werden, hilft auch der Rekurs auf seine Entstehungsgeschichte und mit ihr verwirkte Intentionen der Verfassungsgeber konzeptionell nicht weiter.

2 Bei Nohlen und Kasapovic (1996: 19-20) liest sich das etwa so: "Alle Wahlsysteme, so unterschiedlich sie im einzelnen sind, lassen sich einem der beiden Repräsentationsprinzipien zuordnen. *Tertium non datur.* (...) Selbst wenn Wahlsysteme technische Elemente, die gewöhnlich in Mehrheitswahlsystemen vorkommen (...), mit anderen technischen Elementen kombinieren, die gewöhnlich in Verhältniswahlsystemen vorzufinden sind (...), ist das Wahlsystem in seiner Gesamtheit nur einem Repräsentationsprinzip zuzuordnen: der Mehrheitswahl oder der Verhältniswahl." Die inhaltliche Begründung folgt in einer Fußnote, die dem Leser erläutert, man unterscheide schließlich auch "kategorial zwischen Tag und Nacht".

Werden nun in einer solchen wahlsystemischen "Ideenlehre" die Dimensionen "Repräsentationsprinzip" (finale Ebene) und Entscheidungsregel (modale Ebene) künstlich auseinandergezogen, entstehen auch teils kuriose Zuordnungen, wie die Einschätzung, Verhältniswahl in kleinen Wahlkreisen ($M < 5$) sei Mehrheitswahl (Nohlen 2000: 172). Generell gerät Nohlens dezisionstische Dichotomie aber durch stets neue wahlsystemische Innovationen, die gerade seit 1990 verstärkt entstanden sind, zunehmend unter Druck. Die Zuordnung zu den angeblich so "antithetischen" Prinzipien wird damit zunehmend unmöglich, und außer dem Appell an das zur typologischen Verortung konkreter Wahlsysteme notwendige "Fachwissen" gibt Nohlen keinerlei konkretes Differenzkriterium seiner Pole an.

Eine ähnliche Operationalisierung der unabhängigen Variablen schlägt Giovanni Sartori (1986; 1994) vor. Ähnlich wie Nohlen, macht Sartori seine Typologie einmal an den unterstellten Repräsentationszielen eines Wahlsystems fest, und er bezieht sich zweitens auf dessen *a priori* vermutete, "manipulative" Effekte auf das Verhalten der Wähler: "(...) an electoral system that unquestionably exerts a manipulative influence, will be classified as being a *strong* electoral system. Conversely, if an electoral system exerts no such influence or exerts it only minimally, I propose to class it as a *feeble* electoral system. (...) a pure PR system is a no-effect system" (Sartori 1986: 16; Hervorh. im Original). "Starke" Wahlsysteme sind damit diejenigen, die strategische Effekte auf das Wählerverhalten, das, was Duverger (1959) als psychologische Effekte gefasst hat, entwickeln. "Schwache" Wahlsysteme erzeugen keine vergleichbaren Konsequenzen, sie regen nicht "strategic voting", sondern "sincere voting" an. Mehrheitswahl ist demnach ein "starkes", Verhältniswahl ein "schwaches" Wahlsystem, und alle empirischen Wahlsysteme können nach ihren antizipierten Effekten auf diesem Kontinuum angeordnet werden.

Der Vorzug der Typologie liegt darin, dass Sartori nicht auf einer strikten Dichotomie von "Repräsentationsprinzipien" besteht, sondern kombinierte Wahlsysteme, er verweist zum Beispiel auf Russland, Italien, Japan und Neuseeland, als das erfasst, was sie sind, nämlich "truly mixed systems" (Sartori 1994: 5, 12). Die Konstruktion eines unipolaren Kontinuums, mit der "reinen" Verhältniswahl, dem "no-effect system", als Ursprung, korrespondiert zudem eng mit dem bereits diskutierten, vor allem von Cox (1997) vertretenen Kausalmodell. Das "no-effect system" bezeichnet dabei Wahlsysteme mit einer nahezu unbegrenzten "carrying capacity" für Listen und/ oder Kandidaten, und je "stärker" ein Wahlsystem wird, etwa bei Absenkung der Wahlkreisgröße, um so geringer wird seine "carrying capacity". Wenn Nohlens demokratietheoretisch fundiertes, dichotomisches System so durch ein analytisches Kontinuum ersetzt wird, das, in Korrespondenz zur Theorie der Wahlsysteme, die graduelle Abtragung komplexer empirischer Systeme ermöglicht, ist dies ein wichtiger und sinnvoller Schritt hin zu einer empirisch anwendbaren Typologie der Wahlsysteme. Jedoch bleibt auch bei Sartoris Kontinuum von "strong" bis "feeble" letztlich unklar, wie diese kategoriale Achse inhaltlich genau gefasst sein soll und auf welche Weise unterschiedliche, teils widersprüchliche technische Details komplexer Wahlsysteme auf dem Kontinuum abgetragen werden. Das Resultat ist die unidimensionale Klassifizierung der Wahlsysteme von "feeble" bis "strong"; wie jeweils einzelne Gestaltungsmerkmale konkreter Wahlsysteme in diese Typologie eingehen, wird jedoch nicht erläutert.

Aus diesen Gründen trägt die Differenzierung von finaler und modaler Komponente, von materiellem "Repräsentationsprinzip" und technischer Entscheidungsregel, nicht. Eine logisch konsistente und trennscharfe Typologie kann nur zuerst bei den technischen Elemen-

ten von Wahlsystemen ansetzen (vgl. auch Katz 1997: 109; Massicotte und Blais 1999: 345): Bei der Typologie von Wahlsystemen verläuft die grundlegende Unterscheidung zwischen Mehrheits- und Verhältniswahlsystemen. Bei Mehrheitswahlsystemen ist die Mehrheit der Wählerstimmen in einem Wahlkreis zum Mandatsgewinn erforderlich; das kann entweder eine relative Mehrheit (mehr Stimmen als jeder andere Einzelbewerber/ jede andere Liste) oder eine absolute Mehrheit (mehr als fünfzig Prozent der Stimmen) sein. Bei Verhältniswahlsystemen reicht dagegen ein bestimmter Anteil der Stimmen zum Mandatsgewinn aus; dieser Anteil wird konkret durch die proportionale Verrechnungsformel definiert. Neben diesen beiden Grundtypen existieren gleichberechtigt und in stetig zunehmender Anzahl kombinierte Wahlsysteme (vgl. vor allem Shugart und Wattenberg 2001d). Dieser Typ markiert eine ganze Reihe von wahlsystemischen Variationen, die die Entscheidungsregeln von Mehrheits- und Verhältniswahl gleichberechtigt kombinieren und die nicht mehr einer der klassischen, dichotomen Alternativen zugeordnet werden können.

Dimensionen von Wahlsystemen

Für die Analyse konkreter empirischer Wahlsysteme muss nun eine genauere und stringentere Typologie bereitgestellt werden als die klassische Dichotomie der angeblichen "Repräsentationsprinzipien" Mehrheits- und Verhältniswahl. Angelehnt bei den einflussreichen Studien von Rae (1967) und Lijphart (1994a) werden deshalb, unterhalb der Ebene von Verhältniswahl, kombinierten Wahlsystemen und Mehrheitswahl, drei wesentliche Dimensionen von Wahlsystemen differenziert: die Wahlkreisgröße, die Verrechnungsformel und, bei Verhältniswahlsystemen und kombinierten Wahlsystemen, die formale Sperrklausel.

Wahlkreisgröße M

Douglas W. Rae (1967: 114-125) hat die Wahlkreisgröße, die Anzahl der in einem Wahlkreis verteilten Mandate, als zentrale unabhängige Variable für die Charakteristik von Wahlsystemen in die systematisch-vergleichende Literatur eingeführt.[3] Diese typologische Dimension ist eng verbunden mit den grundlegenden Entscheidungsregeln Mehrheits- und Verhältniswahl. Mehrheitswahl wird empirisch meist in Einerwahlkreisen ($M = 1$) durchgeführt; sie ist jedoch auch in Mehrpersonenwahlkreisen möglich. Beispiele sind die japanische *Single Non Transferable Vote*, das Wahlsystem zum polnischem Oberhaus, dem Senat ($M = 2$), und, im Bereich präsidentieller Wahlsysteme, die Bestellung des *U.S. Electoral College*. Verhältniswahl kann dagegen nur in Wahlkreisen mit mehr als einem Mandat ($M > 1$) angewendet werden, denn ein einzelnes, unteilbares Mandat kann nicht anteilig, im Proporz zugeteilt werden. Die jeweilige Größe dieser Wahlkreise schwankt dabei deutlich, und das Spektrum reicht von *kleinen* ($2 \leq M \leq 5$) über *mittlere* ($6 \leq M \leq 10$) bis hin zu *großen* Mehrpersonenwahlkreisen ($M > 10$).

3 Referenzen zur Wahlkreisgröße enthält, wie Rae (1967: 115) und Lijphart (1994a: 11) bemerken, bereits die ältere Literatur. So schrieb James Hogan (1945: 13) "(...) the decisive point in P.R. is the size of the constituencies: the larger the constituency, that is the greater the number of members which it elects, the more closely will the result approximate to proportionality", und bereits George Horwill (1925) sah die Wahlkreisgröße als "the all-important factor".

Verrechnungsformel

Die Verrechnungsformel ist eine grundlegendes Merkmal von Wahlsystemen, und auch diese zweite typologische Dimension korrespondiert mit den grundlegenden Entscheidungsregeln Mehrheits- und Verhältniswahl. Bei den Mehrheitswahlsystemen verläuft die grundlegende Unterscheidung zwischen der relativen und absoluten Mehrheitsregel; die Verrechnungsformeln der Verhältniswahlsysteme zerfallen in unterschiedliche Quota- und Höchstzahlverfahren.

Bei relativer Mehrheitswahl sind in einem Wahlkreis mit M Mandaten diejenigen M Listen und/ oder Kandidaten gewählt, die die meisten Wählerstimmen erreicht haben. Die folgenden Abschnitte werden sich auf Mehrheitswahlsysteme in Einerwahlkreisen beziehen. Wie bereits ausgeführt, ist diese Verbindung der Entscheidungsregel Mehrheitswahl mit dem Einerwahlkreis weder logisch noch empirisch die einzige Alternative. Bei allen empirischen Wahlsystemen *in dieser Arbeit* gibt es jedoch nur ein einziges, das relative Mehrheitswahl in größeren Wahlkreisen anwendet, das Wahlsystem zum polnischen Oberhaus, dem Senat, der nach einem "binomialen" Wahlverfahren, der relativen Mehrheitswahl in Zweierwahlkreisen, bestimmt wird.

Die absolute Mehrheitswahl setzt ein höheres Quorum zum Mandatsgewinn an, die absolute Mehrheit, also mehr als 50% der abgegebenen gültigen Stimmen. In jedem Wahlkreis ist derjenige Kandidat gewählt, der diese absolute Mehrheit erreicht hat. Erreicht keiner der Kandidaten dieses Quorum, wird ein zweiter Wahlgang notwendig. Die Zugangsvoraussetzungen variieren jedoch. Die klassische Regelung ist die Stichwahl der beiden stärksten Kandidaten des ersten Wahlgangs ("majority runoff"). Der Gewinner wird stets, in der dualen Konkurrenzsituation, eine relative und gleichzeitig absolute Stimmenmehrheit erreichen und erhält das Mandat. Alternative Verfahren lassen mehrere Kandidaten im zweiten Wahlgang zu, der dann mit der Entscheidungsregel relative Mehrheit entschieden wird ("majority-plurality systems").

Eine weitere Variante der Mehrheitswahl ist das *Alternative Vote*-Verfahren, das in Australien angewendet wird. Konträr zu absoluter wie relativer Mehrheitswahl gründet dieses Verteilungsverfahren nicht auf exklusiver, sondern auf präferenzieller Stimmgebung. Erreicht einer der Kandidaten die absolute Mehrheit der Erstpräferenzen, erhält er das Mandat; falls nicht, scheidet der schwächste Kandidat aus, und seine Stimmen werden auf der Basis der Zweitpräferenzen auf die übrigen Kandidaten verteilt; dieses Verfahren wird fortgesetzt, bis ein Kandidat mit der absoluten Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen das Mandat gewinnt. Das *Alternative Vote*-Verfahren, das in Australien auch als "preferential voting" firmiert, kann deshalb auch als absolute Mehrheitswahl in einem Wahlgang verstanden werden (Jackman 1994; Wright 1986).

Bei den proportionalen Verrechnungsformeln können zwei Kategorien geschieden werden, Höchstzahl- und Quotaverfahren: Höchstzahlverfahren basieren auf einer Divisorenfolge. Sie lautet für die Imperialii-Methode (1; 1.5; 2; 2.5; ...), für das d'Hondtsche System gilt die Sequenz (1; 2; 3; 4; ...), für die Methode Sainte Laguë die Sequenz (1; 3; 5; 7; ...) und für das modifizierte Sainte Laguë-Verfahren (1; 2.14; 3.57; 5; 6.43; ...). Die Division der Listenstimmen jeder Partei i durch diese Serien ergibt jeweils eine Folge absteigender Quotienten, und die M Mandate entfallen auf die M höchsten Quotienten. Diese Verfahren vergeben stets alle M Mandate eines Wahlkreises.

Quotaverfahren beginnen zunächst mit der Bestimmung der Wahlzahl. Sie beträgt nach der Methode Hare V/M und nach dem Verfahren Hagenbach-Bischoff (= Droop) $V/(M+1)$ (jeweils mit V = Gesamtzahl der Stimmen und M = Gesamtzahl der Mandate in einem Wahlkreis). Die Zahl der Mandate einer Liste i entspricht der Zahl an ganzen Quotas, die in ihrem Stimmenanteil v_i enthalten sind: $int[M \cdot v_i / V]$ für die Hare-Quota und $int[(M+1) \cdot v_i / V]$ für die Methode Hagenbach-Bischoff (= Droop), sodass die jeweilige Quota anschaulich dem "Preis" eines Mandates entspricht. Für fünf Mandate sind zum Beispiel fünf Quotas zu entrichten, und der Partei i verbleiben $v_i - 5Q$ als Reststimmenanteil. Diese Formeln lassen regelmäßig Mandate unbesetzt, die entweder nach dem Verfahren der größten Überreste vergeben oder, bei der Verhältniswahl in regionalen Wahlkreisen, auf sekundäre regionale oder nationale Listen übertragen werden.

Dass Quotaverfahren, vor allem die Hare-Quota, regelmäßig eher kleinere und Divisorverfahren, allen voran die Methode d'Hondt, eher größere Parteien favorisieren, gehört längst zur "Conventional Wisdom" der Wahlsystemlehre. Abseits von Beispielrechnungen zu den alternativen Konsequenzen von Hare(-Niemeyer) und d'Hondt liegen nur wenige Studien vor, die einen systematischen Zugriff anstreben. Insbesondere Lijphart und Gibberd (1977), Gallagher (1992) und Katz (1997) haben in einer Serie von Beiträgen deduktiv typologische Rangordnungen der proportionalen Verrechnungsformeln vorgeschlagen, und Kenneth Benoit (2000) hat diesen Resultaten eine induktiv abgeleitete, empirische, durch statistische Simulation erarbeitete Rangfolge gegenüber gestellt. Die Quotaverfahren sind in der Reihenfolge Hare, Hagenbach-Bischoff und Imperialii nach absteigendem Proporz geordnet, und analog sind die Divisorverfahren in der Reihenfolge Sainte Laguë, modifizierte Sainte Laguë, d'Hondt und Imperialii gruppiert. Diese Binnendifferenzierung jeweils innerhalb der Gruppen von Quota- und Divisorverfahren sind in der Literatur unstrittig und können relativ leicht typologisch abgeleitet werden (vgl. Gallagher 1992; Lijphart 1986; Lijphart und Gibberd 1977; Nohlen 2000). Quotaverfahren sind jedoch nicht generell "proportionaler" als Divisorverfahren, sondern basieren einfach auf einer anderen Konzeptualisierung von "Proportionalität".

Formale Sperrklausel

Eine weitere zentrale Dimension der Typologie ist schließlich die formale Sperrklausel, also das Mindestquorum an Wählerunterstützung, das eine Partei erreichen muss, um im Parlament repräsentiert zu werden. Diese Sperrklauseln treten regelmäßig in der Verhältniswahl und in Proporzanteilen kombinierter Wahlsysteme auf. Konträr zu den durch die Wahlkreisgröße und das Verrechnungsverfahren errichteten mathematischen Barrieren sind formale Sperrklauseln im Wahlsystem formal "gesetzte" Quoren. Die einfachste Variante formaler Sperrklauseln sind Regelungen über einen Mindestanteil an Wählerstimmen, der zum Einzug ins Parlament berechtigt. Ihre Höhe schwankt von 0.67% in den Niederlanden bis zu 17% in der griechischen "reinforced PR" (Lijphart 1994a: 42-45); empirisch sind Sperrklauseln um etwa 5% häufig.

Meist gelten diese Quoren auf der nationalen Ebene, oder sie beziehen sich, bei kombinierten Wahlsystemen, auf den kompletten Proporzanteil des Wahlsystems. Sperrklauseln können jedoch gleichermaßen subsystemisch auf der Ebene einzelner Wahlkreise wirken oder auf einzelne Regionen des Wahlgebiets angewendet werden. Zudem muss ein Quorum

nicht unbedingt als ein notwendiges Stimmenminimum formuliert werden. Besonders bei komplexen Wahlsystemen mit mehreren Verrechnungsebenen wird die Mandatszuteilung auf der oberen Ebene regelmäßig vom Gewinn eines oder mehrerer Mandate auf der unteren Ebene abhängig gemacht. Ein Beispiel dafür ist die Grundmandate- oder Alternativklausel im bundesdeutschen Wahlsystem, die entweder 5% der abgegebenen gültigen Wählerstimmen oder *alternativ* den Gewinn von mindestens drei Einerwahlkreisen zur Voraussetzung für den Einzug einer Liste in den Deutschen Bundestag macht.

Wahlsysteme als Mehrebenensysteme

Während die drei Dimensionen von Wahlsystemen, Wahlkreisgröße, Verrechnungsformel und Sperrklausel, eher die Binnenperspektive auf einzelne Wahlkreise eröffnet haben, wendet sich die Typologie nun der Art zu, in der diese Wahlkreise miteinander verbunden sind. Die Perspektive verschiebt sich damit von der Binnenstruktur *innerhalb* einzelner Wahlkreise auf die Zusammensetzung dieser Wahlkreise zu einem einheitlichen Wahlsystem. Die Struktur eines Wahlsystems, und damit auch seine politischen Konsequenzen, wird durch die Anzahl und die Größe seiner Wahlkreise bestimmt. Ein weiterer Schlüsselfaktor ist die hierarchische Anordnung dieser Wahlkreise, die Rae (1967: 21) als "complex districting" bezeichnet hat. Im Folgenden werden vier verschiedene Typen analytisch getrennt: einstufige Mehrheitswahlsysteme, einstufige Verhältniswahlsysteme, zwei- und mehrstufige Verhältniswahlsysteme, kombinierte Wahlsysteme.

Einstufige Mehrheitswahlsysteme

Cox (1997: 48) hat seiner Analyse der "district structure" von Wahlsystemen die Unterscheidung von "primären" und "sekundären" Wahlkreisen vorangestellt. Kann ein Wahlkreis nicht weiter in funktionale Untereinheiten geteilt werden, in denen eine Mandatszuteilung erfolgt, heißt er "primärer" Wahlkreis. Bei der klassischen relativen oder absoluten Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen sind alle Wahlkreise primäre Wahlkreise. Ihre (mögliche) Untergliederung in einzelne Wahlbezirke u.ä. dient nur administrativen Erfordernissen und ist deshalb ohne funktionale Bedeutung. So wird zum Beispiel im britischen Mehrheitswahlsystem das gesamte Wahlgebiet in regionale Einerwahlkreise gegliedert. Die Anzahl dieser Wahlkreise entspricht der Zahl der Mandate im Parlament von Westminster. In jedem dieser Wahlkreise ist der Kandidat mit der relativen Stimmenmehrheit sofort und unmittelbar gewählt. Die Mandatsvergabe erfolgt so auf nur einer Ebene des Wahlsystems, in den Einerwahlkreisen, sodass ein einstufiges ("single tier") Wahlsystem vorliegt.

Einstufige Verhältniswahlsysteme

Auch Verhältniswahlsysteme können exklusiv aus primären Wahlkreisen zusammengesetzt sein. Die einfachste Konstruktion sind Verhältniswahlsysteme, die nur einen einzigen, nationalen Wahlkreis vorsehen. In diesem großen Wahlkreis werden dann alle Parlamentsmandate nach einem der proportionalen Verrechnungsverfahren zugeteilt. Die klassischen empirischen Beispiele solcher Systeme sind das israelische (Hazan 2001; Rahat 2001) und

das niederländische Wahlsystem (Irwin 1999). Beide Systeme verteilen alle Mandate in einem großen, nationalen Wahlkreis ($M = 120$ in Israel; $M = 150$ in den Niederlanden) nach der Methode d'Hondt, und die formale Sperrklausel beträgt 1% und 0.67%.

Eine alternative Konstruktion, die *a priori* etwas disproportionaler funktionieren sollte, ist die Verhältniswahl in regionalen Wahlkreisen. Dieses System sieht die Aufteilung des Landes in einzelne primäre Wahlkreise von meist unterschiedlicher Größe M vor. Häufig liegen kleinere Wahlkreise in eher ländlichen Gebieten und große Wahlkreise in den urbanen Zentren. Geläufige empirische Beispiele sind das schweizer (Linder und Lutz 2002) und das spanische Wahlsystem (Gunther 1989). In Spanien sind 52 primäre Wahlkreise eingerichtet, ihre Größe reicht von 1 bis 33 Mandaten mit einem Mittelwert von 6.73 ($1 \leq M \leq 33$; $\overline{M} = 6.73$); in der Schweiz variiert die Größe der 26 Wahlkreise von 1 bis 34 Mandaten mit einem Mittelwert von 7.69 ($1 \leq M \leq 34$; $\overline{M} = 7.69$). In Spanien gilt eine formale Sperrklausel von 3% in jedem einzelnen Wahlkreis; in der Schweiz ist kein formales Quorum gesetzt. Die Mandatsvergabe erfolgt in Spanien via d'Hondt und in der Schweiz nach der Hare-Quota mit Reststimmenverwertung nach der Methode des höchsten Überrests. Beide Verhältniswahlsysteme verteilen damit Mandate allein in den jeweils primären Wahlkreisen. Eine Verrechnung verschiedener Wahlkreise und/ oder die nationale Verwertung von Restmandaten finden nicht statt. Auch diese beiden Verhältniswahlvarianten sehen damit nur eine Ebene der Mandatsvergabe vor, sodass auch sie einstufige ("single tier") Wahlsysteme sind.

Zwei- und mehrstufige Verhältniswahlsysteme

Ein "sekundärer" Wahlkreis ist ein Wahlkreis, der zwei oder mehr primäre Wahlkreise enthält (vgl. Cox 1997: 48). Wahlsysteme, die neben primären auch sekundäre Wahlkreise vorsehen, verfügen deshalb immer über mindestens zwei Ebenen. In Verhältniswahlsystemen werden regelmäßig Mandate zunächst in primären Wahlkreisen vergeben. Danach noch unbesetzte Mandate werden sodann in einem weiteren Schritt auf regionaler oder nationaler Ebene verteilt. Wahlsysteme, die gleichermaßen primäre und sekundäre Wahlkreise umfassen, sind "zwei- und mehrstufige" ("two tier"/ "multiple tier") Wahlsysteme.

Ein Beispiel ist das rumänische Verhältniswahlsystem. In 42 primären Wahlkreisen ($4 \leq M \leq 29$; $\overline{M} = 7.91$) werden zunächst jeder Liste genau so viele Mandate zugeteilt, wie sie volle Hare-Quotas erreicht. Danach werden diejenigen Mandate, die in primären Wahlkreisen nicht zugeteilt wurden, und die jeweiligen Reststimmen auf der nationalen Ebene aggregiert und nach der Methode d'Hondt vergeben. Diese nationale Reststimmenverwertung bildet damit einen sekundären Wahlkreis (vgl. Popescu 2003: 325-326). Wie dieses Beispiel illustriert, gehört damit zur Definition von sekundären Wahlkreisen nicht nur, dass sie den primären Wahlkreisen hierarchisch übergeordnet sind und zwei oder mehrere von ihnen enthalten. Sie sind vielmehr funktional in dem Sinne mit primären Wahlkreisen verbunden, dass Stimmen und/ oder Mandate zum Zweck der Mandatsallokation transferiert werden (Cox 1997: 49). Diese Mehrebenkonstruktion bedient einmal das Ziel einer engen, regionalen Anbindung von Wählern und Repräsentanten, sie ermöglicht aber gleichzeitig eine genaue Entsprechung von Stimmen- und Mandatsanteilen der politischen Parteien.

Kombinierte Wahlsysteme

Kombinierte Wahlsysteme markieren eine wahlsystemische Innovation, die gleichberechtigte Verbindung der Entscheidungsregeln von Mehrheits- und Verhältniswahl. Trotz häufiger Reformen und Reformdebatten hin zu kombinierten Wahlsystemen ist noch immer umstritten, ob kombinierte Wahlsysteme ("mixed electoral systems") als eine eigenständige Kategorie von Wahlsystemen gelten können und, wenn ja, wie sie typisiert werden können.[4] Massicotte und Blais (1999: 345) bezeichnen diejenigen Wahlsysteme als "mixed", die verschiedene Verrechnungsformeln, solche der Mehrheitswahl und der Verhältniswahl, miteinander verbinden. Um Klassifikationsprobleme bei Verhältniswahlsystemen zu vermeiden, die neben regionalen Mehrpersonenwahlkreisen auch einen oder wenige Einerwahlkreise umfassen, Beispiele sind die Schweiz und Spanien, wird als weiteres Definitionskriterium hinzugenommen, dass mindestens 5% der gewählten Repräsentanten mit der "kombinierten" Verrechnungsformel bestimmt werden müssen. Shugart und Wattenberg (2001c: 10-13) begreifen kombinierte Wahlsysteme als eine Variante von Mehrebenensystemen, die Mandate auf verschiedenen, mindestens auf zwei Stufen zuteilen. Sie setzten ihre Definition von "mixed-member electoral systems" formal nicht bei der Verrechnungsformel, sondern bei der Kandidaturform an. Diejenigen Wahlsysteme sind kombiniert, die Personen- ("nominal tier") und Listenwahl ("list tier") in einem mehrstufigen System miteinander verbinden. Shugart und Wattenberg setzen aber sogleich hinzu, die Personenwahl werde regelmäßig in Einerwahlkreisen organisiert und nach Mehrheitswahl entschieden, während die Listenwahl durch Mehrpersonenwahlkreise und proportionale Mandatsvergabe bestimmt sei. Letztlich fallen sie so wieder zurück auf die von ihnen als zu "breit" kritisierte Definition über die Verrechnungsformel.

Im folgenden Schritt unterscheiden Shugart und Wattenberg (2001c: 13-18) die Subtypen "mixed-member majoritarian" (MMM) und "mixed-member proportional systems" (MMP). Ihr Differenzkriterium ist die Verbindung ("linkage") der Mehrheits- und Verhältniswahlanteile: "Mixed-member majoritarian systems" vergeben Mandate parallel und unabhängig voneinander nach Mehrheits- und nach Verhältniswahlregeln. Jeder Wähler hat dabei zwei Stimmen, eine für das Mehrheits- und die andere für das Verhältniswahlkontingent. In dieser Parallelkonstruktion findet keine Verrechnung von Mehrheits- und Verhältniswahlmandaten statt, und die Wahlkreise beider Ebenen sind primäre Wahlkreise.

Ein Beispiel ist das kombinierte Wahlsystem Russlands. In 225 primären Einerwahlkreisen werden Mandate durch relative Mehrheitswahl vergeben. Unabhängig davon werden weitere 225 Mandate in einem landesweiten primären Wahlkreis nach der Hare-Quota und

4 Vgl. etwa den Literaturbericht bei Massicotte und Blais (1999: 342-344). Zu den prononciertesten Kritikern dieser von ihm als "Mischwahlsystem" übersetzten Kategorie gehört Nohlen (2000), der ja Probleme hätte, das duale Repräsentationsziel dieser Wahlsysteme, Mehrheits- oder Verhältniswahl, herauszufinden. "Kombinierte Wahlsysteme" will er dagegen nominell zulassen: "Diejenigen Wahlsysteme, in denen sich Repräsentationsprinzip und Entscheidungsregel nicht entsprechen, also zum Beispiel die Entscheidungsregel der Mehrheit mit dem Repräsentationsprinzip der Verhältniswahl verbunden wird, bezeichne ich als kombinierte Wahlsysteme" (Nohlen 2000: 133-134). In dieser Typologie wäre die Verhältniswahl in kleinen Wahlkreisen ein "kombiniertes Wahlsystem", denn sie verbindet, so jedenfalls Nohlen, die Entscheidungsregel Proporz mit dem Repräsentationsziel der Mehrheitswahl. Eine genauere Abgrenzung von "kombiniertem Wahlsystem" und "Mischwahlsystem" wird nicht vorgenommen, der zweite Begriff wird jedoch kontinuierlich pejorativ verwendet und bezeichnet wohl das Vordringen komplexer Wahlsysteme in das dichotomisch geordnete Universum der angeblichen "Repräsentationsprinzipien".

einer Reststimmenverwertung nach der Methode des größten Überrests zugeteilt. An der Vergabe nehmen diejenigen Listen teil, die mindestens 5% der national gültigen Listenstimmen erreicht haben. In den Einerwahlkreisen entstandene Verzerrungen von Stimmen- und Mandatsanteilen werden durch die Verhältniswahlanteile nicht kompensiert, sondern sie bleiben in der Addition beider Segmente vollständig erhalten. Weil Mehrheits- und Verhältniswahlsegment voneinander unabhängig operieren, gelten diese "mixed-member majoritarian systems" auch als "parallele" (Shugart und Wattenberg 2001c: 14) oder, in der deutschen Literatur, als "Grabenwahlsysteme" (vgl. vor allem die detaillierte Aufarbeitung bei Jesse 1985).

"Mixed-member proportional systems" ähneln den MMM in ihrem strukturellen Aufbau. Auch hier ist eine Zweitstimmenkonstruktion mit parallel zueinander eingerichteter Mehrheits- und Verhältniswahl vorgesehen. Jedoch sind im MMP beide Systemebenen funktional verschränkt. Die häufigste Variante sieht die Verrechnung der *Mandate* auf beiden Ebenen vor, das klassische Beispiel ist die personalisierte Verhältniswahl in der Bundesrepublik Deutschland. In den 299 primären Einerwahlkreisen ($\overline{M} = 1$) werden zunächst Mandate nach relativer Mehrheitswahl vergeben, und die Gewinner sind unmittelbar gewählt. Die parteipolitische Zusammensetzung des Bundestags wird aber auf der Bundesebene nach der Hare-Quota und auf der Basis aller 598 regulären Mandate ermittelt. Dieses Mandatskontingent einer Partei wird zuerst mit den erfolgreichen Direktkandidaten besetzt; erst im zweiten Schritt wird es mit den jeweiligen Landeslisten aufgefüllt.[5] Die Mandatsvergabe nach Verhältniswahl berücksichtigt also den Wahlausgang innerhalb der Einerwahlkreisen und gleicht dort entstandene Disproportionen aus. Deshalb wird die personalisierte Verhältniswahl auch als "kompensatorisches" (Shugart und Wattenberg 2001c: 14) oder "korrektives" Wahlsystem (Massicotte und Blais 1999: 353) bezeichnet.

Eine alternative Verbindungsvariante sieht den Transfer von *Wählerstimmen* zwischen den Segmenten des Wahlsystems vor. Auch hier sind beide Ebenen funktional verschränkt, obgleich dabei, anders als bei den meisten MMP-Systemen, meist kein vollständiger Ausgleich der in den Einerwahlkreisen entstandenen Repräsentationsverzerrungen möglich ist. Das Wahlsystem zum italienischen Abgeordnetenhaus, das im August 1993 implementiert wurde, ist so ein "mixed-member majoritarian system with partial compensation" (Shugart und Wattenberg 2001c: 15-16). Im italienischen MMM-System werden zunächst 475 Mandate via relativer Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen vergeben; 155 weitere Mandate werden nach der Hare-Quota in einem großen nationalen Wahlkreis zugeteilt. Durch den *scorporo* werden jedoch die Verhältniswahlstimmen derjenigen Listen, die in den Einerwahlkreisen erfolgreiche Kandidaten unterstützen, reduziert, sodass dieses Segment kompensatorisch wirkt. Das Mandatskontingent ist jedoch nicht umfangreich genug, um eine volle Kompensation zu erreichen, und Distorsionen von Stimmen- und Mandatsanteilen bleiben in der Addition beider Segmente teils erhalten (vgl. im Detail Katz 2001; Reed 2001).

5 Es geht hier um die Verortung der personalisierten Verhältniswahl als "mixed-member proportional system", nicht um ihre erschöpfende Beschreibung. Einige Details wie die Sperrklausel, die Konstruktion der Landeslisten und die Entstehung von Überhangmandaten werden deshalb übergangen; vgl. hierzu weiterführend Scarrow (2001).

"Effective Threshold" und "Effective Magnitude"

Die jeweiligen politischen Konsequenzen der einzelnen Wahlsystemdimensionen für die Effekte auf Parteiensysteme und politische Repräsentation sind ausführlich untersucht worden, und in der Literatur liegt eine Fülle von detaillierten Einzelbefunden vor zu den jeweils isolierten Effekten von Verrechnungsformeln, Wahlkreisgrößen oder Sperrklauseln. Diese einzelnen Dimensionen genügen, gemeinsam mit einer Analyse der Mehrebenenstruktur von Wahlsystemen, zu einer typologischen Verortung konkreter empirischer Systeme. Für eine umfassende, in einer systematisch-empirischen Analyse taugliche Operationalisierung der zentralen unabhängigen Variablen reichen sie jedoch nicht hin. Die Zielstellung dieser Indikatorenkonstruktion ist, die Komplexität der hier aufgespannten Dimensionen und technischen Details so zu reduzieren, dass Wahlsysteme als eine kompakte, unabhängige Variable in empirische Analysen eingebracht werden können.

Während der je isolierte Einzeleffekt der Wahlsystemdimensionen in der einschlägigen Literatur kaum kontrovers ist, bestehen jedoch weiterhin Differenzen bei der Aufstellung einer Bedeutungshierarchie dieser Faktoren und der Analyse ihres komplexen Zusammenspiels. Viele empirische Studien schließen, die (durchschnittliche) Wahlkreisgröße $\overline{M}$ eines Wahlsystems sei "the all-important factor" (vgl. Cox 1997; Horwill 1925; Lijphart 1994a; Rae 1967; Taagepera und Shugart 1989b). Andere Studien halten diesem Befund den größeren relativen Effekt der Verrechnungsformel entgegen (vgl. Benoit 2000; Katz 1997). Diese Kontroverse ist teils durch die widersprüchliche Konzeptionalisierung der Vergleichsdimensionen bestimmt: Wird "Verrechnungsformel" eng gefasst und allein auf die Konsequenzen unterschiedlicher Proporzformeln bezogen, wie etwa die Differenz der Hare-Quota und des Systems d'Hondt, gilt dieser Effekt als nachrangig (Lijphart 1994a: 107-113). Wird dagegen eine weitere Definition der Verrechnungsformel verwendet, die die grundlegende Differenz von Majorz- und Proporzverfahren aufnimmt, erscheint die relative Bedeutung dieser Dimension ganz wesentlich (Katz 1997: 137).

Neben diese eher "additive" Perspektive treten interaktive Effekte beider Dimensionen. Exemplarische Berechnungen zeigen, dass besonders in großen Wahlkreisen ($M > 10$) die Konsequenzen verschiedener Proporzformeln marginal sind. Je kleiner die Wahlkreise aber sind, desto größere Differenzen erzeugen alternativ die Hare-Quota oder d'Hondt. Wird bei der Verhältniswahl in kleinen ($2 \leq M \leq 5$) und mittelgroßen Wahlkreisen ($6 \leq M \leq 10$) dieser Effekt noch im landesweiten Aggregat summiert, können die politischen Konsequenzen beträchtlich sein. Das spanische Wahlsystem ist für diese Effekte der proportionalen Verrechnungsformeln, hier d'Hondt, in kleinen Wahlkreisen ein instruktives und viel diskutiertes Beispiel (vgl. Nohlen 2000: 331-338).

Besonders Arend Lijphart (1994a) und Rein Taagepera (1986; 1989; 1998a;c) haben die inhaltlich eng miteinander verwandten Konzepte *Effective Threshold* (T_{eff}) und *Effective Magnitude* (M_{eff}) in die Diskussion eingebracht. Beide Konzepte zielen darauf, ganz unterschiedliche empirische Wahlsysteme auf nur einer analytischen Dimension abzutragen, die ungefähr mit dem von Sartori (1986: 16) entworfenen Kontinuum "starker" und "schwacher" Wahlsysteme korrespondiert. T_{eff} und M_{eff} nehmen jeweils empirische Informationen über die durchschnittliche Wahlkreisgröße ($\overline{M}$), die formale Sperrklausel und die Mehrebenenstruktur eines Wahlsystems auf. Inhaltlich markieren beide Begriffe damit verschiedene Perspektiven auf einen identischen Gegenstandsbereich:

> Low magnitudes have the same effect as high thresholds: both limit proportionality and the opportunities for small parties to win seats (...) In other words, legal thresholds and district magnitudes can be seen as two sides of the same coin. (Lijphart 1994a: 12)

Rae (1967: 114-125) hat die Wahlkreisgröße M, die Anzahl der in einem Wahlkreis verteilten Mandate, als zentrale unabhängige Variable für die Analyse der politischen Konsequenzen von Wahlsystemen benannt, und Cox (1997) hat diese empirische Generalisierung mit einem differenzierten kausalen Argument, der $M+1$-Regel, theoretisch fundiert. Der Effekt der Wahlkreisgröße kann an einem einfachen Beispiel illustriert werden, das sich auf die relative Mehrheitswahl in einem Einerwahlkreis mit fünf Einzelkandidaten bezieht: Als "threshold of inclusion" (T_i) wird derjenige Stimmenanteil gefasst, der selbst unter denkbar günstigsten Konkurrenzbedingungen notwendig zum Mandatsgewinn ist. Diese untere Grenze liegt im gewählten Beispiel bei $T_i = 20\%$, denn bei etwa gleich verteilter Unterstützung für alle Kandidaten genügt ein Anteil von etwas mehr als 20% zur relativen Mehrheit, wenn parallel die vier übrigen Kandidaten etwas unterhalb dieser Grenze liegen. Als "threshold of exclusion" (T_e) wird dagegen diejenige Stimmenzahl gefasst, die auch unter den ungünstigsten Bedingungen einem Kandidaten den Einzug ins Parlament garantiert, also der hinreichende Stimmenanteil. Diese obere Grenze entspricht im gewählten Beispiel $T_e = 50\%$ plus eine Stimme.

Die Eintrittsbarrieren bei Verhältniswahlsystemen ergeben sich analog. Sie können am Beispiel der Verhältniswahl in kleinen Wahlkreisen ($M = 3$) mit drei konkurrierenden Listen illustriert werden. Hier beträgt die (untere) "threshold of inclusion" (T_i) 20%, denn mit etwas mehr als diesem Stimmenanteil ist der Gewinn eines der Mandate möglich, wenn die beiden anderen Listen ungefähr gleich stark sind. Die (obere) "threshold of exclusion", die eines der Mandate garantiert, liegt bei ($T_e = 25\%$). Wird diese Barriere überschritten, gewinnt eine Liste auch unter den ungünstigsten Konkurrenzbedingungen, zum Beispiel wenn eine der anderen alle übrigen Stimmen, also fast 75%, erreicht, eines der Mandate.

Beide Maße, T_e und T_i, können in der *Effective Threshold* (T_{eff}) zusammengeführt werden, die als ihr arithmetisches Mittel definiert ist (einige Schritte dieser komplizierten Herleitung und Begründung sind hier ausgelassen; vgl. Lijphart 1994a; Taagepera 1998a):

$$T_{eff} = \frac{75\%}{\overline{M}+1} \tag{4.1}$$

Sieht weiter das Wahlsystem eine formale Sperrklausel (T_{leg}) vor und ist dieses formale Quorum höher als die durch die *Effective Threshold* ($T_{leg} > T_{eff}$) abgesteckte mathematische Sperrwirkung der durchschnittlichen Wahlkreisgröße, tritt T_{leg} an die Stelle von T_{eff}:

$$T_{eff} = max\left[\frac{75\%}{\overline{M}+1}; T_{leg}\right] \tag{4.2}$$

Die konzeptionelle Alternative zur Umformung der Wahlkreisgröße in die Variable T_{eff} ist die Verrechnung formaler Sperrklauseln zu M_{eff}. Lijphart (1997: 74) favorisiert die *Effective Threshold* aufgrund ihrer "Anschaulichkeit". Taagepera und Shugart (1989b: 135) ziehen dagegen die *Effective Magnitude* als wahltechnisch wie empirisch "angemessener" vor.

Ein praktisches Argument für ihre Position betrifft die unterschiedliche Verbreitung empirischer Merkmalstypen. Alle Wahlsysteme basieren auf Wahlkreisen; formale Sperrklauseln sind dagegen seltener. Daneben sprechen auch pragmatische Überlegungen, die auf die Vergleichbarkeit mit anderen Analysen abstellen, für den Fokus auf M_{eff} statt T_{eff}, denn einer Mehrzahl der einschlägigen theoretischen Konzepte und empirischen Analysen basiert auf diesem Baustein (vgl. Amorim Neto und Cox 1997; Cox 1997; Filippov et al. 1999; Ordeshook und Shvetsova 1994; Taagepera und Shugart 1989b).

Bei den folgenden Analysen werden deshalb die konkreten, empirischen Wahlsysteme sowohl im postkommunistischen Osteuropa als auch in der Kontrollgruppe etablierter Demokratien stets mit dem Indikator *Effective Magnitude* (M_{eff}) vermessen:

$$M_{eff} = min\left[\overline{M}; \frac{100\%}{T_{leg}}\right] \tag{4.3}$$

Die Bestimmung von M_{eff} auf der nationalen Ebene bedarf im folgenden Schritt einer Analyse der Mehrebenenstruktur von komplexen Wahlsystemen, etwa von zwei- und mehrstufigen Verhältniswahlsystemen und kombinierten Wahlsystemen. Lijphart (1994a: 32-36) und Taagepera (1998a) betonen, dass im ersten Fall, bei Verhältniswahlsystemen mit nationaler Reststimmenverwertung oder einer nationalen Zusatzliste, stets die obere Zuteilungsebene die Grundlage zur Bestimmung von T_{eff} und M_{eff} zur Bestimmung von T_{eff} und M_{eff} ist. Das rumänische Wahlsystem sieht etwa zwei Ebenen der Mandatsvergabe vor: (1) In den regionalen Mehrpersonenwahlkreisen werden die Mandate nach der Hare-Quota verteilt; bleiben hier Mandate unbesetzt, weil einzelne Listen die Quota nicht erreichen, werden sie (2) im sekundären nationalen Wahlkreis mit dem System d'Hondt zugeteilt. Die letztlich entscheidende Zuteilung findet damit nicht in den primären regionalen Wahlkreisen statt, sondern im sekundären nationalen Wahlkreis. Deshalb ist in diesem Beispiel nicht die untere, sondern die obere Zuteilungsebene entscheidend zur Bestimmung von *Effective Magnitude* und *Effective Threshold*.

Faktisch wirkt diese nationale Reststimmenverwertung, wie exemplarische Simulationen am Beispiel des rumänischen Wahlsystems illustrieren, nahezu exakt wie die Verhältniswahl in einem landesweiten Wahlkreis (Popescu 2003: 326). Ähnlich ist eine weitere Variante zweistufiger Verhältniswahlsysteme zu beurteilen, die Verhältniswahl mit nationaler Zusatzliste. Dieses Verfahren wurde bis 1997 in Polen angewendet: (1) Zunächst erfolgt die Mandatsvergabe in primären regionalen Wahlkreisen; (2) eine weitere Zuteilung findet auf der Basis der aggregierten Stimmenanteile aller Parteien in einem sekundären nationalen Wahlkreis ($M = 69$) statt. Deshalb ist auch bei diesem Systemtyp die sekundäre Ebene Grundlage zur typologischen Vermessung des Wahlsystems.

Bei kombinierten Wahlsystemen besteht dagegen keine vergleichbare Hierarchie, sondern Mehrheits- und Verhältniswahlmandate werden je in primären Wahlkreisen zugeteilt, sodass beide Segmente gleichberechtigt nebeneinander stehen. Die eindeutige und stringente Typisierung einer *Effective Magnitude* (M_{eff}) ist deshalb problematisch. Einige in der einschlägigen Literatur vorgenommene Zuordnungen erfassen nur die *Effective Magnitude* des Verhältniswahlsegments (vgl. Filippov et al. 1999: 22), andere Studien gehen vom arithmetischen Mittel beider Segmente aus (vgl. die Diskussion bei Taagepera 1998a: 403-404).

Die konzeptionelle Entscheidung zwischen diesen (und anderen) Alternativen hängt letztlich von der verfolgten Fragestellung ab und ist nicht aus sich heraus entscheidbar. Geht es vorrangig um die Chancen kleiner Parteien, überhaupt ins Parlament einzuziehen, ist sicher der Fokus auf die geringere, im Verhältniswahlsegment eingerichtete effektive Sperrwirkung gerechtfertigt. Eine ganz andere Perspektive ergibt sich jedoch, wenn auch die Überrepräsentation großer Parteien, die theoretisch vom Mehrheitswahlsegment ausgehen sollte, interessiert. Deshalb wird im Folgenden eine pragmatische Operationalisierungsstrategie gewählt, und die Mehrheits- und Verhältniswahlsegmente kombinierter Wahlsysteme werden zunächst einzeln mit ihrer jeweiligen *Effective Magnitude* (M_{eff}) für den Mehrheits- und den Verhältniswahlanteil charakterisiert.

Beide Indikatoren, *Effective Threshold* und *Effective Magnitude*, teilen jedoch einige Defizite, die nun kurz diskutiert werden sollen.[6] Während T_{eff} und M_{eff} Informationen zur (durchschnittlichen) Wahlkreisgröße $\overline{M}$, zur formalen Sperrklausel T_{leg} und zur Mehrebenenstruktur von Wahlsystemen analytisch in die bestehenden Indikatorenkonstruktion aufnehmen, geht der Einfluss der Verrechnungsformel nicht systematisch in beide, inhaltsgleich definierte, Indikatoren ein. Damit ist das erste (und schwer wiegendste) Problem dieser Indikatoren angesprochen; sie verarbeiten nicht alle Dimensionen eines Wahlsystems, und T_{eff} wie M_{eff} bleiben auf der nationalen Ebene relativ grobe Maße.

Bei der Definition war die nicht logische, mindestens aber empirische Interdependenz der Dimensionen Wahlkreisgröße und Verrechnungsformel hilfreich: Die Entscheidungsregel Mehrheitswahl wird empirisch meist in Einerwahlkreisen ($M = 1$) angewendet, Proporzformeln können dagegen logisch nur in Wahlkreisen mit mehr als einem Mandat ($M > 1$) sinnvoll angewendet werden. Die Wahlkreisgröße ($M = 1$) enthält damit auch die praktische Information, dass die Mandatszuteilung nach einer Mehrheitsregel erfolgt. Beide Dimensionen sind somit interdependent. Dies bedeutet jedoch für die spätere Modellformulierung, dass nicht beide Dimensionen gleichzeitig als unabhängige Variablen in statistische Analysen eingeführt werden können. Bei dieser multivariaten Perspektive verwandelt sich das definitorisch praktische Phänomen interdependenter Dimensionen in ein statistisches Multikollinearitätsproblem, das die Schätzung empirischer Modelle erheblich erschwert (vgl. Greene 2003: 56-59; Wooldridge 2000: 94-97).

Wenn es nun um einen systematisch-empirischen Test von "Duvergers Gesetz" und "Duvergers Hypothese" geht, gilt deshalb eine wichtige Einschränkung. Die Operationalisierung von *Effective Threshold* (T_{eff}) und *Effective Magnitude* (M_{eff}) differenziert nicht zwischen relativer und absoluter Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen. Für beide Wahlsysteme beträgt $T_{eff} = 37.50\%$ und $M_{eff} = 1$. Duverger (1959: 219) stellt bei seinen "Formeln" aber nicht relative und absolute Mehrheitswahl auf der einen den Verhältniswahlsystemen auf der anderen Seite gegenüber. Seine Differenzierung verläuft vielmehr zwischen (1) relativer Mehrheitswahl, die ein Zweiparteiensystem erzeuge, und (2) absoluter Mehrheitswahl wie Verhältniswahl, die verschiedene Varianten von Vielparteiensystemen produzierten. Analog hat auch Cox (1997: 131) die absolute Mehrheitswahl von der $M + 1$-Regel ausgenommen und in diesem Fall M nicht als die Anzahl der im Wahlkreis vergebenen Mandate, sondern

6 Einen differenzierten Einblick gibt eine Kontroverse zwischen Alberto Penadés und Arend Lijphart, die zunächst in der *Revista Española de Investigaciones Sociológicas* ausgetragen und 1997 in *Electoral Studies* erneut abgedruckt wurde; vgl. Lijphart 1997; Penadés 1997.

als die Anzahl von Kandidaten gefasst, die in den zweiten, meist entscheidenden Wahlgang einziehen können. Diese Differenz von theoretischer Grundlage und empirischer Umsetzung wird in einschlägigen Studien, die Wahlsysteme exklusiv mit T_{eff} oder M_{eff} erfassen, regelmäßig sträflich vernachlässigt.

4.2 Die Wahlsysteme in den postkommunistischen Vergleichsstaaten

Die Demokratisierung des Wahlverfahrens, und damit die Einrichtung neuer Wahlsysteme, war ein konstitutives Merkmal der Transformationsprozesse in Osteuropa. Anders als in den früheren "Wellen" der "Transition to Democracy", vor allem als bei der Demokratisierung in Westeuropa am Anfang des 20. Jahrhunderts (vgl. Rokkan 2000), war aber nicht die Ausweitung des Wahlrechts auf vorher von der politischen Partizipation ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen primäres Reformziel. Statt der Partizipation stand die Einführung kompetitiver Elemente in die Institutionensysteme zuerst auf der Agendaliste. Im Westeuropa der "ersten Welle" (Huntington 1991) demokratischer Transformation war eine Ausweitung der Bürgerbeteiligung die Basis für nachfolgende Reformen des Wahlsystems (Rokkan 1970: 148-172, Lijphart 1992a: 208-209).

In vielen osteuropäischen Staaten erfolgte dagegen die formale Ausweitung der Partizipation bereits im sozialistischen *Ancien Régime* (Furtak 1990), und allein in den drei baltischen Staaten, besonders in Estland und Lettland, war die Partizipationsdimension politisch scharf umstritten. Die formalen Regelungen zu aktiver und passiver Wahlberechtigung wurden deshalb auch durch die oppositionellen Gegeneliten 1990 meist problemlos akzeptiert. Es ging vielmehr darum, kompetitive Elemente und einen pluralistischen politischen Wettbewerb wieder zu beleben. Im Zentrum des Widerstreits von Nomenklatura und Regimeopposition standen dabei besonders machtpolitische Erwägungen, die die Umsetzung von Stimmen- in Mandatsanteile betrafen. Diese Debatten, verbunden mit den machtpolitischen und repräsentationstheoretischen Zielstellungen der Akteure des Übergangs, dominierten die interessegeleitete Aushandlung und die teils vielfältigen Revisionen der Wahlsysteme in den Vergleichsstaaten (vgl. Birch et al. 2002).

Nach der Bestimmung eines typologischen Konzepts zur konzeptionellen Verortung unterschiedlicher Wahlsysteme stehen nun die konkreten Wahlsysteme der "neuen" Demokratien Osteuropas im Vordergrund. Mit dem Attribut "konkrete" oder "empirische" Wahlsysteme sind im Folgenden diejenigen Systeme gemeint, die in den elf osteuropäischen Vergleichsstaaten tatsächlich eingerichtet wurden. Ihre Definitionskriterien sind aus den Dimensionen (1) Mehrheitswahl, Verhältniswahl und kombinierte Wahlsysteme, (2) durchschnittliche Wahlkreisgröße, (3) Verrechnungsformel, (4) formale Sperrklausel und (5) der Mehrebenenkonstruktion des Wahlsystems abgeleitet. Werden im Verlauf des politischen Systemwechsels diese einzelnen Elemente reformiert, ist typologisch ein neues empirisches Wahlsystem begründet: (1) Jede "große", typenübergreifende Reform, der Wechsel zwischen den Grundtypen Mehrheitswahl, Verhältniswahl und kombiniertes Wahlsystem, definiert ein neues empirisches Wahlsystem; (2) eine signifikante Veränderung der durchschnittlichen Wahlkreisgröße begründet ein neues konkretes Wahlsystem; "signifikant" meint bei dieser quantitativen Dimension 20% und mehr; (3) jeder Wechsel der Verrechnungsformel, etwa von absoluter zu relativer Mehrheitswahl oder von d'Hondt zu Hare und (4) jede "si-

gnifikante" Revision der formalen Sperrklausel (> 20%) begründen ein neues Wahlsystem; (5) schließlich bestimmt jeder Eingriff in die hierarchische Struktur des Wahlsystems, etwa die Einführung, Abschaffung oder Veränderung nationaler Listen oder einer nationalen Reststimmenverwertung ein neues Wahlsystem.

Nach den ausgebreiteten Operationalisierungskriterien wird das konkrete Wahlsystem zunächst mit einem dreistelligen Ländercode bezeichnet.[7] Weiter werden die konkreten Wahlsysteme seit Beginn des Untersuchungszeitraums fortlaufend nummeriert. UKR1 bezeichnet das Wahlsystem, das bei den ersten freien Wahlen zur *Verkhovna Rada*, dem ukrainischen Parlament, von 1994 galt, und POL3 bezeichnet das mehrfach reformierte, nun dritte empirische Wahlsystem, das bei den Wahlen zum polnischen *Sejm* 2001 angewendet wurde. Diese Wahlsysteme werden nun, gegliedert in die Oberkategorien (1) Mehrheitswahl, (2) Verhältniswahl und (3) kombinierte Wahlsysteme, systematisch vorgestellt, typisiert und je mit ihrer *Effective Magnitude* (M_{eff}) operationalisiert.

Mehrheitswahlsysteme

Die absolute Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen war das Wahlsystem des sozialistischen *Ancien Régime* und deshalb der gemeinsame Ausgangspunkt der Wahlsystemreformen fast aller Vergleichsstaaten. Allein in Polen wurde bereits vor Beginn der Transitionsphase formal in Mehrpersonenwahlkreisen gewählt (vgl. Grotz 2000: 102-103; Furtak 1990). Die absolute Mehrheitswahl dominierte vor allem frühe, oft substaatliche Wahlen zu Beginn des Transformationsprozesses. Dieses System wurde beibehalten für die Wahlen zu den Obersten Sowjets in vielen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, etwa in Lettland, Litauen, Russland und der Ukraine (vgl. Ishiyama 1997).[8] Später jedoch verschwand dieser Wahlsystemtypus des *Ancien Régime* sukzessive, und die absolute Mehrheitswahl wurde durch "proportionalere" Varianten, kombinierte Wahlsysteme und Verhältniswahl, ersetzt. Aktuell, am Ende des Untersuchungszeitraums im Jahr 2002, wird nur noch im autokratischen Weißrussland nach einem System der absoluten Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen "gewählt" (Korasteleva 2000).

Ukraine, 1994

Nur eines der 21 konkreten Wahlsysteme, die in dieser Arbeit typologisch geschieden werden, gehört noch dem Typus der absoluten Mehrheitswahl an. Das Wahlsystem zur ukrainischen *Verkhovna Rada* sieht die absolute Mehrheitswahl in 450 Einerwahlkreisen ($\overline{M} = 1$) vor (UKR1; $M_{eff} = 1$). Das bestehende Wahlsystem wurde, so Sarah Birch (1995: 94), durch das "ex-socialist establishment" gegen Reforminitiativen verteidigt. Zwei Kriterien reichen hin zum Mandatsgewinn im ersten Wahlgang: Ein Kandidat muss die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreichen, und die Wahlbeteiligung muss höher als 50% liegen. Erreicht kein Kandidat diese absolute Mehrheit, findet eine Stichwahl der beiden stim-

7 Diese Abkürzungen sind der internationalen Industrienorm ISO-3166-1-Alpha-3 entnommen: BGR = Bulgarien; EST = Estland; HUN = Ungarn; LTU = Litauen; LVA = Lettland; POL = Polen; ROU = Rumänien; RUS = Russland; SVK = Slowakei; CZE = Tschechische Republik; UKR = Ukraine.

8 Diese ersten, vergleichsweise "freien" Wahlen fanden noch auf substaatlicher Ebene statt, d.h. sie wurden vor der staatlichen Souveränität der jeweiligen Länder durchgeführt. Diese "Vorgründungswahlen" (zum Begriff vgl. Nohlen und Kasapovic 1996: 43-44) sind nicht im vergleichenden Datensatz enthalten.

menstärksten Bewerber statt, die wiederum nach der absoluten Mehrheitsregel entschieden wird; an dieser Stichwahl können nur diejenigen Kandidaten teilnehmen, die im ersten Wahlgang mindestens 25% der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben. Neben diesem Mindestpartizipationsquorum wurde noch ein weiteres Relikt des überkommenen realsozialistischen Wahlsystems konserviert, denn die Wähler haben weiterhin die Option, "gegen alle" Kandidaten zu stimmen. Reale Probleme schuf vor allem die Kombination von absoluter Mehrheitswahl mit dem Mindestpartizipationsquorum und der Negativstimme. Häufig wurde selbst im zweiten Wahlgang die absolute Mehrheit nicht erreicht, oder die Wahlbeteiligung blieb in vielen Wahlkreisen unterhalb von 50%, sodass stete Nachwahlen notwendig wurden (vgl. vor allem Birch 1996; 2000a).

Die Schlüsselvariable *Effective Magnitude* ist bei einem absoluten Mehrheitswahlsystem mit 450 Einerwahlkreisen leicht zu bestimmen; sie entspricht der durchschnittlichen Wahlkreisgröße ($M_{eff} = 1$).

Verhältniswahlsysteme

Im postkommunistischen Osteuropa dominieren Verhältniswahlsysteme; vierzehn der 22 in dieser Arbeit behandelten empirischen Wahlsysteme gehören zu diesem Grundtyp. Konträr zur überkommenen absoluten Mehrheitswahl sind Verhältniswahlsysteme stets das Resultat von politischen Reformen, die vom Wahlsystem des *Ancien Régime*, möglicherweise über kombinierte Wahlsysteme, hin zur proportionalen Mandatsvergabe führten. Wie absolute Mehrheitswahl haben auch Verhältniswahlsysteme in Osteuropa historische Vorläufer, und zwar aus dem demokratischen Intermezzo in der Zwischenkriegszeit (vgl. vor allem die Beiträge in Berg-Schlosser und Mitchell 2000a; 2002; Karvonen und Quenter 2002; Metcalf 1997).

Verhältniswahlsysteme können geschieden werden in (1) einstufige Systeme, die nur primäre Wahlkreise umfassen (vgl. Tabelle 4.1), und (2) in zwei- und mehrstufige Systeme, die neben den primären auch übergeordnete, sekundäre Wahlkreise zur Reststimmenverwertung oder eine sekundäre nationale Zusatzliste einrichten (vgl. Tabelle 4.2).

Bulgarien, 1991–2001

Die einfachste Konstruktion bilden Verhältniswahlsysteme, die nur einen einzigen, nationalen Wahlkreis vorsehen. In diesem großen Wahlkreis werden dann alle Parlamentsmandate nach einem der proportionalen Verrechnungsverfahren zugeteilt. In Bulgarien wurde 1991 das kombinierte Wahlsystem durch die Verhältniswahl in einem großen nationalen Wahlkreis abgelöst (vgl. Kolarova und Dimitrov 1996). Das Wahlsystem zum Einkammerparlament, der *Narodno Săbranie* (BGR1), basiert vordergründig auf 31 regionalen Mehrpersonenwahlkreisen (jeweils 4 bis 12 Mandate; $\overline{M} = 7.74$), tatsächlich werden aber im ersten Schritt der Mandatsvergabe die Wählerstimmen auf *nationaler* Ebene aggregiert, und auf dieser Basis werden die insgesamt 240 Mandate der Nationalversammlung nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren und mit einer nationalen Sperrklausel von 4% zugeteilt. Im Anschluss folgt die Rückverteilung der Mandate auf die regionalen Wahlkreislisten, sodass faktisch ein einzelner, nationaler Wahlkreis ($\overline{M} = 240$) besteht und die regiona-

len Wahlkreise als rein administrative Einheiten funktionieren (Nohlen und Kasapovic 1996: 138; Birch et al. 2002: 121).[9]

Bei der Bestimmung der *Effective Magnitude* interessiert nun maßgeblich, welche der beiden Schwellen, die mathematische Hürde der durchschnittlichen Wahlkreisgröße $\overline{M}$ oder die durch die Sperrklausel gesetzte Hürde T_{leg}, eine höhere Sperrwirkung errichtet. Beim bulgarischen Verhältniswahlsystem geht von der Sperrklausel $T_{leg} = 4\%$ ein eindeutig höherer Effekt aus als von der durchschnittlichen Wahlkreisgröße $\overline{M} = 240$, und die *Effective Magnitude* liegt deshalb bei $M_{eff} = 100\%/4 = 25$. Dieses einstufige Verhältniswahlsystem ist im Folgenden nicht maßgeblich revidiert worden, und es gilt unverändert bis zu dem Wahlen zur *Narodno Săbranie* von 2001. Die bulgarische Wahlsystementwicklung markiert damit ein seltenes und bemerkenswertes Stabilitätsbeispiel in der Region Osteuropa (vgl. jedoch zur Reformdiskussion ohne Reform Birch et al. 2002: 123-125).

Slowakei, 1998–2002

Auch in der Slowakei entstand ein einstufiges Verhältniswahlsystem mit einem einzelnen, nationalen Wahlkreis. Dieses System (SVK2) löste vor den Wahlen zum slowakischen Unterhaus (*Národná Rada*) von 1998 das aus dem tschechoslowakischen Institutionensystem übernommene Verhältniswahlsystem in regionalen Wahlkreisen ab (vgl. zur Genese Fitzmaurice 1999: 292). Die 150 Mandate werden effektiv in einem einzelnen, nationalen Wahlkreis ($\overline{M} = 150$) durch die Hagenbach-Bischoff-Quota mit Reststimmenverwertung nach der Methode des größten Überrests vergeben. An der Vergabe nehmen diejenigen Listen teil, die mindestens 5% der national gültigen Stimmen erreicht haben, und diese Sperrklausel gilt auch für jede einzelne Partei innerhalb einer Listenverbindung, sodass eine "gespreizte" Sperrklausel vorliegt, die höhere Hürden für Wahlbündnisse als für Einzelparteien errichtet. Gewählt wird auf lose gebundenen Listen, die den Wählern durch Präferenzstimmen die Möglichkeit geben, die Reihenfolge einzelner Kandidaten auf der Liste zu verändern. Auch im slowakischen Verhältniswahlsystem errichtet die formale Sperrklausel ($T_{leg} = 5\%$) eine wesentlich höhere Sperrwirkung als die durchschnittliche Wahlkreisgröße ($\overline{M} = 150$), sodass die *Effective Magnitude* bei $M_{eff} = 20$ liegt.

Tschechische Republik, 2002

Die übrigen einstufigen Verhältniswahlsysteme basieren auf primären Wahlkreisen unterschiedlicher Größe. Bei allen Systemen erfolgt die Mandatsvergabe innerhalb dieser Wahlkreise nach einem Divisorverfahren, d'Hondt oder Sainte Laguë, sodass keine Methode zur (nationalen) Reststimmenverwertung gefunden werden muss. In der Tschechischen Republik wurde das überkommene Wahlsystem der Tschechoslowakischen Föderation, genau wie in der Slowakei, revidiert und durch ein einstufiges Wahlsystem (CZE2) ersetzt. Dieses Wahlsystem sieht die Mandatsvergabe nach d'Hondt in 14 regionalen Wahlkreisen unterschiedlicher Größe (jeweils 5 bis 25 Mandate; $\overline{M} = 14.29$) vor. Auf nationaler Ebene gilt eine Sperrklausel von 5%, die sich, wieder analog zur Slowakei, auf 10% für eine Allianz von zwei

9 Die Angaben bei Crampton (1995; 1997) und Harper (2003) sind, bezogen auf die Funktion der regionalen Wahlkreise, mindestens missverständlich.

Tabelle 4.1: Fünf einstufige Verhältniswahlsysteme in den postkommunistischen Vergleichsstaaten

Wahlsystem	*Wahl(en)*	*Formel*	$\overline{M}$	M_{min}	M_{max}	*Wahlkreise*	*Mandate*	*Quorum*	M_{eff}
POL3	1: 2001	d'Hondt	11.22	7	19	41	460	5%[a]	11.22
CZE2	1: 2002	d'Hondt	14.29	5	25	14	200	5%[c]	14.29
LVA1	2: 1998–2002	Sainte Laguë	20.00	14	26	5	100	5%	20.00
SVK2	2: 1998–2002	Droop	150.00	150	150	1	150	5%[b]	20.00
BGR1	4: 1991–2001	d'Hondt	240.00	240	240	1	240	4%	25.00

Anmerkung: –

[a] Für Listenverbindungen gilt eine erhöhte Sperrklausel von 8%.

[b] Innerhalb einer Listenverbindung galt dieses Quorum 1998 für jede einzelne Partei, und 2002 wurde eine gestaffelte Sperrklausel von 7% für Allianzen von zwei oder drei und 10% für Allianzen von vier und mehr Parteien festgeschrieben.

[c] Für Listenverbindungen gilt eine erhöhte Sperrklausel von 10% für eine Allianz von zwei Parteien, 15% für Dreierkoalitionen und 20% für Allianzen von vier und mehr Parteien.

Parteien, 15% für Dreierkoalitionen und 20% für Allianzen von vier und mehr Parteien erhöht.[10] Anders als bei der Verhältniswahl in einem großen nationalen Wahlkreis übersteigt bei diesem System der Verhältniswahl in mittleren und großen Wahlkreisen die Sperrwirkung, die von der (durchschnittlichen) Wahlkreisgröße ($\overline{M} = 14.29$) ausgeht, diejenige der formalen Sperrklausel ($T_{leg} = 5\%$), sodass die *Effective Magnitude* dem Wert der Wahlkreisgröße entspricht ($M_{eff} = 14.29$).

Polen, 2001

In Polen wurde, ähnlich wie in der Tschechischen Republik, vor den Wahlen zum polnischen *Sejm* von 2001 das zweistufige Verhältniswahlsystem reformiert (vgl. zu den Hintergründen Benoit und Hayden 2004; Kaminski und Nalepa 2004; Millard 2003a;b). Dabei entstand ein mit dem tschechischen System vergleichbares, einstufiges Wahlsystem (POL3), das die Vergabe der insgesamt 460 Parlamentsmandate nach der Methode d'Hondt in 41 primären Wahlkreisen vorsieht. Die Größe dieser Wahlkreise schwankt von 7 bis 19 Mandaten ($\overline{M} = 11.22$), und es gilt eine formale Sperrklausel von 5%, die, wieder als "gespreiztes" Quorum, für Listenverbindungen auf 8% erhöht wird. Auch in diesem polnischen Wahlsystem (POL3) wird die effektive Sperrwirkung nicht von der Sperrklausel ($T_{leg} = 5\%$), sondern von der (durchschnittlichen) Wahlkreisgröße bestimmt, sodass die *Effective Magnitude* wieder der Wahlkreisgröße entspricht ($M_{eff} = 11.22$).

Lettland, 1998–2002

Verglichen mit der Turbulenz von "finetuning"-Maßnahmen der "Verfassungsingenieure" und, je nach Fall und Perspektive, den Manipulationsstrategien der Parteieliten, ist Lettland, mindestens bei der Regelung des Wahlverfahrens, eher ein Beispiel für Stabilität. Die substaatlichen Wahlen von 1990 wurden, wie in allen Nachfolgestaaten der Sowjetunion außerhalb Estlands, noch unter dem Wahlsystem des realsozialistischen *Ancien Régime*, der absoluten Mehrheitswahl, durchgeführt. Der staatlichen Unabhängigkeit Lettlands folgte aber bald die Reform hin zur Verhältniswahl. Dies geschah im Gesamtkontext einer Wiedereinrichtung des Rechts- und Institutionensystems aus der Zwischenkriegszeit (vgl. detailliert Metcalf 1997; Smith-Sivertsen 1998; Sprudzs 2001). Neben der Verfassung von 1922 wurde dabei auch das Wahlsystem der Zwischenkriegszeit exakt wieder aufgegriffen, und zwar in den fünf großen regionalen Wahlkreisen des damaligen Verhältniswahlsystems. Die Wahlkreisgröße M reicht von 14 bis zu 26 Mandaten ($\overline{M} = 20$); die Sperrklausel war zunächst auf 4% (Davies und Ozolins 1994) festgeschrieben und wurde dann auf 5%, jeweils auf nationaler Ebene, angehoben. Die Wähler haben dabei die Option, ihre Wahlentscheidung auf lose gebundenen Listen zu personalisieren (LVA1).[11] Beide Schwellen, die formale Sperrklausel ($T_{leg} = 5\%$) und die durchschnittliche Wahlkreisgröße ($\overline{M} = 20$) errichten damit, nach den ausgebreiteten typologischen Kriterien, identische Sperrwirkungen, sodass die *Effective Magnitude* $M_{eff} = 20$ beträgt.

10 Auch in der Tschechischen Republik wird auf lose gebundenen Listen gewählt, die eine Personalisierung der Wahlentscheidung ermöglichen.

11 Zu den lettischen Wahlen von 1993 und 1995 liegen leider keine empirischen Daten auf Wahlkreisebene vor; sie sind deshalb nicht im empirischen *Sample* dieser Arbeit enthalten.

Tabelle 4.1 fasst die einstufigen Verhältniswahlsysteme in den postkommunistischen Vergleichsstaaten, geordnet nach aufsteigender *Effective Magnitude* systematisch zusammen.

Polen 1991–1997

Die übrigen neun Verhältniswahlsysteme gehören zur komplexeren Kategorie zwei- und mehrstufiger Wahlsysteme (vgl. Tabelle 4.2). Damit sind einmal Verhältniswahlsysteme mit nationaler Reststimmenvergabe und weiter Verhältniswahlsysteme mit nationaler Zusatzliste gemeint. Die beiden nun reformierten empirischen Wahlsysteme Polens (POL1, POL2) gehören dem letzten Typus an: Das Wahlsystem zum polnischen *Sejm* von 1991 sah 460 Parlamentsmandate vor, die in zwei Kontingente aufgeteilt waren (POL1): (1) Zunächst werden 391 Mandate in 37 primären Mehrpersonenwahlkreisen zugeteilt. Die Vergabe erfolgt dabei auf offenen Listen, jeder Wähler kann nur *eine* Präferenzstimme abgeben. Die Wahlkreisgröße schwankt von 7 bis 17 Mandaten ($\overline{M} = 10.57$), und die Zuteilung erfolgt auf offenen Listen nach der Hare-Quota. (2) Auf einer sekundären nationalen Liste werden die übrigen 69 Mandate mit der Methode Sainte Laguë und auf der Basis der landesweit aggregierten Stimmen verteilt. Anders als beim primären Segment gilt für diese Ebene eine Sperrklausel von 5%.

Bei den folgenden Wahlen zum polnischen *Sejm* von 1993 blieb das Wahlsystem nur in seiner Grundstruktur erhalten, die einzelne Ausgestaltung beider Segmente wurde jeweils erheblich modifiziert (POL2). Im primären Segment wurden zunächst die Wahlkreise der territorialen Gliederung der polnischen *Wojewodschaften* angepasst (vgl. Bernhard 1997: 196), sodass 52 primäre Wahlkreise gebildet wurden, deren Größe nun von 3 bis 17 Mandaten reichte; das bedeutete eine erhebliche Reduzierung der durchschnittlichen Wahlkreisgröße ($\overline{M} = 7.51$). Zweitens wurde die Sperrklausel nun auf beide Segmente des Wahlsystems bezogen. Sie beträgt im primären Segment, wieder als "gespreiztes" Quorum, 5% für Parteien und 8% für Wahlkoalitionen, und für das sekundäre nationale Stimmenkontingent gilt die einheitliche Sperrklausel von 7%. Schließlich wurde noch das Verrechnungsverfahren geändert, und für beide Segmente, primäre Wahlkreise und sekundäre nationale Liste, gilt nun das Divisorverfahren nach d'Hondt.[12]

Bei dieser strukturellen Kontinuität der polnischen Wahlsysteme sind die Kriterien zur Bestimmung der *Effective Magnitude* bei den beiden konkreten Wahlsystemen (POL1, POL2) ähnlich. Beim Wahlsystem von 1991 (POL1) ist auf der primären Ebene der regionalen Wahlkreise nur die durchschnittliche Wahlkreisgröße wirksam ($\overline{M} = 10.57$). Bei der nationalen Liste dominiert jedoch die Sperrklausel ($T_{leg} = 5\%$) den Effekt der Wahlkreisgröße ($\overline{M} = 69$). *In toto* errichtet damit das sekundäre Segment eine geringere Schwelle gegen die Fragmentierung des Parteiensystems, sodass *diese* Ebene für die Typisierung der *Effective Magnitude* herangezogen wird ($M_{eff} = 20$). Dieses Operationalisierungskriterium gilt auch für das zweite konkrete Wahlsystem in Polen (POL2). Die deutliche Reduzierung der durchschnittlichen Größe der regionalen Mehrpersonenwahlkreise ($\overline{M} = 7.52$) bedeutet, dass auch nun, trotz komparativ höherer Sperrklausel, die nationale Liste eine geringere Schwelle für den

12 Bei dieser Reform standen freilich nicht nur rationale Erwägungen des "Constitutional Engineering" im Vordergrund, sondern gleichermaßen waren machtstrukturelle Aspekte eine Triebkraft der Reformer; besonders die größeren Fraktionen im *Sejm* versprachen sich von einem "stärkeren" Wahlsystem Vorteile (vgl. Vinton 1992).

Einzug in den *Sejm* setzt als das primäre Segment. Deshalb ist für die *Effective Magnitude* des Gesamtsystems diese sekundäre Ebene entscheidend ($M_{eff} = 14.29$).

Rumänien, 1992–2000

Die übrigen mehrstufigen Verhältniswahlsysteme sehen eine Reststimmenverwertung auf nationaler Ebene vor. Auch in Rumänien wurde das Wahlsystem am "Runden Tisch" vereinbart. Liberalisierungs- und Demokratisierungstendenzen waren dort jedoch viel schwächer als in Polen. Somit konnte die gewendete Nomenklatura, nun reorganisiert als "Front der nationalen Rettung" (*Fróntul Salvării Naţionale*; FSN), das neue Wahlgesetz dekretieren (vgl. Gabanyi 1997). Als Proto-Verfassung regelte es neben der spezifischen Wahlsystematik auch Aspekte des Regierungssystems, eine starke Präsidentschaft, direkte Präsidentenwahlen und die bikamerale Struktur des Parlaments. Das Wahlsystem zum rumänischen Unterhaus, der Abgeordnetenkammer (*Camera Deputatilor*), sieht die Verhältniswahl in regionalen Wahlkreisen vor (ROU1): (1) Die insgesamt 387 Mandate werden zunächst in 41 primären Mehrpersonenwahlkreisen nach der Hare-Quota verteilt; neun Mandate sind für ethnische Minderheiten reserviert, und die Mandate werden via geschlossener Liste den Einzelbewerbern zugeteilt. Die Wahlkreisgröße schwankt zwischen 4 und 15; im Bukarester Wahlkreis werden 39 Mandate vergeben ($\overline{M} = 9.18$). (2) Bleiben so in den einzelnen Wahlkreisen Mandate vakant, werden sie auf nationaler Ebene nach der Methode d'Hondt verteilt.

Diese Grundkonstruktion blieb auch bei den folgenden Wahlen erhalten. Modifikationen betrafen aber, im Vorlauf der synchronen Präsidenten und Parlamentswahlen von 1992, zunächst die Änderung der Wahlkreisstruktur. Die Zahl der primären Wahlkreise wurde auf 42 erhöht, mit einem Minimum von 4 und einem Maximum von 29 Mandaten ($\overline{M} = 7.81$), und zudem wurde eine Sperrklausel von 3% auf nationaler Ebene "nachgerüstet" (ROU2). Die dritte Reform des rumänischen Verhältniswahlsystems fand vor den Wahlen vom November 2000 statt und betraf erneut die Sperrklausel. Das Quorum wurde für Einzelparteien von 3 auf 5% erhöht, und zudem gilt für Wahlallianzen eine erhöhte Sperrklausel von 8 bis 10% (ROU3) (Birch et al. 2002: 96-100).

Marina Popescu (2003: 326) hat in kontrafaktischen Simulationen gezeigt, dass die in Rumänien angewendete nationale Reststimmenverwertung *de facto*, in ihren Konsequenzen für Fragmentierung und Repräsentationsqualität, nahezu exakt wie die Verhältniswahl in einem landesweiten Wahlkreis funktioniert. Die *Effective Magnitude* des ersten rumänischen Wahlsystems (ROU1) entspricht deshalb der Gesamtzahl der vergebenen Mandate und zeigt ein, im Sinne von Shugart (2001b: 188), "hyper-repräsentatives" System an ($M_{eff} = 387$). Bei den folgenden Wahlsystemrevisionen erhöhte das gesetzte Quorum die effektive Sperrwirkung des Wahlsystems deutlich auf $M_{eff} = 33.33$ (ROU2) und schließlich auf $M_{eff} = 20$ (ROU3).

Estland, 1992–1999

Estland markiert eine Ausnahme bei der postsowjetischen Wahlsystementwicklung, weil nur dort bei den substaatlichen "Vorgründungswahlen" von 1990 nicht mehr nach dem Wahlsystem des realsozialistischen *Ancien Régime*, der absoluten Mehrheitswahl, sondern nach *Single Transferable Vote*-Verfahren gewählt wurde (vgl. Ishiyama 1993; 1994; 1996; Taa-

Tabelle 4.2: Neun zwei- und mehrstufige Verhältniswahlsysteme in den postkommunistischen Vergleichsstaaten

Wahlsystem	*Wahl(en)*	*Stufe*	*Formel*	$\overline{M}$	M_{min}	M_{max}	*Wahlkreise*	*Mandate*	*Quorum*	M_{eff}
POL2	2: 1993–97	1	d'Hondt	7.52	3	17	52	391	5%[c]	
		2	Sainte Laguë	69.00	69	69	1	69	7%	14.29
EST1	1: 1992	1	Hare	8.42	5	13	12	101		
		2	d'Hondt		*variabel – Reststimmenverwertung*				5%[a]	20.00
EST2	2: 1995–99	1	Hare	9.18	7	12	11	101		
		2	d'Hondt		*variabel – Reststimmenverwertung*				5%[a]	20.00
POL1	1: 1991	1	Hare	10.57	7	17	37	391	–	
		2	Sainte Laguë	69.00	69	69	1	69	5%[c]	20.00
CZE1	2: 1996–98	1	Droop	25.00	13	41	8	200	5%	
		2	Droop		*variabel – Reststimmenverwertung*				5%[e]	20.00
ROU3	1: 2000	1	Hare	7.81	4	29	42	328	5%	
		2	d'Hondt		*variabel – Reststimmenverwertung*				3%[c]	20.00
SVK1	1: 1994	1	Droop	37.50	13	50	4	150	5%	
		2	Droop		*variabel – Reststimmenverwertung*				5%[d]	20.00
ROU2	3: 1992–96	1	Hare	7.81	4	29	42	328	3%	
		2	d'Hondt		*variabel – Reststimmenverwertung*				3%[c]	33.33
ROU1	1: 1990	1	Hare	9.44	4	39	41	387	–	
		2	d'Hondt		*variabel – Reststimmenverwertung*				–	387

Anmerkung: –

[a] Alternativ genügt auch der Gewinn von 3 individuellen Mandaten.
[b] Alternativ genügt auch der Mandatsgewinn in mindestens 5 regionalen Wahlkreisen.
[c] Für Listenverbindungen gilt eine erhöhte Sperrklausel von 8%.
[d] Für Listenverbindungen gilt eine erhöhte Sperrklausel von 7% für eine Allianz von zwei oder drei Parteien und von 10% für Allianzen von vier und mehr Parteien.
[e] Für Listenverbindungen gilt eine erhöhte Sperrklausel von 7% für eine Allianz von zwei Parteien, 9% für Dreierkoalitionen und 11% für Allianzen von vier und mehr Parteien.

gepera 1990).[13] Vor den ersten nationalen Wahlen zum neuen estnischen Einkammerparlament (*Riigikogu*) von 1992 wurde das Wahlsystem jedoch reformiert, und an die Stelle der übertragbaren Einzelstimmgebung trat ein mehrstufiges Verhältniswahlsystem mit nationaler Zusatzliste (Grofman et al. 1999: 237-240). Das Wahlsystem (EST1) sieht zunächst 12 regionale Mehrpersonenwahlkreise mit je 5 bis 13 Mandaten vor ($\overline{M}$ = 8.42), und die Parlamentssitze werden im ersten Zuteilungsverfahren an Einzelbewerber vergeben: (1) Jeder Kandidat, der mit seinen individuellen Stimmen die Hare-Quota erreicht, ist gewählt und erzielt ein individuelles Mandat. (2) Die Reststimmen werden nun, wiederum auf Wahlkreisebene, innerhalb offener Listen addiert. Die Mandatszahl, die jeder Liste zugewiesen wird, entspricht der Zahl an vollen Hare-Quotas, die in ihrem Reststimmenanteil enthalten sind; die Rangfolge der Kandidaten auf der offenen Liste wird entsprechend ihrer individuellen Stimmenzahl gebildet. (3) In den primären Wahlkreisen findet keine Reststimmenverwertung statt. Bleiben dort Mandate unbesetzt, werden sie nun auf einer nationalen, geschlossenen Liste nach der Methode d'Hondt und auf der Grundlage der national aggregierten Reststimmen verteilt. Das Wahlsystem etabliert damit gleichermaßen einen Stimmen- und einen Mandatstransfer. Für die Vergabe dieser sekundären Mandate gilt eine Sperrklausel von 5% der national gültigen Stimmen oder alternativ von drei individuellen Mandaten.

Dieses Wahlsystem blieb bei den folgenden Wahlen zum estnischen *Riigikogu* von 1995 und 1999 in der Grundstruktur und -funktion erhalten. Eine Modifikation, die, den vorher ausgebreiteten typologischen Kriterien gemäß, ein neues empirisches Wahlsystem begründet (EST2), betraf jedoch die Wahlkreiseinteilung und -größe. Die Anzahl der primären Wahlkreise wurde von 12 auf 11 reduziert, sodass die durchschnittliche Wahlkreisgröße marginal sank ($\overline{M}$ = 9.18); in jedem dieser Wahlkreise werden 7 bis 13 Mandate zugeteilt (Fitzmaurice 2001). Taagepera (1995: 329) kritisiert die komplizierte Mehrebenenstruktur des estnischen Wahlsystems als "needlessly complex". Damit meint er insbesondere, dass trotz der komplizierten Präferenzstimmgebung ein bedeutender Teil der 101 Mandate im *Riigikogu* auf der starren nationalen Liste verteilt werden; das betraf 60 Mandate bei den "Gründungswahlen" und 52 Mandate bei der Parlamentswahl von 1995 (vgl. die ähnliche Kritik bei Grofman et al. 1999: 237-240; Nohlen und Kasapovic 1996: 62-63). Diese sekundäre Vergabeebene ist deshalb auch der Ansatzpunkt für die Bestimmung der *Effective Magnitude*. Bei den beiden empirischen Wahlsystemen (EST1, EST2) markiert die Sperrwirkung des Quorums (T_{leg} = 5%) die entscheidende Schwelle (M_{eff} = 20).

Tschechische Republik, 1996–1998

Die zweistufigen Verhältniswahlsysteme der Tschechischen Republik und der Slowakei gehen auf die gemeinsame Tradition der Tschechoslowakei zurück und blieben zunächst eng am Kompromiss des föderalen "Runden Tisches" orientiert (vgl. Birch et al. 2002: 67). In der Föderation bauten die Oppositionskräfte, nach dem abrupten Zusammenbruch der tschechischen Nomenklatura, der *Kommunistická Strana Československa* (KSČ), ein konsensde-

13 John T. Ishiyama (1994: 183) macht auf die Rolle Rein Taageperas in der estnischen Wahlsystemdebatte aufmerksam. Der estnische Politikwissenschaftler Taagepera, bereits bei der theoretischen Debatte zum Thema Wahlsysteme und Parteiensysteme und bei der Operationalisierung einiger Schlüsselvariablen angesprochen, war Berater der zentristischen Volksfront *Rahvarinne* in Wahlsystemfragen. Zudem trat er bei den direkten Präsidentenwahlen von 1992 als Kandidat an (vgl. seinen eigenen Erfahrungsbericht: Taagepera 1993).

mokratisch orientiertes Institutionensystem auf (vgl. Calda 1996; zur Struktur des neuen Systems als "textbook example of consociational democracy" Lijphart 1992a: 216). Das Modell sah ein bikamerales Parlament vor (vgl. Gabal 1996), das in beiden Gliederungen via Verhältniswahl in regionalen Wahlkreisen gewählt werden sollte und damit deutliche (und gewollte) Affinitäten zum Wahlgesetz der ersten tschechoslowakischen Republik von 1920 aufwies (Bradley 2000). Nach der "velvet divorce" beider Teilstaaten wurde der tschechische Nationalrat als Abgeordnetenhaus (*Poslanecká Sněmovna*) reorganisiert, und die neue Verfassung der Tschechischen Republik von 1993 gründete ein Abgeordnetenhaus mit 200 Mitgliedern und einen Senat mit 81 Mitgliedern.

Die nationalen "Gründungswahlen" fanden in dieser Konstruktion erst im Juni 1996 statt, und das Wahlsystem zum Abgeordnetenhaus (*Poslanecká Sněmovna*) wurde weitgehend aus der tschechoslowakischen Föderation übernommen (CZE1): (1) In 8 großen regionalen Mehrpersonenwahlkreisen (jeweils 13 bis 41 Mandate; $\overline{M} = 25$) werden 200 Mandate durch die Hagenbach-Bischoff-Quota vergeben. An der Vergabe dieser Mandate können nur diejenigen Listen teilnehmen, die mindestens 5% der national gültigen Stimmen erhalten haben; für Listenverbindungen gilt eine erhöhte Sperrklausel von 7% für Allianzen von zwei Parteien, 9% für Dreierkoalitionen und 11% für Allianzen von vier und mehr Parteien. Bleiben weiterhin Mandate unvergeben, werden sie dem nationalen Stimmenkontingent zugeschlagen. (2) Diese Restmandate werden auf nationaler Ebene aggregiert und auf der Grundlage der unverwerteten Stimmen durch die Hagenbach-Bischoff-Quota mit Reststimmenverwertung nach der Methode des größten Überrests vergeben. Die Wähler haben durch Präferenzstimmgebung die Option, die Reihenfolge der Kandidaten auf den lose gebundenen Listen zu modifizieren. Die *Effective Magnitude* dieses Wahlsystems, das auch für die folgenden Parlamentswahlen von 1998 unverändert galt, orientiert sich an der komparativ geringeren Sperrwirkung des sekundären Segments ($M_{eff} = 20$).

Slowakei, 1994

Nach der Auflösung der ČSFR nahm die Slowakei, trotz signifikant unterschiedlicher soziopolitischer Rahmenbedingungen, zunächst einen vergleichbaren konstitutionellen Weg, und der slowakische Nationalrat wurde als neues Unterhaus (*Národná Rada*) eingerichtet. Auch in der Slowakei blieben Wahlverfahren und Wahlkreiseinteilung aus der ČSFR weitgehend erhalten (SVK1): (1) In 4 großen regionalen Mehrpersonenwahlkreisen (jeweils 13 bis 50 Mandate; $\overline{M} = 37.50$) werden 150 Mandate durch die Hagenbach-Bischoff-Quota vergeben. Dabei gilt eine landesweite Sperrklausel von 5% der nationalen Stimmen, die gestaffelt für Listenverbindungen auf 7% für Allianzen von zwei oder drei Parteien und auf 10% für Allianzen von vier und mehr Parteien erhöht wird. (2) Vakante Mandate werden dem nationalen Stimmenkontingent zugeschlagen und dort auf der Grundlage der unverwerteten Stimmen durch die Hagenbach-Bischoff-Quota mit Reststimmenverwertung nach der Methode des größten Überrests zugeteilt. Gewählt wird auf lose gebundenen Listen, die den Wählern durch Präferenzstimmen die Möglichkeit geben, die Reihenfolge einzelner Kandidaten auf der Liste zu verändern. Analog zum tschechischen Wahlsystem interessiert für die Typisierung der *Effective Magnitude* vor allem das sekundäre Mandatssegment, dessen effektive Sperrwirkung durch die nationale Sperrklausel ($T_{leg} = 5\%$) definiert wird ($M_{eff} = 20$).

Tabelle 4.2 fasst die verschiedenen zwei- und mehrstufigen Verhältniswahlsysteme, geordnet nach aufsteigender *Effective Magnitude*, systematisch zusammen.

Kombinierte Wahlsysteme

Kombinierte Wahlsysteme gelten bereits als "The Electoral Reform of the Twenty-First Century" (Shugart und Wattenberg 2001b). Diese komplexen Wahlsysteme entstanden einmal, in den etablierten Demokratien, als ein Versuch, die Vorzüge von Mehrheits- und Verhältniswahl zu verbinden. Matthew S. Shugart (2001a;b) trennt zunächst zwei unterschiedliche Konkurrenzsituationen, die "intraparty"- und die "interparty"-Dimension. In dieser Typologie erreichen "mixed-member systems" eine ausgewogene Bedienung der unterschiedlichen Systemziele; sie sind damit "efficient". Als "extreme" etikettiert Shugart (2001a) dagegen Wahlsysteme, die auf einer der Dimensionen Randstellungen einnehmen. Im abschließenden Argumentationsschritt erklärt Shugart (2001b) nun die vor allem in den Neunzigerjahren forcierte Entstehung von kombinierten Wahlsystemen in etablierten Demokratien mit ihrer komparativen "Effizienz". Vor allem dort, wo ein Wahlsystem auf einer oder auf beiden Vergleichsachsen "extreme" gewirkt habe, zum Beispiel die relative Mehrheitswahl in Neuseeland auf der "interparty"- oder das japanische *Single Non Transferable Vote*-Verfahren in der "intraparty"-Dimension, sei die Reform hin zu kombinierten Wahlsystemen erfolgt (Denemark 2001; Reed und Thies 2001; Shugart 2001b).

Diese funktional motivierten Überlegungen sind auf osteuropäische Transformationsstaaten nur bedingt anwendbar. Auf einige der im Folgenden diskutierten kombinierten Wahlsysteme kann das eben vorgestellte, funktionale Effizienzargument, mindestens im Resultat, übertragen werden. Die kombinierten Wahlsysteme Russlands und der Ukraine verbinden eine territorial gefasste Repräsentation in den Einerwahlkreisen mit Anreizen zur Konsolidierung des Parteiensystems, die über die geschlossene nationale Liste gesetzt werden, und diese Doppelkonstruktion wird von vielen Kommentatoren als eine, aus der möglichen Perspektive eines "Constitutional Engineering" (Sartori 1994), sachgerechte institutionelle Weichenstellung eingeschätzt (Moser 2001a; Moser und Thames 2001). Das Hauptmotiv der an den Wahlsystemdebatten beteiligten Akteure war aber nicht die "wissenschaftliche" Diskussion und Entwicklung eines funktional adäquaten Gesamtentwurfs. Außerhalb Russlands, wo das Wahlsystem dekretiert wurde, dominierte bei der Einrichtung und Fortentwicklung von politischen Institutionen machtpolitisch movitiertes Eigeninteresse widerstreitender Akteure, also, in den Worten von Jon Elster (1997: 236), "bargaining" statt "arguing".

Kombinierte Wahlsysteme können in dieser Perspektive als institutionell "geronnene", machtpolitische Kompromisse aus der unmittelbaren Transformationsphase oder dem weiteren Verlauf des Systemwechsels verstanden werden. Oft vereinen sie die institutionellen Präferenzen von Nomenklatura und Regimeopposition als die "reine Addition" (vgl. Rüb 1994b: 263) beider Verhandlungspositionen: Die (reale oder vermeintliche) Dominanz der gewendeten Nomenklatura legt ihr die Präferenz für ein Wahlsystem nahe, das die parlamentarische Überrepräsentation der stimmenstärksten Partei und eventuell eine "manufactured majority" einträgt. Besonders in der frühen Transformationsphase verfügt die Nomenklatura zudem über einen Organisationsvorteil, denn sie ist regelmäßig die einzige politische Kraft, die eine landesweite Infrastruktur mobilisieren und in den verschiedenen, über

das gesamte Wahlgebiet verteilten Wahlkreisen Kandidaten präsentieren kann. Die Regimeopposition dagegen verfolgt zunächst meist eine defensive Strategie und die Präferenz für ein Verhältniswahlsystem. Nicht nur der antizipierte Rückstand bei der Wählerpräferenz legte diese Option nahe, sondern auch die intern heterogene Zusammensetzung der oppositionellen *Umbrella*-Organisationen und die fehlende landesweite Infrastruktur.

Die asymmetrischen institutionellen Präferenzen beider Verhandlungspartner, Nomenklatura und Regimeopposition, begründen als "additiven" Kompromiss ein kombiniertes Wahlsystem, insbesondere ein "mixed-member majoritarian system".

Litauen, 1992–2000

Die Popularität kombinierter Wahlsysteme war deshalb auch, und vor allem, ein Charakteristikum der Transformationsprozesse in Osteuropa. Sieben der 22 in dieser Arbeit analysierten konkreten Wahlsysteme gehören diesem Typus an. Die kombinierten Wahlsysteme Litauens, Russlands und der Ukraine sind "mixed-member majoritarian"-Systeme (MMM), die keine Verrechnung von Mehrheitswahl- und Verhältniswahlsegment vorsehen. Die beiden ungarischen Wahlsysteme sind noch etwas komplexer konstruiert und gehören, in der Terminologie von Shugart und Wattenberg (2001c: 15-16), zu den "mixed-member majoritarian systems with partial compensation". Nirgendwo in Osteuropa sind jedoch "mixed-member proportional systems", die dem deutschen oder dem neuseeländischen Muster entsprechen, eingerichtet worden.

In Litauen galt bei den substaatlichen "Vorgründungswahlen" von 1990 noch das Wahlsystem des realsozialistischen *Ancien Régime*, die absolute Mehrheitswahl in 141 Einerwahlkreisen. Im Vorfeld der ersten Wahlen nach der staatlichen Unabhängigkeit wurde 1992 ein "mixed-member majoritarian system" (LTU1) eingerichtet. Dieses kombinierte Wahlsystem entstand als machtpolitischer Kompromiss der beiden politischen Lager, der konservativen Volksfront *Sajūdis* (TS-LK) und der *Litauischen Demokratischen Arbeiterpartei* (*Lietuvos Demokratinès Darbo Partijos*; LDDP), und es blieb, trotz einiger Modifikationen, in seiner Grundstruktur erhalten (Clark 1995: 46): (1) In 71 Einerwahlkreisen ($\overline{M} = 1$) werden Mandate durch absolute Mehrheitswahl vergeben. Für den Mandatsgewinn im ersten Wahlgang sind mehr als 50% der abgegebenen gültigen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von mehr als 40% notwendig und hinreichend. Bleibt der erste Wahlgang inkonklusiv, entscheidet eine Stichwahl der beiden stimmenstärksten Kandidaten. (2) Weitere 70 Mandate werden in einem einzelnen, nationalen Wahlkreis ($\overline{M} = 70$) mit der Hare-Quota und einer Reststimmenverwertung nach der Methode des größten Überrests zugeteilt. An der Vergabe nehmen diejenigen Listen teil, die mindestens 4% der national gültigen Listenstimmen erreicht haben.

Vor den folgenden, regulären Wahlen zum litauischen *Saimas* fanden jeweils Reformen statt, die ein neues konkretes Wahlsystem einrichteten, jedoch innerhalb des Grundtyps eines "mixed-member majoritarian system" blieben. Die formale Sperrklausel im Verhältniswahlsegment wurde 1996 zunächst von 4% auf 5% angehoben (vgl. zu einer detaillierten Analyse Krupavičius 2001a), sodass typologisch ein neues Wahlsystem begründet wurde (LTU2). Im Vorlauf zu den folgenden *Seimas*-Wahlen schloss sich eine Reform im Mehrheitswahlsegment des kombinierten Wahlsystems an. Die konservative Parlamentsmehrheit ersetzte, in einem unilateral durchgeführten, umstrittenen und machtpolitisch motivierten

Manöver, die Entscheidungsregel absolute durch die relative Mehrheitswahl (Fitzmaurice 2002: 162-163), und damit entstand, nach den oben vorgestellten typologischen Kriterien, ein neues konkretes Wahlsystem (LTU3).

Russland, 1993–1999

In Russland wurden die semi-kompetitiven "Vorgründungswahlen" von 1990 nach dem aus der Sowjetzeit überkommenen absoluten Mehrheitswahlsystem abgehalten (White et al. 1993: 34). Die Reform hin zu einem "mixed-member majoritarian system", das dem litauischen Entwurf in vielen Elementen ähnelt, folgte den konfrontativen Auseinandersetzungen zwischen dem Parlament und Staatspräsident Jelzin, und sie wurde, konträr zu den paktierten Transitionen in anderen Teilen Ostmittel- und Südosteuropas, nicht an "Runden Tischen", sondern durch eine Expertenkommission ausgearbeitet und schließlich per präsidentiellem Dekret umgesetzt (vgl. die detaillierten Darstellungen bei Birch et al. 2002; McFaul 1999; Moser und Thames 2001).

Die Intentionen der russischen "Verfassungsingenieure" (vgl. Sartori 1994) waren vielfältig, und sie lagen, formuliert in der Terminologie von Shugart (2001b), gleichermaßen auf der "interparty"- und "intraparty"-Dimension. Die wesentliche Zielstellung auf der "interparty"-Dimension war, eine Pro-Reform-Mehrheit in der russischen *Duma* aufzubauen, und, vor allem durch die Mehrheitswahlelemente und das Quorum, eine effektive Konzentration des Parteiensystems zu induzieren. Daneben gab es aber auch vielfältige Zielstellungen auf der "intraparty"-Dimension, die sich eng an der "Effizienz" eines kombinierten Wahlsystems orientierten. Mit dem Mehrheitswahlkontingent sollte der Bedarf einer hinreichenden Integration der russischen Regionen bedient werden. Insbesondere von der Verhältniswahl mit geschlossenen, nationalen Listen versprachen sich die "Verfassungsingenieure" eine Nationalisierung des politischen Parteiensystems und die Stimulierung und Stabilisierung von parteipolitischen Organisationsformen (vgl. hier vor allem Moser und Thames 2001: 259-266; Remington und Smith 1995: 464; Remington und Smith 1996: 1258-1261).[14]

Das im Dekret von 1993 zunächst provisorisch kodifizierte Wahlsystem zur russischen *Duma* (RUS1) sieht zwei getrennte Segmente vor: (1) 225 Mandate werden in Einerwahlkreisen ($\overline{M} = 1$) durch die relative Mehrheitswahl vergeben; der Wahlgang ist jeweils gültig, wenn sich mehr als 25% der Wahlberechtigten eines Wahlkreises beteiligt haben. (2) Unabhängig davon werden weitere 225 Mandate in einem großen nationalen Wahlkreis ($\overline{M} = 225$) nach der Hare-Quota und mit Reststimmenverwertung nach der Methode des größten Überrests zugeteilt. An der Vergabe nehmen diejenigen Listen teil, die mindestens 5% der national gültigen Listenstimmen erreicht haben, und die Zuteilung der Verhältniswahlmandate an Einzelbewerber erfolgt auf geschlossenen nationalen Listen. Vor den vorzeitigen Parlamentswahlen von 1995 entstand eine neue Wahlsystemdebatte im Dreieck von Präsident, Föderationsrat und *Duma*, die deutlich von den Plänen der Parlamentarier zur Mandatsmaximierung gekennzeichnet war (Moser und Thames 2001: 266-274). Als Resultat dieser Debatten wurde das zunächst provisorisch konzipierte Wahlsystem (RUS1) nun

14 Rose et al. (1997: 109) zitieren Viktor Sheinis, den Leiter der russischen Wahlsystemkommission, mit den Worten: "No proportional representation, no parties".

Tabelle 4.3: Sieben kombinierte Wahlsysteme in den postkommunistischen Vergleichsstaaten

Wahlsystem	*Wahl(en)*	*Stufe*	*Formel*	$\overline{M}$	M_{min}	M_{max}	*Wahlkreise*	*Mandate*	*Quorum*	M_{eff}
LTU1	1: 1992	1	abs. Mehrh.	1.00	1	1	71	71	–	1.00
		2	Hare	70.00	70	70	1	70	4%	25.00
LTU2	1: 1996	1	abs. Mehrh.	1.00	1	1	71	71	–	1.00
		2	Hare	70.00	70	70	1	70	5%	20.00
LTU3	1: 2000	1	rel. Mehrh.	1.00	1	1	71	71	–	1.00
		2	Hare	70.00	70	70	1	70	5%[a]	20.00
RUS1	3: 1993–99	1	rel. Mehrh.	1.00	1	1	225	225	–	1.00
		2	Hare	225.00	225	225	1	225	5%	20.00
UKR2	2: 1998–2002	1	rel. Mehrh.	1.00	1	1	225	225	–	1.00
		2	Hare	225.00	225	225	1	225	4%	25.00
HUN1	1: 1990	1	abs. Mehrh.	1.00	1	1	176	176	–	1.00
		2	Droop	7.60	4	28	20	152	4%	7.60
		3	d'Hondt	58.00	58	58	1	58	4%	25.00
HUN2	3: 1994–2002	1	abs. Mehrh.	1.00	1	1	176	176	–	1.00
		2	Droop	7.60	4	28	20	152	5%[b]	7.60
		3	d'Hondt	58.00	58	58	1	58	5%[b]	20.00

Anmerkung: –

[a] Für Listenverbindungen gilt eine erhöhte Sperrklausel von 7%.

[b] Für Listenverbindungen gilt eine erhöhte Sperrklausel von 10% für eine Allianz zweier Parteien und von 15% für eine Allianz von drei und mehr Parteien.

nahezu ohne Veränderung in ein Wahlgesetz überführt, und dieses Wahlsystem blieb die institutionelle Grundlage der Parlamentswahlen von 1995 und 1999.

Ukraine, 1998–2002

In der Ukraine wurde die absolute Mehrheitswahl, das überkommene Wahlsystem des realsozialistischen *Ancien Régime*, das 1994 noch durch die postkommunistische Nomenklatura gegen Reforminitiativen verteidigt werden konnte (vgl. Birch 1995: 94), vor den Wahlen zur *Verkhovna Rada* von 1998 durch ein "mixed-member majoritarian system" ersetzt, das dem gerade vorgestellten russischen Wahlsystem nahezu idealtypisch entsprach. Diese Initiative war nur teils motiviert durch institutionelles Eigeninteresse der Parlamentsmitglieder im Sinne des "office-seeking"-Arguments (Benoit 2001a: 6). Birch et al. (2002: 154-157) betonen als alternatives Motiv der Parlamentarier, die im politischen Wettbewerb mit dem zunehmend konfrontativen Staatspräsidenten Kutschma standen, den Versuch, durch Elemente der Listenwahl den Status politischer Parteien, und damit die Position des Parlaments gegenüber dem Präsidenten, *in toto* aufzuwerten. Das neue Wahlsystem zur ukrainischen *Verkhovna Rada* besteht aus zwei gleichberechtigten Segmenten (UKR2): (1) In 225 Einerwahlkreisen ($\overline{M} = 1$) werden zunächst Mandate nach der Entscheidungsregel der relativen Mehrheit vergeben. (2) Weitere 225 Mandate werden in einem großen nationalen Wahlkreis ($\overline{M} = 225$) nach der Hare-Quota und einer Reststimmenverwertung nach der Methode des größten Überrests zugeteilt. An der Vergabe nehmen diejenigen Listen teil, die mindestens 4% der national gültigen Listenstimmen erreicht haben.

Die Einführung des Verhältniswahlsegments war tatsächlich ein Konsolidierungsanstoß für das fragile ukrainische Parteiensystem, und viele Parteien favorisierten nach der Parlamentswahl 1998 die weitere Reform hin zu einem Verhältniswahlsystem zur Konsolidierung der Position politischer Parteien im politischen System der Ukraine. Die Konflikte von *Verkhovna Rada* und Staatspräsident Kutschma wurden durch dieses Vorbringen noch forciert. Schließlich konnte sich Kutschma, nach fünf präsidentiellen Vetos gegen die Vorlagen der Parlamentsparteien, durchsetzen, und das neue Wahlsystem entsprach exakt dem MMM-System von 1998 (UKR2).

Bulgarien, 1990

Auch außerhalb der Nachfolgestaaten der Sowjetunion, in den ostmittel- und südosteuropäischen Transformationsstaaten, entstanden kombinierte Wahlsysteme. Die Motive dieser Reforminitiativen und die generellen Entstehungskontexte sind aber nur bedingt vergleichbar. Vor allem unterscheiden sich beide Kontexte durch die, mindestens im Vergleich mit Russland und der Ukraine, sehr viel besseren Optionen, einen strukturierten Parteienwettbewerb mit einem Mindestmaß an Stabilität hervorzubringen (vgl. statt vieler Kitschelt et al. 1999; Kitschelt und Smyth 2002). Deshalb standen bei der Vereinbarung der neuen Wahlsysteme weniger Initiativen im Vordergrund, durch ein "Constitutional Engineering" (Sartori 1994) Defiziten in der Konsolidierung der Parteiensysteme zu begegnen, sondern Wahlsystemfragen stellten sich viel prononcierter als Machtfragen, die zunächst an "Runden Tischen" (vgl. Elster 1996) und im weiteren Fortgang des Systemwechsels in den jeweiligen Parlamenten verhandelt wurden.

In Bulgarien war das "mixed-member majoritarian system" nur ein transitorisches Phänomen im Verlauf des Systemwechsels. Das erste Wahlsystem zur *Veliko Narodno Sǎbranie* entstand als Teil eines *Package Deals*, der auch Verfassungsamendments und ein neues Parteiengesetz einschloss (Elster et al. 1998: 122). In 200 Einerwahlkreisen ($\overline{M} = 1$) galt als Entscheidungsregel die absolute Mehrheitswahl mit einer potenziellen Stichwahl der beiden stimmenstärksten Kandidaten des ersten Durchgangs. Weitere 200 Mandate wurden in 28 regionalen Wahlkreisen ($\overline{M} = 7.1$) nach der Methode d'Hondt vergeben. Für dieses Vergabefahren galt eine Sperrklausel von 4% der abgegebenen gültigen Stimmen (Iordanova 1997; Karasimeonov 1997).[15] Das Wahlsystem wurde nach nur einem Jahr reformiert und, im Kontext einer nun verschobenen Machtbalance von Nomenklatura und Regimeopposition, durch ein Verhältniswahlsystem (BGR1) ersetzt.

Ungarn, 1990–2002

Auch in Ungarn entstand ein kombiniertes Wahlsystem. Dieses "mixed-member majoritarian system with partial compensation" (Shugart und Wattenberg 2001c: 15-16) wurde bereits für die ungarischen "Gründungswahlen" von 1990 vereinbart und gilt in seinen Grundelementen noch heute. Das Wahlsystem kann als ein institutionell "geronnener" Kompromiss begriffen werden, und seine komplizierte Struktur reflektiert die komplexe Verhandlungsgrundlage am nationalen und am oppositionellen "Runden Tisch".

Die ungarische Nationalversammlung (*Országgyulés*) umfasst insgesamt 387 Mandate. Das kombinierte Wahlsystem sieht doppelte Stimmgebung mit einem Mehrheitswahl-, einem Verhältniswahl- und einem kompensatorischen Segment vor: (1) In 176 Einerwahlkreisen ($\overline{M} = 1$) werden Mandate zunächst durch die Entscheidungsregel absolute Mehrheitswahl vergeben. Für den Mandatsgewinn im ersten Wahlgang sind mehr als 50% der abgegebenen gültigen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von mehr als 50% notwendig und hinreichend. Bleibt der erste Wahlgang inkonklusiv, entscheidet eine Stichwahl, an der die drei stimmenstärksten Kandidaten und alle weiteren Kandidaten teilnehmen können, deren Stimmenanteil 15% übersteigt. Im zweiten Wahlgang ist relative Mehrheit bei einer Wahlbeteiligung von mindestens 25% hinreichend, um gewählt zu sein. Dieses "two-round majority plurality runoff format" geht, so berichten Benoit und Schiemann (2001: 164), auf die Befürchtung der ungarischen Nomenklatura, der *Magyar Szociálista Munkáspárt* (MSZMP), zurück, im zweiten Wahlgang mit antikommunistischen Bündniskandidaten der vereinigten Regimeopposition konfrontiert zu sein. (2) In 20 regionalen Mehrpersonenwahlkreisen von unterschiedlicher Größe (jeweils 4 bis 28 Mandate; $\overline{M} = 7.60$) werden maximal 152 Mandate durch die Hagenbach-Bischoff-Quota vergeben.[16] Die Mandatszahl, die jeder Liste zugewiesen wird, entspricht der Zahl an vollen Hagenbach-Bischoff-Quotas, die in ihrem Stimmenanteil enthalten sind; an der Reststimmenverwertung nehmen alle Listen mit ei-

15 Zu den bulgarischen Wahlen von 1990 liegen leider keine empirischen Daten auf Wahlkreisebene vor. Sie sind deshalb, wie das gesamte bulgarische "mixed-member majoritarian system", nicht im empirischen *Sample* dieser Arbeit enthalten.

16 Die durchschnittliche Wahlkreisgröße $\overline{M}$ verstellt ein wenig den Blick auf die reale Verteilung. Die Wahlkreiseinteilung orientiert sich an den historischen Verwaltungsbezirken, den *Komitaten*. Vielen kleinen und mittleren Wahlkreisen stehen zwei große Wahlkreise mit 14 bzw. 28 Mandaten in Pest und Budapest gegenüber (vgl. Gabel 1995: 209; Grotz 2000: 227).

nem Rest von mindestens 2/3 der Quota teil. Bleiben weiterhin Mandate unvergeben, werden sie dem nationalen Stimmenkontingent (3) zugeschlagen. An der Vergabe aller regionalen Mandate nehmen nur diejenigen Listen teil, die mindestens 4% der Listenstimmen erhalten haben.

(3) Das nationale Stimmenkontingent wirkt kompensatorisch, und es wird aus den unverwerteten Stimmen (1) des Mehrheits- und (2) des Verhältniswahlsegments gespeist. Dieses weitere Segment ist das wesentliche Differenzkriterium, das das ungarische Wahlsystem von den bisher diskutierten MMM-Systemen trennt. Auf dieser Vergabeebene werden mindestens 58 weitere Mandate in einem landesweiten, sekundären Wahlkreis ($\overline{M} = 58$) durch die Methode d'Hondt vergeben. Bleiben im Verhältniswahlsegment, vor allem in den kleinen Wahlkreisen, Mandate unbesetzt, werden sie als Mandatstransfer dem kompensatorischen Kontingent zugeschlagen. Grundlage des Stimmentransfers sind einmal die unverwerteten Stimmen des Mehrheitswahlsegments. Diejenigen Stimmen des *ersten* Wahlgangs, die auf Kandidaten entfallen, die den Einzug ins Parlament verfehlen, werden im kompensatorischen Segment ihren jeweiligen Listen übertragen. Die zweite Komponente des Stimmentransfers entstammt dem Verhältniswahlsegment. Bei der Mandatszuteilung in den 20 regionalen Mehrpersonenwahlkreisen nicht berücksichtigte Stimmen werden ebenfalls der korrespondierenden nationalen Liste übertragen. Falls eine Liste in einem der regionalen Mehrpersonenwahlkreise an der Reststimmenvergabe teilgenommen hat, wird dieser Transfer um die Differenz der Reststimmenzahl zur vollen Hagenbach-Bischoff-Quota im jeweiligen Wahlkreis minimiert. An der Zuteilung der kompensatorischen Mandate nehmen nur diejenigen Listen teil, die mindestens 4% der national gültigen Listenstimmen erhalten haben.

Dieses Wahlsystem blieb als Grundtyp erhalten, und vor der folgenden Parlamentswahl von 1994 wurden nur geringe Modifikationen durchgeführt, die vor allem das formale Quorum betrafen. Die Sperrklausel, die in den 20 regionalen Wahlkreisen und gleichermaßen für die kompensatorische nationale Liste gilt, wurde von 4% auf 5% erhöht. Parallel dazu wurde ein "gespreiztes" Quorum eingeführt, das für Wahlkoalitionen höhere Hürden errichtet als für einzelne Parteien. Für Koalitionen zweier Parteien gilt nun eine Sperrklausel von 10%, für Zusammenschlüsse von drei und mehr Parteien eine formale Hürde von 15% (Grotz 2000: 252). Diese Modifikationen definieren ein neues Wahlsystem, das unverändert bei den Wahlen zur ungarischen Nationalversammlung von 1998 und 2002 galt (`HUN2`).

Tabelle 4.3 fasst die verschiedenen kombinierten Wahlsysteme, mit der *Effective Magnitude* der jeweiligen Segmente, systematisch zusammen.

4.3 Die Wahlsysteme in etablierten Demokratien

Neben der Vergleichsgruppe osteuropäischer Transformationsstaaten (1990 bis 2002) sieht das in Kapitel 3.3 entworfene, kontextsensitive Modell eine Kontrollgruppe aus dem Bereich der etablierten Demokratien vor, damit die Möglichkeit besteht, in einer Paralleldemonstration Hypothesen zur unterschiedlichen Funktion politischer Institutionen in heterogenen soziopolitischen Kontexten zu prüfen. Zu den Effekten von Wahlsystemen auf Parteiensysteme und/ oder die Qualität politischer Repräsentation in langfristig etablierten Demokratien liegt eine Anzahl von empirisch-systematischen vergleichenden Studien vor (vgl. zum

Beispiel Amorim Neto und Cox 1997; Lijphart 1990; 1994a; Ordeshook und Shvetsova 1994; Powell 1982; Rae 1967; Taagepera und Shugart 1989b; 1993). Diese Studien bauen, im Sinne eines kumulativen, progressiven Prozesses in der politikwissenschaftlichen Forschung aufeinander auf (vgl. für die frühe Phase dieser Forschungstradition den disziplinhistorischen Beitrag von Riker 1982). Unterschiede dieser Serie von empirischen Studien betreffen vor allem die Auswahl der analysierten Fälle und die Operationalisierung einiger Schlüsselvariablen.

Mit der bisher breitesten Datenbasis hat Arend Lijphart (1994a) die Effekte von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen und die Distorsion der Stimmen-Mandate-Relation in etablierten Demokratien untersucht. Seine empirische Studie analysiert Wahlsysteme in 27 langfristig demokratischen Staaten. Dabei sind *in toto* 384 Wahlen im Zeitraum von 1945-1990 erfasst, die nach 70 verschiedenen konkreten Wahlsystemen abgehalten wurden. Dieser Datensatz bildet, für die Untersuchung der politischen Konsequenzen von Wahlsystemen *auf nationaler Ebene*, den Kern der Kontrollgruppe. Definition und Nomenklatur der Wahlsysteme erfolgen dabei nach denselben Kriterien, die bereits auf die osteuropäischen Vergleichsstaaten angewendet wurden. Diese Definitionskriterien sind abgeleitet aus den Dimensionen (1) Mehrheitswahl, Verhältniswahl und kombinierte Wahlsysteme, (2) durchschnittliche Wahlkreisgröße $\overline{M}$, (3) Verrechnungsformel, (4) formale Sperrklausel T_{leg} und (5) aus der Mehrebenenkonstruktion des Wahlsystems. Werden im Verlauf des politischen Übergangs diese einzelnen Elemente reformiert, ist typologisch ein neues empirisches Wahlsystem begründet. Jedes empirische Wahlsystem wird dann wieder (1) mit einem dreistelligen Ländercode benannt und (2) fortlaufend nummeriert. Als Besonderheit hat Lijphart (1994a: 3-4) bei den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft/ Union die jeweils nationalen Segmente der Wahlen zum Europäischen Parlament aufgenommen, die nach Varianten des länderspezifischen Wahlsystems gewählt werden.

Die empirische Strategie der Studie von Lijphart (1990; 1994a) weicht jedoch in einem zentralen Aspekt, der Auswahl der "unit of analysis", von den übrigen einschlägigen Beiträgen zum Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme ab: Lijphart führt nicht die 384 einzelnen Wahlen in 27 etablierten Demokratien in die Datenanalyse ein, sondern er bezieht sich auf die 70 empirischen oder konkreten Wahlsysteme.[17] Sein Argument ist, dass aufeinander folgende Wahlen im selben Vergleichsstaat keine voneinander unabhängigen Fälle ergeben: "elections under the same rules are not necessarily independent cases but merely repeated observations of the same electoral system" (Lijphart 1990: 482). Dieses Vorgehen deckt sich mit der Überlegung, dass Wahlsysteme ihre theoretisch postulierten Konsequenzen nur in einem, wie auch immer definierten, Gleichgewichtszustand realisieren.

Diesen Vorteilen der Fokusverschiebung von Wahlen auf konkrete oder empirische Wahlsysteme als "unit of analysis" stehen jedoch gewichtige Nachteile gegenüber: (1) Zunächst sorgt Lijpharts Operationalisierungsstrategie für einen, bezogen auf die 27 Vergleichsstaaten, verzerrten Datensatz. So werden etwa 13 Parlamentswahlen in Finnland (1945-87) mit einem identischen Wahlsystem (`FIN1`) abgehalten. In der Bundesrepublik Deutschland fanden dagegen 14 Wahlen, 10 Bundestagswahlen und 4 Wahlen zum Europaparlament, mit

17 "In contrast to Douglas W. Rae's classic study, in which elections serve as the unit of analysis, (...) my cases are seventy *electoral systems*, defined as essentially unchanged election rules under which one or more successive elections are conducted" (Lijphart 1994a: 7; Hervorh. im Original).

sechs verschiedenen empirischen Wahlsystemen (GER1-GER6E) statt, sodass die Bundesrepublik, verglichen mit Finnland, um den Faktor sechs überrepräsentiert in den Datensatz eingeht. (2) Zweitens trägt die Bildung von Durchschnittswerten der Analyse ökonometrische Probleme ein. Die Verrechnung zu Durchschnittswerten bedeutet den Verlust an empirischer Information, und die künstliche "Senkung" der Fallzahl trägt möglicherweise zur Inflationierung der Varianzaufklärung R^2 und der Teststatistiken bei (vgl. Ordeshook und Shvetsova 1994: 102). Problemen serieller Autokorrelation etc. in *Time-Series-Cross-Section*-Formaten kann zudem mit elaborierten Schätzverfahren sinnvoller begegnet werden (vgl. Beck 2001; Beck und Katz 1995; 2004; Kittel 1999; 2005; Plümper et al. 2005). In dieser Optik spricht also vieles dafür, Lijpharts Veränderung der "unit of analysis" nicht mitzutragen und die Analyse weiterhin auf der empirischen Basis einzelner Wahlen und nicht auf der Grundlage aggregierter Durchschnittswerte für Wahlsysteme durchzuführen.

Um den detaillierten Datensatz Lijpharts (1994a) als Kontrollgruppe nutzen zu können, ist noch eine weitere Modifikation der Schlüsselvariablen zum Effekt der Wahlsysteme notwendig. Während Lijphart (1994a) konkrete Wahlsysteme mit der *Effective Threshold* (T_{eff}) vermisst, wird in dieser Arbeit, wie bereits erläutert, stets mit der inhaltlich nahezu identischen, jedoch anders gewendeten Operationalisierung *Effective Magnitude* (M_{eff}) gearbeitet. Beide Indikatoren können jedoch durch eine einfache Formel ineinander überführt werden (Taagepera 1998a: 395):

$$T_{eff} = \frac{75\%}{M_{eff}+1}; M_{eff} = \frac{75\%}{T_{eff}} - 1 \tag{4.4}$$

Die Kontrollgruppe aus dem Bereich der etablierten Demokratien kann in dieser Studie, die sich besonders auf die Analyse der Staaten des postkommunistischen Osteuropa konzentriert, nicht vergleichbar ausführlich vorgestellt werden wie die osteuropäische Vergleichsgruppe, die im Zentrum dieser Analyse steht.

Der von Arend Lijphart (1994a) zusammengestellte, vergleichende Datensatz bietet eine systematische Referenz, die für die osteuropäischen Vergleichsstaaten gewonnenen Befunde mit einer Vergleichsgruppe etablierter Demokratien zu konfrontieren. Jedoch sind in diesem Datensatz allein *nationale* Wahlergebnisse zu den jeweiligen Parlamenten oder, im Falle von bikameralen Parlamenten, zu den jeweiligen Unterhäusern dokumentiert. Für die weitergehende Perspektive auf die Wahlkreisebene ist eine Ergänzung dieser Datenbasis durch Wahlresultate auf der Ebene einzelner Wahlkreise notwendig. Daniele Caramani (2000) hat eine systematische Zusammenstellung von Wahlkreisdaten aus 18 etablierten Demokratien aus Westeuropa vorgelegt.[18] Diese Publikation bildet den zentralen Referenzpunkt bei der Analyse der Effekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme auf der Wahlkreisebene. Diese Daten werde ergänzt durch den Bestand des "Lijphart Elections Archive" (LEA), der im Internet zugänglich ist unter `http://dodgson.ucsd.edu/lij/`. Bei diesen Datensätzen nicht enthaltene Informationen, insbesondere zu den Definitionsmerkmalen

18 Je nach historischer Wahlrechtsentwicklung und Quellenlage variiert der dokumentierte Zeitraum. Er endet jeweils 1998 und beginnt mit: Belgien: 1848, Dänemark: 1848, Deutschland: 1871, Finnland: 1907, Frankreich: 1910, Griechenland: 1926, Großbritannien: 1832, Irland: 1922, Island: 1874, Italien: 1861, Luxemburg: 1919, die Niederlande: 1888, Norwegen: 1815, Österreich: 1873, Portugal: 1975, Spanien: 1977, Schweden: 1866 und die Schweiz: 1848.

des Wahlsystems wie der Verrechnungsformel und der Größe (*M*) der jeweiligen Wahlkreise, sind aus der Literatur zusammengestellt worden (für Detailinformationen zu historischen Wahlsystemen vgl. vor allem Braunias 1932; Caramani 2000; Sternberger und Vogel 1969).

4.4 Zusammenfassung

Die Zielstellung dieses Kapitels ist einmal die systematische Diskussion und Operationalisierung der Schlüsselvariablen zu den Wahlsystemen in den elf osteuropäischen Vergleichsstaaten und, zweitens, ein kurzer Überblick der Kontrollgruppe aus etablierten Demokratien. Beim Vergleich der institutionellen Optionen in "alten" und "neuen" Demokratien ergeben sich einige zentrale Differenzen, die im Folgenden überblickartig festgehalten werden sollen. Zunächst sind Wahlsysteme in Osteuropa uniformer als ihre Pendants in westlichen Demokratien. Nirgendwo in Osteuropa erfolgte, außer als Segment in kombinierten Wahlsystemen, die Reform hin zu einem relativen Mehrheitswahlsystem, und nur einzige Wahl im hier analysierten *Sample*, die ukrainische Parlamentswahl von 1994, wurde nach absoluter Mehrheitswahl durchgeführt. Der dominierende Wahlsystemtyp ist dagegen die Verhältniswahl, meist mit Reststimmenverwertung auf nationaler Ebene oder einer nationalen Zusatzliste.

Zweitens sind Wahlsysteme in Osteuropa häufig komplizierter konstruiert als die Wahlsysteme etablierter Demokratien (vgl. Shugart und Wattenberg 2001d). Das betrifft nicht nur komplexe, mehrstufige Verhältniswahlsysteme, sondern darüber hinaus kombinierte Wahlsysteme, die häufig als Kompromiss von Nomenklatura und Regimeopposition entstanden sind und vielfach bis heute überdauert haben. Ein weiteres Novum des *Electoral Engineering* in Osteuropa sind "gespreizte" Sperrklauseln, die auf die teils enorme Parteiensystemfragmentierung in der Region mit abgestuften Sperrklauseln reagieren, die höhere Hürden für Wahlallianzen als für Einzelparteien errichten.

Drittens ist im postkommunistischen Osteuropa die Personalisierung der Stimmgebung sehr verbreitet (vgl. Carey und Shugart 1995). Das betrifft nicht nur die Mehrheitswahlsegmente kombinierter Wahlsysteme, sondern gleichermaßen Verhältniswahl auf offenen oder lose gebundenen Listen. Nur in wenigen Vergleichsstaaten, etwa beim seit 1991 stabilen bulgarischen Wahlsystem, wurde auf jede Variante von Personalisierung verzichtet.

Eine weitere, vierte wesentliche Differenz des postkommunistischen Osteuropas und etablierter Demokratien greift über die formale Gestaltung des Wahlsystems hinaus. Bislang war die These von der Stabilität einmal eingerichteter Wahlsysteme ein Eckpfeiler des "Conventional Wisdom" in der vergleichenden Politikwissenschaft. Im Verlauf der Neunzigerjahre traten dann jedoch Reformen hinzu, die meist kombinierte Wahlsysteme einrichteten (vgl. im Einzelnen die Beiträge in Shugart und Wattenberg 2001d). Diese neue Entwicklung brach das Stabilitätsparadigma teils in etablierten Demokratien, etwa in Italien, Japan und Neuseeland, besonders aber in den "neuen" Demokratien Osteuropas auf. Das bereits diskutierte Endogenitätsproblem betrifft damit Wahlsysteme in Osteuropa wesentlich prononcierter als in etablierten Demokratien (vgl. Benoit 2002; Birch et al. 2002). Diese Entwicklung negiert nicht die Effekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme *in toto*, sie beschränkt jedoch die kausale Stringenz, wenn von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen geschlossen wird.

5 Wahlsysteme und Parteiensysteme

Die beiden abhängigen Variablen dieser Arbeit sind die Effekte von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen und auf die Qualität politischer Repräsentation in den "neuen" Demokratien Osteuropas. Im Zentrum der folgenden Ausführungen stehen zunächst empirische Befunde zur ersten, eher effizienzorientierten Dimension. Die Argumentation orientiert sich dabei an den im kontextsensitiven Untersuchungsmodell vorgestellten Hypothesen. Zunächst werden die jeweiligen abhängigen Variablen, hier die Indikatoren für die Fragmentierung von Parteiensystemen, operationalisiert. Im zweiten Schritt erfolgt eine kurze, überblickartige Replikation prominenter Studien zum Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme in etablierten Demokratien. Die Resultate aus dieser Kontrollgruppe bilden, gemeinsam mit den theoretisch abgeleiteten Hypothesen, die Folie für die systematische und detaillierte makroquantitative Analyse der Effekte von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen im postkommunistischen Osteuropa. Lassen sich die kontextsensitiven Hypothesen dieser Arbeit belegen, entsprechen die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen in etablierten Demokratien weitgehend den theoretisch hergeleiteten Erwartungen aus dem "Conventional Wisdom" der Institutionenlehre.

In den postkommunistischen Vergleichsstaaten sind die Optionen für ein effektives "Constitutional Engineering" (Sartori 1994) *grosso modo* deutlich geringer. Diejenigen Staaten, die dem bürokratisch-autoritären Kommunismus nachfolgen, weisen noch das günstigste Potenzial für eine institutionelle Strukturierung auf. Das zweitbeste besteht bei denjenigen Vergleichsstaaten, die national-akkommodativen *Anciens Régimes* folgen. Der patrimoniale Kommunismus unterminiert jedoch nahezu vollständig die Bedingungen für ein regelhaftes Funktionieren von Wahlsystemen.

Die erste Zielstellung dieses Kapitels ist die systematische Vorstellung der abhängigen Variablen zur Fragmentierung von Parteiensystemen (Kapitel 5.1). Dem folgt ein kurzer Überblick anschlussfähiger, systematisch-vergleichender Studien zum Effekt von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen in etablierten Demokratien (5.2). Die folgenden Unterkapitel nehmen systematische, kontextsensitive Analysen zum Effekt von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen in den "neuen" Demokratien des postkommunistischen Osteuropas vor. Dabei werden zunächst die Wirkungen auf der nationalen Ebene in den Fokus der Analyse gestellt und in makroquantitativen Betrachtungen geprüft (5.3).

5.1 Definition und Operationalisierung von Parteiensystemen

Für Parteiensysteme steht eine Vielzahl politikwissenschaftlicher Typologien bereit (vgl. als Überblick Tabelle 5.1). Alle Vorschläge basieren zunächst auf einer Definition von *Partei*, die sich im Folgenden pragmatisch an knappen, von Anthony Downs (1957) und, sehr ähnlich, von Giovanni Sartori (1976) erarbeiteten, formalen Definitionen orientiert:

> (...) a political party is a team of men seeking to control the governing apparatus by gaining office in a duly constituted election. (Downs 1957: 25)

> A party is any political group that presents [Listen und/ oder Kandidaten; d.A.] at elections, and is capable of placing through elections, candidates for public office. (Sartori 1976: 64; im Original kursiv)

Diese Minimaldefinition politischer Parteien ist für das postkommunistische Osteuropa besonders angemessen. Wenn "neue" Demokratien auch "neue" Parteien bedeuten, machen detailliertere, normativ aufgeladene Definitionen, die auf eine ausgearbeitete Programmatik, Herkunft, Organisation oder die organisatorische Stetigkeit einer Partei abstellen, regelmäßig kaum einen analytischen Sinn (vgl. etwa die klassischen Konzepte von Duverger 1959; Epstein 1979; Janda 1980; von Beyme 1994; 1999; 2000b). Bereits die sinnvolle Bestimmung politischer Parteien wird im Kontext der "fluid party polities" (Sartori 1976: 244-245) im postkommunistischen Osteuropa hoch problematisch. Kitschelt et al. (1999: 9) machen zu Recht darauf aufmerksam, dass ein rein nominaler Zugriff auf politische Parteien die Perspektive auf effektiv handelnde Akteure verstellen kann. Tatsächlich mag die relevante Handlungs- und Analyseeinheit bei heterogenen und intern fraktionierten Parteien *unterhalb* der Parteienebene oder, wenn Parteien eng kooperieren, *oberhalb* der Parteienebene, bei Wahlallianzen und anderen Koalitionen liegen. Gleichermaßen problematisch für die genaue Vermessung der Parteiensysteme ist die enorme Zahl "unabhängiger" Kandidaten, die bei den Parlamentswahlen in einigen der Vergleichsstaaten Stimmen und Mandate gewannen und weiterhin gewinnen (vgl. hierzu Birch 1995; 1998; 2000a;b; Moser 1995; 1999b; 2001a;b).

Hinzu kommt, dass die parlamentarischen Fraktionen im Verlauf einer Legislaturperiode selten stabil bleiben, sondern durch stete Neu- und Umgruppierungen der Parlamentarier destabilisiert werden (Olson 1998: 435-439). In diesem Lichte besteht bei jeder Studie, die sich mit Parteien und Parteiensystemen in Osteuropa beschäftigt, das konzeptionelle Problem, diese Untersuchungseinheit erst einmal trennscharf zu bestimmen und weiter zu reflektieren, dass viele dieser Bestimmungen nur unscharfe Momentaufnahmen in einem turbulenten Prozess bilden.

Der in dieser Arbeit versuchte Ausweg aus diesem Dilemma ist dennoch ein formaler. Weil Parteien zunächst weniger als Vertreter bestimmter *Policies* oder als Akteure im Parlament behandelt werden, sondern die Perspektive besonders auf die formale, weniger auf die inhaltlich-materielle Perspektive gerichtet ist, werden bei der Bestimmung von Fragmentierungsindikatoren stets diejenigen Parteien und/ oder Wahlkoalitionen herangezogen, die *gemeinsam bei einer Wahl antreten* und damit die sinnvollen Analyseeinheiten für die Verrechnung von Stimmen- und Mandatsanteilen sind. Kompetitive Parteiensysteme bestehen nun aus mindestens zwei verschiedenen Einzelparteien und ihren jeweiligen Interaktionen:

> (...) the concept of system is meaningless – for purposes of scientific inquiry – unless (i) the system displays properties that do not belong to a separate consideration of its component elements and (ii) the system results from, and consists of, the patterned interactions of its component parts, thereby implying that such interactions provide the boundaries, or at least the boundedness, of the system (...) Parties make for a "system", then, only when there are parts (in the plural); and a party system is precisely the *system of interactions* resulting from inter-party competition. (Sartori 1976: 43-44)

Tabelle 5.1 fasst verschiedene Ansätze zur Klassifikation und Typologie von Parteiensystemen zusammen. Die älteste hat Maurice Duverger (1959: 221-266) vorgelegt, der die Anzahl

Abbildung 5.1: Typen und Typologien von Parteiensystemen

Autor	*Klassifikationskriterium*	*Grundtypen*
Duverger (1959)	– Anzahl der Parteien	(1) Zweiparteiensysteme (2) Vielparteiensysteme
Dahl (1966)	– Wettbewerbsposition der Opposition	(1) strikt kompetitiv (2) kooperativ-kompetitiv (3) koalierend-kompetitiv (4) strikt koalierend
Blondel (1968)	– Anzahl der Parteien – relative Größe der Parteien	(1) Zweiparteiensysteme (2) Zweieinhalbparteiensysteme (3) Vielparteiensysteme mit einer dominanten Partei (4) Vielparteiensysteme ohne dominante Partei
Rokkan (1968)	– Anzahl der Parteien – Wahrscheinlichkeit von Einparteimehrheiten – Verteilung der Minderheitsparteien	(1) das deutsch-britische System “1 vs. (1+1)” (2) das skandinavische System “1 vs. (3-4)” (3) Vielparteiensysteme “1 vs. 1 vs. 1 + (2-3)”
Sartori (1976)	– Anzahl der Parteien – ideologische Distanz	(1) Zweiparteiensysteme (2) moderater Pluralismus (3) polarisierter Pluralismus (4) dominiertes Parteiensystem

Anmerkung: Mit Veränderungen entnommen aus Mair 1997: 202.

der politischen Parteien zum Kriterium nimmt und zwischen Zwei- und Vielparteiensystemen unterscheidet. Jean Blondel (1968: 184-187) hat das Kriterium der Parteienzahl modifiziert und über Duvergers Klassifikation hinaus noch die relative Größe der Parteien als Kriterium hinzugenommen; eine ähnliche Typologie schlägt Stein Rokkan (1968: 194) vor dem Hintergrund konkreter westeuropäischer Parteiensysteme vor. Der Klassifikationsentwurf von Robert A. Dahl (1966: 338) nimmt schließlich eine alternative Perspektive ein und konzentriert sich weniger auf die Fragmentierung von Parteiensystemen, sondern auf ihre Polarisierung. Diese Dimension wird bestimmt durch das Interaktionsverhältnis von Regierungs- und Oppositionsparteien und verläuft von "strikt koalierend" bis hin zu "strikt kompetitiv".

Giovanni Sartori (1976) hat die noch immer gebräuchlichste Typologie (kompetitiver) politischer Parteiensysteme vorgelegt. Er konstruiert seinen empirischen Zugriff auf die Bandbreite empirischer Parteiensysteme aus den beiden diskutierten, unterschiedlich angelegten Klassifikationskriterien, der Anzahl der politischen Parteien, messbar gemacht durch seine "Zählregeln" (Sartori 1976: 122-124), und der ideologischen Distanz dieser Parteien. Beide Dimensionen bestimmen insgesamt sieben verschiedene Parteiensystemtypen, von denen nur vier $\{3,\ldots,6\}$ genuin *kompetitiv* sind:

1. Einparteisystem,
2. hegemoniales Parteiensystem,
3. prädominantes Parteiensystem (*kompetitiv*, eine dominierende Partei),
4. Zweiparteiensystem (*kompetitiv*, zwei relevante Parteien),
5. moderater Pluralismus (*kompetitiv*, drei bis fünf relevante Parteien),
6. polarisierter Pluralismus (*kompetitiv*, sechs und mehr relevante Parteien),
7. atomisiert.

Der Ansatz Sartoris (1976) dominiert die aktuelle Parteiensystemdiskussion (vgl. Pennings et al. 1999; Pennings und Lane 1998; von Beyme 2000b), und auch bei der Analyse osteuropäischer Parteiensysteme wird diese zweidimensionale Konstruktion, die gleichermaßen auf die Fragmentierungs- und auf die Polarisierungsaspekte eingeht, als ein besonderer Vorzug verstanden (vgl. zum Beispiel die Einschätzungen bei Elster et al. 1998: 140-145; Grotz 2000: 33-36; de Nève 2002: 303). Gleichwohl ist Sartoris Konzept, nicht nur bei der Anwendung auf Osteuropa, auch scharf kritisiert worden. Diese Kritik betrifft zunächst einige Unklarheiten und Widersprüche bei der Konzeptionalisierung der "Zählregeln" in der Fragmentierungsdimension. Für Sartori (1976: 123) gelten nur solche Parteien als "relevant", die entweder ein "Koalitionspotenzial" oder, insbesondere als Anti-System-Parteien, ein "Oppositionspotenzial" im Parlament haben. Die Kritik zielt vor allem auf den praktischen Nutzen und enorme Operationalisierungsprobleme bei der konkreten Bestimmung beider Charakteristika (vgl. dazu im Überblick Niedermayer 1992: 145). Zweitens ist konzeptionell problematisch, dass die beiden Dimensionen der Typologie, Fragmentierung und Polarisierung der Parteiensysteme, nur vordergründig voneinander unabhängig konstruiert werden.

Praktisch treten sie jedoch im von Sartori (1976) konstruierten Argument stets gemeinsam auf, sodass im Grunde nur gesagt wird, konzentrierte Parteiensysteme seien programmatisch homogen und fragmentierte seien polarisiert. Diese gleichsam notwendige Konjunktion von Fragmentierung und Polarisierung trifft im postkommunistischen Osteuropa nicht zu. Beim Eintritt in die Transformationsphase standen etwa die drei Parteien in der bulgarischen *Narodno Săbranie* den 29 im polnischen *Sejm* repräsentierten Parteien in der Perspektive auf Polarisierung und Handlungsunfähigkeit in nichts nach.

Ein dritter Kritikpunkt betrifft die mangelnde Trennschärfe der Typologie bei den konkreten Parteiensystemen der einzelnen Vergleichsstaaten. Wiederholt ist darauf hingewiesen worden, dass eigentlich alle osteuropäischen Parteiensysteme *irgendwo* in der Grauzone zwischen moderatem und polarisiertem Pluralismus zu verorten seien (vgl. Crawford 1996: 245; Elster et al. 1998: 141; Grotz 2000: 36; Wightman 1995: 251).

Für die Fragestellung dieser Arbeit, die auf die Effekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme zielt, ist die verbreitete Typologie Sartoris deshalb nicht angemessen. Wahlsysteme entfalten nur auf die Anzahl der Listen und/ oder Kandidaten effektive Konsequenzen. Sie bestimmen jedoch nicht, *welche* Interessen im Parlament repräsentiert werden. Deshalb interessiert bei der Analyse der politischen Konsequenzen von Wahlsystemen zunächst vorrangig die Fragmentierung der Parteiensysteme und nicht ihre Polarisierung, die bestenfalls ein abgeleitetes Phänomen ist (vgl. dazu die in Kapitel 2.1 vorgestellten kausalen Mechanismen). Diese Operationalisierung der abhängigen Variablen verengt also nicht die Analyse auf eine spezifische, eindimensionale oder gar "veraltete" Perspektive, sondern sie bezieht sich exakt auf diejenigen Aspekte von Parteiensystemen, die durch Wahlsysteme kausal begründet und empirisch robust nachweisbar beeinflusst werden.

Bei der Untersuchung von Mehrheits- und von Konsensdemokratien weisen Arend Lijphart (1999: 62) und Klaus Armingeon (2002: 89) der Fragmentierung des Parteiensystems *die* zentrale analytische Bedeutung zu. Zweiparteiensysteme charakterisieren Mehrheitsdemokratien; Vielparteiensysteme dagegen sind ein Kennzeichen der Konsensdemokratie. Für die Erfassung des Fragmentierungsgrades reicht jedoch diese einfache Unterscheidung, die bereits Duverger (1959: 221-266) eingebracht hat, zur systematischen empirischen Analyse nicht aus. Blondel (1968: 184-187) hat mit der Hinzunahme der relativen Größe der Parteien als typologisches Kriterium bereits eine differenziertere Operationalisierung eingeführt. Dem folgten weitergehende Versuche, aus diesen Konzepten einen quantitativen Indikator zu konstruieren (vgl. insbesondere Rae 1967; Rae und Taylor 1970).

Im Anschluss haben Laakso und Taagepera (1979) einen inhaltlich identischen, jedoch anschaulicheren und intuitiv verständlichen quantitativen Indikator für die Fragmentierung von Elektoraten und Parlamenten vorgestellt. Die *Effective Number of Parties* gibt die Anzahl von Parteien in Elektorat und Parlament an, die jeweils mit ihrem relativen Stimmen- oder Mandatsanteil gewichtet in den Indikator eingehen: "The effective number of parties is the number of hypothetical *equal*-size parties that would have the same *effect* on fractionalization of the system as have the actual parties of *unequal* size" (Laakso und Taagepera 1979: 4; Hervorh. im Original). In die Berechnung dieser quantitativen Indikatoren gehen bei der *Effective Number of Electoral Parties* (N_v) die Stimmenanteile v_i der n Parteien (5.1) und analog bei der *Effective Number of Parliamentary Parties* (N_m) die Mandatsanteile m_i der n Parteien ein (5.2):

$$N_v = \left(\sum_{i=1}^{n} v_i^2 \right)^{-1} \tag{5.1}$$

$$N_m = \left(\sum_{i=1}^{n} m_i^2 \right)^{-1} \tag{5.2}$$

Die *Effective Number of Electoral Parties* (N_v) und die *Effective Number of Parliamentary Parties* (N_m) werden bei den folgenden empirischen Analysen gleichermaßen als abhängige Variablen auf der nationalen Ebene und auf der Wahlkreisebene verwendet. Diese Operationalisierung markiert den aktuellen Konsens in der quantitativ orientierten Parteiensystemforschung. Um die jeweiligen Indikatoren auch in der Nomenklatur klar zu trennen, bezeichnen N_v und N_m die auf nationaler Ebene operationalisierten Kennzahlen und N'_v und N'_m die auf der Wahlkreisebene bestimmten Indikatoren.[1]

Eine weitere Bemerkung betrifft den Umgang mit unabhängigen Kandidaten. Besonders in Russland und der Ukraine gewinnen regelmäßig unabhängige Kandidaten oder Vertreter von Mikroparteien erhebliche Anteile der Stimmen und Mandate. Innerhalb der Einzelwahlkreise sind diese Kandidaten unproblematisch, wie die Kandidaten größerer Parteien, identifizierbar, und sie gehen mit ihren jeweiligen Stimmen- und Mandatsanteilen in die Berechnung der Fragmentierungsindikatoren ein (N'_v, N'_m). Auf der nationalen Ebene (N_v, N_m) verkomplizieren jedoch diese unabhängigen Kandidaten die Operationalisierung der *Effective Number of Parties* ganz erheblich. Wenn etwa, wie im Mehrheitswahlsegment des russischen Grabenwahlsystems 1999, von nominal 225 Mandaten insgesamt 103 durch "Unabhängige" gewonnen werden, stehen bei der Bestimmung des Indikators verschiedene Optionen offen: Einmal können diese unabhängigen Kandidaten *en bloc* als eine "Partei" gewertet werden. Dieses Vorgehen trägt jedoch der realen Heterogenität dieser Kandidatengruppe nicht Rechnung und unterschätzt deshalb die Fragmentierung der Elektorate ganz erheblich. Die wesentliche Alternative ist, jeden dieser unabhängigen Kandidaten als eine Einzelpartei zu klassifizieren. Diese konzeptionelle Entscheidung führt zu einer Überschätzung der *Effective Number of Parties*, weil häufig einzelne Kandidaten sich nach ihrer Wahl als formal "Unabhängige" den Parlamentsfraktionen größerer Parteien anschließen, also programmatisch durchaus vergleichbare Positionen einnehmen. Faktisch ist aber, insbesondere durch die fortgesetzte Dynamik von Neu- und Umgruppierungen der Parlamentsfraktionen während der Legislaturperioden, kaum bestimmbar, welcher unabhängige Kandidat wie zugeordnet werden kann.

Bei der Operationalisierung der *Effective Number of Parties* wird deshalb in dieser Arbeit ein pragmatischer Mittelweg gewählt, der bei Rein Taageperas (1997: 145-146) Überlegungen zur "Effective Number of Parties for Incomplete Data" anschließt. Eine besondere Bedeutung erhält dabei derjenige Anteil der Wählerstimmen, der unter "andere" oder "sonstige" zusammengefasst und nicht differenziert aufgeschlüsselt wird. Taagepera setzt nun bei den beiden eben diskutierten Extrema an. Der höchste Wert des Residuums R wird erreicht,

1 Alternativen zur *Effective Number of Electoral/ Parliamentary Parties* (N_v, N_m) werden etwa bei Molinar (1991) und Dunleavy und Boucek (2003) diskutiert.

falls alle unter "sonstige" summierten Stimmen realiter zu einer einzelnen politischen Kraft gehören ($f(R) = R^2$). Der geringste Wert des Residuums dagegen tritt auf, wenn jede Einzelstimme v_i faktisch auf eine andere Partei entfällt. In diesem Fall gilt $f(R) = 1^2 + 1^2 + \ldots = R$. Diese Summe wird meist, gemessen an den Gesamtstimmen, sehr gering sein, sodass statt $f(R) = R$ vereinfachend $f(R) = 0$ gesetzt werden kann (Taagepera 1997: 146).

Gleichung 5.3 wiederholt den Ausdruck zur Berechnung der *Effective Number of Electoral Parties* (N_v);[2] Gleichung 5.4 ergänzt den Term um die Residualkategorie für "sonstige" Parteien, und Gleichung 5.5 bestimmt die mögliche Bandbreite der Schätzwerte von N_v, die durch die spezifizierten Extrema nach unten und nach oben begrenzt ist:

$$N_v = \left(\sum_{i=1}^{n} v_i^2 \right)^{-1} \tag{5.3}$$

$$N_v = \left(\sum_{i=1}^{n} v_i^2 + f(R) \right)^{-1} \tag{5.4}$$

$$\left[R^2 + \sum_{i=1}^{n} v_i^2 \right]^{-1} < N_v < \left[R + \sum_{i=1}^{n} v_i^2 \right]^{-1} \tag{5.5}$$

Als einen Näherungswert der tatsächlichen Fragmentierung des Parteiensystems schlägt Taagepera (1997) den arithmetischen Mittelwert beider Extrema vor:

$$N_v = \frac{1}{2} \left[\left(R^2 + \sum_{i=1}^{n} v_i^2 \right)^{-1} + \left(R + \sum_{i=1}^{n} v_i^2 \right)^{-1} \right] \tag{5.6}$$

$$= \frac{1}{2} \left[\left(R^2 + \sum_{i=1}^{n} v_i^2 \right)^{-1} + \left(\sum_{i=1}^{n} v_i^2 \right)^{-1} \right] \tag{5.7}$$

Diese Überlegungen Taageperas (1997) zum Umgang mit sonstigen Parteien können unproblematisch auf die Erfassung von "unabhängigen" Kandidaten bei der *Effective Number of Electoral/ Parliamentary Parties* (N_v, N_m) übertragen werden. Zwar ist diese Regel zum Umgang mit "unabhängigen" Kandidaten auf der nationalen Ebene recht formal konstruiert; sie bietet jedoch eine Option, die Fragmentierung der Parteiensysteme, die durch politische Parteien bestimmt wird, und denjenigen Anteil, den einzelne "Unabhängige" ausmachen, auf einer Dimension abzutragen.

Die meisten übrigen methodischen Zugriffe haben "Unabhängige" schlicht von der Indikatorenbildung ausgenommen und damit einen erheblichen Anteil der Parlamentarier in einigen der postkommunistischen Vergleichsstaaten unterschlagen (Birch 2003; Kostadinova 2002; Moser 2001a;b).

2 Die Berechnung der *Effective Number of Parliamentary Parties* (N_m) erfolgt ganz analog; statt der Stimmenanteile v_i werden hier die Mandatsanteile m_i verwendet.

5.2 Die Parteiensysteme in etablierten Demokratien

Dieses Kapitel verfolgt zwei wesentliche Zielstellungen. Die erste ist eine konzeptionelle, die auf eine systematische Diskussion und Bewertung verschiedener ökonometrischer Modelle zum Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme abstellt. Zweitens geht es um die Präsentation empirischer Daten zum Zusammenhang von Wahlsystemen und der Fragmentierung von Parteiensystemen in der Kontrollgruppe etablierter Demokratien.

Einflussfaktoren auf die Fragmentierung von Parteiensystemen

Neben der abhängigen Variablen, der Fragmentierung der vorparlamentarischen (N_v) und der parlamentarischen Parteiensysteme (N_m), wird bei den folgenden empirischen Analysen ein *Set* von unabhängigen Variablen aus dem institutionellen und dem soziologischen Bereich eingeführt.

Effective Magnitude ($log_{10} M_{eff}$)

In dieser Studie sind Wahlsysteme die zentrale unabhängige Variable. Bei den folgenden empirischen Analysen der Kontrollgruppe etablierter Demokratien und der Vergleichsgruppe postkommunistischer Staaten werden sie stets mit dem Indikator *Effective Magnitude* (M_{eff}) vermessen:

$$M_{eff} = min\left[\overline{M}; \frac{100\%}{T_{leg}}\right] \tag{5.8}$$

Die Variable *Effective Magnitude* kann jedoch bei den folgenden Analysen nicht umstandslos als Prädiktor in ein lineares Regressionsmodell eingesetzt werden. Bereits Cox (1997: 100; 110) hat in formalen, theoretischen Argumenten darauf hingewiesen, dass die marginalen Effekte einer weiteren Erhöhung der Wahlkreisgröße auf die parteiensystemische Fragmentierung bei hohen Werten von M signifikant abnehmen. Mit anderen Worten: Der Effekt von Wahlsystemen (M_{eff}) auf Parteiensysteme (N_v und N_m) verläuft nicht-linear. Wird M_{eff} etwa von 1 auf 5 erhöht, sind die erwarteten Konsequenzen für die Fragmentierung des Elektorats/ Parlaments viel gewichtiger als bei einer Erhöhung von 11 auf 15. Diese Operationalisierung entspricht exakt dem bereits von Sartori (1986: 67) aus einer eher qualitativen Perspektive postulierten "kurvi-linearen" Zusammenhang von (durchschnittlicher) Wahlkreisgröße und Fragmentierung des Parteiensystems.

Die empirische Wahlsystemforschung hat aus dieser theoretischen Ableitung eines nichtlinearen Zusammenhangs die methodische Konsequenz gezogen, die *Effective Magnitude* logarithmiert in ein konventionelles lineares Regressionsmodell einzusetzen. Dabei wurde freilich nicht immer konsistent verfahren, denn Taagepera und Shugart (1989b; 1993) benutzen in theoretischen Arbeiten den "dekadischen Logarithmus" ($\log_{10}$), während Amorim Neto und Cox (1997), Cox (1997), Filippov et al. (1999) und Ordeshook und Shvetsova (1994) bei ihren empirischen Arbeiten den "logarithmus naturalis" zur Basis e ($\log_e$) verwenden. Diese operationale Differenz erzeugt keine grundsätzlichen Konsequenzen für die Teststatistiken und die Annahme oder Ablehnung von Zusammenhangshypothesen; sie wirkt allein auf

die numerische Größe des Regressionskoeffizienten β_1 der logarithmierten *Effective Magnitude*. Sie verkompliziert jedoch jede konsistente Interpretation von β_1 beim Vergleich mit den Erwartungen des "generalized Duverger's law" und über verschiedene Datensätze hinweg.[3] Bei allen folgenden Analysen wird deshalb stets der "dekadische Logarithmus" zur Basis 10 ($\log_{10}$) benutzt. Sekundäranalysen von Studien, die abweichend vorgegangen sind, werden jeweils aufbereitet und dieser durchgehenden Operationalisierung angepasst.

Soziale Heterogenität (N_{eth})

Die folgenden Abschnitte erweitern das Modell zunächst um ein Maß für gesellschaftliche Heterogenität. Viele empirische Studien zum Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme, auch der einflussreiche Beitrag von Lijphart (1994a), beschränken ihren Fokus auf die schlichte Analyse der institutionalistischen Kernhypothesen, während weitere Kontrollvariablen, besonders der konkurrierende Erklärungsfaktor gesellschaftliche Heterogenität, nicht systematisch modelliert werden. Tatsächlich ist diese soziologische Erklärungsgröße für das Format des Parteiensystems regelmäßig wenig konkret operationalisierbar und somit kaum zugänglich für empirische Analysen (vgl. Taagepera und Grofman 1985: 343).

Als "Proxy" für gesellschaftliche Heterogenität haben Ordeshook und Shvetsova (1994) und, im Anschluss, Amorim Neto und Cox (1997) und Golder (2004) die *Effective Number of Ethnic Groups* (N_{eth}) eingeführt. Dieser Indikator ist ganz analog zur bereits vorgestellten *Effective Number of Parties* konstruiert, nur werden statt der Stimmen- oder Mandatsanteile politischer Parteien (v_i, m_i) die Anteile einzelner ethnischer Gruppen an der Wohnbevölkerung (g_i) benutzt:

$$N_{eth} = \left(\sum_{i=1}^{n} g_i^2 \right)^{-1} \tag{5.9}$$

Für die Verwendung der *Effective Number of Ethnic Groups* als *Proxy* der sozialen Heterogenität spricht vor allem die Konsistenz mit anderen Studien, bei denen hier angeschlossen werden soll. Substanziell bleibt der Index freilich sehr problematisch, weil nur eine einzige Dimension von sozialer Heterogenität herausgegriffen wird, die zudem in den verschiedenen Vergleichsstaaten eine sehr unterschiedliche Salienz aufweist; zudem wird das Maß allein an sozialstrukturellen Tatbeständen festgemacht, sodass "collective action"-Probleme vollständig ausgeblendet bleiben (vgl. hierzu Olson 1965). Einige Ansätze zur quantitativen Umsetzung des *Cleavage*-Modells von Lipset und Rokkan (1967a) hat Heather Stoll (2005) ausgearbeitet. Sie unterscheidet in einem hierarchischen Modell (1) ein mehrdimensionales Konzept von "latent cleavages", das etwa die ethnische, religiöse Differenzierung oder die Verteilung des Einkommens in einer Gesellschaft aufgreift; (2) "politicized cleavages" beziehen sich darauf, wie soziale Heterogenität durch die Bürger aufgegriffen und politisiert wird; (3) "particized cleavages" werden schließlich als additiver Index ausgewählter Elemente der Analyse von Parteiprogrammen abgeleitet und messen die Homogenität/ Heterogeni-

3 Ein Beispiel ist die Analyse von Filippov et al. (1999: 13), die ihre unabhängige Variable M_{eff} mit dem "logarithmus naturalis" verrechnen und dann mit der dekadisch logarithmierten Variablen von Taagepera und Shugart (1989b; 1993) vergleichen.

tät der politischen Parteiensysteme (Datenquelle ist das "Comparative Manifestos Project"; vgl. Budge et al. 2001).

Selbst für die langfristig etablierten Demokratien bleibt dieses umfassende Konzept, allein durch einen Mangel vergleichbaren Datenmaterials, bereits schwer umsetzbar, und die Anwendung dieses hierarchischen Modells sozialer Homogenität/ Heterogenität auf Osteuropa wäre sicher nur schwer zu leisten.

Direkte Präsidentenwahlen (N_{pres}; $Proximity$)

Im nächsten Schritt erweitern Amorim Neto und Cox (1997) ihre Perspektive über den Kernzusammenhang von Parteiensystemen, Wahlsystemen und gesellschaftlicher Heterogenität hinaus und nehmen weitere Kontrollvariablen in ihr Modell auf. Sie berücksichtigen dezidiert die Effekte direkter Präsidentenwahlen auf die Fragmentierung im vorparlamentarischen Raum. Zu diesem Zweck werden zwei weitere unabhängige Variablen operationalisiert. Die *Effective Number of Presidential Candidates* (N_{pres}) bestimmt die Fragmentierung des politischen Wettbewerbs bei der direkten Präsidentenwahl. Der Indikator ist genau wie die *Effective Number of Parties* konstruiert. Nur werden statt der Stimmen- oder Mandatsanteile politischer Parteien (v_i, m_i) die Stimmenanteile einzelner Präsidentschaftskandidaten (p_i) benutzt:

$$N_{pres} = \left(\sum_{i=1}^{n} p_i^2 \right)^{-1} \tag{5.10}$$

Die zweite Variable bezieht sich auf das *Timing* von Präsidenten- und Parlamentswahlen. Die generelle Überlegung, die die Aufnahme dieser unabhängigen Variablen rechtfertigt, zielt darauf, dass direkte Präsidentenwahlen den deutlichsten Einfluss auf die Fragmentierung des Parteiensystems entwickeln, wenn sie parallel, zeitgleich mit der Parlamentswahl abgehalten werden. Um diese zeitliche Nähe oder Distanz messbar zu machen, wird der Zeitpunkt der Parlamentswahl mit L_t, die vorangehende Präsidentenwahl mit P_{t-1} und die folgende mit P_{t+1} bezeichnet. Gleichung 5.11 drückt den Zeitraum zwischen der vorhergehenden Präsidentenwahl und der Parlamentswahl ($L_t - P_{t-1}$) als Anteil an der präsidentiellen Amtsperiode ($P_{t+1} - P_{t-1}$) aus. Die Variable $Proximity$ nimmt so ihren maximalen Wert an, wenn Präsidenten- und Parlamentswahl parallel abgehalten werden, und sie erreicht ihr Minimum, wenn Parlamentswahlen als "midterm elections" zur Mitte der präsidentiellen Amtszeit abgehalten werden (Amorim Neto und Cox 1997: 158-159):

$$Proximity = 2 \left| \frac{L_t - P_{t-1}}{P_{t+1} - P_{t-1}} - \frac{1}{2} \right| \tag{5.11}$$

Die Arbeiten von Golder (2004), Brambor et al. (2006), Clark und Golder (2006) folgenden weitgehend dieser Operationalisierung. Die Autoren vermessen empirische Wahlsysteme nicht mit dem arithmetischen Mittel, sondern dem Median der Wahlkreisgröße und nehmen die Interaktionseffekte von Parlamentswahlen und direkten Präsidentenwahlen mit den Variablen $Proximity$ und N_{pres} in ihre Modelle auf.

Das bivariate Grundmodell

Die folgenden Analysen untersuchen den kausalen Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme. Lassen sich Duvergers "Gesetz" und "Hypothese" empirisch belegen, sollte in einem experimentellen Design, falls alle übrigen, potenziell intervenierenden Variablen "konstant gehalten" werden, das elektorale und parlamentarische Fragmentierungsniveau bei einer Mehrheitsregel (N_{maj}) geringer sein als bei einer Proporzregel (N_{pr}). Der kausale Effekt eines Mehrheitswahlsystems ergibt sich damit als die Differenz beider Messungen ($N_{maj} - N_{pr}$). In der empirischen Realität ist es außerhalb kontrafaktischer Überlegungen freilich kaum möglich, N_{maj} und N_{pr} beim selben Merkmalsträger simultan zu messen. "Kaum" bezeichnet hier eine Ausnahme im Bereich der Wahlsystemforschung, kombinierte "mixed-member majoritarian systems", die idealtypisch die Entscheidungsregeln Majorz und Proporz unabhängig voneinander, zu einem identischen Zeitpunkt im selben Vergleichsstaat anwenden. In der Literatur ist jedoch sehr umstritten, ob kombinierte Wahlsysteme eine Paralleldemonstration der alternativen Effekte von Mehrheits- und Verhältniswahl sinnvoll ermöglichen (vgl. Moser und Scheiner 2004; Reed 1999) oder ob beide Entscheidungsregeln einander so weit "kontaminieren", dass ihr Vergleich keinen analytischen Ertrag mehr bringen kann (vgl. Ferrara et al. 2005; Herron und Nishikawa 2001).

Die Alternative zum experimentellen Design bieten statistische Verfahren, die die asymptotischen Eigenschaften statistischer Kennzahlen bei ausreichend hohen Fallzahlen ausnutzen. Bei der Erforschung der politischen Konsequenzen von Wahlsystemen würde diese Strategie bedeuten, die durchschnittliche Fragmentierung in einer Gruppe von Vergleichsstaaten, die Verhältniswahlsysteme anwenden ($\overline{N}_{pr}$), einer Gruppe anderer Vergleichsstaaten gegenüber zu stellen, die Mehrheitswahlsysteme anwenden ($\overline{N}_{maj}$); der kausale Effekt unterschiedlicher Wahlsysteme ergibt sich dann als Differenz beider Gruppenmittel ($\overline{N}_{pr} - \overline{N}_{maj}$). Das grundlegende Problem dieser Alternative zum "Laborexperiment" liegt in begrenzten Möglichkeiten zur Kontrolle intervenierender Kontexte. Deshalb müssen alternative Erklärungsfaktoren, etwa soziale Homogenität/ Heterogenität oder indirekte/ direkte Präsidentenwahlen in die Modelle aufgenommen und statistisch "kontrolliert" werden.

Freilich hat der kumulative Prozess der Wahlsystemforschung zu Hypothesen geführt, die nicht nur ordinal formuliert sind und etwa postulieren, das Fragmentierungsniveau bei Mehrheitsregeln sei geringer als bei Proporzregeln ($\overline{N}_{maj} - \overline{N}_{pr} < 0$). Neuere empirische Untersuchungen zum kausalen Effekt von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen nehmen differenziertere Variablen auf und bestimmen genauere Hypothesen. Sie setzen in einfachen institutionalistischen Modellen die Fragmentierung des vorparlamentarischen (N_v) und des parlamentarischen Parteiensystems (N_m) als die abhängigen Variablen und die *Effective Magnitude* (M_{eff}) als die unabhängige Variable der Analyse ein. Generell wird mit steigender effektiver Wahlkreisgröße eine höhere Anzahl effektiver Parteien im Elektorat und im Parlament erwartet. Beide Variablen sollten deshalb stets positiv miteinander korrelieren. Dabei wird der Effekt des Wahlsystems auf die Fragmentierung des vorparlamentarischen Parteiensystems, definiert durch die Stimmenanteile der politischen Parteien, als psychologischer Effekt gefasst, und der Effekt des Wahlsystems auf die parlamentarische Fragmentierung, bestimmt durch die Mandatsanteile der Parteien, als mechanischer Effekt begriffen.

Rein Taagepera und Matthew S. Shugart (1989b; 1993) haben diesen Zusammenhang in einer Serie von Beiträgen systematisch generalisiert. Dabei haben sie den Effekt von M_{eff} auf N_v und N_m zunächst induktiv (Taagepera und Shugart 1989b: 142-155) und schließlich in einem weiteren Beitrag deduktiv-analytisch gezeigt (Taagepera und Shugart 1993; vgl. weiterführend zur Methode Taagepera 1999). Das Resultat dieser Analysen ist das "generalized Duverger's law", das theoretische Erwartungen angibt für den psychologischen

$$\mathrm{E}[N_v|M_{eff}] = 1.25 \cdot \log_{10} M_{eff} + 2.5 \tag{5.12}$$

und den mechanischen Effekt von Wahlsystemen

$$\mathrm{E}[N_m|M_{eff}] = 1.15 \cdot \log_{10} M_{eff} + 2.3 \tag{5.13}$$

Diese Gleichungen formulieren konkret die Erwartungen, die das verallgemeinerte Duvergersche "Gesetz" auf nationaler Ebene angibt. Bei absoluten und relativen Mehrheitswahlsystemen, grob vereinfacht operationalisiert mit der Wahlkreisgröße $M_{eff} = 1$, wird etwa eine Fragmentierung des Elektorats von $N_v = 2.5$ und eine Fragmentierung des Parlaments von $N_m = 2.3$ erwartet. Wird die durchschnittliche Wahlkreisgröße auf $M_{eff} = 10$ erhöht, liegen die prognostizierten Werte bei $N_v = 3.75$ und $N_m = 3.45$, und bei $M_{eff} = 100$ gilt schließlich $N_v = 5.0$ und $N_m = 4.6$. Eine einfache bivariate Regression der Fragmentierung im Elektorat (N_v) auf die logarithmierte *Effective Magnitude* (M_{eff}) sollte also einen signifikanten Regressionskoeffizienten von $\beta_1 = 1.25$ für den psychologischen Effekt ergeben; die analoge bivariate Regression der parlamentarischen Fragmentierung (N_m) auf $\log_{10} M_{eff}$ sollte einen signifikanten Regressionskoeffizienten von $\beta_1 = 1.15$ für den mechanischen Effekt ergeben.[4]

Datenbasis

Analysen der Kontrollgruppe etablierter Demokratien dienen hier, neben den theoretisch hergeleiteten Erwartungen, als eine zweite, empirische "Folie" für die Bewertung der politischen Konsequenzen von Wahlsystemen im postkommunistischen Osteuropa. Das empirische Material stammt aus Sekundäranalysen, aus Replikationen von drei Datensätzen, die sich im Hinblick auf die Fallauswahl, die Struktur der Datensätze und die operationale Aufbereitung des empirischen Materials unterscheiden. Dabei werden die Studien und Datensätze von Lijphart (1994a), Amorim Neto und Cox (1997) und Golder (2004) zunächst mit einer vergleichbaren Operationalisierung standardisiert und dann in unterschiedlichen empirischen Analysen kritisch repliziert.[5]

4 An dieser Stelle soll noch kurz auf einen wohl mehr theoretisch als in der empirischen Analyse bedeutsamen Unterschied der beiden Fortentwicklungen von "Duvergers Gesetz" hingewiesen werden: Während Cox (1997) im Wesentlichen ein Gleichgewichtsargument formuliert und eine Obergrenze $M+1$ Kandidaten/ Listen im Wahlkreis postuliert, bestimmen Taagepera und Shugart (1989b; 1993) eine konkrete Punktvorhersage der Fragmentierung.

5 Trotz wiederholter Nachfragen konnte der Datensatz zu dem einflussreiche Beitrag von Ordeshook und Shvetsova (1994), der die These von *interaktiven* Effekten von Wahlsystemen und Parteiensystemen zuerst empirisch untermauert hat, nicht für eine Sekundäranalyse beschafft werden.

Datensatz 1: Lijphart; 384 Wahlen aus 27 Vergleichsstaaten

Arend Lijphart (1994a) hat einen Datensatz erstellt, der 384 Wahlen in 27 langfristig etablierten Demokratien dokumentiert und explizit auf einem "most similar systems design" beruht. Das Kriterium der Fallauswahl ist die etwa seit Beginn des Untersuchungszeitraums 1945 ununterbrochene, demokratische Wahlgeschichte. Das betrifft zunächst 16 europäische Staaten: Belgien, Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, die Schweiz und weiter acht langfristig stabile Demokratien außerhalb Europas: Australien, Costa Rica, Indien, Israel, Japan, Kanada, Neuseeland und die Vereinigten Staaten. Hinzu kommen noch drei südeuropäische Staaten ohne langfristige demokratische Kontinuität, die jedoch mittlerweile als stabil und hinreichend demokratisch konsolidiert gelten können: Griechenland, Portugal und Spanien (vgl. Lijphart 1994a: 2-3).

Um das von Lijphart (1994a) bereitgestellte Datenmaterial mit den theoretischen Erwartungen von Taagepera und Shugart (1989b; 1993) vergleichbar zu machen, sind jedoch zwei unterschiedliche Modifikationen bei Lijpharts Datensatz notwendig: (1) Die bereits diskutierte Umrechnung der von Lijphart konzipierten unabhängigen Variablen *Effective Threshold* (T_{eff}) in die Variable *Effective Magnitude* (M_{eff}) ermöglicht den Vergleich der unstandardisierten Regressionskoeffizienten über die verschiedenen Studien und Datensätze hinweg. (2) Lijphart (1994a: 8-9) benutzt in seiner Studie 70 empirische Wahlsysteme, nicht die 384 einzelnen Wahlen in 27 etablierten Demokratien als Analyseeinheiten.[6] Bei den empirischen Analysen der Kontrollgruppe etablierter Demokratien wird jedoch nun und im Folgenden stets auf den disaggregierten Datensatz Bezug genommen, um die Resultate von Lijpharts Studie systematisch mit anderen Forschungsergebnissen in Beziehung setzen zu können (vgl. zu Anpassungen des empirischen Materials bereits Kapitel 4.3).

Empirische Angaben zur *Effective Number of Ethnic Groups* sind in Lijpharts (1994a) Datensatz nicht enthalten. Alle Angaben zu diesem Indikator, die in dieser Arbeit benutzt werden, sind bei Anckar und Eriksson (1998) entnommen.

Datensatz 2: Amorim Neto und Cox; 54 Vergleichsstaaten

Die Analysen von Amorim Neto und Cox (1997) und Cox (1997) basieren auf heterogenerem Datenmaterial, das nicht nur langfristig etablierte Demokratien, sondern bereits einige politische Systeme aufnimmt, die in der "dritten Welle" demokratischer Übergangsprozesse freie Wahlen (wieder) eingeführt haben, etwa Argentinien und Brasilien in Lateinamerika und die Tschechische Republik. Das basale Kriterium der bleibt weiterhin, im Sinne eines "most similar systems design", die demokratische Verfasstheit des jeweiligen Vergleichsstaats, gemessen an der Qualifikation als "free" im *Freedomhouse*-Report (vgl. `http://www.freedomhouse.org/`). Dennoch ist die von Amorim Neto und Cox (1997) ausgewählte Ländergruppe, etwa bezogen auf ihre längerfristige demokratische Stabilität, deut-

6 In Lijpharts (1994a) *Sample* sind neben den Wahlen zu nationalen Parlamenten auch Wahlen zu den nationalen Segmenten des Europaparlaments eingegangen. Im Folgenden wird damit impliziert unterstellt, dass, mindestens für den Untersuchungszeitraum von 1979 bis 1989, diese Wahlen weiterhin als "second order elections" nationale politische Dynamiken reflektieren und deshalb gemeinsam mit den übrigen untersucht werden können.

lich instabiler als das von Lijphart (1994a) zusammengestellte Vergleichsset, und die Fallauswahl trägt zudem erhebliche regionale Disparitäten in die Analyse hinein.

Dieser Datensatz, der Wahlen in 54 verschiedenen Staaten dokumentiert, ist in den Publikationen von Amorim Neto und Cox (1997: 169-170) und Cox (1997: 308-311) abgedruckt; im Internet kann er beim "Lijphart Elections Archive" (LEA), unter `http://dodgson.ucsd.edu/lij/pubs/` heruntergeladen werden. Konträr zu Lijpharts Datensatz, der im *Time-Series-Cross-Section*-Format vorliegt, verlassen sich Amorim Neto und Cox (1997) auf einen reinen Querschnittsvergleich. Bei ihren 54 Vergleichsstaaten haben nehmen sie jeweils diejenige Parlamentswahl auf, die dem Jahr 1985 am nächsten liegt.

Amorim Neto und Cox (1997) weichen bei der Operationalisierung der zentralen unabhängigen Variable, des Wahlsystems, von der Technik ab, die etwa Lijphart (1994a) und Taagepera und Shugart (1989b; 1993) benutzen. Zunächst beziehen sie sich nicht auf die durchschnittliche *Effective Threshold* oder *Effective Magnitude*, sondern auf den Median der Wahlkreisgröße. Zweitens benutzen sie in ihrer ursprünglichen Publikation (Amorim Neto und Cox 1997; Cox 1997: 201-223) abweichend von Taagepera und Shugart (1989b; 1993) den "logarithmus naturalis" ($\log_e$) statt des dekadischen Logarithmus ($\log_{10}$). Um die Vergleichbarkeit der Modelle herzustellen, sind die folgenden Replikationen mit dem dekadischen Logarithmus berechnet worden. Darüber hinaus erfassen Amorim Neto und Cox (1997) höhere Vergabeebenen in kombinierten Wahlsystemen oder zwei- und mehrstufigen Verhältniswahlsystemen nicht mit der durchschnittlichen Wahlkreisgröße gemeinsam, sondern sie operationalisieren eine zusätzliche Variable $upper$, die den Anteil der Parlamentsmandate angibt, der auf höheren Vergabeebenen zugeteilt wird. Diese Werte schwanken von 0, bei "klassischen" relativen Mehrheitswahlsystemen und einstufigen Verhältniswahlsystemen, bis hin zu 0.48 für das bundesdeutsche kombinierte Wahlsystem (vgl. Amorim Neto und Cox 1997: 171).

Datensatz 3: Golder; 867 Wahlen aus 199 Vergleichsstaaten

Matthew Golder (2004; 2005) hat das bislang umfangreichste empirische Material vorgestellt, das Wahlsysteme und Parteiensysteme auf der nationalen Ebene erfasst. Der Datensatz ist die Grundlage der Publikationen von Golder (2004; 2005), Clark und Golder (2006), Brambor et al. (2006) und kann, inklusive eines detaillierten Codebooks, unter `http://www.homepages.nyu.edu/~mrg217/elections.html` bezogen werden. Die empirischen Informationen sind im *Time-Series-Cross-Section*-Format zusammengestellt und dokumentieren 867 Wahlen in 199 Vergleichsstaaten im Zeitraum von 1946 bis 2000.

Auch wenn die Fülle der zusammengestellten Vergleichsstaaten und der enthaltenen Beobachtungen beeindruckend ist und aus einer ökonometrischen Perspektive sehr erfreut, gelten wohl einige methodische Bedenken bei der Auswahl der Vergleichsfälle. Als Maßstab der Fallauswahl nimmt Golder (2005: 104), im Anschluss bei Przeworski et al. (2000), das formale Mindestkriterium einer elektoralen Demokratie.[7] Zudem wird dieses Konzept "De-

7 "A regime is classified as a dictatorship if either: (i) the chief executive is not elected; (ii) the legislature is not elected; (iii) there is no more than one party; or (iv) there has been no alternation in power. In other words, a regime is democratic if those who govern are selected through contested elections" (Golder 2005: 104). Sieht man einmal vom pauschalen Verweis auf die Kriterien von Przeworski et al. (2000) ab, bleibt die genaue Messung des Kernkonzepts "Demokratie" bei (Golder 2005) damit mindestens unklar, und bereits ei-

mokratie" sehr extensiv gemessen und breit ausgelegt, sodass ein zwar umfangreicher Datensatz entsteht, dessen einzelne Beobachtungen jedoch sehr heterogenen Kontexten entnommen sind. Die Datensammlung Golders ist damit aus noch weit heterogeneren Fällen zusammengesetzt als das von Amorim Neto und Cox (1997) präsentierte Material. Damit erscheint letztlich der Einwand berechtigt, hier würden wenig oder gar nicht vergleichbare empirische Beobachtungen schlicht "gepoolt"; eine Kritik dieser Vorgehensweise und einige Teststatistiken für die Parameterhomogenität hat Bartels (1996) formuliert.

Schließlich konzentriert sich auch Golders Datenmaterial, mindestens in der im Internet zugänglich gemachten Form, auf rein institutionelle Faktoren. Empirische Angaben zur *Effective Number of Ethnic Groups* (N_{eth}) sind, wie bereits bei Lijphart (1994a), im Datensatz nicht enthalten. Bei den folgenden Replikationen sind die Angaben zur ethnischen Diversität, wie bei den Primäranalysen (vgl. Golder 2004: 89; 120), einem von James D. Fearon (2002; 2003) zusammengestellten Datensatz zur ethnischen Heterogenität in 160 Vergleichsstaaten entnommen (`http://www.stanford.edu/~jfearon/`).

In der vergleichenden Perspektive auf die Kriterien der Fallauswahl in den drei Studien kann damit festgehalten werden, dass Lijphart (1994a) einen strikten "most similar systems design" folgt; die Fallauswahl bei Amorim Neto und Cox (1997), die sich am *Freedomhouse*-Index orientiert führt bereits zu einem deutlich heterogeneren *Sample*. Golder (2004; 2005) schließlich verwendet die Daten aller "elektoralen" Demokratien und versammelt so noch deutlich heterogeneres empirisches Material. Das zentrale Kriterium, um eher exklusive, inklusive oder sogar holistische Strategien der Fallauswahl zu bewerten betrifft die Annahme der "unit homogeneity" (King et al. 1994: 91-94), die konventionellen Querschnitts- und *Time-Series-Cross-Section*-Modellen zugrunde liegt. Wenn etwa gezeigt werden kann, dass psychologische Effekte im Sinne Duvergers (1959), strategisches Wahl- und Kandidaturverhalten, wesentlich von der Strukturierung des politischen Wettbewerbs abhängen, kann die Homogenität "alter" und "neuer" Demokratien nicht mehr unterstellt werden.

Ökonometrische Schätzverfahren

Im Folgenden werden kurz die ökonometrischen Eigenschaften der benutzten Datensätze diskutiert, um angemessene Schätzverfahren für die Modelle abzuleiten. Die Diskussion zielt besonders darauf, diejenigen Methoden vorzuschlagen und einzusetzen, die gleichermaßen der ökonometrischen Struktur des empirischen Materials angemessen sind sowie die substanzielle Forschungsfrage sinnvoll umsetzen und modellieren. Beide Überlegungen, statistische und substanzielle, greifen dabei eng ineinander.

Querschnittsdaten

Zur Replikation und Sekundäranalyse werden hier die drei oben vorgestellten Datensätze herangezogen, die den Studien von Arend Lijphart (1994a), Amorim Neto und Cox (1997) und Matthew Golder (Brambor et al. 2006; Clark und Golder 2006; Golder 2004; 2005) zugrunde liegen. Dabei weist das empirische Material, das Amorim Neto und Cox (1997) be-

ne oberflächliche Inspektion der zur Analyse aufgenommenen Vergleichsstaaten zeigt, dass das Attribut einer Wahldemokratie wohl recht großzügig zugeteilt wurde. Verweise auf etablierte Indikatoren wie *Freedomhouse* oder *Polity* sind im Text nicht enthalten.

nutzt haben, gleichermaßen die geringsten substanziellen Perspektiven und ökonometrischen Probleme für die Analyse auf. Der reine Querschnittsdatensatz mit, in allen hier diskutierten Modellen, metrischer abhängiger Variable (N_v, N_m) kann mit einer einfachen OLS-Regression angemessen analysiert werden:

$$N_i = \boldsymbol{\beta x_i} + \alpha + \epsilon_i; \epsilon_i \sim f_n(e_i|0, \sigma^2) \tag{5.14}$$

N_i gibt dabei die *Effective Number of Electoral/ Parliamentary Parties* an; $\boldsymbol{x_i}$ ist ein Vektor von unabhängigen Variablen, $\boldsymbol{\beta}$ ein Vektor von Effektparametern, α die Regressionskonstante und ϵ_i der normalverteilte Fehlerterm. Im konventionellen Querschnittsmodell wird dabei unterstellt, dass alle Beobachtungen einer homogenen Population entnommen sind. Mit dieser Spezifikation steht ein einfaches und geeignetes Instrument für die Analyse der *Cross-Section*-Daten bereit; im zweiten Schritt ist allein die Durchführung einiger konventioneller Spezifikationstests angezeigt. Das betrifft im Einzelnen:

1. *Heteroskedastizitätstests auf die konstante Varianz des Fehlerterms.* Variiert der Fehlerterm mit den unabhängigen Variablen des Modells ($\text{Cov}(\epsilon, \boldsymbol{x_i}) \neq 0$), wird die grundlegende Homoskedastizitätsannahme des konventionellen linearen Regressionsmodells verletzt; die Schätzer bleiben zwar weiterhin unverzerrt, ihre Standardfehler werden jedoch ineffizient geschätzt. Breusch und Pagan haben einen einfachen Lagrange-Multiplier-Test zur Diagnose von Heteroskedastizitätsproblemen vorgeschlagen:

$$\epsilon_i^2 = \epsilon^2 f(\alpha_0 + \boldsymbol{\alpha' x_i}) \tag{5.15}$$

$$LM = \left[\frac{1}{V}\right] (\boldsymbol{u} - \overline{u}\boldsymbol{i})' \boldsymbol{X} (\boldsymbol{X'X})^{-1} \boldsymbol{X'} (\boldsymbol{u} - \overline{u}\boldsymbol{i}) \tag{5.16}$$

   Heteroskedastizitätsprobleme treten häufig auf, wenn Querschnittsdaten analysiert werden. Bei einer signifikanten Teststatistik werden im Folgenden korrigierte, robuste Standardfehler nach der Huber/ White/ sandwich-Methode angegeben (vgl. White 1980; Wooldridge 2000: 248-255).

2. *Ausreißerdiagnostik auf den übermäßigen Einfluss einzelner Beobachtungen.* Besonders bei reinen Querschnittsmodellen, wenn die Anzahl der Beobachtungen begrenzt ist, können einzelne Beobachtungen entweder ein übergroßes Residuum ($e_i = N_i - \hat{N}_i$) aufweisen oder einen übergroßen Effekt ("Leverage") auf die Koeffizienten ($h_i = \boldsymbol{x_i} (\boldsymbol{X'X})^{-1} \boldsymbol{x_i'}$) projizieren. Eine Teststatistik, die gleichermaßen Regressionsresiduen und "Leverage" berücksichtigt, ist zum Beispiel "Cook's Distance" D_i:

$$D_i = \frac{\hat{e}^2_{s_{p_i}} (s_{p_i} / s_{r_i})^2}{k} = \frac{h_i \hat{e}_i^2}{k s^2 (1 - h_i)^2} \tag{5.17}$$

Generell erfordern nach strikten Maßstäben Beobachtungen mit $D_i > 4/n$, jedoch mindestens diejenigen, die Werte von $D_i > 1$ aufweisen, eine genauere, fallweise Betrachtung (vgl. Belsley et al. 1980: 28). Idealtypisch sollten entweder statistische Ausreißer durch die Neuspezifizierung des Modells oder die Hinzunahme weiterer unabhängiger Variablen substanziell erklärt werden; jeweils zweitbeste Alternativen sind der Ausschluss übermäßig einflussreicher Beobachtungen oder die Verwendung "robuster" Regressionsmodelle.

3. *Multikollinearitätstests auf sehr enge Assoziationen unter den unabhängigen Variablen.* Multikollinearität bezeichnet nicht allein eine technische Verletzung der Gauß-Markow-Bedingungen, sondern sie bezieht sich auf die substanziellen Schranken bei der Aussagekraft von Modellen und Daten. Korrelieren zwei unabhängige Variablen sehr hoch miteinander, ist das empirische Material nicht hinreichend aussagekräftig, um ihren alternativen Einfluss auf die abhängige Variable analytisch eindeutig zu scheiden, denn in einem konventionellen Regressionsmodell kann nur diejenige Varianz, die für eine der unabhängigen Variablen spezifisch ist, benutzt werden. Hinweise auf problematische Niveaus an Multikollinearität liegen deshalb zum Beispiel vor, wenn die t-Tests der Prädiktoren insignifikant sind, das gesamte Modell jedoch einen signifikanten F-Test und eine Varianzaufklärung R^2 aufweist. Eine Kennzahl zur Diagnose von Multikollinearitätsproblemen ist der *Variance Inflation Factor* VIF_i des Regressionskoeffizienten β_i, der sich aus dem R^2 einer Regression der unabhängigen Variablen x_i auf die übrigen unabhängigen Variablen ergibt:

$$\text{VIF} = \frac{1}{1 - R_k^2} \tag{5.18}$$

Nach konservativen Kriterien liegt ein problematisches Niveau an Multikollinearität vor, falls eine einzelne Prädiktorvariable einen *Variance Inflation Factor* VIF von mehr als 10 aufweist oder der Mittelwert $\overline{\text{VIF}}$ wesentlich oberhalb von 1 liegt.

In dieser Studie werden neben den Resultaten der Regressionsmodellen stets die Spezifikationstests berichtet.

Eigenschaften von "Time-Series-Cross-Section"-Daten (TSCS)

Die Datensätze von Lijphart (1994a) und Golder (2004) liegen im *Time-Series-Cross-Section*-Format (TSCS) vor. Diese *parallele* Berücksichtigung der Quer- und der Längsschnittperspektive trägt zusätzliche, dynamische Informationen in die Analyse ein, sie führt zu einer besseren empirischen "Sättigung" der Untersuchung, und die Zusammenfassung "gepoolter" Beobachtungen weist einen Ausweg aus dem *Small-N*-Problem der vergleichenden Politikwissenschaft. Eine weitere attraktive Eigenschaft dieser Datenstruktur betrifft bessere Optionen zur statistischen Kontrolle von "omitted variables", also von empirischen Parametern, die mit der abhängigen Variablen verbunden, jedoch nicht explizit modelliert oder modellierbar sind.

Die komplexe Datenstruktur schlägt sich zunächst einmal in der, verglichen mit dem einfachen Querschnittsmodell (5.14), aufwendigeren Notation nieder, denn alle Beobachtungen werden zunächst über die Vergleichsstaaten i ($i = 1,\ldots,N$) und die Zeitpunkte t ($t = 1,\ldots,T$) hinweg indiziert. $N_{i,t}$ bezeichnet etwa die elektorale oder parlamentarische Fragmentierung im Vergleichsstaat i zum Zeitpunkt t:[8]

$$\boldsymbol{N_{i,t}} = \boldsymbol{\beta X_{i,t}} + \boldsymbol{\alpha} + \boldsymbol{\epsilon_{i,t}}; \epsilon_{i,t} \sim f_n(e_{i,t}|0,\sigma^2) \tag{5.19}$$

bzw. in Matrix-Form

$$\begin{bmatrix} N_1 \\ N_2 \\ . \\ . \\ N_N \end{bmatrix} = \boldsymbol{\beta} \begin{bmatrix} \boldsymbol{X_1} \\ \boldsymbol{X_2} \\ . \\ . \\ \boldsymbol{X_N} \end{bmatrix} + \begin{bmatrix} \alpha_1 \\ \alpha_2 \\ . \\ . \\ \alpha_N \end{bmatrix} + \begin{bmatrix} \epsilon_1 \\ \epsilon_2 \\ . \\ . \\ \epsilon_N \end{bmatrix} \tag{5.20}$$

Gleichwohl produziert diese komplexere Datenstruktur einige ökonometrische und substanzielle Probleme, die im Folgenden kurz diskutiert werden sollen. Besonders Nathaniel Beck und Jonathan N. Katz (1995) haben eine intensive Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen der Analyse von *Time-Series-Cross-Section*-Daten angestoßen, Instrumente vorgeschlagen, die den statistischen Schätzproblemen begegnen, und die Tauglichkeit ihrer Verfahren an Forschungsfragen und Datensätzen aus dem Bereich der vergleichenden politischen Ökonomie gezeigt. Sie verweisen im Einzelnen auf vier verschiedene Aspekte dieser komplexen Strukturen, die *potenziell* geeignet sind, die Gauß-Markow-Bedingungen der einfachen linearen Regression zu verletzen:

1. Innerhalb der Fälle i, hier innerhalb der Vergleichsstaaten, können die einzelnen Fehlerterme $\epsilon_{i,t}$ seriell autokorreliert sein. Der einfachste Fall betrifft die Autokorrelation erster Ordnung (AR1; $\mathrm{Cov}(\epsilon_{i,t},\epsilon_{i,t-1}) \neq 0$; sondern $\epsilon_{i,t} = \rho\epsilon_{i,t-1} + \nu_{i,t}$). Serielle Autokorrelation betrifft direkt die Konsistenz der Effektparameter $\boldsymbol{\beta}$ und führt zur Unterschätzung ihrer Standardfehler.

2. Über die einzelnen Zeitpunkte t hinweg können die Fehlerterme $\epsilon_{i,t}$ untereinander ($\mathrm{Cov}(\epsilon_{i,t},\epsilon_{i',t}) \neq 0$) und mit den unabhängigen Variablen des Modells korreliert sein ($\mathrm{Cov}(\boldsymbol{x_{i,t}},\epsilon_{i,t}) \neq 0$).

8 TSCS-Daten teilen einige grundlegende Eigenschaften mit den aus der *Survey*-Forschung bekannten *Panel*-Daten. An dieser Stelle soll jedoch kurz auf einige ökonometrische und substanzielle Differenzen beider Datenstrukturen aufmerksam gemacht werden: (1) *Panel*-Daten beziehen ihre asymptotische Aussagekraft aus einer hohen Zahl an Befragten, die zu einer begrenzten Zahl an Zeitpunkten interviewt werden ($N \gg T$), dagegen schließen TSCS-Daten eine deutlich geringere Anzahl von Fällen ein, profitieren jedoch von der Länge der untersuchten Zeitreihen ($N \ll T$); beide Datenstrukturen unterscheiden sich deshalb in ihren ökonometrischen Möglichkeiten und Grenzen. (2) Während die einzelnen Befragten einer *Panel*-Studie nicht von einem substanziellen Interesse sind, sie sind einfach ein *Sample*, werden die Vergleichsstaaten einer TSCS-Studie bewusst ausgewählt und interessieren *an sich*. Vgl. weiterführend Beck und Katz (2004); Kittel und Winner (2005).

3. Über die Vergleichsstaaten i hinweg können die Fehlerterme $\epsilon_{i,t}$ heteroskedastisch verteilt sein und fallweise unterschiedliche Varianzen aufweisen ($\sigma_{\epsilon_i} \neq \sigma_\epsilon$).

4. Generell kann eine Struktur nicht-sphärischer Fehlerterme $\epsilon_{i,t}$ entstehen; sie weist *parallel* serielle Autokorrelation und Panelheteroskedastizität auf und erzeugt besondere Schätzprobleme, falls die abhängige Variable parallel Trends ("unit roots") aufweist ($\text{Cov}(N_{i,t}, N_{i,t-1}) \neq 0$).

Der "Standard" von Beck und Katz

Dieser Katalog benennt freilich *potenzielle* Probleme, die den *Bias*, die Konsistenz der Effektparameter und besonders ihre Standardfehler beeinflussen. Ob jedoch eine oder mehrere der Gauß-Markow-Bedingungen bei der konkreten Analyse eines TSCS-Datensatzes *tatsächlich* verletzt wird/ werden, bleibt letztlich eine empirische Frage, die allein durch die Berechnung jeweils geeigneter Teststatistiken entschieden werden kann.

Beck (2001); Beck und Katz (1995; 2004); Beck et al. (1998) haben ein statistisches Procedere zur Spezifikation von TSCS-Analysen vorgeschlagen, das bei diesen Problemen ansetzt. In der angewandten Forschung wird dieser "de facto Beck-Katz standard" weitgehend akzeptiert, bei substanziellen Analysen nachgehalten und, so die Kritik, auch häufig unreflektiert übernommen (vgl. Plümper et al. 2005). Im Folgenden werden die vier Grundelemente des "de facto Beck-Katz standard" kurz dargestellt und diskutiert:

1. *Die Spezifizierung eines "Fixed Effects"-Modells.* Die Einführung von $N-1$ Länderdummies μ_i in das Modell lässt es zu, für jeden einzelnen Vergleichsstaat i ein unterschiedliches, heterogenes Niveau der abhängigen Variablen, und damit eine spezifische Regressionskonstante $\mu_i + \epsilon$, zu modellieren. Die fallspezifischen *Dummy*-Variablen μ_i absorbieren *vollständig* die fallübergreifenden Unterschiede im Niveau der abhängigen Variablen $\overline{N}_i$, und deshalb wird ein reines "within model" geschätzt, das substanziell einer Menge von n nebeneinander gelegten Längsschnitten entspricht.

   Eine alternative Herleitung des "Fixed Effects"-Modells illustriert, dass zeitinvariate Faktoren nicht in die Schätzer eingehen. Gleichung 5.21 wiederholt das "gepoolte" Regressionsmodell; Gleichung 5.22 spezifiziert das "Between Effects"-Modell auf der Grundlage der fallweise bestimmten Mittelwerte der abhängigen und der unabhängigen Variablen an; Gleichung 5.23 bestimmt sodann durch die Subtraktion von Gleichung 5.21 und 5.22 das "Fixed Effects" Modell; alle zeitinvariaten Erklärungsfaktoren (hier μ_i und α) gehen nicht in die kombinierte Gleichung 5.23 ein, die zur Parameterschätzung benutzt wird:

$$N_{i,t} = \mu_i + \alpha + \boldsymbol{\beta}\boldsymbol{x_{i,t}} + \epsilon_{i,t} \tag{5.21}$$

$$\overline{N}_i = \mu_i + \alpha + \boldsymbol{\beta}\overline{\boldsymbol{x}}_i + \overline{\epsilon}_i \tag{5.22}$$

$$N_{i,t} - \overline{N}_i = \boldsymbol{\beta}(\boldsymbol{x}_{i,t} - \overline{\boldsymbol{x}}_i) + (\epsilon_{i,t} - \overline{\epsilon}_i) \tag{5.23}$$

Die Intention eines "Fixed Effects"-Modells ist die Kontrolle von externen Einflüssen auf die abhängige Variable. Die Effektparameter konventioneller OLS-Modelle sind systematisch verzerrt, wenn neben den im Modell spezifizierten Erklärungsfaktoren weitere, unberücksichtigte Einflüsse ("omitted variables") auf die abhängige Variable wirken. Die "Fixed Effects" μ_i modellieren konstante unbeobachtete Effekte, die auf $N_{i,t}$ wirken. Der Verzicht auf die Einführung der $N-1$ *Dummy*-Variablen führt zu dem Problem, Variation in der abhängigen Variable, die bereits *vor* dem Untersuchungsintervall bestand, mit der Varianz der unabhängigen Variablen *während* dieses Zeitraums zu erklären (vgl. im Detail Plümper et al. 2005: 332).

Ein "Fixed Effects"-Modell bietet einen befriedigenden *ökonometrischen* Ausweg aus diesem Dilemma, geht es jedoch nicht *substanziell* an:

> The "Dummy" variable coefficients reflect ignorance – they are inserted merely for the purpose of measuring shifts in the regression line arising from unknown variables.
>
> (Kennedy 1998: 227 zit. nach Plümper et al. 2005: 330)

Die Formulierung eines "Fixed Effects"-Modells ist zwar aus einer ökonometrischen Perspektive unproblematisch; häufig wird jedoch übersehen, dass mit der "within transformation" oft eine ganz grundlegende Revision der substanziellen Fragestellung verbunden ist. Anders als bei *Panel*-Daten, interessieren bei der TSCS-Analyse die einzelnen Vergleichsstaaten und auch ihre Heterogenität, die sich zum Beispiel in unterschiedlichen Niveaus der abhängigen Variablen ausdrückt, *an sich*. Vergleichende politikwissenschaftliche Forschung wird sich in den wenigsten Fällen allein darauf konzentrieren, die Parameter allgemein gültiger Aussagen über heterogene Kontexte hinweg möglichst effizient und ohne *Bias* zu schätzen. Vielmehr liegt stets ein wesentlicher Fokus auf der vergleichenden Vermessung und inhaltlichen Erklärung von länderspezifischen Differenzen. In diesem Sinne plädieren Kittel und Obinger (2002: 21) dafür, es nicht bei der statistischen "Ignoranz" von *Dummy*-Variablen ohne theoretischen Gehalt zu belassen, sondern fallübergreifende Varianz durch eine überlegte, theoretisch angeleitete Modellspezifikation zu erklären und nicht einfach zu "kontrollieren":

> (...) this argument [= die Applikation von "Fixed Effects"; d.A.] throws out the baby with the bath water, because one of the main interests of political science in this kind of quantitative analysis is whether institutional variables capture cross-sectional variation to an extent which makes the inclusion of country dummies unnecessary.

Eine weitere Begrenzung folgt aus ähnlichen Überlegungen, denn die *Dummy*-Variablen verhindern die Einführung zeitinvariaten unabhängigen Variablen, etwa vieler grundlegender institutioneller Konstanten, in die TSCS-Analyse, und sie verkomplizieren zudem ganz erheblich die Bestimmung von Effektparametern für langsam veränderliche exogene Variablen (vgl. Beck 2001; Kittel und Winner 2005; Plümper et al. 2005). Eine zeitinvariate unabhängige Variable würde vollständig mit den eingefügten "Fixed Effects" korrelieren ($\mathrm{Cov}(x_i, \mu_i) = 1$).

Ein möglicher Ausweg und die zentrale ökonometrische Alternative ist ein "Random Effects"-Modell, das nicht für jeden einzelnen Fall eine spezifische Regressionskonstante $\mu_i + \alpha$ modelliert, sondern unterstellt, dass die Konstanten eine übergrei-

fende Verteilung besitzen; die μ_i werden also aus einer gemeinsamen Verteilung gezogen ($\mu_i \sim f(0, \sigma_\mu^2)$), und die Koeffizienten im "Random Effects"-Modell ergeben sich als das Matrix-gewichtete Mittel des "between"- (Gleichung 5.22) und des "within"-Modells (5.23). Da so die Anzahl der Parameter deutlich reduziert wird, sind "Random Effects"-Schätzer effizienter; zudem wird eine zentrale Beschränkung der "Fixed Effects"-Spezifikation aufgehoben, denn zeitinvariate unabhängige Variablen können in die Modelle aufgenommen werden. "Random Effects"-Modelle unterstellen jedoch explizit, dass μ_i und $\boldsymbol{x}$ unkorreliert sind. Diese Annahme wird von realen empirischen Daten regelmäßig verletzt (vgl. Beck 2001; Beck und Katz 2004) und führt zur Inkonsistenz der geschätzter Parameter. Die statistische Konsistenz des "Random Effects"-Modells kann mit einem Hausman-Test geprüft werden (vgl. Greene 2003: 301-303).
Die Entscheidung zwischen "Fixed Effects" und "Random Effects"-Modellen verläuft damit als ein "trade off" von *Bias* und Effizienz (vgl. King et al. 1994). Während "Random Effects" etwa bei der Analyse von *Panel*-Daten sehr verbreitet sind, werden zur Analyse von TSCS-Daten nahezu ausschließlich "Fixed Effects" appliziert. Abschließend, für diesen Teilaspekt, sollte noch hinzugesetzt werden, dass TSCS-Modelle vom potenziellen "omitted variable bias" generell nicht mehr betroffen sind als die vorher diskutierten konventionellen, "gepoolten" Regressionsmodelle. Die umfangreiche Diskussion zu Ertrag und Problemen bei der Applizierung von "Fixed Effects" geht allein darauf zurück, dass die dynamische TSCS-Struktur, anders als reine "Cross-Sections", überhaupt erst die Option zur ökonometrischen "Kontrolle" bei der Modellspezifikation unberücksichtigter unabhängiger Variablen ermöglicht.

2. *Die Spezifizierung eines "Fixed Effects"-Modells, das $T-1$ Periodendummies λ_t enthält.* Bei diesem Schritt, der zeitlich übergreifende Effekte "kontrolliert", die alle Vergleichsfälle analog betreffen, etwa den Einfluss von Globalisierung und Weltwirtschaft in Modellen aus der politischen Ökonomie, gelten im Wesentlichen die gleichen Überlegungen wie bei der Einführung von Länderdummies.
3. *Die Einführung einer "lagged dependent variable" (LDV), hier etwa $N_{i,t-1}$ bei einer Autokorrelation erster Ordnung (AR1).* Beim Umgang mit serieller Autokorrelation, meist geht es hier um AR1-Prozesse, sind im Wesentlichen zwei Verfahren möglich. Die Autokorrelationsprobleme können entweder durch ein "generalized least squares"-Verfahren, etwa Prais-Winsten oder Cochrane-Orcutt (Greene 2003: 324-326), korrigiert oder alternativ durch die Aufnahme einer "lagged dependent variable" explizit modelliert werden. Generell basieren beide Strategien auf ähnlichen ökonometrischen Überlegungen, neuere Arbeiten plädieren jedoch nahezu einstimmig dafür, autokorrelierte Fehlerterme nicht einfach statistisch zu "korrigieren", sondern die Autokorrelation durch die Einführung einer "lagged dependent variable" dezidiert in die Modelle aufzunehmen:

$$N_{i,t} = \phi N_{i,t-1} + \boldsymbol{\beta x_{i,t}} + \epsilon_{i,t} \tag{5.24}$$

Besonders dezidiert hat Christopher H. Achen (2000) den LDV-Ansatz kritisiert und darauf verwiesen, dass "lagged dependent variables" die jeweiligen Regressionsmodelle "dominieren", sodass substanzielle Zusammenhänge ökonometrisch maskiert und inhaltlich verdunkelt werden. Die Begründung folgt einfach aus Gleichung 5.24:

Zeitreihen mit hoher Persistenz weisen einem hohen Autoregressionskoeffizienten ϕ und damit eine sehr signifikante Assoziation von $N_{i,t}$ und $N_{i,t-1}$ auf. Wenn parallel die abhängigen Variablen $\boldsymbol{x_{i,t}}$ einen signifikanten Beitrag zur Erklärung von $N_{i,t}$ leisten, folgt gleichermaßen eine hohe Kovarianz von $N_{i,t-1}$ mit den übrigen Prädiktoren $\boldsymbol{x_{i,t}}$, die ein Multikollinearitätsproblem in das Modell hineinträgt, sodass die Standardfehler inflationiert und die Schätzer ineffizient werden.

Weiter erzeugt die parallele Spezifikation von "Fixed Effects" und einer LDV einen zusätzlichen Bias durch die Korrelation der transformierten abhängigen Variable und des Fehlerterms (vgl. etwa Baltagi 2001: 129-130; Beck und Katz 2004: 8-15; Kennedy 2003: 313, Kittel und Winner 2005: 276-278). Beck und Katz (2004) diskutieren unterschiedliche alternative Schätzverfahren, etwa die Instrumentenregressionsverfahren von Anderson-Hsiao und Arellano-Bond oder das Korrekturverfahren von Kiviet, und sie können in einer Reihe von Monte-Carlo-Simulationen zeigen, dass, besonders wenn die Zeitreihen länger werden, das "Fixed Effects"-Modell mit LDV keine schlechtere Performanz bietet als die sehr viel komplexeren Alternativen.

4. *Die Berechnung von* Panel Correct Standard Errors *(PCSE)*. Die von Beck und Katz (1995) vorgeschlagenen PCSE korrigieren die Schätzer für die Standardfehler in TSCS-Modellen. Weil konventionelle Standardfehler die Varianz der Parameter unterschätzen, wird ihre Varianz-Kovarianz-Matrix ($Var[\boldsymbol{b}]$) korrigiert, um serielle Autokorrelation und Panelheteroskedastizität aufzunehmen (vgl. im Detail Beck und Katz 1995):

$$Asy.\ Var[\boldsymbol{b}] = (\boldsymbol{X'X})^{-1}\boldsymbol{X'\Omega X}(\boldsymbol{X'X})^{-1} \tag{5.25}$$

Der "de facto Beck-Katz standard" sieht damit vor, das konventionelle lineare Modell (Gleichung 5.26) zunächst um "Fixed Effects" für die unterschiedlichen Fälle i und Zeitpunkte t zu erweitern (5.27, 5.28), eine "lagged dependent variable" in das Modell zu integrieren und, im nun voll spezifizierten Modell (5.29), "Panel Correct Standard Errors" (PCSE) der Schätzer für die Effektparameter zu berechnen:

$$N_{i,t} = \alpha + \boldsymbol{\beta x_{i,t}} + \epsilon_{i,t} \tag{5.26}$$

$$= \mu_i + \lambda_t + \alpha + \boldsymbol{\beta x_{i,t}} + \epsilon_{i,t} \tag{5.27}$$

$$= \mu_i + \lambda_t + \alpha + \sum_{k=1}^{K} \beta_k x_{k,i,t} + \epsilon_{i,t} \tag{5.28}$$

$$= \mu_i + \lambda_t + \alpha + \phi N_{i,t-1} + \sum_{k=1}^{K} \beta_k x_{k,i,t} + \epsilon_{i,t} \tag{5.29}$$

Dabei gibt μ_i den für jeden Fall, hier für jeden Vergleichsstaat, spezifischen "Fixed Effect" an, λ_t benennt die Periodendummies, ϕ bezeichnet den Autoregressionskoeffizienten und $\epsilon_{i,t}$ den für jeden Vergleichsstaat i und Zeitpunkt t spezifischen, normalverteilten Fehlerterm.

Materielle und ökonometrische Fragen der Wahlsystemanalyse

Freilich verkompliziert die Struktur der hier vorgestellten Datensätze die Anwendung des von Beck und Katz (1995) bestimmten Standards, und zwar gleichermaßen aus ökonometrischen wie aus inhaltlichen, substanziellen Gründen. Deshalb soll im Folgenden die ökonometrische Anwendbarkeit des "de facto Beck-Katz standard" diskutiert und sein inhaltlicher Nutzen bei der Analyse von Wahlsystemen und Parteiensystemen bewertet werden.

Die erste wesentliche Überlegung betrifft die substanziellen Konsequenzen des "Fixed Effects"-Modells, die Einführung der Länderdummies μ_i. Inhaltlich wird in dieser Studie nach den politischen Konsequenzen alternativer Wahlsystemtypen gefragt. Dabei interessieren gleichermaßen der Effekt von Wahlsystemreformen innerhalb einzelner Vergleichsstaaten wie die Differenzen zwischen denjenigen Vergleichsstaaten, die im gesamten Untersuchungszeitraum ein uniformes Wahlsystem angewandt haben, zum Beispiel die relative Mehrheitswahl in Großbritannien, Kanada oder den Vereinigten Staaten und die weitgehend unreformierten Verhältniswahlsysteme in den Niederlanden oder der Schweiz. Wird nun ein "Fixed Effects"-Modell spezifiziert, folgt eine Abänderung der Fragestellung und die Beschränkung der Perspektive allein auf den Wandel *innerhalb* der jeweiligen Vergleichsstaaten. Deshalb würde die unreflektierte methodische Anwendung des "de facto Beck-Katz standard" (Plümper et al. 2005) die substanzielle Zielstellung dieser Studie ganz erheblich modifizieren, denn statt nach den generellen "Effekten von Wahlsystemen auf Parteiensysteme" würde nun im Grunde nach den spezifischen, kurzfristigen "Wirkungen von Wahlsystemreformen" innerhalb der einzelnen Vergleichsstaaten gefragt. Diese reduzierte Forschungsfrage bezieht sich jedoch nur auf einen Teilaspekt der umfassenden ursprünglichen Fragestellung.

Während ein "Fixed Effects"-Modell zur ökonometrischen Kontrolle fallübergreifender Heterogenität mindestens aus ökonometrischer Perspektive angezeigt ist, erscheint es kaum sinnvoll, in der Wahlsystemforschung, wie im standardisierten Procedere von Beck und Katz (1995) vorgesehen, "Fixed Effects" für einzelne Zeitpunkte einzuführen. Die Periodendummies λ_t werden häufig in TSCS-Modellen der vergleichenden politischen Ökonomie verwendet, um die Wirkung exogener "Schocks", etwa der politisch-ökonomischen Konsequenzen eines verschränkten, globalisierten Weltmarkts, statistisch zu "kontrollieren". Die Analogien zum Bereich der Wahlsystemforschung sind jedoch begrenzt, denn elektorale und parlamentarische Fragmentierungsniveaus innerhalb der einzelnen Vergleichsstaaten werden kaum periodisch voneinander abhängen, und diese Phänomene sind zudem frei von zeitlichen Trends. Darüber hinaus wäre die Spezifizierung von Periodendummies bei einem unbalancierten TSCS-Datensatz kaum zu leisten, denn die "Fixed Effects" der einzelnen Jahre würden sich jeweils auf andere Vergleichsstaaten beziehen.

Der Nexus von Theorie und Methode ist bereits vor diesem Hintergrund sehr problematisch. Ökonometrische Instrumente für die "umfassende" Fragestellung ("gepoolte" konventionelle Regressionsmodelle und "Random Effects"-Modelle) erzeugen potenziell einen "omitted variable bias", und unverzerrte Schätzer ("Fixed Effects"-Modelle) können nur für eine "reduzierte" Forschungsfrage formuliert werden. Hinzu treten weitere Aspekte, die die Modellierung der Schlüsselvariablen M_{eff} mindestens problematisch und die Bestimmung zeitinvariater Kontrollvariablen unmöglich machen. Wahlsysteme sind, wie viele andere politische Institutionen, eine *persistente* Variable. Einmal sind "große" Reformen, ein Wechsel

des Grundtyps, empirisch sehr selten, und die meisten Vergleichsstaaten wenden durchgehend dieselben oder mindestens sehr ähnliche Wahlsystemtypen an; deshalb weist die Schlüsselvariable M_{eff} im jeweiligen Längsschnitt i nur eine geringe Varianz auf und korreliert hoch mit den länderspezifischen *Dummy*-Variablen μ_i. Vollständig unmöglich wird darüber hinaus im Rahmen des "Fixed Effects"-Konzepts die Berücksichtigung der zeitinvariaten Kontrollvariablen ethnische Heterogenität und direkte vs. indirekte Präsidentenwahlen, sodass letztlich allein ein atheoretisches Konzept der Kontrolle externer Varianz (vgl. Kennedy 1998: 227), nicht jedoch ein kausales Erklärungsmodell praktisch umgesetzt werden kann.

Neben ihrer geringen Wandelbarkeit sind Wahlsysteme noch in anderer Perspektive *persistent*. Neuere Konzepte der Institutionenforschung, auch und besonders der Wahlsystemforschung, formulieren regelmäßig spieltheoretisch hergeleitete Gleichgewichtshypothesen (vgl. statt vieler Cox 1997). Sie unterstellen damit, dass die Effekte politischer Institutionen erst mit einem "time lag", nach wiederholter Anwendung der institutionellen Regeln, einsetzen und charakteristisch messbar werden. Einmal realisierte institutionelle Gleichgewichte weisen jedoch eine hohe zeitlich-institutionelle Persistenz auf. Akzeptiert man diese theoretische Position, sollten mit hoher Wahrscheinlichkeit die Regressionsresiduen für jeden Vergleichsstaat i autokorreliert sein, sodass ein Verfahren zum Umgang mit serieller Abhängigkeit der Regressionsresiduen, meist AR1-Prozesse, angezeigt ist.

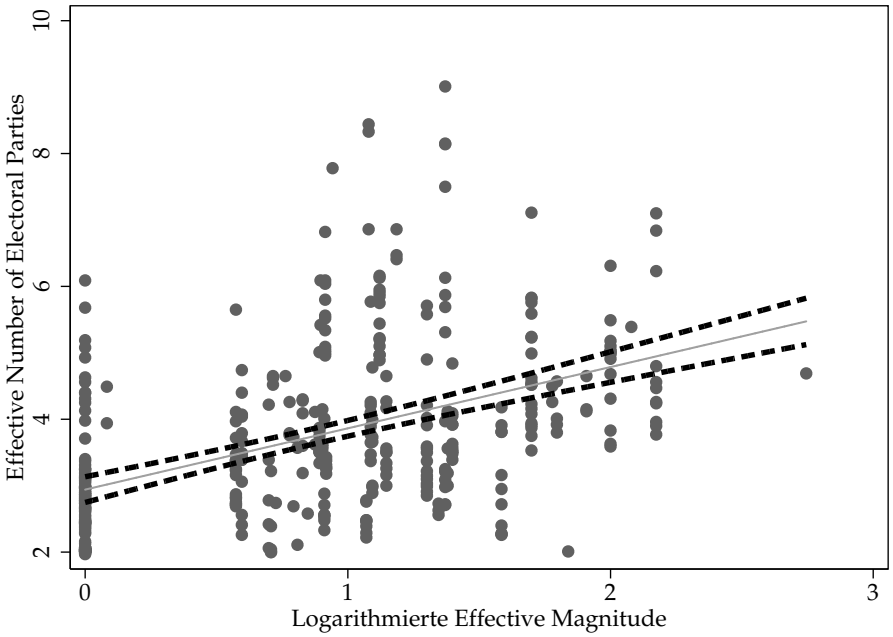
Neben substanzielle Einwände treten ökonometrische Probleme bei der Übertragung des "de facto Beck-Katz standard" auf die Wahlsystemforschung. Datensätze, die Wahlsysteme und Parteiensysteme im *Time-Series-Cross-Section*-Format dokumentieren, sind *per definitionem* unbalanciert, weil die Termine von Wahlen zum nationalen Parlament in jedem der Vergleichsstaaten einem spezifischen, meist vier- oder fünfjährigen Rhythmus folgen, der teils noch durch vorgezogene Neuwahlen gebrochen wird. Unbalancierte *Panels* jedoch verkomplizieren bei TSCS-Daten die Schätzung der Effektparameter und, in besonderem Maße, die korrekte Berechnung ihrer Standardfehler. Neben den wesentlichen Überlegungen zur inhaltlichen Anwendbarkeit des "de facto Beck-Katz standard" in der Wahlsystemforschung treten damit ökonometrische Probleme, die die Anwendbarkeit dieses "Werkzeugkastens" noch weiter beschränken.

Bei den folgenden Analysen wird ein pragmatischer Lösungsweg aus diesem Dilemma gewählt. Zunächst werden die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen im Rahmen einfacher, konventioneller linearer Regressionen analysiert; zweitens werden diese Modelle systematisch auf die Verletzung der Gauß-Markow-Annahmen geprüft, besonders auf die oben aufgeführten ökonometrischen Probleme, die potenziell aus der *Time-Series-Cross-Section*-Struktur des Datenmaterials entstehen. Zeigen die Spezifikationstests tatsächliche, empirische Verletzungen der Gauß-Markow-Bedingungen an, werden drittens spezifische TSCS-Modelle bestimmt, die, so weit angezeigt, die von Beck und Katz (1995) vorgeschlagenen Korrekturen umsetzen.

Psychologische Effekte in etablierten Demokratien

In Tabelle 5.1 sind unterschiedliche Analysen des psychologischen Effekts von Wahlsystemen in etablierten Demokratien niedergelegt. Modell 1 bezeichnet keine empirische Schätzung, sondern wiederholt die im "generalized Duverger's law" von Taagepera und Shugart

Abbildung 5.2: Psychologische Effekte in etablierten Demokratien



Anmerkungen: Sekundäranalyse der disaggregierten Daten von Lijphart (1994a). Für die bivariate Regression der Fragmentierung des Elektorats (N_v) auf die *Effective Magnitude* (M_{eff}) wurde die Beziehung $N_v = 0.92 \cdot \log_{10} M_{eff} + 2.94$ geschätzt; adj. $R^2 = 0.22$; $N = 384$.

(1989b; 1993) formulierten theoretischen Erwartungen, die im Folgenden als Maßstab bei der Beurteilung der empirisch gefundenen Zusammenhänge in etablierten Demokratien benutzt werden:

$$\mathrm{E}[N_v | M_{eff}] = 1.25 \cdot \log_{10} M_{eff} + 2.5 \tag{5.30}$$

Die Modelle 2 bis 4 missachten zunächst die *Panel*-Struktur des Datensatzes von Lijphart (1994a) und dokumentieren die empirisch robusten Effekte von Wahlsystemen auf die vorparlamentarischen Parteiensysteme in 27 etablierten Demokratien. Im einfachen, bivariaten Modell 2 liegen die empirischen Resultate eng beim theoretischen Maßstab von Taagepera und Shugart (1989b); der geschätzte Effektparameter von $\log_{10} M_{eff}$ beträgt 0.92 (erwartet war 1.25), und die Varianzaufklärung adj. R^2 liegt bei 0.22.

Modell 3 erweitert die Perspektive um die additiven Effekte von Wahlsystem und sozialer Heterogenität. Wird mit der *Effective Number of Ethnic Groups* als "Proxy" für die soziale Heterogenität ein weiterer Prädiktor in das Regressionsmodell aufgenommen, bleibt der Effekt des Wahlsystems (M_{eff}) auf die Fragmentierung des Elektorats (N_v) robust erhalten,

Tabelle 5.1: Analysen zum psychologischen Effekt in etablierten Demokratien (abhängige Variable: N_v)

	Theorie	*2-4: Lijphart*			*5-6: Neto und Cox*		*7-8: Golder*	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
$\log_{10} M_{eff}$	1.25	0.92^{**}	1.00^{**}	-0.05	1.02^{**}	-0.54	0.86^{**}	0.95^{**}
	–	(0.08)	(0.09)	(0.35)	(0.35)	(0.64)	(0.10)	(0.24)
$upper$	–					3.46		0.02^{**}
	–					(1.98)		(0.01)
N_{eth}	–		0.39^{*}	0.01		0.02		0.10
	–		(0.16)	(0.09)		(0.22)		(0.08)
$\log_{10} M_{eff} \cdot N_{eth}$	–			0.79^{**}		1.23^{*}		-0.14
	–			(0.28)		(0.48)		(0.13)
$Proximity$	–					-6.01^{**}		-3.38^{**}
	–					(1.21)		(0.38)
$Proximity \cdot N_{pres}$	–					2.05^{**}		1.07^{**}
	–					(0.44)		(0.11)
Konstante	2.50	2.94^{**}	2.35^{**}	2.92^{**}	2.86^{**}	2.45^{**}	3.36^{**}	3.40^{**}
	–	(0.08)	(0.26)	(0.19)	(0.26)	(0.44)	(0.08)	(0.20)
adj. R^2	–	0.22	0.22	0.25	0.10	0.68	0.07	0.17
N	–	384	384	384	51	51	757	519
χ^2	–	10.53^{**}	13.36^{**}	30.93^{**}	2.67	6.98^{**}	8.99^{**}	8.98^{**}
max(D)	–	0.04	0.07	0.11	0.33	0.69	0.06	0.23
$\overline{\text{VIF}}$	–	1	1.10	8.31	1	5.61	1	3.45
max(VIF)	–	1	1.10	12.14	1	9.46	1	5.32

Anmerkungen: Theoretische Erwartungen von Taagepera und Shugart 1989b; 1993; Sekundäranalysen der Studien von Amorim Neto und Cox 1997; Golder 2004; Lijphart 1994a. In Klammern sind korrigierte, robuste Standardfehler nach der Huber/ White/ sandwich-Methode angegeben (vgl. White 1980; Wooldridge 2000: 248-255); χ^2 = Breusch-Pagan-Test auf Heteroskedastizität; max(D) = maximaler Wert von "Cook's Distance"; $\overline{\text{VIF}}$ = arithmetisches Mittel des *Variance Inflation Factor*; max(VIF) = maximaler Wert des *Variance Inflation Factor*; * p<0.05; ** p<0.01.

und die ethnische Heterogenität (N_{eth}) trägt, wenn auch zu einem deutlich geringeren Anteil, zur Fragmentierung im vorparlamentarischen Raum bei. Derartige additive Modelle, die etwa Powell (1982: 101) vorgeschlagen hat, begründen die Fragmentierung des vorparlamentarischen Parteiensystems *alternativ* durch ein sehr permissives Wahlsystem, also hohe Werte von M_{eff}, oder durch gesellschaftliche Heterogenität, also hohe Werte von N_{eth} (Gleichung 5.31):

$$N_v = \alpha + \beta_1 \log_{10} M_{eff} + \beta_2 N_{eth} + \epsilon \tag{5.31}$$

Ein anderes Modell wurde zuerst von Ordeshook und Shvetsova (1994) eingebracht, die die Fragmentierung des Elektorats durch eine *interaktive* Verursachung begründen. Parteiensystemische Fragmentierung entsteht damit nicht als je isolierte Konsequenz eines im Sinne von Sartori (1986: 16) "schwachen" Wahlsystems oder aus gesellschaftlicher Heterogenität. Vielmehr werden aus dieser Perspektive fragmentierte Parteiensysteme nur dann erwartet, wenn eine heterogene Gesellschaft, messbar gemacht als eine hohe *Effective Number of Ethnic Groups* (N_{eth}), gemeinsam mit einem permissiven Wahlsystem, bestimmt durch eine hohe *Effective Magnitude* (M_{eff}), auftritt. Ökonometrisch kann ein solches interaktives Modell durch die Multiplikation der beiden unabhängigen Variablen und die Einführung dieses Interaktionsterms ($\log_{10} M_{eff} \cdot N_{eth}$) in das Regressionsmodell getestet werden (Gleichung 5.32):

$$N_v = \alpha + \beta_1 \log_{10} M_{eff} + \beta_2 N_{eth} + \beta_3 \log_{10} M_{eff} \cdot N_{eth} + \epsilon \tag{5.32}$$

Die Modelle 3 und 4 in Tabelle 5.1 vergleichen die unterschiedlichen Perspektiven, das additive und das interaktive Modell, mit dem Datensatz von Lijphart (1994a). Modell 3 diskutiert zunächst die additive Konzeption. Beide Prädiktoren, $\log_{10} M_{eff}$ und N_{eth}, bewirken einen signifikanten, positiven Effekt auf die vorparlamentarische Fragmentierung N_v. Wird jedoch in Modell 4 der Interaktionsterm hinzugenommen, sind die Einzelvariablen jeweils nicht mehr signifikant, und die Erklärung der abhängigen Variablen erfolgt allein durch den signifikanten Interaktionsterm. Nimmt man die Varianzaufklärung zum Maßstab für Evaluierung und Vergleich der Modelle, steigt die Erklärungsleistung von adj. $R^2 = 0.22$ auf 0.25. Diese empirischen Befunde verweisen eindeutig auf die bessere Erklärungsleistung des interaktiven Modells. Fragmentierte Parteiensysteme entstehen demnach, mindestens in der Kontrollgruppe etablierter Demokratien, immer dann, wenn ein permissives Wahlsystem *und* soziale Heterogenität wirksam sind. Anders gewendet entsteht keine hohe Fragmentierung, falls nur ein permissives Wahlsystem *oder* soziale Heterogenität bestehen oder keiner dieser Faktoren effektiv wirksam ist. Die Resultate korrespondieren mit dem aktuellen *state of the art* der Wahlsystemforschung (vgl. Amorim Neto und Cox 1997; Benoit 2002; Cox 1997; Golder 2004; Ordeshook und Shvetsova 1994). Sie gehen weiter konform mit den theoretischen Konzepten des Neoinstitutionalismus, der politischen Institutionen nicht umstandslos bestimmte Effekte zuschreibt, sondern Institutionen als eine intervenierende Variable modelliert (vgl. Carey 2000; Diermeier und Krehbiel 2003; Schofield 2000).

Die folgenden Modelle 5 und 6 zielen einmal auf die Robustheit der gefundenen Ergebnisse und zweitens auf die Berücksichtigung weiterer Kontrollvariablen. Amorim Neto und Cox

(1997) haben das interaktive Modell von Ordeshook und Shvetsova (1994) mit einem eigenen Datensatz erneut getestet. Modell 5 repliziert zunächst ein bivariates Institutionenmodell. Der Effekt der durchschnittlichen Wahlkreisgröße auf die Fragmentierung des Elektorats ist wiederum signifikant, und der unstandardisierte Regressionskoeffizient beträgt 1.02. Die Varianzaufklärung (adj. $R^2 = 0.10$) ist jedoch beim Datensatz von Amorim Neto und Cox (1997), der neben langfristig etablierten Demokratien auch postautoritäre Systeme aus Lateinamerika und die postkommunistische Tschechoslowakei aufnimmt, deutlich geringer als in Lijpharts Studie der langfristig etablierten Demokratien. Modell 6, das die Effekte des Wahlsystems ($\overline{M}$, $upper$), von ethnischer Heterogenität (N_{eth}) und direkter Präsidentenwahlen (N_{pres}, $Proximity$) auf die Fragmentierung des vorparlamentarischen Parteiensystems misst, bezeichnet den von Amorim Neto und Cox (1997) formulierten Mechanismus des psychologischen Effekts:

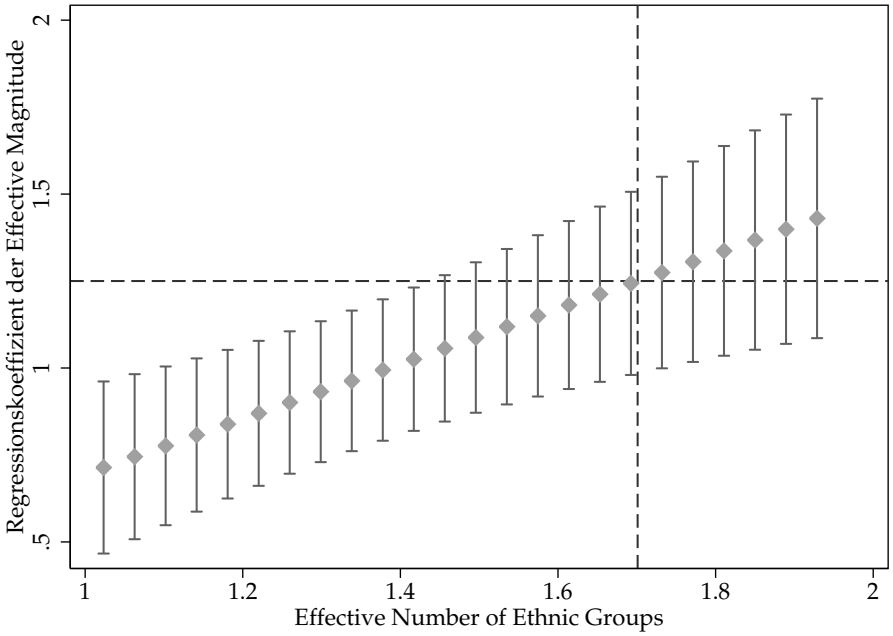
$$\begin{aligned} N_v = \alpha + \beta_1 \log_{10} \overline{M} + \beta_2 upper + \beta_3 Proximity \\ + \beta_4 Proximity \cdot N_{pres} + \beta_5 N_{eth} + \beta_6 N_{eth} \cdot \log_{10} \overline{M} + \epsilon \end{aligned} \tag{5.33}$$

Auch mit dem erweiterten Querschnittsdatensatz aus 51 Vergleichsstaaten bleiben die psychologischen Effekte von Wahlsystemen bemerkenswert stabil und robust; sie korrespondieren weitgehend mit den Befunden von Lijphart (1994a) und Ordeshook und Shvetsova (1994). Erneut erweist sich ein interaktives Modell von Wahlsystem und ethnischer Heterogenität ($\log_{10} \overline{M} N_{eth}$) bei seiner Erklärungsleistung als additiven Modellen überlegen. Wird der Interaktionsterm in das Modell aufgenommen, sind die beiden Einzelvariablen für die durchschnittliche Wahlkreisgröße $\overline{M}$ und die soziale Heterogenität N_{eth} jeweils nicht mehr signifikant, und die Erklärung der abhängigen Variablen erfolgt allein durch den Interaktionsterm.

Darüber hinaus können Amorim Neto und Cox (1997) auch die Effekte direkter Präsidentenwahlen zeigen: Je näher Präsidenten- und Parlamentswahlen zeitlich beieinander liegen, desto geringer ist die Fragmentierung des Elektorats. Der Regressionskoeffizient für $Proximity$ ist signifikant und negativ. Der Interaktionsterm $Proximity \cdot N_{pres}$ hat dagegen ein positives Vorzeichen und zeigt an, dass eine hohe Zahl von Präsidentschaftskandidaten, gemeinsam mit nahe beieinander liegenden Wahlterminen, zu einer Zunahme der parteiensystemischen Fragmentierung (N_v) führt. Nimmt man die Varianzaufklärung zum Maßstab für die Güte eines Modells, ergibt sich eine deutlich bessere Erklärungsleistung dieses komplexeren Modells, das neben dem Wahlsystem ($\overline{M}$, $upper$), der sozialen Heterogenität (N_{eth}) und dem interaktiven Effekt beider Dimensionen ($\overline{M} \cdot N_{eth}$) noch die institutionellen Effekte direkter Präsidentenwahlen ($Proximity$, $Proximity \cdot N_{pres}$) aufnimmt (adj. $R^2 = 0.68$).

Die beiden abschließenden Modelle wiederholen die empirische Analyse mit dem Datensatz von Matthew Golder (2004). Modell 7 zeigt, dass auch bei diesem sehr heterogenen und problematisch zusammengestellten *Set* an Vergleichsstaaten in einer einfachen bivariaten Regression ein signifikanter Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme gezeigt werden kann; die empirische Assoziation ist freilich wesentlich weniger eindeutig als bei den vorherigen Resultaten. Modell 8 argumentiert komplexer und nimmt die konkurrierenden Erklärungen soziale Heterogenität, direkte vs. indirekte Präsidentenwahlen und ihre jeweiligen

Abbildung 5.3: Interaktionseffekte von Wahlsystem und sozialer Heterogenität in etablierten Demokratien



Anmerkungen: Sekundäranalyse der disaggregierten Daten von Lijphart (1994a). Die Grafik dokumentiert den Regressionskoeffizienten von $\log_{10} M_{eff}$ in Abhängigkeit von N_{eth} und sein Konfidenzintervall.

Interaktionseffekte hinzu. Die Resultate von Amorim Neto und Cox (1997) können mit diesem Material jedoch nur teilweise repliziert werden; zwar gelingt der empirische Nachweis der Effekte direkter Präsidentenwahlen, interaktive Effekte von Wahlsystem und Sozialstruktur ($\log_{10} M_{eff} \cdot N_{eth}$) können jedoch, anders bei den übrigen Modellen, nicht mehr gezeigt werden. Zudem bleibt die Varianzaufklärung der beiden Modelle 7 und 8 ganz erheblich hinter den Parallelmodellen zurück, die mit dem homogeneren Querschnittsdatensatz von Amorim Neto und Cox (1997) und dem dezidiert als "most similar systems design" zusammengestellten TSCS-Datensatz von Lijphart (1994a) erreicht wurden. Diese Befunde verweisen auf die enorme Bedeutung einer theoretisch motivierten, systematischen Fallauswahl in der vergleichenden Politikwissenschaft, und sie illustrieren, das sei bereits an dieser Stelle angefügt, überdeutlich Grenzen der "unit homogeneity"-Annahme (vgl. King et al. 1994) und der Generalisierbarkeit von Beobachtungen über sehr heterogene Kontexte hinweg.

Abbildung 5.3 baut bei den empirischen Resultaten von Modell 4 in Tabelle 5.1 auf und illustriert grafisch die Interaktionseffekte von Wahlsystemen und sozialer Heterogenität und die Unsicherheit der Schätzer. Der Gesamteffekt der effektiven Wahlkreisgröße wird nicht allein vom Effektparameter $\beta_1 \log_{10} M_{eff}$ ausgemacht, sondern wird zudem vom Interakti-

onsterm maßgeblich bestimmt und beträgt $\beta_1 \log_{10} M_{eff} + \beta_3 \log_{10} M_{eff} \cdot N_{eth}$. Mit anderen Worten: Die soziale Heterogenität N_{eth} wirkt direkt auf den Effektparameter des Wahlsystems, und je heterogener ein Vergleichsstaat ist, umso höher liegt der Effektparameter der effektiven Wahlkreisgröße.

Grosso modo korrespondiert die Empirie etablierter Demokratien robust mit den theoretischen Annahmen. Wahlsysteme bestimmen, neben anderen Faktoren, wesentlich das Format der gewählten Parteiensysteme; sie interagieren darüber hinaus mit anderen unabhängigen Variablen, besonders mit der sozialen Heterogenität der Vergleichsstaaten. Die Resultate der acht Modelle in Tabelle 5.1 verweisen aber auch, in praktischer Perspektive, auf die Schranken der institutionellen Effekte und, in konzeptioneller Perspektive, auf die herausragende Bedeutung der Fallauswahl für sozialwissenschaftliche Analysen. Nimmt man Höhe und Robustheit der Effektparameter als Indikator für die Art des Zusammenhangs und die Varianzaufklärung zum Maßstab für die Güte der Schätzungen, können Wahlsystemeffekte bei Lijpharts (1994a) nach den Kriterien des "most similar systems design" ausgewählten Vergleichsfällen sehr klar gezeigt werden; beim heterogeneren Datensatz von Amorim Neto und Cox (1997) sind die Resultate bereits instabiler und weniger eindeutig. Golders (2004) Material schließlich provoziert nicht nur inhaltliche Zweifel an der breiten Auslegung des Konzepts "Wahldemokratie"; auch die "unit homogeneity"-Annahme überall identischer Effekte von Wahlsystemen wird sicher überstrapaziert (vgl. zu den ökonometrischen Kriterien Bartels 1996).

Schließlich wurden Tests auf die Missspezifikation der Modelle durchgeführt, die im unteren Teil von Tabelle 5.1 dokumentiert sind. Der Breusch-Pagan-Test verweist bei allen empirischen Schätzungen, mit der Ausnahme von Modell 5, auf oft erhebliche Heteroskedastizitätsprobleme, die die Spezifizierung von robusten Standardfehlern nach der Huber/ White/ sandwich-Methode erfordern. Die übrigen Tests belegen jedoch, dass keines der Modelle durch den übermäßigen Einfluss einzelner Beobachtungen verzerrt wird. Mit der teilweisen Ausnahme der Modelle 4 und 6, die intensiv interaktive Spezifikationen testen, sind die empirischen Daten zudem hinreichend aussagekräftig und nicht durch Multikollinearität der Prädiktoren belastet.

"Time-Series-Cross-Section"-Modelle des psychologischen Effekts

Die bisherigen Modelle haben die kombinierte Längs- und Querschnittstruktur der Datensätze negiert und damit ihre substanziellen und ökonometrischen Besonderheiten ausgeblendet. Deshalb sind bei einer abschließenden Beurteilung derjenigen Modelle, die mit TSCS-Daten geschätzt wurden, weitere, spezifische Spezifikationstests erforderlich (das betrifft die Modelle 2-4 und 7-8 in Tabelle 5.1). Tatsächlich weisen die empirischen Analysen alle Defekte auf, die beim der Analyse von TSCS-Daten mit konventionellen linearen Regressionsmodellen erwartet werden.

Tabelle 5.2 berichtet die Resultate von TSCS-Modellen zum Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme in etablierten Demokratien. Dabei wird hier ausschließlich der TSCS-Datensatz der Studie von Lijphart (1994a) repliziert, weil die eklektische Fallauswahl der alternativen Arbeit von Golder (2004) jede sinnvolle Analyse von Wahlsystemeffekten nahezu unmöglich macht.

Tabelle 5.2: "Time-Series-Cross-Section"-Analysen zum psychologischen Effekt in etablierten Demokratien (abhängige Variable: N_v)

	(1) *Theorie*	(2) PCSE	(3) BE	(4) FE(CT)	(5) FE(C;LDV)	(6) RE(C;LDV)	(7) FEVD(C;AR1)
$\log_{10} M_{eff}$	1.25	0.96**	0.94**	−0.08	0.15	0.20**	0.19
	–	(0.08)	(0.32)	(0.22)	(0.17)	(0.06)	(0.11)
N_{eth}	–	0.33**	0.42			0.12	−0.08
	–	(0.13)	(0.46)			(0.08)	(0.20)
$Pres$	–	−0.25**	−0.19			0.00	−0.48*
		(0.09)	(0.46)			(0.08)	(0.19)
Konstante	2.50	2.52**	2.38**	4.54**	1.26**	0.27	3.85**
	–	(0.20)	(0.82)	(0.41)	(0.23)	(0.16)	(0.33)
σ_u	–	–	–	1.03	0.37	0.00	–
σ_e	–	–	–	0.79	0.59	0.59	–
η	–	–	–	–	–	–	0.86**
R^2	–	0.24	0.30	0.16	0.41	0.78	0.48
RMSE	–	1.15	0.91	0.79	0.59	0.62	0.57
N	–	384	27	384	384	384	384
F(C)	–	–	–	15.90**	2.34**	–	–
F(T)	–	–	–	1.29	–	–	–
Het (Wald χ^2)	–	201.39**	–	571.95**	712.25**	555.86**	–
AR1 (LM χ^2)	–	229.00**	–	86.07**	0.49	3.62	–
ρ	–	–	–	–	0.63**	0.85**	–

Anmerkungen: Theoretische Erwartungen von Taagepera und Shugart 1989b; 1993; Sekundäranalyse der Studie von Lijphart 1994a; * p<0.05; ** p<0.01; σ_μ= Standardabweichung der Länderdummies; σ_μ= Standardabweichung der Länderdummies; σ_e= Standardabweichung des Fehlerterms; ; η = Anteil des Fehlerterms in der FEVD-Prozedur, der nicht durch zeitinvariate Variablen erklärt wird (vgl. Plümper et al. 2004a;b); RMSE= "root mean square error"; F(C)= F-Test auf die Signifikanz der Länderdummies; F(T) = F-Test auf die Signifikanz der Periodendummies; Het (Wald χ^2) = modifizierter Wald-Test auf gruppenweise Heteroskedastizität (vgl. Greene 2003: 323-324); AR1 (LM χ^2) = Baltagi und Wu Lagrange-Multiplier-Test auf serielle Autokorrelation; ρ = Autoregressionskoeffizient. (vgl. Baltagi 2001: 95).

Modell 1 wiederholt zunächst das "generalized Duverger's law" von Taagepera und Shugart (1989b; 1993) als die theoretische Folie zur Beurteilung der empirischen Schätzer. Modell 2 gibt die Resultate einer konventionellen, "gepoolten" linearen Regression mit *Panel Correct Standard Errors* wieder (Beck und Katz 1995). Die Effektparameter entsprechen *per definitionem* exakt den vorherigen Modellen, und die Differenz von PCSE und den robusten Standardfehlern nach der Huber/ White/ sandwich-Methode sind nur marginal. Einfache Spezifikationstests zeigen jedoch, dass die Gauß-Markow-Bedingungen bei dieser konkreten TSCS-Analyse tatsächlich verletzt sind. Die Regressionsresiduen $\epsilon_{i,t}$ zeigen fallweise eine sehr signifikante Korrelation mit den unabhängigen Variablen $\boldsymbol{x_i}$; zudem weist ein modifizierter Wald-Test (vgl. Greene 2003: 323-324) die Fehlerterme als fallweise heteroskedastisch verteilt aus ($\sigma \neq \sigma_i$), und der Baltagi-Wu-Lagrange-Multiplier-Test (vgl. Baltagi 2001: 95) verweist auf die serielle Autokorrelation der Residuen ($\mathrm{Cov}(\epsilon_{i,t}, \epsilon_{i,t-1}) \neq 0$). Zudem zeigen die Teststatistiken der weiteren Modelle in Tabelle 5.2, dass die Einführung von "Fixed Effects" für die einzelnen Vergleichsstaaten i, nicht jedoch für die einzelnen Perioden t erforderlich ist. Das einfache, "gepoolte" Modell weist damit beinah alle ökonometrischen Probleme auf, die bei TSCS-Daten theoretisch vorliegen können, und das konventionelle lineare Regressionsverfahren ist für die Analyse dieses Datensatzes ungeeignet.

Modell 3 berichtet empirische Resultate, die mit einem "Between Effects"-Modell (BE) gewonnen wurden; für jeden Vergleichsstaat ist die abhängige Variable die durchschnittliche *Effective Number of Parties*, und die Prädiktoren werden als arithmetische Mittel der unabhängigen Variablen bestimmt. Die empirischen Schätzer korrespondieren eng mit dem "generalized Duverger's law" und mit den "gepoolten" linearen Regressionsmodellen; allein die Standardfehler werden durch die geminderte Fallzahl inflationiert. Damit kann zunächst festgehalten werden, dass alternative Wahlsysteme eine erhebliche Erklärungsleistung in der länderübergreifenden Perspektive beisteuern. Aus einer ökonometrischen Perspektive sind "Between Effects"-Modelle freilich ein wenig effizientes und befriedigendes Verfahren, weil sie die Dynamik des TSCS-Materials vollständig ausblenden und wesentliche Elemente seiner Varianz nicht für die Prüfung von Zusammenhangshypothesen benutzen.

Modell 4 rezipiert den *Bias* in konventionellen Regressionsmodellen, beginnt mit der Umsetzung des "de facto Beck-Katz standard" und fügt "Fixed Effects" für die einzelnen Vergleichsstaaten und -perioden hinzu (FE(CT)). Die Effektparameter unterscheiden sich ganz erheblich von den bisher bestimmten; der Einfluss des Wahlsystems auf die vorparlamentarische Fragmentierung erscheint marginal und statistisch insignifikant. Ein einfacher F-Test verweist auf die Heterogenität der einzelnen Vergleichsfälle, und aus ökonometrischer Perspektive wird die Einführung von *Dummy*-Variablen μ_i, die die unerklärte Heterogenität für jeden Vergleichsstaat aufgreifen, dezidiert erforderlich. *Vice versa* sind jedoch die Perioden-dummies λ_t insignifikant und signalisieren die Abwesenheit von "exogenen Schocks", die alle Vergleichsstaaten parallel betreffen.

Die Einführung von "Fixed Effects" folgt damit dezidiert einem methodischen Impetus; sie erzeugt jedoch konzeptionell sehr problematische Konsequenzen, weil im Grunde nun nicht mehr nach den politischen Wirkungen von Wahlsystemen, sondern nach jeweils fallinternen Konsequenzen von Wahlsystem*reformen* gefragt wird. Der Koeffizient von $\log_{10} M_{eff}$ wird instabil, weil die einzelnen Längsschnitte durch die hohe Persistenz einmal kodifizierter Wahlsystemtypen nur eine geringe interne Varianz aufweisen. In einigen der Vergleichsstaaten bleibt *Effective Magnitude* über den gesamten Untersuchungszeitraum von 1945 bis

1990 hinweg konstant; diese Schlüsselvariable korreliert deshalb vollständig mit den "Fixed Effects" und fällt für die jeweiligen Vergleichsstaaten komplett aus den Modellen heraus. Ein Blick auf die Rohdaten zeigt, dass dies für alle relativen Mehrheitswahlsysteme, jedoch nur für wenige der Verhältniswahlsysteme gilt. Mit anderen Worten: Das "Fixed Effects"-Modell entfernt alle Parlamentswahlen aus Australien, Großbritannien, Kanada, Neuseeland und den Vereinigten Staaten (jeweils Mehrheitswahl) sowie aus Deutschland, Finnland, Irland und der Schweiz (jeweils Verhältniswahl) bei der Bestimmung der Effektparameter; die Parameterschätzung verlässt sich dabei allein auf die teils marginale "interne" Varianz innerhalb der übrigen Vergleichsstaaten.

Damit wird, neben der Fokusverschiebung von den politischen Konsequenzen von Wahlsystemen auf die Folgen ihrer Reform, die leitende Fragestellung ein weiteres Mal geändert bzw. reduziert. Fallen durch die Einführung von "Fixed Effects" besonders diejenigen Staaten aus dem *Sample*, die relative Mehrheitswahlsysteme anwenden, werden nicht mehr Duvergers "Gesetz" und "Hypothese" evaluiert, sondern allein die Konsequenzen teils marginaler Reformen unter den Verhältniswahlsystemen. Darüber hinaus verhindern die "Fixed Effects" die Schätzung der zeitinvariaten Kontrollvariablen soziale Heterogenität und direkte Präsidentenwahlen, die gleichermaßen vollständig mit den *Dummy*-Variablen μ_i korrelieren. Deshalb sollte bei der Beurteilung von Modell 4 und allen folgenden "Fixed Effects"-Modellen unterstrichen werden, dass insignifikante Regressionskoeffizienten sicher weniger auf das Ausbleiben von psychologischen Effekten unterschiedlicher Wahlsysteme verweisen; sie unterstreichen vielmehr die hohen substanziellen Kosten, die mit der Implementierung des "de facto Beck-Katz standard" verbunden sind, allen voran die Veränderung der zentralen Fragestellung und die effektive Ausblendung der stabileren relativen Mehrheitswahlsysteme bei der Schätzung der Effektparameter.

Ein weiteres ökonometrisches Problem betrifft die serielle Autokorrelation innerhalb der einzelnen Vergleichsstaaten. Ein einfacher Lagrange-Multiplier-Test nach Baltagi und Wu verweist darauf, dass tatsächlich ein AR1-Prozess die Effektparameter statischer Modelle beeinflusst (vgl. Greene 2003: 317-318). Modell 5 appliziert deshalb ein "Fixed Effects"-Modell mit für jeden Vergleichsstaat spezifischen μ_i und einer "Lagged Dependent Variable" (LDV) zur Korrektur des Problems serieller Autokorrelation (FE(C, LDV)). Der Autoregressionskoeffizient ρ verweist auf die hohe zeitliche Persistenz des Datenmaterials, und bei einer Korrektur der Autokorrelation erscheint die effektive Wahlkreisgröße zwar wieder als ein signifikanter Prädiktor im Modell, erreicht jedoch substanziell keinen mit dem "generalized Duverger's law", dem "gepoolten" Regressionsmodell und dem "Between Effects"-Modell vergleichbaren Effekt.

Modell 6 prüft als Alternative zum "Fixed Effects"- ein "Random Effects"-Modell, das die Einführung zeitinvariater unabhängiger Variablen erlaubt (RE(C,LDV)). Der Effektparameter des Wahlsystems bleibt dabei im Wesentlichen unverändert, und die Kontrollvariablen soziale Heterogenität und direkte Präsidentenwahlen projizieren keinen signifikanten Einfluss auf die vorparlamentarische Fragmentierung. "Random Effects" stellen jedoch höhere Anforderungen an das Datenmaterial und an das ökonometrische Modell, und diese Schätzer unterstellen explizit, dass exogenen Variablen $\boldsymbol{x_i}$ und unmodellierte Effekte μ_i unkorreliert sind. Ein einfacher Hausman-Test verweist jedoch auf die Inkonsistenz des "Random Effects"-Modells (die Nullhypothese unverzerrter Koeffizienten wird zurückgewiesen; $\chi^2_1 = 54.08$ mit $p < 0.00$). Die hohe Korrelation von μ_i und $\boldsymbol{x_i}$, die vorherigen "Fixed-Effects"-

Modell gefunden wurde, provoziert weitere nachhaltige Zweifel an der Angemessenheit von "Random Effects"; besonders wenn auch die nun hinzugefügten Kontrollvariablen keine substanzielle Erklärungsleistung besteuern, sollte die scheinbare Parameterkonsistenz wesentlich durch die sehr geringe "within"-Varianz der Variablen begründet sein.

Das abschließende Modell 7 wendet die relativ komplexe "fixed effect vector decomposition"-Prozedur (FEVD(C,AR1)) an, die Plümper et al. (2004a;b) für die Analyse von zeitinvariaten Prädiktoren in TSCS-Modellen vorgeschlagen haben. Die Bestimmung der Effektparameter erfolgt dabei in drei Stufen: Zunächst wird ein konventionelles "Fixed Effects"-Modell geschätzt. Im zweiten Schritt werden die ermittelten Länderdummies als abhängige Variable und die zeitinvariaten Prädiktoren als unabhängige Variablen benutzt, sodass der Vektor der "Fixed Effects" in einen Anteil zerlegt wird, den zeitinvariate Variablen aufklären, und einen weiteren Anteil, der unerklärt bleibt; drittens wird eine konventionelle, lineare Regression oder, bei Autokorrelationsproblemen, ein Prais-Winsten-Modell gerechnet, dass alle unabhängigen Variablen und den unerklärten Fehlerterm aus dem zweiten Schritt (η) aufnimmt. Empirisch bleibt der Effekt von $\log_{10} M_{eff}$ etwa konstant; im FEVD-Modell verfehlt dieser Effektparameter jedoch knapp die (freilich willkürlich gesetzte) Signifikanzschwelle ($p < 0.05$), und allein für direkte Präsidentenwahlen kann ein signifikanter Reduktionseffekt auf die vorparlamentarische Fragmentierung gezeigt werden.[9]

Die unterschiedlichen Modelle erweisen sich damit als *unisono* problematische Instrumente bei der Untersuchung der politischen Konsequenzen von Wahlsystemen. Bereits ein kursorischer Blick auf Tabelle 5.2 illustriert auch empirisch die Inkonsistenz der Parameter über die verschiedenen Schätzverfahren hinweg. Die "gepoolten" Regressionsmodelle und das "Between Effects"-Modell zeigen zunächst, dass die Wirkungen von Wahlsystemen auf Parteiensysteme durch die Varianz zwischen den Vergleichsstaaten gezeigt werden können. Jedoch sind diese Schätzer dieser Effekte potenziell von einem "omitted variable"-Bias betroffen; dies gilt besonders, wenn für die theoretische Alternative, die Wirkungen sozialer Diversität und politischer *Cleavages*, keine befriedigenden Maßzahlen bereitstehen. Werden potenziell intervenierende Variablen jedoch mit einem "Fixed Effects"-Modell statistisch "kontrolliert", zeigt sich die Inkonsistenz der geschätzten Parameter, und der Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme ist entweder insignifikant oder ohne substanzielle Bedeutung.

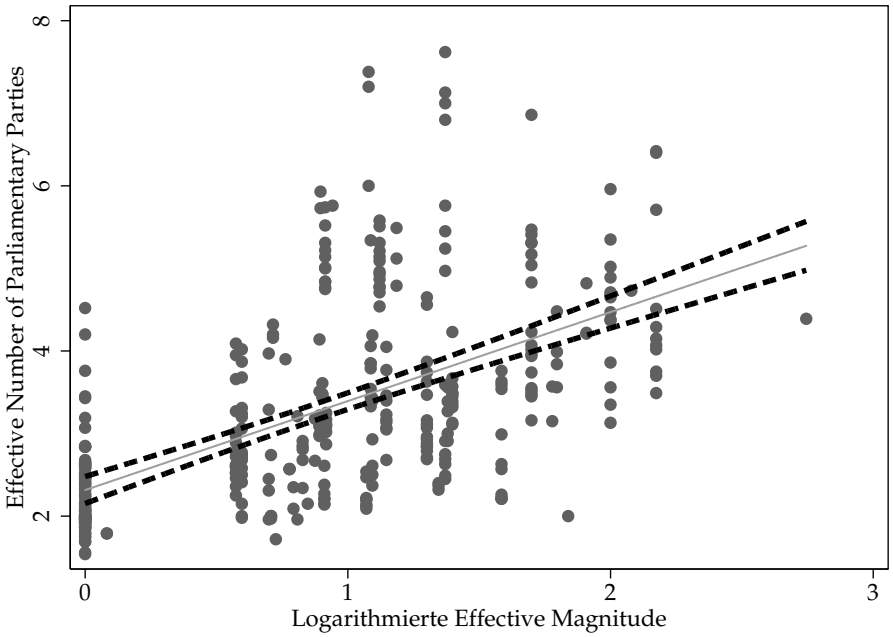
Mechanische Effekte in etablierten Demokratien

Während die Modelle zum psychologischen Effekt von Wahlsystemen auf die Fragmentierung des vorparlamentarischen Parteiensystems (N_v) zielen, wird beim mechanischen Effekt die Fragmentierung des parlamentarischen Parteiensystems (N_m) als abhängige Variable benutzt. Analog zur Analyse des psychologischen Effekts werden zunächst einfache lineare Regressionsanalysen vorgestellt, und erst im zweiten Schritt werden die komplexeren *Time-Series-Cross-Section*-Verfahren auf ihre ökonometrische und substanzielle Tragfähigkeit hin befragt.

Tabelle 5.3 summiert sieben einfache Modelle zum Effekt von Wahlsystemen auf das parlamentarische Parteiensystem. Erneut bezeichnet Modell 1 keine empirische Schätzung,

9 `xtfevd` ist als Ado-File für Stata implementiert; für die Bereitstellung danke ich Thomas Plümper herzlich.

Abbildung 5.4: Mechanische Effekte in etablierten Demokratien



Anmerkungen: Sekundäranalyse der disaggregierten Daten von Lijphart (1994a). Für die bivariate Regression der Fragmentierung im Parlament (N_m) auf die *Effective Magnitude* (M_{eff}) wurde die Beziehung $N_m = 1.08 \cdot \log_{10} M_{eff} + 2.32$ geschätzt; adj. $R^2 = 0.34$; $N = 384$.

sondern wiederholt die im "generalized Duverger's law" von Taagepera und Shugart (1989b; 1993) formulierten theoretischen Erwartungen für den mechanischen Effekt, die im Folgenden als Maßstab bei der Beurteilung der empirisch gefundenen Zusammenhänge in etablierten Demokratien benutzt werden:

$$\mathrm{E}[N_m | M_{eff}] = 1.15 \cdot \log_{10} M_{eff} + 2.3 \tag{5.34}$$

Die Modelle 2, 5 und 8 beziehen zunächst direkt, ohne die Kontrolle weiterer Kontextfaktoren, die unabhängige Variable M_{eff} auf die abhängige Variable N_m. Die empirischen Schätzer korrespondieren weitgehend mit dem "generalized Duverger's law"; mit dem Datensatz von Lijphart (1994a) ergibt sich dabei ein unstandardisierter Regressionskoeffizient von 1.08, und bei den heterogeneren Vergleichsstaaten, die Amorim Neto und Cox (1997) und Golder (2004) ausgewählt haben, folgen 1.20 und 0.91. Die Varianzaufklärung ist bei der direkten Schätzung des mechanischen Effekts jeweils höher als bei den Modellen zum psychologischen Effekt.

Tabelle 5.3: Analysen zum mechanischen Effekt in etablierten Demokratien (abhängige Variable: N_m)

	Theorie	*2-4: Lijphart*			*5-7: Neto und Cox*		*8-10: Golder*			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
$\log_{10} M_{eff}$	1.15	1.08^{**}		0.60^{**}	1.20^{**}		0.53^{**}	0.91^{**}		0.39^{**}
	–	(0.06)		(0.13)	(0.30)		(0.12)	(0.13)		(0.06)
$upper$	–						1.59^{**}			0.01^{**}
	–						(0.63)			(0.00)
N_v	–		0.67^{**}	0.52^{**}		0.51^{**}	0.66^{**}		0.52^{**}	0.67^{**}
	–		(0.03)	(0.13)		(0.09)	(0.06)		(0.05)	(0.04)
$N_v \cdot \log_{10} M_{eff}$	–		0.11^{**}			0.18^{**}			0.12^{**}	
	–		(0.01)			(0.04)			(0.02)	
$N_v \cdot upper$	–					0.37^{**}			0.00^{*}	
	–					(0.11)			(0.00)	
Konstante	2.30	2.32^{**}	0.36^{**}	0.79^{*}	2.13^{**}	0.58^{*}	0.17	3.05^{**}	0.81^{**}	0.33^{*}
	–	(0.05)	(0.06)	(0.39)	(0.17)	(0.22)	(0.19)	(0.15)	(0.12)	(0.13)
adj. R^2	–	0.34	0.92	0.84	0.23	0.92	0.89	0.02	0.76	0.75
N	–	384	384	384	54	54	54	791	714	714
χ^2	–	26.09^{**}	16.25^{**}	–	9.55^{**}	7.58^{**}	–	0.32	503.13^{**}	–
max(D)	–	0.03	0.12	–	0.43	3.62	–	0.13	0.95	–
$\overline{\text{VIF}}$	–	1	2.16	–	1	1.82	–	1	1.62	–
max(VIF)	–	1	2.16	–	1	2.25	–	1	1.89	–

Anmerkungen: Theoretische Erwartungen von Taagepera und Shugart 1989b; 1993; Sekundäranalysen der Studien von Amorim Neto und Cox 1997; Golder 2004; Lijphart 1994a. Die Modelle 4, 7 und 10 berichten die Resultate von Instrumentenvariablenmodellen. In Klammern sind korrigierte, robuste Standardfehler nach der Huber/ White/ sandwich-Methode angegeben (vgl. White 1980; Wooldridge 2000: 248-255); χ^2 = Breusch-Pagan-Test auf Heteroskedastizität; max(D) = maximaler Wert von "Cook's Distance"; $\overline{\text{VIF}}$ = arithmetisches Mittel des *Variance Inflation Factor*; max(VIF) = maximaler Wert des *Variance Inflation Factor*; * p<0.05; ** p<0.01; die jeweiligen "Instrumente" lauten für Modell 4: $N_v = 0.94 \cdot \log_{10} M_{eff} + 0.29 \cdot N_{eth} - 0.30 \cdot Pres + 2.60 + \epsilon$, für Modell 7: $N_v = 0.98 \cdot \log_{10} \overline{M} + 3.00 \cdot upper - 5.49 \cdot Proximity + 1.88 \cdot Proximity \cdot N_{pres} + 2.55 + \epsilon$ und für Modell 10: $N_v = 0.90 \cdot \log_{10} \overline{M} + 0.02 \cdot upper - 3.27 \cdot Proximity + 1.10 \cdot Proximity \cdot N_{pres} + 3.19 + \epsilon$

Bei der Auswahl zusätzlicher Kontrollvariablen gelten aber beim mechanischen Effekt andere Kriterien als beim psychologischen. Konträr zum kontextabhängigen psychologischen Effekt, der, neben dem Wahlsystem als Schlüsselvariable, durch Faktoren wie die soziale Heterogenität oder direkte Präsidentenwahlen mitbeeinflusst wird, funktionieren mechanische Effekte kontextunabhängig. Sie bezeichnen die schlichte Verrechnung von Stimmenanteilen (v_i) in Mandatsanteile (m_i), und die beiden einzigen Größen, die auf den mechanischen Effekt wirken, sind die Verrechnungsregeln des Wahlsystems, operationalisiert als M_{eff}, und die Verteilung der Wählerstimmen, messbar gemacht als vorparlamentarische Fragmentierung N_v. Andere Einflussgrößen, wie die ethnische Heterogenität oder direkte Präsidentenwahlen, haben, wenn Präferenzen bereits in Wählerstimmen verwandelt sind, keinen direkten Einfluss auf den mechanischen Effekt des Wahlsystems. Aus dieser Perspektive haben Amorim Neto und Cox (1997) ein alternatives Modell für die Schätzung des mechanischen Effekts vorgeschlagen, das gleichermaßen Charakteristika des Wahlsystems ($\overline{M}$, $upper$) als auch die Fragmentierung im vorparlamentarischen Raum (N_v) als unabhängige Variablen berücksichtigt:

$$N_m = \alpha + N_v[\alpha + \beta_1 \log_{10} \overline{M} + \beta_2 upper] + \epsilon_m \tag{5.35}$$

Bei einem vollständig proportionalen Wahlsystem, also einem "no effect system" im Sinne von Sartori (1986: 54), sollte die Fragmentierung des vorparlamentarischen Parteiensystems vollständig ins Parlament übertragen werden, sodass $N_m = N_v$ gilt. Je stärker der mechanische Effekt des Wahlsystems jedoch wirkt, desto deutlicher wird die Fragmentierung des Elektorats im Parlament reduziert ($N_m \ll N_v$). Bei dem in Gleichung 5.35 formulierten Modell wird der größte Reduktionseffekt von Mehrheitswahlsystemen erwartet, die nur aus primären Wahlkreisen ohne eine obere Vergabeebene zusammengesetzt sind. Wegen $\log_{10} 1 = 0$ und $upper = 0$ wird hier nur ein geringer Anteil der vorparlamentarischen Fragmentierung in das Parlament übertragen ($\alpha \cdot N_v$). Steigen jedoch, als Kennzeichen permissiver Wahlsysteme, die durchschnittliche Wahlkreisgröße $\overline{M}$ und der Anteil höherer Vergabeebenen ($upper$), so nimmt der Anteil von N_v, der im Parlament proportional abgebildet wird, als Konsequenz zu $[(\alpha + \beta_1 \log_{10} \overline{M} + \beta_2 upper) \cdot N_v]$. Die Modelle 3, 6 und 9 in Tabelle 5.3 illustrieren diesen Zusammenhang für die Datensätze von Lijphart (1994a), Amorim Neto und Cox (1997) und Golder (2004). Dabei erklärt, wenig überraschend, N_v jeweils bereits einen Großteil von N_m, jedoch bleiben auch die Terme $N_v \cdot \log_{10} M_{eff}$ bzw. $N_v \log_{10} \overline{M}$ und $N_v \cdot upper$ sehr signifikant in der Schätzung.

Die Frage, welches der beiden Modelle nun das "angemessenere" sei, kann jedoch nicht am Maßstab "Varianzaufklärung" (adj. R^2) entschieden werden.[10] Ihre Diskrepanz verweist vielmehr auf ein völlig anderes Problemfeld: Die im Anschluss bei Taagepera und Shugart (1989b: 153) vorgenommene *direkte* Schätzung des Effekts von M_{eff} auf N_m schließt mit der Prädiktorvariable N_v eine mit der abhängigen Variablen hoch korrelierte Kontrollvariable aus, sodass hier ein "omitted variable bias" auftritt (vgl. detailliert King et al. 1994: 168-182). Bei diesem Modell wird der Gesamteffekt des Wahlsystems, zusammengesetzt aus

10 Tatsächlich wird dieses Maß Varianzaufklärung R^2 oder adj. R^2 in empirisch-sozialwissenschaftlichen Beiträgen regelmäßig überschätzt; vgl. etwa die Erläuterungen und Kommentare bei Achen 1977; Achen 1978; Greene 2003: 34-38; King 1986: 675-678; King 1991; Wooldridge 2000: 39-40.

Tabelle 5.4: Filterwirkung des psychologischen Effekts

Vergleichsstaat	*Jahr*	N_v	N_m	$Ratio$	M_{eff}
Deutschland	1987	3.56	3.47	1.03	20
Österreich	1986	2.72	2.63	1.03	38.46
Dänemark	1984	5.24	5.04	1.04	50
Niederlande	1989	3.90	3.75	1.04	149.25
USA	1986	2.01	1.93	1.04	1
.	.	.	.	.	.
.	.	.	.	.	.
.	.	.	.	.	.
Norwegen	1981	3.87	3.19	1.21	7.80
Finnland	1987	6.13	4.93	1.24	13.21
Portugal	1987	2.98	2.37	1.26	12.40
Kanada	1988	3.04	2.33	1.30	1
Großbritannien	1987	3.07	2.17	1.41	1
Australien	1990	3.37	2.35	1.43	1
Frankreich	1988	4.40	3.07	1.43	1
Spanien	1989	4.09	2.85	1.44	6.73
Neuseeland	1990	2.78	1.74	1.60	1
Indien	1984	3.98	1.69	2.40	1

Anmerkungen: $Ratio$ bezeichnet die Reduktion des vorparlamentarischen Parteiensystems im Parlament ($Ratio = N_v / N_m$). Die einzelnen Fälle sind nach aufsteigender $Ratio$ sortiert.

seinen psychologischen und seinen mechanischen Wirkungen, mit dem isolierten mechanischen Effekt verwechselt. Aber auch das Modell von Amorim Neto und Cox (1997), das die Fragmentierung des Elektorats als unabhängige Variable aufnimmt (Modelle 3 bzw. 6 in Tabelle 5.3), ist konzeptionell problematisch. Wird nämlich N_v in das Modell integriert, entsteht ein Endogenitätsproblem, denn die Fragmentierung des Elektorats ist nicht unabhängig vom jeweiligen Wahlsystem, sondern durch dessen psychologische Effekte bereits mitbeeinflusst (vgl. grundsätzlich King et al. 1994: 185-196 und spezifisch Benoit 2002). Insofern kann nicht, wie oben bei der Erläuterung des Modells von Amorim Neto und Cox (1997), unterstellt werden, dass die vorparlamentarische Fragmentierung, die durch den mechanischen Effekt des Wahlsystems reduziert wird, exogen bestimmt ist, sondern dies ist bereits eine endogene Größe, die durch den psychologischen Effekt des Wahlsystems mitbestimmt wird.

Tabelle 5.4 illustriert diesen Zusammenhang durch Vergleiche von vorparlamentarischer (N_v) und parlamentarischer Fragmentierung (N_m) bei Wahlsystemen mit unterschiedlicher Wahlkreisgröße (M_{eff}). Zunächst bewirken Wahlsysteme mit hoher *Effective Magnitude*, zum Beispiel in Dänemark und den Niederlanden, nur geringe mechanische Effekte. Das gleiche gilt jedoch auch für diejenigen Mehrheitswahlsysteme, bei denen die Stimmabgabe bereits signifikant durch den psychologischen Effekt "gefiltert", also im Sinne von "Duvergers Gesetz" auf die Kandidaten von nur zwei Parteien konzentriert ist. Auch hier entspre-

chen die Fragmentierung von Elektorat und Parlament einander beinah exakt ($N_m = N_v$). Nur falls die Konzentration im vorparlamentarischen Parteienspektrum nicht erfolgt, wenn also psychologische Wahlsystemeffekte ausbleiben, bedeutet eine geringe *Effective Magnitude* eine deutliche Konzentration des vorparlamentarischen Parteiensystems im Parlament ($N_m \ll N_v$), etwa in Neuseeland oder Indien. Deshalb ist der Befund von Amorim Neto und Cox (1997: 161-162), "the proper formulation is one in which ENPS [= N_m; d.A.] would equal ENPV [= N_v; d.A.], were the electoral system perfectly proportional, with strong electoral systems reducing ENPS [= N_m; d.A.] below ENPV [= N_v; d.A.]", sicher recht zweifelhaft.

Die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen sind daher im "generalized Duverger's law" unvollständig angegeben, denn der mechanische Effekt wird nicht allein von den Verrechnungsregeln des jeweiligen Wahlsystems ($\mathbb{M} = \mathrm{E}[N_m|M_{eff}]$) beeinflusst, sondern zudem durch die *Effective Number of Electoral Parties* ($\mathbb{M} = \mathrm{E}[N_m|M_{eff}, N_v)]$; dabei wird N_v, falls psychologische Effekte wirken, wiederum von den Eigenschaften des Wahlsystems mitbestimmt ($\mathrm{E}[N_m|M_{eff}, (N_v|M_{eff})]$). Ein möglicher Ausweg aus diesem Endogenitätsproblem ist die Verwendung eines Instrumentenregressionsverfahrens, etwa ein "three stages least squares model" (3SLS). Beide sind Schätzverfahren für nicht-rekursive Strukturmodelle mit korrelierten Fehlertermen (vgl. zu allgemeinen Grundlagen Greene 2003: 378-421; Wooldridge 2000: 461-500 und für die Analyse von Wahlsystemen Benoit 2002):

$$\mathrm{E}[N_v|M_{eff}, N_{eth}, Pres] = \alpha + \beta_1 \log_{10} M_{eff} + \beta_2 N_{eth} + \beta_3 Pres + \epsilon_p \tag{5.36}$$

$$\mathrm{E}[N_m|M_{eff}, N_v] = \gamma_0 + \gamma_1 \log_{10} M_{eff} + \gamma_2 N_v + \epsilon_m \tag{5.37}$$

In diesem Strukturmodell bezeichnet die erste Gleichung den psychologischen Effekt ($\mathbb{P}$), der die abhängige Variable, die *Effective Number of Electoral Parties* (N_v), vom Wahlsystem (M_{eff}) und den exogenen Kontrollvariablen *Effective Number of Ethnic Groups* (N_{eth}) und direkte Präsidentenwahlen ($Pres$) herleitet. Die zweite Gleichung bestimmt den mechanischen Effekt ($\mathbb{M}$), der die abhängige Variable, die *Effective Number of Parliamentary Parties* (N_m), mit dem Wahlsystem (M_{eff}) und der endogenen Variablen N_v modelliert. Mit anderen Worten: Die zweite Gleichung bezeichnet die Umwandlung von Stimmen- in Mandatsanteile bei einer *gegebenen* Stimmenverteilung; die erste Gleichung dagegen bestimmt, wie diese Stimmenverteilung entstanden ist. Die Auswahl der geeigneten ökonometrischen Schätzmethode hängt nun ab von Annahmen zu den Fehlertermen (ϵ_p, ϵ_m). Sind beide Terme korreliert, liegt ein nicht-rekursives Modell vor, und die Parameterschätzungen bei konventioneller linearer Regressionsverfahren sind ungültig. Empirisch sollten beide Terme eng korreliert sein, denn die institutionellen Faktoren (M_{eff}), die die Reduzierung des Parteienspektrums im vorparlamentarischen und im parlamentarischen Bereich bestimmen, sind identisch, und auch potenzielle Messfehler und unbeachtete intervenierende Variablen sollten beide Ausdrücke gleichermaßen betreffen.

Die Modelle 4, 7 und 10 berichten "three stages least squares"-Regressionen mit den drei replizierten Datensätzen, und die benutzten "Instrumente" sind bei den Anmerkungen in Tabelle 5.3 dokumentiert. Wird in den Strukturmodellen die komplexe Wechselwirkung von Wahlsystemen und Parteiensystemen aufgenommen, liefert die empirische Untersuchung aller drei Datensätze weitere Belege für die robusten Effekte institutioneller Regeln in etablierten Demokratien. Die "carrying capacity" des Wahlsystems wirkt jeweils signifikant auf

die Fragmentierung der nationalen Parlamente; die Effektparameter der *Effective Magnitude* weisen jedoch geringere Werte auf als bei den konventionellen linearen Regressionsmodellen. In diesem Sinne greifen die "three stages least squares models" (3SLS) nur den mechanischen Effekt des Wahlsystems auf, während konventionelle lineare Regressionsmodelle seinen Gesamteffekt, die Summe der psychologischen und mechanischen Wirkungen, schätzen (vgl. bereits Benoit 2002).

Der untere Teil von Tabelle 5.1 dokumentiert schließlich die Spezifikationstests der linearen Regressionsmodelle. Wie bereits bei den Modellen zum psychologischen Effekt sind nahezu alle Regressionen von erheblichen Heteroskedastizitätsproblemen betroffen, sodass die Unsicherheit der Schätzung stets mit robusten Standardfehlern nach der Huber/ White/ sandwich-Methode angegeben wird. Die multivariaten Regressionen sind im Hinblick auf die Effekte einzelner Prädiktoren hinreichend aussagekräftig und weisen nur eine geringe Kollinearität der unabhängigen Variablen auf. Die Spezifikationstests verweisen jedoch sehr nachhaltig auf das *Small*-N-Problem vergleichender Analysen beim Querschnittsdatensatz von Amorim Neto und Cox (1997). Die Ausreißerdiagnostik "Cook's Distance" verweist auf den sehr überproportionalen Einfluss eines Vergleichsstaats, Ecuador, auf die bestimmten Effektparameter. Eine Analyse ohne diesen Fall erzeugt wesentlich modifizierte Schätzer, und insbesondere für den Interaktionsterm $N_v \cdot upper$ kann kein Effekt mehr gezeigt werden.

"Time-Series-Cross-Section"-Modelle des mechanischen Effekts

Die bisherigen Modelle haben die kombinierte Längs- und Querschnittstruktur der Datensätze negiert, und folgerichtig ihre substanziellen und ökonometrischen Besonderheiten ausgeblendet. Weitere Spezifikationstests zeigen, dass die "gepoolten" Modelle, wie bereits bei der Untersuchung der psychologischen Wirkungen von Wahlsystemen, tatsächlich diejenigen Defekte aufweisen, die bei der Analyse von TSCS-Daten mit konventionellen linearen Regressionsmodellen erwartet werden. Aus einer substanziellen Perspektive jedoch unterscheiden sich Modelle des psychologischen Effekts von denen des mechanischen Effekts. Der psychologische Effekt wirkt kontextsensitiv und stochastisch, denn in jedem Vergleichsstaat wirken, neben dem Wahlsystem, weitere unterschiedliche Faktoren auf die Fragmentierung des vorparlamentarischen Parteiensystems. Weil Wahlsysteme sehr beständige Institutionen sind und Parteiensysteme sich nur langsam umgestalten, sollten TSCS-Modelle des psychologischen Effekts von serieller Autokorrelation des Datenmaterials betroffen sein.

Der mechanische Effekt dagegen wirkt *an sich* deterministisch, denn die Anzahl der parlamentarischen Parteien wird allein durch die Anzahl der gewählten Parteien und die formalen Verrechnungsregeln des Wahlsystems beeinflusst.[11] Aus dieser grundlegenden Unterscheidung des probabilistischen psychologischen Effekts und des deterministischen mechanischen Effekts folgen zwei grundlegende Konsequenzen für die Schätzung und Interpretation der TSCS-Modelle: Zunächst sollten die mechanischen Wirkungen von Wahlsyste-

11 Freilich können die hier angegebenen Modelle diese "deterministischen" Effekte in der praktischen Analyse nicht strikt modellieren. Ambiguitäten bei der Operationalisierung der abhängigen und unabhängigen Variablen, potenziell nicht-lineare Wirkungszusammenhänge und eine analytische Perspektive, die hier auf die nationale Ebene, nicht auf die Wahlkreisebene gerichtet ist, erfordern weiterhin die pragmatische Hinzunahme eines Fehlerterms.

men deutlich weniger durch die heterogenen Kontexte unterschiedlicher Vergleichsstaaten beeinflusst werden. Zweitens gibt es keine theoretischen Überlegungen, die auf eine generelle Persistenz der parlamentarischen Fragmentierung verweisen.

Tabelle 5.5 enthält unterschiedliche TSCS-Modelle zum mechanischen Effekt von Wahlsystemen in etablierten Demokratien, die mit dem Datensatz von Arend Lijphart (1994a) geschätzt wurden. Bereits eine oberflächliche Inspektion der Koeffizienten verweist auf die empirische Konsistenz und Robustheit der Modelle zum mechanischen Effekt über die verschiedenen Schätzverfahren hinweg. Modell 1 wiederholt das "generalized Duverger's law", und Modell 2 gibt die Resultate einer konventionellen, "gepoolten" linearen Regression wieder. Die Spezifikationstests am Fuß von Tabelle 5.5 zeigen erneut ökonometrische Probleme auf; insbesondere sind die Regressionsresiduen sehr heteroskedastisch verteilt und seriell autokorreliert. "Fixed Effects" sind zur Begegnung fallweiser (μ_i), nicht jedoch zeitlicher Heterogenität (λ_t) angezeigt. Das "Between-Effects" Modell 3 illustriert schließlich, dass die Erklärungsleistung des Wahlsystems sich wesentlich auf Differenzen zwischen den einzelnen Vergleichsstaaten, weniger jedoch auf die fallinterne Varianz innerhalb der einzelnen Längsschnitte bezieht.

Die Modelle 4 und 5 berichten die Resultate der "Fixed Effects"-Spezifikationen. Konträr zu den Schätzern der psychologischen Effekte weisen sie eine hohe Parameterkonsistenz auf. Die Effekte von $\log_{10} M_{eff}$ und N_v sind stets sehr signifikant und substanziell miteinander und den übrigen Modellen vergleichbar. Die im unteren Teil von Tabelle 5.5 dokumentierten Signifikanztests zeigen an, dass gerade Länderdummies zur Kontrolle fallweiser Heterogenität (μ_i), nicht jedoch Periodendummies zur Modellierung temporaler Heterogenität (λ_t) erforderlich sind. Die im unteren Teil der Tabelle niedergelegten Spezifikationstests verweisen auf ein geringes Niveau an serieller Autokorrelation, jedoch zeigt ein modifizierter Wald-Test teils exzessive Heteroskedastizitätsprobleme an.

Modell 6 prüft die wesentliche ökonometrische Alternative zur Applizierung von "Fixed Effects". Das "Random Effects"-Modell bezeichnet ein potenziell effizienteres, jedoch gleichermaßen voraussetzungsvolleres Schätzverfahren. Die empirisch bestimmten Effektparameter bleiben nahezu robust erhalten, und ein Hausman-Test weist das "Random Effects"-Modell als konsistent aus (die Nullhypothese unverzerrter Koeffizienten wird angenommen; $\chi^2_1 = 2.48$ mit $p > 0.29$). Modell 7 wendet sich der "fixed effect vector decomposition"-Prozedur zu (vgl. Plümper et al. 2004a;b), die eine sinnvolle Analyse zeitinvariater oder langsam veränderlicher unabhängiger Variablen erlaubt. Die Effektparameter bleiben dabei weitgehend erhalten, und hohe effektive Wahlkreisgrößen (M_{eff}) und ein hohes Niveau an vorparlamentarischer Fragmentierung (N_v) bewirken die forcierte Fragmentierung der Parlamente in etablierten Demokratien (N_m).

Modell 8 greift schließlich die Wechselbeziehungen des psychologischen und des mechanischen Effekts von Wahlsystemen dezidiert auf und berichtet Resultate eines "three stages least squares models" (3SLS). Derartige Strukturgleichungsverfahren sind jedoch, bei der hier behandelten Fragestellung und empirischen Material, sehr problematisch, denn der TSCS-Kontext verhindert, "Instrumente" den endogenen Variablen zu bestimmen, deren Qualität mit den konventionellen Querschnittsmodellen vergleichbar ist. Folglich bleiben die empirisch ermittelten Effektparameter zwar nahezu konstant erhalten; die Qualität des nicht-rekursiven Modells wird jedoch durch das unzureichende "Instrument" gemindert,

Tabelle 5.5: "Time-Series-Cross-Section"-Analysen zum mechanischen Effekt in etablierten Demokratien (abhängige Variable: N_m)

	(1) *Theorie*	(2) PCSE	(3) BE	(4) FE(CT)	(5) FE(C,LDV)	(6) RE(C)	(7) FEVD(C;AR1)	(8) IV(C)
$log_{10}M_{eff}$	1.15	0.36**	0.40**	0.61**	0.63**	0.52**	0.35**	0.50
	–	(0.03)	(0.12)	(0.07)	(0.08)	(0.06)	(0.02)	(0.26)
N_v	–	0.78**	0.77**	0.81**	0.77**	0.79**	0.79**	1.90
	–	(0.01)	(0.07)	(0.02)	(0.02)	(0.02)	(0.01)	(0.99)
Konstante	2.30	0.01	−0.03	−0.29	−0.41**	−0.19	−0.01	−4.31
	–	(0.03)	(0.25)	(0.16)	(0.11)	(0.10)	(0.04)	(3.64)
σ_u	–	–	–	0.33	0.34	0.32	–	1.24
σ_e	–	–	–	0.26	0.27	0.27	–	0.93
η	–	–	–	–	–	–	1.00**	–
R^2	–	0.91	0.90	0.88	0.85	0.90	0.95	0.90
RMSE	–	0.37	0.33	0.26	0.27	0.27	0.26	–
N	–	384	27	384	384	384	384	384
F(C)	–	–	–	12.54**	9.66**	–	–	1.24
F(T)	–	–	–	1.64	–	–	–	–
Het (Wald χ^2)	–	976.74**	–	1231.30**	1135.28**	1136.62**	–	–
AR1 (LM χ^2)	–	112.52**	–	3.36	2.33	8.24**	–	–
ρ	–	–	–	–	0.07**	–	–	–

Anmerkungen: Theoretische Erwartungen von Taagepera und Shugart 1989b; 1993; Sekundäranalyse der Studie von Lijphart 1994a; * p<0.05; ** p<0.01; σ_μ= Standardabweichung der Länderdummies; σ_μ= Standardabweichung der Länderdummies; σ_ϵ= Standardabweichung des Fehlerterms; ; η = Anteil des Fehlerterms in der FEVD-Prozedur, der nicht durch zeitinvariate Variablen erklärt wird (vgl. Plümper et al. 2004a;b); RMSE= "root mean square error"; F(C)= F-Test auf die Signifikanz der Länderdummies; F(T) = F-Test auf die Signifikanz der Periodendummies; Het (Wald χ^2) = modifizierter Wald-Test auf gruppenweise Heteroskedastizität (vgl. Greene 2003: 323-324); AR1 (LM χ^2) = Baltagi und Wu Lagrange-Multiplier-Test auf serielle Autokorrelation; ρ = Autoregressionskoeffizient (vgl. Baltagi 2001: 95).

sodass die Schlüsselvariablen *Effective Magnitude* und *Effective Number of Electoral Parties* insignifikant sind.

Zusammen genommen verweisen die TSCS-Modelle auf grundlegende Differenzen des *psychologischen* und des *mechanischen* Effekts von Wahlsystemen. Die Schätzer probabilistischer psychologischer Effekte weisen eine geringe Parameterkonsistenz über die Modelle hinweg auf; besonders die hohe empirische Persistenz von Wahlsystemen und Parteiensystemen, die damit verbundene, geringe fallinterne Varianz der Schlüsselvariablen und die teils exzessive Autokorrelation verkomplizieren erheblich die sinnvolle Schätzung psychologischer Effekte. Bei den deterministischen mechanischen Effekten dagegen können über verschiedene Spezifikationen hinweg sehr robuste Effektparameter geschätzt werden. Die mechanischen Effekte von Wahlsystemen werden dagegen allein bestimmt durch die niedergelegten Verrechnungsregeln, operationalisiert mit der logarithmierten *Effective Magnitude*, und die Stimmeninputs, gemessen durch die Fragmentierung im vorparlamentarischen Raum.

5.3 Die Parteiensysteme in den postkommunistischen Vergleichsstaaten

Die folgenden Analysen wenden sich einem zentralen Thema dieser Arbeit zu, dem Effekt von Wahlsystemen auf nationale Parteiensysteme in Osteuropa. Theoretische Überlegungen zu den politischen Konsequenzen von Wahlsystemen und Analysen der Kontrollgruppe etablierter Demokratien haben bemerkenswert robuste Effekte von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen postuliert und nachgewiesen. Tatsächlich korrespondieren die Wirkungen von Wahlsystemen in etablierten Demokratien weitgehend mit den "klassischen", etwa in "Duvergers Gesetz" und "Duvergers Hypothese" kodifizierten Mechanismen (vgl. statt vieler Duverger 1959; Riker 1982; Schattschneider 1942). Dieses Kapitel analysiert die Effekte von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen in den elf osteuropäischen Vergleichsstaaten und vor dem Hintergrund von Theorie und Empirie in etablierten Demokratien. Die zentrale Annahme dabei ist, dass Wahlsysteme *kontextabhängig* funktionieren und ihre theoretisch postulierten (vgl. vor allem Cox 1997; Duverger 1959) und gerade empirisch für die etablierten Demokratien gezeigten Effekte (vgl. vor allem Amorim Neto und Cox 1997; Lijphart 1994a; Ordeshook und Shvetsova 1994) nur dann erzielen, wenn notwendige Funktionsbedingungen gegeben sind.

Bei der Ableitung kontextsensitiver Hypothesen waren bereits die Differenzen "alter" und "neuer" Demokratien der konzeptionelle Ausgangspunkt. Bei etablierten Demokratien wird angenommen, dass psychologische Effekte von Wahlsystemen effektiv wirken, sodass die Funktionsbedingungen für die Koordination auf maximal $M+1$ Kandidaten dort erfüllt sind ($N \leq M+1$). Die wichtigste Kontextdifferenz, die bei den Staaten im postkommunistischen Osteuropa auftritt, betrifft die mangelnde Institutionalisierung und Strukturierung der noch fluiden Parteiensysteme, die den Wählern die Option zu effektivem strategischem Handeln entzieht. Wenn Wähler und Parteieliten nicht mehr feststellen können, welche Listen und/oder Kandidaten realistisch im Wettbewerb um die M Mandate stehen und welche chancenlos sind, wird der Mechanismus von "strategic voting" und "strategic entry" effektiv unterminiert und somit ausgehebelt (Cox 1997: 79). Deshalb sollte die Funktion von Wahlsystemen im postkommunistischen Osteuropa abweichen von ihren theoretisch angenomme-

nen Konsequenzen und von den Effekten von Wahlsystemen in etablierten Demokratien. Psychologische Effekte sind bei Wahlen in postkommunistischen Staaten kaum wirksam, sodass die Anzahl der Listen oder Kandidaten (N), die Stimmen erhalten, besonders in kleinen Wahlkreisen höher als $M+1$ liegen sollte ($N > M+1$).

Innerhalb der postkommunistischen Vergleichsstaaten gilt jedoch eine Binnendifferenzierung: Die Nachfolger des bürokratisch-autoritären Kommunismus weisen die besten Optionen für strategisches Wahlverhalten und für institutionelles Lernen mit zunehmender Systemzeit auf. Dieses Potenzial ist bei denjenigen Staaten bereits geringer, die beim national-akkommodativen Kommunismus anschließen, und die ungünstigsten Optionen gelten für diejenigen Vergleichsstaaten mit *Legacies* des patrimonialen Kommunismus.

Fragmentierte Parteiensysteme werden allgemein als ein Risiko für politische Stabilität und die kontinuierliche *Policy*-Produktion verstanden (vgl. vor allem die klassischen Polemiken von Hermens 1933; 1951). Wird diese Einschätzung akzeptiert, gelten für die elf Vergleichsstaaten aus Osteuropa erhebliche Instabilitätsrisiken. Bei der Kontrollgruppe etablierter Demokratien beträgt die durchschnittliche Fragmentierung, gemessen an den Wählerstimmen, $\overline{N}_v = 3.75$ und, gemessen an den Parlamentsmandaten, $\overline{N}_m = 3.26$.[12] Die elf osteuropäischen Vergleichsstaaten weisen dagegen ganz deutlich stärker fraktionierte Parteiensysteme auf ($\overline{N}_v = 7.71$ und $\overline{N}_m = 4.69$).

Psychologische Effekte in den postkommunistischen Vergleichsstaaten

Für diese einfachen Befunde sind unterschiedliche Erklärungen vorgeschlagen worden. In der Transformationsforschung galt zunächst der Konsens, fragmentierte und polarisierte Parteiensysteme seien ein "normales" Übergangsphänomen im Systemwechsel, das nach der "Konsolidierung" einem "Gleichgewichtszustand" weichen werde (vgl. etwa von Beyme 1994: 313-327; Merkel 1999: 494-506). Dem kann jedoch entgegengehalten werden, dass in der Region keineswegs ein Trend zum Rückgang parteiensystemischer Fragmentierung im Verlauf der Neunzigerjahre gemessen werden konnte, sondern dass ihr Niveau stabil geblieben und in einigen Fällen sogar gestiegen ist. Problematisch ist weiter die Vermutung, die Fragmentierung der osteuropäischen Parteiensysteme sei der hohen sozialen Heterogenität der Staaten in der Region geschuldet. Eine genauere Sichtung der empirischen Daten zeigt jedoch, dass die 27 etablierten Demokratien, die Lijphart (1994a) analysiert hat, mit einer *Effective Number of Ethnic Groups* ($\overline{N}_{eth}$) von 1.44 sozial kaum homogener sind als die elf postkommunistischen Vergleichsstaaten mit $\overline{N}_{eth} = 1.51$ (die Angaben zur sozialen Heterogenität sind entnommen bei Anckar und Eriksson 1998).

Im Folgenden soll der Beitrag von Wahlsystemen zur Begrenzung parteiensystemischer Fragmentierung untersucht werden. Die makroquantitativen Modelle in Tabelle 5.6 sind nahezu parallel konstruiert zur Diskussion der psychologischen Effekte in etablierten Demokratien. Das bedeutet, die Schlüsselvariable zur Erklärung der Fragmentierung im vorparlamentarischen Bereich ist das jeweilige Wahlsystem (M_{eff}), und als Kontrollvariablen werden soziale Heterogenität (N_{eth}) und direkte Präsidentenwahlen aufgenommen. Im zweiten Schritt wird das Modell auf die spezifischen Kontextbedingungen der Übergangs- und Konsolidierungsprozesse in Osteuropa zugeschnitten und entsprechend erweitert.

12 Diese und die folgenden Angaben zur Kontrollgruppe sind stets dem disaggregierten Datensatz von Arend Lijphart (1994a) entnommen.

Modell 1 in Tabelle 5.6 wiederholt die theoretischen Erwartungen von Taagepera und Shugart (1989b; 1993). Modell 2 schätzt den psychologischen Effekt von Wahlsystemen auf die Fragmentierung der osteuropäischen Elektorate. Die Resultate dieser einfachen bivariaten linearen Regressionsanalyse widersprechen jedoch deutlich den theoretisch postulierten und in der Kontrollgruppe etablierter Demokratien robust bestimmten Konsequenzen von Wahlsystemen. Während bei der einfachen bivariaten Regression von N_v auf M_{eff} ein linearer Regressionskoeffizient von +1.25 erwartet war, tritt bei den elf osteuropäischen Vergleichsstaaten ein negativer Zusammenhang mit einem unstandardisierten Regressionskoeffizienten von -4.02 auf. Das bedeutet, dass mit zunehmender *Effective Magnitude* (M_{eff}) die Fragmentierung des vorparlamentarischen Parteiensystems nicht *zu-*, sondern vielmehr *abnimmt*. Anders gewendet sind vor allem die Mehrheitswahlsysteme und die Mehrheitswahlsegmente der kombinierten Wahlsysteme durch ein enormes Fragmentierungsniveau charakterisiert.

Mehrheitsregeln haben im gesamten Untersuchungszeitraum, bis hin zur jeweils letzten Wahl 1999 bzw. 2002, eine enorme Parteien- und Kandidatenproliferation ermöglicht, die insbesondere durch Mikroparteien und "unabhängige" Kandidaten entstand. Aber auch in Litauen und in Ungarn waren die Mehrheitswahlsegmente ($M_{eff} = 1$) stets stärker fragmentiert als die Verhältniswahlanteile ($M_{eff} > 1$) der kombinierten Wahlsysteme. Diese Resultate widersprechen eindeutig den Postulaten von "Duvergers Gesetz" (Duverger 1959: 219) und den dort anschließenden theoretischen Beiträgen, die für die relative Mehrheitswahl ein Zweiparteiensystem vorhersagen.

Die folgenden Modelle verlassen den einfachen bivariaten Analyserahmen und wenden sich komplexeren, multivariaten Erklärungen für die Fragmentierung der postkommunistischen Elektorate zu. Modell 3 in Tabelle 5.6 erweitert die Perspektive über den unmittelbaren institutionellen Kernzusammenhang hinaus und führt die *Effective Number of Ethnic Groups* (N_{eth}) als Kontrollvariable in die Schätzung ein. Dieses additive Modell belegt, neben dem nahezu konstanten Effekt des Wahlsystems, den Beitrag sozialer Heterogenität zur Fragmentierung des vorparlamentarischen Parteiensystems, und die Varianzaufklärung adj. R^2 steigt von 0.26 auf 0.34. Wie in den etablierten Demokratien besteht also auch in den osteuropäischen Vergleichsstaaten ein signifikanter Zusammenhang von sozialer und parteiensystemischer Fragmentierung.[13]

Modell 4 nimmt schließlich den Effekt direkter Präsidentenwahlen auf. Analog zur Operationalisierung von Lijphart (1994a) wird diese unabhängige Variable durch einen einfachen, binären *Dummy* kodiert. Bei direkten Präsidentenwahlen gilt $Pres = 1$, ohne direkte Präsidentenwahlen wird $Pres = 0$ kodiert. Direkte Präsidentenwahlen fanden im kompletten Untersuchungszeitraum (1990 bis 2002) in sechs der elf Vergleichsstaaten statt: in Bulgarien, Litauen, Polen, Rumänien, Russland und die Ukraine. In der Slowakei wurde erstmals

13 Ein interaktives Modell mit dem Prädiktor $N_{eth} \log_{10} M_{eff}$ konnte hier nicht getestet werden, weil starke Multikollinearitätsprobleme die Schätzung unmöglich machten.

Tabelle 5.6: Analysen zum psychologischen Effekt in den postkommunistischen Vergleichsstaaten (abhängige Variable: N_v)

	Theorie	*Empirische Schätzer*					
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
$\log_{10} M_{eff}$	1.25	-4.02^{**}	-4.19^{**}	-4.26^{**}	-5.38^{**}	-6.24^{**}	-7.96^{**}
	–	(1.27)	(1.19)	(1.07)	(1.25)	(1.24)	(0.92)
$Legacy \cdot \log_{10} M_{eff}$	–				0.45^{*}	0.95^{**}	1.98^{**}
	–				(0.19)	(0.24)	(0.28)
N_{eth}	–		3.57^{*}	3.62^{**}	4.16^{**}	3.71^{**}	
	–		(1.41)	(1.02)	(1.01)	(0.77)	
$Pres$	–			3.23^{**}	4.54^{**}	3.72^{**}	
	–			(0.87)	(1.20)	(0.95)	
$Legacy \cdot t$	–					-0.09^{**}	
	–					(0.03)	
$Legacy$	–						-2.74^{**}
	–						(0.32)
Konstante	2.50	11.43^{**}	6.48^{**}	4.46^{**}	2.71	5.09^{**}	17.40^{**}
	–	(1.60)	(2.31)	(1.60)	(1.50)	(1.17)	(1.06)
adj. R^2	–	0.26	0.34	0.46	0.49	0.57	0.71
N	–	48	48	48	48	48	48
χ^2	–	13.48^{**}	9.83^{**}	11.23^{**}	15.55^{**}	17.57^{**}	0.41
max(D)	–	0.26	0.18	0.16	0.16	0.17	0.16
$\overline{\text{VIF}}$	–	1	1.01	1.00	1.58	1.98	3.97
max(VIF)	–	1	1.01	1.01	2.12	3.20	5.58

Anmerkungen: Theoretische Erwartungen von Taagepera und Shugart 1989b; 1993. In Klammern sind korrigierte, robuste Standardfehler nach der Huber/ White/ sandwich-Methode angegeben (vgl. White 1980; Wooldridge 2000: 248-255); χ^2 = Breusch-Pagan-Test auf Heteroskedastizität; max(D) = maximaler Wert von "Cook's Distance"; $\overline{\text{VIF}}$ = arithmetisches Mittel des *Variance Inflation Factor*; max(VIF) = maximaler Wert des *Variance Inflation Factor*; * p<0.05; ** p<0.01.

1999 eine direkte Präsidentenwahl abgehalten, und die übrigen Systeme sind parlamentarische Demokratien mit einem indirekt legitimierten Staatspräsidenten:[14]

$$N_v = \alpha + \beta_1 \log_{10} M_{eff} + \beta_2 N_{eth} + \beta_3 Pres + \epsilon \tag{5.38}$$

Auch nach der "Kontrolle" der Effekte direkter Präsidentenwahlen bleiben die bisher ermittelten Regressionskoeffizienten nahezu identisch erhalten. Der Effekt der Kontrollvariable $Pres$ ist wiederum unerwartet. Im Kontext des osteuropäischen Systemwechsels führen präsidentielle Systeme nicht zur Konzentration des politischen Parteienspektrums, sondern sie erzeugen, gemessen an den 48 Beobachtungen des Datensatzes, einen zusätzlichen Fragmentierungsschub. Nimmt man alle drei Faktoren von Modell 4 in den Blick, wirkt nur die ethnische Heterogenität in der erwarteten "Richtung", sie erhöht die Fragmentierung des Elektorats (N_v). Mit steigenden effektiven Wahlkreisgrößen, also in formaler Perspektive mit einer erhöhten "carrying capacity" des Wahlsystems, geht jedoch eine geringere Fragmentierung einher, und die Fragmentierung ist in den Einerwahlkreisen, konträr zu "Duvergers Gesetz", die höchste.

Parallel erzeugen direkte Präsidentenwahlen keine Konzentration, sondern die Fragmentierung des politischen Parteiensystems. Einen ähnlichen empirischen Befund haben bereits Filippov et al. (1999) vorgelegt. Sie begründen die unerwarteten Effekte von Präsidentialismus und Semipräsidentialismus in Osteuropa durch die Überlagerung der Kalküle von Parteien und/ oder Kandidaten bei Präsidenten- und Parlamentswahlen. Ihr theoretisches Argument zielt auf die "Offenheit" des politischen Wettbewerbs in Transformationsstaaten. Präsidentielle Systeme in Osteuropa neigten, so weiter, deshalb zu enormer parlamentarischer Fragmentierung, weil sich (potenzielle) Präsidentschaftskandidaten im Vorfeld publikumswirksam als die Führer einer parlamentarischen Fraktion produzierten. Als Konsequenz werden die koalitionsbildenden Imperative der direkten Präsidentenwahlen, die in etablierten Demokratien robust nachweisbar sind, in den "neuen" Demokratien Osteuropas ausgehebelt (vgl. etwa Cheibub und Limongi 2002; Przeworski et al. 2000; Shugart und Carey 1992; Stepan und Skach 1993).

Damit kann zunächst festgehalten werden, dass Wahlsysteme (und gleichermaßen direkte Präsidentenwahlen) nicht über verschiedene soziopolitische Kontexte hinweg robust funktionieren. Die Diskussion hat vielmehr gezeigt, dass politische Institutionen nur dort, wo die Bedingungen für effektive strategische Koordination erfüllt sind, ihre theoretisch postulierten Konsequenzen realisieren (vgl. Cox 1997: 79). Diese empirischen Befunde untermauern eindeutig eine der Kernhypothesen dieser Arbeit, dass psychologische Effekte bei Wahlen in postkommunistischen Staaten kaum wirksam sind. Die Funktionsbedingungen für die Koordination auf maximal $M+1$ Kandidaten in jedem Wahlkreis mit der Option auf ein institutionell konzentriertes Parteiensystem auf nationaler Ebene sind dort nicht erfüllt.

14 Die komplexe Variablenkonstruktion, die Amorim Neto und Cox (1997: 158-161) mit den beiden Variablen $Proximity$ und N_{pres} gewählt haben, kann in der osteuropäischen Vergleichsgruppe nicht sinnvoll benutzt werden. Weil für die Bestimmung von $Proximity$ Angaben zu den Terminen der vorhergehenden und der nachfolgenden Präsidentenwahl notwendig sind, würde diese Operationalisierungsstrategie diejenigen Wahlen ausschließen, die am Beginn (1990) und am Ende des Untersuchungszeitraums (2002) liegen und somit das *Small-N*-Problem forcieren.

Die folgenden Analysen zielen darauf, diese Thesen für die Binnendifferenzierung der elf osteuropäischen Vergleichsstaaten weiter zu belegen. Der soziopolitische Kontext der postkommunistischen Staaten wird dabei mit zwei verschiedenen Variablen modelliert. Die erste dieser Kontextvariablen ist der *Legacy*-Index zum programmatischen Strukturierungspotenzial (vgl. Tabelle 3.1). Diese Kennzahl fasst die Aspekte (a) *Legacies*, (b) *Timing* der Industrialisierung, (c) Stabilität in der Zwischenkriegszeit und (d) Modus der Transition zusammen. Die Werte von *Legacy* schwanken zwischen minimal 0 und maximal 8, geringe Werte {0} zeigen ein geringes Strukturierungspotenzial, hohe Werte {8} zeigen gute Optionen für Strukturierung und Institutionalisierung des Parteiensystems an. Für die Funktion der Wahlsysteme bedeutet dies, dass psychologische Effekte mit steigenden Werten von *Legacy* jeweils stärker ausgeprägt sein sollten.

Die zweite Variable, die Systemzeit t, bezieht sich auf Optionen für institutionelles Lernen; t wird dabei gemessen als Anzahl der Jahre, die seit dem Eintritt in die Transformationsphase 1990 vergangen sind, und schwankt folglich zwischen 0 und 12. Die Grundüberlegung zielt darauf, dass mit zunehmender Systemzeit t und fortgeschrittener Konsolidierung der Parteiensysteme die Optionen für ein regelgeleitetes Funktionieren politischer Institutionen verbessert werden. Weiterhin wird angenommen, dass Lerneffekte dort besser ausgebildet sind, wo das Strukturierungspotenzial das höchste ist. In der empirischen Analyse können diese Kontextfaktoren durch ein Modell mit weiteren Kontrollvariablen spezifiziert werden. Dabei werden zwei Interaktionsterme in das Modell eingeführt. Erstens gibt der Interaktionsterm $Legacy \cdot \log_{10} M_{eff}$ den gemeinsamen Effekt des Strukturierungsindikators und der Schlüsselvariable im Bereich Wahlsysteme, *Effective Magnitude* (M_{eff}), an; zweitens bezieht sich der Interaktionsterm $Legacy \cdot t$ auf die Optionen institutionellen Lernens:

$$\begin{aligned} N_v = \alpha + \beta_1 \log_{10} M_{eff} + \beta_2 Legacy \cdot \log_{10} M_{eff} \\ + \beta_3 N_{eth} + \beta_4 Pres + \beta_5 Legacy \cdot t + \epsilon \end{aligned} \tag{5.39}$$

Modell 6 schätzt den Effekt von Wahlsystemen auf die Fragmentierung des Elektorats mit der Kontrolle der sozialen Heterogenität, direkter Präsidentenwahlen und der osteuropaspezifischen Kontextbedingungen, des Strukturierungsindex und der Systemzeit. Die empirischen Befunde sprechen eindeutig für die Hypothesen zur Binnendifferenzierung der osteuropäischen Vergleichsstaaten. Der bivariat bestimmte Effekt der logarithmierten Wahlkreisgröße auf die parteiensystemische Fragmentierung bleibt negativ mit; der Interaktionsterm $Legacy \cdot \log_{10} M_{eff}$ wirkt jedoch signifikant positiv auf die Fragmentierung der osteuropäischen Parteiensysteme. Inhaltlich bedeutet dies, dass nur bei patrimonialen kommunistischen Systemen ohne jede vorkommunistische Demokratieerfahrung der Gesamteffekt der logarithmierten Wahlkreisgröße weiterhin $\beta_1 + \beta_2 = -6.24 \log_{10} M_{eff}$ bleibt; bei höheren Werten des Strukturierungsindikators, etwa bei den Nachfolgeregimes des national-akkommodativen oder insbesondere des bürokratisch-autoritären Kommunismus, kehrt sich dieser Effekt langsam um. Erreicht der Indikator seinen Maximalwert 8, ergibt sich damit als Prognose für den Effekt des Wahlsystems $\beta_1 + \beta_2 = -6.24 + 8 \cdot 0.95 = 1.33$. Dieses Teilresultat von Regressionsmodell 6 deckt sich nahezu idealtypisch mit den für die unterschiedlichen *Legacies* der kommunistischen *Anciens Régimes* postulierten Konsequenzen. In den Nachfolgeregimes des patrimonialen Kommunismus entstehen regelmäßig theoretisch und

in den etablierten Demokratien nicht postulierte/ beobachtete Effekte, und insbesondere mit Einerwahlkreisen geht eine enorme Fragmentierung des Parteiensystems einher. In den Nachfolgeregimes des bürokratisch-autoritären Kommunismus dagegen deckt sich der psychologische Effekt von Wahlsystemen nahezu mit den theoretisch entwickelten Erwartungen und der Realität etablierter Demokratien.

Der zweite Teilbefund des kontextsensitiven Modells 6 bezieht sich dezidiert auf Aspekte institutionellen Lernens. Der Interaktionsterm $Legacy \cdot t$ wirkt signifikant negativ auf die Fragmentierung der vorparlamentarischen Parteiensysteme. Dies bedeutet, dass eine Reduzierung der Parteien- und/ oder Kandidatenproliferation bei zunehmendem Zeitabstand t vom Beginn des Systemwechsels vor allem in denjenigen Vergleichsstaaten erfolgt, die gute Optionen zur Herstellung eines programmatisch strukturierten Parteienwettbewerbs aufweisen. In den Staaten mit *Legacies* des patrimonialen Kommunismus dagegen wirken institutionelle Lerneffekte auch im Zeitverlauf wesentlich geringer oder bleiben vollständig aus. Das betrifft insbesondere die Ukraine und Russland.

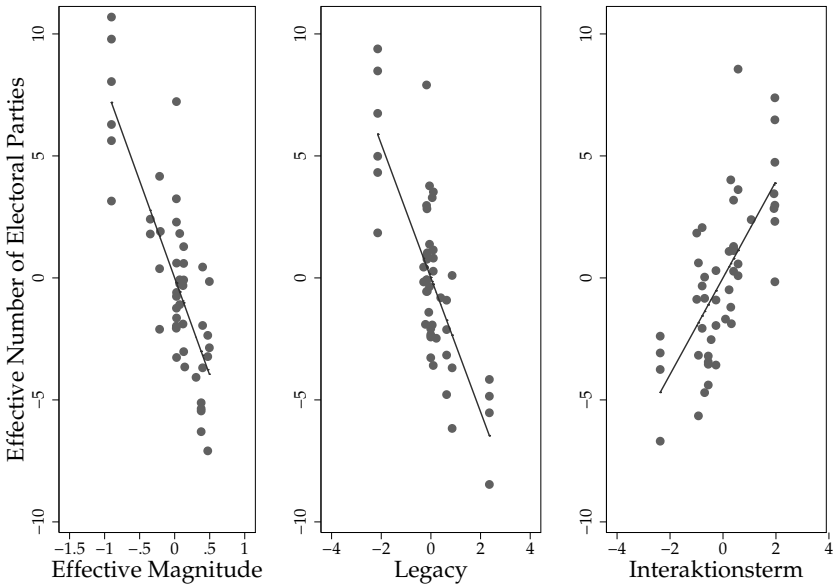
Das abschließende Modell 7 in Tabelle 5.6 greift den eben skizzierten interaktiven Effekt von institutionellen Variablen und Strukturierung wie Institutionalisierung der postkommunistischen Parteiensysteme noch einmal dezidiert heraus. Die Analyse ist dabei auf die Schlüsselvariablen für die Bestimmung von Wahlsystemeffekten im unsicheren Kontext der "neuen" Demokratien Osteuropas konzentriert. Die abhängige Variable *Effective Number of Electoral Parties* (N_v) wird einmal additiv auf die jeweils isolierten Effekte der institutionellen Variablen ($\log_{10} M_{eff}$) und der Kontextvariablen (*Legacy*) bezogen; zweitens enthält das Modell einen multiplikativen Interaktionsterm, der aus diesen beiden Dimensionen gebildet wird ($Legacy \cdot \log_{10} M_{eff}$). Ergibt sich ein statistisch signifikanter Einfluss dieses Terms, liegt ein empirischer Beleg vor, dass die Funktion von Wahlsystemen im postkommunistischen Osteuropa *interaktiv* von der Strukturierung des politischen Wettbewerbs mitbeeinflusst wird:

$$N_v = \alpha + \beta_1 \log_{10} M_{eff} + \beta_2 Legacy + \beta_3 Legacy \cdot \log_{10} M_{eff} + \epsilon \tag{5.40}$$

Dieses Modell, das bewusst knapp angegeben und auf den institutionellen Kernzusammenhang und seine Interaktion mit den theoretisch bestimmten Funktionsbedingungen im parteiensystemischen Bereich beschränkt ist, weist mit adj. $R^2 = 0.71$ die höchste Varianzaufklärung der diskutierten Modelle auf. Wie bei übrigen Modellen wirkt der isolierte Effekt der Schlüsselvariable *Effective Magnitude* negativ auf die vorparlamentarische Fragmentierung, konträr zu theoretischen Erwartungen und der empirischen Realität etablierter Demokratien. Der *Legacy*-Index für das programmatische Strukturierungspotenzial korrespondiert dagegen positiv mit der Fragmentierung des vorparlamentarischen Parteiensystems. Schließlich wirkt der Interaktionsterm signifikant positiv auf die Fragmentierung des Parteiensystems.

Bei der Interpretation dieser statistischen Befunde ergeben sich mit Modell 6 vergleichbare Resultate. Bei patrimonialen kommunistischen Systemen ohne jede vorkommunistische Demokratieerfahrung, etwa in Russland oder der Ukraine, beträgt der Gesamteffekt der logarithmierten Wahlkreisgröße weiterhin β_1; steigen jedoch die Werte des Strukturierungsindikators bis hin zu seinem Maximalwert für die Tschechische Republik, schwenkt der Gesamteffekt von M_{eff} in den deutlich positiven Bereich ($\beta_1 + \beta_2 Legacy$). Diese Resultate

Abbildung 5.5: Partielle Regressionsdiagramme zum Interaktionseffekt von Wahlsystem (M_{eff}) und Strukturierungsgrad ($Legacy$)



Anmerkungen: Die Diagramme geben "added variable plots" der einzelnen Prädiktoren wieder; logarithmierte *Effective Magnitude* ($\log_{10} M_{eff}$); Strukturierungsindikator $Legacy$; Interaktionsterm ($Legacy \cdot \log_{10} M_{eff}$).

zeigen, dass eine negative Konjunktion von M_{eff} und N_v, also der Befund, dass permissivere Wahlsysteme mit höherer Wahlkreisgröße weniger effektive Parteien aufweisen als "stärkere" Wahlsysteme mit geringerer Wahlkreisgröße, besonders für die Vergleichsstaaten mit einem unstrukturierten Parteienwettbewerb gilt. Diejenigen postkommunistischen Staaten jedoch, die eine bessere Strukturierung und Institutionalisierung des Parteiensystems aufweisen, also die Nachfolgeregimes des patrimonialen und vor allem des bürokratisch-autoritären Sozialismus, zeigen auch den theoretisch erwarteten und empirisch in etablierten Demokratien beobachteten positiven Zusammenhang von Wahlkreisgröße und Fragmentierung des vorparlamentarischen Parteiensystems.

Abbildung 5.5 illustriert denselben Befund grafisch. Das Instrument sind "added variable plots", die im Wesentlichen den unstandardisierten Regressionskoeffizienten β_1, β_2, β_3 entsprechen und die Beziehungen innerhalb einer multivariaten Regression darzustellen helfen. Die Visualisierung einer multivariaten Regression ist deutlich komplexer als die der bislang in Streudiagrammen vorgestellten, bivariaten Zusammenhänge, denn bei drei Regressoren müsste der Graf nicht mehr zwei-, sondern vierdimensional gezeichnet werden. "Added variable plots" (Chatterjee und Hadi 1988), auch bezeichnet als "partial-regression

leverage plots" (Belsley et al. 1980: 30) oder "adjusted partial residual plots" (Welsch 1986: 403), sind eine Methode, diese multidimensionalen Daten auf verschiedene, jeweils zweidimensionale Grafiken herunterzubrechen. Inhaltlich skizziert ein "added variable plot" für den Prädiktor $\log_{10} M_{eff}$ die Wirkungen dieser unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable N_v bei gleichzeitiger statistischer "Kontrolle" der Effekte übriger unabhängiger Variablen, etwa von *Legacy* und $\log_{10} M_{eff}$.[15]

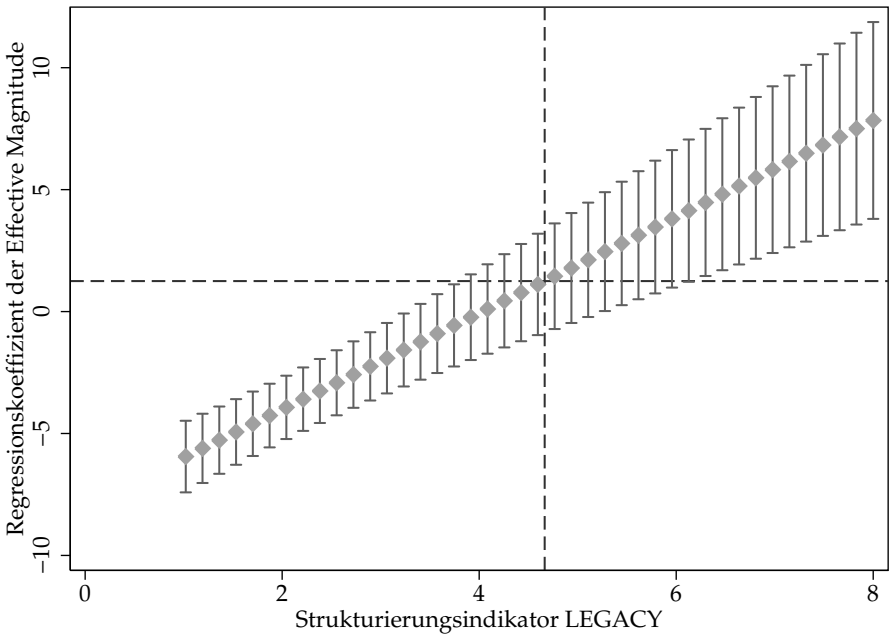
Bereits die oberflächliche Inspektion der in Abbildung 5.5 grafisch dargestellten "added variable plots" verweist auf die gute Aussagekraft der Prädiktoren für den psychologischen Effekt im postkommunistischen Osteuropa, und allein die polnische *Sejm*-Wahl von 1991, auf die bereits bei der *Outlier*-Diagnostik eingegangen wurde, fällt durch die enorme Überproduktion von gewählten Parteien in allen drei Diagrammen als "Ausreißer" auf. Generell sind diese Resultate für die Aussagekraft des kontextsensitiven Untersuchungsmodells dieser Arbeit positiv zu bewerten, denn der ursprünglich atheoretische, negative Zusammenhang von effektiver Wahlkreisgröße und der *Effective Number of Electoral Parties*, der in den reinen Institutionenmodellen gefunden wurde, konnte durch die Hinzunahme weiterer Einflussfaktoren theoretisch und empirisch erklärt werden.

Mechanische Effekte in den postkommunistischen Vergleichsstaaten

Während die Modelle zum psychologischen Effekt von Wahlsystemen auf die Fragmentierung des vorparlamentarischen Parteiensystems (N_v) zielen, wird beim mechanischen Effekt, genau wie bei der Kontrollgruppe etablierter Demokratien, die Fragmentierung des parlamentarischen Parteiensystems (N_m) als abhängige Variable benutzt. Tabelle 5.7 stellt sechs Modelle zum Effekt von Wahlsystemen (M_{eff}) auf das parlamentarische Parteiensystem in den elf osteuropäischen Vergleichsstaaten vor. Modell 1 wiederholt den theoretisch hergeleiteten und in den etablierten Demokratien empirisch bestätigten mechanischen Effekt als Referenzpunkt der anschließenden Analysen (vgl. Taagepera und Shugart 1989b; 1993). Das einfache Modell 2 illustriert jedoch, dass die direkte, bivariate Regression von N_m auf M_{eff} in den osteuropäischen Vergleichsstaaten nicht dieser Folie entspricht. Konträr zur theoretischen Annahme (β_1) = +1.15) sinkt die parlamentarische Fragmentierung mit zunehmender effektiver Wahlkreisgröße ($\beta_1 = -1.91$). Die Varianzaufklärung liegt bei adj. $R^2 = 0.13$. Wie bereits bei den Analysen zum psychologischen Effekt werden diese Konsequenzen, die den theoretisch postulierten Wirkungen von Wahlsystemen diametral widersprechen (vgl. Duverger 1959: 219), vor allem durch die extreme Fragmentierung in den

15 Technisch wird im hier diskutierten Modell 7 aus Tabelle 5.6 etwa ein "added variable plot" der Effekte der unabhängigen Variablen $\log_{10} M_{eff}$ auf die abhängige Variable N_v in drei Schritten hergestellt: (1) Zunächst wird eine Regression von N_v auf die übrigen unabhängigen Variablen im Modell, $Legacy$ und $Legacy \cdot \log_{10} M_{eff}$, berechnet; sodann werden die Regressionsresiduen ($\hat{u}_{1i}$) bestimmt; diese Residuen ergeben sich als Differenz des tatsächlichen Wertes und des Erwartungswertes ($\hat{u}_i = N_{v_i} - \hat{N}_{v_i}$); sie bezeichnen damit den "unerklärten" Anteil der Varianz in der abhängigen Variablen; (2) im zweiten Schritt werden danach die Regression von $\log_{10} M_{eff}$ auf die beiden unabhängigen Variablen $Legacy$ und $Legacy \cdot \log_{10} M_{eff}$ und erneut die Regressionsresiduen ($\hat{u}_{2i}$) berechnet; (3) schließlich werden die Residuen beider Regressionsmodelle in einem Streudiagramm gegeneinander abgetragen; dabei erscheint ($\hat{u}_{1i}$) auf der Abszisse und ($\hat{u}_{2i}$) auf der Ordinate. Dieses "added variable plot" präsentiert grafisch dieselbe Information wie der Regressionskoeffizient $\hat{\beta}_1$, den Effekt von logarithmierter Wahlkreisgröße $\log_{10} M_{eff}$ auf die Fragmentierung des vorparlamentarischen Parteiensystems N_v bei gleichzeitiger "Kontrolle" der übrigen Prädiktorvariablen $Legacy$ und des Interaktionsterms $Legacy \cdot \log_{10} M_{eff}$.

Abbildung 5.6: Interaktionseffekte von Wahlsystem und Strukturierung des politischen Wettbewerbs in den postkommunistischen Vergleichsstaaten



Anmerkungen: Die Grafik dokumentiert den Regressionskoeffizienten von $\log_{10} M_{eff}$ in Abhängigkeit von $Legacy$ und sein Konfidenzintervall.

Mehrheitswahlsystemen und in den Mehrheitswahlsegmenten der kombinierten Wahlsysteme begründet.

Da der mechanische Effekt von Wahlsystemen kontextunabhängig wirkt, kommt neben der Schlüsselvariablen M_{eff} als weitere Kontrollvariable nur die Verteilung der Wählerstimmen, operationalisiert als vorparlamentarische Fragmentierung (N_v), infrage. Beide Faktoren gemeinsam sollten idealtypisch die Fragmentierung des parlamentarischen Parteiensystems (N_m), die abhängige Variable des mechanischen Effekts, vollständig erklären können. Modell 3 und 4 in Tabelle 5.7 illustrieren diesen Zusammenhang für die osteuropäischen Vergleichsstaaten zunächst mit der von Amorim Neto und Cox (1997) eingebrachten multiplikativen Fassung. Hier überträgt ein "no effect system" (Sartori 1986: 54) die Fragmentierung des Elektorats vollständig ins Parlament, sodass $N_m = N_v$ gilt. "Starke" Wahlsysteme führen dagegen mit ihrem mechanischen Effekt eine größere Reduktion des vorparlamentarischen Parteiensystems im Parlament herbei ($N_m \ll N_v$). Ein Wahlsystem ist deshalb umso "stärker", je geringer der Ausdruck $\alpha + \beta_1 \log_{10} M_{eff}$ wird. Die Mehrheitswahl in Einer-

Tabelle 5.7: Analysen zum mechanischen Effekt in den postkommunistischen Vergleichsstaaten (abhängige Variable: N_m)

	Theorie	*Empirische Schätzer*				
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
$\log_{10} M_{eff}$	1.15	-1.91^{*}			0.94^{**}	0.94^{**}
	–	(0.94)			(0.39)	(0.31)
N_v	–		0.60^{**}	0.39^{**}	0.71^{**}	0.59^{**}
	–		(0.07)	(0.11)	(0.06)	(0.18)
$N_v \cdot \log_{10} M_{eff}$	–		0.03^{*}	0.12		
	–		(0.06)	(0.06)		
Konstante	2.30	6.69^{**}	0.15	0.75	-1.44	-0.65
	–	(1.18)	(0.55)	(0.61)	(0.77)	(1.28)
adj. R^2	–	0.13	0.81	0.62	0.82	0.64
N	–	48	48	42	48	42
χ^2	–	23.49^{**}	30.18^{**}	37.30^{**}	–	–
max(D)	–	0.47	0.86	1.09	–	–
$\overline{\text{VIF}}$	–	1	1.02	1.45	–	–
max(VIF)	–	1	1.02	1.45	–	–

Anmerkungen: Theoretische Erwartungen von Taagepera und Shugart 1989b; 1993. In Klammern sind korrigierte, robuste Standardfehler nach der Huber/ White/ sandwich-Methode angegeben (vgl. White 1980; Wooldridge 2000: 248-255); χ^2 = Breusch-Pagan-Test auf Heteroskedastizität; max(D) = maximaler Wert von "Cook's Distance"; $\overline{\text{VIF}}$ = arithmetisches Mittel des *Variance Inflation Factor*; max(VIF) = maximaler Wert des *Variance Inflation Factor*; * p<0.05; ** p<0.01.

wahlkreisen, das maximal "starke" Wahlsystem, überträgt wegen $\log_{10} 1 = 0$ nur noch den Anteil α der vorparlamentarischen Fragmentierung ins Parlament:

$$N_m = \alpha + N_v[\alpha + \beta_1 \log_{10} M_{eff}] + \epsilon_m \tag{5.41}$$

Modell 3, das alle 48 Beobachtungen aus den elf Vergleichsstaaten aufnimmt, zeigt jedoch keinen signifikanten Reduktionseffekt, sondern die tendenzielle Abwesenheit einer effektiven mechanischen Konzentration des vorparlamentarischen Parteienspektrums im Parlament. Modell 4 basiert auf einem reduzierten Datensatz. Diejenigen Beobachtungen, die durch besonders exzessive Fragmentierung charakterisiert sind, werden von der Analyse ausgenommen. Das betrifft das ukrainische Mehrheitswahlsystem von 1994 (`UKR1`) und die Mehrheitswahlsegmente der kombinierten Wahlsysteme Russlands (`RUS1`) und der Ukraine (`UKR2`), sodass die Zahl der analysierten Beobachtungen auf 42 sinkt. Mit diesem um einige einflussreiche Beobachtungen bei der abhängigen Variablen N_m bereinigten Datensatz kann ein signifikanter Effekt des Interaktionsterms $N_v \cdot \log_{10} M_{eff}$ gezeigt werden.

Die Modelle 5 und 6 vermeiden den "omitted variable bias" der bivariaten Modelle ohne Kontrollvariablen und den "endogeneity bias" der multiplikativen Modelle durch die Spezifizierung eines "three stages least squares"-Modells (3SLS), das die spezifische Isolierung

des mechanischen Effekts postkommunistischer Wahlsysteme erlaubt. Dabei spezifiziert $\mathbb{M}$ das Modell des mechanischen Effekts, der allein durch die Verrechnungsregeln des Wahlsystems und die Fragmentierung des vorparlamentarischen Parteiensystems beeinflusst wird; dagegen bestimmt $\mathbb{P}$ den psychologischen Effekt des Wahlsystems, der als Instrument für die vorparlamentarische Fragmentierung verwendet wird:

$$\mathbb{P}: N_v = \alpha + \beta_1 \log_{10} M_{eff} + \beta_2 Legacy + \beta_3 Legacy \cdot log_{10} M_{eff} + \epsilon_p \tag{5.42}$$

$$\mathbb{M}: N_m = \gamma_0 + \gamma_1 \log_{10} M_{eff} + \gamma_2 N_v + \epsilon_m \tag{5.43}$$

Modell 5 gibt ein "three stages least squares"-Modell mit allen 48 Beobachtungen des Datensatzes an, und das parallel konstruierte Modell 6 wurde mit dem reduzierten Datensatz geschätzt, der die Mehrheitswahlsegmente der kombinierten Wahlsysteme Russlands und der Ukraine ausschließt. Die mit dem Strukturmodell bestimmten empirischen Effektparameter sind jedoch in beiden Modellen nahezu identisch. Beide Regressoren, die effektive Wahlkreisgröße und das Instrument der vorparlamentarischen Fragmentierung leisten einen sehr signifikanten Beitrag zur Aufklärung des Fragmentierungsniveaus in den postkommunistischen Parlamenten. Vergleicht man im zweiten Schritt substanziell die Höhe dieser Effektparameter in etablierten Demokratien und im postkommunistischen Osteuropa, wird sofort deutlich, dass Wahlsysteme unter unsicheren Kontextfaktoren wesentlich schroffere Reduktionseffekte erzielen und nur einen geringen Anteil der vorparlamentarischen Fragmentierung in die osteuropäischen Parlamente übertragen.

Vor dem Hintergrund dieser Effekte von Wahlsystemen in den "neuen" Demokratien Osteuropas sind einige weitere Erläuterungen notwendig. Mehrfach ist argumentiert worden, dass die mechanischen Effekte von Wahlsystemen, anders als ihre psychologischen Wirkungen, kontextunabhängig wirken. Sind Wählerpräferenzen einmal in Stimmen ausgedrückt, erzeugt ein identisches Wahlsystem, die Abwesenheit von Fehlern und von Wahlbetrug einmal vorausgesetzt, jeweils ein identisches parlamentarisches Parteiensystem. Die Analyse der elf osteuropäischen Vergleichsstaaten zeigt jedoch, dass ohne die Wirkung psychologischer Effekte von Wahlsystemen, also ohne eine durch "strategic voting" und "strategic entry" herbeigeführte Reduktion der Kandidatenzahl auf die "carrying capacity" des Wahlsystems (vgl. Cox 1997: 141), ein wirksamer mechanischer Effekt, bestimmt als eine Reduktion der Fragmentierung des Elektorats im Parlament, nicht einsetzen kann. Werden jedoch die Beobachtungen mit der exzessivsten Fragmentierung, die Mehrheitswahlsegmente in Russland (RUS1) und der Ukraine (UKR1, UKR2), von der Analyse ausgenommen, kann der Reduktionseffekt gezeigt werden. Diese empirischen Befunde verweisen eindeutig, im Einklang mit den zentralen Hypothesen dieser Arbeit, auf die zuerst von Sartori (1986: 49-52) hervorgehobene Bedeutung strukturierter Parteiensysteme.[16] Dieser Faktor ist, so konnte zweitens gezeigt werden, eng verbunden mit den Strukturierungsoptionen, die durch die *Legacies* der vorkommunistischen Periode, des realsozialistischen Systemtyps und des Modus der Transition gesetzt werden.

16 Erneuert bei Sartori (1994: 38); für die Anwendung des Arguments auf osteuropäische Fälle vgl. auch Moser (1999a; 2001b).

5.4 Fragmentierung in der Vergleichs- und Kontrollgruppe

Die bisherigen Ausführungen haben sich am "generalized Duverger's law" orientiert und besonders die Effektparameter der Wirkungen von Wahlsystemen auf Parteiensysteme herausgegriffen und in der Vergleichs- und Kontrollgruppe einander gegenübergestellt. Konform mit zunächst recht allgemein formulierten theoretischen Vorannahmen des Neoinstitutionalismus konnte dabei eine "doppelte" Kontextabhängigkeit ihrer Funktionsweise aufgezeigt werden. Einmal unterscheiden sich die politischen Konsequenzen unterschiedlicher Wahlsystemtypen in der postkommunistischen Vergleichsgruppe und in der Kontrollgruppe etablierter Demokratien wesentlich voneinander. Zweitens werden ihre Wirkungen aber auch innerhalb dieser beiden, jeweils recht homogen ausgewählten Vergleichsgruppen, durch intervenierende Variablen moderiert. Bei den etablierten Demokratien konnte robust, über verschiedene Datensätze hinweg, die interaktive Beziehung von Wahlsystemen und sozialer Heterogenität gezeigt werden. In den osteuropäischen Staaten werden die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen weniger durch sozialstrukturelle Merkmale, sondern durch die *Legacies* der kommunistischen *Anciens Régimes* mitbestimmt.

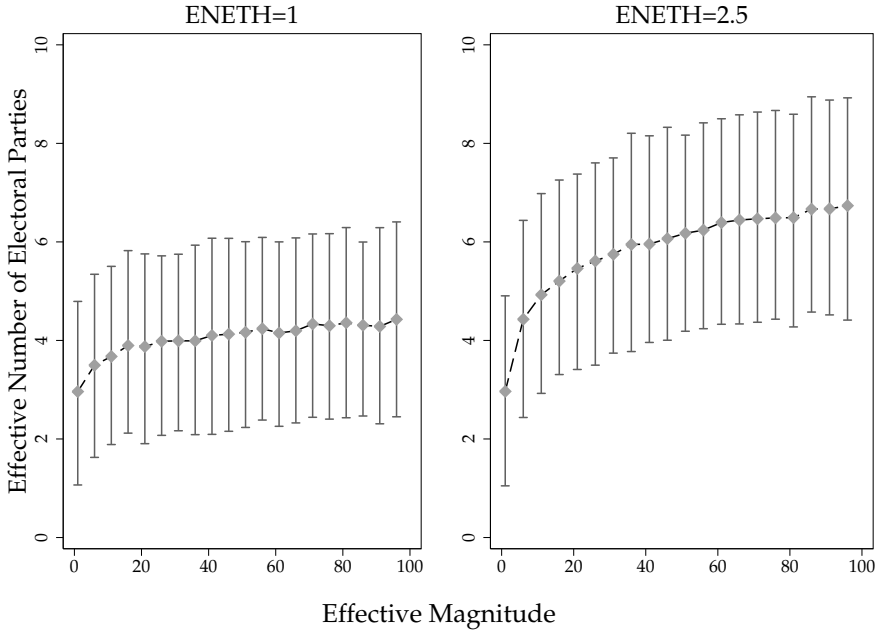
Die folgenden Ausführungen formulieren diese Befunde direkt in der Einheit der abhängigen Variablen und illustrieren ihre substanziellen Konsequenzen in kurzen, fallspezifischen Diskussionen. Methodisch werden dabei diejenigen Anregungen aufgegriffen und zur Illustration der empirischen Resultate verwendet, die King et al. (2000) vorgeschlagen und in ihrem Software-Paket *Clarify* umgesetzt haben,[17] das darauf zielt weniger statistische Koeffizienten zu diskutieren, sondern die Forschungsfrage direkt in der "Einheit" der abhängigen Variablen zu beantworten. "Clarify" benutzt Monte-Carlo-Simulationen, um zwei Varianten von statistischer "Unsicherheit" bei diesen Vorhersagen zu berücksichtigen, einmal die spezifische Unsicherheit statistischer Parameterschätzungen in finiten *Samples* (die Varianz von $\boldsymbol{\beta}$) und zweitens die generelle Unsicherheit bei der Schätzung eines statistischen Modells (der Fehlerterm ϵ).

Abbildung 5.7 illustriert Simulationen der interaktiven Wirkung von Wahlsystem und sozialer Heterogenität auf die *Effective Number of Electoral Parties* in etablierten Demokratien. Hier werden die Wirkungen politischer Institutionen, von Wahlsystemen, durch die soziale Heterogenität der Vergleichsstaaten, gemessen als *Effective Number of Ethnic Groups*, moderiert. Bei einem sozial homogenen Vergleichsstaat, hier wird eine einzige "ethnische Gruppe" unterstellt ($N_{eth} = 1$), steigt die simulierte Parteienzahl monoton mit zunehmend permissiveren Wahlsystemen. In einem sozial heterogenerem Vergleichsstaat ($N_{eth} = 2.5$) verläuft die Beziehung von Wahlsystem und Fragmentierung der Parteiensysteme dagegen ungleich steiler. Fragmentierte Parteiensysteme werden deshalb *interaktiv* durch sozialstrukturelle und durch institutionelle Faktoren begründet.

Abbildung 5.8 illustriert ähnliche Simulationen der interaktiven Effekte von Wahlsystemen und historischen *Legacies* der postkommunistischen *Anciens Régimes*. Im Kontext von *Legacies* patrimonialer kommunistischer Systeme ($Legacy = 0$) besteht eine atheoretische, negative Beziehung von effektiver Wahlkreisgröße und vorparlamentarischer Fragmentierung. Besonders die Mehrheitswahlsegmente der kombinierten Wahlsysteme in Russland,

17 "Clarify" ist als Ado-File für Stata implementiert; Programmcode und Dokumentation können bei `http://gking.harvard.edu/stats.shtml` heruntergeladen werden.

Abbildung 5.7: Wahlsysteme und soziale Heterogenität in etablierten Demokratien



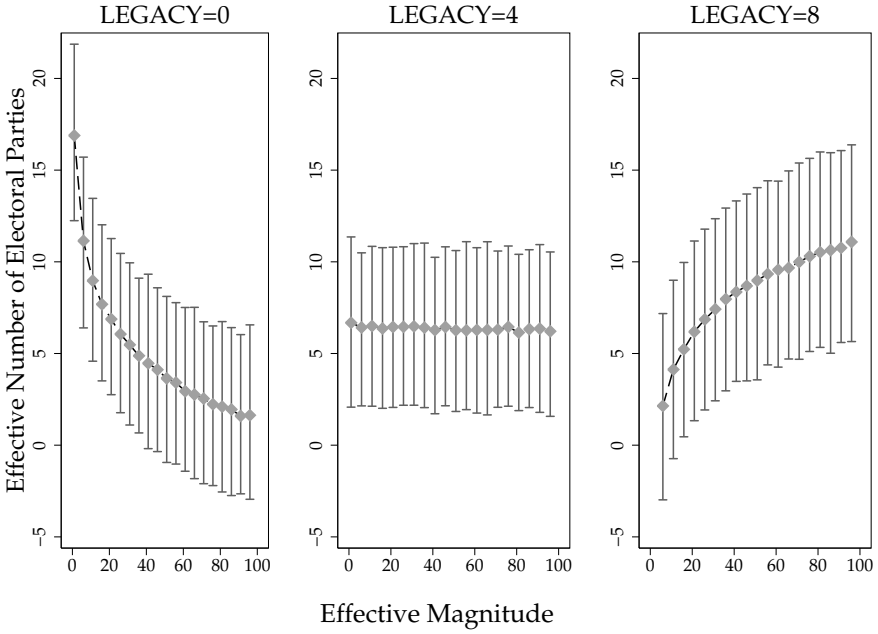
Anmerkungen: Simulierte Erwartungswerte der *Effective Number of Electoral Parties* (N_v) bei unterschiedlichen effektiven Wahlkreisgrößen (M_{eff}) mit einem Konfidenzintervall von 95%; links sind Simulationen für einen sozial homogenen Vergleichsstaat (N_{eth}=1.0), rechts Simulationen für einen sozial heterogenen Vergleichsstaat abgebildet (N_{eth}=2.5); N=1000 Simulationen.

der Ukraine und, mit Abstrichen, Litauen weisen jeweils ein hohes Maß an Fragmentierung auf. Wirken dagegen die *Legacies* des national-akkommodativen Kommunismus auf die Entwicklung des Systemwechsels ($Legacy = 4$), etwa in Ungarn oder in Polen, kann kein signifikanter Zusammenhang von Wahlsystemen und der Anzahl der gewählten Parteien und/ oder Kandidaten gezeigt werden. Die pfadabhängigen Konsequenzen bürokratisch-autoritärer kommunistischer Systeme ($Legacy = 8$) münden dagegen in eine höhere Strukturierung des politischen Wettbewerbs und erzeugen so günstigere Voraussetzungen für die Wirksamkeit von politischen Institutionen.

5.5 Zusammenfassung

Die gerade skizzierten Analysen haben die Konsequenzen von historischen *Legacies* der kommunistischen *Anciens Régimes* für die Funktion und Funktionsfähigkeit von Wahlsystemen auf der nationalen Ebene fallweise nachvollzogen. Die Befunde der fallorientierten

Abbildung 5.8: Wahlsysteme und "Leninist Legacies" in den postkommunistischen Vergleichsstaaten



Anmerkungen: Simulierte Erwartungswerte der *Effective Number of Electoral Parties* (N_v) bei unterschiedlichen effektiven (M_{eff}) mit einem Konfidenzintervall von 95%; links sind Simulationen für den patrimonialen Kommunismus ($Legacy$=0), in der Mitte für den national-akkommodativen Kommunismus ($Legacy$=4.0) und rechts Simulationen für den bürokratisch-autoritären Kommunismus abgebildet ($Legacy$=8.0); N=1000 Simulationen.

Betrachtungen korrespondieren gleichermaßen mit den theoretisch hergeleiteten, kontextsensitiven Hypothesen und mit den Resultaten der makroquantitativen Analysen. Bei den makroquantitativen Regressionsmodellen funktionierten die historisch-politischen Hinterlassenschaften der kommunistischen *Anciens Régimes* als eine Moderatorvariable, die mit der Wirkung der politischen Institutionen interagierte. Auch diese fallorientierten Analysen haben eine profunde Bedeutung der *Legacy*-Effekte herausgearbeitet. Die Prägekraft von Wahlsystemen variiert systematisch mit dem Institutionalisierungsgrad der Parteiensysteme und der *Legacy*-Variable.

Zunächst konnte auch fallweise gezeigt werden, dass die relative Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen bei unstrukturierten, nur rudimentär institutionalisierten politischen Wettbewerbsstrukturen regelmäßig keine konzentrierende, sondern dezidiert eine stark fragmentierende Wirkung auf das politische Parteiensystem entwickelt (kontextsensitive Hypothese

1). Zwar wurde nirgendwo ein genuines "first-past-the-post"-System eingerichtet, jedoch ist die relative Mehrheitswahl gleichberechtigter Bestandteil der "mixed-member majoritarian systems" (vgl. Shugart und Wattenberg 2001c: 13-18) in Russland, in der Ukraine und seit 2000 in Litauen (LTU2000-Ewk). Empirisch waren vor allem die Mehrheitswahlsegmente der russischen und ukrainischen Wahlsysteme von einer enormen Parteien- und Kandidatenproliferation betroffen, und sie zeigen mit ihren fortgesetzt hohen Anteilen "unabhängiger" Kandidaten und Parlamentarier tendenziell Abwesenheit eines Parteiensystems *in toto* an.

Ganz ähnlich fällt der Befund aus für die absolute Mehrheitsregel, das überkommene Wahlsystem der kommunistischen *Anciens Régimes*; dieser Systemtyp wurde nur einmal, in der Ukraine (UKR1994) als eigenständiger "Grundtyp" angewendet. Die absolute Mehrheitsregel galt darüber hinaus in den Mehrheitswahlsegmenten der kombinierten Wahlsysteme Ungarns und Litauens (LTU1992-Ewk; LTU1996-Ewk). Auch in den ungarischen und litauischen Einerwahlkreisen lag die Fragmentierung ganz erheblich über der institutionell definierten "carrying capacity" der Einerwahlkreise. Beide Mehrheitswahlsegmente blieben aber, konträr zu den russischen und ukrainischen Einerwahlkreisen, parteien-, nicht kandidatenorientiert. Nimmt man nun die beiden Majorzregeln, absolute und relative Mehrheitswahl, zusammen, wird unmittelbar die Bedeutung des *Legacy*-Indikators deutlich. Wenn mindestens noch politische Parteien die Nominierung von Kandidaten steuerten und kontrollierten, erzeugten Mehrheitsregeln die teils schroffe Überrepräsentation der stärksten Partei; dort wo kein systematisch aufeinander bezogener parteiensystemischer Kontext bestand, wirkten die Mehrheitsregeln nicht mehrheitsbildend, sondern sie wirkten als Einfallstor für extreme parteiensystemische Fragmentierung.

Verhältniswahlsysteme führen in den meisten postkommunistischen Vergleichsstaaten zu sehr fragmentierten Parteiensystemen (kontextsensitive Hypothese 2). Auch hier können einige Konfigurationen angegeben werden. Zunächst weisen Verhältniswahlsysteme ohne eine formale Sperrklausel regelmäßig sehr hohe Fragmentierungsniveaus in Elektorat und Parlament auf (POL1991, ROU1991). Auch bei den Verhältniswahlsystemen erweisen sich weniger mathematische Quoren, die etwa durch die Wahlkreisgröße und die Verrechnungsformel errichtet werden und verhaltensabhängig funktionieren, denn formale Sperrklauseln als ein Hemmnis für forcierte Parteienproliferation.

Eine dynamische Perspektive verweist zudem auf Möglichkeiten und Grenzen einer strategischen Adaption von Wählern und Parteieliten an die institutionellen Anreizstrukturen des jeweiligen Wahlsystems. Als Maßstab für institutionelles Lernen kann der Anteil an Wählerstimmen genommen werden, der auf Listen oder Kandidaten entfällt, denen der Einzug ins Parlament verwehrt bleibt. Sinkt dieser Anteil der "wasted votes" mit zunehmender demokratischer Systemzeit t, sind Lerneffekte von Wählern und von Parteieliten gezeigt. Sowohl die makroquantitativen wie auch die fallorientierten Analysen konnten bei dieser Fragestellung zeigen, dass auch die Entwicklung dieser Lernfähigkeit durch den *Legacy*-Typ vermittelt ist. Zusammengenommen zeigen diese Befunde, gleichermaßen bei makroquantitativen und bei fallorientierten Analyseverfahren, einen krassen Widerspruch des "Conventional Wisdom" der etablierten Institutionenlehre und der stabilen empirischen Befunde für etablierte Demokratien auf der einen und der postkommunistischen Vergleichsstaaten auf der anderen Seite.

6 Wahlsysteme und strategische Koordination

Während das Format des Parteiensystems auf nationaler Ebene, hier gemessen als die *Effective Number of Electoral/ Parliamentary Parties*, als zentrales Merkmal Mehrheits- und Konsensdemokratien voneinander abgrenzt (vgl. Lijphart 1999: 62; Armingeon 2002: 89), ist die Fragmentierung der Elektorate auf subnationaler Ebene, im einzelnen Wahlkreis *an sich* weniger von praktischer politischer Konsequenz als von analytischer Bedeutung. Dennoch ist aus der Perspektive der vergleichenden Wahlsystemforschung die Fokusverschiebung auf die Wahlkreisebene nicht nur gerechtfertigt, sondern unmittelbar begründet und geboten. Die Beschränkung auf die nationale Ebene reicht nicht hin für die Konstruktion eines kausalen Arguments, denn neben Duverger (1959: 237) selbst haben viele weitere Autoren darauf hingewiesen, dass die relevanten kausalen Mechanismen dezidiert auf der Ebene einzelner Wahlkreise wirken (vgl. etwa Chhibber und Kollman 1998; 2004; Cox 1997; Gaines 1997; 1999; Leys 1959; Reynolds 2000; Sartori 1986; Taagepera und Shugart 1989b; Wildavsky 1959).

In der "Grundstruktur soziologischer Erklärungen", die zum Beispiel Coleman (1990) und Esser (1996) skizziert haben, bestimmen die Kontextfaktoren demokratischer Wahlen in etablierten und in "neuen" Demokratien die soziale Situation und das Format des Parteiensystems, das "kollektive Explanandum". Die bislang in dieser Arbeit vorgetragenen Analysen, und mit ihnen weite Teile der einschlägigen Literatur, stellen im Grunde nur eine empirische Verallgemeinerung auf der nationalstaatlichen Makroebene dar, ihre substanzielle kausale Erklärung kann jedoch nur auf der Mikroebene der einzelnen Wahlkreise erfolgen. In dieser Optik wirken (1) die unterschiedlichen Kontextfaktoren etablierter Demokratien und postkommunistischer Staaten als die *Logik der Situation* auf Wähler und Parteieliten, (2) ihr durch diesen Kontext vermitteltes strategisches Handeln wirkt als die *Logik der Selektion* im einzelnen Wahlkreis, und (3) die Zusammenfassung einzelner Wahlkreise zum nationalen Parteiensystem bezeichnet die *Logik der Aggregation* hin zum kollektiven Explanandum. Die folgenden Analysen wenden sich in diesem Kapitel dezidiert diesem kausalen Kern des Arguments zu.

Die bereits detailliert diskutierte spieltheoretische Reformulierung von "Duvergers Gesetz", die von Cox (1997) eingebrachte $M+1$-Regel, operiert exklusiv auf der subsystemischen Ebene einzelner Wahlkreise; die relevante abhängige Variable jedoch, die Fragmentierung von Elektorat und Parlament, wird auf der nationalen Ebene bestimmt. Sie ergibt sich als Summe aller einzelnen Koordinationsspiele $(M+1)$ in den n Wahlkreisen $(n[M+1])$. Mit anderen Worten: Wenn das nationale Parteiensystem als Addition der lokalen Parteiensysteme in den einzelnen Wahlkreisen verstanden wird, so kann, selbst wenn die Koordination auf maximal $M+1$ Listen oder Kandidaten im einzelnen Wahlkreis erfolgt, im abstrakten Extremfall jede einzelne Liste oder jeder einzelne Kandidat in den n Wahlkreisen eine eigenständige Partei ausmachen, sodass summarisch $n[M+1]$ Parteien auf nationaler Ebene Wählerstimmen erhalten. Die Analyse dieser Logik der Aggregation bildet einen zweiten Schwerpunkt dieses Kapitels.

Die folgenden Analysen lösen deshalb ein lange formuliertes Desiderat der (vergleichenden) Wahlsystemforschung ein. Sie verschieben den Fokus von der nationalen Ebene, wo die politisch relevanten abhängigen Variablen gemessen werden, auf die Wahlkreisebene,

wo die relevanten kausalen Faktoren operieren. Die vorrangige Zielstellung dieses Perspektivwechsels besteht in der dezidierten Untersuchung der *kausalen* Effekte, die Wahlsysteme auf die Fragmentierung von Parteiensystemen projizieren. "Duvergers Gesetz" kann, wenn allein auf der nationalstaatlichen Makroebene angesetzt wird, nur als empirischer Generalisierungsversuch gelten, und erst die dezidierte Perspektive auf die strategischen Anreize für Wähler und für Parteieliten *innerhalb* der einzelnen Wahlkreise kann den Zusammenhang von Wahlsystem und parteiensystemischer Fragmentierung, spieltheoretisch in der $M+1$-Regel formalisiert, als eine spezifische, kausal begründete Hypothese der vergleichenden Politikwissenschaft angeben.

Die erste Zielstellung dieses Kapitels zur strategischen Koordination auf der Wahlkreisebene ist deshalb die Entwicklung von klaren Indikatoren zur Bestimmung koordinierter und unkoordinierter Wettbewerbssituationen *innerhalb* einzelner Wahlkreise und über diese Wahlkreise hinweg, hin zu einem nationalisierten Parteiensystem (Kapitel 6.1). Die zweite Zielstellung ist eine empirische, und sie besteht in der systematischen Analyse von empirischen Modellen zum Effekt institutioneller Wahlsystemmerkmale auf die lokalen Parteiensysteme in den Wahlkreisen (6.2). Drittens wird dabei empirisches Material zur Prüfung der $M+1$-Regel präsentiert, das einen Aufschluss über die Koordination und die Defizite der Koordination in den elf postkommunistischen Vergleichsstaaten bietet; dies ermöglicht zudem, stärker fall- und prozessorientierte Perspektiven in die empirische Analyse hineinzutragen (6.3). Schließlich wird eingehend die Interaktion von Wahlkreisebene und nationaler Ebene analysiert. Dabei steht die Projektion der lokalen Parteiensysteme, die innerhalb der Wahlkreise entstehen, hin zum nationalen Parteiensystem, dem kollektiven Explanandum, im Vordergrund der Diskussion (6.4).

6.1 Definition und Operationalisierung von strategischer Koordination

Auf der Wahlkreisebene werden drei unterschiedliche Bereiche abhängiger Variablen differenziert: (1) direkte Maße für die Fragmentierung der Parteiensysteme innerhalb einzelner Wahlkreise, (2) Maße für die strategische Koordination auf der Wahlkreisebene und (3) Indikatoren, die sich auf die Interaktion von Wahlkreisebene und nationaler Ebene beziehen.

Zwei wesentliche Vorzüge sprechen dafür, die Effekte des Wahlsystems auf die Fragmentierung von Elektorat und Parlament auf der Wahlkreisebene zu verfolgen. Zunächst wird damit die Perspektive auf diejenige Ebene des Wahlsystems freigelegt, auf der die Umsetzung von Stimmen- in Mandatsanteile tatsächlich erfolgt und auf der "Duvergers Gesetz" und seine spieltheoretische Weiterentwicklung, die $M+1$-Regel von Cox (1997), tatsächlich operieren. Das "wasted vote"-Argument, der wesentliche Erklärungsfaktor für strategisches Wahl- und Kandidaturverhalten, bezieht sich streng nur auf die Wahlkreisebene (Cox 1997; Duverger 1959). Neben diesen inhaltlichen sprechen aber auch pragmatische Überlegungen für die Perspektive auf die Wahlkreisebene. Die Fokusverschiebung auf die subnationale Ebene der einzelnen Wahlkreise trägt der Analyse zahlreiche neue Beobachtungen ein, ermöglicht damit ökonometrische Modelle und Schätzungen, die auf einer breiteren und verlässlicheren Grundlage ruhen, und mindert zudem das methodische *Small-N*-Problem ländervergleichender Analysen (vgl. zu dieser Strategie King et al. 1994: 223-224).

Die zentrale unabhängige Variable "Effective Magnitude" (M'_{eff})

Wenn der Effekt von Wahlsystemen auf die lokale Fragmentierung im Wahlkreis in den Fokus rückt, wird die zentrale unabhängige Variable genau wie auf der nationalen Ebene gebildet. Das Konzept *Effective Magnitude*, maßgeblich von Rein Taagepera (1986; 1989; 1998a;c) eingebracht und vertreten, bildet die institutionellen Barriere ab, die unterschiedliche Wahlkreise gegen die Fragmentierung von lokalen Parteiensystemen errichten. Dabei wird diese Schranke gegen die Parteienproliferation auf nur *einer* analytischen Dimension abgetragen, und die operationalisierte Variable berücksichtigt zunächst die Wahlkreisgröße M, und im zweiten Schritt werden die Effekte von formalen Sperrklauseln und Verrechnungsformeln hinzugenommen:

$$M'_{eff} = min\left[M; \frac{100\%}{T_{leg}}\right] \tag{6.1}$$

Bei der *Effective Magnitude* und bei den weiteren, im Folgenden vorgestellten Maßen werden diejenigen Variablen, die sich auf einzelne Wahlkreise beziehen, durch ihre Notation von denjenigen Variablen getrennt, die sich auf die übergreifende nationale Ebene beziehen. M'_{eff} benennt die institutionelle Sperrwirkung einzelner Wahlkreise, und M_{eff} benennt denselben Effekt auf der nationalen Ebene. M'_{eff} erfasst jedoch die institutionellen Effekte insofern "direkter", als diese Variable auf derjenigen Ebene bestimmt wird, von der der kausale Effekt ausgeht und die reale Wahlkreisgröße M unmittelbar erfasst wird. M_{eff} dagegen operiert auf der nationalen Ebene und wird mit dem arithmetischen Mittel der einzelnen Wahlkreisgrößen gebildet.

Vor diesem Hintergrund sollte der Zusammenhang von Wahlsystem und Fragmentierung des Parteiensystems auf der Wahlkreisebene enger sein als bei der empirischen Generalisierung auf der nachgeordneten, nationalen Ebene.

Maße für die Fragmentierung innerhalb einzelner Wahlkreise

Auf der Wahlkreisebene können "Duvergers Gesetz" und die $M+1$-Regel immer dann als empirisch bestätigt gelten, wenn $M+1$ oder weniger Listen oder Kandidaten noch Wählerstimmen erhalten. Wird zum Beispiel ein relatives Mehrheitswahlsystem mit n Einerwahlkreisen in den Blick genommen, so bestätigt jeder Wahlkreis, in dem zwei und weniger Kandidaten im Gleichgewicht noch Wählerstimmen erhalten, "Duvergers Gesetz", und jeder Wahlkreis, in dem mehr als zwei Kandidaten Wählerstimmen erreichen, widerlegt diesen Zusammenhang. Für eine empirische Untersuchung ist dieser theoretisch abstrahierte Standard jedoch zu strikt. Real werden auch im Einerwahlkreis stets mehr als zwei Kandidaten um das Mandat konkurrieren; dies geht etwa auf mangelnde Informationsressourcen für Wähler und Parteieliten, unklare Konkurrenzsituationen, langfristig oder nicht instrumentell, sondern expressiv orientierte Wähler und andere empirische Rahmenbedingungen zurück, die mit den Geltungsbedingungen für die von Cox (1997) hergeleitete strategische Koordination auf $M+1$ Listen oder Kandidaten kollidieren.

Auch im einzelnen Wahlkreis wird die Fragmentierung der lokalen Parteiensysteme durch die *Effective Number of Parties* gemessen, also durch die mit ihrem Stimmen- oder Mandats-

anteil gewichtete Anzahl der Listen oder Kandidaten. Für die Berechnung dieser quantitativen Indikatoren werden bei der *Effective Number of Electoral Parties* (N'_v) die Stimmenanteile v'_i der n Listen oder Kandidaten in einem Wahlkreis (Gleichung 6.2) und analog bei der *Effective Number of Parliamentary Parties* (N'_m) die Mandatsanteile m'_i der n Listen oder Kandidaten im jeweiligen Wahlkreis verwendet (Gleichung 6.3):

$$N'_v = \left(\sum_{i=1}^{n} v_i^2 \right)^{-1} \tag{6.2}$$

$$N'_m = \left(\sum_{i=1}^{n} m_i^2 \right)^{-1} \tag{6.3}$$

Wird *Effective Number of Parties* (N'_v, N'_m) für einzelne Wahlkreise bestimmt, kommt der Variablen per se sicher nicht die gleiche praktische Bedeutung zu, die sie auf der nationalen Ebene hat. Da jedoch die kausalen Wirkungen von Wahlsystemen auf Parteiensysteme dort entstehen, wo die Mandate effektiv vergeben werden, also im einzelnen Wahlkreis, sollte die Korrelation der unabhängigen Variablen (M'_{eff}) und der abhängigen Variablen (N'_v, N'_m) hier deutlich höher als auf der nationalen Ebene sein und die Wirksamkeit der $M+1$-Regel auf der Wahlkreisebene anzeigen.

Zudem ist die *Effective Number of Parties* ein sehr konservativer Indikator, wenn es um eine Überprüfung der $M+1$-Regel auf der Wahlkreisebene geht. Eines der zentralen Argumente dieser Arbeit besagt, dass in den postkommunistischen Vergleichsstaaten die stetigen Umbrüche der Parteiensysteme und die allgemeine Turbulenz des politischen Wettbewerbs effektiv die Bedingungen für "strategic entry" und "strategic voting" unterminieren, sodass tendenziell deutlich mehr als $M+1$ Kandidaten in jedem Wahlkreis Wählerstimmen erhalten sollten. Gegenüber der einfachen Anzahl der Listen oder Kandidaten fällt eine Falsifikation $M+1$-Regel mit der *Effective Number of Parties* schwerer, weil die Gewichtung mit den Stimmen- und Mandatsanteilen der Parteien die Werte des Indikators so weit vermindert, dass er empirisch stets unterhalb der einfachen Parteienzahl liegt und so robuster gegen den Einfluss von Kleinparteien ist.

Maße für die strategische Koordination

Der zweite Komplex abhängiger Variablen betrifft Maße für das strategische Verhalten von Wählern und Parteieliten in jedem Wahlkreis. Cox (1997) hat mit der $M+1$-Regel "Duvergers Gesetz" spieltheoretisch formalisiert, seine Geltungsvoraussetzungen angegeben und eine Generalisierung von der relativen Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen ($M = 1$) auf komplexere Wahlsystemtypen ($M > 1$) vorgenommen. Das Modell rezipiert gleichermaßen "strategic entry" auf der Seite der politischen Eliten und "strategic voting" auf der Seite der Wähler.

Im Resultat werden zunächst zwei unterschiedliche spieltheoretische "Gleichgewichte" geschieden: "Duvergersche Gleichgewichte" treten auf, wenn einige funktionale Kontextbedingungen, etwa die Präsenz instrumentell-strategisch orientierter Wähler und das Vorliegen von Informationen zur Wettbewerbsposition der einzelnen Listen oder Kandidaten

(vgl. Cox 1997: 79), gegeben sind. Bei diesen Bedingungen sollte durch die psychologischen Effekte des Wahlsystems eine Koordination auf maximal $M+1$ Listen oder Kandidaten erfolgen ($N_v \leq M+1$). Bei "Nicht-Duvergerschen Gleichgewichten" sind dagegen die Bedingungen des Koordinationsspiels in der Weise verletzt, dass verschiedene Listen oder Kandidaten (nahezu) gleichauf liegen und eine strategische Abkehr von zurückliegenden Kandidaten verhindert wird, weil eben diese zurückliegenden Kandidaten gar nicht identifizierbar sind. Als Konsequenz erhalten der erste, der zweite und möglicherweise noch weitere Wahlverlierer nahezu vergleichbare Stimmenanteile ($N_v > M+1$).

Als ein empirisches Kriterium zur Unterscheidung beider Gleichgewichtszustände hat Cox (1997: 85-90) das Maß *SF* vorgeschlagen, die Relation der Stimmenanteile des zweiten (*second loser*) zum ersten Wahlverlierer (*first loser*) (Gleichung 6.4). In einem Einerwahlkreis ist etwa der zweitplacierte Kandidat der *first loser* und der drittplacierte der *second loser*. Bei der Koordination auf ein "Duvergersches Gleichgewicht" sollte der Stimmenanteil des ersten Wahlverlierers wesentlich höher liegen als der des zweiten, sodass der Indikator *SF* gegen 0 tendiert. Dagegen scheitert beim "Nicht-Duvergerschen Gleichgewicht" die Koordination auf maximal $M+1$ Kandidaten; die Stimmenanteile des ersten und zweiten Wahlverlierers sollten damit eng beieinander liegen, sodass der Quotient *SF* gegen 1 konvergiert. In der von Cox (1994: 611-612, 1997: 75-76) und Myerson und Weber (1993) angegebenen Bedeutung bezeichnen "Nicht-Duvergersche Gleichgewichte" Situationen, die keine Diskriminierung von kompetitiven und nicht-kompetitiven Situationen ermöglichen, weil verschiedene Kandidaten (etwa/ genau) die gleiche Wählerunterstützung erreichen.[1]

$$SF = \frac{v_{sL}}{v_{fL}} \tag{6.4}$$

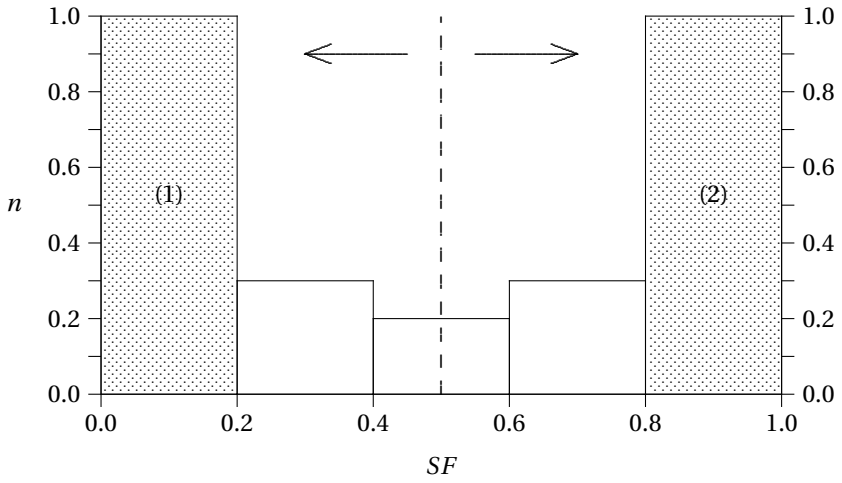
Freilich werden empirisch nicht nur spieltheoretisch koordinierte *Gleichgewichtszustände* auftreten, seien sie nun "Duvergersche" ($SF \backsim 0$) oder "Nicht-Duvergersche" ($SF \backsim 1$), sondern auch vollständig unkoordinierte Konkurrenzsituationen. Dies gilt vor allem im Kontext der volatilen Parteiensysteme vieler osteuropäischer Vergleichsstaaten. Wenn die Positionen der einzelnen Listen und/ oder Kandidaten im politischen Wettbewerb nicht sicher bestimmbar sind, politische Parteien in einem steten Prozess gegründet, aufgegeben und fusioniert werden, Wähler weder stabile Parteiidentifikation noch eine klare Präferenzhierarchie der politischen Kräfte entwickeln können, wird der Mechanismus von "strategic entry" und "strategic voting" ausgehebelt, und die Variable *SF* konvergiert nicht gegen einen der beiden Grenzwerte $\{0,\ 1\}$, sondern sie tendiert als Kennzeichen vollständig unkoordinierter Konkurrenzsituationen zu Werten im mittleren Bereich der Skala ($SF \backsim 0.5$).

Wird der Indikator *SF* nun parallel für die einzelnen Wahlkreise eines Wahlsystems bestimmt, so sollte die Verteilung, in einem Histogramm oder Kern-Dichte-Schätzer[2] dargestellt, als Kennzeichen von "Duvergerschen" und "Nicht-Duvergerschen Gleichgewichten"

1 Kritisch zu diesem Punkt argumentieren jedoch Mark Fey (1997) und David P. Myatt (1999; 2000), die auf die Instabilität dieser vermeintlichen Gleichgewichtszustände verweisen.

2 Kern-Dichte-Schätzer (engl. *Kernel Density Estimators*) werden auch als "gleitende Histogramme" bezeichnet; sie können Verteilungen genauer als Histogramme abbilden, weil hier Anzahl und Breite der Balken nicht mehr die Darstellung definieren. Zu weiterführenden, bi- und multivariaten Darstellungsmöglichkeiten vgl. Jacoby 2000; Kohler und Kreuter 2001: 163-168.

Abbildung 6.1: Theoretische Verteilung des Indikators *SF*



Anmerkungen: (1) Duvergersche Gleichgewichte; (2) Nicht-Duvergersche Gleichgewichte

bimodal verlaufen. D.h. ein Maximum der Verteilung von *SF* über die *n* einzelnen Wahlkreise sollte bei $SF \backsim 0$ für die "Duvergerschen" und ein weiteres bei $SF \backsim 1$ für die "Nicht-Duvergerschen Gleichgewichte" liegen. Dagegen zeigt eine unimodale Verteilung, mit einem Maximum etwa in der Skalenmitte von *SF* {0.5}, vollständig unkoordinierte Wettbewerbssituationen an.

Abbildung 6.1 skizziert diese "bimodality hypothesis" zur funktionalen Form der Verteilung von *SF* über die einzelnen Wahlkreise hinweg. Cox (1997: 86-89) argumentiert weiter, dass die Verteilung vor allem dann strikt bimodal sein sollte, falls der Wettbewerb, gemessen an den Stimmenanteilen des Mandatsgewinners und des *first loser*, sehr kompetitiv verläuft. Wenn jedoch in einem alternativen Szenario der Mandatsgewinner einen deutlichen Vorsprung vor dem zweitplacierten Kandidaten erreicht, werden die niedergelegten Bedingungen, bei denen "strategic voting" und "strategic entry" möglich und sinnvoll sind, verletzt, sodass keine bimodale Verteilung erwartet werden kann. Je kompetitiver also das Mandat in einem Wahlkreis vergeben wird, desto stärker ist die Tendenz hin zu strategischem Wahl- und Kandidaturverhalten und damit zu bimodalen Verteilungen von *SF*.

Bezogen auf die heterogenen Vergleichsfälle dieser Arbeit sollten in der Kontrollgruppe etablierter Demokratien bimodale Verteilungen als deutliches Kennzeichen "Duvergerscher" ($SF \backsim 0$) und "Nicht-Duvergerscher Gleichgewichte" ($SF \backsim 1$) dominieren, und in der Gruppe der elf postkommunistischen Vergleichsstaaten sollten häufiger unimodale Verteilungen auftreten ($SF \backsim 0.5$).

Maße für die Projektion zum nationalen Parteiensystem

Der dritte Komplex abhängiger Variablen in diesem Kapitel verlässt schließlich die isolierte Perspektive auf die einzelnen Wahlkreise und wendet sich der Projektion der lokalen Parteiensysteme innerhalb der Wahlkreise hin zum aggregierten Parteiensystem auf der nationalen Ebene zu. Die empirische Forschung hat sich mit dieser Nationalisierung lokaler "Parteiensysteme" erst in neueren Studien systematisch beschäftigt und dieses Konzept als "linkage" (Cox 1999), als "party aggregation" (Chhibber und Kollman 2004: 19) oder als "homogeneity" bzw. "territorial coverage" (Caramani 2004: 61) diskutiert. Konzeptionell und inhaltlich kommt dieser wenig erforschten Frage vor allem in der aktuellen Wahlsystemforschung eine hohe Bedeutung zu. Wenn nämlich, wie bereits argumentiert, die neuere einschlägige Literatur zwingende theoretische Gründe für einen Fokus auf die Wahlkreisebene akzeptiert, so muss auch gezeigt werden, wie aus den lokalen Parteiensystemen das nationale Parteiensystem entsteht, das wesentlich die Mehrheits- oder konsensdemokratischen Entscheidungsabläufe im politischen System und die Optionen zur Bildung und Stabilisierung einer von den parlamentarischen Parteien getragenen Regierung bestimmt.

Indikatoren für "linkage", "homogeneity", "party aggregation" oder "territorial coverage" beziehen sich auf die Frage, ob die politischen Parteien über die unterschiedlichen Wahlkreise hinweg eine vergleichbare oder eine sehr unterschiedliche politische Unterstützung erhalten. "Homogenität" oder "Nationalisierung des Parteiensystems" liegt vor, wenn politische Parteien in allen Wahlkreisen nahezu identische Anteile der Wählervoten erreichen; "Heterogenität" oder "Regionalisierung des Parteiensystems" liegt vor, wenn die Stimmenanteile in den einzelnen Wahlkreisen sehr unterschiedlich sind oder die Parteien gar nicht in allen Wahlkreisen Listen und/ oder Kandidaten präsentieren.

Ausgangspunkt der Indikatorenbildung ist der Stimmenanteil v einer Partei i im Wahlkreis j, v'_{ij}. Die Standardabweichung des Stimmenanteils v'_i über alle j Wahlkreise hinweg ergibt den Grad der Nationalisierung der Partei i, und das arithmetische Mittel der Standardabweichungen aller n Parteien ergibt den Nationalisierungsgrad des gesamten Parteiensystems. Bei dieser Analyse werden als Relevanzkriterium nur diejenigen Parteien berücksichtigt, die einen nationalen Stimmenanteil von mindestens 3% erreicht haben:

$$\sigma_v = \frac{1}{n}\sum_{i=1}^{n}\left[\frac{1}{n-1}\sum_{j=1}^{n}(v'_{ij} - \overline{v'_i})^2\right] \tag{6.5}$$

Gegen dieses Maß sind jedoch Einwände vorgebracht worden. So machen Allison (1978) und Blalock (1972) geltend, dass die Standardabweichung, die ja als die durchschnittliche Abweichung vom arithmetischen Mittel berechnet wird, bei der Indexbildung große Parteien gegenüber kleineren überrepräsentiere. Zudem nehme die Standardabweichung höhere Werte an, wenn die Anzahl der einzelnen Einheiten, hier sind das die Wahlkreise, gering sei. Eine Alternative zur Standardabweichung ist der Variationskoeffizient H_P, bei dem die

Standardabweichung σ_v der Einzelparteien durch ihren mittleren Stimmenanteil $\overline{v}_i$ dividiert wird, um die Größe der unterschiedlichen Parteien statistisch zu kontrollieren:

$$H_P = \frac{1}{n}\sum_{i=1}^{n}\left[\frac{1}{(n-1)\overline{v'_i}}\sum_{j=1}^{n}(v'_{ij}-\overline{v'_i})^2\right] \tag{6.6}$$

Gleichwohl kann auch diese Modifikation nicht alle skizzierten Probleme der Indikatorenbildung ausräumen, denn obgleich der Variationskoeffizient H_P nicht von der Größe der jeweiligen Parteien beeinflusst wird, reagiert er sensitiv auf die Anzahl der einzelnen Wahlkreise in einem System und weist, wie die Standardabweichung σ_v, keinen standardisierten Wertebereich auf.

Daniele Caramani (2004: 58-70) behandelt ausführlich, mit theoretischen Überlegungen und empirischen Belegen, die Vorzüge und Nachteile einzelner Indikatoren. Die beiden diskutierten *Bias*-Momente, die Beeinflussung des Indikators einmal durch die Größe der Einzelparteien und zweitens durch die Anzahl der Wahlkreise, sind besonders für die Untersuchung der politischen Konsequenzen von Wahlsystemen problematisch, denn beide Variablen sind systematisch mit der zentralen unabhängigen Variable, dem Wahlsystem, verbunden. So treten in Mehrheitswahlsystemen, wenn "Duvergers Gesetz" und die $M+1$-Regel empirisch halten, Parteien mit höheren Stimmenanteilen als in Verhältniswahlsystemen auf, und zudem wird ein Mehrheitswahlsystem mit Einerwahlkreisen regelmäßig eine höhere Anzahl einzelner Wahlkreise enthalten als ein Verhältniswahlsystem mit Mehrpersonenwahlkreisen.

Mit den Koordinationsspielen von "strategic voting" und "strategic entry" innerhalb der einzelnen Wahlkreise und der Nationalisierung der Parteiensysteme über die Wahlkreise hinweg liegen die notwendigen Informationen vor, um nach dem Ursprung der Fragmentierung auf nationaler Ebene zu fragen. Fragmentierte Parteiensysteme können alternativ innerhalb der einzelnen Wahlkreise oder durch die Aggregation dieser einzelnen Wahlkreise entstehen. Deshalb muss ein Indikator operationalisiert werden, der angibt, welcher Anteil der Fragmentierung auf nationaler Ebene innerhalb der einzelnen Wahlkreise oder durch die Aggregation der einzelnen Wahlkreise entsteht. Chhibber und Kollman (1998; 2004) haben die Differenz der Fragmentierung auf nationaler Ebene (N_v) und der durchschnittlichen Fragmentierung auf der Wahlkreisebene ($\overline{N'_v}$) als Maß vorgeschlagen. Nimmt diese Differenz in heterogenen Vergleichsstaaten hohe Werte an, begründet die Aggregation einen bedeutsamen Teil der Fragmentierung nationaler Elektorate und Parlamente; liegt die Differenz in homogenen Vergleichsstaaten niedrig, entsteht parteiensystemische Fragmentierung nahezu ausschließlich innerhalb der einzelnen Wahlkreise.

Ein Defizit dieses Indikators liegt freilich in seiner mangelnden Standardisierung und der Abhängigkeit vom jeweiligen Gesamtniveau der Fragmentierung. Deshalb hat Cox (1999: 155-156) hier angeschlossen und die Differenz ($N_v - \overline{N'}_v$) durch die Fragmentierung auf nationaler Ebene (N_v) dividiert, sodass ein standardisierter und gewichteter Indikator für die Homogenität bei der *Effective Number of Electoral Parties* (H_{N_v}) gebildet wird:

$$H_{N_v} = \frac{N_v - \overline{N}'_v}{N_v} \tag{6.7}$$

Der Indikator H_{N_v} ist auf den Wertebereich $\{0,\ldots,1\}$ festgelegt, weil die effektive Parteienzahl im Durchschnitt der einzelnen Wahlkreise stets geringer als auf der nationalen Ebene sein sollte. So gibt zum Beispiel ein Wert von $H_{N_v} = 0.10$ an, dass etwa ein Zehntel des nationalen Parteiensystemformats auf territoriale Heterogenität im Wahlverhalten zurückgeht und die verbleibenden neun Zehntel vom durchschnittlichen Format der Parteiensysteme in den einzelnen Wahlkreisen bestimmt sind.

Die folgenden Kapitel wenden sich jeweils einem der drei abgesteckten Komplexe abhängiger Variablen zu. Sie diskutieren zunächst den Effekt der effektiven Wahlkreisgröße auf die Fragmentierung der lokalen Elektorate in den Wahlkreisen (6.2), dann die kausalen Mechanismen von "strategic entry" und "strategic voting" im einzelnen Wahlkreis (6.3) und schließlich die Interaktion von Wahlkreisebene und nationaler Ebene (6.4).

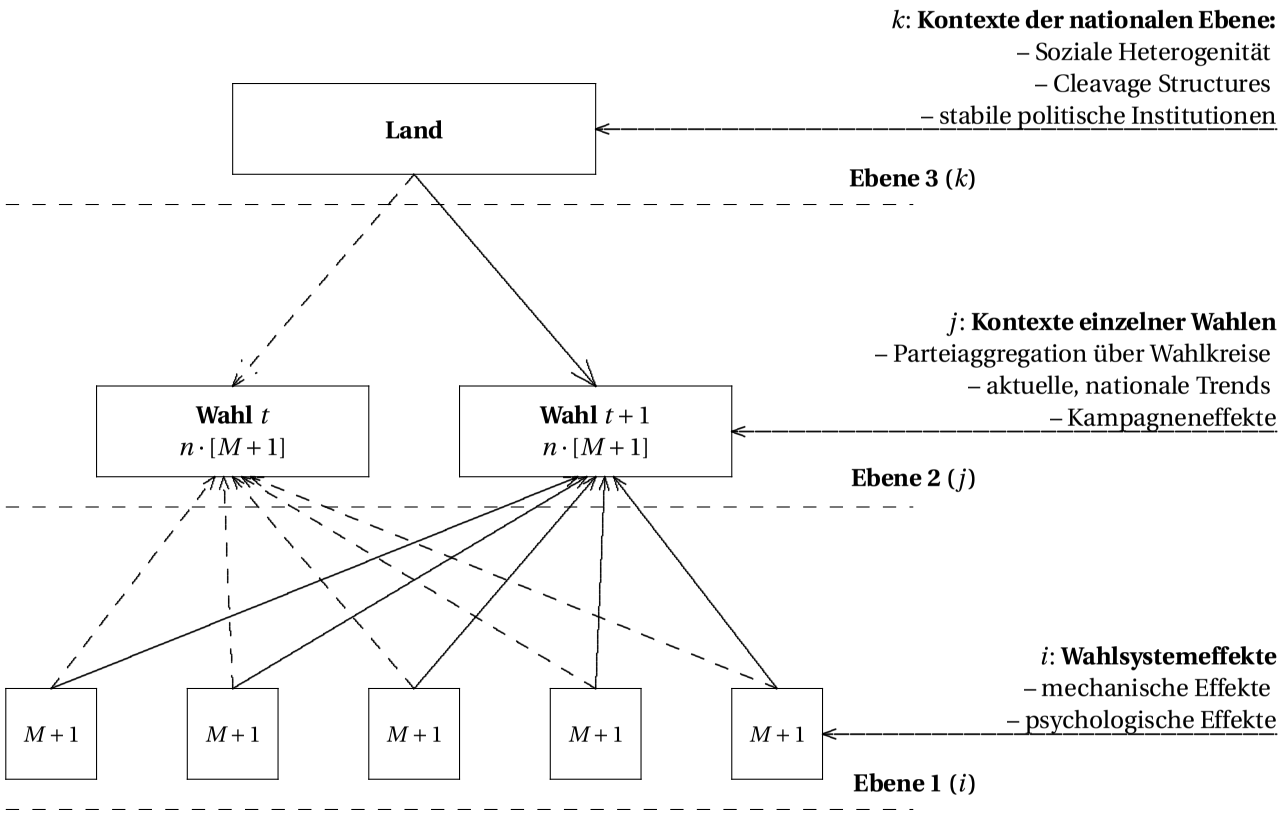
6.2 Die lokalen Parteiensysteme im einzelnen Wahlkreis

Wahlsysteme wirken auf der Wahlkreisebene (vgl. bereits Duverger 1959: 237; Cox 1997). Im eingangs angesprochenen "Grundmodell soziologischer Erklärungen" (vgl. Coleman 1990; Esser 1996; Pappi 2003) tritt die "wasted vote"-Situation allein auf der Wahlkreisebene auf, und allein dort operieren deshalb die eigentlichen kausalen Mechanismen, die psychologischen und die mechanischen Effekte von Wahlsystemen (zu den einzelnen Elementen im "Grundmodell" und ihrer Benennung vgl. die Einleitung). In dieser Perspektive formt die soziale Ausgangssituation, vermittelt durch die *Logik der Situation* (a), die Präferenzen und die strategischen Optionen von Wählern und Parteieliten in jedem Wahlkreis (A). Hier setzt nun mit der *Logik der Selektion* (b) der eigentliche kausale Kern an, die Reduzierung auf $M+1$ kompetitive Kandidaten in jedem Wahlkreis und die Verrechnung von Stimmen- in Mandatsanteile. Schließlich bestimmt die *Logik der Aggregation* (c) die Verbindung der einzelnen, lokalen Parteiensysteme in den Wahlkreisen (H) hin zum kollektiven Explanandum, dem nationalen Parteiensystem (E).

Dieser kausale Grundmechanismus *im einzelnen Wahlkreis* ist freilich eingebettet in die Dynamik *einzelner Parlamentswahlen* und beeinflusst von den übergreifenden *Kontexteffekten der jeweiligen Vergleichsstaaten.* Abbildung 6.2 skizziert dieses Modell auf drei hierarchisch geordneten Ebenen. Die "wasted vote" Situation und die (idealtypische) Koordination auf $M+1$ Kandidaten im Nash-Gleichgewicht treten im jeweils einzelnen Wahlkreis i auf (Ebene 1). Diese Einzelwahlkreise i sind in die dynamischen Kontexte einer Parlamentswahl j eingebettet (Ebene 2), und die lokalen Koordinationsspiele werden von übergreifenden politischen Entwicklungen, Kampagneneffekten und publizierten *Surveys* mitbestimmt. Schließlich sind die lokalen Koordinationsspiele i und einzelne Parlamentswahlen j in die übergreifenden Kontexte der jeweiligen Vergleichsstaaten k eingebettet (Ebene 3). Die soziale Homogenität/ Heterogenität der Vergleichsstaaten, politische *Cleavage Structures*, die politischen Konsequenzen stabiler, zeitinvariater Institutionen und, bei den postkommunistischen Vergleichsstaaten, die pfadabhängigen Einflüsse der *Legacies* des kommunistischen *Anciens Régime* wirken über die Dynamik einzelner Parlamentswahlen vermittelt auf die lokalen Koordinationsspiele zurück.

Dieses Mehrebenenmodell bietet eine Reihe von Optionen für die empirische Analyse. Zunächst sollten auch Analysen auf der Wahlkreisebene einen statistisch signifikanten Zu-

Abbildung 6.2: Ein hierarchisches Mehrebenenmodell: Wahlkreis, Parlamentswahl und Vergleichsstaat



Anmerkungen: unterbrochene Linien bezeichnen die erste Wahl zum Zeitpunkt t; durchgezogene Linien die zweite zum Zeitpunkt $t+1$.

sammenhang von Wahlsystemen und Parteiensystemen aufzeigen; diese Assoziation sollte zudem stärker und eindeutiger sein als die Befunde im vorherigen Kapitel 5, weil nun nicht mehr induktive Generalisierungen auf der nationalen Ebene untersucht werden, sondern diejenige Ebene im Fokus steht, auf der psychologische und mechanische Effekte von Wahlsystemen tatsächlich und theoretisch begründet operieren. Das Mehrebenenmodell bietet aber noch einen zweiten Zugang, um Effekte von Wahlsystemen empirisch strikter zu testen den Fokus auf die Wahlkreisebene auch empirisch zu rechtfertigen: Werden alle weiteren Einflussfaktoren "konstant gehalten", sollten bei derselben Parlamentswahl in einem identischen Vergleichsstaat kleine Wahlkreise ein geringeres Fragmentierungsniveau als große aufweisen. Schließlich ermöglicht das Mehrebenendesign die Untersuchung von Interaktionseffekten der modellierten Niveaus; dabei geht es besonders um die Bestimmung der heterogener Wirkungen von Wahlsystemen über die verschiedenen Kontexte hinweg und die kausale Erklärung dieser Heterogenität durch die in Abbildung 6.2 angeführten Kontexteffekte einzelner Parlamentswahlen j und Vergleichsstaaten k. Mehrebenenmodelle bieten deshalb auch ein Instrument, um die Generalisierbarkeit sozialwissenschaftlicher Hypothesen über heterogene *Settings* hinweg zu testen.

Datenbasis

Analog zur Untersuchung der nationalen Wahldaten wird auch die Analyse auf der Wahlkreisebene gegen die doppelte Folie theoretisch hergeleiteter Erwartungen und empirischer Beobachtungen in etablierten Demokratien abgetragen.

Datensatz 1: etablierte Demokratien

Die empirischen Daten für die Analyse der Kontrollgruppe etablierter Demokratien stammen vornehmlich aus den von Daniele Caramani (2000) zusammengestellten und publizierten Datensätzen. Dieses Material enthält detaillierte Angaben zu den Stimmenanteilen einzelner Parteien und/ oder Kandidaten; es sind jedoch keine Informationen zu ihren Mandatsanteilen aufgenommen. Als Konsequenz können für die Kontrollgruppe etablierter Demokratien nur diejenigen Modelle empirisch geschätzt werden, die sich auf den psychologischen Effekt des Wahlsystems (abhängige Variable N'_v) beziehen, nicht jedoch Modelle des mechanischen Effekts (abhängige Variable N'_m). Weiterhin enthält das von Caramani (2000) aufbereitete empirische Material keine Informationen zu den Charakteristika der jeweiligen (historischen) Wahlsysteme. Diese Angaben sind stattdessen aus Informationen der jeweiligen offiziellen Wahlstatistik oder aus einschlägigen Handbüchern zusammengestellt worden (vgl. vor allem Braunias 1932; Sternberger und Vogel 1969). Schließlich sind nur diejenigen 167 Parlamentswahlen, die 1945 und später abgehalten wurden, in die Analyse der Kontrollgruppe etablierter Demokratien eingegangen.

Der Datensatz der Kontrollgruppe etablierter Demokratien umfasst damit empirische Beobachtungen aus 17494 Wahlkreisen, im Einzelnen 14152 Einerwahlkreise in Großbritannien (`GBR1945-1997`), Deutschland (`DEU1949-1998`) und Italien (`ITA1994, 1996`) sowie 3342 Mehrpersonenwahlkreise ($M > 1$) in Belgien (`BEL`), Finnland (`FIN`), Irland (`IRL`), Island (`ISL`), Italien (`ITA`), Luxemburg (`LUX`), Niederlande (`NLD`), Norwegen (`NOR`), Portugal (`PRT`), Österreich (`AUT`), Spanien (`ESP`), Schweden (`SWE`) und der Schweiz (`CHE`).

Datensatz 2: postkommunistische Vergleichsstaaten

In der Gruppe postkommunistischer Staaten werden, wie im bisherigen *Sample*, 36 Wahlen zu nationalen Parlamenten/ Unterhäusern in elf Vergleichsstaaten analysiert. Für diesen Datensatz liegen komplette Angaben vor, die in jedem Wahlkreis die Stimmen- und die Mandatsanteile der Listen oder Kandidaten sowie die jeweilige Wahlkreisgröße erfassen. Der Datensatz der postkommunistischen Vergleichsgruppe umfasst insgesamt Beobachtungen aus 3163 einzelnen Wahlkreisen. Das betrifft 2489 Einerwahlkreise in Litauen (`LTU1992-2000`), Russland (`RUS1993-1999`), der Ukraine (`UKR1994-2002`) und Ungarn (`HUN1990-2002`) sowie 674 Mehrpersonenwahlkreise ($M > 1$) in Bulgarien (`BGR`), Estland (`EST`), Lettland (`LVA`), Litauen (`LTU`), Polen (`POL`), Rumänien (`ROU`), Russland (`RUS`), der Slowakei (`SVK`), der Tschechischen Republik (`CZE`), der Ukraine (`UKR`), Ungarn (`HUN`).

Mehrebenenmodelle

Mehrebenenmodelle gehen mit hierarchisch geordnetem Datenmaterial um, und die Zielstellung jeder Mehrebenenanalyse ist, die Varianz der abhängigen Variable mit Kontextvariablen aller hierarchisch geordneten Niveaus zu begründen und damit die kausale Heterogenität zu erklären. Aus ökonometrischer Perspektive bedeuten moderne Mehrebenenmodelle eine aktuelle methodische Weiterentwicklung der etwa von Przeworski und Teune (1970) als "most different systems design" eingebrachten Untersuchungsdesigns. Diese Verfahren bieten geeignete Instrumente, um valide Schätzer für die kausalen Effekte von Wahlsystemen im Mehrebenenkontext zu ermitteln. Die im Folgenden angewandten Schätzverfahren teilen viele Eigenschaften mit den im vorhergehenden Kapitel 5.2 vorgestellten Methoden zum Umgang mit *Time-Series-Cross-Section*-Daten.

Theoretisch-systematische, problemorientierte Einführungen in die Mehrebenenanalyse bieten etwa (Bryk und Raudenbush 1992; 2002; Goldstein 1995; Kreft und DeLeeuw 1998; Rabe-Hesketh und Skrondal 2005; Snijders und Bosker 1999; Steenbergen und Jones 2002). Darüber hinaus illustriert eine Sonderausgabe des Methodenjournals der *American Political Science Organization, Political Analysis*, Analysestrategien und praktische Anwendungen in der Vergleichenden Politikwissenschaft (vgl. Achen 2005; Beck 2005; Bowers und Drake 2005; Duch und Stevenson 2005; Franzese 2005; Gelman 2005; Huber et al. 2005; Kedar 2005; Kedar und Shivley 2005; Lewis und Linzer 2005; Long Jusko und Philipps 2005).

Modell 1: das "generalized Duverger's law" (Taagepera und Shugart 1989b; 1993)

Der theoretische Maßstab für die folgenden Analysen folgt, wie auf der nationalen Ebene, aus dem "generalized Duverger's law" von Taagepera und Shugart (1989b; 1993):

$$\mathrm{E}[N_v|M_{eff}] = 2.5 + 1.25 \cdot \log_{10} M'_{eff}$$

Modell 2: "Pooling" und Ignorieren der Mehrebenenstruktur

Das einfachste Schätzverfahren ist ein konventionelles lineares Regressionsmodell. Freilich ist diese Spezifikation einmal aufgrund der ökonometrischen Eigenschaften des Datenma-

terials problematisch, und sie schöpft zweitens den reichen Informationsgehalt des hierarchisch geordneten empirischen Materials nicht annähernd aus. Das "gepoolte" Regressionsmodell

$$N'_{v_{ijk}} = \pi_0 + \pi_1 \log_{10} M'_{eff_{ijk}} + \epsilon_i$$

unterstellt nicht nur konstante kausale Effekte der effektiven Wahlkreisgröße (π_1) und ein konstantes Basisniveau an vorparlamentarischer Fragmentierung (π_0) über alle Parlamentswahlen j und Vergleichsstaaten k hinweg, sondern die Gauß-Markov-Bedingungen erfordern weiter die Unabhängigkeit der untersuchten Beobachtungen. Bei den hier analysierten *Samples* der Kontrollgruppe etablierter Demokratien und der Vergleichsgruppe postkommunistischer Staaten kann diese strikte Unabhängigkeitsannahme jedoch kaum aufrecht erhalten werden. Vielmehr kann unterstellt werden, dass bei derselben Wahl die Fragmentierung lokaler "Parteiensysteme" innerhalb einzelner Wahlkreise (N'_v) nicht voneinander unabhängig ist, sondern dass die Fehlerterme (ϵ_i) des einfachen Regressionsmodells innerhalb dieser *Cluster* einzelner Parlamentswahlen positiv miteinander korrelieren.

Das schlichte Ignorieren der Mehrebenenstruktur führt deshalb zum systematischen *Bias* der Effektparameter, zur Unterschätzung ihrer Standardfehler und zur Überschätzung scheinbarer statistischer Assoziationen.

Modell 3: Das "Fixed Effects"-Modell

Mehrebenendaten teilen grundlegende ökonometrische Eigenschaften mit den in Kapitel 5.2 analysierten *Time-Series-Cross-Section*-Daten (TSCS). Einzelne Beobachtungen i, hier Wahlkreise, die einem identischen Kontext, hier den jeweiligen Parlamentswahlen j, entnommen sind, weisen systematische Ähnlichkeiten miteinander auf. Deshalb bieten "Fixed Effects"- bzw. ANCOVA-Modelle geeignete statistische Verfahren zum Umgang mit der Heterogenität einzelner Parlamentswahlen und Vergleichsstaaten. Die Einführung von $J-1$ *Dummies* μ_j ermöglicht, für jede einzelne Parlamentswahl j ein unterschiedliches, heterogenes Niveau der abhängigen Variablen, und damit eine spezifische Regressionskonstante $\pi_i + \mu_i$, zu modellieren:

$$N'_{v_{ij}} = \mu_j + \pi_0 + \pi_1 \log_{10} M'_{eff_{ij}} + \epsilon_{ij}$$

Die "Fixed Effects" ermöglichen einmal eine angemessene Modellierung der Heterogenität des Datenmaterials. Dabei "kontrollieren" die Länderdummies vollständig diejenigen Kontexteffekte einer Parlamentswahl, die parallel auf alle einzelnen Wahlkreise wirken. Diese Konzentration des analytischen Fokus' auf die Binnenperspektive einzelner Parlamentswahlen ermöglicht zudem, die $M+1$-Regel empirisch zu testen, wenn alle übergreifenden und konstanten Einflussfaktoren "konstant gehalten" werden.

Modell 4: Das "Intercept Only"-Modell

Die "Fixed Effects" bzw. ANCOVA-Modelle verarbeiten den Informationsgehalt des hierarchisch geordneten Datenmaterials jedoch nur unzureichend. Länderdummies, das wurde

bereits bei den TSCS-Modellen diskutiert, bieten nur ökonometrisch befriedigende Lösungen, indem sie die Differenzen der einzelnen *Cluster*, hier der jeweiligen Wahlkreise i einer Parlamentswahl j, vollständig absorbieren und so eine unverzerrte Schätzung der Effektparameter ermöglichen. Diese Modelle "kontrollieren" vollständig übergreifende Kontexteffekte (vgl. Kennedy 1998: 227), tragen jedoch nicht zur substanziellen, inhaltlichen Aufklärung dieser Wirkungen bei.

Moderne Mehrebenenverfahren erlauben *parallel* die ökonometrisch befriedigende Kontrolle von Kontextheterogenität und die substanziell sinnvolle Modellierung von Kontexteffekten der hierarchisch geordneten Niveaus; sie werden nicht mehr mit (erweiterten) konventionellen linearen Verfahren, sondern via "Maximum Likelihood" bzw., in der praktischen Applikation, "Restricted Maximum Likelihood" geschätzt. Ihre schrittweise Konstruktion beginnt mit einem "leeren" Modell, das allein Konstanten auf der Wahlkreisebene i (Ebene 1; π_{0jk}), den Ebenen nationaler Parlamentswahlen (Ebene 2; β_{00k}) und einzelner Vergleichsstaaten (Ebene 3; γ_{000}) enthält:

Ebene 1:

$$N'_{v_{ijk}} = \pi_{0jk} + \epsilon_{ijk}$$

Ebene 2:

$$\pi_{0jk} = \beta_{00k} + \tau_{0jk}$$

Ebene 3:

$$\beta_{00k} = \gamma_{000} + \mu_{00k}$$

Das integrierte Modell (Ebenen 1-3):

$$N'_{v_{ijk}} = \gamma_{000} + \mu_{00k} + \tau_{0jk} + \epsilon_{ijk}$$

Hier bezeichnet γ_{000} den "grand mean" der *Effective Number of Electoral Parties* (N'_v) über die einzelnen Wahlkreise i, Parlamentswahlen j und Vergleichsstaaten k hinweg; μ_{00k} ist der Fehlerterm auf der Ebene einzelner Vergleichsstaaten (Ebene 3; k); τ_{0jk} ist der Fehlerterm auf der Ebene der Parlamentswahlen (Ebene 2; j), und ϵ_{ijk} bezeichnet den Fehlerterm auf der Wahlkreisebene (Ebene 1; i). Dieses "Intercept-Only"-Modell leistet keinen inhaltlichen Beitrag zur kausalen Erklärung auf einer der Ebenen 1 bis 3, es ermöglicht jedoch, die Varianz der abhängigen Variablen auf die drei hierarchisch geordneten Ebenen zu verteilen und somit die Angemessenheit eines Mehrebenenmodells empirisch zu prüfen. Wenn gezeigt werden kann, dass die Varianz der abhängigen Variable, hier der *Effective Number of Electoral Parties* (N'_v), (nahezu) ausschließlich auf der Ebene 1, der Wahlkreisebene, auftritt, so liegt ein genereller, über heterogene Kontexte hinweg stabiler Zusammenhang vor. Entfallen dagegen substanziell bedeutsame und statistisch signifikante Varianzkomponenten auf die oberen Niveaus, die Ebenen 2 und 3, so beeinflussen übergreifende Faktoren die Beziehungen und sollten analytisch nachgehalten werden (vgl. im Grundsatz bereits Przeworski und Teune 1970).

Modell 5: Das "Random Intercept"-Modell

"Random Intercepts" sind eine Weiterentwicklung der klassischen ANCOVA-Modelle. Sie sehen auf unterschiedlichen Ebenen des Mehrebenenmodells variable Regressionskonstanten vor und modellieren damit Differenzen der Gruppenmittel verschiedener Parlamentswahlen und Vergleichsstaaten; sie halten jedoch weiter an der "unit homogeneity"-Annahme (vgl. King et al. 1994: 91-94) insofern fest, als sie weiterhin über alle Kontexte hinweg stabile Effektparameter der Schlüsselvariablen unterstellen:

Ebene 1:

$$N'_{v_{ijk}} = \pi_{0jk} + \pi_{1jk} \log_{10} M'_{eff_{ijk}} + \epsilon_{ijk}$$

Ebene 2:

$$\pi_{0jk} = \beta_{00k} + \tau_{0jk}$$

$$\pi_{1jk} = \beta_{10k}$$

Ebene 3:

$$\beta_{00k} = \gamma_{000} + \mu_{00k}$$

$$\beta_{10k} = \gamma_{100}$$

Das integrierte Modell (Ebenen 1-3):

$$N'_{v_{ijk}} = \gamma_{100} \log_{10} M'_{eff_{ijk}} + \gamma_{000} + \tau_{0jk} + \mu_{00k} + \epsilon_{ijk}$$

Modell 6: Das "Random Intercept" und "Random Coefficient"-Modell

Diejenigen Modelle, die parallel "Random Intercepts" und "Random Coefficients" vorsehen, "kontrollieren" simultan sowohl gruppenspezifische Differenzen im arithmetischen Mittel der *Effective Number of Parties* als auch heterogene Wirkungen der effektiven Wahlkreisgröße (M'_{eff}) auf die lokalen Parteiensysteme (N'_v):

Ebene 1:

$$N'_{v_{ijk}} = \pi_{0jk} + \pi_{1jk} \log_{10} M'_{eff_{ijk}} + \epsilon_{ijk}$$

Ebene 2:

$$\pi_{0jk} = \beta_{00k} + \tau_{0jk}$$

$$\pi_{1jk} = \beta_{10k} + \tau_{1jk}$$

Ebene 3:

$$\beta_{00k} = \gamma_{000} + \mu_{00k}$$

$$\beta_{10k} = \gamma_{100} + \mu_{10k}$$

Das integrierte Modell (Ebenen 1-3):

$$N'_{v_{ijk}} = \gamma_{100}\log_{10} M'_{eff_{ijk}} + \tau_{1jk}\log_{10} M'_{eff_{ijk}} + \mu_{10k}\log_{10} M'_{eff_{ijk}} + \gamma_{000} + \tau_{0jk} + \mu_{00k} + \epsilon_{ijk}$$

Modelle 7: Das "Random Intercept" und "Random Coefficient"-Modell mit Kovariaten

Diese Modelle beruhen auf sehr ähnlichen datenanalytischen Prämissen, sie erweitern jedoch den Fokus der Analyse, indem auf höheren Niveaus des Modells (den Ebenen 2 und 3) bestimmte Variablen explizit modelliert und zur Erklärung heterogener Effektparameter benutzt werden. In diesem einfachen Beispiel wird etwa angenommen, dass die gruppenweise Unterschiede der Anzahl an Parteien/ Kandidaten ("Random Intercepts") und Differenzen der politischen Konsequenzen von Wahlsystemen ("Random Coefficients") bei einzelnen Parlamentswahlen (Ebene 2) und in einzelnen Vergleichsstaaten (Ebene 3) systematisch durch Parameter auf diesen höheren Kontextebenen wie soziale Diversität (N_{eth}) oder die Effekte direkter Präsidentenwahlen ($Pres$) begründet werden:

Ebene 1:

$$N'_{v_{ijk}} = \pi_{0jk} + \pi_{1jk}\log_{10} M'_{eff_{ijk}} + \epsilon_{ijk}$$

Ebene 2:

$$\pi_{0jk} = \beta_{00k} + \beta_{01k}N_{eth} + \beta_{02k}N_{rel} + \beta_{03k}Pres + \tau_{0jk}$$
$$\pi_{1jk} = \beta_{10k} + \beta_{11k}N_{eth} + \beta_{12k}N_{rel} + \beta_{13k}Pres + \tau_{1jk}$$

Ebene 3:

$$\beta_{00k} = \gamma_{000} + \mu_{00k}$$
$$\beta_{10k} = \gamma_{100} + \mu_{10k}$$

Das integrierte Modell (Ebenen 1-3):

$$N'_{v_{ijk}} = \left[(\gamma_{100} + \tau_{1jk} + \mu_{10k}) + (\beta_{11k}N_{eth} + \beta_{12k}N_{rel} + \beta_{13k}Pres)\right]\log_{10} M'_{eff_{ijk}} + (\gamma_{000} + \tau_{0jk} + \mu_{00k}) + (\beta_{01k}N_{eth} + \beta_{02k}N_{rel} + \beta_{03k}Pres) + \epsilon_{ijk}$$

Psychologische Effekte in etablierten Demokratien, die Wahlkreisebene

Tabelle 6.1 enthält sieben Mehrebenenmodelle zum psychologischen Effekt in etablierten Demokratien.[3] Modell 1 wiederholt zunächst als Maßstab zur Beurteilung der empirisch bestimmten Effektparameter das "generalized Duverger's law". Modell 2 schätzt sodann eine

3 Die praktische Datenanalyse wurde mit Stata 9, dem Stata-Addon GLLAMM (Software und Dokumentation können bei `http://www.gllamm.org` bezogen werden; vgl. auch Rabe-Hesketh und Skrondal 2005) und der Spezialsoftware für Mehrebenenanalyse HLM 6 (vgl. Bryk und Raudenbush 2002) durchgeführt.

einfache bivariate Regression der Parteien-/ Kandidatenzahl im jeweils einzelnen Wahlkreis auf die Wahlkreisgröße. Regressionskoeffizient und -konstante korrespondieren eng mit der theoretischen Folie, und Explanans und Explanandum kovariieren auf der Wahlkreisebene sehr viel deutlicher als bei der induktiven Generalisierung auf nationaler Ebene. Damit führen in etablierten Demokratien restriktive Wahlsysteme mit geringer *Effective Magnitude* zu konzentrierten Parteiensystemen, während permissive Wahlsysteme mit höherer *Effective Magnitude* deutlich höhere Niveaus an Fragmentierung gestatten. Die Untersuchung der Regressionsresiduen zeigt freilich ihre jeweils fallweise Korrelation an ($\mathrm{Cov}(\epsilon_{ijk}, \epsilon_{ijk'}) \neq 0$); unterschiedliche Wahlkreise einer Parlamentswahl/ eines Vergleichsstaats sind einander signifikant ähnlicher als anderen Beobachtungen. Substanziell verweist dieser Befund auf hohe Anteile bislang unmodellierter Varianz der abhängigen Variablen N'_v, und aus ökonometrischer Perspektive sind die Gauß-Markow-Bedingungen des konventionellen linearen Regressionsmodells verletzt, sodass die ermittelten Schätzer einen *Bias* aufweisen.

In Modell 3 wird die unerklärte Heterogenität durch "Fixed Effects" auf der Ebene der einzelnen Parlamentswahlen statistisch kontrolliert. Diese "within"-Transformation entfernt *vollständig* fallübergreifende Unterschiede im Niveau der *Effective Number of Electoral Parties* und schränkt die ursprüngliche Fragestellung ein auf die interne Variation der Fragmentierung über die Wahlkreise der jeweiligen Parlamentswahlen hinweg. Mit anderen Worten: Das "Fixed Effects"-Modell formuliert einen strikten Test der $M+1$-Regel, wenn alle übergreifenden Faktoren der jeweiligen Kampagnen und der sozialen und soziologischen Kontexte der Vergleichsstaaten statistisch kontrolliert werden und somit allein gefragt wird, ob bei derselben Parlamentswahl kleine, mittlere und große Wahlkreise eine jeweils ansteigende Zahl von Kandidaten und/ oder politischen Parteien aufweisen.[4] Die im Wesentlichen stabilen Effektparameter weisen auf die zentrale Bedeutung der Wahlkreisebene hin; auch wenn übergreifende Kontexteffekte statistisch "konstant gehalten" werden, ermöglichen große Wahlkreise signifikant höhere Fragmentierungsniveaus als kleine.

Modell 4 beginnt mit der schrittweisen Konstruktion eines modernen Mehrebenenmodells, das die drei hierarchisch geordneten Niveaus abbildet, die in Abbildung 6.2 benannt werden, die Wahlkreisebene (Ebene 1; i), die Kontexte nationaler Parlamentswahlen (Ebene 2; j) und der einzelnen Vergleichsstaaten (Ebene 3; k). Das "leere" Modell liefert weitere, wesentliche Hinweise auf die Bedeutung übergreifender Kontexte der jeweiligen Parlamentswahlen und der Vergleichsstaaten. Die Varianz der *Effective Number of Electoral Parties* (N'_v) entfällt etwa zu gleichen Anteilen auf diese drei Ebenen, und die jeweils sehr signifikanten Varianzkomponenten für die Ebene der einzelnen Parlamentswahlen und Vergleichsstaaten liefern weitere Belege für die Angemessenheit eines dreistufigen Mehrebenenmodells. Die deutliche Kovarianz der Beobachtungen, die den Kontexten einzelner Parlamentswahl-

4 An dieser Stelle sollte freilich sofort hinzugesetzt werden, dass die für jede einzelne Parlamentswahl eingeführten "Fixed Effects" nicht diejenigen Einflussfaktoren zu "kontrollieren" vermögen, die über die Wahlkreise hinweg variieren und nicht explizit modelliert sind. So könnte etwa argumentiert werden, dass kleine Wahlkreise regelmäßig in ländlichen Gebieten, große dagegen eher in städtischen Gebieten eingerichtet werden und die Kovarianz von Wahlkreisgröße M' und vorparlamentarischer Fragmentierung N'_v keinen kausalen Effekt aufzeige, sondern als bloße Scheinkorrelation durch intervenierende sozialstrukturelle und soziologische Differenzen der einzelnen Wahlkreise, etwa ihren ruralen oder urbanen Charakter, begründet seien. Eine explizite Modellierung dieser intervenierenden Variable, und damit die Prüfung der alternativen Hypothese, ist hier jedoch nicht möglich, weil kein konsistenter Datensatz vorliegt, der weitere soziale und soziologische Eigenschaften der einzelnen Wahlkreise in den osteuropäischen Vergleichsstaaten dokumentiert.

Tabelle 6.1: Mehrebenenmodelle zum psychologischen Effekt in etablierten Demokratien (abhängige Variable: N'_v)

		(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
Ebene 1								
	M'_{eff}	1.25	1.28**	1.42**		1.41**	1.22**	−1.80**
		–	(0.01)	(0.03)		(0.03)	(0.10)	(0.55)
Ebene 2	$Pres$	–						−1.21**
		–						(0.33)
	$M'_{eff} \cdot Pres$	–						1.22**
		–						(0.23)
Ebene 3	N_{eth}	–						−0.75
		–						(0.44)
	N_{rel}	–						−0.70**
		–						(0.21)
	$M'_{eff} \cdot N_{eth}$	–						0.93**
		–						(0.28)
	$M'_{eff} \cdot N_{rel}$	–						0.94**
		–						(0.16)
Konstante		2.50	2.44**	2.42**	3.39**	2.29**	2.51**	4.91**
		–	(0.01)	(0.01)	(0.19)	(0.11)	(0.12)	(0.75)
Random Effects								
Ebene 1	$\sigma_{\epsilon_{ijk}}$	–	0.64	0.49	0.51**	0.49**	0.47**	0.47**
		–	–	–	(0.00)	(0.00)	(0.00)	(0.00)
Ebene 2	$\sigma_{\tau_{0jk}}$	–	–	0.69	0.53**	0.52**	0.49**	0.44**
		–	–		(0.03)	(0.03)	(0.05)	(0.04)
	$\sigma_{\tau_{1jk}}$	–	–	–	–	–	1.06**	0.89**
		–	–	–	–	–	(0.07)	(0.09)
Ebene 3	$\sigma_{\mu_{00k}}$	–	–	–	0.72**	0.39**	0.39**	0.44**
		–	–	–	(0.14)	(0.09)	(0.09)	(0.36)
N		–	17248	17428	17428	17248	17248	17248
R^2		–	0.32	0.32	–	–	–	–
Log likelihood		–	–	–	−13275.16	−12360.81	−11734.90	−11715.89
BIC		–	33410.56	23918.82	26589.34	24770.39	23538.08	23558.59

Anmerkungen: * p<0.05; ** p<0.01.

en und Vergleichsstaaten entnommen sind, kann auch an den hohen Koeffizienten der "Intraclass Correlation" (vgl. Snijders und Bosker 1999) innerhalb der einzelnen Vergleichsstaaten k (ρ_k) und innerhalb der Parlamentswahlen j eines Vergleichsstaats k (ρ_{jk}) abgelesen werden:

$$\rho_k = \frac{\sigma^2_{\mu_{00k}}}{\sigma^2_{\epsilon_{ijk}} + \sigma^2_{\tau_{0jk}} + \sigma^2_{\mu_{00k}}} = \frac{0.72^2}{0.51^2 + 0.53^2 + 0.72^2} = 0.49 \tag{6.8}$$

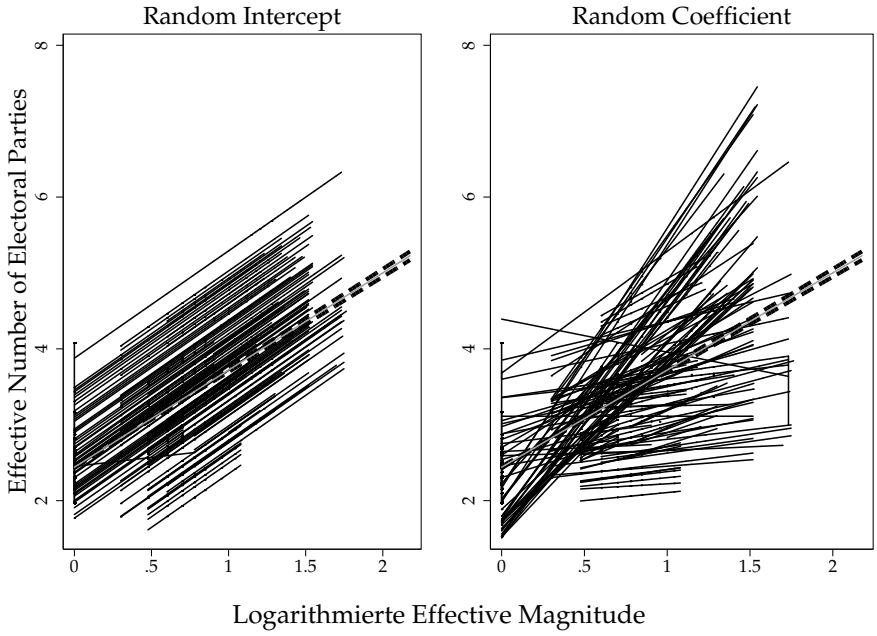
$$\rho_{jk} = \frac{\sigma^2_{\mu_{00k}} + \sigma^2_{\tau_{0jk}}}{\sigma^2_{\epsilon_{ijk}} + \sigma^2_{\tau_{0jk}} + \sigma^2_{\mu_{00k}}} = \frac{0.53^2 + 0.72^2}{0.51^2 + 0.53^2 + 0.72^2} = 0.75 \tag{6.9}$$

Modell 5 erweitert die Perspektive und bestimmt ein "Random Intercept"-Modell, das die Heterogenität der Effekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme mit für jede Parlamentswahl (τ_{0jk}) und jeden Vergleichsstaat (μ_{00k}) spezifische Varianzkomponenten abbildet, also eine für jede Parlamentswahl innerhalb eines Vergleichsstaats spezifische Regressionskonstante modelliert. Die Wirkungen der Prädiktorvariablen auf Ebene 1, der logarithmierten *Effective Magnitude*, entsprechen weiterhin robust den theoretischen Erwartungen, und sie mindert die Fehlervarianz auf der Wahlkreisebene.

Modell 6 erlaubt weitere heterogene Wirkungen von Wahlsystemen und spezifiziert ein "Random Coefficients"-Modell, das nicht nur die Differenzen im Basisniveau der vorparlamentarischen Fragmentierung vorsieht, sondern die Variation der Effektparameter von $\log_{10} M'_{eff}$ über verschiedene Parlamentswahlen hinweg einschließt. Mit anderen Worten: Für jede einzelne Parlamentswahl j und jeden Vergleichsstaat k wird ein spezifischer Regressionskoeffizient für die Wirkungen der (effektiven) Wahlkreisgröße auf die Fragmentierung der lokalen "Parteiensysteme" innerhalb der einzelnen Wahlkreise bestimmt. Bei den Parlamentswahlen in etablierten Demokratien korrespondiert der empirisch geschätzte Effektparameter weiterhin robust mit dem "generalized Duverger's law"; dieser Wert weist jedoch über die heterogenen Kontexte unterschiedlicher Parlamentswahlen und Vergleichsstaaten eine hohe Varianz auf ($\sigma_{\tau_{1jk}} = 1.06^{**}$). Bei vielen Parlamentswahlen, in vielen etablierten Demokratien besteht also eine hohe Kovarianz von effektiver Wahlkreisgröße und der Anzahl der Parteien/ Kandidaten innerhalb der Wahlkreise im Sinne der $M+1$-Regel, in anderen Kontexten liegt dagegen eine wesentlich geringere oder gar keine Kovarianz beider Variablen vor, und bei nur sehr wenigen Parlamentswahlen und Vergleichsstaaten besteht eine negative, atheoretische Kovarianz von Wahlsystem und Parteiensystem. Innerhalb der Kontrollgruppe etablierter Demokratien weisen einige Vergleichsstaaten eine stets positive Kovarianz von Wahlkreisgröße und der Fragmentierung lokaler Parteiensysteme auf, etwa Belgien, Finnland und die Schweiz; in anderen etablierten Demokratien liegt jedoch kein stabiler oder signifikanter statistischer Zusammenhang vor.

Abbildung 6.3 illustriert grafisch die Differenz beider Verfahren zur Modellierung von Kontextheterogenität. "Random Intercept"-Modelle, auf der linken Seite, bilden die Differenz der Wirkung von Wahlsystemen mit unterschiedlichen Regressionskonstanten ab; parallele Regressionsgeraden verdeutlichen jedoch, dass über alle Parlamentswahlen und Vergleichsstaaten hinweg weiterhin identische Wirkungen der *Effective Magnitude* unterstellt

Abbildung 6.3: Binnenmodelle der Effekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme in etablierten Demokratien



Anmerkungen: Die durchgezogenen Linien geben die "within"-Modelle der einzelnen Parlamentswahlen an; die unterbrochene Linie gibt das "gepoolte" Gesamtmodell an.

werden. "Random Coefficient"-Modelle, auf der rechten Seite, spezifizieren jedoch nicht nur verschiedene Gruppenmittel der vorparlamentarischen Fragmentierung *Effective Number of Electoral Parties*, sondern gleichermaßen heterogene Effektparameter über die Kontexte hinweg. Jede einzelne Gerade skizziert das "within"-Modell einer Parlamentswahl j in einem Vergleichsstaat k, und die unterschiedlichen Steigungen dieser Gerade verdeutlichen Schwankungen des Effektparametern über unterschiedliche Kontexte hinweg. Ein einfacher Likelihood-Ratio-Test zeigt zudem auf, dass ein "Random Coefficient"-Modell die Effekte von Wahlsystemen auf lokale Parteiensysteme besser abbildet als ein "Random Intercept"-Modell ($\chi^2_2 = 1249.54$ mit $p < 0.00$).

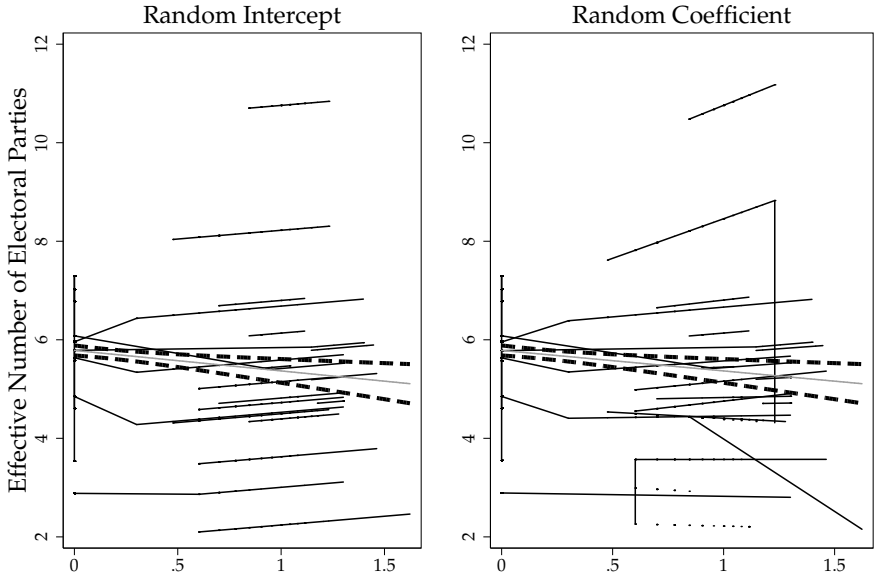
Damit kann zunächst festgehalten werden, dass auf der Wahlkreisebene robuste Effekte der *Effective Magnitude* auf die *Effective Number of Electoral Parties* wirken; die Prägekraft von Wahlsystemen ist jedoch nicht in allen etablierten Demokratien identisch, sondern sie weist eine Varianz über die Kontexte verschiedener Parlamentswahlen und Vergleichsstaaten hinweg auf, die einmal das Basisniveau der Fragmentierung ("Random Intercept") und zweitens den spezifischen Effektparameter der Schlüsselvariablen M'_{eff} betrifft. Wird nun nach der "Reichweite" institutioneller Optionen in etablierten Demokratien gefragt, liefern

die empirischen Analysen deutliche Hinweise auf die Prägekraft von Wahlsystemen. Dass jedoch nicht in allen Vergleichsstaaten die Anzahl der Parteien/ Kandidaten im politischen Wettbewerb signifikant mit der Wahlkreisgröße ansteigt, sollte einmal als ein Beleg für die mindestens partielle Kontextabhängigkeit von Wahlsystemen gelesen werden und erzeugt zweitens einige Zweifel an der Angemessenheit einer auf die Wahlkreisebene konzentrierten Perspektive und der stringenten Konstruierbarkeit des nationalen Parteiensystems als "Summe" der lokalen Koordinationsspiele innerhalb der einzelnen Wahlkreise.

Modell 7 greift diese Kontextheterogenität auf und erklärt sie mit für die einzelnen Parlamentswahlen (Ebene 2) und Vergleichsstaaten (Ebene 3) gemessenen Einflussfaktoren. Dabei werden im Einzelnen die Wirkungen ethnischer (N_{eth}) oder religiöser Heterogenität (N_{rel}) und direkter Präsidentenwahlen ($Pres$) geprüft. Ein hohes Maß an gesellschaftlicher Diversität, also eine Vielzahl an ethnischen und/ oder religiösen Gruppen, sollte die Fragmentierung der lokalen Parteiensysteme forcieren; direkte Präsidentenwahlen dagegen sollten die Konzentration des Parteiensystems fördern. Die empirischen Schätzer zeigen eine sehr signifikante Wirkung dieser Kontextfaktoren auf die lokalen Koordinationsspiele. Ethnische und religiöse Fragmentierung wie direkte Präsidentenwahlen führen jeweils zu einem verminderten Basisniveau, einem verminderten Gruppenmittel der Fragmentierung, jedoch gleichermaßen zu signifikant stärkeren Binneneffekten der Schlüsselvariablen *Effective Magnitude*. In denjenigen Vergleichsstaaten, die ethnisch wie religiös heterogen sind und/ oder direkte Präsidentenwahlen vorsehen, erzeugen Wahlsysteme besonders substanzielle Effekte auf die Anzahl der Parteien/ Kandidaten im lokalen Wettbewerb. Mit anderen Worten: Wahlsysteme wirken, gemessen am Regressionskoeffizienten der *Effective Magnitude*, stets schroffer, wenn die jeweiligen Vergleichsstaaten ein hohes Maß an sozialer Diversität aufweisen oder falls direkte Präsidentenwahlen durchgeführt werden.

Grosso modo illustrieren die unterschiedlich komplexen Mehrebenenmodelle eine hohe Korrespondenz von theoretisch hergeleiteten Erwartungen und empirisch bestimmten Effekten; zudem weisen die einzelnen Schätzer eine hohe Robustheit und Parameterkonsistenz auf. Freilich verweisen die Mehrebenenmodelle auch auf einige Grenzen bei der Generalisierbarkeit der $M+1$-Regel, denn die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen werden einmal durch Faktoren höherer Modellebenen vermittelt, und zweitens zeigt eine Analyse der Varianzkomponenten auf allen Ebenen der einfachen institutionalistischen Modelle 1 bis 6, jedoch auch beim komplexeren Modell 7 teils erhebliche Anteile unerklärter Heterogenität. Die Ursachen sind vielfältig: Moderne neoinstitutionalistische Modelle machen die Anzahl der Parteien/ Kandidaten im politischen Wettbewerb nicht mehr deterministisch vom Wahlsystem abhängig, sondern begreifen institutionelle Anreize als einen Faktor, der neben und in Interaktion mit anderen Erklärungsfaktoren wirkt. Alternative Erklärungsansätze, besonders die Wirkungen sozialer Diversität und politischer *Cleavages*, sind jedoch weniger greifbar und in ihrer Operationalisierung häufig problematisch (vgl. detailliert Stoll 2005). Weitere Defizite, die momentan noch einer erschöpfenden, empirisch gesättigten empirischen Analyse entgehen stehen, betreffen die Verfügbarkeit von systematisch aufbereiteten Informationen zur Soziodemografie der einzelnen Wahlkreise.

Abbildung 6.4: Binnenmodelle der Effekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme in den postkommunistischen Vergleichsstaaten



Anmerkungen: Die durchgezogenen Linien geben die "within"-Modelle der einzelnen Parlamentswahlen an; die unterbrochene Linie gibt das "gepoolte" Gesamtmodell an.

Psychologische Effekte in den postkommunistischen Vergleichsstaaten, die Wahlkreisebene

Tabelle 6.2 dokumentiert sehr ähnlich konstruierte Mehrebenenmodelle der Effekte von Wahlsystemen in den postkommunistischen Vergleichsstaaten. Bereits eine oberflächliche Inspektion der Schätzer illustrieren jedoch wesentlich verschiedene Wirkungen von von Wahlsystemen in etablierten Demokratien und im turbulenten Kontext der Systemwechselprozesse. Die Effektparameter, die für die Schlüsselvariable *Effective Magnitude* bestimmt wurden, korrespondieren nirgendwo mit den von Taagepera und Shugart (1989b; 1993) im "generalized Duverger's law" niedergelegten theoretischen Erwartungen; zudem sind die Regressionskoeffizienten regelmäßig insignifikant und über die unterschiedlichen Modellspezifikationen hinweg nicht konsistent und robust. Nimmt man die im unteren Teil der Tabelle dokumentierten *Random Effects* zum Maßstab für das Niveau unerklärter Kontexteffekte, weisen die postkommunistischen Vergleichsstaaten auf allen drei hierarchisch geordneten Ebenen des Modells wesentlich deutlichere Anteile unmodellierter Heterogenität auf.

Tabelle 6.2: Mehrebenenmodelle zum psychologischen Effekt in den postkommunistischen Vergleichsstaaten (abhängige Variable: N'_v)

		(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
Ebene 1								
	$\log_{10} M'_{eff}$	1.25	-0.58^{**}	0.79		0.59	0.58	−1.30
		–	(0.12)	(0.46)		(0.35)	(0.36)	(0.54)
Ebene 2	$Pres$	–						−1.01
		–						(0.54)
	t	–						−0.14
		–						(0.10)
	$M'_{eff} \cdot Pres$	–						1.56^{**}
		–						(0.36)
	$M'_{eff} \cdot t$	–						0.38^{*}
		–						(0.15)
Ebene 3	$Legacy$	–						-0.34^{*}
		–						(0.14)
	$M'_{eff} \cdot Legacy$	–						0.35^{*}
		–						(0.15)
Konstante		2.50	5.72^{**}	5.47^{**}	5.51^{**}	5.08^{**}	5.09^{**}	7.71^{**}
		–	(0.05)	(0.09)	(0.37)	(0.46)	(0.45)	(0.96)
Random Effects								
Ebene 1	$\sigma_{\epsilon_{ijk}}$	–	2.55	2.06	2.06^{**}	2.06^{**}	2.06^{**}	2.10^{**}
		–	–	–	(0.03)	(0.03)	(0.03)	
Ebene 2	$\sigma_{\tau_{0jk}}$	–	–	1.87	1.39^{**}	1.40^{**}	1.30^{**}	1.00^{*}
		–	–		(0.18)	(0.18)	(0.24)	
	$\sigma_{\tau_{1jk}}$	–	–	–	–	–	0.58	0.53
		–	–	–	–	–	(0.54)	
Ebene 3	$\sigma_{\mu_{00k}}$	–	–	–	0.92^{**}	0.97^{**}	0.97^{**}	0.67^{*}
		–	–	–	(0.33)	(0.35)	(0.34)	
N		–	3105	3105	3105	3105	3105	3105
R^2		–	0.01	0.01	–	–	–	–
Log likelihood		–	–	–	−6720.67	−6719.36	−6719.20	−6376.13
BIC		–	14629.05	13276.92	13473.51	13478.93	13486.64	–

Anmerkungen: * p<0.05; ** p<0.01.

Die Betrachtung der einzelnen Modelle weist gleichermaßen kaum Effekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme aus. Das "gepoolte" Modell 2 bestimmt eine atheoretische, negative Assoziation von Wahlkreisgröße und der Anzahl von Kandidaten/ Parteien. Dieser Befund wird substanziell durch die "Anomalie" der Einerwahlkreise postkommunistischer Wahlsysteme begründet. Besonders bei den Mehrheitswahlsegmenten der kombinierten Wahlsysteme Russlands (RUS1993–1999) und der Ukraine (UKR1994–2002) haben geringere Kandidaturkosten, die geringe Strukturierung und Kalkulierbarkeit des lokalen politischen Wettbewerbs eine Vielzahl von parteigebundenen und von unabhängigen Bewerbern zur Kandidatur ermutigt und so die in "Duvergers Gesetz" und der $M+1$ definierten Funktionsbedingungen für die Reduzierung der Anzahl an Kandidaten, und damit für die Konzentration der lokalen Parteiensysteme, dezidiert unterlaufen. Das "Fixed Effects"-Modell 3 zeigt die Inkonsistenz der empirisch bestimmten Effektparameter; auch bei der ökonometrischen "Kontrolle" aller konstanten intervenierenden Variablen kann zudem keine statistisch signifikante und/ oder substanziell aussagekräftige Wirkung des Wahlsystems auf die Anzahl der Parteien und/ oder Kandidaten im einzelnen Wahlkreis gezeigt werden.

Modell 4 beginnt mit der Konstruktion eines modernen Mehrebenenmodells und bestimmt ein "leeres" Modell, das allein darauf zielt, die Varianz der *Effective Number of Electoral Parties* (N'_v) den einzelnen hierarchisch geordneten Niveaus, der Wahlkreisebene i, den Ebenen einzelner Parlamentswahlen j und Vergleichsstaaten k zuzuordnen. In den postkommunistischen Vergleichsstaaten weisen alle hierarchischen Niveaus des Modells, im Vergleich mit den etablierten Demokratien, erratisch hohe Fehlervarianzen auf. Die hohe Kovarianz der Beobachtungen, die den Kontexten einzelner Parlamentswahlen und Vergleichsstaaten entnommen sind, kann auch an den Koeffizienten der "Intraclass Correlation" (vgl. Snijders und Bosker 1999) innerhalb der einzelnen Vergleichsstaaten k (ρ_k) und innerhalb der Parlamentswahlen j eines Vergleichsstaats k (ρ_{jk}) abgelesen werden; die systematischen Ähnlichkeiten der Beobachtungen sind jedoch nicht derart ausgeprägt wie bei der Kontrollgruppe etablierter Demokratien:

$$\rho_k = \frac{\sigma^2_{\mu_{00k}}}{\sigma^2_{\epsilon_{ijk}} + \sigma^2_{\tau_{0jk}} + \sigma^2_{\mu_{00k}}} = \frac{0.92^2}{2.06^2 + 1.39^2 + 0.92^2} = 0.12 \tag{6.10}$$

$$\rho_{jk} = \frac{\sigma^2_{\mu_{00k}} + \sigma^2_{\tau_{0jk}}}{\sigma^2_{\epsilon_{ijk}} + \sigma^2_{\tau_{0jk}} + \sigma^2_{\mu_{00k}}} = \frac{1.39^2 + 0.92^2}{2.06^2 + 1.39^2 + 0.92^2} = 0.40 \tag{6.11}$$

Die folgende Applikation von "Random Intercepts" (Modell 5) und "Random Coefficients" (Modell 6) leistet, wie etwa das jeweilige *Bayesian Information Criterium* (BIC) ausweist, nahezu keinen Beitrag zur Reduzierung und kausalen Aufklärung der hohen Fehlervarianzen. Werden im abschließenden Modell 7 noch die Effekte von Kovariaten auf der Ebene einzelner Parlamentswahlen und auf nationaler Ebene hinzugenommen, so folgt nur eine wenig günstigere Erklärungsleistung des voll spezifizierten Modells, und die empirischen Schätzer signalisieren die Abwesenheit von substanziell relevanten Wirkungen der postkommunistischen Wahlsysteme auf die Fragmentierung des politischen Wettbewerbs innerhalb der einzelnen Wahlkreise. Spezifisch fügt Modell 7 als weitere Kontextfaktoren auf der Ebene ein-

zelner Parlamentswahlen (Ebene 2; j) und Vergleichsstaaten (Ebene 3; k) die Wirkungen direkter Präsidentenwahlen ($Pres$), der *Legacies* unterschiedlicher kommunistischer *Anciens Régimes* und der im Verlauf des Systemwechsels verstrichenen demokratischen Systemzeit t als Indikator (potenziell) fortschreitender Konsolidierungs- und Strukturierungseffekte hinzu.

Damit kann zunächst festgehalten werden, dass einfache, bivariate institutionalistische Analysen auf der Wahlkreisebene, anders als in den etablierten Demokratien, keine Hinweise auf substanzielle Wirkungen der Wahlsysteme auf die Anzahl der Kandidaten und/ oder Parteien innerhalb der jeweiligen Wahlkreise liefern. Die Erweiterung des Modells um ein *Set* von Kontrollvariablen kann dieses Dilemma nicht sinnvoll auflösen. Allein die Interaktionsterme von *Effective Magnitude* mit direkten Präsidentenwahlen und/ oder hohen Werten des Strukturierungsindikators *Legacies* wirken signifikant auf die abhängige Variable, die Anzahl der gewählten Kandidaten im einzelnen Wahlkreis. Diese Befunde signalisieren auch auf der Wahlkreisebene der postkommunistischen Vergleichsstaaten, anders als in den etablierten Demokratien, die weitgehende Abwesenheit von psychologischen Effekten der jeweiligen Wahlsysteme, die Wirkungslosigkeit von "strategic voting" und "strategic entry" (Cox 1997) im turbulenten Kontext des Systemwechsels.

Mechanische Effekte in den postkommunistischen Vergleichsstaaten, die Wahlkreisebene

Während psychologische Effekte und die empirische Haltbarkeit der $M+1$-Regel an konkrete funktionale Bedingungen gebunden sind, wirkt der mechanische Effekt auf der Wahlkreisebene deterministisch und, bei gegebener Stimmenverteilung, kontextunabhängig; die Wahlkreisgröße M errichtet eine strikte Schranke für die Anzahl erfolgreicher Parteien und/ oder Kandidaten, gemessen als *Effective Number of Parliamentary Parties* (N'_m).

Tabelle 6.3 fasst sechs verschiedene Modelle zum mechanischen Effekt verschiedener Wahlsysteme in den postkommunistischen Vergleichsstaaten zusammen. Die empirischen Resultate auch bei unterschiedlichen Schätzverfahren sehr robust, und sie verweisen auf schroffe mechanische Effekte der postkommunistischen Wahlsysteme, die jeweils wesentlich oberhalb der im "generalized Duverger's law" postulierten Wirkung liegen (Modell 1). Mit anderen Worten: Wenn die Abwesenheit eines strukturierten politischen Wettbewerbs, und damit die Abwesenheit psychologischer Wahlsystemeffekte, die Koordination auf $M+1$ Kandidaten verhindert, wenn also "wasted vote"-Situationen nicht durch strategisches Verhalten von Wählern und Parteieliten antizipiert werden, wirken die mechanischen Effekte besonders selektiv, und ihre deterministische Funktion wird bereits durch die sehr hohe Varianzaufklärung angezeigt.

Modell 2 gibt die Resultate eines konventionellen linearen Regressionsmodells wieder; wie bereits bei der Analyse der psychologischen Effekte sind die Schätzer jedoch durch die systematische Ähnlichkeit belastet, die einzelne Wahlkreise i derselben Parlamentswahl j und desselben Vergleichsstaats k aufweisen. Modell 3 bestimmt ein "Fixed Effects"-Modell, bei dem die geschätzten Effektparameter sehr robust erhalten bleiben. Das "leere" Modell 4 liefert weitere Hinweise auf die Bedeutung übergreifender Kontexte der jeweiligen Parlamentswahlen und der Vergleichsstaaten und zeigt, dass auf allen drei Ebenen des hierarchischen Modells signifikante Varianzkomponenten der *Effective Number of Parliamen-*

Tabelle 6.3: Mehrebenenmodelle zum mechanischen Effekt in den postkommunistischen Vergleichsstaaten (abhängige Variable: N'_m)

		(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Ebene 1							
	M'_{eff}	1.15	2.59**	2.32**		2.31**	1.80**
		–	(0.07)	(0.08)		(0.07)	(0.20)
	N'_v	–	0.09**	0.03**		0.03**	0.31**
		–	(0.01)	(0.00)		(0.00)	(0.05)
Konstante		2.30	0.48**	0.87**	2.94**	0.83**	−0.12
		–	(0.06)	(0.02)	(0.27)	(0.20)	(0.27)
Random Effects							
Ebene 1	$\sigma_{\epsilon_{ijk}}$	–	0.63	0.34	0.60**	0.34**	0.22**
		–	–	–	(0.01)	(0.00)	(0.00)
Ebene 2	$\sigma_{\tau_{0jk}}$	–	–	1.01	1.44**	0.90**	1.51**
		–	–	–	(0.17)	(0.10)	(0.22)
	$\sigma_{\tau_{1jk}}$	–	–	–	–	–	1.22**
		–	–	–	–	–	(0.16)
	$\sigma_{\tau_{2jk}}$	–	–	–	–	–	0.31**
		–	–	–	–	–	(0.04)
Ebene 3	$\sigma_{\mu_{00k}}$	–	–	–	0.56**	0.43**	0.30**
		–	–	–	(0.35)	(0.23)	(0.16)
N		–	2986	2986	2986	2986	2986
R^2		–	0.70	0.68	–	–	–
Log likelihood		–	–	–	−2897.71	−1168.99	29.90
BIC		–	5725.21	2043.50	5827.50	2386.00	28.22

Anmerkungen: * p<0.05; ** p<0.01.

tary Parties (N'_m) liegen. Die "Random Intercept" und "Random Coefficient"-Modelle leisten einen wesentlichen Beitrag zur kausalen Erklärung dieser Kontextheterogenität; die Effektparameter der *Effective Magnitude* und der *Effective Number of Electoral Parties* (N'_v) bleiben dabei robust erhalten und entsprechen etwa den vorherigen Modellen. Ein Vergleich von "Random Intercepts" (Modell 5) und "Random Coefficients" (Modell 6) belegt auch beim mechanischen Effekt die Heterogenität der Schätzer über die Kontexte verschiedener Parlamentswahlen und Vergleichsstaaten hinweg. Diese Kontextabhängigkeit eigentlich als "deterministisch" vorgestellter Effekte folgt aber allein aus der Heterogenität der psychologischen Effekte, die über die jeweiligen Stimmeninputs vermittelt auch die mechanischen Konsequenzen des Wahlsystems beeinflussen.

Damit bestätigen die empirischen Befunde im Wesentlichen die kontextsensitiven Hypothesen dieser Studie. In der Kontrollgruppe etablierter Demokratien kann eine systematische, empirisch robuste Kovarianz der "carrying capacity" eines Wahlkreises und der lokalen Fragmentierung des politischen Wettbewerbs gezeigt werden. Innerhalb der postkommunistischen Vergleichsstaaten sind die an konkrete Voraussetzungen gebundenen psychologischen Wirkungen von Wahlsystemen, die Mechanismen "strategic voting" und "strategic entry" (vgl. Cox 1997) dagegen nahezu unwirksam.

6.3 Der Mechanismus strategischer Koordination im Wahlkreis

Die quantitativen Analysen der Mehrebenenkontexte haben die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen dort analysiert, wo sie empirisch begründet wirken, auf der Ebene einzelner Wahlkreise, und die Modelle haben zweitens die interaktiven Effekte der übergeordneten Kontexte einzelner Parlamentswahlen und Vergleichsstaaten gezeigt. Dabei treten einmal die Reichweite und Bedeutung institutioneller Optionen hervor, besonders bei der Kontrollgruppe etablierter Demokratien, jedoch auch die Grenzen der institutionellen Steuerbarkeit politischer Organisationsprozesse, vornehmlich in den Staaten des postkommunistischen Osteuropa, offenkundig. Im Folgenden werden die quantitativen Analysen mit fallorientierten Perspektiven auf die postkommunistischen Vergleichsstaaten angereichert, die eine deutlichere Orientierung an der Entwicklung im Verlauf des Systemwechsels erlauben und eine dezidierte Skizze der institutionellen Effekte in Osteuropa ergeben.

Einerwahlkreise in Ungarn, Litauen, Russland und der Ukraine

Die fallorientierten Perspektiven diskutieren zunächst wesentliche statistische "Ausreißer" der makroquantitativen Analysen, und sie konzentrieren sich besonders auf die Einerwahlkreise des absoluten Mehrheitswahlsystems in der Ukraine und der kombinierten Wahlsysteme Ungarns, Litauens, der Ukraine und Russlands.

Ungarn

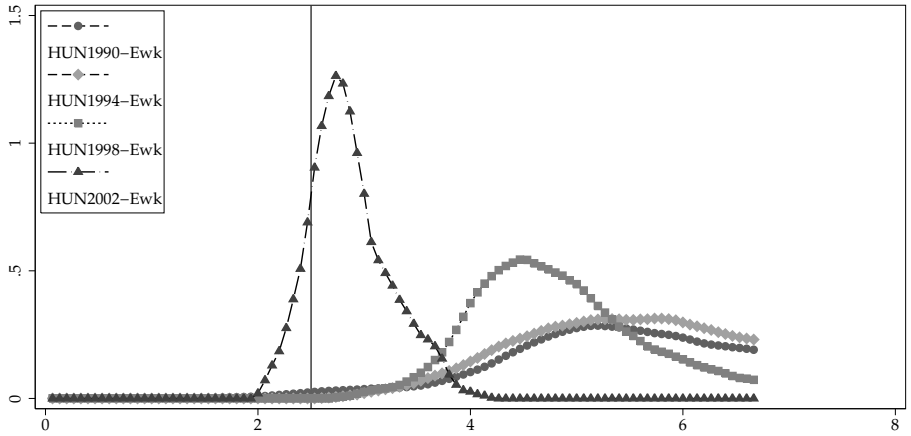
Von denjenigen postkommunistischen Vergleichsstaaten, die Mandate in Einerwahlkreisen vergeben, weist Ungarn mit den historischen *Legacies* des national-akkommodativen Kommunismus die günstigsten Optionen für die Herausbildung eines langfristig programmatisch konturierten Parteienwettbewerbs und für institutionelles Lernen auf. Dem ungarischen Transitionsprozess, der weniger von den Kräften der "civil society" als von denjenigen der "political society" getragen war (zu diesen Begriffen vgl. Linz und Stepan 1996: 3-15; 296-316), korrespondiert das stabilste Parteiensystem im postkommunistischen Osteuropa, das in seinen Grundlinien bereits seit der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre vorgezeichnet war.

In den Einerwahlkreisen der kombinierten Wahlsysteme Ungarns (`HUN1`, `HUN2`) gilt die Entscheidungsregel der absoluten Mehrheit. Für den Mandatsgewinn im ersten Wahlgang sind mehr als 50% der abgegebenen gültigen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von mehr als 50% notwendig und hinreichend. Bleibt der erste Wahlgang inkonklusiv, entscheidet eine Stichwahl, an der mindestens die drei stimmenstärksten Kandidaten und darüber hinaus alle weiteren Kandidaten teilnehmen können, deren Stimmenanteil 15% übersteigt. Diese formalen Grundlagen sind von zentraler Bedeutung bei jeder Bestimmung der "carrying capacity" (Cox 1997: 141) des Wahlsystems. Kann bereits im ersten Wahlgang das Mandat vergeben werden, so gelten hier $M = 1$ und als Erwartungswert $N'_v \leq M + 1$; $N'_v \leq 2$. Wird das Mandat dagegen erst im zweiten Wahlgang vergeben, gelten (mindestens) $M = 3$ und $N'_v \leq M + 1$; $N'_v \leq 4$.

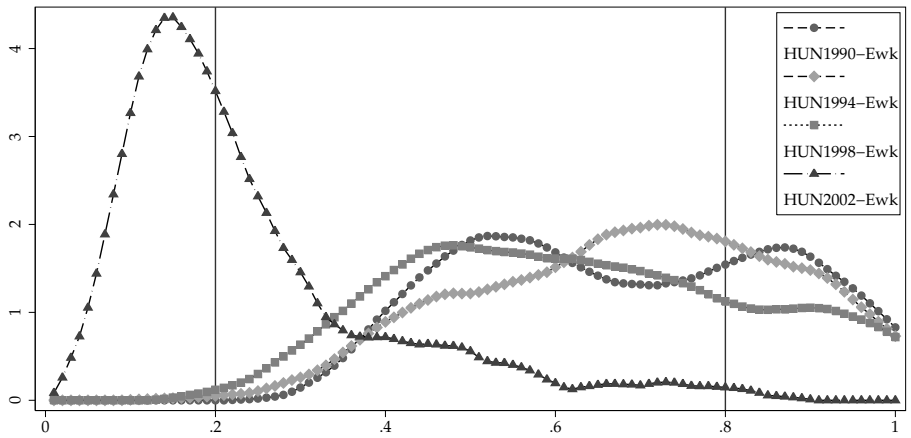
Abbildung 6.5 skizziert die Verteilung der *Effective Number of Electoral Parties* (N'_v) in 176 ungarischen Einerwahlkreisen von 1990 bis 2002 mit Kern-Dichte-Schätzern. Bereits eine

Abbildung 6.5: Effective Number of Electoral Parties (N'_v) und SF in 176 ungarischen Einerwahlkreisen, 1990–2002

(1) Effective Number of Parties (N'_v)



(2) "Second to First Loser" (SF)



Anmerkung: Kern-Dichte-Schätzer der Variablen N'_v und SF. In der oberen Grafik (N'_v) trennt die vertikale Linie "Duvergersche" ($N'_v < 2.5$) und "Nicht-Duvergersche" Gleichgewichtszustände ($N'_v > 2.5$); in der unteren Grafik (SF) differenzieren die vertikalen Linien "Duvergersche" ($SF < 0.2$) und "Nicht-Duvergersche" Gleichgewichtszustände ($SF > 0.8$).

oberflächliche Inspektion der Verteilung lokaler Fragmentierungsniveaus zeigt, dass die effektive Kandidatenzahl innerhalb der einzelnen Wahlkreise stets deutlich oberhalb der von "Duvergers Gesetz" bestimmten Schranke ($N'_v \leq 2$) und, mit der partiellen Ausnahme von 2002, auch oberhalb der "carrying capacity" der absoluten Mehrheitswahl ($N'_v \leq 4$) liegt.[5] In den ungarischen Einerwahlkreisen bietet die absolute Mehrheitswahl damit keine effektive Barriere gegen die Kandidatenproliferation. Aus der Analyse der Verteilungen folgt noch ein weiterer Befund, der den Trend der Daten betrifft. Die effektive Kandidatenzahl liegt bei den "Gründungswahlen" von 1990 auf dem durchschnittlich höchsten Niveau und sinkt bei den folgenden Wahlen stetig ab. Vor allem die Parlamentswahlen von 1998 und 2002 illustrieren eine Entwicklung hin zu einer durchschnittlich geringeren *Effective Number of Electoral Parties* (N'_v) und zu einer höheren Homogenität der einzelnen Wahlkreise.

Im Folgenden werden die Konkurrenzsituationen in den Einerwahlkreisen der kombinierten Wahlsysteme Ungarns, Litauens, Russlands und der Ukraine nicht nur an ihrem jeweils lokalen Fragmentierungsniveau gemessen. Einen direkten Zugriff auf die Art und Verbreitung von strategischer Koordination bietet vielmehr die von Cox (1997) eingebrachte Variable *SF*, das Stimmenverhältnis des zweiten und ersten Wahlverlierers. Konvergiert *SF* gegen 1, liegen beide nahezu gleichauf, und eine strategische Abkehr von zurückliegenden Kandidaten bleibt aus. Konvergiert *SF* gegen 0, erreicht der kompetitive, zweitplacierte Kandidat (*first loser*) einen wesentlich höheren Stimmenanteil als der nicht mehr kompetitive, drittplacierte (*second loser*), und diese Differenz wird als ein Indiz für strategische Koordination von Wählern und Parteieliten bewertet. Insgesamt postuliert Cox (1997) über alle Wahlkreise hinweg eine bimodale Verteilung von *SF*; ein Maximum bei $SF = 0$ bezieht sich auf diejenigen Wahlkreise, bei denen psychologische Effekte im Sinne Duvergers (1959) greifen; das zweite Maximum bei $SF = 1$ signalisiert "Nicht-Duvergersche" Gleichgewichte, bei denen das Kandidatenfeld so unüberschaubar und die Wahlchancen der Einzelbewerber so unklar sind, dass keine Scheidung von chancenreichen und chancenlosen Kandidaten mehr möglich ist. Unimodale Verteilungen mit nur einem Maximum, etwa in der Skalenmitte ($SF \backsim 0.5$), zeigen dagegen die "Nullhypothese" gänzlich unkoordinierter Konkurrenzsituationen an.

Abbildung 6.5 wendet sich diesem spezifischen Indikator für die strategische Koordination in den ungarischen Einerwahlkreisen zu (*SF*). Im Zeitraum von 1990 bis 1998 zeigt die Verteilung von *SF*, wiederum als Kern-Dichte-Schätzer dargestellt, eher unkoordinierte Konkurrenzsituationen an. Die Verteilung konvergiert nicht gegen "Duvergersche" ($SF \backsim 0$) und "Nicht-Duvergersche" ($SF \backsim 1$) Gleichgewichtszustände, sondern Werte in der Skalenmitte ($SF \backsim 0.5$) sind tendenziell die häufigsten. Damit dominieren nicht koordinierte, sondern tendenziell vollkommen unkoordinierte Konkurrenzsituationen die Dynamik der 176 ungarischen Einerwahlkreise. Diese Konstellation ändert sich freilich bei der Parlamentswahl von 2002, die mit einer partiellen Konvergenz von *SF* gegen 0 nun regelmäßig einen deutlichen Stimmenvorteil des ersten gegenüber dem zweiten Wahlverlierer anzeigt, also die empirische Geltung von "Duvergerschen Gleichgewichten" in den einzelnen Wahlkreisen.

5 Die durchgezogene, vertikale Linie bei $N'_v = 2.5$ gibt in dieser und in den folgenden Grafiken ein sehr konservatives Kriterium zur Differenzierung von koordinierten Gleichgewichten und unkoordinierter Kandidatenproliferation an. Dasselbe numerische Kriterium zur Abgrenzung von "Duvergerschen Gleichgewichten" und unkoordinierten Situationen verwenden Chhibber und Kollman (2004: 49).

Bei der ungarischen Parlamentswahl vom März/ April 1990 wurden nur fünf der 176 Direktmandate direkt, im ersten Wahlgang vergeben,[6] und auch bei den beiden folgenden Wahlen zur ungarischen Nationalversammlung im Mai 1994 und im Mai 1998 wurden nur zwei Mandate bzw. ein Mandat im ersten Wahlgang zugeteilt, und für die Mandatsvergabe blieb der zweite Wahlgang entscheidend. Mit dem Trend zur Bipolarisierung des Parteiensystems änderte sich dies jedoch grundlegend, und der erste Wahlgang brachte nun, bei der ungarischen Parlamentswahl 2002, deutlicher konklusive Resultate hervor. In 45 der 176 Einerwahlkreise erreichte bereits in der ersten Runde ein Kandidat die notwendige absolute Mehrheit der Wählerstimmen (vgl. im Detail Fowler 2003).

Schließlich sind die Einerwahlkreise einiger kombinierter Wahlsysteme im postkommunistischen Osteuropa, vor allem in Russland und in der Ukraine, von erfolgreichen unabhängigen Kandidaten dominiert. Die politische Wettbewerbsstruktur in Ungarn war jedoch von Beginn an viel deutlicher parteiorientiert. Bei der Parlamentswahl von 1990 waren in den Einerwahlkreisen 199 der 1623 Kandidaten "Unabhängige", und sechs von ihnen gewannen ihre Wahlkreise. Die Zahl dieser "Unabhängigen" sank stetig auf 103 (`HUN1994-Ewk`), ohne einen Mandatsgewinn, und auf 53 (`HUN1998-Ewk`), mit einem Mandatsgewinn (vgl. Benoit 2001b: 490). Bei der ungarischen Parlamentswahl von 2002 waren schließlich nur noch vierzig von 1244 Wahlkreiskandidaten ohne formale Parteibindung, und keiner von ihnen erreichte ein Mandat in der Nationalversammlung (Fowler 2003: 799).

Beide Perspektiven, die Analyse der *Effective Number of Electoral Parties* (N'_v) in den Wahlkreisen und der Variablen *SF*, zeigen einmal die Grenzen institutioneller Steuerungsoptionen im Kontext politischer Unsicherheit auf, denn zunächst errichteten die Regeln des Wahlsystems keine wirksame institutionelle Schranke gegen eine exzessive Fragmentierung des Parteiensystems, die weit über die vom Wahlsystem abgesteckte "carrying capacity" (Cox 1997) hinaus geht. Auf der anderen Seite jedoch illustrieren sie gleichermaßen das Potenzial für institutionelles Lernen. Zu Beginn der elektoralen Demokratie war das ungarische Parteiensystem bereits in seinen inhaltlichen und organisatorischen Grundlinien strukturiert. Die erste Parlamentswahl von 1990 zeigte jedoch bei Wählern wie bei Parteieliten nur ein recht geringes Maß an strategischer Kompetenz und, folglich, von Adaption an die Regeln des Wahlsystems. Die dominierende politische Kraft war die *Umbrella*-Organisation der Regimeopposition, das zentristische *Ungarische Demokratische Forum* (MDF), das mit 114 von 176 den wesentlichen Anteil der Direktmandate gewann.[7] Der liberale *Bund Freier Demokraten* (SZDSZ) erzielte in den Einerwahlkreisen mit 35 Mandaten den zweiten Rang und profitierte von strategischen Wahlabsprachen mit der anderen liberalen Kraft, dem *Bund Junger Demokraten* (FIDESZ) (vgl. Tóka 1995: 56).

Vor der zweiten, regulären Parlamentswahl von 1994 bildete sich ein Trend heraus, der nicht nur die folgende politische Entwicklung deutlich prägte, sondern auch das *Setting* für strategisches Handeln in den Wahlkreisen formte, die Bipolarisierung des ungarischen Par-

6 Direkt gewählt wurden drei Mitglieder der dominierenden politischen Kraft, des *Ungarischen Demokratischen Forums* (MDF), und zwei unabhängige Kandidaten, einer von ihnen war Ministerpräsident Nemeth (vgl. Tóka 1995: 56).

7 Diese zentristische Kraft war bei der Parlamentswahl 1990, ähnlich wie die indische Kongresspartei, ein "Condorcet Winner", der alle übrigen Parteien in paarweiser Konkurrenz schlagen konnte (Riker 1976: 760-761); dieses Auftreten eines faktisch "sicheren" Wahlgewinners unterminiert die Bedingungen für die Koordination in den einzelnen Wahlkreisen (vgl. Cox 1997: 77).

teiensystems. Die beiden ideologischen Pole des Parteiensystems wurden durch das nun religiös-konservativ ausgerichtete, scharf antikommunistische *Ungarische Demokratische Forum* (UDF) und die reorganisierte, mindestens in der Kampagne moderat ausgerichtete *Ungarische Sozialistische Partei* (MSZP) bestimmt. Schließlich gab es einen "liberalen Block" aus SZDSZ, FIDESZ und der *Agrarallianz* (ASZ) (vgl. Grotz 2000: 252-258). Im ersten Wahlgang entstand erneut die Dominanz einer einzelnen politischen Kraft, denn die MSZP dominierte in 160 der 176 Einerwahlkreise. Zwischen beiden Wahlgängen wurden deshalb von den antikommunistischen Parteieliten Unternehmen diskutiert, um durch polarisierende Wettbewerbsstrategien die Dominanz der postkommunistischen MSZP mindestens abzuschwächen, doch effektiv funktionierende Wahlabsprachen gab es nur im "liberalen Block". Von 523 Kandidaten, die sich für den zweiten Wahlgang in den 176 Einerwahlkreisen qualifiziert hatten, gaben nur zwölf ihre Kandidatur aus wahlstrategischen Gründen auf. Die übrigen blieben im politischen Wettbewerb und fraktionierten das bürgerliche Wählerpotenzial, sodass die postkommunistische MSZP schließlich 149 der Mandate gewinnen konnte (vgl. Benoit 1999b; Fitzmaurice 1995).

Die beiden folgenden ungarischen Parlamentswahlen waren besonders gekennzeichnet durch einen forcierten Trend hin zu einem bipolaren Wettbewerb in einem organisatorisch weiterhin stabilen Parteiensystem und, als Konsequenz, durch ein deutlich höheres Maß an wahlstrategischem Verhalten. Der wesentliche Faktor auf dem Weg zur Bipolarisierung war die Auflösung des "liberalen Blocks"; der SZDSZ neigte nun deutlich zum postkommunistischen Lager, während sich auf der konservativen Seite FIDESZ-MPP und MDF auf die Bestellung gemeinsamer Kandidaten verständigten. Die Wettbewerbssituation nach dem ersten Wahlgang der Parlamentswahl von 1998 korrespondierte zunächst mit der vorherigen, und in 113 Einerwahlkreisen war die MSZP die stärkste politische Kraft. Jedoch verständigten sich FIDESZ-MPP, MDF und die *Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte* (FKgP) und, auf der anderen Seite des politischen Spektrums, MSZP und SZDSZ, auf den strategischen Rückzug von Kandidaten. Von 727 Kandidaten, die formal für den zweiten Wahlgang qualifiziert waren, zogen nun 229 ihre Kandidatur im Vorfeld zurück, sodass schließlich 121 Einerwahlkreise von den oppositionellen Parteien FIDESZ-MPP, MDF und FKgP und nur 54 von der MSZP gewonnen wurden (vgl. die detaillierte Analyse bei Benoit 2001c: 6-8).

Mit diesen Absprachen war die Tendenz zur Bipolarisierung des politischen Wettbewerbs bereits angezeigt, die sich vor der Parlamentswahl von 2002 noch verfestigte. Bei der ungarischen Parlamentswahl von 2002 konkurrierten in den meisten Wahlkreisen zwei *Tickets*, die bereits im ersten Wahlgang substanzielle Chancen auf den Mandatsgewinn hatten, die Kandidaten von FIDESZ-MPP/ MDF, die in allen 176 Einerwahlkreisen gemeinsame Kandidaten aufstellten, auf der einen und die Kandidaten der MSZP auf der anderen Seite. Diese Polarisierung ermöglichte den Wählern die strategische Koordination auf diese beiden kompetitiven *Tickets* (vgl. Abbildung 6.5). So war in 45 Wahlkreisen bereits der erste Wahlgang konklusiv, und um die 131 noch offenen Mandate konkurrierten insgesamt nur 269 Einzelkandidaten; 125 weitere Kandidaten zogen zwischen den Wahlgängen strategisch motiviert ihre Kandidatur zurück (vgl. Fowler 2003).

Litauen

Anders als in Ungarn war der litauische Systemwechsel geprägt durch die historischen Hinterlassenschaften des patrimonialen kommunistischen *Ancien Régime*. Einem der zentralen Argumente dieser Arbeit gemäß schaffen diese *Legacies* deutlich geringere Optionen zur Etablierung eines programmatisch und dauerhaft strukturierten Parteienwettbewerbs und damit geringere Optionen für strategisches Wählen und die Funktion von institutionellen Schranken gegen die Proliferation von Parteien und Kandidaten.

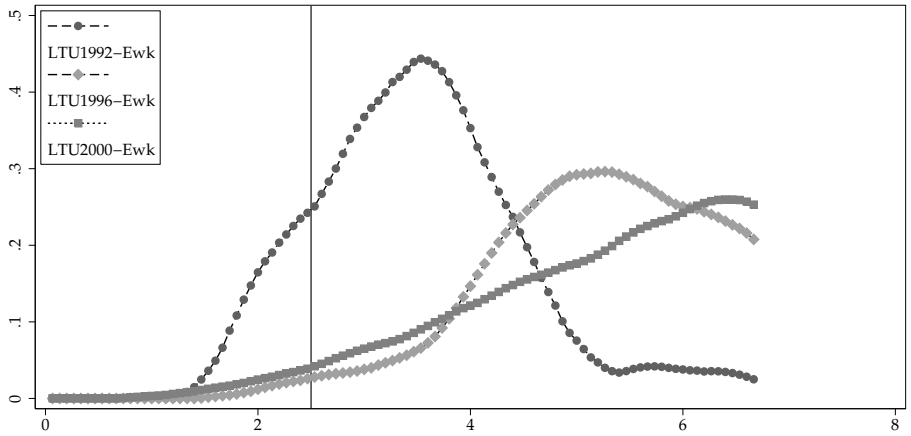
In den Einerwahlkreisen des litauischen Wahlsystems galt 1992 und 1996 als Entscheidungsregel die absolute Mehrheitswahl mit einer potenziellen Stichwahl der beiden stimmenstärksten Kandidaten (`LTU1,2`), und erst vor der Parlamentswahl 2000 ersetzte die konservative Parlamentsmehrheit in einem unilateralen Manöver die absolute durch die relative Mehrheitswahl, sodass typologisch ein neues konkretes Wahlsystem (`LTU3`) begründet wurde (Fitzmaurice 2002: 162-163). Diese technischen Elemente bestimmen die institutionelle "carrying capacity" der litauischen Wahlsysteme, die theoretisch etwas geringer als beim ungarischen Wahlsystem sein sollte. Setzt die Typologie bei einem kompetitiven ersten Wahlgang an, gelten $M = 1$ und als Erwartungswert $N'_v \leq M+1$; $N'_v \leq 2$. Wird der Fokus aber auf den zweiten Wahlgang, auf die Stichwahl, konzentriert, gelten $M = 2$ und $N'_v \leq M+1$; $N'_v \leq 3$. Nach der Einrichtung der relativen Mehrheitswahl 2000 dagegen beträgt die institutionelle Schranke für alle Wahlkreise $N'_v \leq M+1$; $N'_v \leq 2$. Letztlich war die absolute Mehrheitswahl im ersten Wahlgang nur selten kompetitiv, und die Mandate wurden ganz überwiegend im zweiten Wahlgang zugeteilt. So fand 1992 in 61 und 1996 in 65 der insgesamt 71 Einerwahlkreise eine Stichwahl statt.

Abbildung 6.6 skizziert die Verteilung der *Effective Number of Electoral Parties* (N'_v) in 71 litauischen Einerwahlkreisen von 1992 bis 2000. Wie in Ungarn liegt auch das Fragmentierungsniveau der litauischen Einerwahlkreise stets deutlich oberhalb der "carrying capacity" dieses Systemtyps. Anders als in Ungarn jedoch lässt sich an den Grafiken kein Trend in Richtung auf eine Konzentration des Parteiensystems ablesen, sondern die Entwicklung führt hin zu forcierter Fragmentierung. Während die "Gründungswahlen" von 1992 noch dezidiert vom Regimekonflikt und der bipolaren Ausrichtung des Parteiensystems auf die gewendete Nomenklatura, die *Litauische Demokratische Arbeiterpartei* (LDDP), und die konservative Regimeopposition, zusammengefasst in der konservativen Volksfront *Sajūdis*, geprägt waren, brachen die folgenden, regulären Parlamentswahlen dieses Paradigma schrittweise auf. Auch der Wechsel von der absoluten zur relativen Mehrheitswahl beschränkte die entstehende Fragmentierung nicht effektiv, sodass bei der Wahl zum litauischen *Seimas* von 2000 das bislang höchste durchschnittliche Fragmentierungsniveau entstand. Parallel nahm die Varianz von N'_v über die 71 Einerwahlkreise hinweg deutlich zu und zeigt so die hohe regionale Heterogenität des politischen Wettbewerbs an.

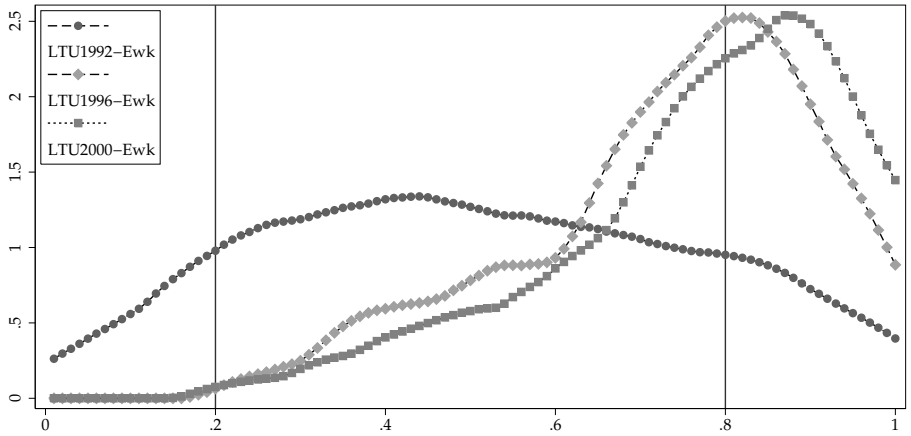
Der in Abbildung 6.6 analysierte Indikator SF verweist auf ganz ähnliche Befunde. Während bei den "Gründungswahlen" vollständig unkoordinierte Situationen ($SF \backsim 0.5$) dominierten, konvergierte SF bei den folgenden Parlamentswahlen tendenziell gegen eins und zeigt damit an, dass in den meisten Einerwahlkreisen keine wesentlichen Differenzen der Stimmenanteile von kompetitiven zweitplacierten und nicht mehr kompetitiven drittplacierten Kandidaten bestehen. Mit anderen Worten: Trotz der Reform zur relativen Mehrheitsregel entstanden in den litauischen Einerwahlkreisen dominierende "Nicht-Duverger-

Abbildung 6.6: Effective Number of Electoral Parties (N'_v) und SF in 71 litauischen Einerwahlkreisen, 1992–2000

(1) Effective Number of Parties (N'_v)



(2) "Second to First Loser" (SF)



Anmerkung: Kern-Dichte-Schätzer der Variablen N'_v und SF. In der oberen Grafik (N'_v) trennt die vertikale Linie "Duvergersche" ($N'_v < 2.5$) und "Nicht-Duvergersche" Gleichgewichtszustände ($N'_v > 2.5$); in der unteren Grafik (SF) differenzieren die vertikalen Linien "Duvergersche" ($SF < 0.2$) und "Nicht-Duvergersche" Gleichgewichtszustände ($SF > 0.8$).

sche" Gleichgewichtskonstellationen, die den Wählern keine Differenzierung von kompetitiven und nicht-kompetitiven Kandidaten ermöglichten, ihnen nicht die notwendigen Informationen für strategisches Wahlverhalten gaben und so die institutionellen Schranken gegen parteiensystemische Fragmentierung faktisch aushebelten.

Die litauischen "Gründungswahlen" von 1992 markieren die erste Wiederwahl einer gewendeten Nomenklatura im postkommunistischen Osteuropa; dieser Trend wurde 1993 in Polen und 1994 in Ungarn fortgeschrieben. Die postkommunistische LDDP dominierte das Mehrheitswahlsegment und gewann 37 der insgesamt 71 Mandate. Die politische Rechte war deutlich heterogener und, ähnlich wie ihr Pendant im benachbarten Polen, schwach organisiert. Nach dem Kollaps der konservativen Volksfront *Sajūdis* war dieser Bereich des politischen Spektrums fragmentiert, und die einzelnen Parteien und Bewegungen waren kaum zu gemeinsamen strategischen Wahlabsprachen fähig und bereit. Die Restfraktion von *Sajūdis* erreichte mit elf Direktmandaten immerhin die zweite Position im Parteienwettbewerb, gefolgt von der als historische Partei reorganisierten *Litauischen Christdemokratischen Partei* (LKDP), die in acht Einerwahlkreisen gewinnen konnte.

Die regulären Parlamentswahlen vom Oktober/ November 1996 brachten einen erneuten politischen Richtungswechsel. Die neu formierte, organisatorisch gestärkte *Sajūdis*-Nachfolgerin *Vaterlandsunion* (TS-LK) wurde stärkste politische Kraft im Verhältniswahlsegment und dominierte auch die Einerwahlkreise. Nur zwei Kandidaten der konservativen TS-LK gelang jedoch bereits im ersten Wahlgang der Mandatsgewinn mit einer absoluten Stimmenmehrheit, dem Parteichef Vytautas Landsbergis und seinem Vize Gediminas Vagnorius. Die Kandidaten der TS-LK erreichten in weiteren 55 Einerwahlkreisen die Stichwahl und gewannen 35 davon; die bis dato stärkste Partei im *Seimas*, die LDDP, konnte dagegen nur noch zwei der 71 Einerwahlkreise gewinnen (Krupavičius 2001b: 149).

Im Vorfeld der Wahl zum litauischen *Seimas* vom Oktober 2000 fand zunächst eine Reform des Wahlsystems statt, und die konservative Regierungsmehrheit ersetzte in einem kurzfristigen und machtpolitisch motivierten Manöver in den 71 Einerwahlkreisen die absolute durch die relative Mehrheitswahl (vgl. Fitzmaurice 2002). Im Parteiensystem wurde vor der Parlamentswahl die bipolare Übersichtlichkeit des Regimekonflikts von Postkommunisten und Konservativen aufgebrochen, und es etablierte sich neben LDDP und TS-LK ein liberales politisches Lager als dritter Pol; seine einzelnen Glieder waren die *Litauische Freiheitsunion* (LLS), die *Neue Union* (NS/ SL), die *Litauische Zentrumsbewegung* (LCJ) und die *Moderat-Konservative Union* (NKS).

Gleichwohl führte auch der Wechsel der Entscheidungsregel hin zur *a priori* als "stärker" eingeschätzten relativen Mehrheitswahl nicht zu einer Konzentration des vorparlamentarischen Parteiensystems. Im Gegenteil, der Umbruch des Parteiensystems mit der Formierung des liberalen *New Policy*-Blocks führte zunächst zu einer deutlichen Verunklärung der politischen Kräfteverhältnisse, un zwar besonders in den Einerwahlkreisen des kombinierten Wahlsystems (Fitzmaurice 2002: 162-163). In diesem Kontext stieg die durchschnittliche Fragmentierung der einzelnen Wahlkreise noch an, und der Stimmenanteil des stärksten Kandidaten sank *vice versa* leicht ab. Abbildung 6.6 illustriert, dass weiterhin tendenziell "Nicht-Duvergersche" Gleichgewichte mit einem nur marginalen Vorsprung des kompetitiven *first loser* vor dem nicht-kompetitiven *second loser* dominierten.

Russland

Wie Litauen steht auch Russland im Kontext der Hinterlassenschaften eines patrimonialen kommunistischen *Ancien Régime*. Die historischen *Legacies* des Systemwechsels weisen freilich in der Russischen Föderation noch weniger zuträgliche Kontextfaktoren für die Herausbildung eines stabilen und dauerhaft programmatisch verankerten politischen Parteiensystems auf. Das betrifft vor allem die Abwesenheit von beinah jeder substanziellen vorkommunistischen Demokratieerfahrung, die als Nukleus für die Etablierung eines pluralistischen Parteiensystems hätte nutzbar gemacht werden können. Zudem überdauerte der patrimonialen Kommunismus in der UdSSR wesentlich länger als in den übrigen Vergleichsstaaten, denn die totalitäre Durchdringung der Gesellschaft begann bereits in den Zwanzigerjahren und nicht erst, wie in den Staaten Ostmittel- und Südosteuropas, im Gefolge des Zweiten Weltkrieges.

Gemessen an den institutionellen Charakteristika der Einerwahlkreise sollten die lokalen russischen Elektorate deutlich konzentrierter sein als ihre ungarischen und litauischen Pendants. Seit den pluralistischen "Gründungswahlen" von 1993 gilt für die 225 Direktmandate des russischen Wahlsystems (RUS1) unverändert die Entscheidungsregel der relativen Mehrheitswahl. Die "carrying capacity" jedes einzelnen Wahlkreises ($M = 1$) sollte damit bei $N'_v \leq M+1$; $N'_v \leq 2$ liegen, und das Wahlsystem sollte, so die Theorie, deutlich strikter konzentrierende Effekte auf den politischen Wettbewerb projizieren als die absolute Mehrheitswahl in den kombinierten Wahlsystemen Ungarns oder Litauens.

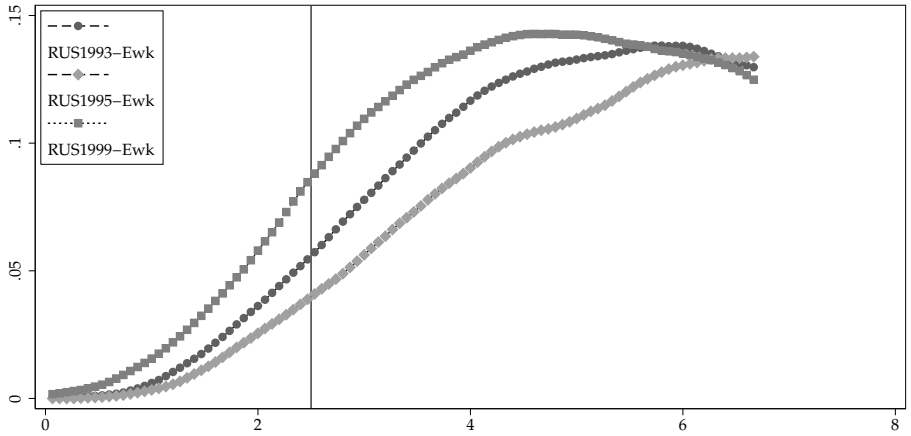
Abbildung 6.7 skizziert die Verteilung der *Effective Number of Electoral Parties* (N'_v) in 225 russischen Einerwahlkreisen von 1993 bis 1999. Bereits eine oberflächliche Analyse zeigt, wie sehr die empirische Verteilung auf der Wahlkreisebene den Erwartungen von "Duvergers Gesetz" und der $M+1$-Regel widerspricht. Die zeitliche Wettbewerbsdynamik weist zudem auf die Zunahme des durchschnittlichen Fragmentierungsniveaus, das durch die kurzfristige Ansetzung der "Gründungswahlen" von 1993 noch recht gering war und sodann 1995 und 1999 signifikant höher lag. Schließlich kann bei den Diagrammen abgelesen werden, dass die russischen Einerwahlkreise, gemessen an der jeweiligen *Effective Number of Electoral Parties* (N'_v), deutlich heterogener sind als die Einerwahlkreise im litauischen und, vor allem, im ungarischen Wahlsystem.

Abbildung 6.7 wendet sich der korrespondierenden Verteilung des Indikators *SF* zu. Bei den "Gründungswahlen" zeigte *SF* zunächst eine vollständig ungeregelte Wettbewerbsdynamik ($SF \backsim 0.5$), und im weiteren Verlauf des Systemwechsels verschob sich die Wettbewerbsstruktur, ähnlich wie in Litauen, hin zu "Nicht-Duvergersche" Gleichgewichtszuständen, die den Wählern keine Diskriminierung von kompetitiven und nicht-kompetitiven Kandidaten ermöglichten und ihnen so die Basis für strategisches Wahlverhalten entzogen. Zur enormen Unübersichtlichkeit trugen die Regionalisierung des politischen Wettbewerbs und die teils exzessive Proliferation von Parteien und Kandidaten bei.

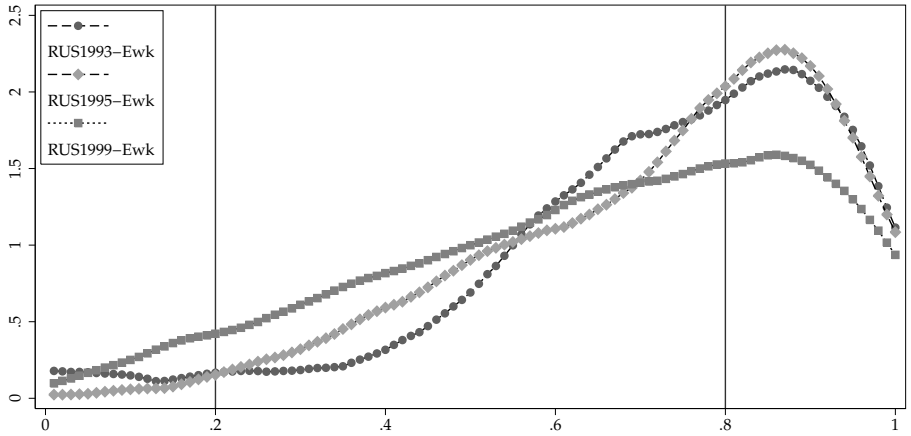
Eine zentrale Eigenschaft, die die russische von der jüngeren ungarischen und litauischen Wahlgeschichte abgrenzt, betrifft die hohe Anzahl erfolgreicher unabhängiger Kandidaten in den Einerwahlkreisen des kombinierten Wahlsystems. Bei den bislang diskutierten Vergleichsstaaten werden die hohe Volatilität, der stete Untergang, stete Neugründungen, Fusionen und Spaltungen politischer Parteien als ein Kennzeichen für die geringe Institutionalisierung der Parteiensysteme gewertet (vgl. Mainwaring und Scully 1995). Die Proliferation

Abbildung 6.7: Effective Number of Electoral Parties (N'_v) und SF in 225 russischen Einerwahlkreisen, 1993–1999

(1) Effective Number of Parties (N'_v)



(2) "Second to First Loser" (SF)



Anmerkung: Kern-Dichte-Schätzer der Variablen N'_v und SF. In der oberen Grafik (N'_v) trennt die vertikale Linie "Duvergersche" ($N'_v < 2.5$) und "Nicht-Duvergersche" Gleichgewichtszustände ($N'_v > 2.5$); in der unteren Grafik (SF) differenzieren die vertikalen Linien "Duvergersche" ($SF < 0.2$) und "Nicht-Duvergersche" Gleichgewichtszustände ($SF > 0.8$).

unabhängiger Kandidaten bei den russischen Parlamentswahlen verweist aber nicht nur auf Defizite in der Institutionalisierung politischer Parteien, sondern sie begründet Zweifel an der generellen Bedeutung politischer Parteien und der Existenz eines Parteiensystems *an sich*. Bei den kompetitiven "Gründungswahlen" vom Dezember 1993 gewannen "Unabhängige" 136 der 225 Einerwahlkreise; dieser Anteil sank 1995 auf 77 Mandate, stieg jedoch bei der folgenden *Duma*-Wahl (`RUS1999-Ewk`) wieder auf 103.

Soziale und territoriale Herkunft dieser "Unabhängigen" sind jedoch weithin wenig geklärt. Robert G. Moser (1999b) hat in einer der wenigen empirischen Studien zu diesem Thema besonders zwei Thesen geprüft, einmal die These, dass unabhängige Kandidaten vielfach aus dem Staatsapparat, gleichsam als fortgeschriebener Einfluss der Nomenklatura, hervorgehen, und zweitens die Überlegung, dass "Unabhängige" eher auf dem Land als in städtischen Wahlkreisen erfolgreich kandidieren. Die empirischen Befunde zu beiden Thesen waren eher ambivalent. Im Bezug auf die persönlichen Eigenschaften der "unabhängigen" Kandidaten konnte Moser (1999b: 154-159) zeigen, dass weniger die Vertreter der zentralen russischen Staatsbürokratie als "Unabhängige" kandidieren, wohl aber in hohem Maße lokale Vertreter des Apparats, die sich auf lokale Patron-Klient-Netzwerke verlassen können. Im Hinblick auf die territoriale Komponente besteht jedoch kein direkter Zusammenhang zwischen der Anzahl unabhängiger Bewerber und dem Urbanisierungsgrad. Empirisch waren "Unabhängige" gerade in mittelgroßen Städten besonders häufig und erfolgreich; in ländlichen Wahlkreisen war dagegen der Einfluss gut aufgestellter Bauernparteien, besonders der *Agrarpartei* (APR), für sie eher problematisch.

Der hohen Zahl an parteiunabhängigen Kandidaten standen freilich Probleme gegenüber, die die russischen Parteien bei der Rekrutierung und Nominierung von Kandidaten innerhalb der Einerwahlkreise hatten. Noch bei der Parlamentswahl von 1999 gelang es selbst der KPRF nur in 129 der 225 Einerwahlkreise, mindestens einen Kandidaten zu placieren; für *Yabloko* traten 114 Kandidaten an; und die Kreml-gestützte "party of power", *Medved*, war nur in 31 Wahlkreisen präsent (vgl. Ishiyama 2001; Millard 2004).

Ukraine

Neben Russland ist die Ukraine der einzige der elf postkommunistischen Vergleichsstaaten ohne eine substanzielle vorkommunistische Demokratieerfahrung, mit einer besonders langen Periode des patrimonialen Kommunismus und einer sehr späten Entwicklung der Schwerindustrie, die erst von der Parteinomenklatura nach 1917 konzipiert und umgesetzt wurde. Diese Kontextfaktoren schaffen die denkbar ungünstigsten Kontextfaktoren für die Entwicklung eines programmatisch und dauerhaft strukturierten Parteienwettbewerbs und, so eines der zentralen Argumente dieser Arbeit, für die Berechenbarkeit der politischen Dynamik und somit die Fähigkeit von Wählern und Parteieliten zu strategischem Handeln.

Die Prognose besonders ungünstiger Optionen für die Herausbildung eines stabilen, programmatisch strukturierten und institutionalisierten Parteiensystems wird auch empirisch gestützt. Miller et al. (2000) haben etwa mit umfangreichen *Survey*-Daten die Entwicklung der Parteiidentifikation, die Konsistenz von Parteiidentifikation und Wahlentscheidung und die programmatische "Kristallisierung" politischer Parteien in Litauen, Russland und der Ukraine verglichen. Die Autoren sehen dabei gewisse Fortschritte bei der Institutionalisie-

rung der litauischen und russischen Parteiensysteme, jedoch einen enormen Rückstand bei der Konturierung und Stabilisierung der ukrainischen Parteienlandschaft.

Abbildung 6.8 skizziert die Verteilung der *Effective Number of Electoral Parties* (N'_v) in 450 ukrainischen Einerwahlkreisen 1994 (UKR1994) und 225 ukrainischen Einerwahlkreisen von 1998 bis 2002 (UKR1998-Ewk und UKR2002-Ewk). Die Grafiken illustrieren ein im gesamten Zeitraum sehr hohes Niveau an durchschnittlicher Fragmentierung. Bereits bei den "Gründungswahlen" zur ukrainischen *Verkhovna Rada*, die 1994 nach der absoluten Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen mit einer potenziellen Stichwahl der beiden stimmenstärksten Kandidaten abgehalten wurden, lag das durchschnittliche Fragmentierungsniveau deutlich oberhalb der "carrying capacity" dieses Wahlsystemtyps ($N'_v > 3$).

Auch nach der Einrichtung eines kombinierten Wahlsystems und dem Wechsel der Entscheidungsregel von der tradierten absoluten hin zur relativen Mehrheitswahl blieb das durchschnittliche Fragmentierungsniveau innerhalb der Einerwahlkreise nahezu konstant, und erst bei den Parlamentswahlen von 2002 kann, freilich auf einem sehr hohen Niveau, eine substanzielle Reduzierung dieser Fragmentierungseffekte gezeigt werden. Dennoch liegt der Fragmentierungsgrad auch bei der relativen Mehrheitswahl stets deutlich oberhalb der institutionell definierten "carrying capacity" des Wahlsystems ($N'_v > 2$). Zusammengenommen widersprechen deshalb in den ukrainischen Einerwahlkreisen die Resultate dezidiert den theoretischen Erwartungen von "Duvergers Gesetz" und der $M+1$-Regel wie der empirischen Realität etablierter Demokratien.

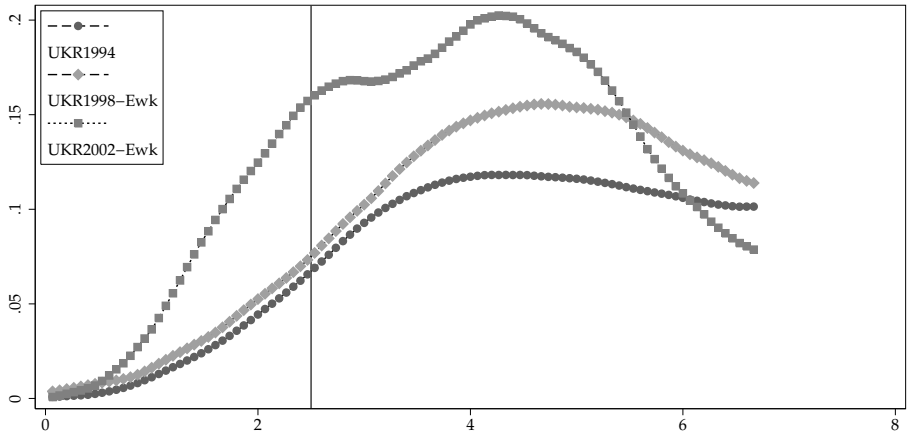
Abbildung 6.8 wendet sich der korrespondierenden Verteilung des Indikators SF zu und beleuchtet damit die Wettbewerbsdynamik innerhalb der Einerwahlkreise. Innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraums, von 1994 bis 2002, zeigen die Verteilungen durchgehend eine Wettbewerbsdynamik, die auf "Nicht-Duvergersche" Gleichgewichtszuständen weist ($SF \backsim 1$), die den Wählern keine Differenzierung von kompetitiven, chancenreichen und nicht-kompetitiven, chancenlosen Kandidaten ermöglicht. Der Stimmenanteil kompetitiver zweitplacierter und nicht-kompetitiver drittplacierter Kandidaten liegt hier so eng beieinander, dass der Mechanismus strategischen Wählens und strategischen Kandidaturverhaltens faktisch ausgehebelt wird und die (relative) Mehrheitswahl keine effektive Begrenzung der politischen Fragmentierung mehr bewirken kann.

Wie bei den Wahlen zur russischen *Duma* wird auch der politische Wettbewerb in der Ukraine wesentlich von der Proliferation unabhängiger Kandidaten bestimmt, und organisierten Parteien kommt im politischen System keine mit westlichen Demokratien und den übrigen postkommunistischen Staaten vergleichbare Bedeutung zu. Besonders exzessiv war die Dominanz unabhängiger Kandidaten bei den "Gründungswahlen" (UKR1994), die nach absoluter Mehrheitswahl (UKR1) abgehalten wurden. Nur in 322 von insgesamt 450 Einerwahlkreisen wurde überhaupt das Mindestpartizipationsquorum von fünfzig Prozent erreicht, sodass die Wahl gültig war; von den gewählten Kandidaten waren 217 "Unabhängige" (vgl. Birch 1995; 2000a; Bojcun 1995; Kuzio 1995).

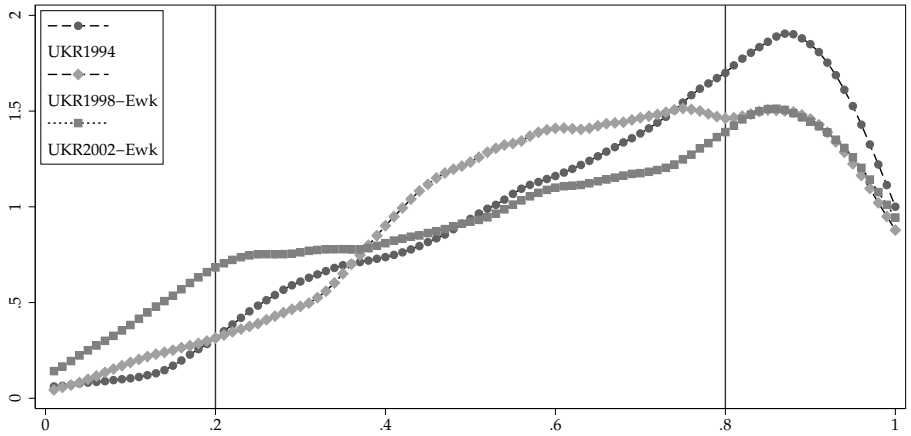
Mit der Reform des Wahlsystems wurde zunächst das Mindestpartizipationsquorum abgeschafft, sodass der Prozess steter Neu- und Nachwahlen unterbrochen wurde. Darüber hinaus verfolgten die Architekten des neuen kombinierten Wahlsystems (UKR2) die funktionale Intention, durch die Einrichtung eines Verhältniswahlsegments mit geschlossenen Listen dezidierte Anreize zur Formierung nationaler politischer Parteien und eines genuinen Parteiensystems zu setzen (Birch et al. 2002: 152-158). Bei den folgenden Wahlen zur

Abbildung 6.8: Effective Number of Electoral Parties (N'_v) und SF in 225 ukrainischen Einerwahlkreisen, 1994–2002

(1) Effective Number of Parties (N'_v)



(2) "Second to First Loser" (SF)



Anmerkung: Kern-Dichte-Schätzer der Variablen N'_v und SF. In der oberen Grafik (N'_v) trennt die vertikale Linie "Duvergersche" ($N'_v < 2.5$) und "Nicht-Duvergersche" Gleichgewichtszustände ($N'_v > 2.5$); in der unteren Grafik (SF) differenzieren die vertikalen Linien "Duvergersche" ($SF < 0.2$) und "Nicht-Duvergersche" Gleichgewichtszustände ($SF > 0.8$).

Verkhovna Rada, dem ukrainischen Parlament, sank der Anteil unabhängiger Kandidaten zwar erheblich; er blieb aber mit 111 (UKR1998-Ewk) und 92 erfolgreichen "Unabhängigen" (UKR2002-Ewk) weiterhin substanziell. Wie in der Russischen Föderation bilden diese unabhängigen Kandidaten und Parlamentarier keine kohärente Gruppe. In der einschlägigen Literatur wird jedoch bemerkt, dass besonders Vertreter des Staatsapparats als "Unabhängige" auftreten (Millard 2004: 156-183), und darüber hinaus wird berichtet, dass unabhängige Kandidaten tendenziell häufiger Vertreter der national-konservativen Rechten sind, die über keine mit der *Kommunistischen Partei der Ukraine* (KPU) und den übrigen postkommunistischen Kräften vergleichbare organisatorische und parteipolitische Infrastruktur verfügt (vgl. Grotz et al. 2003).

Strategische Koordination in den Einerwahlkreisen

Der strategischen Koordination von Wählern und Parteieliten (oder gerade ihrem Ausbleiben) kommt in vieler Hinsicht eine Schlüsselposition bei der Analyse osteuropäischer Parlamentswahlen und Wahlsysteme zu. Besonders in den Einerwahlkreisen haben sich regelmäßig dezidierte Abweichungen von der theoretisch postulierten und an etablierten Demokratien robust beobachteten politischen Konsequenzen von Wahlsystemen zeigen lassen.

Tabelle 6.4 fasst die Befunde der fallorientierten Analysen mit einigen Schlüsselvariablen systematisch zusammen. Generell muss zunächst festgehalten werden, dass in beinah allen Wahlkreisen und bei beinah allen Parlamentswahlen in den vier hier näher untersuchten Vergleichsstaaten die Fragmentierung der lokalen Parteiensysteme deutlich oberhalb der institutionell definierten "carrying capacity" von $M+1$ Kandidaten liegt. Bei der Entscheidungsregel *relative* Mehrheit, in Litauen (LTU2000-Ewk), Russland (RUS) und der Ukraine (UKR1998-Ewk und UKR2002-Ewk), schwankt die durchschnittliche *Effective Number of Parties* (N'_v) auf der Wahlkreisebene von minimal 4.60 bis hin zu einem Maximum von 8.46. Diese Indikatoren zeigen eine Fragmentierung des politischen Wettbewerbs an, die selbst das Niveau bekannter "Ausreißer" bei der relativen Mehrheitswahl, etwa Kanadas oder Indiens, deutlich übertrifft.

Ein wenig schwerer dagegen fällt eine Beurteilung des empirischen Materials bei der Entscheidungsregel *absolute* Mehrheit in den Wahlsystemen Litauens und Ungarns. Das betrifft bereits die Definition der "carrying capacity"; sie liegt gleichermaßen bei $M+1=2$, wenn bereits im ersten Wahlgang kompetitiv um die absolute Mehrheit und damit um den Mandatsgewinn gestritten wird, und erreicht beim zweiten Wahlgang $M+1=3$ in den litauischen und etwa $M+1=4$ in den ungarischen Einerwahlkreisen. Empirisch lag das mittlere Fragmentierungsniveau im litauischen Mehrheitswahlsegment bei $\overline{N}_v = 3.50$ (LTU1992-Ewk) und 5.59 (LTU1996-Ewk); in Ungarn betrug das durchschnittliche Fragmentierungsniveau anfangs $\overline{N}_v = 5.97$, sank dann aber sukzessive bis auf 2.86 (HUN2002-Ewk) ab.

Die Fragmentierung auf der Wahlkreisebene liegt damit in allen vier Vergleichsstaaten zunächst deutlich oberhalb eines "Duvergerschen Gleichgewichts". Chhibber und Kollman (2004: 49) nehmen die durchschnittliche *Effective Number of Electoral Parties* zum Maßstab für die Scheidung von "Duvergerschen Gleichgewichten" ($N_v < 2.5$) auf der einen und "Nicht-Duvergerschen Gleichgewichten" ($N_v > 2.5$) auf der anderen Seite. Dieses numerische Kriterium bestimmt eine recht konservative Sichtweise, denn die *Effective Number of*

Tabelle 6.4: Einerwahlkreise in den postkommunistischen Vergleichsstaaten

Wahl/ -segment	*Formel*	*Legacy*	$\overline{N'_{v_{Ewk}}}$	$N'_v < 2.5$	*SF*	$\overline{V}_{max}$	$\Delta N_v = \overline{N}_{v_{Vw}} - \overline{N}_{v_{Ewk}}$	*n*
HUN1990-Ewk	abs. Mehrh.	1.5	5.97	0.01	0.69	28.63	0.73	176
			(1.52)					
HUN1994-Ewk	abs. Mehrh.	1.5	5.64	0.00	0.69	31.63	−0.12	176
			(1.10)					
HUN1998-Ewk	abs. Mehrh.	1.5	4.85	0.00	0.63	32.30	−0.48	176
			(0.81)					
HUN2002-Ewk	abs. Mehrh.	1.5	2.86	0.15	0.24	46.50	−0.14	176
			(0.36)					
LTU1992-Ewk	abs. Mehrh.	1.0	3.50	0.18	0.51	43.20	0.33	71
			(0.93)					
LTU1996-Ewk	abs. Mehrh.	1.0	5.59	0.00	0.74	32.81	1.57	71
			(1.26)					
LTU2000-Ewk	rel. Mehrh.	1.0	5.80	0.03	0.78	29.77	−0.21	71
			(1.55)					
RUS1993-Ewk	rel. Mehrh.	0.0	7.04	0.01	0.72	29.06	1.22	225
			(3.23)					
RUS1995-Ewk	rel. Mehrh.	0.0	7.36	0.01	0.73	29.46	3.30	225
			(2.83)					
RUS1999-Ewk	rel. Mehrh.	0.0	6.08	0.06	0.66	34.34	0.45	225
			(2.64)					
UKR1994	abs. Mehrh.	0.0	8.46	0.03	0.68	30.38		450
			(5.11)					
UKR1998-Ewk	rel. Mehrh.	0.0	5.98	0.05	0.66	34.23	4.08	225
			(2.52)					
UKR2002-Ewk	rel. Mehrh.	0.0	4.60	0.18	0.63	41.24	2.75	225
			(2.06)					

Anmerkungen: Legacy = Strukturierungsindikator; $\overline{N'_v}$ = durchschnittliche *Effective Number of Parties/ Candidates* in den Einerwahlkreisen; $N'_v < 2.5$ = Anteil der Wahlkreise mit weniger als 2.5 effektiven Kandidaten; $\Delta N_v = N_{v_{pr}} - N_{v_{maj}}$ = Differenz der durchschnittlichen Fragmentierung in den Mehrpersonen- und in den Einerwahlkreisen der kombinierten Wahlsysteme; *n* = Anzahl der Einerwahlkreise; in Klammern sind die Standardfehler der arithmetischen Mittel angegeben.

Parties liegt regelmäßig deutlich unterhalb der absoluten Kandidatenzahl.[8] Tabelle 6.4 zeigt jedoch, dass, gemessen an diesem Kriterium, beinah nirgendwo institutionell konzentrierte lokale Parteiensysteme entstanden sind, sondern dass die Häufigkeit "Nicht-Duvergerscher Gleichgewichte" überdeutlich dominiert. Nur drei Parlamentswahlen bzw. Wahlsystemsegmente weisen einen bedeutsamen Anteil mindestens einigermaßen konzentrierter Wahlkreise auf, die jüngste ungarische Parlamentswahl (`HUN2002-Ewk`), die noch am *Régime Divide* orientierte litauische "Gründungswahl" (`LTU1992-Ewk`) und die Parlamentswahlen in der Ukraine (`UKR2002-Ewk`).

Damit kann festgehalten werden, dass bereits im einzelnen Wahlkreis die Koordination auf $M+1$ Kandidaten regelmäßig fehlgeht; die einzige substanzielle Ausnahme von dieser Regelhaftigkeit der osteuropäischen Einpersonenwahlkreise ist Ungarn, das von stark fragmentierten Wahlkreisen beim Eintritt in die Transformationsphase (`UKR1990-Ewk`) ausging und im Folgenden deutliche Konzentrationstendenzen, hin zu einem bipolaren Lagerdualismus entwickelte (`HUN1998-Ewk` und besonders `HUN2002-Ewk`). Eine wichtige Differenzierung verläuft jedoch zwischen Ungarn und Litauen auf der einen Seite, die parteiendominierte politische Wettbewerbsstrukturen aufweisen, und Russland und der Ukraine auf der anderen Seite, in denen einzelne Kandidaten, nicht politische Parteien die Mehrheitswahlsegmente dominieren.

Diese Unterscheidung legt bereits das Fundament für eine weitere Differenzierung, die im Folgenden und besonders in Kapitel 7 weiter ausgearbeitet und untersucht wird: Die mindestens einigermaßen kohärenten und nationalisierten Parteien in Litauen und Ungarn profitieren von einer parlamentarischen Überrepräsentation durch den mechanischen Effekt der Wahlsysteme; in Russland und der Ukraine verläuft der politische Wettbewerb jedoch gleichermaßen in den Einerwahlkreisen wie über diese Wahlkreise hinweg so unkonturiert, dass mechanische Konzentrationseffekte der *a priori* als "stark" eingeschätzten Mehrheitsregeln nicht mehr greifen (vgl. Sartori 1986: 49-52).

Mehrpersonenwahlkreise in den elf Vergleichsstaaten

In Mehrpersonenwahlkreisen, die eine deutlich höhere institutionell definierte "carrying capacity" aufweisen, wird *a priori* ein höheres Fragmentierungsniveau als in den Einerwahlkreisen postuliert und tendenziell die Dominanz von "sincere voting" über "strategic voting" erwartet. Die Anreizstrukturen für strategisches Wahl- und Kandidaturverhalten sind in größeren Wahlkreisen sehr viel geringer und, wie auch Cox (1997: 100; 110) einräumt, spieltheoretisch schwieriger zu modellieren und empirisch kaum zu belegen.[9]

Wie bereits die makroquantitativen Analysen gezeigt haben, gibt es auch unter den etablierten Demokratien nur begrenzte Belege für *innersystemisch* wirksame psychologische Effekte bei Verhältniswahlsystemen, die nebeneinander regionale Wahlkreise unterschiedlicher Größe vorsehen. Ein "Kandidat" für die Herausbildung solcher Effekte wäre etwa das

8 In einem sehr großen empirischen *Sample* von insgesamt $N = 47988$ Beobachtungen finden Chhibber und Kollman (2004: 49-50) in 81.98% der kanadischen, britischen, U.S.-amerikanischen und indischen Wahlkreise eine *Effective Number of Electoral Parties* von 2.5 und weniger. Mit diesem Kriterium sind "Duvergersche Gleichgewichte" in den Vereinigten Staaten (95.01%) besonders häufig und in Indien (59.95%) vergleichsweise selten.

9 "(...) I shall argue that strategic voting ought to fade out in multi-member districts when the district magnitude gets much above five" (Cox 1997: 100).

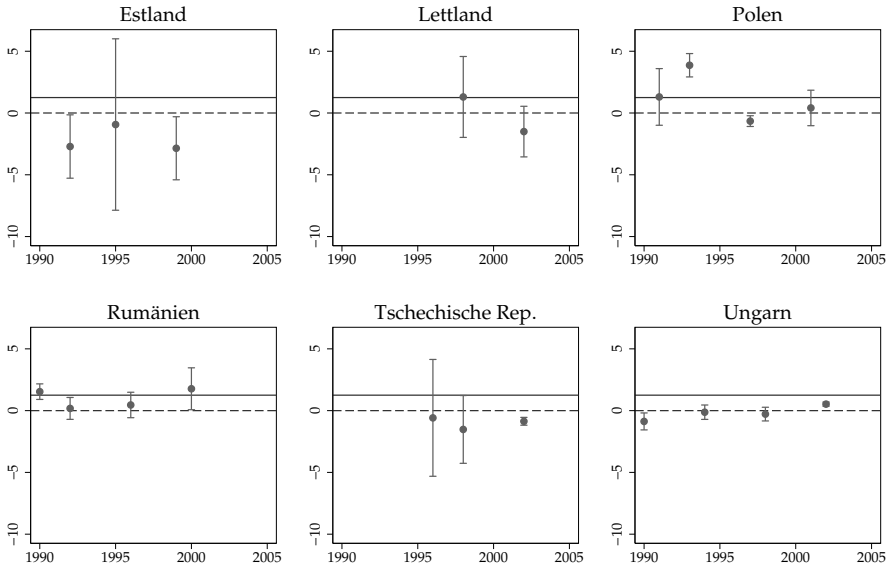
spanische Wahlsystem, das allein 52 primäre Wahlkreise vorsieht, deren Größe (M) von einem bis zu 33 Mandaten schwankt ($1 \leq M \leq 33$; $\overline{M} = 6.73$). Ein denkbarer empirischer Test wäre nun, eine Regression der lokalen Fragmentierungsniveaus in den 52 Wahlkreisen auf die jeweilige Wahlkreisgröße zu berechnen. Sind die "lokalen" Parteiensysteme in kleinen Wahlkreisen (etwa definiert als $M \leq 5$) konzentrierter als in größeren (zum Beispiel $M > 5$), so wäre ein innersystemischer psychologischer Effekt der "carrying capacity" gezeigt; ergibt sich dagegen kein signifikanter Unterschied kleiner und großer Wahlkreise, erweist sich das Fragmentierungsniveau eher als eine systemische, nationale Eigenschaft.

Teils macht bereits die einfache Konstruktion einiger osteuropäischer Wahlsysteme diese empirische Analyse unmöglich. Innersystemische Effekte von Wahlsystemen können nur sinnvoll analysiert werden, wenn Wahlkreise unterschiedlicher Größe (M) nebeneinander eingerichtet sind; eine Analyse ist jedoch nicht möglich, wenn die Verhältniswahl in einem einzelnen, nationalen Wahlkreis stattfindet. Beispiele sind etwa die Verhältniswahlsysteme Bulgariens oder der Slowakei (`SVK2`, ab 1998) und die Verhältniswahlsegmente der meisten kombinierten Wahlsysteme (in Litauen, Russland und der Ukraine). Teils ist es dagegen gerade die komplexe Konstruktion der osteuropäischen Wahlsysteme, die einen Test dieses Zusammenhangs erschwert. Unter den osteuropäischen Vergleichsstaaten dominieren zwei- und mehrstufige Verhältniswahlsysteme, die neben den lokalen, primären Wahlkreisen meist noch eine nationale Reststimmenverwertung oder eine nationale Zusatzliste einrichten und damit ein weiteres Vergabeverfahren für diejenigen Wählerstimmen vorsehen, die im Wahlkreis unverwertet bleiben.

Empirische Analysen der osteuropäischen Mehrpersonenwahlkreise geben deshalb nur wenige Hinweise auf die systematische Adaption von Wählern und Parteieliten an die jeweilige Wahlkreisgröße. Generell sind die lokalen Parteiensysteme in den Mehrpersonenwahlkreisen, konträr zur gängigen Erwartung und zur empirischen Realität etablierter Demokratien, konzentrierter als diejenigen der Einerwahlkreise; dieses Phänomen wurde bereits mit Verweis auf die formal wie real höheren "Kandidaturkosten" für die Nominierung einer Liste als für eine persönliche Einzelkandidatur erklärt. Die absolute Anzahl unterschiedlicher Listen übersteigt häufig die "carrying capacity" der osteuropäischen Mehrpersonenwahlkreise; nimmt man jedoch, etwa mit der lokalen *Effective Number of Electoral Parties* (N'_v), ein konservativeres Kriterium zur Bestimmung des Fragmentierungsgrades, weisen nur noch wenige Mehrpersonenwahlkreise Fragmentierungsniveaus oberhalb von $M+1$ Listen auf; Beispiele sind einige frühe Wahlen in Estland, Polen oder Rumänien.

Abbildung 6.9 bietet einen Überblick der internen Effekte der effektiven Wahlkreisgröße auf die Fragmentierung der lokalen Elektorate; dabei werden jeweils die für die Binnenmodelle der Wirkungen von effektiver Wahlkreisgröße M'_{eff} auf die Fragmentierung der lokalen Elektorate N'_v bestimmten Regressionskoeffizienten und ihre Standardfehler gegen die im "generalized Duverger's law" postulierte Wirkung von Wahlsystemen ($\beta_1 = 1.25$) abgetragen. Für die postkommunistischen Vergleichsstaaten kann regelmäßig kein robuster, innersystemischer Effekt der lokalen Wahlkreisgröße auf die jeweilige Fragmentierung im Wahlkreis gezeigt werden. Eine möglicherweise interessante Ausnahme bildet das ungarische Wahlsystem (`HUN1998-Vw` und `HUN2002-Vw`), das, neben der einsetzenden Koordination in den Einerwahlkreisen, ab der Parlamentswahl von 1998 einen systematischen Konnex von Wahlkreisgröße und Fragmentierung aufweist. Weitere Hinweise auf die strategische Abwendung

Abbildung 6.9: Binneneffekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme in den postkommunistischen Vergleichsstaaten



Anmerkungen: Die Grafiken bezeichnen die Effekte der effektiven Wahlkreisgröße auf die Fragmentierung der lokalen Parteiensysteme und die Konfidenzintervalle dieser Schätzer. Die durchgezogene Linie bezeichnet den im "generalized Duverger's law" postulierten Effektparameter der *Effective Magnitude* ($\beta_1 = 1.25$); die unterbrochene Linie bezeichnet ein "no effect system" ohne substanzielle Wirkungen des Wahlsystems auf die Anzahl der Parteien und/ oder Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen.

von zurückliegenden Listen finden sich im empirischen *Sample* dieser Arbeit kaum; wie in den etablierten Demokratien, anders jedoch als etwa bei der Analyse der japanischen *Single Non Transferable Vote*, signalisiert der Indikator *SF* bei keiner Parlamentswahl in den osteuropäischen Mehrpersonenwahlkreisen die systematische Koordination von Wählern und Parteien auf jeweils $M+1$ Kandidaten in einzelnen, parallel eingerichteten Wahlkreisen unterschiedlicher Größe M.

6.4 Von der Wahlkreisebene zur nationalen Ebene

Die folgenden Analysen wenden sich der *Logik der Aggregation* zu und versuchen zu erklären, wie sich die lokalen Parteiensysteme in den einzelnen Wahlkreisen zum nationalen Parteiensystem verbinden. Fragmentierte Parteiensysteme können einmal *innerhalb* der einzelnen Wahlkreise entstehen, wenn die Funktionsbedingungen von "Duvergers Gesetz" und der $M+1$-Regel, vor allem im Kontext der volatilen Wettbewerbsdynamiken im postkommu-

nistischen Osteuropa, nicht erfüllt sind. Fragmentierte Parteiensysteme können aber alternativ bei der Aggregation der regionalen Wahlkreise entstehen. Auch wenn die Koordination auf maximal $M+1$ Kandidaten im einzelnen Wahlkreis gelingt, so können, in einem konstruierten Extremfall, die dominierenden Listen oder Kandidaten in den n Wahlkreisen jeweils andere sein, sodass bis zu $n[M+1]$ auf nationaler Ebene Stimmen empfangen und schließlich bis zu $n \cdot M$ parlamentarisch repräsentiert werden.

Empirische Untersuchungen, und besonders ländervergleichend konzipierte Studien, zur Nationalisierung von Parteiensystemen sind bislang nur selten vorgelegt worden. Eine der Ursachen für dieses Forschungsdefizit mag sicher im Problem liegen, eine extensive und kohärente Datenbasis für vergleichende Analysen bereitzustellen. Aktuell haben sich aber zwei verschiedene Literaturen dieser Frage dezidiert zugewendet. Einmal geht es um die Herausbildung von Nationalstaaten und von nationalen Elektoraten in der kompetitiven Massenpolitik (vgl. statt vieler Caramani 2004; Chhibber und Kollman 2004), und zweitens verweist vor allem der Fokus auf die Wahlkreisebene, der zunehmend von der aktuellen Wahlsystemforschung eingenommen wird, auf die Notwendigkeit, theoretische Argumente und empirische Belege dafür zu finden, wie aus den einzelnen Wahlkreisen schließlich das nationale Parteiensystem entsteht, die politisch und praktisch relevante abhängige Variable (vgl. Cox 1997: 181-221; Cox 1999).

Daniele Caramani (2004) untersucht die klassische Fragestellung nach den Bedingungen für die Entstehung und Stabilisierung nationaler Elektorate, die beim *Cleavage*-Konzept der politischen Soziologie von Lipset und Rokkan (1967a) anschließt. Das empirische Material bezieht er aus einer nach den Kriterien des "most similar systems design" (vgl. Lijphart 1971; 1975) ausgewählten Vergleichsgruppe etablierter, westeuropäischer Demokratien. Inhaltlich erklärt Caramani (2004: 289-300) die Nationalisierung dieser westeuropäischen Elektorate mit dem Übergang von territorialen zu funktionalen politischen *Cleavages*. Während diejenigen Konfliktlinien, die aus der Staats- und Nationenbildung entstanden, territoriale und regionale Elektorate formten und stabilisierten, wirkten diejenigen Konfliktlinien, die Konsequenz der Entwicklung hin zur Industriegesellschaft waren, tendenziell national homogenisierend. Das betrifft insbesondere den Gegensatz, der die politischen Parteiensysteme und die Semantik von "Links" und "Rechts" der westeuropäischen Demokratien am deutlichsten formte, den funktionalen Konflikt von Arbeit und Kapital (vgl. zu diesem Aspekt auch die detaillierte Untersuchung von Bartolini 2000).

Mit einem anders ausgerichteten Argument bearbeiten Pradeep K. Chhibber und Ken Kollman (2004) dieselbe Fragestellung. Sie konzentrieren sich weniger auf die Effekte sozialer Heterogenität und politischer Konfliktlinien als auf die Balance von regionalem und/oder nationalem Regieren. Parteiensysteme bleiben nach ihrer Hypothese regionalisiert, wenn relevante ökonomische oder politische Entscheidungen von Provinz- oder Länderregierungen getroffen werden, und Parteiensysteme werden national homogen, wenn diese Entscheidungen auf gesamtstaatlicher Ebene getroffen werden.

Chhibber und Kollman (2004) weichen auch bei der Fallauswahl von der eben diskutierten Strategie Caramanis (2004) ab, denn sie konzentrieren sich auf ein Vergleichsset von vier als "most different systems" (vgl. Przeworski und Teune 1970) ausgewählten Vergleichsstaaten, nämlich Großbritannien, Indien, Kanada und die Vereinigten Staaten. Die einzige Schlüsselvariable, die Chhibber und Kollman (2004) mit ihrer Untersuchungsanlage bewusst konstant halten, ist das Wahlsystem, denn in allen vier Vergleichsstaaten wird uni-

form das System der relativen Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen angewendet. Inhaltlich finden die Autoren das "Föderalismus-Argument" durch die gesammelten empirischen Daten bestätigt und folgern, dass die Fragmentierung des Parteiensystems signifikant von der ökonomischen und politischen Zentralisierung des jeweiligen Vergleichsstaats abhängt (eine detaillierte und aktuelle Untersuchung zur Funktion föderaler Systeme wird vorgelegt von Filippov et al. 2004).

Gary W. Cox (1997; 1999) schließlich konzentriert seine Argumentation auf institutionelle Aspekte und greift insbesondere das Wahlsystem und die Regeln zur Bestimmung der Exekutive heraus. In diesem Argument werden, wie gesehen, zunächst lokale Koordinationsspiele auf der Wahlkreisebene in den Fokus genommen, die entweder in "Duvergerschen Gleichgewichte" mit $N'_v \leq M+1$ Listen oder Kandidaten oder in "Nicht-Duvergerschen Gleichgewichte" mit $N'_v > M+1$ münden. "Linkage", die Verbindung der einzelnen Kandidaten zu einer nationalen politischen Partei, wird dann als ein neues, national ausgerichtetes Koordinationsspiel modelliert, das bei den Wahlkreisresultaten aufbaut. Einmal kann das Wahlsystem selbst institutionelle Anreize zu einer Verbindung der kompetitiven Listen oder Kandidaten über die Wahlkreisgrenzen hinweg setzen, wenn zum Beispiel in sekundären Wahlkreisen bislang unverwertete Wählerstimmen und bislang vakante Mandate erneut zugeteilt werden und die Teilnahme an diesem Vergabeverfahren von einer expliziten und formalen Listenverbindung abhängt. Auf diese Weise schafft die Chance, weitere Mandate zu gewinnen, einen objektiven Anreiz für die Kräfte aus den einzelnen Wahlkreisen, sich zu einer wahlkreisübergreifenden politischen Kraft, meist einer nationalisierten politischen Partei, zusammenzuschließen.[10] Ein weiterer Anreiz zur Formierung nationalisierter Parteien wird durch die Auswahl der Exekutive gesetzt, denn nur diejenigen politischen Kräfte, die die für die Bestellung eines Präsidenten oder Ministerpräsidenten notwendige *nationale* Stimmenmehrheit organisieren können, haben die Möglichkeit, in der Exekutive Einfluss auf konkrete Politiken zu nehmen (vgl. Cox 1997: 187-192; Cox 1999: 156-158).

Diese Ansätze der politischen Soziologie und der vergleichenden politischen Institutionenforschung können jedoch nicht unmodifiziert auf die "neuen" Demokratien Osteuropas übertragen werden. So wurde die von Caramani (2004) skizzierte historische Sequenz spaltender territorialer Konfliktlinien und homogenisierender funktionaler Konfliktlinien bei der abrupten Liberalisierung der osteuropäischen Elektorate empirisch nicht nachvollzogen. Deshalb lässt sich für die postkommunistischen Staaten der Region keine zeitlich synchrone Entwicklung von territorialer Heterogenität auf funktionale Homogenität zeigen. Vielmehr liegt nahe, systematische Unterschiede bei der Nationalisierung der Elektorate nicht auf der Zeitachse, sondern vorrangig zwischen den einzelnen Vergleichsstaaten zu erwarten. Eine plausible Hypothese ist zunächst, dass die Heterogenität der Elektorate direkt mit der Heterogenität der Gesellschaften verbunden ist; dies bedeutet, umgesetzt in messbare Konzepte, dass ein positiver Zusammenhang der *Effective Number of Ethnic Groups* (N_{eth}) und der territorialen Heterogenität des Parteiensystems (H_P) bestehen sollte.

Die zweite Hypothese wendet sich der Institutionalisierung der postkommunistischen Parteiensysteme zu. Dort, wo die Kontextfaktoren nur ein geringes Potenzial für die pro-

10 Cox (1997: 192) diskutiert diesen Anstoß hin zu einer Koordination über Wahlkreisgrenzen hinweg und verweist auf die formalen Regelungen in einigen osteuropäischen Wahlsystemen, die explizit darauf zielen, die Formierung *nationaler* politischer Parteien anzuregen.

grammatische Strukturierung der Parteiensysteme bieten, wo in kaum oder gar nicht strukturierten Parteiensystemen ein turbulenter politischer Wettbewerb und folglich hohe Volatilitätswerte, der ständige Kollaps "alter" Parteien und stete Gründung "neuer" Parteien die politische Dynamik bestimmen, sollten Parteiensysteme heterogen und kaum nationalisiert sein. Anders gewendet sollten dort, wo stabile Kontextfaktoren den politischen Wettbewerb berechenbar machen, Wähler systematische Parteibindungen entwickeln und Kontinuität das Parteiensystems dominiert, Parteiensysteme auch deutlich stärker nationalisiert sein;[11] in messbare Konzepte übersetzt, bedeutet dies, einen negativen Zusammenhang des Strukturierungsindikators *Legacy* und der Heterogenität des Parteiensystems (H_P) zu erwarten.

Probleme beim "Theorietransfer" von etablierten Demokratien auf die postkommunistischen Staaten bereiten aber nicht nur diese Konzepte der historischen politischen Soziologie. Auch das "Föderalismus-Argument" von Chhibber und Kollman (2004) verliert, angewendet auf die politischen Systeme Osteuropas, einiges von seiner Erklärungskraft. Eine bekannte Definition eines föderal organisierten politischen Systems hat William H. Riker (1964: 11) ausgearbeitet:

> (1) two levels of government rule the same land and people, (2) each level has at least one area of action in which it is autonomous, (3) there is some guarantee (even though merely a statement in the constitution) of the autonomy of each government in its own sphere.

Das Hauptproblem beim Transfer dieses formalen, typologischen Konzepts betrifft die mangelnde Varianz der zentralen unabhängigen Variablen, denn mit Ausnahme des (in vieler Hinsicht eher konstitutionellen als realen) Föderalismus in Russland sind die übrigen politischen Systeme in Osteuropa, als institutionelle *Legacy* der kommunistischen *Anciens Régimes*, zentralstaatlich organisiert. Chhibber und Kollman (2004: 233-237) und Filippov et al. (2004: 5-11) schlagen deshalb als Alternative zum rein deduktiv-typologischen Vorgehen die Bildung eines empirischen Dezentralisierungsindikators vor. Als Kriterium wählen sie die fiskalische Zentralisierung bzw. Dezentralisierung eines Vergleichsstaats. Entfällt nur ein geringer Anteil der öffentlichen Ausgaben auf die lokale Ebene, ist dies ein Merkmal des Zentralismus; entfällt jedoch ein signifikanter Anteil auf die lokale Ebene, wird ein föderales System bestimmt.[12] Die Variable Dec misst den Grad der fiskalischen Dezentralisierung; hohe Werte zeigen fiskalische Dezentralisierung und geringe fiskalische Zentralisierung an. Übersetzt in die zentrale Fragestellung dieses Kapitels sollte ein hohes Maß an fiskalischer Dezentralisierung die regionale Heterogenität der Parteiensysteme fördern, und mit der Zentralisierung sollten national homogene Parteiensysteme verbunden sein. Das bedeutet, einen positiven Zusammenhang des Dezentralisierungsindikators (Dec) und der Heterogenität des Parteiensystems zu erwarten.

11 Noch eine kurze Erinnerung an den Inhalt dieser Begriffe: "Strukturierung" orientiert sich hier am Konzept von Mainwaring und Scully (1995) und Mainwaring (1998) vorgeschlagenen Konzept, das auf die elektorale Volatilität und das Alter der politischen Parteien abstellt, und nicht von Sartoris (1968: 293) Fassung, die "the development of a stable and extensive (...) organization throughout the country" bereits als ein Definitionskriterium einschließt.

12 Statistische Angaben zur fiskalischen Zentralisierung/ Dezentralisierung können der Zusammenstellung *Government Finance Statistics* entnommen werden, die regelmäßig vom IMF publiziert wird. Ein entsprechender Datensatz kann auch unter `http://www1.worldbank.org/publicsector/decentralization/fiscalindicators.htm/` bezogen werden. Dieser Datensatz enthält Angaben im *Time-Series-Cross-Section*-Format für alle osteuropäischen Vergleichsstaaten außer der Ukraine im Zeitraum von 1972 bis 2000.

Nun zum Kernzusammenhang von Wahlsystem und Nationalisierung der Parteiensysteme: Die institutionellen Anreize, die vom Wahlsystem und von den Regeln für die Auswahl der Exekutive ausgehen, sollten im postkommunistischen Osteuropa von der Strukturierung des politischen Wettbewerbs und der Institutionalisierung der Parteiensysteme abhängen. Wird nun die Perspektive auf rein institutionelle Faktoren eingegrenzt, sprechen verschiedene Argumente dafür, bei Mehrheitswahlsystemen eine geringe und bei Verhältniswahlsystemen eine höhere Homogenität der nationalen Elektorate zu erwarten. Diese Überlegungen gehen zunächst von der Annahme aus, dass Mehrheitswahlsysteme meist aus vielen Einerwahlkreisen, Verhältniswahlsysteme dagegen aus wenigen Mehrpersonenwahlkreisen zusammengesetzt sind. Wie bereits bei der *Logik der Selektion* im einzelnen Wahlkreis diskutiert, bieten kleine Wahlkreise eine höhere Wahrscheinlichkeit für die Entstehung lokaler Besonderheiten, die lokale, für den Wahlkreis spezifische Wettbewerbsdynamiken fördern und lokalen Kandidaten die Option auf einen glücklichen Stimmen- und/oder Mandatsgewinn eröffnen. Eine zweite Annahme zielt darauf, dass Mehrheitswahl meist Personen- und Verhältniswahl meist Listenwahl bedeutet.[13] Wenn der politische Wettbewerb bei den Mehrheitswahlsystemen damit tendenziell stärker lokalisiert und personalisiert ist, wirkt hier ein weiterer Faktor auf die Entstehung und Konservierung lokaler Besonderheiten in den Einerwahlkreisen und gegen die Herausbildung eines national homogenen Parteiensystems (vgl. allgemein Carey und Shugart 1995 und spezifisch für Osteuropa Kitschelt und Smyth 2002).

Aber nicht nur diese lokalen und regionalen Effekte verkomplizieren die Nationalisierung der Parteiensysteme. Wie eben dargestellt, begreift Cox (1997; 1999) das nationale Parteiensystem als das Aggregat der einzelnen, lokalen Koordinationsspiele in den Wahlkreisen. Für die einzelnen Listen oder Kandidaten bestehen Anreize zum Zusammenschluss über die Wahlkreisgrenzen hinweg, wenn es um die Durchsetzung nationaler Politiken und vor allem um die Bestellung der staatlichen Exekutive geht. Weil jedoch die Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen nicht nur potenziell heterogenere, sondern auch deutlich mehr Wahlkreise enthält als die Verhältniswahl in regionalen Wahlkreisen, verläuft die *Logik der Aggregation* komplexer und voraussetzungsvoller. Aus diesen Gründen sollte bei der Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen die Heterogenität des nationalen Elektorats deutlich ausgeprägter sein als bei der Verhältniswahl in Mehrpersonenwahlkreisen; in messbare Begriffe übersetzt bedeutet dies, einen negativen Zusammenhang von *Effective Magnitude* (M_{eff}) und der Heterogenität des Parteiensystems (H_P) zu erwarten.

Tabelle 6.5 dokumentiert univariate und multivariate Regressionsanalysen der regionalen Heterogenität politischer Parteien auf die verschiedenen soziologischen und institutionellen Einflussfaktoren, und die abhängige Variable wird als durchschnittlicher Variationskoeffizient der Stimmenanteile der Partei i über alle j Wahlkreise hinweg (v'_{ij}) bestimmt. Ge-

13 Es mag noch darauf hingewiesen sein, dass diese Verbindungen natürlich nicht definitionsgemäß oder zwangsläufig vorliegen. Mehrheitswahl muss nicht notwendig in Einerwahlkreisen ($M = 1$) und als Personenwahl organisiert sein; in den meisten empirischen Wahlsystemen, und bei den in dieser Arbeit analysierten Wahlsystemen, liegt jedoch ein enger empirischer Konnex vor. Verhältniswahl findet zwar definitionsgemäß in Mehrpersonenwahlkreisen ($M > 1$) statt, der Grad der Personalisierung schwankt aber bei konkreten empirischen Wahlsystemen, insbesondere in den osteuropäischen Vergleichsstaaten, zwischen starren Listen, offenen Listen, bis hin zur reinen Personenwahl.

ringe Werte dieses Indikators zeigen homogene, nationalisierte Parteiensysteme an, hohe Werte signalisieren heterogene, regionalisierte Parteiensysteme.

Modell 1 verwirft zunächst in einer einfachen bivariaten Analyse den Einfluss der ethnischen Heterogenität auf die durchschnittliche Regionalisierung/ Nationalisierung der politischen Parteien; der Regressionskoeffizient für die *Effective Number of Ethnic Groups* (N_{eth}) ist insignifikant, und das Modell leistet nahezu keine Varianzaufklärung.

Modell 2 findet dagegen einen signifikanten Einfluss des Strukturierungsindikators (*Legacy*) auf die Regionalisierung bzw. Nationalisierung politischer Parteien; der Determinationskoeffizient beträgt adj. $R^2 = 0.58$. Steigende Werte von *Legacy*, die günstige Optionen für die Herausbildung eines programmatischen, dauerhaft strukturierten Parteienwettbewerbs anzeigen, führen zu signifikant homogeneren, stärker nationalisierten Parteien. Diejenigen Staaten, die von *Legacies* des patrimonialen Kommunismus geprägt sind, weisen eher regionalisierte Parteiensysteme auf, vor allem Russland und die Ukraine sowie mit Abstrichen Rumänien und Litauen. Der einzige Vergleichsstaat dagegen, der bei den *Legacies* eines bürokratisch-autoritären *Ancien Régime* anschließt, die Tschechische Republik, weist das homogenste, am meisten nationalisierte Parteiensystem auf. Die übrigen Vergleichsstaaten, die Nachfolger national-akkommodativer kommunistischer Systeme, Polen und Ungarn, sowie Estland, Lettland und die Slowakei nehmen mittlere Positionen beim Institutionalisierungsgrad (*Legacy*) und bei der Nationalisierung der politischen Parteien (H_P) ein.

Modell 3 dokumentiert empirische Belege zum "Föderalismus-Argument" (vgl. allen voran Chhibber und Kollman 2004). Statistisch kann nun zunächst ein signifikanter und positiver Effekt der fiskalischen Dezentralisierung (Dec) auf die territoriale Heterogenität von Parteiensystemen (H_P) gezeigt werden, und die Varianzaufklärung beträgt adj. $R^2 = 0.31$. Dennoch liefert diese makroquantitative Perspektive nur recht oberflächliche Belege für die politischen Konsequenzen föderaler Arrangements. Eine genauere Analyse der einzelnen Fälle zeigt nämlich, dass vorrangig die drei russischen Beobachtungen, die Heterogenität der Einerwahlkreise bei den Parlamentswahlen von 1993, 1995 und 1999, den signifikanten Effekt von Dec begründen. Diese drei Beobachtungen sind gleichermaßen durch ein hohes Niveau an fiskalischer Dezentralisierung und an territorialer Heterogenität charakterisiert. Daneben liegen jedoch, vor allem mit den vier Wahlen zur rumänischen *Camera Deputatilor*, auch Beobachtungen vor, die fiskalische Zentralisierung mit gleichzeitiger territorialer Heterogenität verbinden. Werden die drei russischen Parlamentswahlen als statistische "Ausreißer" aus dem Modell herausgenommen, kann kein signifikanter Effekt von Dec auf H_P mehr gezeigt werden (adj. $R^2 = -0.04$).

Neben diesen empirischen sprechen auch konzeptionelle Argumente gegen den Einfluss der fiskalischen Dezentralisierung, denn auch hier ist die Richtung des potenziellen Effekts umstritten. Chhibber und Kollman (2004) analysieren die Effekte föderaler Strukturen vorrangig als eine unabhängige Variable und begreifen die fiskalische Dezentralisierung als Ursache für die Herausbildung und Stabilisierung regionalisierter Parteiensysteme. Anders gewendet kann eben diese fiskalische Dezentralisierung als ein institutioneller Ausdruck sozialer Heterogenität erklärt werden. Caramani (2004: 276-284) analysiert föderale Strukturen deshalb vorrangig als eine abhängige Variable und verortet sein Argument in der historischen Soziologie Westeuropas. Föderale Strukturen reflektieren aber nicht einfach territoriale Heterogenität, sondern die alternative Herausbildung von Zentralstaaten oder Föderationen wird vielmehr im Sinne Rokkans als Resultat der ökonomischen, politischen und kul-

Tabelle 6.5: Analysen zur Nationalisierung von Parteien in den postkommunistischen Vergleichsstaaten (abhängige Variable: H_P)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
$\log_{10} M_{eff}$				-0.62^{**}	-0.38^{**}	-0.44^{**}
				(0.13)	(0.13)	(0.07)
N_{eth}	0.31				0.11	
	(0.26)				(0.17)	
$Legacy$		-0.19^{**}			-0.09^{*}	-0.15^{**}
		(0.03)			(0.04)	(0.02)
Dec			0.03^{**}		0.01	
			(0.01)		(0.01)	
$Pres$					0.23	
					(0.17)	
Konstante	0.36	1.43^{**}	0.15	1.27^{**}	0.94^{**}	1.63^{**}
	(0.33)	(0.12)	(0.16)	(0.14)	(0.27)	(0.09)
adj. R^2	0.03	0.58	0.31	0.46	0.75	0.80
N	34	34	31	34	31	34
χ^2	4.98^{*}	0.81	0.00	2.72	2.02	0.10
max(D)	0.50	0.15	0.56	0.18	0.64	0.22
$\overline{\text{VIF}}$	1	1	1	1	1.94	1.12
max(VIF)	1	1	1	1	2.43	1.12

Anmerkungen: In Klammern sind korrigierte, robuste Standardfehler nach der Huber/ White/ sandwich-Methode angegeben (vgl. White 1980; Wooldridge 2000: 248-255); χ^2 = Breusch-Pagan-Test auf Heteroskedastizität; max(D) = maximaler Wert von "Cook's Distance"; $\overline{\text{VIF}}$ = arithmetisches Mittel des *Variance Inflation Factor*; max(VIF) = maximaler Wert des *Variance Inflation Factor*; * p<0.05; ** p<0.01.

[1] Bei der Analyse der fiskalischen Zentralisierung/ Dezentralisierung (Dec) beträgt die Fallzahl nur 31, weil empirische Daten für die Ukraine nicht vorliegen.

turellen Beziehungen territorialer Einheiten begriffen. Historische Dynamiken von Zentrum und Peripherie entwickelten sich in den territorial heterogenen Staaten Westeuropas deshalb unterschiedlich und "gerannen" in föderalen, dezentralen Staaten (der Schweiz), unitarischen und dezentralen Staaten (Finnland) oder in unitarischen Zentralstaaten (Belgien, Großbritannien, Italien, Spanien). Dieser Einwand nimmt dem "Föderalismus-Argument" einiges von seiner kausalen Stringenz.

Mit Modell 4 wendet sich die Analyse, zunächst ebenfalls in einer einfachen bivariaten Perspektive, den Effekten von politischen Institutionen zu. Die empirischen Schätzer bestätigen die Hypothese, dass mit zunehmender effektiver Wahlkreisgröße (M_{eff}) der durchschnittliche Nationalisierungsgrad der politischen Parteien ansteigt; der Determinationskoeffizient beträgt adj. $R^2 = 0.46$. Diese Resultate gehen besonders auf den hohen Regionalisierungsgrad in den Mehrheitswahlsegmenten der kombinierten Wahlsysteme Russlands und der Ukraine zurück; die Mehrheitswahlsegmente der litauischen und ungarischen Wahlsys-

teme weisen ein weniger exzessives Heterogenitätsniveau auf. *Grosso modo* sind jedoch die Elektorate deutlich homogener und die Parteien deutlich nationalisierter, wenn nach Verhältniswahl gewählt wird; hier markieren die Parlamentswahlen im post-patrimonialen Rumänien von 1990 bis 1996 die einzige deutliche Ausnahme.

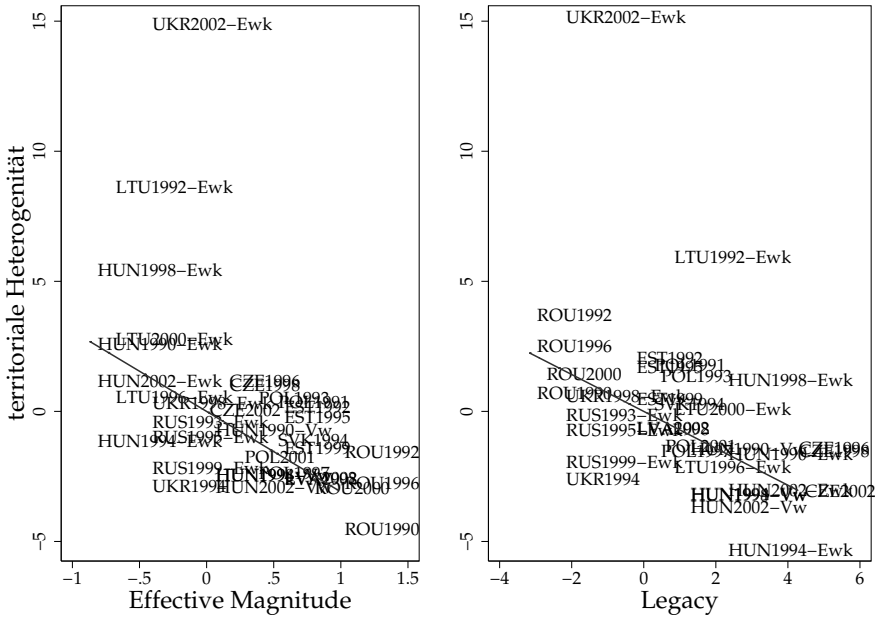
Modell 5 prüft in der multivariaten Gesamtperspektive die gemeinsame Wirkung der ethnischen Heterogenität (N_{eth}), des Institutionalisierungsgrads der Parteiensysteme (*Legacy*), des Wahlsystems (M_{eff}) und direkter Präsidentenwahlen ($Pres$) auf die räumliche Heterogenität oder Nationalisierung der politischen Parteien (H_P). Das multivariate Modell leistet einen erheblichen Erklärungsbeitrag zur Varianz der abhängigen Variablen (adj. $R^2 = 0.82$) und bestätigt inhaltlich im Wesentlichen die Befunde der bivariaten Modelle. Mit der Ausnahme der ethnischen Heterogenität (N_{eth}), die bereits im bivariaten Modell keinen empirisch nachweisbaren Effekt auf die abhängige Variable entwickelte, leisten alle übrigen Prädiktoren eine signifikante Erklärung der territorialen Heterogenität von politischen Parteien. Wie theoretisch erwartet, führen gut institutionalisierte Parteiensysteme (*Legacy*) und permissivere Wahlsysteme (M_{eff}) jeweils zu einem geringerem Niveau an territorialer Heterogenität; direkte Präsidentenwahlen ($Pres$) dagegen erhöhen das Heterogenitätsniveau.

Modell 6 ist bewusst "sparsam" konstruiert und konzentriert sich auf die Wirkung der beiden "Schlüsselvariablen" dieser Untersuchung, des Effekts unterschiedlicher Wahlsysteme (M_{eff}) und der Kontextvariablen $Legacy$. Auch bei dieser knappen Spezifikation wird, gemessen an der korrigierten Varianzaufklärung (adj. $R^2 = 0.80$), die fundamentale Bedeutung dieser Erklärungsfaktoren für die territoriale Homogenität bzw. Heterogenität der osteuropäischen Parteiensysteme deutlich. Abbildung 6.10 illustriert diesen multivariaten Zusammenhang grafisch.

Im folgenden Argumentationsschritt wird der Fokus von der durchschnittlichen Homogenität bzw. Heterogenität der einzelnen *Parteien* auf die der *Parteiensysteme* verschoben. Tabelle 6.6 dokumentiert fünf Modelle zur Nationalisierung politischer Parteiensysteme. Freilich wird dabei nicht mehr, wie bei den eben dokumentierten Analysen, auf die durchschnittliche Heterogenität der politischen *Parteien* abgestellt, sondern die abhängige Variable bezieht sich direkt auf die Eigenschaften der *Parteiensysteme*. Die Variable H_{N_v} misst deshalb, welcher Anteil des nationalen Fragmentierungsniveaus, der *Effective Number of Electoral Parties* (N_v), auf der lokalen Ebene, in den Wahlkreisen entstanden ist ($\overline{N'_v}$), und welcher Anteil durch die Aggregation dieser Wahlkreise zum nationalen Parteiensystem erzeugt worden ist. Der Messwert $H_{N_v} = 20$ zeigt zum Beispiel an, dass 20% der Fragmentierung der nationalen Elektorate durch die *Logik der Aggregation* und 80% durch die *Logik der Selektion* in den einzelnen Wahlkreisen entstanden sind.

Die Modelle 1 bis 4 berichten empirische Analysen mit der abhängigen Variablen H_{N_v}. Modell 1 verwirft erneut den bivariaten Einfluss der ethnischen Heterogenität auf die Nationalisierung der Elektorate. Die *Effective Number of Ethnic Groups* (N_{eth}) bewirkt keinen systematischen Einfluss darauf, ob Fragmentierung regional, innerhalb der Wahlkreise oder national, durch die Aggregation dieser Wahlkreise entsteht. Modell 2 dagegen zeigt den signifikanten Einfluss des Strukturierungsindikators (*Legacy*) auf die Nationalisierung der osteuropäischen Elektorate. Eher günstige Kontextfaktoren des Systemwechsels, etwa in der Nachfolge des bürokratisch-autoritären Kommunismus, bewirken einen hohen Homogenitätsgrad; Fragmentierung der Parteiensysteme entsteht hier im Wesentlichen innerhalb

Abbildung 6.10: Territoriale Heterogenität der osteuropäischen Parteien



Anmerkungen: Diese Abbildung stellt Regressionsmodell 6 aus Tabelle 6.5 grafisch dar. Dabei geben "Added variable plots" (Chatterjee und Hadi 1988) den Effekt der zentralen Wahlsystemvariablen (M_{eff}) und der Kontextvariablen (*Legacy*) auf die territoriale Heterogenität der politischen Parteien in den Vergleichsstaaten wieder.

der Wahlkreise und nur zu einem geringen Anteil durch die Aggregation dieser Wahlkreise. Umgekehrt entsteht bei abträglichen Kontextbedingungen, vor allem nach dem patrimonialen Kommunismus Russlands oder der Ukraine, die Fragmentierung der Parteiensysteme zu etwa gleichen Anteilen innerhalb der Einzelwahlkreise und durch die Aggregation dieser Wahlkreise. Eine mittlere Position nehmen die Nachfolgeregimes des national-akkommodativen Kommunismus, Polen und Ungarn, und die übrigen Vergleichsstaaten mit *Legacies* des patrimonialen Kommunismus ein, also Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien und die Slowakei.

Modell 3 wendet sich dem Einfluss föderaler Strukturen zu. Formal kann ein signifikanter, positiver Einfluss der fiskalischen Dezentralisierung (Dec) auf die territoriale Heterogenität der Parteiensysteme gezeigt werden. Wie bereits beim gerade diskutierten Parallelmodell verschwindet jedoch diese Wirkung, wenn die russischen Parlamentswahlen als statistische "Ausreißer" aus dem Modell herausgenommen werden (adj. $R^2 = -0.02$). Auch nach dem Perspektivwechsel der abhängigen Variablen von einzelnen *Parteien* hin zu *Parteien-*

Tabelle 6.6: Analysen zur Nationalisierung von Parteiensystemen in den postkommunistischen Vergleichsstaaten (abhängige Variable: H_{N_v})

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
$\log_{10} M_{eff}$				-24.25^{**}	-24.75^{**}
				(5.16)	(3.96)
N_{eth}	13.18				13.73^{**}
	(6.83)				(4.58)
$Legacy$		-4.22^{**}			-1.36
		(1.34)			(1.32)
Dec			0.83^{*}		
			(0.41)		
$Pres$					10.24^{*}
					(4.69)
Konstante	-2.63	27.81^{**}	-1.19	38.73^{**}	16.87
	(8.87)	(5.99)	(6.87)	(6.24)	(11.24)
adj. R^2	0.05	0.18	0.17	0.45	0.63
N	48	48	43[1]	48	48
χ^2	3.17	13.97^{**}	6.73^{**}	10.44^{**}	1.54
max(D)	0.17	0.20	0.36	0.25	0.20
$\overline{\text{VIF}}$	1	1	1	1	1.89
max(VIF)	1	1	1	1	2.75

Anmerkungen: In Klammern sind korrigierte, robuste Standardfehler nach der Huber/ White/ sandwich-Methode angegeben (vgl. White 1980; Wooldridge 2000: 248-255); χ^2 = Breusch-Pagan-Test auf Heteroskedastizität; max(D) = maximaler Wert von "Cook's Distance"; $\overline{\text{VIF}}$ = arithmetisches Mittel des *Variance Inflation Factor*; max(VIF) = maximaler Wert des *Variance Inflation Factor*; * p<0.05; ** p<0.01.

[1] Bei der Analyse der fiskalischen Zentralisierung/ Dezentralisierung (Dec) beträgt die Fallzahl nur 43, weil empirische Daten für die Ukraine nicht vorliegen.

systemen, leistet das theoretisch und konzeptionell ohnehin problematische "Föderalismus-Argument" keinen empirischen Erklärungsbeitrag und wird deshalb aufgegeben.

Modell 4 konzentriert sich auf institutionelle Einflussfaktoren für die Nationalisierung der Parteiensysteme. Hier kann erneut eine signifikante Wirkung des Wahlsystems (M_{eff}) auf die Homogenität der einzelnen Wahlkreise gezeigt werden. Je permissiver ein Wahlsystem ist, je höhere Werte also die *Effective Magnitude* (M_{eff}) annimmt, desto geringer wird der Anteil der nationalen Fragmentierung, der aus der *Logik der Aggregation*, der Addition der einzelnen Wahlkreise entsteht. Anders gewendet entsteht gerade bei Mehrheitswahlsystemen in Einerwahlkreisen ein erheblicher Anteil des auf nationaler Ebene gemessenen Fragmentierungsniveaus nicht innerhalb der Einerwahlkreise, sondern durch die Zusammenfassung der lokalen Elektorate zum nationalen Aggregat. Bei den Mehrheitswahlsystemen und -segmenten ist damit das nationale Parteiensystem deutlich "größer", also stärker fragmentiert, als im Durchschnitt der Einerwahlkreise.

Modell 5 fügt schließlich die bivariaten Analysen zu einer multivariaten Perspektive zusammen. Dabei kann ein signifikanter Einfluss der ethnischen Heterogenität (N_{eth}), des Wahlsystems (M_{eff}) und direkter Präsidentenwahlen ($Pres$) auf den Heterogenitätsindikator gezeigt werden; wenn der Effekt dieser Variablen im Modell kontrolliert wird, ist jedoch der Einfluss von institutionalisierten Parteiensystemen (*Legacy*) nicht mehr statistisch signifikant.

Beide Maße, der Indikator für die Heterogenität der osteuropäischen Parteien (H_P) und für die Heterogenität der Parteiensysteme (H_{N_v}), korrelieren sehr signifikant miteinander (*Pearson's* $r = 0.86^{**}$). Inhaltlich werden die Heterogenitätsmaße durch ein *Set* von unabhängigen Variablen bestimmt, das recht genau mit den für die Wahlkreisebene formulierten Modellen korrespondiert. Mit anderen Worten: Dasselbe Faktorenbündel, das die Fragmentierung der lokalen Elektorate in den einzelnen Wahlkreisen begründet, erklärt auch die territoriale Heterogenität der osteuropäischen Parteiensysteme, und je fragmentierter die vorparlamentarischen Parteiensysteme (N_v) sind, um so ausgeprägter ist die territoriale Heterogenität. Bei den unabhängigen Variablen konnte in allen diskutierten Modellen der signifikante Einfluss der Schlüsselvariable *Effective Magnitude* (M_{eff}) auf die territoriale Heterogenität der Parteiensysteme (H_P, H_{N_v}) gezeigt werden. Durchgehend sind die Parteiensysteme vergleichsweise homogen, wenn nach Verhältniswahl, und sehr heterogen, wenn nach Mehrheitswahl gewählt wird.

In univariaten Analysen zeigt sich zudem der Einfluss des *Legacy*-Indikators auf die territoriale Heterogenität der Parteiensysteme. Der einzige eindeutige Nachfolger des bürokratisch-autoritären Kommunismus, die Tschechische Republik, verfügt über das deutlich homogenste Parteiensystem. Ebenfalls recht homogen sind die Parteiensysteme derjenigen Staaten, die im Kontext von *Legacies* des national-akkommodativen Kommunismus stehen. Das polnische und, mindestens im Verhältniswahlsegment des kombinierten Wahlsystems, das ungarische Parteiensystem weisen ein hohes Maß an territorialer Homogenität auf. Bei den übrigen Vergleichsstaaten, die bei *Legacies* des patrimonialen Kommunismus anschließen, sind die jeweiligen Parteiensysteme jedoch räumlich heterogen, und die Stimmenanteile einzelner Parteien schwanken sehr stark über die einzelnen Wahlkreise hinweg. Estland und, vor allem, Rumänien weisen in der Gruppe derjenigen Staaten, die Verhältniswahlsysteme anwenden, das höchste Heterogenitätsniveau auf.

Die drei Vergleichsstaaten mit dem höchsten Maß an territorialer Heterogenität sind letztlich diejenigen, die *Legacies* patrimonialer *Anciens Régimes* mit Mehrheitsregeln im Wahlsystem verbinden, also Litauen, Russland und die Ukraine. Diese drei Vergleichsstaaten verfügen über sehr offene Elektorate, die in den Einerwahlkreisen der Wahlsysteme vielen unterschiedlichen Parteien, Listen und Kandidaten mindestens potenziell eine Chance auf den Mandatsgewinn bieten. Wenn die turbulente Unübersichtlichkeit des politischen Wettbewerbs damit die Mechanismen von "strategic voting" und "strategic entry" effektiv aushebelt, setzen Einerwahlkreise und Mehrheitsregeln keine Schranke mehr gegen die Proliferation einer Vielfalt an politischen Kräften.

Alternative Erklärungsfaktoren, die bei den Analysen als Kontextvariablen "kontrolliert" wurden, weisen dagegen keine derart eindeutige empirische Erklärungsleistung auf. Ein hoher Grad an Föderalisierung, gemessen als fiskalische Zentralisierung/ Dezentralisierung Dec, bewirkt zwar in univariater Perspektive zunehmende territoriale Heterogenität; dieser Effekt verschwindet jedoch, falls weitere unabhängige Variablen in das Modell aufgenom-

men werden. Etwas unklar sind dagegen die konkurrierenden Erklärungsleistungen von ethnischer Heterogenität (N_{eth}) und den Hinterlassenschaften der kommunistischen *Anciens Régimes* (*Legacy*). Der Indikator für die territoriale Heterogenität der Parteien wird auch in multivariaten Analysen signifikant durch die *Legacy*-Variable beeinflusst (vgl. Tabelle 6.5), und Heterogenität im Format des Parteiensystems hängt dagegen nicht signifikant mit der *Legacy*-Variable, sondern mit der *Effective Number of Ethnic Groups* (N_{eth}) zusammen (vgl. Tabelle 6.6).

6.5 Zusammenfassung

Ein kausaler Mechanismus der politischen Konsequenzen unterschiedlicher Wahlsysteme kann in das "Grundmodell soziologischer Erklärungen" integriert werden, das sich vor allem an den konzeptionellen Studien von James S. Coleman (1990), Hartmut Esser (1996) und Franz Urban Pappi (2003) orientiert. Dabei werden drei verschiedene Schritte geschieden: die *Logik der Situation*, die *Logik der Selektion* und die *Logik der Aggregation*.

Die Analyse der Wahlkreisdaten hat die Bedeutung von Kontextfaktoren, die in der *Logik der Situation* abgebildet sind, in zwei Schritten deutlich herausgearbeitet: Einmal konnte, wie zuvor bei der konventionellen Perspektive auf die nationale Ebene, gezeigt werden, dass die theoretisch erwartete und empirisch in den etablierten Demokratien beobachtete Funktionsweise von Wahlsystemen im postkommunistischen Osteuropa nicht nachvollzogen wird. *A priori* als "stark" eingeschätzte Wahlsysteme errichten nur dann eine effektive Schranke gegen die Fragmentierung der lokalen Parteiensysteme im einzelnen Wahlkreis, wenn der politische Wettbewerb mindestens einigermaßen strukturiert ist und ein gewisses Niveau an Berechenbarkeit und Übersichtlichkeit aufweist. Im zweiten Schritt stand die Binnendifferenzierung der postkommunistischen Vergleichsstaaten im Vordergrund, und hier konnte empirisch belegt werden, dass Funktionsweise und Effektivität unterschiedlicher Wahlsysteme signifikant mit den *Legacies* der kommunistischen *Anciens Régimes* variieren.

Das anschließende Argument wandte sich der empirischen *Logik der Selektion* zu. Dieser kausale Mechanismus arbeitet nicht auf der nationalen Ebene, sondern im jeweils einzelnen Wahlkreis. Deshalb wird hier der Schritt von einer eher induktiven Generalisierung auf der nationalen Ebene hin zu einem kausal aufgeladenen Argument auf der Wahlkreisebene vollzogen, und der Versuch, einen empirischen Beleg der politischen Konsequenzen von Wahlsystemen zu führen, erbrachte zwei wesentliche Resultate: Zunächst bestimmt auch auf der Wahlkreisebene vor allem die Schlüsselvariable *Effective Magnitude* die Fragmentierung der lokalen Parteiensysteme. Darüber hinaus ist auf der Wahlkreisebene der empirische Zusammenhang von Explanans (N'_v, N'_m) und Explanandum (M'_{eff}) wesentlich enger als auf der nationalen Ebene. Neben den konzeptionellen Argumenten unterstreicht auch dieser empirische Befund die Bedeutung des Fokus auf die Wahlkreisebene.

Als abschließender Aspekt im Gesamtmodell wurde schließlich die *Logik der Aggregation* untersucht. Wenn das Desiderat vom Fokus auf die Wahlkreisebene eingelöst wird, muss weiter gezeigt werden, wie aus den einzelnen lokalen Koordinationsspielen das nationale Parteiensystem (N_v, N_m) entsteht. Bei diesen Analysen konnte zunächst gezeigt werden, dass die nationalen Parteiensysteme in einem sehr unterschiedlichen Maße national ho-

mogen oder heterogen sind. Zweitens erfolgt die Erklärung dieser Differenzen durch das beinah identische *Set* an unabhängigen Variablen, das bereits die Fragmentierung der lokalen Elektorate bestimmte. Signifikante Effekte auf das Niveau an territorialer Heterogenität gingen vor allem von der effektiven Wahlkreisgröße, dem *Legacy*-Index und von direkten Präsidentenwahlen aus. Andere Erklärungsfaktoren, wie etwa zentralisierter versus föderaler Staatsaufbau, bewirkten dagegen keinen robusten Einfluss.

7 Wahlsysteme und politische Repräsentation

Die beiden abhängigen Variablen dieser Arbeit sind die Effekte von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen und auf die Qualität politischer Repräsentation in den "neuen" Demokratien Osteuropas. Während bislang vorrangig die Fragmentierung der Parteiensysteme auf nationaler und auf subnationaler Ebene analysiert wurde, wenden sich die folgenden Untersuchungen der zweiten Dimension zu, der Qualität politischer Repräsentation. Vertreter mehrheitsdemokratischer Konzepte beachten bei der Bewertung von Wahlsystemen vorrangig ihre Effekte auf die Fragmentierung von Parteiensystemen, also die "Effizienzdimension"; dagegen greifen Anhänger konsensorientierter Konzepte vor allem die Qualität politischer Repräsentation heraus, also die "Legitimitätsdimension". So stellt etwa Arend Lijphart (1999: 143-170) in der "executive-parties dimension" die Variable Repräsentationsqualität (mindestens) gleichberechtigt neben die Fragmentierung des Parteiensystems. Dieses konsensdemokratische "Mikrokosmos"-Konzept zielt auf die möglichst genaue, "inklusive" Abbildung der politischen Präferenzen der Wähler im Parlament (vgl. McLean 1991: 175). Folglich wird, wenn das Wahlsystem eine hohe Distorsion der Stimmen- und Mandatsanteile oder eine richtungspolitische Verzerrung von Wählern und Gewählten erzeugt, eine zentrale normative Zielstellung verletzt.

Letztlich zeigen hohe Verzerrungen von Stimmen- und Mandatsanteilen an, dass Wähler und Parteieliten die "wasted vote"-Situation, die maßgeblich von den institutionellen Barrieren des Wahlsystems bestimmt wird, nicht erkannt oder mindestens nicht in strategisches Handeln, in die Koordination auf $M+1$ führende Listen oder Kandidaten in jedem Wahlkreis, umgesetzt haben. Anders gewendet: Wird die "wasted vote"-Situation nicht rezipiert und bleiben psychologische Effekte des Wahlsystems aus, gehen Wählerstimmen verloren, die sich als Verzerrung von Stimmen- und Mandatsanteilen ausdrücken und weiter das Potenzial für eine richtungspolitische Verschiebung von Elektorat und Parlament anlegen. Die Distorsion der Stimmen- und Mandatsanteile korrespondiert damit direkt mit dem *mechanischen* Effekt von Wahlsystemen, denn die Präferenzen sind bei diesem Modell bereits in Wählerstimmen verwandelt, und die einzigen Größen, die den Disproportionseffekt bestimmen, sind die formalen Regelungen des Wahlsystems und die Verteilung der Wählerstimmen auf die konkurrierenden Listen und/ oder Kandidaten.

Auch bei der formalen und materiellen Repräsentationsqualität orientieren sich die Analyse und ihre Darstellung am kontextsensitiven Untersuchungsmodell dieser Arbeit. Zunächst werden die jeweiligen abhängigen Variablen operationalisiert, die die Entsprechung von Stimmen- und Mandatsanteilen der politischen Kräfte und die richtungspolitische Korrespondenz von Elektoraten, Parlamenten und Regierungen messen (Kapitel 7.1). Der anschließende Schritt gibt einen Überblick der Effekte von Wahlsystemen auf die Qualität politischer Repräsentation in etablierten Demokratien, und vor dem doppelten Hintergrund theoretisch begründeter Hypothesen und empirischer Befunde aus etablierten Demokratien erfolgt die Analyse der elf osteuropäischen Vergleichsstaaten (7.2). Nach dieser Diskussion formaler Disproportionalitätsindikatoren wendet sich die Untersuchung der materiell bestimmten Repräsentationsqualität in den postkommunistischen Staaten zu (7.3). Das abschließende Kapitel führt schließlich die formale und materielle Repräsentationsqualität

zusammen und beleuchtet ihre praktisch-politischen Konsequenzen für die politische Repräsentation in den elf osteuropäischen Vergleichsstaaten (7.4).

7.1 Definition und Operationalisierung von Repräsentationsqualität

Im Folgenden werden zwei unterschiedliche Fassungen der abhängigen Variablen Repräsentationsqualität konzeptionalisiert: (1) eine formale Fassung, die auf die vom jeweiligen Wahlsystem erzeugten Verzerrungen der Stimmen-Mandate-Relation abstellt, und (2) eine materiell aufgeladene Operationalisierung, die über die richtungspolitische Korrespondenz von Elektorat, Parlament und Regierung hinausgreift.

Die Disproportionalität als Maß der formalen Repräsentationsqualität

Formal bedeutet die *Disproportionalität* einer Parlamentswahl die aggregierte Abweichung von Stimmen- (v_i) und Mandatsanteilen (m_i) der Listen bzw. Kandidaten. Trotz dieser einfachen und stringenten Bestimmung ist die konkrete Messung bzw. Bewertung von Gleichheit und Abweichung, wie bereits Arend Lijphart (1994a: 57) herausstellt, in konzeptionellen und methodischen Beiträgen oft heftig umstritten.[1] Im Folgenden werden zur Analyse des Verhältnisses von Stimmen- und Mandatsanteilen einmal Maße für die pauschale Disproportionalität und zweitens für die eher spezifische Überrepräsentation großer Parteien vorgestellt.

Disproportionalitätsindikatoren

Die vergleichende Wahlsystemforschung hat sich, besonders von der mehrheitsdemokratischen Position aus, auf die Effekte von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen konzentriert und ihre Wirkungen auf die Disproportionalität der Stimmen-Mandate-Relation oft weitgehend ausgeblendet. Als Konsequenz begann die sozialwissenschaftliche Diskussion über die elaborierte Messung von Distorsionseffekten erst spät. Andere Disziplinen und Subdisziplinen haben die Messung von Ungleichheit zunächst frühzeitiger und intensiver diskutiert. Das gilt vor allem für die Entwicklung ökonomischer Ungleichheitsmaße (vgl. etwa die klassischen Beiträge von Atkinson 1970; Cowell 1977; Dalton 1920; Gini 1912; Pigou 1920). Auch aus der Perspektive der politischen Theorie haben sich Autoren mit unterschiedlichen Standards für "Gleichheit" und/ oder "Gerechtigkeit" befasst, denen mindestens implizit Disproportionsmaße zugrunde liegen (vgl. statt vieler Harsanyi 1976; Rawls 1973). Die Wahlsystemforschung im engeren Sinne hat verschiedene konzeptionelle Standards für Gleichheit und Ungleichheit teils aus diesen Literaturen übernommen und vor allem dann angelegt, wenn alternative proportionale Verrechnungsformeln (zum Beispiel d'Hondt oder Hare) verglichen und diskutiert wurden (vgl. im Überblick Gallagher 1991; Monroe 1994; Taagepera und Grofman 2003). Die folgenden Abschnitte stellen eini-

1 Vgl. etwa die "klassischen" Beiträge von Cox und Shugart (1991); Gallagher (1991); Lijphart (1994a); Loosemore und Hanby (1971); Rae (1967), die neueren Diskussionsbeiträge von Anckar (1997); Monroe (1994; 1995); Pennisi (1998); Powell und Vanberg (2000) und die aktuelle, vergleichende Übersicht von Taagepera und Grofman (2003).

ge zentrale Indikatoren vor und evaluieren sie mit der Perspektive auf ihre konzeptionellen Grundlagen und mathematischen Eigenschaften.

Der gemeinsame Ausgangspunkt der Disproportionalitätsmaße ist die aggregierte Abweichung der Stimmen- (v_i) und Mandatsanteile (m_i), die bei den n unterschiedlichen Parteien auftritt, die bei einer nationalen Parlamentswahl konkurrieren. Mit dieser Perspektive hat Douglas W. Rae (1967) den ersten stringenten Versuch unternommen, Disproportionalität empirisch für vergleichende Analysen messbar zu machen. Sein Indikator D_I basiert auf dem Betrag der Differenzen von Stimmen- und Mandatsanteilen $|v - m|$ einer Partei; diese Beträge werden sodann für n Parteien summiert und durch die Anzahl dieser Parteien dividiert; dabei gehen nur diejenigen Parteien ein, die mindestens einen Stimmenanteil von 0.5% erreicht haben:

$$D_I = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^{n} |v_i - m_i| \tag{7.1}$$

D_I ist ein Disproportionalitätsindex, denn geringe Werte zeigen *proportionale,* hohe Werte zeigen *disproportionale* Effekte von Wahlsystemen an. Das grundlegende Defizit von D_I ist jedoch die Abhängigkeit von der Parteienzahl, denn die absoluten Abweichungen der Stimmen- und Mandatsanteile werden einfach auf die Gesamtzahl der Parteien umgelegt. Als Konsequenz unterschätzt D_I, trotz der Beschränkung auf diejenigen Kräfte, die mehr als 0.5% der Wählervoten empfangen, die Disproportionalität bei fragmentierten Parteiensystemen, die viele Kleinparteien enthalten.[2]

Während Raes Index (D_I) faktisch die Disproportionalität *je Partei* bestimmt, interessieren sich John Loosemore und Victor J. Hanby (1971) für die Disproportionalität *je Wahl.* Sie ersetzen deshalb bei ihrem *Index of Distortion* (D_{LH}), der ebenfalls auf der Summe der absoluten Differenzen von Stimmen- und Mandatsanteilen basiert, den Term $1/n$ durch $1/2$, sodass die Anzahl der politischen Parteien den Indikator formal nicht mehr beeinflusst:[3]

$$D_{LH} = \frac{1}{2} \sum_{i=1}^{n} |v_i - m_i| \tag{7.2}$$

Damit bildet D_{LH} die Summe der Überrepräsentation (oder, anders gewendet, der Unterrepräsentation) aller Parteien summarisch ab. Genau konträr zu D_I liegt das vorrangige Defizit von D_{LH} jedoch in einer *Über*schätzung der Disproportionalität bei Parteiensystemen mit vielen Kleinparteien. Darüber hinaus können die mangelnde mathematisch-logische Stringenz des *Index of Distortion* und seine Anfälligkeit für numerische Paradoxien gezeigt werden. Aus dieser Kritik hat Michael Gallagher (1991) einen Kompromiss beider Alternativen,

2 Auf dieses zentrale Defizit des Indikators D_I hat bereits Richard S. Katz (1980: 140) hingewiesen: "(...) at the extreme, if the infinite number of (hypothetical) parties that receive no votes and obtain no seats is included, every electoral system would appear perfectly proportional".

3 Dieser Indikator ist bereits von Duncan und Duncan (1955) als "segregation index" diskutiert worden. Taagepera und Grofman (2003), die die Äquivalenz von Disproportionalitäts- und Volatilitätsindikatoren herauszustellen suchen, können zeigen, dass dieser Index in seiner formalen Konstruktion dem Volatilitätsindex nach Pedersen (V_t) entspricht (vgl. Pedersen 1979).

D_I und D_{LH}, abgeleitet, den *Least Squares Index* (D_{LSq}). Er weicht von den beiden anderen Messkonzepten ab, denn D_{LSq} basiert nicht auf der Summe der absoluten Differenzen von Stimmen- und Mandatsanteilen, sondern auf der Summe ihrer quadrierten Differenzen. Damit gehen hohe Abweichungen mit einem stärkeren Anteil in D_{LSq} ein als geringe, sodass die einzelnen Differenzen mit ihrem jeweiligen Wert gewichtet werden:

$$D_{LSq} = \left[\frac{1}{2} \sum_{i=1}^{n} (v_i - m_i)^2 \right]^{0.5} \tag{7.3}$$

Diese drei Indikatoren, D_I, D_{LH} und D_{LSq}, stehen hier exemplarisch für eine beinah unbegrenzte Bandbreite weiterer Maße. Kontrovers ist besonders die den jeweiligen Indikatoren zugrunde gelegte Konzeptionalisierung von Gleichheit und Ungleichheit. Bereits Michael Gallagher (1991: 33-38) hat auf die Korrespondenz von Verrechnungsformeln einzelner Verhältniswahlsysteme mit bestimmten Disproportionalitätsmaßen hingewiesen. Jeder *proportionalen* Verrechnungsformel, etwa Hare, Sainte Laguë oder d'Hondt, liegt mindestens implizit ein bestimmtes Konzept von Proportionalität bzw. Disproportionalität zugrunde, das durch sie maximiert bzw. minimiert wird:

> It is not always realized that different methods of PR (proportional representation) (...) should not be seen as inherently more or less proportional in their consequences. Rather, they produce different results because they embody different conceptions of what proportionality means and of what minimizing disproportionality entails. Each PR method minimizes disproportionality according to its own principles. (Gallagher 1991: 33)

> A key point that is often overlooked is that measures of disproportionality and allocation formulae are inextricably bound up with each other. Every method of seat allocation generates its own measure of disproportionality, and many measures of disproportionality implicitly endorse a method of seat allocation. (Gallagher 1991: 38)

In empirischen Analysen korrelieren D_I, D_{LH} und D_{LSq} meist hoch miteinander, und alle drei Indikatoren basieren auf demselben Konzept von Proportionalität bzw. Disproportionalität, das der Hare-Quota zugrunde liegt, weisen also einen systematischen *Bias* für diese Verrechnungsformel auf.[4] Bei der Bestimmung von Disproportionseffekten auf der nationalen Ebene sind diese Einwände kaum praktisch bedeutsam, denn neben der Verrechnungsformel wirken noch zahlreiche andere technische Faktoren, etwa die durchschnittliche Wahlkreisgröße, die formale Sperrklausel oder die Mehrebenenstruktur eines Wahlsystems. Mindestens verweisen diese Bemerkungen aber darauf, dass kein allgemeines Konzept zur Messung von Gleichheit bzw. Ungleichheit vorliegt, sondern oft sehr unterschiedliche Konzepte benutzt werden.

4 Bereits Lijphart (1994a: 62-67) hat die Vorzüge und Nachteile von Indikatoren, die auf absoluten oder auf relativen Abweichungen basieren, ausführlich besprochen. Er verweist vor allem darauf, dass Höchstzahlverfahren, etwa die Methoden Sainte Laguë oder d'Hondt, beim alternativen Konzept der relativen Proportionalität ansetzen. Praktisch bedeutet dies, dass bei zwei unterschiedlichen Parteien P_A (v_A = 40%; m_A = 41%) und P_B (v_B = 10%; m_B = 11%) aus der Perspektive der absoluten Differenzen jeweils eine identische Distorsion vorliegt. Mit Blick auf die relative Abweichung ist jedoch die Distorsion von P_B viel ausgeprägter; hier wäre etwa bei P_A (v_A = 40%; m_A = 44%) und P_B (v_B = 10%; m_B = 11%) die Distorsion für beide Parteien identisch.

Taagepera und Grofman (2003) bewerten insgesamt 19 Indikatoren, die in der einschlägigen Literatur vorgeschlagen und diskutiert werden, mit zwölf verschiedenen Evaluationskriterien.[5] Sie gelangen zu einem Urteil, das bemerkenswert mit der Forschungspraxis empirischer Disproportionalitätsstudien korrespondiert. Der von Michael Gallagher (1991) eingebrachte *Least Squares Index* (D_{LSq}) erfüllt, so ihr Resümee, mehr Gütekriterien als alle übrigen Maße. Zudem ist D_{LSq} derjenige Disproportionalitätsindikator, der in den meisten neueren einschlägigen Studien benutzt wird (vgl. vor allem Anckar 1997; Lijphart 1994a; 1999; Powell und Vanberg 2000).

Damit sprechen sowohl konzeptionelle Aspekte, gewonnen aus der vergleichenden Evaluierung unterschiedlich konstruierter Indices, wie praktische Erwägungen, die vor allem die Vergleichbarkeit der hier bestimmten Befunde und die Anschlussfähigkeit bei früheren Studien betreffen, für D_{LSq} als grundlegendes Maß für die pauschale Disproportion von Stimmen und Mandaten.

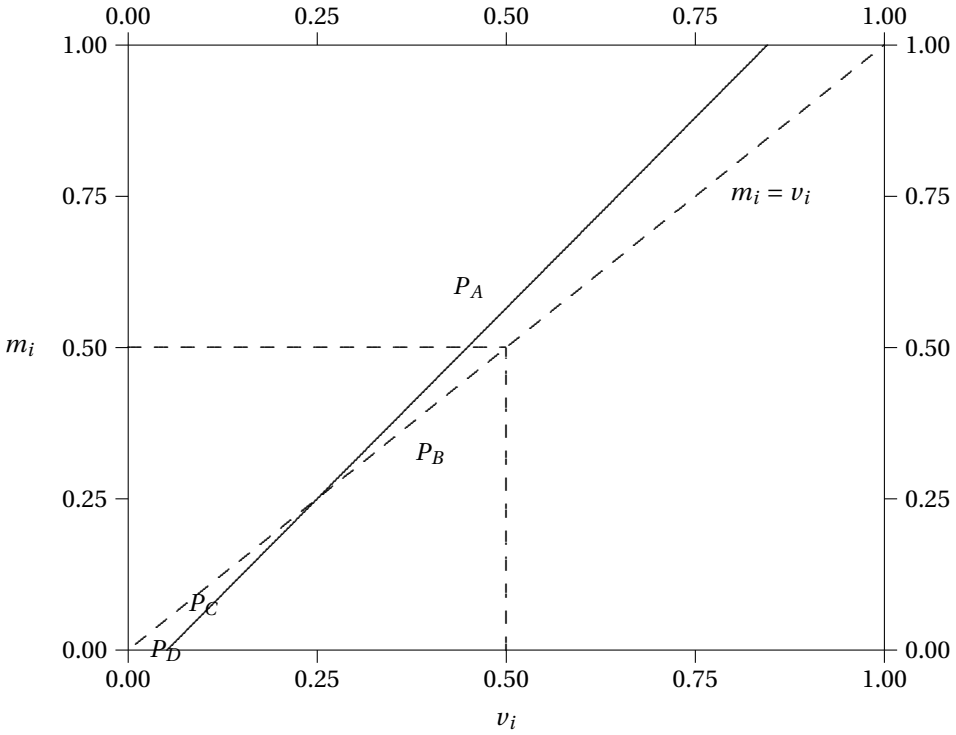
Überrepräsentationsindikatoren

Die Indikatoren D_I, D_{LH} und D_{LSq} ermöglichen zwar eine sinnvolle Bestimmung der summarischen Disproportion von Stimmen- (v_i) und Mandatsanteilen (m_i), jedoch korrespondieren diese Aussagen nicht direkt mit den in "Duvergers Gesetz" und im "cube law" niedergelegten Hypothesen zum Effekt von Wahlsystemen. Vor allem enthält das summarische Disproportionsmaß (D_{LSq}) keine konkreten Hinweise, wo und mit welchen politischen Konsequenzen die Distorsion der Stimmen- und Mandatsanteile auftritt. Wenn konkreter interessiert, wie sehr ein empirisches Wahlsystem die *Überrepräsentation* großer und die *Unterrepräsentation* kleiner Parteien erzeugt, sind neben dem summarischen Indikator weitere Informationen notwendig.

Für die spezifische, fallorientierte Bestimmung der politischen Konsequenzen von Wahlsystemen liegen grafische und numerische Verfahren vor. Ansatzpunkte der grafischen Verfahren sind Streudiagramme, die die Stimmenanteile v_i auf der Ordinate und die Mandatsanteile m_i auf der Abszisse abtragen (Taagepera und Laakso 1980; Taagepera und Shugart 1989b). In einer Replik auf Gallagher (1991) schlagen Cox und Shugart (1991) alternativ, als eine numerische Fortführung dieser Überlegungen vor, für jede Parlamentswahl eine Regression der abhängigen Variablen Mandatsanteile m_i auf die unabhängige Variable Stimmenanteile v_i zu schätzen (Gleichung 7.4) und den unstandardisierten Regressionskoeffizienten D_β zum Maßstab der Überrepräsentation großer und der Unterrepräsentation kleiner Parteien zu nehmen (Gleichung 7.5). Bei ihrem Maß *Big Party Bias* entspricht $D_\beta = 1$ der exakten Proportionalität von Stimmen- und Mandatsanteilen, bei $D_\beta > 1$ sind große Parteien über-, kleine dagegen unterrepräsentiert, bei $\beta_1 < 1$ schließlich wären große Parteien unter- und kleine Parteien überrepräsentiert:

5 Vorher haben Monroe (1994) und Pennisi (1998) ähnliche Evaluationsversuche unternommen. Beide Texte enthalten, genau wie der Beitrag von Taagepera und Grofman (2003), detaillierte Hinweise zur Herkunft der einzelnen Indikatoren und ordnen die einzelnen Kennzahlen jeweils unterschiedlichen Messkonzepten zu.

Abbildung 7.1: Ein hypothetisches Proportionalitätsprofil



Anmerkungen: v_i = Stimmenanteil; m_i = Mandatsanteil der Partei i

$$m_i = D_\beta v_i + \beta_{B0} \tag{7.4}$$

$$D_\beta = \frac{\sum \left(v_i - \overline{v}\right)\left(m_i - \overline{m}\right)}{\sum \left(v_i - \overline{v}\right)^2} \tag{7.5}$$

D_I, D_{LH} und D_{LSq} bestimmen die Dispersion der Stimmen- (v_i) und Mandatsanteile (m_i) der n Parteien um eine definierte Gerade ($m_i = v_i$), die die "exakte" Proportionalität anzeigt; sie weist deshalb die Steigung $D_\beta = 1$ auf und verläuft durch den Ursprung des Koordinatensystems ($\alpha = 0$).[6] Der Vorschlag von Cox und Shugart (1991) setzt jedoch grundlegend

6 Der Abstand von diesem normativen Ideal wird bei D_I und D_{LH} durch die Beträge der absoluten Differenzen $\sum \left|v_i - m_i\right|$ und bei D_{LSq} durch die quadrierten Differenzen $\sum \left(v_i - m_i\right)^2$ bestimmt, sodass D_{LSq} sensitiver auf "große" Differenzen von Stimmen- und Mandatsanteilen reagiert als die übrigen Indikatoren.

anders an, denn hier wird die Gerade nicht *normativ* gesetzt, sondern mit einer linearen Regression *empirisch* ermittelt. Diese unterschiedlichen Zugangsweisen werden in Abbildung 7.1 illustriert. Die dort abgetragenen Koordinaten bezeichnen die (hypothetischen) Stimmen- und Mandatsanteile der vier Parteien P_A ($v_A = 45\%$; $m_A = 60\%$), P_B ($v_B = 40\%$; $m_B = 32.5\%$), P_C ($v_C = 10\%$; $m_C = 7.5\%$) und P_D ($v_D = 5\%$; $m_D = 0\%$), die unterbrochene Linie skizziert die "exakte" Proportionalität, und die durchgezogene Linie die empirische Schätzung mit der Methode von Cox und Shugart (1991). In diesem hypothetisch konstruierten Beispiel gilt $D_{LSq} = 0.125$, und die empirisch ermittelte Regressionsgerade lautet $m_i = 1.26v_i - 6.5$ mit $D_\beta = 1.26$ und $R^2 = 0.90$.

Diese Indikatorenkonstruktion bietet mehr als nur ein pauschales Disproportionalitätsmaß, sondern sie ist eigentlich eine Vereinfachung des von Kendall und Stuart (1950) diskutierten "cube law", die freilich die komplexe polynomiale durch eine einfache lineare Formulierung des Zusammenhangs von Stimmen- und Mandatsanteilen ersetzt. Jedoch sind mit diesen Vorzügen, die der Indikator *Big Party Bias* (D_β) gegenüber den pauschalen (oder normativen) Disproportionalitätsmaßen aufweist, auch einige Defizite verbunden. Taagepera und Grofman (2003: 665-669, 671) verweisen in ihrem vergleichenden Überblick unterschiedlicher Indices vor allem auf die fehlende Standardisierung des Indikators; zudem wird D_β durch die gewählte Methode zur Behandlung der "anderen" oder "übrigen" Parteien beeinflusst.

Im Folgenden wird die "fairness to parties" mit den beiden Maßen *Least Squares Index* (D_{LSq}) und *Big Party Bias* (D_β) bestimmt. Dabei misst D_{LSq} die pauschalen Abweichungen von Stimmen- und Mandatsanteilen *aller* Parteien, und D_β bestimmt spezifischer den Grad der Überrepräsentation *großer* Parteien. Beide Konzepte setzen jedoch bei der Repräsentation politischer Parteien als grundlegender "unit of analysis" an. Bei der Übertragung dieser parteienzentrierten Perspektive auf die "neuen" Demokratien Osteuropas sind jedoch Bedenken vorgebracht worden. So wendet zum Beispiel Sarah Birch (2003: 47-50) ein, dass die mit der Distorsion der Stimmen-Mandate-Relation bestimmte Größe "fairness to parties" nur dann als Bewertungskriterium praktisch bedeutsam sei, wenn sie unmittelbar mit "fairness to voters" verbunden sei, denn Wähler, nicht Parteien seien der vornehmliche Träger des Gleichheitsgrundsatzes in einer Demokratie. Falls jedoch politische Parteien nahezu ausschließlich instrumentell, als Wahlallianzen funktionieren und sich sodann entweder auflösen, mit übrigen Kräften fusionieren oder in unterschiedliche Fraktionen zerfallen, so sei unklar, ob Disproportionalität, orientiert an diesen nur rudimentär organisierten Proto- oder Pseudoparteien, noch relevant für die Qualität politischer Repräsentation sei, ob also D_{LSq} und D_β valide Indikatoren für die Bestimmung der formalen Repräsentationsqualität seien.

Nimmt man diese Kritik ernst, die vor allem auf die im Vergleich mit etablierten Demokratien wesentlich geringere Strukturierung und Institutionalisierung der postkommunistischen Parteiensysteme zielt, so stehen zwei wesentliche Auswege offen. Einmal wird eine Verschiebung des analytischen Fokus von der Parteien- auf die Wählerebene vorgeschlagen, um weniger die "fairness to parties" als die "fairness to voters" zu analysieren. Wird angenommen, dass jeder Wähler sich parlamentarisch vertreten wissen möchte, ergibt sich als ein einfaches individuelles Repräsentationsmaß schlicht der Anteil derjenigen Wähler, die im Parlament repräsentiert sind. Dabei wird die *individuelle* von der *kollektiven* Repräsentation unterschieden. Bei der *individuellen* Repräsentation wird gefragt, ob die konkre-

te Stimmabgabe eines Wählers zur Bestellung eines Parlamentariers beigetragen hat oder nicht, sodass der Ansatzpunkt auf der Wahlkreisebene, beim einzelnen Wähler liegt. Bei der *kollektiven* Repräsentation wird jeder Wähler durch die Parlamentsfraktion seiner Partei insgesamt repräsentiert. Dieser Index für die "Inklusivität" eines Wahlsystems wird auf der nationalen Ebene bestimmt und ergibt sich als die Umkehrung des Anteils an "wasted votes"; damit sind alle Wähler "kollektiv repräsentiert", die sich für eine Partei entschieden haben, die im Parlament vertreten ist (Birch 2003: 85-87).

Die zweite Alternative, die mit Wählerpräferenzen, nicht mit den bereits dem Wahlsystem endogenen Wählerstimmen beginnt, wird im Folgenden detailliert vorgestellt und diskutiert.

Die richtungspolitische Korrespondenz als Maß der materiellen Repräsentationsqualität

Neben den konventionellen Indikatoren für Disproportionalität und Überrepräsentation wird in dieser Arbeit die richtungspolitische Entsprechung von Elektorat, Parteiensystem und Regierung als eine abhängige Variable eingeführt. Für diese Entscheidung sprechen gleichermaßen materielle wie konzeptionelle Aspekte, die im Folgenden kurz begründet werden sollen.

Präferenzen als exogenes Maß

Die "Fairness" eines Wahlsystems, gemessen als die Entsprechung von Stimmen- und Mandatsanteilen der Parteien, wird aus mehrheitsdemokratischer Optik nicht als ein taugliches Bewertungskriterium akzeptiert, denn diese theoretische Perspektive zielt formal vielmehr auf die funktionale Reduzierung politischer Heterogenität im Parlament. Stattdessen greift der mehrheitsdemokratische Ansatz als normativen Standard die Responsivität zum Wählerwillen, konstruiert am "median voter", heraus (vgl. statt vieler Downs 1957). Die Einbeziehung materieller Politikpräferenzen erfüllt deshalb einen doppelten Zweck, denn sie lädt einmal die bisher abstrakte Diskussion von Fragmentierungs- und Disproportionalitätsindikatoren mit materiellen Politikinhalten auf und formuliert zweitens ein Prüfkriterium, das auch aus mehrheitsdemokratischer Perspektive akzeptiert und ernst genommen werden sollte:

> Elections, even free, competitive elections with universal suffrage, are the instruments of democracy, not democracy itself. Citizen participation in a democracy should influence policy making pressing it closer to the citizens' preferences than it otherwise might be. (...) Various forms of competitive elections and representative government [=gemeint sind hier Mehrheits- und Verhältniswahl; d.A.] are, in part, hypotheses about how to bring citizens' preferences to bear on public policies. Testing these hypotheses requires beginning with citizen's preferences, (...) not with the process through which they are expressed. (Powell 2000: 160)

Es sind darüber hinaus die konzeptionellen Beschränkungen der Maße für Disproportionalität und Überrepräsentation, die theoretisch wie methodisch einen tieferen Ansatz erfordern. "Starke" Wahlsysteme, die hohe institutionelle Barrieren errichten, haben ein hohes "mechanisches" Distorsionspotenzial. Ob dieses Potenzial jedoch empirisch realisiert wird,

hängt von der Wirksamkeit oder Abwesenheit psychologischer Effekte ab. Falls durch strategische Koordination, wie etwa von Cox (1997) dargestellt, das Parteienspektrum bereits im vorparlamentarischen Bereich reduziert und an die im Vorfeld antizipierten mechanischen Effekte, die "carrying capacity" des Wahlsystems, angepasst wird, kann die empirisch realisierte mechanische Distorsion, auf die die diskutierten Indikatoren abstellen, trotz eines "starken" Wahlsystems gering sein. Deshalb tendieren formale Indikatoren, die allein Stimmen- und Mandatsanteile miteinander vergleichen, zur systematischen Unterschätzung des Disproportionseffekts dieser "starken" Wahlsysteme mit geringer *Effective Magnitude* (M_{eff}).

Taagepera und Shugart (1989b: 173) haben diesen Zusammenhang das "law of the conservation of disproportionality" genannt. Für die hier ausgebreitete Argumentation folgt daraus, dass Wahlentscheidungen ein ungeeigneter Indikator für die Präferenzen der Wähler sind, weil sie, wenn sich Duvergers psychologischer Effekt belegen lässt, bereits endogene Größen sind, die vom Wahlsystem selbst mitgeformt werden. Wahlentscheidungen sind in dieser Perspektive nicht einfach Reflexionen von Wählerpräferenzen, sondern sie werden von einem ganzen Bündel an Faktoren beeinflusst: von den diskutierten strategischen Erwägungen, den *Issue*-Positionen der Listen oder Kandidaten, der Attraktivität der Kandidaten, von langfristigen Partei- oder Lagerbindungen, von symbolischer Politik und kurzfristig orientierten Versprechungen in klientelistischen Netzwerken etc. (vgl. Powell 2000: 160-161).

Eine empirische Analyse, die mit den Präferenzen der Wähler beginnt, basiert dagegen auf einem tatsächlich exogenen Maß und ist von diesem Endogenitätsproblem nicht betroffen. Politische Präferenzen sind der Wahlentscheidung vorgelagert und nicht, oder mindestens nicht in dem Maße, von möglichen "psychologischen" Effekten der Wahlsysteme selbst mitbestimmt. Die Wahlentscheidung dagegen ist, sofern psychologische Effekte auf Wähler und Parteieliten wirken, eine endogene Variable.

Die Links-Rechts-Skala

In etablierten Demokratien liegt mit der Links-Rechts-Skala eine übergreifende Dimension vor, die unterschiedliche Positionen zu konkreten politischen *Issues* übergreifend integriert. Dabei gilt die Semantik von "Links" und "Rechts" als ein taxonomisches System, das den Wählern hilft, Transaktionskosten zu reduzieren, politische Informationen zu verstehen, mit ihnen umzugehen, sie zu relationieren und zu aggregieren (vgl. die klassischen Beiträge von Budge 1984; Downs 1957; Enlow und Hinich 1984; Inglehart und Klingemann 1978; Sani und Sartori 1983). Die Links-Rechts-Skala ist damit *das* zentrale Instrument, um die Positionen einzelner Parteien in etablierten Demokratien summarisch zu erfassen und darzustellen. Die relative Bedeutung von einzelnen *Issues* bleibt jedoch oft unklar, sie wird von den Wählern regelmäßig unterschiedlich beurteilt, und häufig sind die Wähler über die Details einzelner Aspekte nur unvollkommen informiert.

Huber und Powell (1994) haben auf Differenzen bei der materiellen Bedeutung der Links-Rechts-Skala in unterschiedlichen Vergleichsstaaten verwiesen. Einwände gegen die Verwendung dieses Maßes sind vor allem für die "neuen" Demokratien Osteuropas vorgetragen worden. Erstens fehlte in den kommunistischen und fehlt weiterhin in den postkommunistischen Staaten derjenige Grad an öffentlichem, politischem Diskurs, ohne den eine Abstraktion einzelner Politikinhalte auf einer "übergeordneten" Dimension kaum möglich

ist; zudem wurde durch die dogmatischen und trivialen Links-Rechts-Formeln des kommunistischen *Ancien Régime* die Einordnung weiter verunklärt.

Zweitens kollidiert die Semantik von "Links" und "Rechts" mit den historischen Entwicklungspfaden postkommunistischer Systeme. Im klassischen, "westlichen" Ideal wird etwa "Links" meist mit einer Anfechtung des *status quo*, mit sozialem Wandel in Richtung auf ökonomische Gleichheit oder mit im weiteren Sinne "fortschrittlichen" Politikzielen assoziiert. In postkommunistischen Gesellschaften sind diese Vorzeichen verkehrt, und hier bedeutet sozialer Wandel meist eine Veränderung in Richtung auf mehr ökonomische Ungleichheit. Anhänger von ökonomischen Liberalisierungspolitiken könnten deshalb einmal, gemessen an den konkreten Politikinhalten, als "Rechts" verortet werden, weil sie die Marktallokation knapper Güter und damit einen sozialen Wandel hin zu mehr ökonomischer Ungleichheit anzustoßen suchen. Alternativ könnten diese Akteure, mit Blick auf die historische Dynamik der Transformation und ihr individuelles oder korporatives Selbstverständnis, als "Links" bestimmt werden, weil sie den staatssozialistischen *status quo* angreifen (vgl. Markowski 1997: 222-224).

Drittens konnten Kitschelt et al. (1999: 70-76) zeigen, dass die beiden grundlegenden Dimensionen sozialer Konfliktlinien und politischer *Cleavages*, sozioökonomische und kulturelle Themen, im postkommunistischen Osteuropa eine unterschiedliche Bedeutung haben und anders miteinander korrespondieren als in etablierten Demokratien. Im theoretischen Argument und in der empirischen Analyse demonstrieren sie, dass diejenigen Gesellschaften, die bei bürokratisch-autoritären oder patrimonialen kommunistischen *Anciens Régimes* anschließen, besonders durch die sozioökonomische Konfliktdimension geprägt sind. Die Nachfolgeregimes des national-akkommodativen Kommunismus, in der Studie von Kitschelt et al. (1999) sind das Polen und Ungarn, weisen jedoch eine tendenziell zweidimensionale Konfliktstruktur auf, die neben sozioökonomischen intensiv auf kulturellen *Issues* gründet. Diese komplexere, zweidimensionale Konfliktlage verkompliziert die Reduktion politischer *Issue*-Positionen auf eine eindimensionale Skala ganz erheblich.

Hinzu tritt der vergleichende Befund, dass sozioökonomische und kulturelle *Issues* im postkommunistischen Osteuropa regelmäßig anders gebündelt sind als in etablierten Demokratien. In Osteuropa sind ökonomisch-liberale Positionen häufig die Koppelprodukte von kosmopolitischen und libertären kulturellen Positionen, und sozial-protektionistische Positionen sind oft mit autoritären kulturellen Positionen verwirkt (Kitschelt 1992; 1995c). Die komplexere Konfliktlage und die, gemessen an etablierten Demokratien, verkehrte Korrespondenz von sozioökonomischen und kulturellen Konfliktachsen sollte die Reduktion des *Issue*-Spektrums auf die unidimensionale Links-Rechts-Skala in den Nachfolgeregimes des national-akkommodativen Kommunismus besonders verkomplizieren.

Viertens wird schließlich die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala nicht nur von spezifischen Positionen zu den relevanten politischen *Issues*, sondern gleichermaßen von soziologischen Statusmerkmalen wie Schicht- oder Klassenzugehörigkeit bestimmt. Die hohe Dynamik im ökonomischen wie sozialen Transformationsprozess und die von ihr ausgelöste soziale Mobilität stehen jedoch der Ausbildung stabiler Milieumerkmale entgegen und verhindern deshalb die Aneignung entsprechender ideologischer Präferenzen.

Dennoch erscheint die Orientierung an der Semantik von "Links" und "Rechts" für die Untersuchung postkommunistischer Parteienlandschaften konzeptionell angebracht und wohl schlicht alternativlos. Gerade weil die politischen Konfliktstrukturen in Osteuropa we-

sentlich komplexer und wesentlich wechselhafter strukturiert sind als in langfristig etablierten Demokratien, sind die osteuropäischen Wähler, sofern sie denn nach programmatischen und nicht nach personalen oder klientelistischen Erwägungen entscheiden wollen, notwendig auf ein analytisches Instrument zur Komplexitätsreduktion angewiesen. Wenn zudem die einzelnen *Issues*, etwa im Kontext der *Legacies* eines national-akkommodativen oder eines patrimonialen kommunistischen Systems, oft eine verschiedene Wertigkeit und damit eine unterschiedliche Prägekraft aufweisen, stellt sich ernsthaft die Frage, in welchem Instrument zur einfachen Vermessung der Elektorate denn die Alternative liegen soll.

Schließlich interessiert beim hier diskutierten Thema nicht vorrangig die materielle Bestimmung von konkreten Links-Rechts-Positionen, sondern die durch das Wahlsystem und die Kontextfaktoren begründete Missrepräsentation der Wählerpräferenzen im Parteiensystem und in der parlamentarisch getragenen Regierung. Deshalb steht nicht die generelle, inhaltliche und konzeptionelle "Angemessenheit" der Links-Rechts-Semantik zur Vermessung osteuropäischer Elektorate im Fokus, sondern letztlich wird die Tauglichkeit dieses Instruments zu einer eher empirischen Frage.

Tatsächlich illustrieren empirische Forschungsresultate, dass die Wähler in den "neuen" Demokratien Osteuropas mit der Semantik von "Links" und "Rechts" umzugehen wissen. Markowski (1997) und Kitschelt et al. (1999: 282-288) können etwa zeigen, dass die Selbsteinstufung von Wählern auf der Links-Rechts-Skala systematisch mit den bestimmenden Konfliktlinien im jeweiligen Parteiensystem variiert. So korrespondiert in der Tschechischen Republik und in Bulgarien die Links-Rechts-Position einzelner Parteien vor allem mit der zentralen sozioökonomischen Konfliktlinie, während sie in Polen sowohl mit sozioökonomischen als auch mit kulturellen Positionen korreliert, und in Ungarn korrespondiert die Links-Rechts-Position einzelner Wähler nahezu ausschließlich mit ihren kulturellen *Issue*-Positionen. Hubert Tworzecki (2003: 96-99), der ein anderes *Set* von *Survey*-Daten aus Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik analysiert, gelangt zu sehr ähnlichen Befunden für die Bedeutung der Links-Rechts-Semantik und ihre Korrespondenz mit einzelnen *Issues* in den Vergleichsstaaten.

Deshalb kann hier unterstellt werden, dass Links-Rechts-Selbsteinstufungen auch empirisch systematisch und robust mit den Positionen der Wähler zu übrigen zentralen *Issues* korrespondieren. "Links" und "Rechts" sind dabei keine formal definierten Begriffe, sondern " 'Left' and 'right' are empty spaces that can be filled with various contents" (Huber und Inglehart 1995: 73). Als Konsequenz sind die Skalenwerte in unterschiedlichen Vergleichsstaaten und/ oder zu unterschiedlichen Zeitpunkten nicht einfach vergleichbar, sondern auf einer Links-Rechts-Skala ({1} = "Links"; {10} = "Rechts") kann die Position {3} eines Befragten in der Tschechischen Republik und eines Befragten in Ungarn völlig verschiedene materielle Politikpositionen markieren. Dieser Selbsteinstufung können gleichermaßen fundamental verschiedene inhaltliche Positionen auf einzelnen *Issue*-Skalen zugrunde liegen wie ein völlig verschiedenes *Set* einzelner *Issues*, das die übergreifende Links-Rechts-Dimension formt.

Letztlich schaffen die unterschiedlichen Inhalte und Bedeutungen, die Wähler und Parteieliten bestimmten Positionen auf der übegreifenden Links-Rechts-Skala beimessen, jedoch keine Beschränkung für die hier unternommene Analyse; vor allem ruhen die folgenden Abschnitte nicht auf der Annahme, dass "Links" und "Rechts" in unterschiedlichen Vergleichsstaaten direkt programmatisch vergleichbare Inhalte beschreiben. Die maßgeblichen Variablen, die die materielle Repräsentationsqualität messen, beziehen sich schließ-

lich nicht auf die konkreten Skalenwerte, sondern auf die *Differenzen* der programmatischen Positionen von Elektorat, gewähltem und parlamentarischem Parteiensystem.

Operationalisierung der Links-Rechts-Dimension

Die Analyse der materiellen Repräsentationsqualität, der richtungspolitischen Korrespondenz von Wählern und Parlament, beginnt mit der Vermessung unterschiedlicher Parteien im politischen Raum. Generell stehen für die Messung programmatischer Parteipositionen unterschiedliche Instrumente zur Verfügung. Gebräuchlich sind etwa Befragungen politischer oder parlamentarischer Eliten (Dalton 1985; Iversen 1994), die Einschätzung programmatischer Positionen durch "expert judgements" (Budge 2000; Castles und Mair 1984; Huber und Inglehart 1995) oder die Manifesto-Analyse, die quantitative Inhaltsanalyse von Parteiprogrammen (Budge et al. 2001; 1987; Laver und Garry 2000).

Präferenzen und programmatische Positionen der Wähler werden durch *Survey*-Daten erhoben. Für die nun zu bestimmenden Analysen wurde ein extensiver Datensatz zusammengestellt, um Wählerpositionen für möglichst viele einzelne Parlamentswahlen in verschiedenen Vergleichsstaaten und zu unterschiedlichen Zeitpunkten bereitstellen zu können. Wesentlich komplexer ist dagegen die systematische Vermessung der programmatischen Positionen von Parteien und Parteiensystemen, und alle der oben genannten "Quellen" sind in ganz unterschiedlicher Weise problematisch. Eliten-*Surveys* werden recht selten durchgeführt, sie sind aufwändig und nicht immer für Sekundäranalysen zu beschaffen; zudem sind sie regelmäßig bestenfalls als Querschnitte konzipiert und beziehen sich nur auf einen spezifischen, isolierten Zeitpunkt und auf eine eng begrenzte Anzahl von Vergleichsstaaten. "Expert judgements" bieten vor allem dann keine gangbare Alternative, wenn sie sich, wie etwa im Verbundprojekt "The Comparative Study of Electoral Systems", nur auf die *eine* Expertenmeinung stützen können. Die Analyse von "Party Manifesto"-Studien befindet sich schließlich noch in einem sehr frühen Stadium; das Defizit bei dieser quantitativen Inhaltsanalyse ist häufig die mangelnde Konsistenz und Reliabilität des Datenmaterials.

Die folgende Analyse bestimmt deshalb, um möglichst viele Messpunkte zu erhalten, die politischen Positionen der Parteien mit der mittleren Position ihrer Anhänger. Damit sind freilich einige konzeptionelle Einschränkungen der Analyse verbunden. Die Begrenzung der empirischen Basis beschränkt Perspektiven und Ertrag von Analysen der materiellen Repräsentationsqualität, denn im Folgenden kann nur die "statische" programmatische Entsprechung von Elektorat, parlamentarischem Parteiensystem und Regierung untersucht werden. Dynamische Effekte, wie die strategische Positionierung der politischen Eliten, etwa in "Mandate"- oder "Trustee"-Modellen, gehen jedoch nicht systematisch in die Analyse ein (vgl. dazu im Detail Kitschelt et al. 1999: 309-344).

Das zentrale Instrument zur Bestimmung der durchschnittlichen programmatischen Positionen von Elektorat, gewähltem Parteiensystem, parlamentarischem Parteiensystem und der parlamentarisch getragenen Regierung ist in dieser Untersuchung eine Links-Rechts-Skala, die von {1} = "Links" bis {10} = "Rechts" reicht. Bei denjenigen Studien, die Links-Rechts-Positionen mit einer anderen Skala abgefragt haben, werden die *Survey*-Daten mathematisch auf diese Dimension ($\{1,\ldots,10\}$) umgerechnet.

Auf allen untersuchten, hierarchisch geordneten Ebenen, den politischen Präferenzen, dem gewählten Parteiensystem und dem parlamentarischen Parteiensystem, werden die

Positionsmaße deshalb auf der Grundlage von *Survey*-Daten abgebildet. Das gesellschaftliche Präferenzenmittel ($\overline{M}_{pref}$) wird schlicht durch den Mittelwert der Präferenzen aller Befragten (b_i) bestimmt:

$$\overline{M}_{pref} = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^{n} b_i. \tag{7.6}$$

Der nächste Schritt ist die Aggregation dieser Präferenzen auf die Parteienebene. Die Position einer Partei j ergibt sich als arithmetisches Mittel der Präferenzen ihrer Wähler b_{ji} auf der Links-Rechts-Skala; die programmatische Position des gewählten Parteiensystems $\overline{M}_v$ wird dann als arithmetisches Mittel der einzelnen Parteien p_i bestimmt, die mit ihrem Stimmenanteil gewichtet werden:

$$\overline{M}_v = \frac{1}{n} \sum_{n=1}^{j} \frac{1}{n} \sum_{i=1}^{n} b_{ji}. \tag{7.7}$$

Bei der Analyse der richtungspolitischen Position des parlamentarischen Parteiensystem ($\overline{M}_m$) werden die Mittelwerte mit dem Mandatsanteil der Parteien gewichtet:

$$\overline{M}_m = \frac{1}{n} \sum_{n=1}^{j} \frac{1}{n} \sum_{i=1}^{n} b_{ji}. \tag{7.8}$$

Der abschließende Schritt greift über die unmittelbare Arena von Elektorat und Parlament hinaus und beschäftigt sich mit den programmatischen Positionen der gebildeten Einparteiregierungen bzw. Regierungskoalitionen. Der politisch-programmatische Standort einer Regierung, an der n einzelne Parteien beteiligt sind ($\overline{M}_{Reg}$), ergibt sich als das arithmetische Mittel dieser Parteien, die mit ihrem jeweiligen Mandatsanteil gewichtet in den Indikator eingehen:

$$\overline{M}_{Reg} = \frac{1}{n} \sum_{n=1}^{j} \frac{1}{n} \sum_{i=1}^{n} b_{ji}. \tag{7.9}$$

Damit stehen vier Maße für die durchschnittliche inhaltliche Positionierung von (1) Elektorat ($\overline{M}_{pref}$), (2) vorparlamentarischem Parteiensystem ($\overline{M}_v$), (3) parlamentarischem Parteiensystem ($\overline{M}_m$) und (4) der Regierung bereit ($\overline{M}_{Reg}$). Bei der Analyse der materiellen Repräsentationsqualität interessiert aber nicht die materielle Verortung der einzelnen Parteiensysteme und Regierungen, sondern der Fokus ist auf die programmatischen Differenzen gerichtet, die zwischen dem Präferenzenmittel des Elektorats ($\overline{M}_{pref}$), der mittleren Position des gewählten ($\overline{M}_v$), des parlamentarischen Parteiensystems ($\overline{M}_m$) und der Regierung ($\overline{M}_{Reg}$) bestehen:

1-2: Die erste Differenz beschreibt die Umsetzung der Wählerpräferenzen in das gewählte Parteiensystem; sie korrespondiert deshalb direkt mit dem psychologischen Effekt von Wahlsystemen.

2-3: Die zweite Differenz zielt auf die Übertragung des gewählten Parteiensystems in das parlamentarische Parteiensystem; sie korrespondiert direkt mit dem mechanischen Effekt von Wahlsystemen.

3-4: Die dritte Differenz zielt auf die programmatische Entsprechung von Parlament und parlamentarisch getragener Regierung. Im mehrheitsdemokratischen Entwurf wird als empirische Hypothese unterstellt, dass diejenige Partei, die den Medianwähler repräsentiert, den höchsten Stimmenanteil erreicht und, vermittelt durch den Effekt des Wahlsystems, mindestens eine "manufactured majority" erhält und so eine Einparteienexekutive stellt; im konsensdemokratischen Entwurf entscheidet, wiederum idealtypisch, eine Parlamentswahl nicht direkt über die Regierung, sondern die Regierung wird von unterschiedlichen politischen Kräften gemeinsam gestellt (vgl. zu diesem Komplex die Beiträge der Koalitionsforschung, zum Beispiel Laver 1998; Laver und Schofield 1990).

Bei den drei skizzierten Korrespondenzebenen ([1-2]; [2-3]; [3-4]) beschreibt die Differenz des Präferenzenmittels ($\overline{M}_{pref}$) und des Mittelwerts der gewählten Parteien ($\overline{M}_v$) die durch den psychologischen Effekt verursachte Missrepräsentation

$$\Delta P = \left| \overline{M}_{pref} - \overline{M}_v \right|. \tag{7.10}$$

Die Differenz des Mittelwerts der gewählten Parteien ($\overline{M}_v$) und der Parteien im Parlament ($\overline{M}_m$) beschreibt die durch den mechanischen Effekt verursachte Missrepräsentation

$$\Delta M = \left| \overline{M}_v - \overline{M}_m \right|. \tag{7.11}$$

Die Summe (Gleichung 7.12) des psychologischen Effekts (ΔP) und des mechanischen Effekts (ΔM) beschreibt schließlich den Gesamteffekt des Wahlsystems

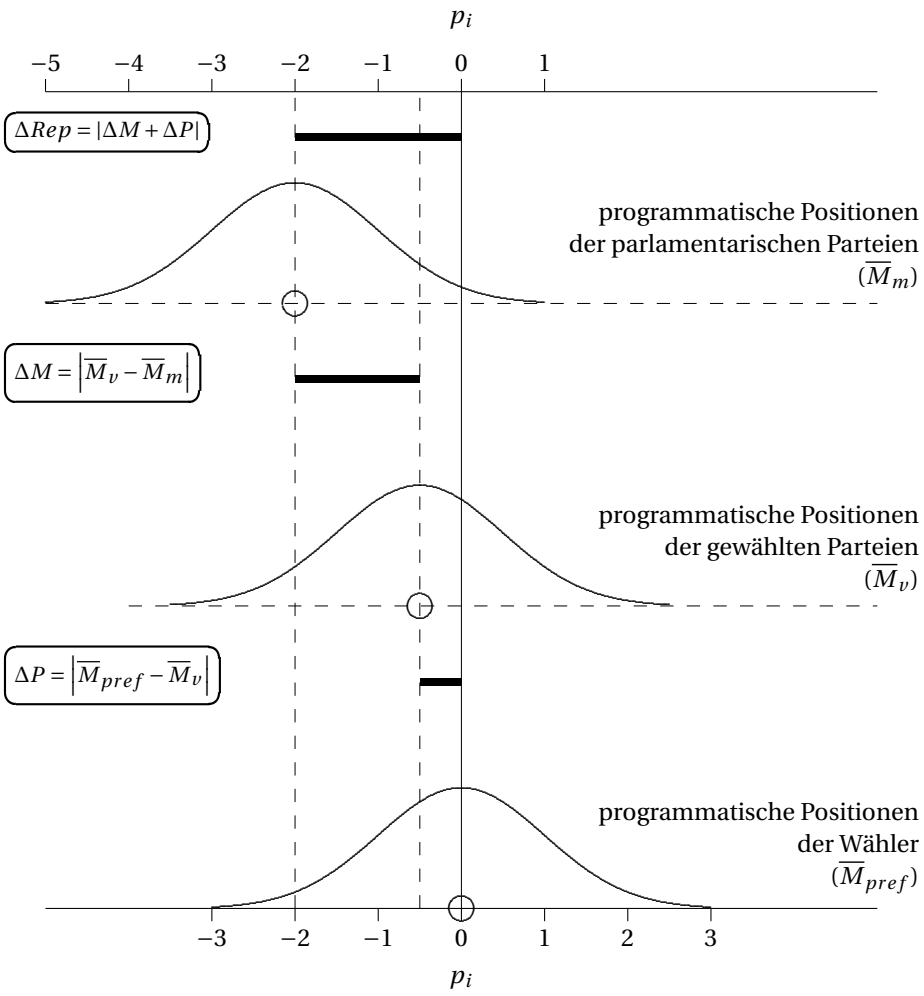
$$\Delta Rep = |\Delta P + \Delta M|. \tag{7.12}$$

Die Differenz des gesellschaftlichen Präferenzenmittels ($\overline{M}_{pref}$) und des programmatischen Mittelwerts der Regierungsparteien ($\overline{M}_{Reg}$) beschreibt die durch das Wahlsystem und die Regierungsbildung verursachte Missrepräsentation

$$\Delta Reg = \left| \overline{M}_{pref} - \overline{M}_{Reg} \right|. \tag{7.13}$$

Abbildung 7.2 stellt die durch den psychologischen Effekt (ΔP) und durch den mechanischen Effekt (ΔM) verursachte programmatische Missrepräsentation und den Gesamteffekt des Wahlsystems (ΔRep) grafisch dar. Je höher jede dieser Differenzen ausfällt, desto stärker wirkt die vom Wahlsystem erzeugte richtungspolitische Verzerrung von Elektorat und Parlament, desto geringer ist also die materielle Repräsentationsqualität. Im Vergleich zu den formalen Maßen der Repräsentationsqualität tragen diese materiellen Maße der empirischen

Abbildung 7.2: Grafische Illustration der materiellen Repräsentationsqualität



Anmerkungen: Die drei Normalverteilungskurven geben die (idealisierte) Verteilung der programmatischen Positionen von (1) Wählern, (2) gewähltem und (3) parlamentarischem Parteiensystem auf einer beliebigen *Issue*-Skala, zum Beispiel einer Links-Rechts-Skala, an. Die **fett** kenntlich gemachten Differenzen bilden die durch den psychologischen Effekt (ΔP) und durch den mechanischen Effekt (ΔM) entstandenen programmatischen Verzerrungen von Elektorat und Parlament ab. Der Gesamteffekt des Wahlsystems ergibt sich als Summe dieser Einzeleffekte (ΔRep).

Untersuchung eine Reihe von Vorteilen ein. Sie ermöglichen nicht nur eine materielle "Aufladung" der Disproportionsmaße, die auch nach den richtungspolitischen Konsequenzen von Wahlsystemeffekten fragt. Der konzeptionell tiefer greifende Ansatz, der mit den originären Wählerpräferenzen, nicht mit den endogenen, potenziell bereits vom psychologischen Effekt der Wahlsysteme mitbeeinflussten Wählerstimmen beginnt, ermöglicht zudem eine genauere Differenzierung psychologischer und mechanischer Wahlsystemeffekte.

Die folgenden Analysen wenden sich zunächst der formalen Repräsentationsqualität zu und reichern die gewonnen Resultate im zweiten Schritt mit Perspektiven auf die materielle Repräsentationsqualität an. Drittens werden die auf beiden Dimensionen gewonnenen makroquantitativen Befunde durch eine integrierte, fallorientierte vergleichende Analyse ergänzt, die dezidiert den soziopolitischen Kontext aufnimmt.

7.2 Die formale Disproportionalität von Stimmen und Mandaten

Die Analyse der abhängigen Variablen Repräsentationsqualität beginnt mit der Replikation einschlägiger Studien zum Effekt von Wahlsystemen auf die Distorsion der Stimmen-Mandate-Relation in langfristig etablierten Demokratien. Neben den theoretisch hergeleiteten Hypothesen bieten diese empirischen Resultate einen weiteren, vergleichenden Maßstab zur Bewertung der Disproportionseffekte von Wahlsystemen im postkommunistischen Osteuropa.

Disproportionalitätseffekte in etablierten Demokratien

Diese Ausführungen verfolgen zwei wesentliche Zielstellungen. Die erste ist eine konzeptionelle, und sie stellt ab auf die systematische Diskussion verschiedener ökonometrischer Modelle zum Effekt von Wahlsystemen auf die formale Repräsentationsqualität. Zweitens geht es um konkrete empirische Befunde zum Effekt von Wahlsystemen auf die Disproportionalität der Stimmen-Mandate-Relation in der Kontrollgruppe etablierter Demokratien, die als eine "Folie" für ihre Bewertung in den elf postkommunistischen Vergleichsstaaten genommen werden.

Empirische Untersuchungen zum Disproportionalitätseffekt von Wahlsystemen setzen in einfachen, institutionalistischen Modellen die Disproportionalität von Stimmen- und Mandatsanteilen (D_{LSq}) als die abhängige Variable und die *Effective Magnitude* (M_{eff}) als die unabhängige Variable der Analyse ein. Generell wird mit steigender effektiver Wahlkreisgröße eine geringere Distorsion erwartet, sodass beide Variablen stets negativ miteinander korrelieren sollten. Dieser Zusammenhang wird als lineares Modell mit der unabhängigen Variablen $\log_{10} M_{eff}$ formuliert. Das bedeutet, dass der Effekt von Erhöhungen der Variablen M_{eff} bei kleineren Ausgangsniveaus signifikant höher ist als bei größeren. Wird M_{eff} etwa von 1 auf 5 erhöht, so sind die Konsequenzen für die Disproportionalität der Stimmen-Mandate-Relation bedeutsamer als bei einer Erhöhung von 11 auf 15.

Für etablierte Demokratien hat Arend Lijphart (1994a: 95-117) ein derartiges direktes Modell zum Einfluss des Wahlsystems auf den Disproportionalitätsindikator D_{LSq} geschätzt. Seine Studie umfasst 384 Wahlen zu nationalen Parlamenten und zu den nationalen Kontingenten des Europaparlaments in 27 langfristig etablierten Demokratien. Um die Vergleichbarkeit von Lijpharts Arbeit mit übrigen einschlägigen Beiträgen und mit den empirischen

Tabelle 7.1: Analysen zur Disproportionalität in etablierten Demokratien (abhängige Variable: D_{LSq}; $\log_{10} D_{LSq}$)

	D_{LSq}			$\log_{10} D_{LSq}$	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
$\log_{10} M_{eff}$	-0.05^{**}		-0.05^{**}	-0.38^{**}	-0.43^{**}
	(0.00)		(0.00)	(0.02)	(0.02)
N_v		-0.01^{**}	0.01^{**}		0.05^{**}
		(0.00)	(0.00)		(0.01)
Konstante	0.10^{**}	0.08^{**}	0.08^{**}	-1.06^{**}	-1.22^{**}
	(0.00)	(0.01)	(0.01)	(0.02)	(0.04)
adj. R^2	0.42	0.02	0.44	0.49	0.51
N	384	384	384	384	384
χ^2	135.21^{**}	1.96	119.41^{**}	4.3^{*}	0.31
max(D)	0.05	0.08	0.07	0.07	0.06
$\overline{\text{VIF}}$	1	1	1.28	1	1.28
max(VIF)	1	1	1.28	1	1.28

Anmerkungen: Sekundäranalyse der Studie von Lijphart 1994a. In Klammern sind korrigierte, robuste Standardfehler nach der Huber/ White/ sandwich-Methode angegeben (vgl. White 1980; Wooldridge 2000: 248-255); χ^2 = Breusch-Pagan-Test auf Heteroskedastizität; max(D) = maximaler Wert von "Cook's Distance"; $\overline{\text{VIF}}$ = arithmetisches Mittel des *Variance Inflation Factor*; max(VIF) = maximaler Wert des *Variance Inflation Factor*; * p<0.05; ** p<0.01.

Konzepten dieser Arbeit herzustellen, wird ein rekodierter Datensatz verwendet, der statt der von Lijphart (1994a: 25-30) eingeführten unabhängigen Variablen *Effective Threshold* (T_{eff}) mit dem Maß *Effective Magnitude* (M_{eff}) operiert und als "unit of analysis" nicht den auf der Ebene konkreter Wahlsysteme aggregierten Datensatz Lijpharts ($N = 70$), sondern dessen disaggregierte Form mit 384 einzelnen Wahlen benutzt (vgl. zu Modifikationen des Datensatzes bereits Kapitel 4.3).

Tabelle 7.1 dokumentiert verschiedene Modelle zum Einfluss von Wahlsystemen auf den Disproportionalitätsindikator D_{LSq}. Modell 1 schätzt zunächst eine einfache bivariate Regression des Disproportionalitätsindikators (D_{LSq}) auf die logarithmierte "effektive" Wahlkreisgröße:

$$D_{LSq} = \beta_1 \log_{10} M_{eff} + \alpha + \epsilon \tag{7.14}$$

Das Modell demonstriert bereits die fundamentale Bedeutung, die unterschiedliche Wahlsysteme für die formale Repräsentationsqualität und damit für einen wesentlichen Baustein bei der alternativen Mehrheits- oder konsensdemokratischen Anlage etablierter Demokratien entwickeln. Der unstandardisierte Regressionskoeffizient, zeigt eine sehr signifikante Wirkung des Wahlsystems auf die formale Repräsentationsqualität; der einfache bivariate Zusammenhang ist in Abbildung 7.3 dargestellt. Dieses empirische Resultat bestätigt die

allgemeine Hypothese, dass steigende effektive Wahlkreisgrößen zu sinkender Disproportionalität führen. Je "schwächer" also die Effekte eines Wahlsystems, desto besser ist die formale Repräsentationsqualität.

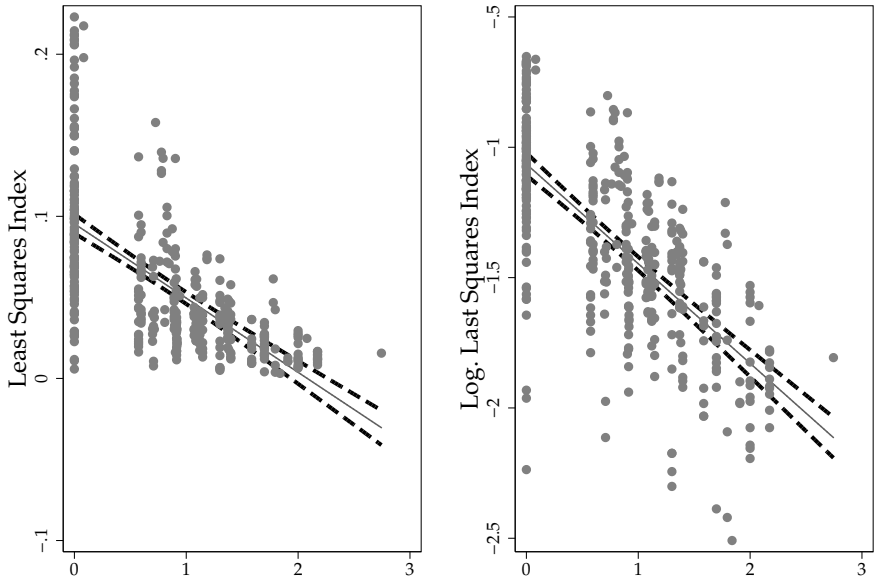
Besonders deutlich werden die unterschiedlichen Disproportionalitätseffekte konkreter Wahlsysteme beim einfachen Vergleich der polaren Alternativen Mehrheits- und Verhältniswahl. In der Gruppe der 105 relativen und absoluten Mehrheitswahlsysteme (für alle gilt $M_{eff} = 1$) beträgt die durchschnittliche Verzerrung $\overline{D}_{LSq_{maj}} = 0.103$, und in der Gruppe der 277 Verhältniswahlsysteme liegt dieser Wert um mehr als den Faktor 2.5 niedriger bei $\overline{D}_{LSq_{pr}} = 0.037$.[7] Diese einfache duale Gegenüberstellung zeigt, dass bereits die grundlegenden Alternativen Mehrheits- und Verhältniswahl einen erheblichen Teil der formal bestimmten Repräsentationsqualität erklären. In der Kontrollgruppe etablierter Demokratien erzeugen Mehrheitswahlsysteme deutlich höhere Verzerrungen im Verhältnis von Stimmen- und Mandatsanteilen. Anders gewendet: Bei "starken" Mehrheitswahlsystemen ist die formale Repräsentationsqualität, die "inklusive" Abbildung aller gewählten Parteien im Parlament, wesentlich geringer ausgebildet als bei den Verhältniswahlsystemen.

Eine weitere Folgerung ergibt sich einerseits aus der Inspektion von Abbildung 7.3 und zweitens aus dem Vergleich der Varianzen beider Mittelwerte. Bei Mehrheitswahlsystemen ($M_{eff} = 1$) streuen die Werte für den Disproportionalitätsindikator (D_{LSq}) weit über die Skala $\{0.006 \leq D_{LSq} \leq 0.223\}$, und zudem weist die Gruppe der Mehrheitswahlsysteme ($\sigma^2_{maj} = 0.10$) eine deutlich höhere Varianz um den Mittelwert auf als die der Verhältniswahlsysteme ($\sigma^2_{pr} = 0.04$). Damit ist der Distorsionseffekt der Mehrheitswahlsysteme teils sehr gering, etwa regelmäßig bei allen Wahlen zum U.S.-amerikanischen Repräsentantenhaus oder auch bei Parlamentswahlen in Australien, Kanada oder Neuseeland, und teils, wie theoretisch erwartet, sehr hoch, zum Beispiel bei allen indischen Wahlen, bei der absoluten Mehrheitswahl in Frankreich und bei den Wahlen zum britischen Unterhaus ab Mitte der Siebzigerjahre. Inhaltlich bestätigen diese Befunde, dass Mehrheitswahlsysteme nicht per se und kontextunabhängig eine hohe Disproportion von Stimmen und Mandaten erzeugen, sondern lediglich ein Potenzial dafür anlegen. Ob dieses Potenzial aber empirisch realisiert wird, hängt davon ab, ob die Wähler und Parteieliten die strategischen Anreize des Wahlsystems, die allen voran Duverger (1959) und Cox (1997) abgesteckt haben, erkannt und berücksichtigt haben.

Nimmt man die empirisch ermittelte Varianzaufklärung (adj. $R^2 = 0.42$) zum Maßstab für die Stärke des Zusammenhangs und die Bedeutung unterschiedlicher Wahlsysteme für die formale Repräsentationsqualität in etablierten Demokratien, erklärt das Wahlsystem in einfachen bivariaten Analysen Distorsionseffekte von Stimmen und Mandaten sehr viel besser als die Fragmentierung der vorparlamentarischen (adj. $R^2 = 0.22$) und der parlamentarischen Parteiensysteme in etablierten Demokratien (adj. $R^2 = 0.34$). Dieser Befund der Replikation korrespondiert eindeutig mit Lijpharts Schlussfolgerung, der die Disproportionalität als das Bindeglied von vorparlamentarischem und parlamentarischem Parteiensystem

7 Der Untersuchungszeitraum der Studie Lijpharts (1994a) beginnt 1945 und endet 1990. Innerhalb dieses Zeitraums waren, mit der Ausnahme der kombinierten Wahlsysteme in Deutschland, die als "mixed-member proportional systems" (vgl. Shugart und Wattenberg 2001c) faktisch wie Verhältniswahlsysteme funktionierten, und des kombinierten Wahlsystems in Frankreich, das Lijphart (1994a) meist von der Analyse ausschließt, kombinierte Wahlsysteme nicht verbreitet.

Abbildung 7.3: Distorsionseffekte in etablierten Demokratien



Anmerkungen: Sekundäranalyse der disaggregierten Daten von Lijphart (1994a). Links wurde für die bivariate Regression der Disproportionalität der Stimmen-Mandate-Relation (D_{LSq}) auf die *Effective Magnitude* (M_{eff}) die Beziehung $D_{LSq} = -0.05 \cdot \log_{10} M_{eff} + 0.10$ geschätzt; adj. $R^2 = 0.42$; $N = 384$; rechts gilt, wenn die abhängige Variable logarithmiert wird, die Beziehung $\log_{10} D_{LSq} = -0.38 \cdot \log_{10} M_{eff} - 1.06$; adj. $R^2 = 0.49$; $N = 384$.

analysiert und vor allem den profunden Einfluss der Wahlregeln auf das Verhältnis der Stimmen- und Mandatsanteile herausstellt (Lijphart 1994a: 139-141).

Der Disproportionseffekt von Stimmen- und Mandatsanteilen *direkt* korrespondiert eng mit dem mechanischen Effekt von Wahlsystemen. Ganz analog kann deshalb nur dasselbe *Set* an unabhängigen Variablen *direkt* auf D_{LSq} wirken: die Verrechnungsregeln des Wahlsystems, bestimmt als *Effective Magnitude* (M_{eff}), und die Fragmentierung im vorparlamentarischen Raum, gemessen als *Effective Number of Electoral Parties* (N_v). Alle übrigen Kontroll- und Kontextvariablen, zum Beispiel die gesellschaftliche Heterogenität (N_{eth}), direkte Präsidentenwahlen ($Pres$) oder Indikatoren, die die Institutionalisierung der Parteiensysteme messen, beeinflussen nur über die Stimmeninputs (N_v) vermittelt die Disproportionalität der Stimmen-Mandate-Relation.

Modell 2 untersucht zunächst den Einfluss von fragmentierten Elektoraten (N_v) auf die Verzerrung von Stimmen- und Mandatsanteilen (D_{LSq}) in einem bivariaten Modell. Obgleich der Regressionskoeffizient β_1 formal signifikant ist, kann bei einer Varianzaufklärung

von adj. $R^2 = 0.02$ keine inhaltlich aussagekräftige bivariate Wirkung von N_v auf D_{LSq} angenommen werden. Modell 3 erweitert deshalb die Perspektive auf das komplette Variablenset und nimmt neben der logarithmierten Wahlkreisgröße ($\log_{10} M_{eff}$) als weitere unabhängige Variable die Fragmentierung des Elektorats (N_v) auf:

$$D_{LSq} = \beta_1 \log_{10} M_{eff} + \beta_2 N_v + \alpha + \epsilon \tag{7.15}$$

Während bei permissiveren Wahlsystemen, also bei steigender effektiver Wahlkreisgröße, geringere Distorsionseffekte erwartet werden, wird in den Hypothesen ein positiver Zusammenhang des *Least Squares Index* (D_{LSq}) und der *Effective Number of Parties* (N_v) erwartet. Das gilt vor allem dann, wenn die Fragmentierung des Elektorats deutlich oberhalb der institutionell definierten "carrying capacity" des Wahlsystems liegt. Die in Tabelle 7.1 dargestellten empirischen Befunde zu Modell 3 bestätigen diese Annahmen. Der negative Effekt von $\log_{10} M_{eff}$ bleibt erhalten, und steigende vorparlamentarische Fragmentierung N_v erhöht die Disproportion von Stimmen- und Mandatsanteilen.

Die Modelle 4 und 5 führen keine weiteren substanziellen Hypothesen oder Variablen ein, sondern sie rezipieren ein ökonometrisches Problem der bislang diskutierten Schätzer. Abbildung 7.3 illustriert, dass bei hohen effektiven Wahlkreisgrößen die Vorhersagewerte des *Least Squares Index* (D_{LSq}) außerhalb seiner definierten Schwankungsbreite liegt ($0 \leq D_{LSq} \leq 1$) und atheoretische, negative Werte annimmt. Dieses ökonometrische Problem wird durch die Verwendung einer logarithmierten abhängigen Variable ($log_{10} D_{LSq}$) in den Modellen 4 und 5 korrigiert. Obgleich diese Umformung keine substanziell verschiedenen Aussagen ergibt, zeigt bereits die angestiegene Varianzaufklärung adj. R^2 die Vorzüge dieser Formulierung an. Die Spezifikationstests am Fuß von Tabelle 7.1 dokumentieren darüber hinaus, dass die Transformation der abhängigen Variablen hilft, das einzige Spezifikationsproblem der Modelle, das vergleichsweise hohe Niveau an Heteroskedastizität, zu beseitigen. Die Schätzer der Modelle 1 bis 5 sind zudem nicht durch den übergroßen Einfluss einzelner Beobachtungen oder die Multikollinearität der Prädiktoren belastet.

Damit kann einmal festgehalten werden, dass in der Kontrollgruppe der etablierten Demokratien die allgemeinen Hypothesen zum Effekt von Wahlsystemen auf die Disproportion der Stimmen-Mandate-Relation bestätigt werden. Unter den von Lijphart (1994a) analysierten abhängigen Variablen erweist sich D_{LSq} als diejenige Variable, die den stärksten bivariaten Zusammenhang mit der zentralen unabhängigen Variable, dem Wahlsystem aufweist. Diese Konjunktion wirkt robuster als die Korrelation der Schlüsselvariable M_{eff} mit der Fragmentierung des parlamentarischen (N_m) und, vor allem, des vorparlamentarischen Parteiensystems (N_v). Zweitens konnte auch das von Taagepera und Shugart (1989b: 173) formulierte "law of the conservation of disproportionality" empirisch bestätigt werden. Permissive Wahlsysteme ($M_{eff} \gg 1$), die eine hohe institutionelle "carrying capacity" für Listen und Kandidaten aufweisen, stellen auch empirisch eine sehr exakte Entsprechung der Stimmen- und Mandatsanteile politischer Parteien her. Mit dieser Eigenschaft setzen sie jedoch *vice versa* keine Barriere gegen die Proliferation von Kleinparteien. Wenn "schwache" Wahlsysteme auf diese Weise eine steigende Fragmentierung auf der Kandidaturebene anregen oder mindestens zulassen, erhöht wiederum diese Parteien- und/ oder Kandidatenproliferation die Disproportionalitätseffekte von Wahlsystemen.

Disproportionalitätseffekte in Osteuropa

Im theoretischen Teil der Studie ist argumentiert worden, dass, bei identischen Wahlsystemen und im Übrigen identischen soziologischen Kontextvariablen, die Adaption von Wählern und Parteieliten an die Regeln des Wahlsystems *der* zentrale Einflussfaktor für die Distorsion der Stimmen-Mandate-Relation ist. Wenn die strategischen Anreize des Wahlsystems nicht beachtet werden und eine Reduzierung der Anzahl von Listen und/ oder Kandidaten auf die "carrying capacity" des Wahlsystems ausbleibt ($N > M+1$), erreichen Wählerstimmen keinen Erfolgswert und führen zum Missverhältnis von Stimmen- und Mandatsanteilen. Die kontextsensitiven Hypothesen dieser Arbeit haben ferner herausgearbeitet, dass diese Adaptionsfähigkeit von Wählern und Parteieliten wesentlich durch die Strukturierung des politischen Wettbewerbs und die Institutionalisierung der politischen Parteiensysteme mitbestimmt sein sollte. Deshalb sollte die Disproportionalität von Stimmen- und Mandatsanteilen in der Vergleichsgruppe der postkommunistischen Staaten wesentlich über dem Wert der Kontrollgruppe etablierter Demokratien liegen.

Mindestens aus einer konsensdemokratischen Perspektive mindern signifikante Distorsionen im Verhältnis der Stimmen- und Mandatsanteile, praktisch meist die Überrepräsentation großer und die Unterrepräsentation kleiner Parteien, die Repräsentationsqualität und verletzen das Kriterium der "Fairness" eines Wahlsystems. Akzeptiert man diesen Maßstab, so bestätigt bereits eine einfache bivariate Gegenüberstellung der Disproportionalität in Vergleichs- und Kontrollgruppe die kontextsensitiven Hypothesen. Die durchschnittliche Disproportionalität, gemessen mit dem *Least Squares Index* (D_{LSq}), liegt in der Kontrollgruppe etablierter Demokratien bei $\overline{D}_{LSq} = 0.047$; in der Vergleichsgruppe der elf osteuropäischen Staaten erreicht die Disproportionalität mit $\overline{D}_{LSq} = 0.070$ jedoch nahezu das doppelte Niveau. Damit ist *grosso modo* die formal gemessene Repräsentationsqualität im postkommunistischen Osteuropa deutlich geringer als in der Kontrollgruppe der langfristig etablierten Demokratien.

Tabelle 7.2 enthält die empirischen Schätzungen zum Effekt von Wahlsystemen (M_{eff}) auf die Disproportionalität von Stimmen- und Mandatsanteilen (D_{LSq}) in der Vergleichsgruppe postkommunistischer Staaten. Modell 1 bezieht sich erneut auf ein reines Institutionenmodell ohne weitere Kontrollvariablen aus den Bereichen vorparlamentarische Fragmentierung (N_v) oder Institutionalisierung der Parteiensysteme. Der unstandardisierte Regressionskoeffizient β_1 beträgt -0.05, die Konstante α ist 0.14. Damit entspricht der Effektparameter für den Einfluss des Wahlsystems auf die Disproportionalität beinah exakt der Schätzung für die Kontrollgruppe, und die Höhe der Regressionskonstante zeigt das allgemein höhere durchschnittliche Disproportionalitätsniveau in den osteuropäischen Vergleichsstaaten an. Gemessen an der Varianzaufklärung ist der Zusammenhang von Wahlsystem und Disproportionalität in den postkommunistischen Staaten (adj. $R^2 = 0.13$) jedoch wesentlich schwächer als in der Kontrollgruppe etablierter Demokratien (adj. $R^2 = 0.42$).

Auch in der Vergleichsgruppe der postkommunistischen Staaten erzielen "stärkere" Wahlsysteme, also Wahlsysteme mit einer geringen *Effective Magnitude* (M_{eff}), eine geringere formale Repräsentationsqualität. Bei den Mehrheitswahlsystemen und -segmenten ($M_{eff} = 1$) liegt die Disproportionalität D_{LSq} bei 0.138, bei den Verhältniswahlsystemen und -segmenten beträgt dieser Wert nur 0.079. Dabei weist erneut, wie bereits bei der Analyse etablierter Demokratien, die Gruppe der Mehrheitswahlsysteme ($\sigma^2 = 0.11$) eine wesentlich

Tabelle 7.2: Analysen zur Disproportionalität in den postkommunistischen Vergleichsstaaten (abhängige Variable: D_{LSq}; $\log_{10} D_{LSq}$)

	D_{LSq}					$\log_{10} D_{LSq}$
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
$\log_{10} M_{eff}$	-0.05^{*}		-0.07^{*}	-0.07^{*}	0.08^{*}	0.29^{*}
	(0.03)		(0.03)	(0.03)	(0.03)	(0.14)
N_v		0.00	-0.01^{*}	-0.01^{*}	-0.01^{*}	0.02
		(0.00)	(0.00)	(0.00)	(0.00)	(0.02)
$Legacy$				0.00	0.06^{**}	0.21^{**}
				(0.00)	(0.01)	(0.05)
$Legacy \cdot \log_{10} M_{eff}$					-0.05^{**}	-0.17^{**}
					(0.01)	(0.04)
Konstante	0.14^{**}	0.10^{**}	0.21^{**}	0.20^{**}	-0.06	-1.68^{**}
	(0.29)	(0.02)	(0.05)	(0.05)	(0.06)	(0.32)
adj. R^2	0.13	0.00	0.23	0.21	0.54	0.41
N	48	48	48	48	48	48
χ^2	25.8^{**}	0.46	12.65^{**}	12.14^{**}	33.87^{**}	0.51
max(D)	0.69	0.23	0.69	0.51	0.61	0.33
$\overline{\text{VIF}}$	1	1	1.39	1.53	7.99	7.99
max(VIF)	1	1	1.39	1.82	11.22	11.22

Anmerkungen: In Klammern sind korrigierte, robuste Standardfehler nach der Huber/ White/ sandwich-Methode angegeben (vgl. White 1980; Wooldridge 2000: 248-255); χ^2 = Breusch-Pagan-Test auf Heteroskedastizität; max(D) = maximaler Wert von "Cook's Distance"; $\overline{\text{VIF}}$ = arithmetisches Mittel des *Variance Inflation Factor*; max(VIF) = maximaler Wert des *Variance Inflation Factor*; * p<0.05; ** p<0.01.

höhere Varianz um den Mittelwert auf als die der Verhältniswahlsysteme ($\sigma^2 = 0.04$). Dieser stabile statistische Befund belegt ein weiteres Mal, dass Mehrheitswahlsysteme wesentlich voraussetzungsvoller funktionieren als Verhältniswahlsysteme. Sie sind, konträr zum Proporz, auf strukturierte parteiensystemische Randbedingungen verwiesen, wenn mindestens eine grobe Entsprechung von Stimmen- und Mandatsanteilen hergestellt werden soll. Wenn diese funktionalen Kontextfaktoren in den "neuen" Demokratien regelmäßig verfehlt werden, legt dies jedoch das Potenzial an für eine geradezu erratische Disproportionalität bei Mehrheitswahlsystemen im postkommunistischen Osteuropa.

Die höchsten Disproportionseffekte produzieren die Mehrheitswahlsegmente des ungarischen und des litauischen Wahlsystems, während die übrigen Mehrheitswahlsegmente der kombinierten Wahlsysteme Russlands und der Ukraine vordergründig ein höheres Maß an formaler Repräsentationsqualität zuließen.[8] Bei den Verhältniswahlsystemen zeigen vor

8 Diese empirische Beobachtung verweist weniger auf die genaue Entsprechung von Stimmen- und Mandatsanteilen als auf Defizite des summarischen Disproportionalitätsmaßes D_{LSq}. Vor allem in den russischen und ukrainischen Mehrheitswahlsegmenten entsprechen zwar die Stimmen- und Mandatsanteile der größeren Parteien einander noch relativ gut; weil D_{LSq} aber auf den *quadrierten* Differenzen von Stimmen- und

allem diejenigen Wahlen hohe Verzerrungen von Stimmen- und Mandatsanteilen, bei denen durch ausbleibende psychologische Effekte des Wahlsystems hohe Stimmenanteile an der Sperrklausel gescheitert sind. Besonders die Wahl zum polnischen *Sejm* von 1991 und das Verhältniswahlsegment bei der russischen Dumawahl 1995 sind disproportionale "Ausreißer", bei denen jeweils 35.1% (`POL1991`) und 48.1% (`RUS1995-Vw`) der Wählerstimmen ohne Erfolgswert blieben. In geringerem Maße trifft dieser Befund auch für die Wahl zum bulgarischen *Narodno Săbranie* (1991) und für das Mehrheitswahlsegment im kombinierten Wahlsystems Litauens (1996) zu; hier blieben durch den mechanischen Effekt des Quorums 25.0% (`BGR1991`) und 32.6% (`LTU1992-Vw`) der Wählerstimmen parlamentarisch unrepräsentiert.

Modell 2 verwirft einen einfachen, bivariaten Zusammenhang der formalen Repräsentationsqualität mit dem vorparlamentarischen Fragmentierungsniveau. Das folgende Modell 3 bestimmt in einer multivariaten Regressionsanalyse den additiven Effekt von Charakteristika des Wahlsystems (M_{eff}) und Fragmentierung der Kandidaturebene (N_v) auf die Disproportionalität (D_{LSq}). Die empirischen Befunde verweisen auf zwei markante Unterschiede von Vergleichs- und Kontrollgruppe. Einmal kann bei statistischer "Kontrolle" der vorparlamentarischen Fragmentierung ein wesentlich "schrofferer" Disproportionalitätseffekt des Wahlsystems herausgearbeitet werden. Der Effektparameter der effektiven Wahlkreisgröße erreicht einen nahezu doppelt so hohen Wert wie bei der Analyse der etablierten Demokratien ($\beta_1 = -0.071$). Wenn also die übrigen Kontextfaktoren konstant gehalten werden, erzeugt ein formal identisches Wahlsystem im postkommunistischen Osteuropa eine wesentlich höhere Verzerrung der Stimmen-Mandate-Relation und damit erhebliche Defizite bei der formal definierten Repräsentationsqualität. Der zweite Befund betrifft die Richtung des Effekts von N_v auf D_{LSq}. Bei den elf osteuropäischen Staaten sinkt die Disproportionalität (D_{LSq}), auch wenn die institutionellen Merkmale des Wahlsystems "kontrolliert" werden, mit zunehmender Anzahl der Listen oder Kandidaten. Dieser Effekt widerspricht nicht nur der Empirie der etablierten Demokratien, sondern auch den theoretisch aus dem "law of the conservation of disproportionality" (Taagepera und Shugart 1989b: 173) hergeleiteten Hypothesen.

Wenn sich die theoretisch postulierten und in etablierten Demokratien robust bestätigten Effekte von Wahlsystemen auf die formale Repräsentationsqualität für die osteuropäischen Vergleichsstaaten nicht replizieren lassen, so muss die Erklärung bei bislang unberücksichtigt gebliebenen Kontextvariablen gesucht werden, die die Vergleichs- und Kontrollgruppe voneinander differenzieren (Przeworski und Teune 1970: 36). Deshalb erweitert Modell 4 die Perspektive über den Kernzusammenhang von D_{LSq}, M_{eff} und N_v hinaus auf die politische Wettbewerbsstruktur in den elf postkommunistischen Vergleichsstaaten (*Legacy*):

$$D_{LSq} = \beta_1 \log_{10} M_{eff} + \beta_2 N_v + \beta_3 Legacy + \alpha + \epsilon \tag{7.16}$$

Die in Tabelle 7.2 notierten empirischen Schätzer illustrieren jedoch, dass die einfache Hinzunahme der additiven Kontextvariablen *Legacy*, die die unterschiedlichen Institutionalisierungsgrade der Parteiensysteme in den elf postkommunistischen Vergleichsstaaten abbil-

Mandatsanteilen aufbaut, verzeichnet dieser Indikator Distorsionseffekte bei Kleinparteien und bei unabhängigen Kandidaten, die das russische wie das ukrainische Parteiensystem dominieren, nur unzureichend.

det, keine Verbesserung der Erklärungsleistung gegenüber dem vorherigen Modell einträgt. Modell 5 basiert auf einem identischen *Set* an unabhängigen Variablen, nimmt jedoch bei der Spezifikation den interaktiven Effekt von Wahlsystem und Strukturierungsgrad des politischen Wettbewerbs ($Legacy \cdot \log_{10} M_{eff}$) hinzu. Falls dieser Interaktionsterm signifikant in die Schätzung eingeht, so ist gezeigt, dass nicht (nur) ein jeweils additiver Effekt der effektiven Wahlkreisgröße und der Institutionalisierung der Parteiensysteme die Disproportionalität beeinflusst, sondern beide Variablen gemeinsam einen interaktiven Effekt auf D_{LSq} bewirken:

$$D_{LSq} = \beta_1 \log_{10} M_{eff} + \beta_2 N_v + \beta_3 Legacy + \beta_4 Legacy \cdot \log_{10} M_{eff} + \alpha + \epsilon \tag{7.17}$$

Die empirischen Resultate belegen eindeutig die Erklärungskraft dieser interaktiven Spezifikation und die profunden Effekte, die von unterschiedlichen Kontextbedingungen auf die Disproportionseffekte formal identischer Wahlsysteme ausgehen. Die Regressionskoeffizienten für den Effekt des Wahlsystems (M_{eff}), des Strukturierungsindikators (*Legacy*) und der *Effective Number of Electoral Parties* (N_v) sind jeweils signifikant und positiv; der Regressionskoeffizient für den Interaktionsterm aus Wahlsystem und Strukturierungsindikator ($Legacy \cdot \log_{10} M_{eff}$) wirkt negativ auf die Disproportionalität der Stimmen-Mandate-Relation. Das abschließende Modell 6 bezieht sich auf einen identischen Kausalzusammenhang, sieht jedoch, wie bereits bei der Kontrollgruppe etablierter Demokratien, die logarithmische Transformation der abhängigen Variable, des *Least Squares Index* (D_{LSq}) vor. Die empirischen Schätzer bestätigen weiterhin den interaktiven Zusammenhang von *Leninist Legacies* und der institutionellen Sphäre. Eine kurze Betrachtung der Spezifikationstests am Fuß der Tabelle zeigt, dass die Transformation der abhängigen Variablen zudem das Heteroskedastizitätsproblem der Schätzung; keines der Modelle ist dagegen vom Einfluss signifikanter statistischer "Ausreißer" betroffen, und allein die interaktiven Modelle sind durch teils problematische Niveaus an Multikollinearität belastet.

Die Interaktion von institutionellen Erklärungsfaktoren mit der Kontextvariablen *Legacy* kann die genannten Interpretationsprobleme sinnvoll auflösen. Für sich genommen bewirken entweder permissive, "schwache" Wahlsysteme *oder* "günstige" Kontextfaktoren für die Herausbildung eines programmatisch strukturierten politischen Wettbewerbs eine Erhöhung der Disproportionalität. *Vice versa* sinkt der Disproportionseffekt, wenn *gleichzeitig* günstige *Legacy*-Faktoren für die Institutionalisierung von Parteiensystemen *und* permissive Wahlsysteme vorliegen. Mit diesen "variablenorienierten" Resultaten wird bereits eine gewisse Matrize vorgezeichnet, die auch bei den späteren "fallorientierten" Analysen hervortreten sollte: Die Tendenz zu einer geringen formalen Repräsentationsqualität, also zu hohen Verzerrungen der Stimmen-Mandate-Relation, wird bei zwei unterschiedlichen Konfigurationen der erklärenden Variablen gezeigt, wenn

- Verhältniswahlsysteme ($M_{eff} > 1$) *und* eine geringe Institutionalisierung der Parteiensysteme ($Legacy \rightarrow 0$) gemeinsam auftreten *oder*
- Mehrheitswahlsysteme ($M_{eff} = 1$) *und* ein hoher Institutionalisierungsgrad der Parteiensysteme ($Legacy \rightarrow 8$) vorliegen.

Eine Tendenz hin zu hoher formaler Repräsentationsqualität, der weitgehenden Entsprechung der Stimmen- und Mandatsanteile der politischen Akteure, tritt dagegen auf, wenn

- Verhältniswahlsysteme ($M_{eff} > 1$) und ein hoher Institutionalisierungsgrad des politischen Wettbewerbs ($Legacy \rightarrow 8$) vorliegen.

Diese Befunde zur Disproportionalität von Stimmen- und Mandatsanteilen korrespondieren sowohl mit den Resultaten zur Wirkung verschiedener Wahlsystemtypen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen im postkommunistischen Osteuropa als auch mit den theoretischen Annahmen des "neuen" Institutionalismus: Die Kontextfaktoren wirken als eine Moderatorvariable für die Effekte politischer Institutionen. Wahlsysteme erzeugen damit nicht *an sich* und kontextunabhängig bestimmte Wirkungen, sondern ihre politischen Konsequenzen werden durch ihre kontextuelle Einbettung stark mitbestimmt.

Inklusivität und Repräsentation in den postkommunistischen Vergleichsstaaten

Ein Problem, das die bisher vorgestellten Analysen teilen, betrifft die fortgeschriebene Fokussierung auf Parteien, hier verstanden als diejenigen *korporativen* politischen Akteure, die Listen und/ oder Kandidaten bei Wahlen präsentieren. Die abschließenden, im Folgenden vorgestellten Analysen zur formalen Repräsentationsqualität rezipieren deshalb den Vorschlag, den analytischen Fokus von der "fairness to parties" auf die "fairness to voters" zu verschieben (Birch 2003: 47-50).

Im Kern geht es dabei um die Frage, ob eine abgegebene, gültige Wählerstimme tatsächlich im Parlament reflektiert wird. Dabei kann zwischen *kollektiver* und *individueller* Repräsentation geschieden werden. Ein Wähler ist kollektiv repräsentiert, falls diejenige politische Kraft, für die er votiert hat, tatsächlich im Parlament vertreten ist; keine kollektive Repräsentation erreichen dagegen all diejenigen Wähler, die für Listen und/ oder Kandidaten gestimmt haben, denen der Einzug ins Parlament verwehrt bleibt, sodass die kollektive Repräsentation letztlich das Gegenstück zum Anteil der "wasted votes" ist. Ein Wähler ist dagegen individuell repräsentiert, falls seine Stimme tatsächlich zur Wahl eines Kandidaten/ einer Liste beiträgt; so erreichen etwa all diejenigen Wähler, die in einem Wahlkreis für letztlich erfolglose Listen und Kandidaten votiert haben, keine individuelle Repräsentation. Diese Unterscheidung verweist bereits auf die Operationalisierung beider Maße. Kollektive Repräsentation wird auf der nationalen Ebene, individuelle auf der Wahlkreisebene bestimmt (vgl. Birch 2003).

Tabelle 7.3 dokumentiert die kollektive und individuelle Repräsentation in den elf postkommunistischen Vergleichsstaaten. Beide Dimensionen sind verkoppelt; sie sind empirisch miteinander verschränkt und korrelieren statistisch signifikant (*Pearson's* $r = 0.58^{**}$). Die kollektive Repräsentation bildet das Komplement der "wasted votes". Deshalb hat der Indikator einmal eine funktionale Bedeutung, denn er gibt einen Maßstab für die Verbreitung von strategischem Wahlverhalten an. Darüber hinaus interessiert die Anzahl der Wählerstimmen ohne Erfolgswert auch *an sich* als ein Maß für die Güte politischer Repräsentation. Die Tschechische Republik, als einziger eindeutiger Nachfolger eines bürokratisch-autoritären kommunistischen Regimes, weist die durchschnittlich geringsten Anteile erfolgloser Wählerstimmen auf. Bei denjenigen Staaten, die bei *Legacies* des national-akkommodativen

Tabelle 7.3: "Wasted votes" in den postkommunistischen Vergleichsstaaten

	1	2	3	4	5
Bulgarien	k.A.	**24.96**	**15.60**	**7.67**	**14.48**
1990, 1991, 1994, 1997, 2001	(k.A.)	(24.96)	(15.60)	(7.67)	(14.48)
Estland	**19.62**	**12.69**	**8.39**		
1992, 1995, 1999	(29.10)	(22.05)	(15.68)		
Lettland	k.A.	**11.39**	**15.99**		
1995, 1998, 2002	(k.A.)	(11.68)	(15.99)		
Litauen-Vw	**16.19**	**32.63**	**23.41**		
1992, 1996, 2000	(16.19)	(32.63)	(23.41)		
Litauen-Ewk	**22.36**	**12.30**	**10.40**		
1992, 1996, 2000	(57.78)	(71.35)	(70.35)		
Polen	**7.54**	**35.14**	**12.80**	**9.37**	
1991, 1993, 1997, 2001	(21.71)	(45.21)	(25.15)	(12.91)	
Rumänien	**5.54**	**19.97**	**19.92**	**23.19**	
1990, 1992, 1996, 2000	(14.05)	(26.08)	(24.03)	(26.13)	
Russland-Vw	**9.10**	**48.09**	**15.86**		
1993, 1995, 1999	(9.10)	(48.09)	(15.86)		
Russland-Ewk	**38.08**	**47.37**	**35.50**		
1993, 1995, 1999	(64.62)	(67.48)	(61.82)		
Slowakei	**13.02**	**5.79**	**18.21**		
1994, 1998, 2002	(k.A.)	(5.79)	(18.21)		
Tschechien	**11.16**	**11.32**	**12.53**		
1996, 1998, 2002	(12.51)	(11.32)	(12.75)		
Ukraine-Vw		**30.52**	**19.21**		
1998, 2002		(30.52)	(19.21)		
Ukraine-Ewk	**55.61**	**32.81**	**10.91**		
1994, 1998, 2002	(73.55)	(65.83)	(61.46)		
Ungarn-Vw	**15.84**	**12.66**	**10.15**	**11.30**	
1990, 1994, 1998, 2002	(26.11)	(23.15)	(17.46)	(14.32)	
Ungarn-Ewk	**17.36**	**20.26**	**17.41**	**19.58**	
1990, 1994, 1998, 2002	(72.03)	(68.69)	(69.47)	(55.58)	

Anmerkungen: Die **fetten** Angaben beziehen sich auf die "kollektive Repräsentation", den Anteil unverwerteter Wählerstimmen ("wasted votes") auf der nationalen Ebene; die Angaben in Klammern beziehen sich auf die "individuelle" Repräsentation, das arithmetische Mittel der "wasted votes" auf der Wahlkreisebene.

Kommunismus anschließen, ergibt sich ein geteiltes Bild. In Ungarn bleibt das Niveau unverwerteter Stimmen in beiden Segmenten des kombinierten Wahlsystems auf einem vergleichsweise moderaten Niveau, und in Polen sinkt der Anteil der erfolglosen Stimmen, nach einem exzessiven Niveau von 35.1% (POL1993), kontinuierlich ab. Im Gefolge des patrimonialen Kommunismus schließlich funktionieren Wahlsysteme am wenigsten "inklusiv". Mit der Ausnahme des komplexen estnischen Wahlsystems und den partiellen Ausnahmen Bulgariens und Lettlands weisen diese Vergleichsstaaten die höchsten Niveaus an unverwerte-

ten Wählerstimmen auf; neben Rumänien betrifft das vor allem die übrigen Nachfolgestaaten der UdSSR, Litauen, Russland und die Ukraine.

Während die Resultate zum generellen Niveau an unverwerteten Wählerstimmen mit den kontextsensitiven Untersuchungshypothesen dieser Arbeit korrespondieren, ergeben sich bei einer Analyse der zeitlichen Dynamik einige Befunde, die den theoretischen Annahmen zum strategischen Wahlverhalten und besonders zum institutionellen Lernen widersprechen. Bei den unterschiedlichen Wahlsystemen kann kein empirisches Muster gezeigt werden, das einen systematischen und kontinuierlichen Rückgang des Anteils erfolgloser Wählerstimmen, und damit eine Verbesserung der formalen Repräsentationsqualität, mit zunehmender Systemzeit t zeigt. Gemessen an der "Inklusivität" der untersuchten Wahlsysteme wirken damit im Verlauf des Systemwechsels bestenfalls in einigen der Vergleichsstaaten und auf einem eher geringen Niveau "Lerneffekte".[9] Jedoch sind gerade diese dynamischen Effekte nur schwer zu analysieren und von einem ganzen Spektrum an unterschiedlichen Kontextfaktoren mitbeeinflusst. Sowohl die Reform eines Wahlsystems als auch (fundamentale) Umbrüche in den Parteiensystemen mindern die Informationsressourcen und Erwartungssicherheit für Wähler und Parteieliten und schlagen sich meist in einem deutlichen Anstieg des Anteils an "wasted votes" nieder. Das gilt etwa für die erstmalige Einrichtung von formalen Sperrklauseln (POL1993, ROU1992), aber auch für die Auffächerung der Parteiensysteme nach dem Zerfall der *Umbrella*-Organisationen und den anschließenden Umbrüchen der Parteiensysteme in den Neunzigerjahren (BGR1991, BGR2001, LVA2002, LTU1996-Vw, LTU2000-Vw, ROU2000).

Die kollektive Repräsentation korreliert noch höher mit dem Wahlsystem als die individuelle Repräsentation (*Pearson's* $r = -0.34^{*}$ bzw. $r = -0.88^{**}$). So bleiben in Mehrheitswahlsystemen, wenn in jedem Wahlkreis ein unteilbares Mandat vergeben wird, notwendig viele Wähler individuell unrepräsentiert, und idealtypisch wird dieser Effekt, mindestens bei national homogenen Parteiensystemen, durch eine gegensätzliche Missrepräsentation in anderen Wahlkreisen ausgeglichen, sodass bei diesem Systemtyp durchaus geringe Niveaus an individueller mit hohen an kollektiver Repräsentation verbunden sein können. Im ungarischen Mehrheitswahlsegment steigt die individuell bestimmte Inklusivität mit zunehmender Systemzeit t deutlich an und signalisiert die Wirksamkeit von strategischer Koordination von Wählern und Gewählten. In Russland und der Ukraine dagegen stagniert der Anteil individuell unrepräsentierter Wähler, und in Litauen steigt er, als Kennzeichen zunehmend unkoordinierter politischer Wettbewerbskonstellationen, sogar deutlich an. Bei den Verhältniswahlsystemen dagegen sind Differenzen zwischen kollektiver und individueller Repräsentation gleichzeitig weniger ausgeprägt und weniger aussagekräftig.

An welchen dieser beider Indikatoren sich ein Urteil über die formale Repräsentationsqualität orientiert, wird nicht zuletzt durch die normative Präferenz für individualistische oder kollektivistische Repräsentationsmodelle bestimmt.

9 Nachzutragen bleibt noch, dass auch komplexere statistische Verfahren, etwa *Time-Series-Cross-Section*-Analysen, bei der statistischen Kontrolle des Wahlsystems (M_{eff}), der *Legacy*-Effekte oder der *Effective Number of Electoral Parties* (N_v) keine additiven oder interaktiven Einflüsse der Systemzeit t auf die "Inklusivität" des Wahlsystems aufzuzeigen vermochten.

7.3 Die materielle Repräsentationsqualität

Die Analyse der formalen Repräsentationsqualität zeigt, dass, gemäß den Erwartungen ihrer konsensdemokratisch orientierten Kritiker, Mehrheitsregeln eine deutlich geringere Korrespondenz von Stimmen- und Mandatsanteilen erzeugen als Proporzregeln. Die folgenden Abschnitte versuchen nun zu klären, ob und in welchem Maße die Distorsion der Stimmen-Mandate-Relation auch mit einer materiellen Missrepräsentation der Wählerpräferenzen im Parlament und in der parlamentarisch legitimierten Regierung verbunden ist.

Konsensdemokratische Positionen unterstellen, dass beide Phänomene, formale und materielle Repräsentationsqualität, organisch verbunden sind. Besonders wenn die Funktionsbedingungen für eine effektive Konzentration des Parteiensystems und die Orientierung der Parteien am "median voter theorem" fehlschlagen, wird formale Disproportionalität auch in eine verminderte materielle Repräsentationsqualität umschlagen. Aus mehrheitsdemokratischer Optik ist dagegen eine gewisse Verzerrung der Anteile von Stimmen und Mandaten sogar wünschenswert, wenn sie eine funktionale Reduzierung der vorparlamentarischen Parteiensystemfragmentierung im parlamentarischen Raum signalisiert. Im zweiten Schritt wird argumentiert, dass die Verzerrung der Stimmen- und Mandatsanteile nicht notwendig eine geringe programmatische Korrespondenz von Wählern und Gewählten bedeutet, sondern dass auch bei hohen Disproportionseffekten die programmatischen Positionen der Wählermehrheit adäquat im Parlament abgebildet werden können (vgl. das "median voter theorem" von Black 1958; Downs 1957).

Bei der Analyse der materiellen Repräsentationsqualität ist die empirische Basis schmaler als bislang. Die Bestimmung der politischen Positionen einzelner Parteien ist auf *Survey*-Daten angewiesen, die etwa zum Zeitpunkt der jeweiligen Parlamentswahl, das Kriterium ist ein Zeitraum von plus/ minus einem Jahr, erhoben wurden und gleichzeitig die Selbsteinstufung im Links-Rechts-Spektrum und die Parteipräferenz bzw. Wahlentscheidung abfragen. Von den 36 nationalen Parlamentswahlen, die in den Aggregatdatensätzen enthalten sind, konnten deshalb nur diejenigen 29 analysiert werden, zu denen empirisches Material beschafft werden konnte; keine adäquaten empirischen Daten liegen vor zu den beiden bulgarischen Parlamentswahlen von 1994 und 1997 (BGR1994, BGR1997), den Wahlen zum lettischen *Saeimas* von 2002 (LVA2002), den russischen "Gründungswahlen" von 1993 (RUS1993), den slowakischen und den ukrainischen Parlamentswahlen der Jahre 1994 und 2002 (SVK1994, SVK2002 und UKR1994, UKR2002).

Tabelle 7.4 beschreibt zunächst die Verteilung der Links-Rechts-Selbsteinstufungen in den elf postkommunistischen Vergleichsstaaten bei 29 einzelnen Parlamentswahlen. Bereits eine oberflächliche Inspektion des Datenmaterials zeigt weitgehende Ähnlichkeiten mit den etablierten Demokratien und innerhalb der postkommunistischen Vergleichsgruppe. Das arithmetische Mittel der Selbsteinschätzungen liegt bei jeder einzelnen Wahl nahe beim Skalenmittel {5.5}. Die durchschnittliche Links-Rechts-Position der Wähler schwankt von 4.93 bis 6.49, und die einzelnen Standardabweichungen $\{1.73 \leq \sigma \leq 2.96\}$ sind recht vergleichbar. Ein Blick auf die Häufigkeiten illustriert darüber hinaus, dass die Verteilungen, wie regelmäßig in etablierten Demokratien, eindeutig unimodal verlaufen. In allen elf postkommunistischen Vergleichsstaaten, bei allen analysierten Wahlen und bei allen erhobenen *Surveys* haben damit, gemessen an der Links-Rechts-Skala, zentristische Positionen die größte politische Unterstützung.

Tabelle 7.4: Politische Positionen der Elektorate in den postkommunistischen Vergleichsstaaten, Links-Rechts-Skala

	Position auf der Links-Rechts-Skala											Σ		
	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	*N*	∅	*σ*
BGR1991		41	47	79	63	203	78	68	80	33	50	742	5.42	2.37
BGR1997		54	44	57	50	231	130	99	109	44	79	897	5.80	2.40
BGR2001 (1)	12	70	50	56	53	453	235	150	111	77	87	1354	6.14	2.00
CZE1996 (1)	36	28	66	88	92	293	110	130	170	86	92	1191	6.20	2.26
CZE1998		96	61	104	123	400	292	181	259	105	141	1762	5.94	2.34
CZE2002 (1)	33	33	66	117	127	350	107	122	131	66	71	1223	5.87	2.14
EST1992		7	11	44	35	220	121	108	82	22	16	666	5.85	1.73
EST1995		22	19	53	53	311	136	77	66	19	13	769	5.42	1.74
EST1999		7	9	29	33	253	141	81	87	17	33	690	5.94	1.73
HUN1990		29	16	79	86	424	105	60	57	16	23	895	5.19	1.73
HUN1994 (2)		118	190	308	802	181	102	49				1750	5.06	1.97
HUN1998 (1)	53	41	74	132	116	401	120	91	90	26	41	1185	5.39	2.03
HUN2002 (1)	129	45	78	115	84	239	96	86	82	49	87	1090	5.31	2.63
LTU1992		12	30	67	96	214	98	85	87	60	40	789	5.76	2.12
LTU1996		31	18	56	45	259	104	49	80	42	63	747	5.79	2.24
LTU2000		34	27	62	52	241	107	33	64	30	47	697	5.47	2.21
LVA1998		10	15	36	28	305	72	75	68	23	46	678	5.83	1.92
POL1991		19	19	58	63	256	258	85	119	41	65	983	5.98	1.96
POL1993		34	32	78	118	408	371	134	140	60	63	1438	5.77	1.89
POL1997 (1)	97	54	94	132	111	565	102	160	174	83	220	1792	6.01	2.46
POL2001 (1)	122	98	113	142	113	412	57	95	96	45	91	1384	5.13	2.46
ROU1990		26	36	73	64	262	126	49	61	27	46	770	5.42	2.11
ROU1992		61	29	48	94	152	118	73	62	35	51	723	5.45	2.41
ROU1996 (1)	40	9	17	28	34	239	68	75	84	25	125	744	6.49	2.38
ROU2000		35	19	31	30	196	118	60	62	27	57	635	5.83	2.25
RUS1995		85	29	82	91	542	120	53	39	19	38	1098	4.93	1.90
RUS1999 (1)	119	50	66	75	48	415	67	115	98	53	114	1220	5.63	2.55
SVK1998		42	58	127	141	384	129	95	69	31	47	1123	5.13	2.03
UKR1998 (1)	135	34	39	36	23	225	37	28	27	18	103	705	5.17	2.96

Anmerkungen: Selbsteinstufung der politischen Positionen auf der Links-Rechts-Skala; {0} = "Links"; {10} = "Rechts"; 1 = erhoben auf einer Elf-Punkte-Skala $\{0,\ldots,10\}$; 2 = erhoben auf einer Sieben-Punkte-Skala $\{1,\ldots,7\}$; die übrigen Fälle sind auf der Basis einer Zehn-Punkte-Skala erhoben $\{1,\ldots,10\}$. Die angegebenen arithmetischen Mittel und Standardabweichungen sind für den standardisierten Datensatz berechnet, bei dem die beiden abweichenden Fassungen auf die Standardskala $\{1,\ldots,10\}$ umgerechnet wurden.

Vor diesem Hintergrund kann zunächst, im Einklang mit anderen Forschungsresultaten (vgl. Kitschelt et al. 1999; Markowski 1997; Tworzecki 2003), festgehalten werden, dass die Wähler im postkommunistischen Osteuropa mit der Links-Rechts-Semantik umzugehen wissen. Zweitens korrespondieren die gezeigten Verteilungen und Befunde mit den Funktionsbedingungen, die im "median voter theorem" (Downs 1957) unterstellt sind. In jedem der elf Vergleichsstaaten nehmen die einzelnen Wähler programmatische Positionen beinah auf der gesamten Bandbreite der Links-Rechts-Skala ein.[10] Die Verteilung dieser programmatischen Positionen verläuft zudem unimodal und mit gewissen Abstrichen symmetrisch zum Skalenmittel. Problematischer ist die inhaltliche Positionierung der unterschiedlichen Parteien, die diese Konvergenz hin zu zentristischen Positionen oft nicht nachvollziehen. Das betrifft nicht nur das beinah in allen postkommunistischen Staaten diagnostizierte Modell der "polarizing trusteeship", bei dem Parteien, gemessen an ihren Wählern, "extreme" programmatische Positionen beziehen. Vielmehr kann auch gezeigt werden, dass bei vielen Wahlen gerade nicht diejenigen Parteien, die sich an zentristischen Politikinhalten orientieren, die Parteiensysteme dominieren und die Regierungsbildung maßgeblich bestimmen, sondern die Vertreter "extremer" Positionen an den beiden Polen der Links-Rechts-Skala.

Eine Analyse der Korrespondenz von Elektoraten und Parlamenten, der materiellen Repräsentationsqualität, ruht jedoch nicht auf der isolierten Inspektion dieser Verteilungen und ihrer arithmetischen Mittel oder einer inhaltlichen Interpretation der "absoluten" Maße, sondern auf den Differenzen des Elektorats, der gewählten und der parlamentarischen Parteien. Bei Verhältniswahlsystemen ($M_{eff} > 1$), wenn ein *Stimmenanteil* zum Gewinn eines der Mandate hinreicht, wird erwartet, dass einzelne Parteien sich über das Spektrum hinweg verteilen und eindeutig unterscheidbare programmatische Positionen auf der Links-Rechts-Skala beziehen (vgl. Cox 1990). Die substanzielle Missrepräsentation von Wählern und Gewählten kann vor allem entstehen, wenn ein bestimmtes politisches Spektrum so weit intern fragmentiert ist, dass die verschiedenen Listen oder Kandidaten, die es repräsentieren, jeweils separat an den mathematischen oder formalen Hürden des Wahlsystems scheitern. Die unübersichtliche, turbulente Konkurrenzsituation in den osteuropäischen Parteiensystemen, in denen häufig eine Konfliktdimension durch mehrere, kaum programmatisch voneinander unterscheidbare politische Kräfte organisiert wird, macht eine solche Konstellation wahrscheinlich und legt damit auch bei Verhältniswahlsystemen das Potenzial für eine substanzielle richtungspolitische Missrepräsentation des Elektorats im Parlament an.

Bei (relativen) Mehrheitswahlsystemen, wenn nur die *Stimmenmehrheit* zum Gewinn eines unteilbaren Mandats hinreicht, wird dagegen unterstellt, dass Parteien und/ oder Kandidaten hin zum "median voter" konvergieren, sodass trotz geringer formaler Disproportionalität eine gute materielle Korrespondenz von Wählern und Gewählten sicher gestellt

10 Kitschelt et al. (1999: 249-255; 282-288) können darüber hinaus zeigen, dass die Links-Rechts-Selbsteinschätzung von Wählern und von Parlamentariern systematisch mit ihrer jeweiligen Position auf spezifischen *Issue*-Skalen kovariiert. Dieser Zusammenhang ist dort stärker, wo der politische Wettbewerb von einer einzelnen Dimension dominiert wird, also in den Nachfolgeregimes des bürokratisch-autoritären und des patrimonialen Kommunismus. Dort werden die Parteiensysteme tendenziell unidimensional von sozioökonomischen *Issues* strukturiert. Die Nachfolgeregimes des national-akkommodativen Kommunismus dagegen, die gleichermaßen von sozioökonomischen wie kulturellen Themen dominiert werden, weisen eine geringere Korrespondenz der Links-Rechts-Positionen mit den einzelnen *Issues* auf.

Tabelle 7.5: Materielle Korrespondenz bei Mehrheits- und Verhältniswahl

Systemtyp	ΔP	ΔM	ΔRep	$\Delta P + \Delta M$	n
Mehrheitswahl	0.235	0.407	0.574	0.641	10
($M_{eff} = 1$)	(0.054)	(0.093)	(0.124)	(0.118)	
Verhältniswahl	0.195	0.093	0.236	0.289	28
($M_{eff} > 1$)	(0.031)	(0.028)	(0.050)	(0.047)	
Differenz	0.040	0.313	0.339	0.353	38
($\Delta\overline{M}_{maj} - \Delta\overline{M}_{pr}$)	(0.027)	(0.061)	(0.111)	(0.105)	
t-Test	$t = 0.645$	$t = 4.377$	$t = 3.060$	$t = 3.362$	df=36

Anmerkungen: ΔP= die Differenz des Präferenzenmittels und des Mittels der gewählten Parteien auf der Links-Rechts-Skala (psychologischer Effekt); ΔM= Differenz des Mittels der gewählten Parteien und der parlamentarischen Parteien (mechanischer Effekt); ΔRep= Differenz des Präferenzenmittels und des Mittels der parlamentarischen Parteien (Gesamteffekt).

sei. Für diesen Koordinationsprozess gilt jedoch eine Reihe von Funktionsbedingungen, von denen hier drei zentrale herausgegriffen werden: (1) Die Wählerpräferenzen sind auf einem unidimensionalen Kontinuum, hier der Links-Rechts-Skala, darstellbar. (2) In jedem Wahlkreis gilt "Duvergers Gesetz", sodass effektiv nur zwei Kandidaten bzw. Parteien um das Mandat konkurrieren. (3) Parteien und Wähler orientieren sich an der Medianposition der unidimensionalen Skala, nicht an den Rändern des politischen Spektrums. Während, wie eben besprochen, die erste Bedingung durchaus als gegeben gelten kann, sind die beiden übrigen in den postkommunistischen Vergleichsstaaten problematisch. Vor allem die enorme Kandidatenproliferation in vielen Einerwahlkreisen widerspricht "Duvergers Gesetz" und hebelt auch die Funktionsvoraussetzungen des "median voter theorems" aus, sodass für viele Mehrheitswahlsysteme bzw. -segmente eine geradezu erratische Missrepräsentation von Elektorat und Parlament zu erwarten ist.[11]

Tabelle 7.5 fasst die materielle Korrespondenz von Elektoraten und Parlamenten für die Mehrheits- und die Verhältniswahl zusammen; alle Angaben beziehen sich auf Differenzen in der standardisierten Links-Rechts-Skala $\{1,\ldots,10\}$. Die Differenz vom Präferenzenmittel und dem Mittel der gewählten Parteien (ΔP), die sich auf den psychologischen Effekt von Wahlsystemen bezieht, beträgt in der Gruppe der zehn Mehrheitswahlsysteme bzw. -segmente 0.235, und für die 28 Verhältniswahlsysteme bzw. -segmente liegt sie mit 0.195 etwas niedriger. Dieser Unterschied ist aber, wie der t-Test zeigt, statistisch nicht signifikant, sodass sich die Differenz vom Präferenzenmittel und dem Mittel der gewählten Parteien für beide Wahlsystemtypen nicht substanziell unterscheidet. Anders formuliert: Die richtungspolitische Entsprechung von Wählerpräferenzen und gewähltem Parteiensystem ist bei der Mehrheitswahl nicht schlechter als bei der Verhältniswahl, und beide Grundtypen weisen, gemessen an dieser Ebene, eine vergleichbare materielle Repräsentationsqualität

11 In einem neueren Überblicksartikel zum "median voter theorem" diskutiert Bernard Grofman (2004), weit über die hier genannten Aspekte hinausgehend, fünfzehn verschiedene Funktionsbedingungen des "median voter theorems".

auf. Dieser Befund entspricht den bereits an anderer Stelle vorgetragenen Ergebnissen. Psychologische Wahlsystemeffekte, die Ursache für die systematische Missrepräsentation der Wählerpräferenzen im gewählten Parteiensystem sind, bleiben im postkommunistischen Osteuropa weitgehend aus.

Ein deutlich anderes Muster ergibt sich jedoch, wenn die Konsequenzen des mechanischen Effekts für die materielle Repräsentationsqualität analysiert werden. Die Differenz des Mittels der gewählten und der parlamentarischen Parteien (ΔM) liegt bei der Mehrheitswahl mit 0.407 mehr als viermal so hoch wie bei der Verhältniswahl mit 0.093, und diese Differenz wird durch den t-Test als statistisch signifikant ausgewiesen. Das bedeutet, dass Mehrheitswahlsysteme eine viel deutlichere richtungspolitische Verzerrung des gewählten Parteiensystems im Parlament erzeugen als Verhältniswahlsysteme. Bei der Verwandlung von Stimmen- in Mandatsanteile mindern sie die materielle Repräsentationsqualität ganz erheblich. Auch dieser Befund korrespondiert mit den bislang gewonnenen Resultaten dieser Arbeit. Durch das vielfache Ausbleiben einer Adaption der Wähler und Parteieliten an die institutionellen Regeln des Wahlsystems, also letztlich durch fehlende psychologische Effekte, gewinnen teils schroffe mechanische Wahlsystemeffekte erheblich an Bedeutung.

Empirisch wird der Gesamteffekt des Wahlsystems auf die Repräsentationsqualität nahezu ausschließlich durch seine mechanischen Wirkungen bestimmt. Bei der Mehrheitswahl liegt die durchschnittliche Skalenposition der parlamentarischen Parteien um 0.574 vom Präferenzenmittel auf der Links-Rechts-Skala entfernt (ΔRep), und für die Verhältniswahlsysteme beträgt diese Differenz nur 0.236 Skalenpunkte. Alternativ kann neben dieser direkten Beziehung des Präferenzenmittels in Elektorat und Parlament der Gesamteffekt des Wahlsystems auf die materielle Repräsentationsqualität auch als Summe des psychologischen und des mechanischen Effekts dargestellt werden ($\Delta P + \Delta M$). Mit diesem Maß liegen Elektorat und Parlament bei Mehrheitswahl um durchschnittlich 0.641 und bei Verhältniswahl nur um 0.289 Skalenpunkte auseinander. Die in beiden Maßen deutlich höhere Missrepräsentation der Mehrheitswahl geht aber beinah allein auf den mechanischen Distorsionseffekt zurück.

Weitere aufschlussreiche Einsichten trägt ein Vergleich der durch psychologische Effekte (ΔP) und durch mechanische Effekt (ΔM) induzierten richtungspolitischen Verzerrungen ein. Dabei wird deutlich, dass mechanische und psychologische Distorsionseffekte meist gemeinsam auftreten. Wird der statistische "Ausreißer" Ungarn (`HUN1994-Ewk`), der von einem extremen mechanischen Verzerrungseffekt beeinflusst ist, von der Analyse ausgenommen, korrelieren beide Dimensionen signifikant miteinander (*Pearson's* $r = 0.40^*$). Vor allem bei einigen Mehrheitswahlsegmenten der kombinierten Wahlsysteme treten gleichzeitig hohe Verzerrungen durch den mechanischen (ΔM) und durch den psychologischen Effekt (ΔP) auf. In der Gruppe der reinen Verhältniswahlsysteme weist nur die polnische Parlamentswahl von 1993 (`POL1993`) eine ähnlich geringe materielle Repräsentationsqualität auf. Diese Beobachtung geht vor allem auf Defizite in der strategischen Koordination auf der rechten Seite des polnischen Parteiensystems zurück. Das Lager der *Solidarność*-Nachfolger war intern derart fragmentiert, dass weite Teile des national-konservativen politischen Spektrums an der neu eingeführten Sperrklausel scheiterten und von der parlamentarischen Repräsentation ausgeschlossen blieben. Die Konsequenz war eine beträchtliche richtungspolitische Verschiebung des parlamentarischen Parteiensystems gegenüber dem gewählten Parteiensystem und gegenüber den Präferenzen der Wähler.

Diese makroquantitativen Befunde bestätigen im Wesentlichen die aus konsensdemokratischer Perspektive vorgebrachten Argumente. Nicht nur die formale, am Verhältnis der Stimmen- und Mandatsanteile bestimmte Repräsentationsqualität ist bei der Mehrheitswahl deutlich geringer als bei der Verhältniswahl. Zudem ist auch die materielle, durch die richtungspolitische Korrespondenz von Wählern und parlamentarischen Parteien gemessene Repräsentationsqualität bei Mehrheitswahlsystemen deutlich geringer als bei Verhältniswahlsystemen. Es ist damit, mindestens für die hier analysierten elf postkommunistischen Vergleichsstaaten, nicht richtig, davon auszugehen, dass trotz hoher Distorsionseffekte bei Mehrheitswahlsystemen eine weiterhin exakte programmatische Reflexion des Elektorats im Parlament hergestellt werden kann. Vielmehr sind die formale und die materielle Dimension der Repräsentationsqualität systematisch miteinander verbunden. Dort, wo Stimmen- und Mandatsanteile in einem disparaten Verhältnis stehen, weichen gleichermaßen die arithmetischen Mittel von gewähltem und parlamentarischem Parteiensystem deutlich voneinander ab. Formale (D_{LSq}) und materielle Repräsentationsqualität (ΔM) korrelieren dabei sehr signifikant miteinander (*Pearson's* $r = 0.65^{**}$).

Damit fehlt nur noch ein abschließender Baustein zur Evaluierung und Gegenüberstellung mehrheits- und konsensdemokratischer Entwürfe. Bereits bei den theoretischen Erwägungen wurde darauf hingewiesen, dass im mehrheitsdemokratischen Idealtyp nicht primär die Zusammensetzung des Parlaments, sondern die direkte Auswahl einer zum Mehrheitswillen responsiven Regierung normativ im Vordergrund steht (McLean 1991). In konsensdemokratischer Perspektive entscheiden die Wähler dagegen nicht direkt über die Regierungsbildung, sondern idealtypisch entsteht im Nachgang der Wahl eine Koalitionsregierung mehrerer politischer Parteien, die von den parlamentarischen Eliten ausgehandelt wird. Damit bestellt der Souverän nicht direkt die Regierung, sondern Wahlentscheidungen werden in einem "mehrstufigen Prozess" abgebildet und über die Koalitionsverhandlungen politischer Parteien vermittelt (Powell 2000: 201-229). Lassen sich die aus mehrheitsdemokratischer Perspektive vorgebrachten Argumente belegen, so sollte ein stärker mehrheitsbildendes Wahlsystem eine genauere Entsprechung der Präferenzen im Elektorat mit der quasi-direkt ausgewählten Regierung ermöglichen.

Bei der empirischen Analyse sind zwei Modifikationen notwendig. Einmal werden nur diejenigen Vergleichsstaaten aufgenommen, bei denen die Regierung direkt aus der gewählten Volksvertretung hervorgeht. Anders gewendet: Die Wahlen in Russland und in der Ukraine sind von der Analyse ausgeschlossen, weil hier die Auswahl der Regierungen faktisch durch den Staatspräsidenten erfolgt, der tendenziell das gesamte politische System dominiert (vgl. Bos 2002; Mommsen 2002). Zweitens sind die unterschiedlichen Segmente der kombinierten Wahlsysteme, die bislang stets separat behandelt wurden, für die Analyse wieder zusammengefügt worden, da die Regierungsbildung nicht auf der Grundlage nur eines gleichsam künstlich isolierten Wahlsystemsegments, sondern durch das gesamte Parlament erfolgt. Bei den kombinierten Wahlsystemen liegt die durchschnittliche Abweichung ($\Delta Reg = 1.13$; $\sigma = 0.64$) deutlich höher als bei den Verhältniswahlsystemen ($\Delta Reg = 0.74$; $\sigma = 0.49$). Auch wenn, schon aufgrund der geminderten Fallzahl, diese Differenz statistisch nicht signifikant ist, kann doch festgehalten werden, dass mindestens die programmatische Korrespondenz von Regierung und Parlament bei Verhältniswahlsystemen nicht schlechter ist als bei Mehrheitswahlsystemen.

Eine besonders grobe Missrepräsentation zeigen etwa die litauischen Wahlen von 1992 und 1996 (LTU1992, LTU1996). Die Gruppe der Verhältniswahlsysteme weist eine im Mittel geringere Verzerrung auf, zerfällt jedoch in zwei deutlich identifizierbare *Cluster*, einmal mit hoher, einmal mit geringerer Missrepräsentation. Die Zuordnung der Einzelfälle erfolgt aber nicht systematisch für die Vergleichsfälle, sondern über die einzelnen soziopolitischen Kontexte und Vergleichsstaaten hinweg. Die folgenden, fallorientierten Analysen diskutieren dieses Problem, wenden sich der Interaktion von formaler und materieller Repräsentationsqualität in den einzelnen Vergleichsstaaten zu und befragen diese Wirkungen eingehend auf ihre weitergehenden Konsequenzen für die Regierungsbildung.

7.4 Fallorientierte, formale und materielle Analysen

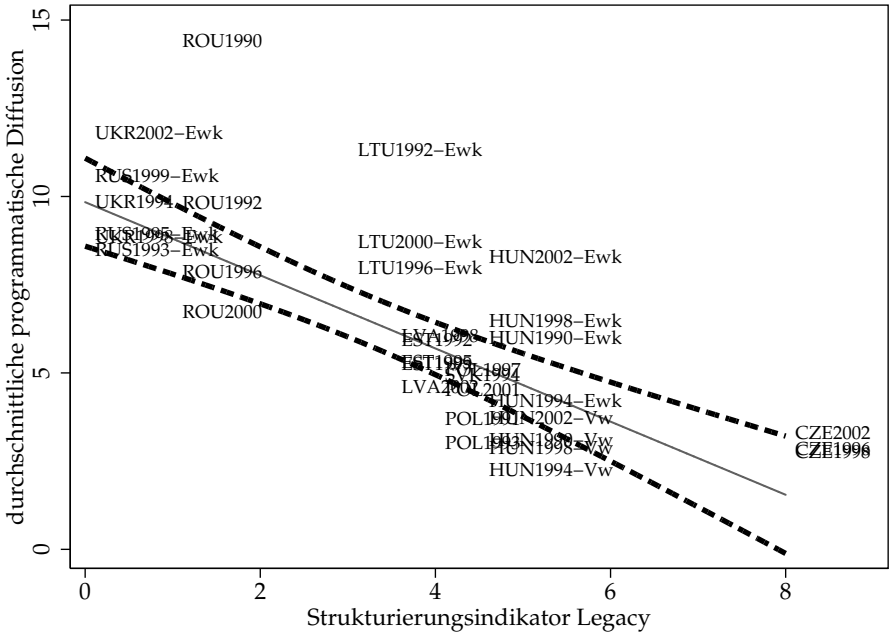
Bei den fallorientierten Perspektiven auf die Qualität politischer Repräsentation werden drei zentrale Aspekte/ Zielstellungen diskutiert: Zunächst sollen die in den makroquantitativen Analysen gefundenen kausalen Beziehungen inhaltlich nachvollzogen werden. Zweitens liegt dabei ein besonderer Akzent auf der fallweisen, stärker prozessorientierten Diskussion von "Ausreißern" und Sonderfällen. Schließlich werden eingehend die politisch-praktischen Konsequenzen kommentiert, die Wahlsysteme auf die Qualität der politischen Repräsentation und auch auf die Korrespondenz der parlamentarisch vereinbarten und getragenen Regierung mit dem Mehrheitswillen der Wähler entwickeln.

Bei der Analyse unterschiedlicher postkommunistischer Parteiensysteme ist ein zentrales Argument, das die Binnendifferenzierung der elf Vergleichsstaaten begründet, der Effekt von politisch-historischen *Legacies*, die im Typ der kommunistischen *Anciens Régimes* zusammenlaufen. Weil, so das weitere Argument, nur programmatische Parteien eine dauerhafte und berechenbare Institutionalisierung des politischen Wettbewerbs, die "Schließung" des "territorialen Wahlkanals" (Lipset und Rokkan 1967a: 51), erzeugen, bringen diejenigen Vergleichsstaaten mit dem höchsten Grad an programmatischer Strukturierung der Parteiensysteme die günstigsten Kontextvoraussetzungen für die regelhafte Funktion von Wahlsystemen mit.[12]

Kitschelt et al. (1999) und Kitschelt und Smyth (2002) argumentieren, dass die Affinität zur Herausbildung eines programmatisch strukturierten Parteienwettbewerbs systematisch mit dem *Legacy*-Typ variiert, und sie stützen diese Hypothese mit empirischem Material aus vier Vergleichsstaaten, Bulgarien, Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn (und Russland). Einen empirischen Zugriff auf die programmatische "Kristallisierung" der Parteiensysteme erreichen sie mit Eliten- und Wählerbefragungen. Ein Parteiensystem gilt immer dann als "strukturiert", wenn die Unterstützer einer Partei auf den abgefragten programmatischen Skalen möglichst identische Positionen einnehmen; bei "diffusen" Parteiensystemen dagegen verteilen sich die Positionen einzelner Anhänger derselben Partei weit über die jeweilige Skala. Die Ausbreitung der politischen Kräfte auf einer programmatischen Dimension, hier der Links-Rechts-Skala, und die weitgehende interne "Kohärenz" dieser Parteipositionen können damit nicht nur, wie bereits Huntington (1968: 416) argumentiert, pejorativ als

12 Zum Zusammenhang von programmatischer Strukturierung und Stetigkeit von politischen Parteien und Parteiensystemen vgl. grundlegend Lipset und Rokkan 1967a: 51; weiter Flora 2000: 71-75; Rose und Urwin 1970: 296; von Beyme 1985: 29 und spezifisch für Osteuropa Millard 2004: 111.

Abbildung 7.4: Programmatische Kristallisierung und Beliebigkeit in den postkommunistischen Parteiensystemen



Anmerkungen: Für die bivariate Regression der durchschnittlichen programmatischen Diffusion auf den Strukturierungsindikator *Legacy* wurde die Beziehung $SD = -1.03 \cdot Legacy + 9.84$ geschätzt; adj. $R^2 = 0.58$; $N = 34$.

ein Kennzeichen gefährlicher Polarisierung der politischen Lager bewertet werden, sondern ein gewisses Maß dieser "Polarisierung" ist eine notwendige Bedingung für die Herausbildung und Identifizierbarkeit programmatischer Alternativen im politischen Wettbewerb.

Ein Indikator für die politische Konturierung oder Fluidität eines Parteiensystems kann in zwei Schritten ermittelt werden. Die programmatische Position einer einzelnen Partei i auf der Links-Rechts-Achse ergibt sich zunächst als das arithmetische Mittel der Einzelpositionen ihrer Wähler (P_i). Die Standardabweichung der einzelnen Wähler von diesem Durchschnittswert bestimmt den Grad der programmatischen Kohärenz/ Diffusion der Partei (σ_i), und die mittlere Standardabweichung aller Parteien bei einer Parlamentswahl bestimmt die programmatische Kohärenz/ Diffusion des gesamten Parteiensystems (σ_{prog}). Geringe Werte zeigen eine programmatische Kristallisierung, hohe eine programmatische Beliebigkeit des gesamten Parteiensystems an.

Mit dem hier zusammengetragenen empirischen Material kann der von Kitschelt et al. (1999) herausgearbeitete Zusammenhang von *Legacies* der kommunistischen *Anciens Régimes* mit dem jeweiligen programmatischen Strukturierungspotenzial für die elf postkom-

munistischen Vergleichsstaaten gezeigt und, bei den meisten dieser Fälle, für unterschiedliche Zeitpunkte verallgemeinert werden. Abbildung 7.4 skizziert den signifikanten Effekt des *Legacy*-Indikators auf die empirisch bestimmte, programmatische Strukturierung der osteuropäischen Parteiensysteme. *Legacies* des bürokratisch-autoritären Kommunismus korrespondieren in der Tschechischen Republik mit einem programmatisch ausgearbeiteten politischen Wettbewerb. Bei den Nachfolgern des national-akkommodativen Kommunismus ergibt sich ein uneinheitliches Bild. Während das ungarische Parteiensystem durchgehend ein eher hohes Maß an programmatischer Konturierung aufweist, sind die polnischen Parteiensysteme im Untersuchungszeitraum (1991–2001) weitgehend diffus und nur unscharf programmatisch strukturiert. Wie theoretisch erwartet, bedeuten historische *Legacies* des patrimonialen Kommunismus die ungünstigsten Bedingungen für die Herausbildung einer stetigen und programmatischen Ausrichtung der Parteiensysteme. Das gilt besonders für Russland, die Ukraine und Rumänien, die durch jeweils sehr diffuse Parteiensysteme und die tendenzielle Abwesenheit einer programmatischen Politikvermittlung charakterisiert sind.

Zusammengenommen bestätigen diese Resultate das Argument zur Binnendifferenzierung der elf postkommunistischen Vergleichsstaaten und steigern das Vertrauen in die robuste Tragfähigkeit des *Legacy*-Indikators. Freilich bedarf ein wirklich substanzielles Urteil über die programmatischen Qualitäten der Parteien und Parteiensysteme einer spezifischeren Analyse. Diese Untersuchung müsste dann auch die Bedeutung einzelner Konfliktstoffe in den "neuen" Parteiensystemen Osteuropas herausarbeiten und die programmatische "Kristallisierung" direkt auf verschiedenen Konfliktachsen messen. Ein mögliches Problem der hier unternommenen Analyse auf der übergeordneten Links-Rechts-Dimension ist schließlich, dass die Resultate nicht nur die programmatische "Kristallisierung" der Parteien und Parteiensysteme abbilden, sondern darüber hinaus auch von der Angemessenheit dieser Taxonomie von "Links" und "Rechts" für den jeweiligen Vergleichsstaat beeinflusst werden. Einfache Konfliktstrukturen, die etwa, wie im Gefolge des bürokratisch-autoritären oder des patrimonialen Kommunismus, von ökonomischen Themen dominiert werden, sind sicher leichter auf diese "Superdimension" übertragbar als die teils erheblich komplexeren Konfliktlagen in den Nachfolgestaaten des national-akkommodativen Kommunismus.

Bürokratisch-autoritärer Kommunismus: Tschechische Republik, Slowakei

Der einzige Vergleichsstaat, der eindeutig im fortgeschriebenen Kontext der *Legacies* eines bürokratisch-autoritären *Ancien Régime* steht, ist die Tschechische Republik, während der zweite Nachfolgestaat des tschechoslowakischen Föderalstaats, die Slowakei, eher beim patrimonialen Kommunismus anschließt (Kitschelt et al. 1999: 39). Beide Vergleichsstaaten haben jedoch im institutionellen Bereich während des gesamten Untersuchungszeitraums weitgehend an den tradierten, sehr ähnlich konstruierten Verhältniswahlsystemen mit formaler Sperrklausel festgehalten.

Die Abbildungen 7.5 und 7.6 enthalten unterschiedliche Maße für die formale und die materielle Repräsentationsqualität in der Tschechischen Republik und in der Slowakei. Bei der formalen Repräsentationsqualität wird für jede Wahl eine Regression, hier eine "regression through the origin" ohne Regressionskonstante, der abhängigen Variablen Mandatsan-

teile m_i auf die unabhängige Variable Stimmenanteile v_i geschätzt (vgl. Cox und Shugart 1991). Die unstandardisierten Regressionskoeffizienten geben das Maß *Big Party Bias* (D_β) an. Dabei entspricht $D_\beta = 1$ der exakten Proportionalität von Stimmen- und Mandatsanteilen, bei $D_\beta > 1$ sind große Parteien über-, kleine dagegen unterrepräsentiert, bei $\beta_1 < 1$ schließlich sind große Parteien unter- und kleine Parteien überrepräsentiert. Empirisch werden bei allen unterschiedlichen Wahlsystemen eine tendenzielle Überrepräsentation großer Parteien und die Unterrepräsentation kleiner Parteien erwartet ($D_\beta > 1$); dieser Effekt sollte jedoch bei Mehrheitswahlsystemen wesentlich ausgeprägter sein als bei Verhältniswahlsystemen. Im Bereich der materiellen Repräsentationsqualität verzeichnen die drei bereits eingeführten Indikatoren ΔP, ΔM und ΔReg materielle, richtungspolitische Distorsionen, die vom psychologischen wie mechanischen Effekt und von der Regierungsbildung ausgehen.

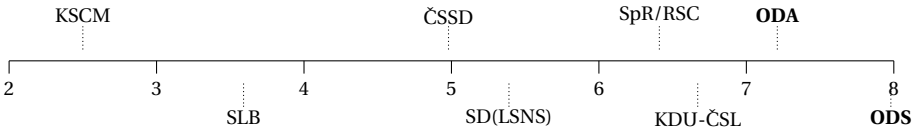
Tschechische Republik

Bei den in den Abbildungen 7.5 und 7.6 niedergelegten Resultaten kann zunächst abgelesen werden, dass die Verhältniswahlsysteme in der Tschechischen Republik und der Slowakei nur einen moderaten Mandatsbonus für größere Parteien erzeugen; zudem verweist die Varianzaufklärung darauf, dass die Stimmen- (v_i) und Mandatsanteile (m_i) der einzelnen politischen Parteien eng beieinander liegen.

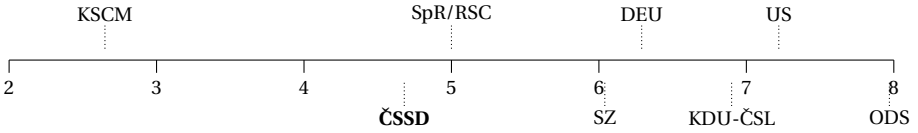
Trotz des recht geringen Mandatsbonus war in der Tschechischen Republik regelmäßig die stärkste politische Kraft der Kern der Koalitionsregierungen. Im tschechischen Abgeordnetenhaus (*Poslanecká Sněmovna*) betraf dies 1996 die *Bürgerlich-Demokratische Partei* (ODS), die 29.6% der Stimmen und 34% der Mandate gewann und mit der KDU-ČSL und der ODA die Regierung stellen konnte. Der Mandatsbonus des tschechischen Wahlsystems verhalf diesem Dreiparteienbündnis, das die Mehrheit der gültigen Wählerstimmen verfehlte, zu einer knappen, "künstlichen" Regierungsmehrheit. Abbildung 7.5 illustriert, dass diese bürgerliche Koalitionsregierung von drei einander programmatisch recht ähnlichen Parteien auf der rechten Seite des politischen Spektrums als eine "minimal connected winning coalition" gebildet wurde.

In der Perspektive auf die materielle Repräsentationsqualität waren die Effekte des Wahlsystems zunächst ohne direkte praktische Bedeutung, und bei den drei Wahlen zur tschechischen *Poslanecká Sněmovna* waren die durchschnittlichen programmatischen Positionen der Wahlbevölkerung ($\overline{M}_{pref}$), des gewählten ($\overline{M}_v$) und des parlamentarischen Parteiensystems ($\overline{M}_m$) nahezu kongruent. Dieses Bild verändert sich aber grundlegend, wenn die Perspektive auf die programmatische Position der vereinbarten Regierungskoalitionen erweitert wird ($\overline{M}_{Reg}$). Die parteipolitischen Eliten vereinbarten 1996 eine bürgerliche Koalitionsregierung, die wesentlich "rechts" von der Wahlbevölkerung stand, und die sozialdemokratische Minderheitsregierung, die 1998 eingerichtet wurde, wich deutlich nach "links" vom Präferenzenmittel ab. Erst nach der Parlamentswahl vom Juni 2000, die eine zentristische Regierungskoalition von ČSSD und den ehemaligen Partnern der ODS, KDU-ČSL und US-DEU, begründen half, korrespondierten die Positionen von Elektorat, Parlament und Regierung wieder enger miteinander.

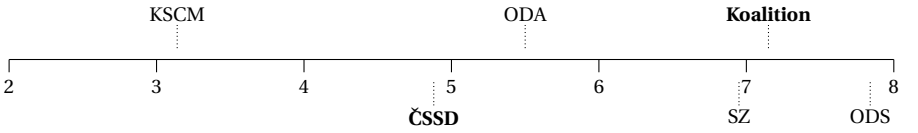
Abbildung 7.5: Das tschechische Parteienspektrum, 1996–2002



CZE1996: $D_\beta = 1.13$; $R^2 = 0.99$; $\Delta P = 0.11$; $\Delta M = 0.07$; $\Delta Reg = 1.45$



CZE1998: $D_\beta = 1.12$; $R^2 = 0.99$; $\Delta P = 0.04$; $\Delta M = 0.04$; $\Delta Reg = 0.23$



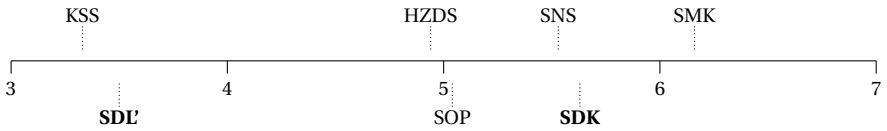
CZE2002: $D_\beta = 1.15$; $R^2 = 0.99$; $\Delta P = 0.06$; $\Delta M = 0.03$; $\Delta Reg = 0.30$

Slowakei

Obgleich die *Legacies* des kommunistischen *Ancien Régime* in der Slowakei Kontextfaktoren setzen, die weniger günstig für die Herausbildung eines stabilen, programmatischen und stetigen Parteienwettbewerbs wirken, ist auch hier die formale und materielle Repräsentationsqualität ausgesprochen hoch. Abbildung 7.6 zeigt an, dass der *Big Party Bias* (D_β) des slowakischen Verhältniswahlsystems recht moderat ausfällt, und bei den drei slowakischen Parlamentswahlen, die im empirischen *Sample* dieser Arbeit enthalten sind, entstand jeweils ein hohes Maß an formaler Repräsentationsqualität.

Die Determinanten der Regierungsbildung waren jedoch in der Slowakei ungleich weniger eindeutig als in der Tschechischen Republik, und die vorrangige Gemeinsamkeit beider Fälle war allein, dass der geringe *Big Party Bias* (D_β) der Verhältniswahlsysteme keine direkt konklusiven Regierungsmehrheiten erzeugte, sondern die Regierungsbildung zu Aufgabe und Problem der parlamentarischen Eliten machte. Während das Verhältniswahlsystem eine sehr kongruente Abbildung der Wählerinteressen im vorparlamentarischen und im parlamentarischen Parteiensystem ermöglichte, dominierte auf der Ebene politischer Eliten jedoch eine exzessive und personalisierte Konfrontation, die die Slowakei wesentlich in ein Pro- und ein Anti-Mečiar-Lager teilte. Der Wahl zur *Národná Rada*, dem slowakischen Einkammerparlament, vom September/ Oktober 1994 folgte noch eine recht "typische" Regierungsbildung, und die stärkste Partei, Mečiars *Bewegung für eine Demokratische Slowakei* (HZDS) bildete mit der *Slowakischen Nationalpartei* und der linksextremen Neugründung

Abbildung 7.6: Das slowakische Parteienspektrum, 1998



SVK1998: $D_\beta = 1.06$; $R^2 = 0.99$; $\Delta P = 0.09$; $\Delta M = 0.06$; $\Delta Reg = 0.22$

Vereinigung der Arbeiter der Slowakei (ZRS) eine programmatisch heterogene "minimal winning coalition", die im Wesentlichen durch ein autoritäres Politikverständnis zusammengehalten wurde.

Die materielle Repräsentationsqualität kann für die Slowakei weniger eindeutig und robust beurteilt werden, denn Daten zur programmatischen Position einzelner politischer Kräfte liegen nur für die Parlamentswahl 1998 vor, sie fehlen jedoch für die Wahljahre 1994 und 2002. Nimmt man die einzelne Beobachtung vom September 1998 zum Bewertungsmaßstab, so korrespondieren die politischen Positionen des Elektorats, des vorparlamentarischen und des parlamentarischen Parteiensystems und der Regierungskoalition recht eng miteinander. Einige Abstriche gelten hier aber für jedes Urteil über die programmatische Position einer heterogenen Regierungskoalition, die nicht durch politische Inhalte, sondern durch politische Gegner zusammengehalten wird.

Beide Nachfolgestaaten der ČSSR/ ČSFR haben mit einigen Modifikationen an jeweils recht permissiven Verhältniswahlsystemen festgehalten. In beiden Fällen ermöglichte dies zunächst eine recht hohe formale Repräsentationsqualität und eine enge programmatische Korrespondenz von Elektorat und Parlament. Die Konsequenzen unterschiedlicher *Legacies*, des bürokratisch-autoritären Kommunismus in der Tschechischen Republik und des patrimonialen Kommunismus in der Slowakei, können beim paarweisen Vergleich aber vor allem auf der Ebene politischer Eliten und bei der Koalitionsbildung bestimmt werden. In der Tschechischen Republik entstanden häufig Minderheitsregierungen oder knappe Mehrheitskoalitionen, die, entweder nach "links" oder nach "rechts", teils große Differenzen der programmatischen Positionen von Elektorat und Regierungen erzeugten; in der Slowakei war die materielle Korrespondenz von Elektorat und Regierung wohl durchgehend enger, jedoch dominierte hier nicht die programmatisch getragene politische Auseinandersetzung, sondern eine enorme Personalisierung.

National-akkommodativer Kommunismus: Polen und Ungarn

Die Nachfolger des national-akkommodativen Kommunismus unterscheiden sich von denjenigen des patrimonialen Kommunismus vor allem durch eine komplexere Lage politischer Konfliktlinien, die gleichberechtigt auf sozioökonomischen und auf kulturellen Themen gründet, und einem geringeren Maß an parteiensystemischer Institutionalisierung. Empirisch ergibt sich bei der programmatischen "Kristallisierung" der Parteiensysteme jedoch ein uneinheitliches Bild. In Ungarn entstand im Kontext eines Systemwechsels, der von Beginn an von der "political society" und von stetigen parteipolitischen Organisations-

formen geprägt war, ein System aus vergleichsweise konturierten Einzelparteien. Der polnische Systemwechsel dagegen, vornehmlich getragen von den Kräften der "civil society" (zum Kontrast beider Muster vgl. Linz und Stepan 1996: 8-10) und geprägt von stetigen Umbildungen der parteipolitischen Akteure, erbrachte eine weit geringere programmatische Konturierung der politischen Kräfte. Sofern diese Differenzen Auswirkungen auf die Fähigkeit von Wählern und Parteieliten entwickeln, den politischen Wettbewerb einzuschätzen, sollten sie, wenn alle übrigen Einflüsse "kontrolliert" werden, zu einem geringerem Maß an formaler und materieller Repräsentationsqualität führen.

Die Abbildungen 7.7 und 7.8 enthalten unterschiedliche Maße für die formale und die materielle Repräsentationsqualität in Polen und Ungarn. *Grosso modo* weisen die polnischen Verhältniswahlsysteme und die Verhältniswahlsegmente des ungarischen Wahlsystems einen etwas stärkeren *Big Party Bias* (D_β) auf als ihre Pendants in der Tschechischen Republik und der Slowakei, und das Mehrheitswahlsegment der ungarischen Wahlsysteme erzeugt jeweils eine deutlich ausgeprägtere parlamentarische Überrepräsentation großer Parteien.

Noch ein weiterer empirischer Befund kann an den Abbildungen 7.7 und 7.8 abgelesen werden, die die programmatische Positionierung der polnischen und ungarischen Parteien auf der Links-Rechts-Achse skizzieren. In der Tschechischen Republik und der Slowakei sind die Parteiensysteme jeweils durch ein recht hohes Maß an programmatischer "Kristallisierung" gekennzeichnet, d.h. die politischen Parteien decken das räumliche Spektrum politischer *Issues* ab und nehmen in der Links-Rechts-Dimension klar voneinander differenzierbare Positionen ein. Die polnischen und ungarischen Parteiensysteme weisen jedoch zunächst nicht dieses Maß an klarer, programmatisch strukturierter Parteienkonkurrenz auf, sondern einzelne Parteien gruppieren sich eng um die Mitte des programmatischen Spektrums und nehmen voneinander kaum unterscheidbare Positionen ein. Häufig sind die Differenzen so gering, dass, wenn die Fehlerintervalle benutzten *Survey*-Daten berechnet werden, die Positionen einzelner Parteien sich nicht mehr statistisch signifikant voneinander abheben.

Begründet sind diese Differenzen einmal durch die geringere programmatische Ausarbeitung des politischen Wettbewerbs, aber auch durch die zweidimensionale Konfliktlage aus sozioökonomischen *und* kulturellen Themen und durch Probleme der Befragten, diese Komplexität auf die eindimensionale Links-Rechts-Achse herunterzubrechen. Mit zunehmender Systemzeit t kann jedoch in Polen wie in Ungarn die forciert einsetzende programmatische Kristallisierung und Differenzierung der politischen Parteien über die Bandbreite der Skala hinweg an den Abbildungen abgelesen werden.

Polen

Vollständig kompetitive Parlamentswahlen fanden in Polen erst 1991 statt, und sie wurden nach einem Verhältniswahlsystem abgehalten, das außer der mathematischen Sperrwirkung regionalen Wahlkreise kaum weitere konzentrationsfördernde Elemente enthielt. Konsequenz waren die geringe Disproportionalität des Wahlsystems und ein geringer *Big Party Bias* (D_β). Dem korrespondiert ein recht hohes Maß an materieller Repräsentationsqualität, bestimmt als die enge programmatische Kongruenz von Elektorat ($\overline{M}_{pref}$), gewähltem ($\overline{M}_v$) und parlamentarischem Parteiensystem ($\overline{M}_m$). Gleichwohl gilt auch hier erneut der Konflikt

der Bewertungskriterien Legitimität, gemessen als die formale und materielle Repräsentationsqualität, und Effektivität, gemessen als die Reduktion der parteiensystemischen Fragmentierung auf ein zur Regierungsbildung und -stabilisierung funktionales Maß. Kehrseite der hohen Repräsentationsqualität war ein bis zur Handlungsunfähigkeit fragmentiertes Parlament, denn im polnischen *Sejm* waren nicht weniger als 29 politische Parteien vertreten, und die stärkste von ihnen, die liberale *Demokratische Union* (UD), erreichte gerade 13.5% der Mandate. Dieser Wahlausgang verkomplizierte den Prozess der Regierungsbildung ganz erheblich. Die liberale UD als formal stärkste Fraktion blieb schließlich von der Regierungsbeteiligung ausgeschlossen, und es entstand eine christlich-nationale Regierungskoalition aus PC, PL, KLD und KPN (Details der Regierungsbildung können nachgelesen werden bei Vinton 1992). Trotz der sehr kongruenten Reflexion der Wählerpräferenzen im Parlament bekamen damit die meisten Polen nicht die Regierung ihrer Wahl, sondern eine Koalition, die deutlich "rechts" von ihren politischen Positionen stand.

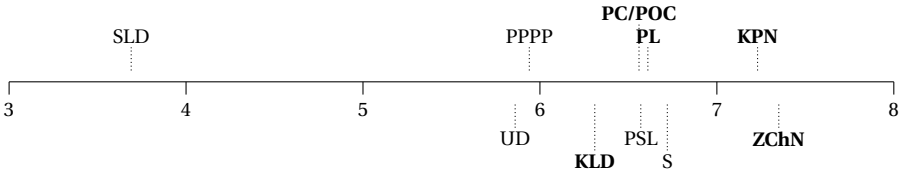
Das polnische Verhältniswahlsystem wurde vor der vorzeitigen Parlamentswahl von 1993 revidiert, und die politischen Eliten reagierten auf die exzessive Fragmentierung des *Sejm* mit einem "Constitutional Engineering", an dessen Abschluss die Reduzierung der durchschnittlichen Wahlkreisgröße und die Einrichtung einer landesweiten formalen Sperrklausel von fünf Prozent standen.[13] Dieser Systemtyp-immanente Reform des Verhältniswahlsystems folgten jedoch substanzielle Konsequenzen für die Performanz des Wahlsystems auf beiden Bewertungsdimensionen, bei der Fragmentierung des Parteiensystems und bei der formalen und materiellen Repräsentationsqualität.

Nach der Reform verkehrte sich jedoch die Performanz des Wahlsystems auf den Bewertungsdimensionen Effektivität und Legitimität. Bei der Parlamentswahl von 1993 gelang nur noch sechs Parteien der Einzug in den *Sejm*, jedoch entfielen 35.1% der Wählerstimmen auf Parteien bzw. Listenverbindungen, die die formale Sperrklausel von 5/ 7 Prozent nicht erreichten, und blieben ohne Erfolgswert. Dies betraf vor allem die enorme Anzahl an einzelnen Listen, die von den konservativen *Solidarność*-Nachfolgern nominiert wurden. Mit anderen Worten: Psychologische Wahlsystemeffekte, die Adaption der politischen Eliten an die "carrying capacity" des Wahlsystems, blieben aus, und insbesondere im christlich-nationalen Lager wurde das Stimmenpotenzial auf derart viele Pseudoparteien verteilt, dass die meisten am Quorum scheitern mussten (vgl. im Detail Grotz 2000: 148-151).

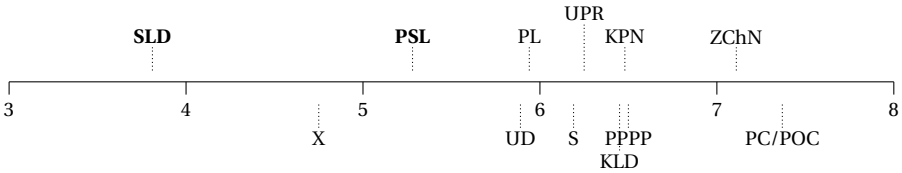
Mit einer geringen formalen Repräsentationsqualität war auch eine materielle, richtungspolitische Missrepräsentation verbunden. Während die programmatischen Positionen des Elektorats und des gewählten Parteiensystems einander noch ungefähr entsprachen (ΔP), erzeugten der hohe Anteil erfolgloser Stimmen und die für ein Verhältniswahlsystem enorme Disproportionalität hohe politisch-materielle Differenzen zwischen dem gewählten und dem parlamentarischen Parteiensystem (ΔM). Wenn ein großes Segment des christlich-nationalen Lagers den Einzug in den *Sejm* verfehlte und parallel die postkommunistischen Kräfte SLD und PSL von einer geeinten organisatorischen Infrastruktur profitierten, bedeutete dies als Konsequenz eine signifikante richtungspolitische Missrepräsentation. Durch strategische Adaptionsprobleme der Post-*Solidarność*-Kräfte und die konfrontative Perso-

13 Mit dieser Bemerkung sollen die machtstrukturellen Grundlagen dieser Reform nicht ausgeblendet werden. Tatsächlich wurde die Reform hin zu einem "stärkeren" Wahlsystem im polnischen *Sejm* von den größeren Parteien gegen den Widerstand der kleineren durchgesetzt (vgl. im Detail Benoit und Hayden 2004; Ka-Lok Chan 2001; Kaminski und Nalepa 2004; Millard 2003a;b; Vinton 1993).

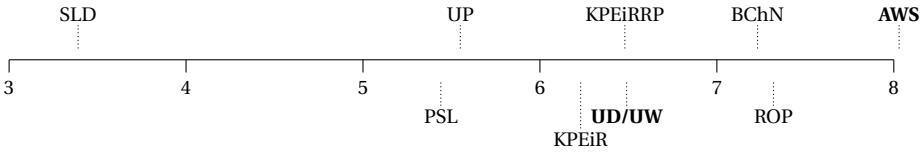
Abbildung 7.7: Das polnische Parteienspektrum, 1991–2001



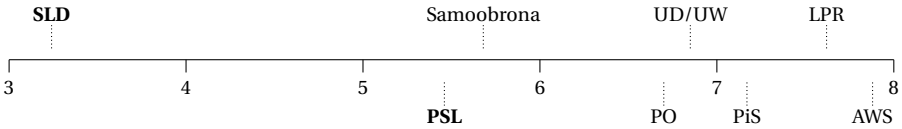
POL1991: $D_\beta = 1.14$; $R^2 = 0.99$; $\Delta P = 0.15$; $\Delta M = 0.05$; $\Delta Reg = 0.60$



POL1993: $D_\beta = 1.49$; $R^2 = 0.86$; $\Delta P = 0.30$; $\Delta M = 0.66$; $\Delta Reg = 1.31$



POL1997: $D_\beta = 1.23$; $R^2 = 0.97$; $\Delta P = 0.08$; $\Delta M = 0.08$; $\Delta Reg = 1.67$



POL2001: $D_\beta = 1.11$; $R^2 = 0.98$; $\Delta P = 0.11$; $\Delta M = 0.28$; $\Delta Reg = 1.26$

nalisierung des politischen Wettbewerbs stand der *Sejm* deutlich links von den programmatischen Positionen der Wählermehrheit. Das gleiche gilt auch für die Regierung, die von einer künstlichen, durch das Wahlsystem erzeugten Überrepräsentation von SLD und PSL profitierte (ΔReg).[14]

Die Wahl zum polnischen *Sejm* fand 1997 unter unmodifizierten institutionellen Rahmenbedingungen statt. Im Parteiensystem ergab sich ein Konzentrationsschub, denn die

14 Kaminski et al. (1998) zeigen, dass es bei der polnischen Parlamentswahl weniger um "the 'revival of communism' ", sondern um "the effect of institutions" ging. Die Gegenüberstellung des postkommunistischen Lagers und der *Solidarność*-Nachfolger zeigt nur einen moderaten *Swing* zwischen diesen antagonistischen Blöcken. Als Ursache für die schroffe parlamentarische Machtverschiebung arbeiten die Autoren vielmehr die Unfähigkeit zur Kooperation im christlich-nationalen Lager heraus, die eine Umsetzung seines insgesamten politischen Stimmenpotenzials in parlamentarische Mandate verhinderte.

konservativen *Solidarność*-Nachfolger rezipierten die Ursachen ihrer Wahlniederlage und schlossen sich zur neuen *Umbrella*-Bewegung *Wahlaktion Solidarität* (AWS) zusammen. Die politische Konsequenz dieser einsetzenden psychologischen Effekte war ein deutlicher Rückgang des Anteils der unverwerteten Wählerstimmen von 35.1 auf 12.8%. Dies signalisiert ein vorläufiges Ende des "trade off" von Effektivität und Legitimität, sondern ermöglicht eine Begrenzung der parteiensystemischen Fragmentierung bei *parallel* hoher formaler und materieller Korrespondenz von Elektorat und Parlament.

Abbildung 7.7 illustriert die politischen Konsequenzen dieser einsetzenden psychologischen Effekte. Der Mandatsbonus für die großen Parteien (*Big Party Bias*; D_β) ging zunächst deutlich zurück, und darüber hinaus war, vor allem im Vergleich mit 1993, die programmatische Korrespondenz von Elektorat ($\overline{M}_{pref}$), vorparlamentarischem ($\overline{M}_v$) und parlamentarischem Parteiensystem ($\overline{M}_m$) sehr eng. Die Konzentration des Parteiensystems auf vier große Parlamentsparteien ermöglichte auch ohne eine künstliche, vom Wahlsystem hergestellte Mehrheit im *Sejm* die Bildung einer Koalitionsregierung. Die christlich-nationalen und die liberalen *Solidarność*-Nachfolger, reorganisiert in AWS und UW, konnten sich nach diffizilen Verhandlungen auf die Bildung einer "minimal winning coalition" verständigen. Damit war, diesmal nicht durch den Effekt des Wahlsystems, sondern durch die Logik von Koalitionsbildungen in einem polarisierten Mehrparteiensystem, erneut eine Regierung entstanden, die programmatisch kaum mit den Präferenzen einer Mehrheit der polnischen Wähler korrespondierte.

Diese parteiensystemische Stabilisierung erwies sich jedoch nur als vorläufig, und im Vorfeld der folgenden Parlamentswahl von 2001 erfolgte die abermalige Neuausrichtung der politischen Lager. Programmatische Gegensätze von liberalen und rechts-nationalen Kräften und auch starke persönliche Ambitionen einzelner Politiker machten es Marian Krzaklewski unmöglich, diese heterogene *Umbrella* als eine handlungsfähige politische Einheit zu integrieren und organisatorisch zusammenzuhalten (Ziemer und Matthes 2002: 216-217). Die *Solidarność*-Nachfolger fragmentierten erneut und reorganisierten sich als liberale *Bürgerplattform* (PO), national-konservative *Gesetz und Gerechtigkeit* (PiS), *Liga der polnischen Familien* (LPR) und schließlich als *Wahlaktion Solidarität – Die Rechten* (AWS-P). Die postkommunistische SLD konnte jedoch, auch im Lichte der Desintegration und Fraktionierung des konservativen Lagers, ihren Stimmenanteil ausbauen und erreichte gemeinsam mit ihrem alten Partner PSL eine Mehrheit der Stimmen und Mandate, die Grundlage einer Neuauflage der Koalition wurde.[15]

Abbildung 7.7 dokumentiert die weiterhin recht hohe formale und materielle Repräsentationsqualität. Der Anteil unverwerteter Stimmen sank, trotz des erneuten Umbruchs im polnischen Parteiensystem, von 12.8 auf 9.4% und kann als ein Beleg für einsetzende psychologische Wahlsystemeffekte und die mit zunehmender Systemzeit t besser ausgeprägte Fähigkeit der polnischen Wähler bewertet werden, chancenlose von chancenreichen Wahlbewerbern zu scheiden.[16] Parallel sanken die Disproportion von Stimmen- und Mandatsanteilen (D_{LSq}) und der Mandatsbonus der größeren Parteien (*Big Party Bias*; D_β). Koppelprodukt dieser hohen formalen Repräsentationsqualität war auch die weitgehende pro-

15 Eine detaillierte Analyse der Dynamiken im polnischen Parteiensystem hat zum Beispiel Millard 2003a: 73-76 vorgelegt.

16 Von diesen Wählerstimmen ohne Erfolgswert entfielen allein 5.6% auf die AWS, die als Kern der amtierenden Regierungskoalition sogar den Wiedereinzug in den *Sejm* verfehlte.

grammatische Korrespondenz der Wählerpräferenzen ($\overline{M}_{pref}$) mit dem Parteiensystem auf Wähler- ($\overline{M}_v$) wie auf Parlamentsebene ($\overline{M}_m$).

Ungarn

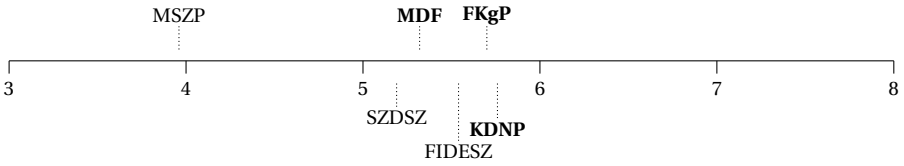
In Ungarn dominiert die Bedeutung kultureller *Issues* diejenige sozioökonomischer Themen (vgl. Kitschelt et al. 1999: 160-164). Abbildung 7.8 illustriert, dass auch deshalb die Verortung der einzelnen politischen Kräfte im Links-Rechts-Spektrum komplexer ist. Vor allem bei den "Gründungswahlen" von 1990 "clustern" die Einzelparteien nahezu undifferenziert um das Skalenmittel, und erst bei den folgenden Parlamentswahlen nehmen die Parteien differenziertere Positionen über das gesamte politische Spektrum hinweg ein. Stabilität und Berechenbarkeit des politischen Wettbewerbs gehen jedoch von der hohen zeitlichen Persistenz der einzelnen Parteien und des Parteiensystems insgesamt aus. Während in Polen die von *Solidarność* organisierte Zivilgesellschaft ideologischer Träger des Systemwechsels war, wurde der ungarische Transitionsprozess eher von den bereits frühzeitig geformten Protoparteien einer politischen Gesellschaft getragen, die bereits stabile Grundlinien des späteren Parteiensystems vorzeichneten. Eine wesentliche Konsequenz war das höchste Maß an organisatorischer Stabilität unter allen Parteiensystemen der elf Vergleichsstaaten (vgl. zu diesem Argument vor allem Linz und Stepan 1996: 3-15; 296-316).

Neben der organisatorischen Stetigkeit des Parteiensystems liegt der wesentliche Unterschied Polens und Ungarns im institutionellen Bereich. Nach seinen technischen Details beurteilt, sollte das kombinierte Wahlsystem in Ungarn eine deutlichere Konzentration des Parteiensystems induzieren, und *mindestens* im formalen Bereich sollte die Qualität der politischen Repräsentation, die Korrespondenz von Stimmen- und Mandatsanteilen der Parteien und Kandidaten, geringer sein.

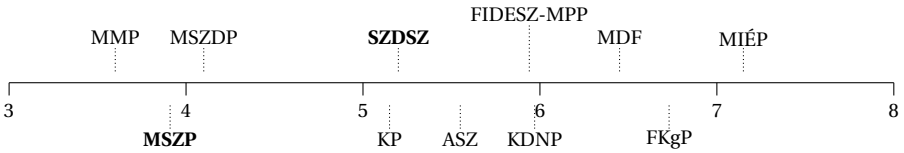
Abbildung 7.8 zeigt die Unterschiede des Mehrheits- und des Verhältniswahlsegments im kombinierten Wahlsystem Ungarns. Gemessen am pauschalen Disproportionalitätsindex D_{LSq}, wirken beide Komponenten des Wahlsystems zunächst wie *a priori* unterstellt auf die formale Repräsentationsqualität, und die Distorsion der Stimmen- und Mandatsanteile ist genau wie der *Big Party Bias* (D_β), die Überrepräsentation großer Parteien im Parlament, im Mehrheitswahl- ausgeprägter als im Verhältniswahlsegment. Dieser Befund gilt aber nicht umstandslos für den gesamten Untersuchungszeitraum, sondern Distorsionseffekte und *Big Party Bias* (D_β) waren vor allem bei den frühen Parlamentswahlen von 1990 und 1994 exzessiv; im Folgenden nahmen diese Effekte durch ein stärkeres *Finetuning*, das insbesondere von den politischen Eliten ausging, signifikant ab. Zunehmende informelle Wahlbündnisse und der häufigere strategische Rückzug einzelner Kandidaten, psychologische Wahlsystemeffekte im Sinne von Duverger (1959), minderten bei den Parlamentswahlen von 1998 und 2002 die schroffen mechanischen Effekte des Mehrheitswahlsegments.

Bei der materiellen Repräsentationsqualität, der programmatischen Entsprechung von Elektorat, Parlament und Regierung, ergibt sich bei den Wahlen zur ungarischen Nationalversammlung (*Országgyulés*) ein uneinheitliches Bild, das von der Komplexität der Wahlregeln mitgezeichnet ist. Die *parallele* Stabilität des ungarischen Wahl- und Parteiensystems erzeugte im Verhältniswahlsegment gleichermaßen eine hohe formale (D_{LSq}, D_β) und materielle Repräsentationsqualität (ΔP, ΔM), sodass nicht nur Stimmen- und Mandatsanteile eng miteinander korrespondieren, sondern auch die durchschnittlichen *Issue*-Positionen

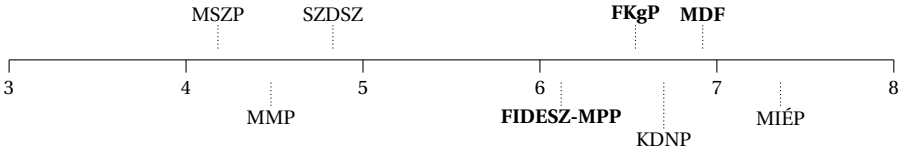
Abbildung 7.8: Das ungarische Parteienspektrum, 1990–2002



HUN1990-Vw: $D_\beta = 1.22$; $R^2 = 0.96$; $\Delta P = 0.04$; $\Delta M = 0.00$; $\Delta Reg = 0.25$
HUN1990-Ewk: $D_\beta = 1.56$; $R^2 = 0.69$; $\Delta P = 0.02$; $\Delta M = 0.12$; $\Delta Reg = 0.25$



HUN1994-Vw: $D_\beta = 1.21$; $R^2 = 0.98$; $\Delta P = 0.07$; $\Delta M = 0.06$; $\Delta Reg = 0.18$
HUN1994-Ewk: $D_\beta = 1.73$; $R^2 = 0.68$; $\Delta P = 0.09$; $\Delta M = 0.99$; $\Delta Reg = 0.18$



HUN1998-Vw: $D_\beta = 1.19$; $R^2 = 0.98$; $\Delta P = 0.08$; $\Delta M = 0.05$; $\Delta Reg = 0.89$
HUN1998-Ewk: $D_\beta = 1.07$; $R^2 = 0.70$; $\Delta P = 0.06$; $\Delta M = 0.29$; $\Delta Reg = 0.89$

HUN2002-Vw: $D_\beta = 1.15$; $R^2 = 0.99$; $\Delta P = 0.27$; $\Delta M = 0.03$; $\Delta Reg = 1.48$
HUN2002-Ewk: $D_\beta = 1.20$; $R^2 = 0.97$; $\Delta P = 0.26$; $\Delta M = 0.21$; $\Delta Reg = 1.48$

der Wähler und der erfolgreichen Listen. Eine teils andere Bewertung ergibt sich aber für die Wirkung der absoluten Mehrheitswahl auf die materielle Repräsentationsqualität. In diesem Segment des kombinierten Wahlsystems entstand zwar eine hohe formale Missrepräsentation (D_{LSq}, D_β). Mit der partiellen Ausnahme der Parlamentswahl von 1994 (HUN1994-Ewk) war aber die programmatische Korrespondenz von Elektorat und Parlament kaum geringer als im Proporzsegment.

Schließlich hatten die politischen Konsequenzen des kombinierten Wahlsystems profunde Konsequenzen für die Regierungsfähigkeit und die programmatische Konturierung von

Regierungskoalitionen. Wie in Polen war das Bindemittel der Koalitionsregierungen nicht einfach programmatische Nähe und die Vergleichbarkeit politischer Zielstellungen; vielmehr bildeten sich auch in Ungarn politische Lager heraus, die dezidiert durch ihre historische Verwurzelung in der reformbereiten Nomenklatura des *Ancien Régime* oder der ehemaligen Regimeopposition gebildet und zusammengehalten wurden. Nach den ungarischen "Gründungswahlen" von 1990 entstand eine konservative, "übergroße" Regierungskoalition aus MDF, KDNP und FKgP, die jedoch ohne den *Big Party Bias* (D_β) keine Mehrheit in der Nationalversammlung erreicht hätte. Bei den regulären Parlamentswahlen von 1994 trat eine deutliche Überrepräsentation der größten Partei (D_β) auf, und die MSZP erzielte mit nur 33.0% der Wählerstimmen im Verhältniswahlsegment eine "manufactured majority". Die Postkommunisten unter Gyula Horn nutzten diese künstliche Parlamentsmehrheit jedoch nicht zur Bildung einer Einparteiregierung, sondern sie bildeten eine übergroße Regierungskoalition mit ihrem ehemaligen Opponenten, dem liberalen SZDSZ.

Die programmatische Korrespondenz von Elektorat und Regierung war bei den beiden früheren Parlamentswahlen, gemessen am vorgestellten Indikator (ΔReg), trotz der mechanischen Effekte des kombinierten Wahlsystems recht eng. Erst ab Ende der Neunzigerjahre, mit zunehmender Differenzierung der Parteialternativen auf der Links-Rechts-Skala und der Herausbildung von zwei klar identifizierbaren politischen Lagern (vgl. Abbildung 7.8), rückten die Positionen der Regierungen stärker ab von den politischen Standpunkten der Wählermehrheiten, und die Werte des Korrespondenzindikators ΔReg erreichten allmählich ein mit Polen vergleichbares Niveau. Die inhaltliche Konnotation ist freilich eine andere, denn die ungarische Wahlgeschichte seit 1990 illustriert wohl tatsächlich die Entwicklung hin zu einem stabilen und dezidiert konkurrenzdemokratisch angelegten Parteienwettbewerb.

Blickt man nun auf beide Segmente des kombinierten Wahlsystems gemeinsam, erweist sich die ungarische Addition von Majorz und Proporz im vergleichsweise stabilsten parteiensystemischen Kontext noch am ehesten als "The Best of Both Worlds" (Shugart und Wattenberg 2001a). Das Verhältniswahlsegment des kombinierten Wahlsystems wirkte, im Vergleich mit seinen *Pendants* in den übrigen Vergleichsstaaten, recht inklusiv und stellte eine weitgehende Entsprechung von Stimmen- und Mandatsanteilen der relevanten politischen Akteure her. Im Mehrheitswahlsegment traten zwar zunächst exzessive Disproportionalitätseffekte auf (D_{LSq}), die materielle Entsprechung von Wählern und Gewählten (ΔP, ΔM) blieb jedoch beinah durchgehend gewahrt. Zudem leistete der durch die Mehrheitsregel erzeugte Mandatsbonus (D_β) einen wesentlichen Beitrag zur Einrichtung und Stabilisierung handlungsfähiger Regierungen.

Während damit das ungarische Wahlsystem dem mehrheitsdemokratischen Ideal mindestens nahe kommt, werden die Analysen kombinierter Wahlsysteme in den übrigen Vergleichsstaaten die Problematik der Mehrheitsregel in einem fluiden Kontext illustrieren.

Patrimonialer Kommunismus: Bulgarien, Rumänien, die baltischen Staaten, Russland und die Ukraine

Die Nachfolger patrimonialer kommunistischer *Anciens Régimes* weisen die ungünstigsten Kontextbedingungen für die Herausbildung eines programmatisch strukturierten, stetigen Parteienwettbewerbs auf. Kitschelt et al. (1999: 158-159) dokumentieren diese Annahme mit

einer Analyse der "programmatic crystallization" der postkommunistischen Parteiensysteme. Bei einem programmatisch konturierten politischen Wettbewerb beziehen die politischen Parteien einmal klar von einander unterscheidbare *Issue*-Positionen und verteilen sich über die Bandbreite möglicher Politikinhalte; zweitens nehmen die jeweiligen Unterstützer einer Partei kohärent weitgehend identische Positionen auf der *Issue*-Skala ein und signalisieren damit ein hohes Maß an interner programmatischer Geschlossenheit.

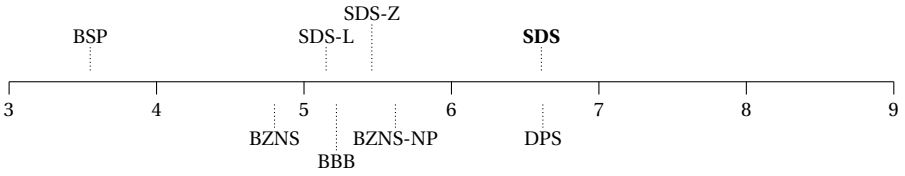
Im Anschluss an den patrimonialen Kommunismus wird dagegen ein geringes Maß an programmatischer Strukturierung erwartet, sodass einzelne Parteien oft keine klar abgrenzbare Programmatik vertreten und ihre Unterstützer regelmäßig, gemessen an der Standardabweichung ihrer individuellen programmatischen Positionen, sehr heterogene politische Präferenzen artikulieren. Politisch-historische *Legacies* des patrimonialen Kommunismus korrespondieren auf der anderen Seite mit einer weniger komplexen Anlage der Konfliktstrukturen. Konträr zu den Nachfolgern des national-akkommodativen Kommunismus werden diese Parteiensysteme nicht gleichberechtigt durch sozioökonomische *und* kulturelle Themen strukturiert, sondern der politische Wettbewerb ist generell eindimensional auf die sozioökonomische Konfliktachse gerichtet.

Bulgarien

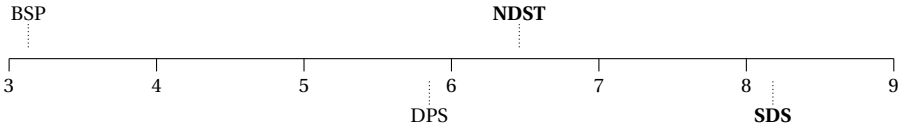
In Bulgarien blieb das Parteiensystem lange und dezidiert durch den fortgeschriebenen *Régime Divide* von gewendeter Nomenklatura und Regimeopposition geprägt. Anders als in den bislang diskutierten Nachfolgestaaten des bürokratisch-autoritären und des national-akkommodativen Kommunismus war die *Bulgarische Sozialistische Partei* (BSP) im unmittelbaren Systemwechsel die dominierende politische Kraft und konnte bei den "Gründungswahlen" vom *Big Party Bias* (D_β) des kombinierten Wahlsystems mit einer "manufactured majority" profitieren. *Vice versa* hielt die Stärke der Postkommunisten die heterogene Verbundorganisation der bulgarischen Regimeopposition, die *Union der Demokratischen Kräfte* (SDS), tendenziell organisatorisch beisammen, und auf dieser Grundlage sorgte der fortgeschriebene Regimekonflikt zwar nicht für eine dauerhafte, programmatisch unterfütterte Institutionalisierung, jedoch für die weitgehende Stabilität des bipolaren bulgarischen Parteiensystems bis zum Ende der Neunzigerjahre.

Die Wahlen zur bulgarischen Nationalversammlung (*Narodno Sǎbranie*) fanden seit 1991 auf einer stabilen institutionellen Grundlage statt. Trotz dieses vergleichsweise permissiven Verhältniswahlsystems, dessen einziges konzentrationsförderndes Element die Fünf-Prozent-Sperrklausel ist, blieb das Niveau an parlamentarischer Fragmentierung moderat, und nie waren mehr als fünf Parteien parlamentarisch repräsentiert. Abbildung 7.9 verdeutlicht das meist recht hohe Maß an formaler Repräsentationsqualität, jedoch auch zwei Qualifikationen. Bei der Parlamentswahl von 1991 war die forcierte Überrepräsentation der stimmenstarken Parteien in der Nationalversammlung durch den hohen Anteil von 25.0% unverwerteter Wählervoten begründet, die wesentlich auf einige Kleinparteien entfielen, die die Abspaltung von der heterogenen *Umbrella* SDS und ihre Etablierung als eigenständige politische Kräfte versuchten. Noch ein zweites Mal stieg der Anteil unverwerteter Wählerstimmen, und mit ihm der *Big Party Bias* (D_β), deutlich an, denn einer Phase der fortgeschriebenen Orientierung am Regimekonflikt folgte vor den regulären Parlamentswahlen von 2001 die abrupte Transformation des bulgarischen Parteiensystems mit dem Auf-

Abbildung 7.9: Das bulgarische Parteienspektrum, 1991 und 2001



BGR1991: $D_\beta = 1.31$; $R^2 = 0.98$; $\Delta P = 0.16$; $\Delta M = 0.00$; $\Delta Reg = 1.30$



BGR2001: $D_\beta = 1.16$; $R^2 = 0.99$; $\Delta P = 0.03$; $\Delta M = 0.00$; $\Delta Reg = 0.23$

brechen des bisherigen bipolaren Stabilitätsparadigmas. Der rasante Aufstieg der populistischen Neugründung *Nationale Bewegung Simeon II* (NDST) illustriert einmal die Offenheit der bislang beinah allein am *Régime Divide* strukturierten politischen Wettbewerbsstruktur (vgl. hier detailliert Harper 2003; Riedel 2002). Zweitens erzeugte dieser Bruch eine strategische Desorientierung der Wähler, die sich am erneuten Anstieg des Anteils unverwerteter Wählerstimmen und einer geminderten formalen Repräsentationsqualität ablesen lässt.

Empirisches Material, das ein fundiertes Urteil über die materielle Repräsentationsqualität begründen kann, liegt nur für beiden bulgarischen Parlamentswahlen von 1991 und 2001 vor (BGR1991, BGR2001). Abbildung 7.9 illustriert zunächst die antagonistischen Positionen, mit denen sich BSP und SDS in der Links-Rechts-Dimension gegenüberstehen. Die differenzierten Skalenpositionen beider Großakteure gehen aber nicht auf die ausgearbeitete, programmatische Institutionalisierung der Parteiensysteme zurück, sondern auf die fortgeschriebene Kohäsion des postkommunistischen und des ehemals oppositionellen Lagers. Bei beiden hier analysierten Parlamentswahlen war die materielle Korrespondenz von Elektorat und Parlament jeweils sehr eng; das liegt einmal daran, dass die parlamentarisch unrepräsentierten Kleinparteien in der schwachen Mitte des "programmatischen" Parteienspektrums stehen, sodass die generelle Korrespondenz von Elektorat und Parlament durch diesen Wahlsystemeffekt nicht betroffen ist (BGR1991). Bei der Parlamentswahl von 2001 blieb die materielle Korrespondenz von Elektorat und Parlament, gemessen an den beiden Indikatoren ΔP und ΔM, trotz der Transformation des Parteiensystems erhalten.

Als abschließender Baustein werden die Effekte der Repräsentationsqualität auf die Regierungsbildung und auf die Korrespondenz von Elektorat und parlamentarisch getragener Regierung analysiert. Dabei fällt auf, dass das bulgarische Verhältniswahlsystem häufig auch durch künstlich hergestellte Regierungsmehrheiten ("manufactured majorities") Einparteiregierungen ermöglicht hat. Die Herstellung einer tragfähigen Regierungsmehrheit war 1991 bis 1994 noch problematisch, weil die intern sehr fraktionierte SDS nur einen knappen Vorsprung vor der BSP erreichte und auf eine informelle Kooperation mit der Re-

präsentantin der türkischen Minderheit, der DPS, angewiesen war. Nach den beiden folgenden Parlamentswahlen war dann mindestens formal jeweils die Bildung einer Einparteiregierung möglich. Einmal erreichte die postkommunistische BSP eine "manufactured majority" (BGR1994), und danach gewann die SDS eine absolute Mehrheit von Stimmen und Mandaten (BGR1997). Schließlich verfehlte das parteipolitische "Vehikel" von Simeon II., die NDST, bei den folgenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus (BGR2001) nur sehr knapp eine "manufactured majority".

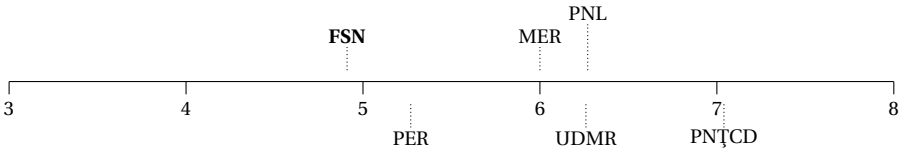
Auch Aussagen zur programmatischen Korrespondenz von Elektorat und Regierung können nur für die Wahljahre 1991 und 2001 getroffen werden. Während der unmittelbaren Systemwechselphase (BGR1991) reflektiert das hohe Maß an programmatischer Verzerrung (ΔReg) die knappe Mehrheit der vereinigten Regimeopposition und die schroffe Polarisierung beider Lager am Regimekonflikt. Zehn Jahre später korrespondieren die politischen Positionen von Elektorat und Regierung weitgehend miteinander (BGR2001). Dies ist einmal eine Konsequenz der zentristischen Position, die die NDST im Parteienspektrum einnimmt; die "Korrespondenz" wird aber auch durch die programmatische Beliebigkeit dieser populistischen Partei gebildet, die den *Legacies* des patrimonialen Kommunismus gemäß nicht programmatisch, sondern personalistisch fundiert ist.

Rumänien

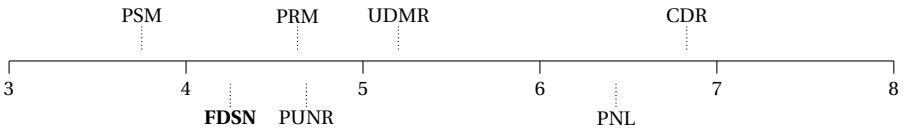
Rumänien teilt mit Bulgarien die *Legacies* eines patrimonialen kommunistischen Systems und zahlreiche weitere Kontextfaktoren des Systemwechsels. So wurde auch der rumänische Systemwechsel zunächst, nach dem Kollaps der "sultanistischen" Ceauşescu-Clique, von Vertretern der zweiten Reihe der kommunistischen Nomenklatura dominiert und gesteuert (zum Begriff der "captured revolution" vgl. Linz und Stepan 1996: 358-362). Die Entwicklung des rumänischen Parteiensystems verlief jedoch sehr viel turbulenter als in Bulgarien, und die rumänischen Parteien weisen im gesamten Untersuchungszeitraum neben der Ukraine und Russland das geringste Maß an programmatischer "Kristallisierung" auf.

Die kompetitiven rumänischen "Gründungswahlen" von 1990 wurden nach einem Verhältniswahlsystem abgehalten, das einem "no effect system" im Sinne Sartoris (1986: 54) sehr nah kam, denn es sah eine Reststimmenverwertung auf nationaler Ebene vor und implementierte kein formales, gesetztes Quorum. Die gewendete Nomenklatura, reorganisiert als *Front der Nationalen Rettung* (FSN), erreichte 66.3% der Stimmen und 66.4% der Mandate in der Abgeordnetenkammer (*Camera Deputatilor*). Daneben gelang noch sechzehn weiteren Parteien und neun Repräsentanten ethnischer Minderheiten der Einzug ins Parlament. Die in Abbildung 7.10 niedergelegten Indikatoren zeigen, dass das Wahlsystem auch *de facto* als ein "no effect system" wirkte, das weder die Überrepräsentation großer Parteien (D_β) noch substanzielle Abstriche bei der formalen (D_{LSq}) und materiellen Repräsentationsqualität (ΔP, ΔM) produzierte. Stimmen- und Mandatsanteile wie die richtungspolitischen Positionen von Elektorat und Parlament entsprachen einander beinah exakt. Bei dieser Einschätzung gilt jedoch eine Qualifikation, die die programmatische Kongruenz von Elektorat und Regierung (ΔReg) betrifft. Die deutliche Dominanz der FSN, die im richtungspolitischen Spektrum eine extreme Position bezog, über die heterogene, formal und inhaltlich fraktionierte Regimeopposition führte zu einer Einparteiregierung, die erkennbar "links" von der Position einer Mehrheit des Elektorats stand.

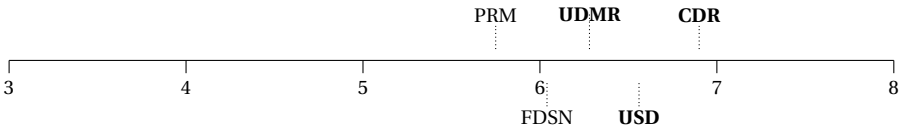
Abbildung 7.10: Das rumänische Parteienspektrum, 1990–2000



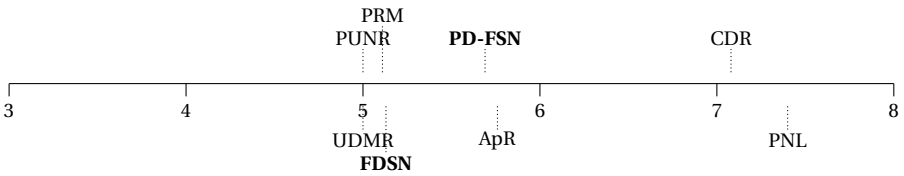
ROU1990: $D_\beta = 1.00$; $R^2 = 0.99$; $\Delta P = 0.19$; $\Delta M = 0.02$; $\Delta Reg = 0.50$



ROU1992: $D_\beta = 1.22$; $R^2 = 0.99$; $\Delta P = 0.26$; $\Delta M = 0.06$; $\Delta Reg = 1.20$



ROU1996: $D_\beta = 1.19$; $R^2 = 0.99$; $\Delta P = 0.01$; $\Delta M = 0.01$; $\Delta Reg = 0.30$



ROU2000: $D_\beta = 1.20$; $R^2 = 0.98$; $\Delta P = 0.48$; $\Delta M = 0.18$; $\Delta Reg = 0.70$

Im Folgenden wurde das Wahlsystem reformiert und eine formale Sperrklausel eingerichtet. Damit funktionierte die Verhältniswahl in Rumänien nicht mehr als “no effect system”, sondern sie erzeugte substanzielle Konsequenzen für die formale und materielle Entsprechung von Elektorat und Parlament (Birch et al. 2002: 95-100). Die formale Repräsentationsqualität kann zunächst am Anteil der “wasted votes” abgelesen werden, der von 5.5% (ROU1990) auf 20.0% (ROU1992) anstieg; dieser Trend setzte sich bei den folgenden Parlamentswahlen mit 19.9% (ROU1996) und 23.2% (ROU2000) an unverwerteten Wählerstimmen stetig fort. Damit ist durchaus eine substanzielle formale Missrepräsentation des Elektorats im Parlament verbunden; dieser Effekt bewegt sich jedoch im Mittelfeld der postkommunistischen Vergleichsstaaten insgesamt, sodass die Überrepräsentation großer Parteien, gemessen am *Big Party Bias* (D_β) und im Vergleich mit den anderen Nachfolgern des patrimonialen Kommunismus, recht moderat ausfällt.

Vom rumänischen Verhältniswahlsystem ging deshalb kein profunder Effekt auf die parlamentarische Mehrheitsbildung aus. Mit der Spaltung der *Front der Nationalen Rettung* in FSN und FDSN und der partiellen Vereinigung der konservativen Kräfte in der heterogenen *Rumänischen Demokratischen Konvention* (CDR) gab es ab 1992 keine eindeutig dominierende Kraft mehr, die allein die Schwelle zur Mehrheitsmacht erreichen konnte. Die rumänischen Verhältniswahlsysteme erzeugten nirgendwo durch eine "manufactured majority" die parlamentarische Mehrheit einer Partei, und die weitgehende Orientierung der politischen Kräfte am *Régime Divide* beschränkte die Optionen für die Kooperation der parlamentarischen Akteure, sodass, mit der Ausnahme der konservativen Koalitionsregierung von 1996, meist Minderheitsregierungen der FDSN und ihrer Nachfolger mit der informellen Unterstützung weiterer Parlamentarier entstanden (vgl. de Nève 2002: 330-339).

Dem entspricht, gemessen an den Indikatoren ΔP und ΔM, die weitgehende programmatische Kongruenz von Elektorat und Parlament. Stärkere Defizite bei der materiellen Repräsentationsqualität ergeben sich dagegen zwischen Elektorat, Parlament und Regierung (ΔReg). Diese Differenzen sind insbesondere durch den Modus der Regierungsbildung begründet, der noch immer vorrangig am Regimekonflikt orientiert ist. Die höchsten Disparitäten von Elektorat und Regierung traten bei denjenigen Kabinetten auf, die mangels weiterer Kooperationspartner 1992 und 2000 von der postkommunistischen FDSN/ PDSR als Minderheitsregierungen bestellt wurden.

Abschließend soll noch auf ein weiteres Phänomen verwiesen werden, das für die Beurteilung der Repräsentationsqualität, besonders der "Inklusivität" der rumänischen Verhältniswahlsysteme, von Bedeutung ist. Neben "wasted votes" mindern natürlich auch aus schlicht formalen Gründen ungültige Wählerstimmen die Qualität politischer Repräsentation. Der Anteil formal ungültiger Stimmen kann entweder als ein Gradmesser für eine Protestorientierung verstanden oder zum Maßstab für die Vertrautheit der Wähler mit den institutionellen Regeln der Wahl genommen werden. Generell treten im postkommunistischen Osteuropa höhere Anteile formal disqualifizierter Wählervoten auf als bei etablierten Demokratien (vgl. Millard 2004: 81-83), und vor allem in Rumänien waren regelmäßig sehr viele Wählerstimmen ungültig. Ihr Anteil schwankte von 6.2% (`ROU2000`) bis zu 12.9% (`ROU1992`). Dieses ungewöhnliche Phänomen muss zunächst als Abstrich bei der Repräsentationsqualität, der "Inklusivität" *an sich* bewertet werden. Seine kausalen Ursachen bleiben jedoch weitgehend im Unklaren. Einmal kann vermutet werden, dass das enorme Überangebot an rumänischen Parteien, das die Wahlzettel regelmäßig wie *Booklets* aussehen lässt, tatsächlich zur Konfusion der Wähler beigetragen hat. Andere Betrachter dagegen bewerteten die ungültigen Wählerstimmen als einen Beleg für die Manipulation der Parlamentswahlen.

Die baltischen Staaten

Estland, Lettland und Litauen teilen, vor allem in der neueren Geschichte des 20. Jahrhunderts, zahlreiche Kontextmerkmale, die ihre zeitliche parallele und erzwungene Inkorporation in die UdSSR erzeugt hat. Estland und Lettland, die schon in der Zwischenkriegszeit mit dem Aufbau der Schwerindustrie begonnen hatten, waren jedoch weit stärker von der sowjetischen "Nationalitätenpolitik" betroffen als das noch weitgehend agrarische Litauen. Besonders die oft erzwungene Migration russischstämmiger Arbeitskräfte in diejenigen Gebiete, die eine "anschlussfähige" ökonomische Infrastruktur besaßen, machte diese beiden

Kleinstaaten zu den ethnisch heterogensten in ganz Osteuropa. Beide Republiken, Estland und Lettland, stellten sich ostentativ in die Kontinuität zu ihrer staatlichen Eigenständigkeit in der Zwischenkriegszeit und griffen auch die damalige Definition der Staatsbürgerschaft wieder auf, sodass bedeutende Anteile der Wohnbevölkerung von politischen Rechten ausgeschlossen wurden.[17]

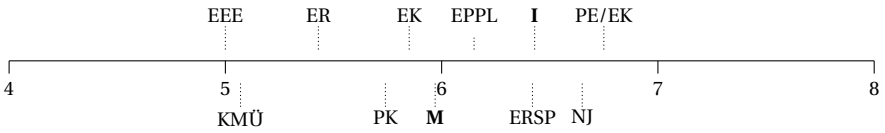
Auf dem Hintergrund dieser demografischen Entwicklung und ihrer prekären politischen Verarbeitung wird "Repräsentationsqualität" hier zu einem problematischen Begriff, weil die "Inklusivität" eines Wahlsystems nur denjenigen, ethnisch bestimmten Bevölkerungsanteil betrifft, dem politische Teilhaberechte überhaupt eingeräumt werden. Diese substanzielle Einschränkung politischer Beteiligung bedeutet eine erhebliche Qualifikation für die folgenden Bemerkungen zum Effekt des Wahlsystems auf die formale und materielle Repräsentationsqualität in Estland und Lettland. Kitschelt et al. (1999: 39) ordnen die baltischen Staaten einem Übergangstyp zwischen national-akkommodativem und patrimonialem Kommunismus zu. Dennoch kann das Baltikum nicht umstandslos als eine homogene Subregion Osteuropas gelten. Einige weitere, markante Differenzen setzen insbesondere Estland und Lettland auf der einen von Litauen auf der anderen Seite ab. Ein Vergleich der Abbildungen 7.11, 7.12 und 7.13 illustriert Differenzen in der programmatischen Ausgestaltung der drei Parteiensysteme. Während in Estland und Lettland die politischen Parteien tendenziell zur Mitte des Links-Rechts-Spektrums konvergieren, breiten sich die litauischen Parteien weiter über das richtungspolitische Spektrum aus und zeigen so eine größere programmatische Spannweite.

Differenzen unter den baltischen Staaten betreffen auch den weiteren institutionellen Bereich, die Architektur ihrer politischen Systeme. In den ethnisch heterogenen estnischen und lettischen Republiken entstand ein konsensdemokratisches Institutionensystem, das Parlamentarismus und Verhältniswahl verbindet; im homogeneren Litauen dagegen wurde eine deutlicher mehrheitsdemokratische institutionelle Architektur eingerichtet, deren Basiselemente ein semipräsidentielles Regierungssystem und ein kombiniertes Wahlsystem sind.

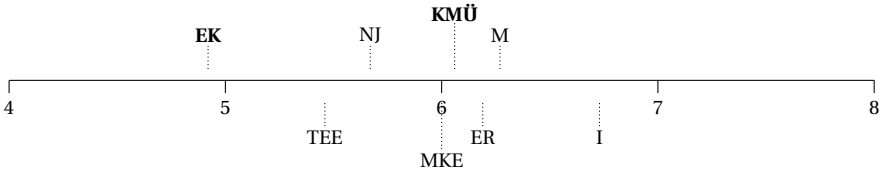
In Estland und Lettland funktionierten die Verhältniswahlsysteme tendenziell als "no effect systems" (Sartori 1986: 54). Trotz vergleichsweise hoher Fraktionierung auf der Wählerebene blieb der Anteil an "wasted votes" (vgl. Tabelle 7.3) in beiden Staaten ebenso moderat wie die Überrepräsentation der stärkeren Parteien in *Riigikogu* und *Saeimas* (D_β). Auch im Hinblick auf die materielle Repräsentationsqualität weisen Estland und Lettland, gemessen an den Korrespondenzindikatoren ΔP und ΔM, mit die geringste programmatische Verzerrung von (wahlberechtigtem!) Elektorat und Parlament unter den analysierten osteuropäischen Staaten auf. Anders als beim lettischen Wahlsystem wird jedoch die komplexe Konstruktion der estnischen Verhältniswahlsysteme kritisiert (`EST1,2`), die auf drei hierarchischen Ebenen zunächst individuelle Mandate, dann Wahlkreismandate und schließlich noch Restmandate auf einer nationalen Zusatzliste vergeben. Dieses gestufte Verfahren bewahrt zwar weitgehend die Korrespondenz von Stimmen- und Mandatsanteilen, beein-

17 Auf die Problematik dieser ethnisch exklusiven Regelungen und Praktiken kann hier nicht detailliert eingegangen werden. Details zur Entwicklung in Estland und Lettland können nachgelesen werden bei Chinn und Truex 1996; (Linz und Stepan 1996: 401-433); Pettai 2001; Sprudzs 2001. Einen vergleichenden Überblick zur politischen Repräsentation ethnischer Minderheiten im postkommunistischen Osteuropa gibt Frances Millard 2004: 224-252.

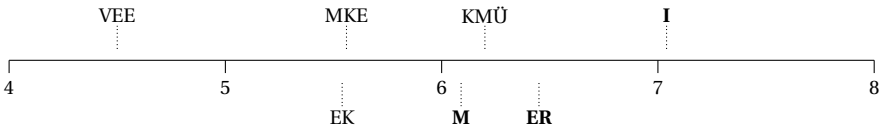
Abbildung 7.11: Das estnische Parteienspektrum, 1992–1999



EST1992: $D_\beta = 1.23$; $R^2 = 0.98$; $\Delta P = 0.19$; $\Delta M = 0.05$; $\Delta Reg = 0.47$

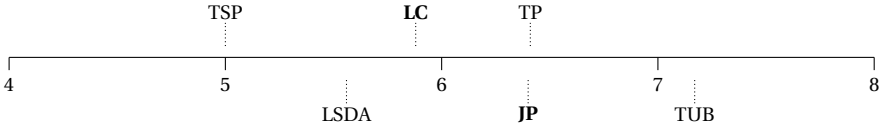


EST1995: $D_\beta = 1.19$; $R^2 = 0.99$; $\Delta P = 0.53$; $\Delta M = 0.01$; $\Delta Reg = 0.32$



EST1999: $D_\beta = 1.12$; $R^2 = 0.99$; $\Delta P = 0.18$; $\Delta M = 0.03$; $\Delta Reg = 0.59$

Abbildung 7.12: Das lettische Parteienspektrum, 1998

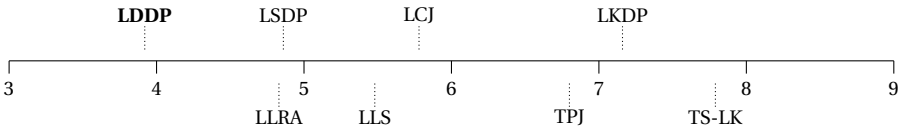


LVA1998: $D_\beta = 1.13$; $R^2 = 0.99$; $\Delta P = 0.25$; $\Delta M = 0.01$; $\Delta Reg = 0.62$

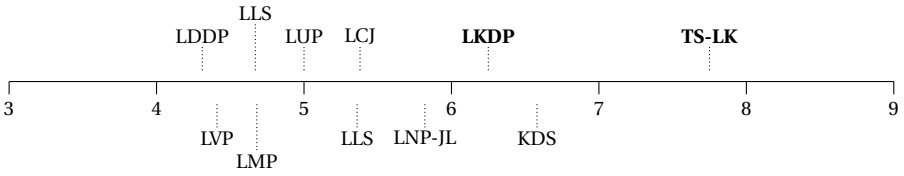
trächtigt aber durch seine komplexen Regelungen die “fairness” gegenüber einzelnen Kandidaten (vgl. Grofman et al. 1999; Mikkel und Pettai 2004).

Fragmentierte Parteiensysteme und ein “schwaches” Wahlsystem erforderten in Estland und Lettland stets die Bildung von Koalitionsregierungen. Nach zunächst, mit den gerade formulierten Abstrichen, “inklusiven” Parlamentswahlen lag damit die Vereinbarung der konkreten Regierungsbündnisse stets in den Händen der Parteieliten, und fortwährende Umgruppierungen der Regierungsparteien führten zu einer Vielzahl von unterschiedlichen Kabinetten (vgl. zur parteipolitischen Dynamik der Koalitionsbildungen Tiemann und Jahn 2002). Die Abbildungen 7.11 und 7.12 zeigen jedoch, dass die richtungspolitischen Differenzen von Elektorat und Regierungskoalitionen (ΔReg) durchgehend moderat blieben und

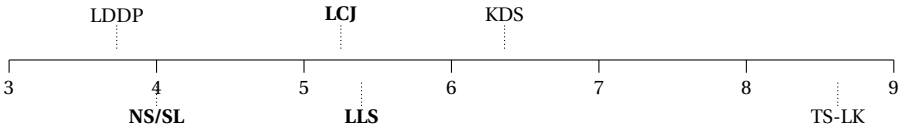
Abbildung 7.13: Das litauische Parteienspektrum, 1992–2000



`LTU1992-Vw`: $D_\beta = 1.16$; $R^2 = 0.99$; $\Delta P = 0.30$; $\Delta M = 0.05$; $\Delta Reg = 1.84$
`LTU1992-Ewk`: $D_\beta = 1.29$; $R^2 = 0.95$; $\Delta P = 0.20$; $\Delta M = 0.43$; $\Delta Reg = 1.84$



`LTU1996-Vw`: $D_\beta = 1.44$; $R^2 = 0.96$; $\Delta P = 0.50$; $\Delta M = 0.32$; $\Delta Reg = 1.68$
`LTU1996-Ewk`: $D_\beta = 1.42$; $R^2 = 0.84$; $\Delta P = 0.45$; $\Delta M = 0.86$; $\Delta Reg = 1.68$



`LTU2000-Vw`: $D_\beta = 1.24$; $R^2 = 0.97$; $\Delta P = 0.30$; $\Delta M = 0.64$; $\Delta Reg = 0.72$
`LTU2000-Ewk`: $D_\beta = 1.23$; $R^2 = 0.87$; $\Delta P = 0.20$; $\Delta M = 0.53$; $\Delta Reg = 0.72$

damit in Estland wie in Lettland mindestens diejenigen, die wahlberechtigt waren, weitgehend kongruent durch Parlament und Regierung repräsentiert waren.

Während damit die Verhältniswahlsysteme in Estland und Lettland eine hohe formale und materielle Repräsentationsqualität herstellten, fällt der Befund für die kombinierten Wahlsysteme in Litauen (`LTU1-3`) skeptischer aus. Nimmt man den Anteil an "wasted votes" zum Maßstab für die Bewertung des Verhältniswahlsegments, betrifft das erste Defizit seine wenig "inklusive" Wirkung und die tendenzielle Abwesenheit von psychologischen Wahlsystemeffekten. Der Anteil unverwerteter Wählerstimmen stieg von 16.2% (`LTU1992-Vw`) auf 32.6% (`LTU1996-Vw`) und blieb auch bei den folgenden Parlamentswahlen mit 23.4% (`LTU2000-Vw`) recht hoch. Die automatische Konsequenz dieser "wasted votes" waren gleichermaßen die hohe Disproportion der Stimmen-Mandate-Relation und die Überrepräsentation derjenigen Parteien, die im litauischen *Seimas* vertreten waren (*Big Party Bias*; D_β). Ähnlich wie im benachbarten Polen profitierte die postkommunistische LDDP zunächst von ihren organisatorischen Ressourcen, während die liberalen und konservativen Kräfte, die sich aus der ehemaligen Regimeopposition entwickelten, programmatisch heterogener und organisatorisch deutlicher fraktioniert waren.

Die bestenfalls partielle Konsolidierung des litauischen Parteiensystems war nicht nur für die "Inklusivität" des Verhältniswahlsegments problematisch, sondern unterminierte besonders den funktionalen Kontext für die absolute und ab 2000 relative Mehrheitsregel in den 71 litauischen Einerwahlkreisen. Jūratė Novagrockienė (2001: 240-253) hat einmal die generelle Tauglichkeit der Links-Rechts-Dimension für die Analyse des litauischen Parteiensystems und sodann die materielle Positionierung der einzelnen Parteien auf dieser Dimension eingehend analysiert. Dabei hat sie gezeigt, dass die litauischen Wähler und Parteieliten mindestens seit 1992 die Semantik von "Links" und "Rechts" internalisiert hatten. Die wesentlichen politischen und parlamentarischen Akteure, die postkommunistische LDDP und die konservative *Sajūdis*, waren weiter am *Régime Divide* orientiert und konvergierten, konträr zu den Annahmen des "median voter theorems" (vgl. Black 1958; Downs 1957), nicht bei zentristischen Politikinhalten, sondern bezogen jeweils polare Positionen auf der Links-Rechts-Skala.

Bei dieser Konstellation des politischen Wettbewerbs erzeugte das Mehrheitswahlsegment des litauischen Wahlsystems profunde Konsequenzen für die Repräsentationsqualität. *Formal* verletzen die hohe Disproportionalität der Stimmen-Mandate-Relation (D_{LSq}) und die signifikante Überrepräsentation großer Parteien (*Big Party Bias*; D_{β}) mindestens das Kriterium "fairness to parties". Zudem korrespondieren im litauischen Mehrheitswahlsegment Defizite der formalen und materiellen Repräsentationsqualität, sodass letztlich gleichermaßen das Kriterium "fairness to voters" verletzt wird. Die programmatische Verzerrung des parlamentarischen Parteiensystems fällt, gemessen an den Indikatoren ΔReg und ΔReg, bei Majorz- wesentlich höher aus als bei Proporzregeln.

Werden nun die beiden Segmente des litauischen "mixed-member majoritarian system" (Shugart und Wattenberg 2001c: 13-18) zusammengeführt, zeigt sich die mehrheitsbildende Wirkung, die dieser Systemtyp bei einem partiell konturierten Parteiensystem mit hinreichend kompakten Einzelparteien entwickeln kann. Bei den "Gründungswahlen" von 1992 erreichte die postkommunistische LDDP eine "manufactured majority" und konnte eine Einparteiregierung bilden; vor den regulären *Seimas*-Wahlen von 1996 entstand eine Umkehr der politischen Kräfteverhältnisse, und *Sajūdis*, nun reorganisiert als *Vaterlandsunion/ Litauische Konservative* (TS-LK), verfehlte eine künstliche parlamentarische Mehrheit nur um ein Mandat. Das Muster dieser am *Régime Divide* orientierten bipolaren Stabilität brach erst vor den Parlamentswahlen vom Oktober 2000 auf (Fitzmaurice 2002; Tiemann und Jahn 2002).

Als Kehrseite dieser meist "effizienten" Herstellung von Regierungsfähigkeit wurde die Verzerrung der materiellen Repräsentationsqualität bis in die Kabinette hinein fortgeschrieben. Litauen zeigt bei allen untersuchten Vergleichsstaaten die ausgeprägtesten programmatischen Differenzen von Elektorat und parlamentarisch getragener Regierung (ΔReg), und damit produziert ein tendenziell mehrheitsdemokratisch ausgelegtes Wahlsystem die geringste materielle Responsivität zum Mehrheitswillen (vgl. zu diesen Konzepten detailliert Powell 2000). Konträr zur ungarischen Erfahrung repräsentiert das litauische "mixed-member majoritarian system" auf diesem Hintergrund kaum "The Best of Both Worlds" (Shugart und Wattenberg 2001a). Zwar erzeugt das Mehrheitswahlsegment des MMM-Systems die aus mehrheitsdemokratischer Optik vorteilhafte Überrepräsentation der stärksten Partei im *Seimas*, und es hat auch empirisch die Regierungsbildung häufig sehr vereinfacht. Damit verbunden waren aber nicht nur Abstriche bei der formalen, sondern auch bei der

materiellen Repräsentationsqualität, die die Responsivität zum Mehrheitswillen dezidiert infrage stellen. Hinzu tritt, dass das Verhältniswahlsegment, gleichermaßen disproportional und, etwa gemessen am hohen Anteil an "wasted votes", wenig "inklusiv" wirkt. Die schroffen mechanischen Effekte des Mehrheitswahlsegments werden damit durch die Proporzregel nicht etwa "kompensiert", sondern gerade forciert.

Russland und die Ukraine

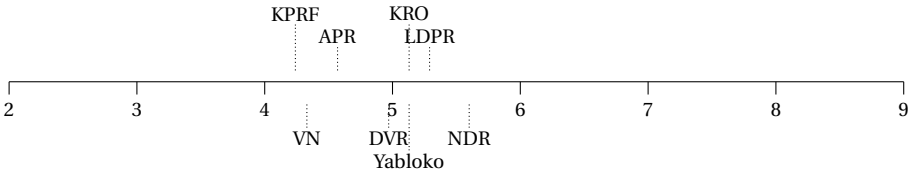
Die beiden übrigen Vergleichsstaaten, Russland und die Ukraine, weisen, gemessen am *Legacy*-Indikator, die ungünstigsten historischen und soziopolitischen Kontextfaktoren für die Herausbildung eines programmatisch strukturierten und stetigen politischen Wettbewerbs auf (vgl. Kitschelt und Smyth 2002). Die zu Beginn dieses Kapitels angeführten empirischen Analysen zur programmatischen "Kristallisierung" der postkommunistischen Parteiensysteme bestätigen diese Annahme (vgl. Abbildung 7.4). Politische "Parteien" sind in beiden Vergleichsstaaten, mit der partiellen Ausnahme der jeweiligen Nachfolgeparteien der KPdSU, programmatisch unkonturierte, inkohärente Akteure, deren Unterstützer ihre politischen Positionen weit über die Links-Rechts-Skala verteilen. Wähler und Parteieliten sind nicht durch programmatische Politikvermittlung miteinander verkoppelt, sondern durch Patron-Klient-Beziehungen. Dieser Mechanismus geht so weit, dass in beiden Vergleichsstaaten politische Parteien niemals ein Monopol für die Nominierung von Kandidaten erreichen konnten, sondern viele (erfolgreiche) Kandidaten nutzten allein personale Mobilisierungsstrategien und stellten sich als (mindestens formal) "Unabhängige" zur Wahl.

Ein weiterer Faktor, der Russland und die Ukraine dezidiert von den neun übrigen Vergleichsstaaten absetzt, betrifft die Architektur ihrer Regierungssysteme und besonders die reale Machtbalance von Präsident und Parlament. Während in den parlamentarischen und semipräsidentiellen Systemen die Initiative für die Bestellung von Ministerpräsident und Regierung bei den Parlamenten liegt, wird in Russland und der Ukraine das gesamte politische System von den Staatspräsidenten dominiert, und die jeweiligen Amtsinhaber, Jelzin und Putin in Russland und Krawtschuk und Kutschma in der Ukraine, nutzten diese formalen Prärogativen und legten ihre Kompetenzen extensiv aus.

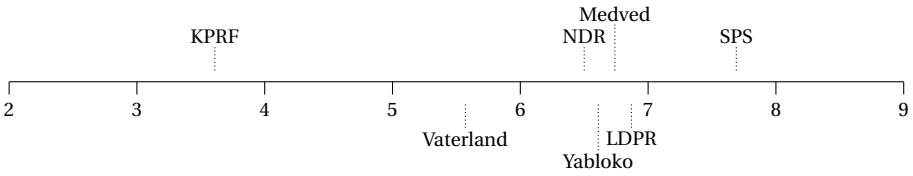
Diese Differenzierung hat gleichermaßen substanzielle Konsequenzen für Struktur und Interaktionsmuster der "Parteiensysteme" Russlands und der Ukraine wie für die konzeptionelle Anlage der folgenden Argumentation. Inhaltlich mindert die dominierende Position der Staatspräsidenten weiter die Anreize zur Errichtung programmatisch strukturierter, kohärenter und handlungsfähiger politischer Parteien.[18] Wenn die Regierung nicht parlamentarisch getragen und auf eine stete Fähigkeit zur parlamentarischen Mehrheitsbildung verwiesen ist, entfallen für Parteien und einzelne Parlamentarier die institutionellen Anreize, für programmatische Profile, stabile Kooperationsbeziehungen und disziplinierte Par-

18 In Russland muss die *Staatsduma* den Regierungschef zwar formal bestätigen (Art. 83a der russischen Verfassung); lehnt das Parlament den Ministerpräsidenten jedoch dreimal ab, gibt Art. 111 der Verfassung dem Staatspräsidenten das Recht zur Parlamentsauflösung. Diese Regelung verschiebt die faktische Autorität bei der Regierungsbildung nahezu vollständig zum Staatspräsidenten, denn bei fehlender Kooperationsbereitschaft riskieren die Parlamentarier ihr Mandat (Mommsen 2002: 361-365; White 1997). Auch die ukrainische Verfassung räumt Regierung und Ministerpräsident nur eine schwache konstitutionelle Position ein und verankert ihre Abhängigkeit von Präsident *und* Parlament (Art. 118); zudem wird die Exekutive förmlich verpflichtet, vom Präsidenten vorgelegte politische Programme umzusetzen (vgl. Bos 2002).

Abbildung 7.14: Das russische Parteienspektrum, 1995–1999



`RUS1995-Vw`: $D_\beta = 1.71$; $R^2 = 0.88$; $\Delta P = 0.07$; $\Delta M = 0.01$; ΔReg = k.A.
`RUS1995-Ewk`: $D_\beta = 1.51$; $R^2 = 0.84$; $\Delta P = 0.13$; $\Delta M = 0.20$; ΔReg = k.A.



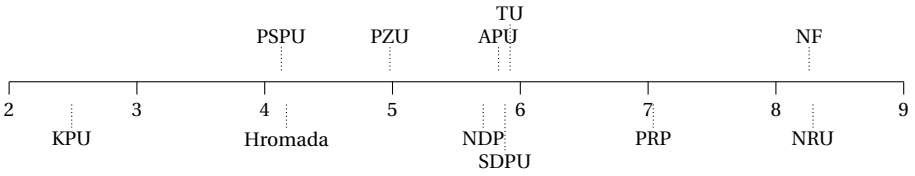
`RUS1999-Vw`: $D_\beta = 1.20$; $R^2 = 0.99$; $\Delta P = 0.10$; $\Delta M = 0.01$; ΔReg = k.A.
`RUS1999-Ewk`: $D_\beta = 1.44$; $R^2 = 0.94$; $\Delta P = 0.26$; $\Delta M = 0.33$; ΔReg = k.A.

lamentsfraktionen zu sorgen (vgl. die konzeptionelle Präsidentialismuskritik von Lijphart 1994b; Linz 1990; 1994; 1997). Für die hier vorgetragene Analyse impliziert die dominierende Position der Staatspräsidenten weiter, dass eine Messung der programmatischen Kongruenz von Elektorat und Parteiensystem mit der *Regierung* nur wenig analytischen Sinn ergibt, wenn die Regierungsbildung nicht konsequent und vorrangig aus dem Parlament erfolgt, sondern faktisch zur präsidentiellen Politikdomäne wird. Die folgenden Analysen konzentrieren sich deshalb bei der materiellen Repräsentationsqualität auf die Kongruenz von Elektorat und Parlament (ΔP, ΔM); sie verzichten jedoch darauf, die programmatische Entsprechung von Elektorat und Regierung (ΔReg) zu untersuchen.

Das russische "mixed-member majoritarian system" (MMM) wurde nicht von den politischen Akteuren verhandelt, sondern von Staatspräsident Jelzin dekretiert, und zwar zum Höhepunkt der Konflikte zwischen *Duma* und Staatspräsident. Die gleichberechtigte Vereinigung der konfliktiven Logiken von Majorz und Proporz ist deshalb weniger, wie vorher in Bulgarien, Litauen oder Ungarn, der institutionell konservierte Kompromiss von Machtinteressen der Verhandlungspartner, sondern die Einrichtung des kombinierten Wahlsystems kann eher als ein bewusster Eingriff des "Constitutional Engineering" verstanden werden.[19] Die Gruppe von Präsidentenberatern um den Reformer Victor Sheinis, die das MMM-System im Wesentlichen vorschlug und inhaltlich gestaltete, zielte dabei einmal machtpolitisch auf die Stärkung der Pro-Reform-Kräfte, besonders der damaligen "party of power", *Russlands Wahl*. Zweitens jedoch verband sie mit ihrem Vorschlag auch weitergehende In-

19 Zur Entstehung des russischen Wahlsystems liegt eine Vielzahl von Einzelbeiträgen vor; vgl. weiterführend Birch et al. 2002: 128-142; Gel'man 1999; Golosov 1998; McFaul 1999; Moser und Thames 2001; Remington und Smith 1995; Remington und Smith 1996; Remington 1998; Shvetsova 2004.

Abbildung 7.15: Das ukrainische Parteienspektrum, 1998



UKR1998-Vw: $D_\beta = 1.41$; $R^2 = 0.96$; $\Delta P = 0.20$; $\Delta M = 0.36$; ΔReg = k.A.
UKR1998-Ewk: $D_\beta = 1.05$; $R^2 = 0.95$; $\Delta P = 0.34$; $\Delta M = 0.18$; ΔReg = k.A.

teressen im Sinne eines bewussten "Constitutional Engineering", denn die Verhältniswahl mit landesweiten, geschlossenen Listen sollte die Formierung von politischen Parteien anregen, während das Mehrheitswahlsegment darauf zielte, einen Mechanismus der territorialen Repräsentation einzurichten, der auch Wähler in den weit von Moskau abgelegenen Territorien der Russischen Föderation an das zentrale politische System binden sollte (McFaul 1999).

In der Ukraine verstellten die interne Blockade der Fraktionen in der *Verkhovna Rada* wie Konflikte mit dem zunehmend konfrontativen Staatspräsidenten Leonid Kutschma lange die Perspektiven einer Wahlsystemreform. Im Konflikt mit dem Staatspräsidenten erhofften die parlamentarischen Kräfte durch die Einführung eines Verhältniswahlsegments mit geschlossenen Listen ein nachhaltiger strukturiertes, handlungsfähiges Parteiensystem und eine Aufwertung der Position der *Verkhovna Rada* gegenüber dem Präsidenten. Während das Parlament sich, auch auf der Grundlage der Empfehlung eilends herbeigeeilter "Verfassungsingenieure", auf ein kombiniertes Wahlsystem festlegte, musste die Systemreform zunächst gegen den Widerstand von Leonid Kutschma durchgesetzt werden, der eine Stärkung und organisatorische Verfestigung der größeren Parlamentsparteien nicht erhoffte, sondern befürchtete (vgl. Birch et al. 2002: 143-163; Meleshevich 1999; Wilson 1999).

Beide Komponenten der kombinierten Wahlsysteme Russlands und der Ukraine funktionierten jedoch dezidiert anders, als das "Conventional Wisdom" der etablierten Institutionenlehre den "Verfassungsingenieuren" nahegelegt hatte: Die Verhältniswahlsegmente der russischen und ukrainischen Wahlsysteme wirkten zunächst nicht "inklusiv". Die russische Parlamentswahl vom Dezember 1993 wurde nur drei Monate nach den (letztlich bewaffnet ausgetragenen) Konflikten der alten *Staatsduma* mit Präsident Jelzin abgehalten, und ihre abrupte Ansetzung gab den politischen Akteuren nur wenig Zeit, sich zu organisieren und sich für die Parlamentswahl aufzustellen. Deshalb konkurrierten nur dreizehn unterschiedliche Listen um die 225 Mandate des Verhältniswahlsegments, und der Anteil erfolgloser Wählerstimmen blieb mit nur 9.1% gering (Golosov 1999). Dieses Szenario änderte sich vor den folgenden *Duma*-Wahlen (RUS1995-Vw) grundlegend. Insgesamt wurden 43 einzelne Listen zugelassen, viele von ihnen sicher nur als Vehikel zur Verbesserung der "Sichtbarkeit" und Wahlchancen ihrer Anführer im jeweiligen Einerwahlkreis. Den Wählern fehlte aber durch diese enorme Parteienproliferation jede Möglichkeit, chancenreiche und chancenlose Listen voneinander zu scheiden. Dabei entfielen schließlich 48.1% der Wählerstimmen

auf parlamentarisch unrepräsentierte Listen; dieser enorme Einbruch der formalen Repräsentationsqualität bedeutete gleichermaßen eine enorme Disproportionalität (D_{LSq}) und führte bei den vier noch in der *Duma* repräsentierten Listen zu einem exzessiven *Big Party Bias* (D_{β}) (Moser 2001a: 500-503).

Das Verhältniswahlsegment des ukrainischen Wahlsystems war von ganz ähnlichen kausalen Mechanismen geprägt. Bei beiden Parlamentswahlen, die im institutionellen Rahmen des ukrainischen "mixed-member majoritarian system" (MMM) abgehalten wurden (`UKR1998-Vw` und `UKR2002-Vw`), entfiel jeweils ein hoher Anteil der Wählerstimmen auf Parteien, die die Sperrklausel nicht erreichten, und blieb so parlamentarisch unrepräsentiert (vgl. Tabelle 7.3). Diese Konzentration des vorparlamentarischen Parteiensystems in der *Verkhovna Rada* schlug sich in einer hohen Distorsion der Stimmen-Mandate-Relation (D_{LSq}) nieder und erzeugte eine deutliche Überrepräsentation (D_{β}) der parlamentarisch noch repräsentierten Listen.

Als noch problematischer erwiesen sich jedoch die Mehrheitswahlsegmente der russischen und ukrainischen Wahlsysteme. In den Einerwahlkreisen war die Konkurrenz um das Mandat bereits per se kleinräumig und personalisiert; zudem waren auch die "Kandidaturkosten" geringer, sodass viele Kandidaten, oft als Vertreter von Mikroparteien oder als "Unabhängige", zum Eintritt in die Mandatskonkurrenz ermutigt wurden. Diese beinah vollständige "Atomisierung" (Sartori 1976: 122-124) des politischen Wettbewerbs in den einzelnen Wahlkreisen und im gesamten Mehrheitswahlsegment entzog den Wählern und den Parteieliten die notwendigen Informationen, um den Mechanismus von strategischem Wahl- und Kandidaturverhalten effektiv wirksam werden zu lassen.

Generell werden bei diesen Konfiguration von Faktoren, einem "starken" Wahlsystem und der fast vollständigen Abwesenheit von psychologischen Effekten, die diese Wirkungen antizipieren, eine erratisch hohe Verzerrung von Stimmen- und Mandatsanteilen (D_{LSq}) und die hohe Überrepräsentation der relativ stärksten Partei (D_{β}) erwartet. Die Abbildungen 7.14 und 7.15 illustrieren jedoch, dass diese Annahme sich für die russischen und ukrainischen Mehrheitswahlsegmente nicht halten lässt. Bei den kombinierten Wahlsystemen in Russland und der Ukraine war dagegen stets die formale Repräsentationsqualität der Mehrheitswahlsegmente höher als die der Verhältniswahlsegmente. Anders als in den Mehrheitswahlsegmenten der litauischen und ungarischen Wahlsysteme war damit gleichermaßen in Russland und in der Ukraine die Konkurrenzsituation derart unstrukturiert, dass nicht einmal die mechanischen Effekte von Wahlsystemen greifen konnten.

Empirisches Material, das eine Analyse der materiellen Korrespondenz von Elektorat und Parlament prinzipiell ermöglicht, liegt für die russischen Parlamentswahlen von 1995 und 1999 (`RUS1995-Vw` und `RUS1999-Vw`) und für die Wahl zur ukrainischen *Verkhovna Rada* von 1998 (`UKR1998-Vw`) vor. Eine Analyse der materiellen Repräsentationsqualität ist in Russland und der Ukraine nur bedingt möglich, und sie muss mit weit größeren Bedenken formuliert und gelesen werden als die Bemerkungen zur formalen Korrespondenz von Elektorat und Parlament. Wenn die Indikatoren ΔP und ΔM für die genannten Parlamentswahlen weniger Verzerrung und mehr Kongruenz als in vielen übrigen Vergleichsstaaten aufweisen, liegt das sicher weniger in der profunden Kompatibilität der Positionen von Elektorat und Parlament als an der mangelnden programmatischen Ausrichtung des politischen Wettbewerbs.

7.5 Zusammenfassung

Im Zentrum dieses Kapitels steht die "Repräsentationsqualität" im postkommunistischen Osteuropa. *Dass* politische Repräsentation ein Kernelement jeder indirekten, parlamentarischen Demokratie bestimmt, ist in der Diskussion nicht umstritten. Jedoch bestehen Konflikte über den Stellenwert von politischer Repräsentation gegenüber anderen Systemzielen und auch über die konkrete inhaltliche Bedeutung dieses Konzepts.

Eingangs wurden die konträren Zugänge von Mehrheits- und Konsensdemokratie einander gegenübergestellt. In der konsensdemokratischen Perspektive gilt bereits die formale Repräsentation, die Korrespondenz von Stimmen- und Mandatsanteilen aller politischen Kräfte, *an sich* als ein wesentliches Desiderat, und dieses Konzept zielt vorrangig auf die "inklusive" Abbildung aller gesellschaftlichen Gruppen und Interessen im Parlament, die als wesentlicher Baustein für die Herstellung von politischer Legitimität und von Vertrauen in das staatliche Institutionensystem benannt wird. Aus der mehrheitsdemokratischen Perspektive wird diese Vorstellung jedoch scharf zurückgewiesen. Ihr normatives Ideal ist die direkte, vertikale Verantwortlichkeit der Gewählten gegenüber ihren Wählern. Dennoch kommt auch ein mehrheitsdemokratisches Konzept, sofern es sich nicht in einer rein formalen Perspektive erschöpft, nicht ohne einen materiellen Mindeststandard für die Repräsentationsqualität aus. Mindestens muss auch von dieser Warte gezeigt werden, dass es die politische Mehrheit ist, die den dominierenden Einfluss in Parlament und Regierung ausübt (vgl. detailliert zu diesen "Two Visions of Democracy" Powell 2000).

Die formale und materielle Repräsentationsqualität ist besonders im postkommunistischen Osteuropa von unmittelbarer praktischer Relevanz. Politische "Repräsentation" ist bereits inhärent problematisch, wenn in vielen der Vergleichsstaaten ethnische Minderheiten von der Partizipation formal oder real ausgeschlossen werden (vgl. detailliert Millard 2004: 224-252). Auch die teils sehr geringen Raten der Wahlbeteiligung, die eine Delegitimierung politischer Institutionen und Verfahren signalisieren können, verschärfen diese Problematik noch (vgl. Birch 2003: 55-76). Schließlich bestimmt das Wahlsystem signifikant den Grad und die Art der repräsentativen "Inklusion" mindestens derjenigen, die wahlberechtigt sind und zur Wahl gehen.

Der Vergleich etablierter Demokratien und postkommunistischer Staaten hat zunächst gezeigt, dass die formale Repräsentation in den "neuen" Demokratien wesentlich prekärer ist. Der Grad der formalen "Inklusivität" liegt dort geringer als in etablierten Demokratien, und die häufig ausbleibende Anpassung des Verhaltens von Wählern und Parteieliten an die Anreizstrukturen der Wahlsysteme sorgt für einen wesentlich höheren Anteil von Wählerstimmen ohne Erfolgswert. Zweitens wirkt das jeweilige Wahlsystem *direkt* auf die Repräsentationsqualität. Formal entsprechen einander die Stimmen- und Mandatsanteile der politischen Kräfte sehr viel besser bei Proporzregeln als bei Majorzregeln. "Starke" Wahlsysteme erzeugen dagegen in den osteuropäischen Vergleichsstaaten häufig eine enorme Disproportionalität (D_{LSq}). Ob sich diese Verzerrung aber als die parlamentarische Überrepräsentation der stärksten politischen Partei (D_{β}) ausdrückt, hängt besonders von der Institutionalisierung der Parteiensysteme ab. Bei einigermaßen institutionalisierten Wettbewerbsbedingungen, die mindestens von politischen *Parteien* dominiert werden, setzte durchaus ein mehrheitsbildender Effekt, bis hin zur "manufactured majority" ein; Beispiele sind Litauen und Ungarn. Dieser Impuls auf eine vereinfachte Regierungsbildung bleibt jedoch

vollständig aus, wenn die "Parteiensysteme" unstrukturiert und eher von einzelnen Kandidaten als von organisierten politischen Parteien dominiert werden; dieses Problem wirkt in Russland und der Ukraine.

So weit beziehen sich die Befunde auf aus mehrheitsdemokratischer Perspektive wenig relevante Themen. Über die *formale* Betrachtung hinaus haben aber die Analysen der *materiellen* Repräsentationsqualität, der richtungspolitischen Kongruenz von Wählern, Parteiensystemen, Parlamenten und Regierungen, ergeben, dass Mehrheitsregeln meist eine wesentlich höhere richtungspolitische Missrepräsentation dieser unterschiedlichen Ebenen erzeugen als Proporzregeln. Diese Befunde sollten auch aus mehrheitsdemokratischer Optik ernst genommen werden, denn Mehrheitsregeln verfehlen so im fluiden Kontext der postkommunistischen Parteiensysteme ihr normatives Ideal, die unbedingte Orientierung am Mehrheitswillen der Wähler.

Wenn sich diese Befunde halten und empirisch replizieren lassen, bedeuten sie eine wesentliche Beschränkung für die lang- und mittelfristige Legitimierung der parlamentarisch getragenen Demokratien in Osteuropa. Mehrheitsregeln stellen bei kaum institutionalisierten Parteiensystemen damit keine geeignete Option für ein "Constitutional Engineering" dar, sondern sie erweisen sich, wenn ihre Funktionsbedingungen prekär sind, als tendenziell erratisch funktionierende Bausteine des politischen Institutionensystems.

8 Fazit: Zum "Constitutional Engineering"

Mit dem "neuen" Institutionalismus kehrt die Politikwissenschaft, gleichwohl konzeptionell wie methodisch erneuert und dezidiert empirisch ausgerichtet, auf ihr wohl originäres Terrain zurück. Ein Forschungsfeld, das von dieser paradigmatischen Wende bei konzeptionellen Entwürfen und in angewandter, empirischer Arbeit besonders profitierte, ist die Analyse der politischen Konsequenzen von Wahlsystemen. Der Neoinstitutionalismus greift damit eine "klassische" Fragestellung der vergleichenden Regierungslehre neu auf und untersucht sie gleichermaßen mit erweiterten Perspektiven wie mit einem modernisierten empirischen Forschungsprogramm. "Duvergers Gesetz" und "Hypothese", Kernaussagen der etablierten Institutionenlehre, wurden zunächst spieltheoretisch als kausal ausgearbeitete Hypothesen formuliert und rigorosen, systematischen empirischen Tests unterzogen.

Diese Systematisierung der Wahlsystemforschung hat darüber hinaus noch zwei weitere, zentrale Einsichten erbracht: (1) Die formale Modellierung der Effekte von Wahlsystemen verweist zwangsläufig auf die Geltungsvoraussetzungen des spieltheoretischen Arguments. Auf diese Weise gelingt die Differenzierung von Bedingungen, die die Funktion von Wahlsystemen fördern oder hemmen. Anders gewendet: Gerade die formalisierte Betrachtung eröffnet die Perspektive für die systematische Benennung und Berücksichtigung von soziopolitischen und historischen Kontextfaktoren, die die Funktionsweise politischer Institutionen mitbestimmen. (2) Das differenzierte Konzept des Neoinstitutionalismus begreift politische Institutionen nicht allein als eine unabhängige, verursachende Variable, die ihrerseits politische Konsequenzen erzeugt. Wahlsysteme werden vielmehr, in einer zirkulären Kausalität, auch als abhängige Variablen verstanden, die von den Interessen der politischen Akteure, soziopolitischen und historischen Kontextfaktoren oder dem Einfluss externer Politikberatung mitverursacht sind.

"Constitutional Engineering" in der Theorie

Die paradigmatische Wende reicht deshalb weit über den genuin akademischen Bereich hinaus. Unter den programmatischen *Labels* "Constitutional Engineering" (Sartori 1994) oder "Electoral Engineering" (Norris 2004) verlassen Neoinstitutionalisten systematisch eine enger gefasste akademische Sphäre und wenden sich dezidiert politisch-praktischen Fragestellungen zu. Sozialwissenschaftler, allen voran Politologen, treten nun zunehmend als politische Ratgeber auf, sie beraten in Kommissionen die Reform von Wahlsystemen der etablierten Demokratien[1] und diskutieren "angemessene" institutionelle *Designs* bei der Transformation autokratischer Systeme.[2] Das Motiv dieser "Verfassungsingenieure" ist dezidiert,

1 Damit sind zum Beispiel die Beratungen der "Jenkins-Kommission" zur Wahlreform in Großbritannien (vgl. Farrell 2001) oder die Diskussion zur Reform des kanadischen Mehrheitswahlsystems gemeint (vgl. Weaver 2001). Direkt in eine konkrete Wahlsystemreformen mündeten die Beratungen der neuseeländischen "Royal Commission on the Electoral System" (vgl. Denemark 2001).

2 Ausführliche Diskussionen des "Constitutional Engineering" für "divided societies" haben Reynolds und Reilly (1997) und Reilly (2001) vorgelegt. Rein Taagepera hat sich, neben anderen, mit den Wirkungen unterschiedlicher Wahlsystemtypen in Demokratisierungsprozessen beschäftigt (Taagepera 1998b; 2002; Taagepera und Shugart 1989a).

dort, wo die soziopolitischen und historischen Kontextfaktoren abträglich für die Errichtung und Stabilisierung einer kompetitiven Massendemokratie scheinen, den politischen Prozess durch ein "kluges" institutionelles *Design* zu kanalisieren und positive Kontextfaktoren am Reißbrett politischer und politikwissenschaftlicher Technokraten künstlich zu erzeugen.

Die Debatte zum "Constitutional Engineering" blieb damit nicht auf rein akademische Zirkel beschränkt, sondern es entstand, im Eindruck der "dritten Welle" von Übergängen zu demokratischen politischen Systemen, ein ganzes Spektrum von Initiativen und Organisationen, staatlichen wie nichtstaatlichen, die sich dezidiert mit praktischen Aspekten einzelner Wahlsystemtypen beschäftigten und eine Infrastruktur für Politikberatung zu schaffen versuchten. Dies sind etwa das "Administration and Cost of Elections"-Projekt (ACE; `http://www.aceproject.org/`), das "International Institute for Democracy and Electoral Assistance" (IDEA; `http://www.idea.int/`) und die "International Foundation for Election Systems" (IFES; `http://www.ifes.org/`). Weitere Organisationen beschäftigen sich mit Wahlsystemen in "neuen" Demokratien, etwa das Projekt "Designing Better Electoral Systems for Emerging Democracies" (SDSS; `http://www.uiowa.edu/%7Eelectdis/`), und daneben entstanden spezifisch regional ausgerichtete Initiativen wie die "Association of Central and Eastern European Election Officials" (ACEEEO; `http://www.aceeeo.org/`).

Die politische Zielstellung der einzelnen akademischen und praktisch-politischen Initiativen unterscheidet sich aber. Einige zielen zunächst auf die theoretische Herleitung und/oder die praktische Durchsetzung *normativ* bevorzugter institutioneller *Designs*. Aus einer angloamerikanisch geprägten philosophischen Grundposition, die besonders auf die Erleichterung der Regierungsbildung und die unmittelbare politische Verantwortlichkeit der Gewählten zielt, wird etwa von Karl Raimund Popper (1988: 25-26) die Option für ein relatives Mehrheitswahlsystem begründet.[3] Auch die bundesdeutsche Wahlsystemdiskussion der Fünfziger- und Sechzigerjahre zeigt mit den weitgehend ähnlich gelagerten Präferenzen und Reformvorschlägen Dolf Sternbergers (1964) die enge Verbindung von axiomatischen Gesellschafts- und Demokratiemodellen mit konkreten institutionellen Empfehlungen. Bei der Transformation vormals kommunistischer Systeme wurden Mehrheitsregeln, besonders aus ökonomischer Perspektive, als nächstbeste Alternative zu einer Modernisierungsdiktatur und als Garanten für die effiziente Abwicklung der realsozialistischen *Legacies* dargestellt (vgl. die Kritik bei Przeworski 1992b; Przeworski et al. 2000).

Normativ ausgerichtete Anhänger der Konsensdemokratie begreifen diese polare Alternative dagegen als "kinder and gentler democracy" (Lijphart 1999: 275). Von dieser Warte, die eine breite, inklusive Repräsentation aller politischen Gruppen als normative Zielstellung heraushebt, wird die Option für ein Verhältniswahlsystem begründet und der Konkurrenzdemokratie ein stärker an Kompromiss und Proporz orientiertes Modell gegenüber gestellt; in diesem Sinne hat etwa Giuseppe DiPalma (1990) unter dem *Label* "institutional garantismo" konkrete Vorschläge für Transformationsstaaten entwickelt. Die Perspektive auf ein praktisches "Electoral Engineering" wird dabei regelmäßig mit dem *Fairness*-Argument begründet: "Making Every Vote Count" (Milner 1999; 2004).

Neben dieser normativen Fundierung enthalten die polaren Entwürfe Mehrheits- und Konsensdemokratie aber auch jeweils empirische Hypothesen, die argumentieren, dass das

3 Man könnte noch hinzusetzen, dass Popper mit dieser weithin empirisch unbegründeten Aussage nicht dezidiert auf dem methodischen Boden seiner eigenen *Logik der Forschung* steht.

jeweils bevorzugte institutionelle *Design* die normativ wünschenswerten Resultate tatsächlich herstelle; normative Entwürfe und empirische Hypothesen verhalten sich damit zueinander wie Zweck und Mittel. Anhänger mehrheitsdemokratischer Konzepte müssen also zeigen, dass Mehrheitswahlsysteme die funktionale Reduzierung des Parteienspektrums tatsächlich erreichen können; die Vertreter konsensdemokratischer Positionen müssen zeigen, dass Verhältniswahlsysteme *de facto* eine adäquate, inklusive Repräsentation der relevanten sozialen Gruppen im Parlament bewirken können. Im Mittelpunkt dieser Analyse stehen nicht die kaum verhandelbaren normativen Axiome, sondern die aus beiden Perspektiven, Mehrheits- und Konsensdemokratie, vorgebrachten empirisch prüfbaren Argumente zu den Vorzügen und Nachteilen von Mehrheits- und Verhältniswahl.

Einsichten in die Funktionsweise und in die politischen Konsequenzen konkreter Institutionen können aus zwei verschiedenen Quellen entstehen: Die *deduktive* Perspektive basiert auf den reichhaltigen, kumulativ zusammengetragenen und intersubjektiv prüfbaren theoretischen Erkenntnissen der vergleichenden Sozialwissenschaft; ein Beispiel ist die deduktiv abgeleitete, spieltheoretisch formulierte Neufassung von "Duvergers Gesetz", die Gary W. Cox (1997) vorgelegt hat. Die *induktive* Perspektive dagegen gründet auf empirischen Beobachtungen und der Formulierung von Hypothesen auf der Basis beobachteter Regelmäßigkeiten; ein Beispiel ist die von Arend Lijphart (1994a) erarbeitete, induktive statistische Analyse der Wirkungen von Wahlsystemen auf die Fragmentierung der Parteiensysteme und die Distorsion der Stimmen-Mandate-Relation in 27 langfristig etablierten Demokratien.

Die Antithese der *deduktiven* und der *induktiven* Perspektive wird jedoch im methodischen Lehrbuchwissen regelmäßig übertrieben. Theorien und Hypothesen entstehen, auch wenn sie deduktiv, etwa spieltheoretisch hergeleitet und begründet werden, nie in einem abstrahierten und abgeschotteten Raum, sondern werden stets im Lichte vorgefundener, realer Problemstellungen formuliert. *Vice versa* kann auch eine induktive Generalisierung nicht ohne mindestens ein einfaches, implizites begriffliches und kausales Gerüst auskommen, das die Ordnung des erhobenen empirischen Materials anleitet und faktisch erst ermöglicht. Wird diese Perspektive akzeptiert, folgt sofort, dass alle Einsichten in die Funktion von Wahlsystemen, die in die praktische politische Diskussion eingebracht werden, notwendig auf ein empirisches Fundament verwiesen sind. Jede Expertise der "Verfassungsingenieure" stützt sich deshalb regelmäßig mindestens anteilig auf empirische Beobachtungen, und damit wird gleichzeitig die Frage nach der Generalisierbarkeit empirischer Befunde aus etablierten Demokratien oder aus der Transformation autoritärer Systeme auf die Systemwechsel im postkommunistischen Osteuropa aufgeworfen.

Zentrale empirische Resultate

Diese Untersuchung steht auf zwei grundlegenden konzeptionellen Annahmen: Die erste schreibt politischen Institutionen, hier Wahlsystemen, einen profunden Effekt auf den politischen Prozess zu. Es wird also angenommen, dass es, gemessen an den beiden Dimensionen abhängiger Variablen, einen Unterschied macht, ob nach Mehrheitswahl, verschiedenen Varianten der Verhältniswahl oder kombinierten Wahlsystemen gewählt wird. Das meint nicht, dass identische Wahlsysteme über alle Vergleichsstaaten und -kontexte hinweg stets identische Wirkungen auf Parteiensysteme und Repräsentationsqualität entwickeln, die mit dem etablierten Lehrbuchwissen der vergleichenden Institutionenlehre korrespon-

dieren. Neben dem "klassischen" institutionellen Argument wird vielmehr auch die kontextuelle Einbettung von Wahlsystemen beachtet.

Die zweite konzeptionelle Annahme zielt auf die Art des Effekts von politischen Institutionen und seine Abhängigkeit von soziopolitischen Funktionsbedingungen oder, konkreter, dem Kontext des osteuropäischen Systemwechsels. Als zentrales Kontextkriterium für die Funktion von Wahlsystemen wird dabei die Institutionalisierung der politischen Parteiensysteme bestimmt. Die Annahme ist, dass Wahlsysteme nur dann ihre *a priori* theoretisch erwarteten und in etablierten Demokratien beobachteten Effekte erzielen, wenn der politische Wettbewerb gleichermaßen für Wähler wie für Parteieliten ein bestimmtes Mindestmaß an Konstanz und Berechenbarkeit aufweist.

Beide Prämissen können empirisch bestätigt werden. Einmal zeigen variablen- und fallorientierte Analyseperspektiven gleichermaßen die profunden Wirkungen von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen und die Qualität politischer Repräsentation. Besonders die empirischen Resultate, die für langfristig etablierte Demokratien gefunden wurden, entsprechen *grosso modo* den theoretischen Erwartungen. Dieser statistische Befund ergibt sich robust, selbst wenn die Analyse mit unterschiedlichen Datensätzen repliziert oder die Perspektive auf vormals autoritäre Systeme aus Südeuropa oder Lateinamerika erweitert wird. Freilich illustrieren die empirischen Befunde, im Konsens mit den theoretischen Prämissen des Neoinstitutionalismus, auch die Grenzen dieser Perspektive. Institutionelle Effekte funktionieren stabil; ihre Erklärungsleistung ist aber nicht, im Sinne eines "soziologischen Gesetzes" (Duverger 1959), deterministisch umfassend, und sie wirken als ein Faktor neben und in der Interaktion mit anderen Erklärungsgrößen.

Die generellen Resultate der Analyse kennzeichnen damit eine institutionalistische Perspektive als theoretisch angemessen und empirisch ertragreich. Die Funktionsdifferenzen von Wahlsystemen in theoretischer Erwartung wie in etablierten Demokratien auf der einen und im postkommunistischen Osteuropa auf der anderen Seite rechtfertigen darüber hinaus die methodische Grundentscheidung, die Aufsplittung des empirischen *Samples* in eine Vergleichs- und eine Kontrollgruppe. Die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen, die über viele heterogene Kontexte hinweg weitgehend robust gezeigt werden können, lassen sich gerade im postkommunistischen Osteuropa nicht replizieren. Aus dieser Beobachtung folgen zwei wesentliche Desiderate. Das erste betrifft eine genaue Spezifizierung derjenigen Kontextfaktoren, die die funktionalen Kontexte der "neuen" Demokratien in Osteuropa von den übrigen Fällen abheben. Auf dieser Grundlage steht zweitens die Entwicklung von Theorien und Hypothesen, die die Effekte von Wahlsystemen spezifisch für den Kontext des osteuropäischen Systemwechsels erklären.

In dieser Arbeit wurde versucht, diese Differenz mit dem unterschiedlichen Grad an langfristiger, programmatischer Strukturierung zu erklären, den einmal Parteiensysteme in "alten" und in "neuen" Demokratien und, mit Blick auf die Binnendifferenzierung des postkommunistischen Osteuropas, Parteiensysteme in den einzelnen Vergleichsstaaten aufweisen. Neben der Tiefe und der Dauerhaftigkeit des ökonomischen Absturzes einiger Vergleichsstaaten, besonders Russlands und der Ukraine, sind die fortgeschriebenen, teils abrupten Umbrüche in den volatilen postkommunistischen Parteiensystemen ein wesentliches Charakteristikum des Systemwechsels. Diese Abwesenheit von Struktur, teils die Abwesenheit eines Parteiensystems *in toto*, entzieht den politischen Akteuren die notwendi-

gen Informationsressourcen für die strategische Adaption an die institutionellen Anreize des Wahlsystems.

Für die Validität dieser doppelten Differenzierung spricht eine Fülle von empirischen Belegen; diese Befunde werden im Folgenden mit ihren politischen Konsequenzen für die beiden Dimensionen abhängiger Variablen, die Fragmentierung von Parteiensystemen und die Qualität politischer Repräsentation, kurz dargestellt und zusammengefasst. Die Abbildungen 8.1 und 8.2 skizzieren die Zusammenhänge der unabhängigen Variablen *Effective Magnitude* (M_{eff}) mit den abhängigen Variablen in der Fragmentierungsdimension (N_v, N_m) und bei der Qualität politischer Repräsentation (D_{LSq}, ΔM und ΔReg); die statistischen Assoziationen beider Dimensionen werden dabei als einfache bivariate Korrelationskoeffizienten (*Pearson's r*) angegeben.

Wahlsysteme und Parteiensysteme

Die mehrheitsdemokratische Perspektive fragt vorrangig nach der Effektivität von Wahlsystemen, die bestimmt wird als ihre Fähigkeit, eine funktionale Reduzierung des politischen Parteienspektrums zu induzieren und so die Regierungsbildung zu erleichtern. In dieser Optik beschäftigen sich die *Hypothesen 1* bis *4* mit den Effekten von Wahlsystemen auf die Fragmentierung von Parteiensystemen auf nationaler Ebene und auf der Wahlkreisebene (zur theoretischen Herleitung dieser und der folgenden Hypothesen vgl. Kapitel 3.3).

Wahlsysteme und nationale Parteiensysteme

Hypothese 1 zielt zunächst auf "Duvergers Gesetz" und die dort postulierte Verbindung von (relativer) Mehrheitswahl und Zweiparteiensystem. In etablierten Demokratien kann dieser Effekt, wenn auch nicht deterministisch, so doch sehr robust gezeigt werden. Die empirischen Befunde der postkommunistischen Vergleichsgruppe widersprechen jedoch diametral dieser etablierten Hypothese aus dem Lehrbuchwissen der vergleichenden Politikwissenschaft. Mehrheitswahlsysteme und Mehrheitsregeln in kombinierten Wahlsystemen verfehlen in den "neuen" Demokratien Osteuropas das ihnen unterstellte Effektivitätsziel, und sie induzieren keine effektive Konzentration der politischen Parteiensysteme. Dieses Resultat kann gerade dort deutlich abgelesen werden, wo die *Legacies* der kommunistischen *Anciens Régimes* abträglich für die Entwicklung und Stabilisierung eines dauerhaften, programmatisch strukturierten politischen Wettbewerbs sind, in den Nachfolgeregimes des patrimonialen Kommunismus. Besonders in Russland und in der Ukraine erwiesen sich die Mehrheitswahlsegmente der kombinierten Wahlsysteme als Einfallstore für eine enorme Fragmentierung der vorparlamentarischen und parlamentarischen Parteiensysteme; damit sind vor allem oft dezidiert "personalisierte" Kleinstparteien und "unabhängige" Kandidaten gemeint (vgl. Birch 2000a; Moser 1999b; 2001b).

In Litauen wirken die Kontextbedingungen, gemessen am *Legacy*-Indikator, günstiger, und mindestens sind es dort politische *Parteien*, nicht "Unabhängige", die um die Mandate im *Seimas* konkurrieren. Jedoch liegt auch hier die Fragmentierung von Elektorat und Parlament *weit* oberhalb der institutionellen Aufnahmekapazität ("carrying capacity") des Mehrheitswahlsegments. Allein beim kombinierten Wahlsystem Ungarns, das bei den historischen *Legacies* eines national-akkommodativen kommunistischen *Ancien Régime* an-

schließt, konnte sich allmählich eine Adaption von Wählern und Parteieliten an die institutionellen Anreize des Mehrheitswahlsegments herausbilden. Während anfangs das Mehrheitswahlsegment des kombinierten Wahlsystems noch sehr fragmentiert war, setzte verstärkt bei den Parlamentswahlen von 1998 und 2002 die strategische Koordination der politischen Lager ein, und die Anzahl der Parteien und Kandidaten sank bis auf die institutionelle Aufnahmekapazität der absoluten Mehrheitswahl.

Hypothese 2 beschäftigt sich mit Duvergers Annahmen zu den politischen Konsequenzen von Verhältniswahlsystemen. Dieser Systemtyp, den Giovanni Sartori (1986: 54) als das "no effect system" etikettiert, funktioniert nicht so voraussetzungsvoll wie seine stärker mehrheitsdemokratisch ausgerichteten Pendants. Innerhalb der Verhältniswahl verläuft die wesentliche Differenz zwischen Systemen ohne und solchen mit formaler, gesetzter Sperrklausel. Wie die verschiedenen Mehrheitswahlsysteme errichtet die Verhältniswahl in regionalen Wahlkreisen keine effektive Sperrwirkung gegen Kleinparteien. Verhältniswahlsysteme, die sich nicht auf die verhaltensabhängige "natürliche" Barriere kleiner Wahlkreise verlassen, sondern eine formale Sperrklausel setzen, reduzieren dagegen quasi definitionsgemäß die Fragmentierung der Elektorate im Parlament. Beim volatilen Kontext der osteuropäischen Systemwechsel erweisen sich formale Quoren, die oft als "gespreizte" Sperrklauseln höhere Barrieren für Wahlbündnisse als für Einzelparteien errichten, als das einzige effektive Instrument, das mindestens auf parlamentarischer Ebene die Parteienproliferation begrenzen konnte.[4]

Der Vergleich von Majorz- und Proporzregeln untermauert diese Befunde. Konträr zu den in "Duvergers Gesetz" und "Duvergers Hypothese" niedergelegten Erwartungen weisen Mehrheitswahlsysteme und -segmente in den postkommunistischen Vergleichsstaaten regelmäßig ein höheres Fragmentierungsniveau auf als Verhältniswahlsysteme und -segmente. Dieser Befund gilt nicht nur im statistischen Querschnitt, sondern lässt sich, bei weitgehender Kontrolle potenziell intervenierender historischer und soziopolitischer Kontextfaktoren, besonders gut an den kombinierten Wahlsystemen ablesen. Bei den meisten osteuropäischen Parlamentswahlen war in der Gruppe der kombinierten Wahlsysteme Litauens, Russlands, der Ukraine und Ungarns die *Effective Number of Electoral Parties* im Mehrheitswahlsegment *höher* als im Verhältniswahlsegment. Nur dort, wo politische *Parteien*, nicht "Unabhängige" den Wettbewerb kontrollierten, in Ungarn und, mit Abstrichen, in Litauen, reduzierten die mechanischen Konzentrationseffekte des Wahlsystems die *Effective Number of Parliamentary Parties* des Mehrheitswahlsegments auf ein Niveau unterhalb des Verhältniswahlsegments.

Die Abbildungen 8.1 und 8.2 illustrieren zusammenfassend die Effekte von Wahlsystemen auf Parteiensysteme und die Kontextabhängigkeit dieser Wirkungen. In etablierten Demokratien erlauben permissivere Wahlsysteme, also solche mit einer höheren *Effective Magnitude*, ein höheres Niveau an elektoraler ($\mathrm{Corr}(M_{eff}, N_v) = +0.47^{**}$) und parlamentarischer Fragmentierung ($\mathrm{Corr}(M_{eff}, N_m) = +0.59^{**}$). Im postkommunistischen Osteuropa wird diese kausale Beziehung verkehrt, denn *a priori* als restriktiver eingeschätzte, "star-

4 Insofern liegt der skeptische Befund von Stefanie Babst (1992: 77), Sperrklauseln erwiesen sich "nur als schwacher Sperrmechanismus", empirisch sicher falsch. Konzeptionell bleibt weiter zu fragen, worin denn die wahltechnische Alternative bestehen soll, wenn Mehrheitswahlsysteme und Verhältniswahl in kleinen Wahlkreisen erst recht keinen effektiven "Sperrmechanismus" gegen die Proliferation von Parteien und/ oder Kandidaten implementieren.

ke" Mehrheitswahlsysteme weisen hier ein deutlich höheres Niveau an vorparlamentarischer ($\text{Corr}(M_{eff}, N_v) = -0.53^{**}$) und, gleichermaßen, an parlamentarischer Fragmentierung ($\text{Corr}(M_{eff}, N_m) = -0.39^{**}$) auf.

Wahlsysteme und lokale Parteiensysteme

Die *Hypothesen 3* und *4* beschäftigen sich mit dem Mechanismus auf der Wahlkreisebene, der die gerade vorgetragenen Befunde kausal erklärt. Die (effektive) Anzahl der gewählten Kandidaten, die besonders in kleinen Wahlkreisen deutlich oberhalb des spieltheoretisch bestimmten "Duvergerschen Gleichgewichts", der institutionell definierten "carrying capacity" von $M+1$ Kandidaten liegt, zeigt auch auf der Wahlkreisebene die tendenzielle Abwesenheit von psychologischen Wahlsystemeffekten in Osteuropa an. Je unstrukturierter der politische Wettbewerb verläuft, desto schwieriger wird es für Wähler wie für Parteieliten, die jeweiligen komparativen Wettbewerbspositionen der einzelnen Bewerber korrekt einzuschätzen und diese Einsichten in strategisches Wahl- und Kandidaturverhalten umzusetzen. Die organisatorische Inkonsistenz der politischen Parteien, die Personalisierung des Wettbewerbs und die schiere Anzahl der Kandidaten verdunkeln die Chancen, die jeder einzelne von ihnen auf einen Mandatsgewinn hat. Auch *Survey*-gestützte Wahlprognosen, die ohnehin im postkommunistischen Osteuropa kaum jemals verlässlich waren, bieten in diesem Kontext nur die unscharfe Momentaufnahme einer turbulenten Konkurrenzsituation; zudem misstrauen viele osteuropäische Wähler den publizierten Resultaten. Dabei sind strategisches Wahl- und Kandidaturverhalten zwei organisch miteinander verbundene kausale Faktoren. Wenn die Elektorate "offen" sind und zurückliegende Kandidaten nicht mehr befürchten müssen, durch die strategische Abkehr ihrer instrumentell orientierten Wählerschaft weiter zurückzufallen, werden sie gerade ermutigt, im Wettbewerb zu verbleiben oder neu einzutreten.

Neben dem Fehlgehen von psychologischen Wahlsystemeffekten wirken im postkommunistischen Osteuropa noch weitere Faktoren; schließlich misslingt nicht nur die Reduktion des Parteienspektrums durch "starke" Wahlsysteme, sondern Einerwahlkreise weisen eine signifikant *höhere* Anzahl an Kandidaten auf als Mehrpersonenwahlkreise. Einmal kann diese Proliferation (effektiver) Kandidaten in den Mehrheitswahlsegmenten der kombinierten Wahlsysteme durch die vergleichsweise geringen Kandidaturkosten erklärt werden, denn die formalen Voraussetzungen für die Registrierung sind hier meist weniger restriktiv als für die Anmeldung einer nationalen Liste, und auch die praktischen, organisatorischen Erfordernisse einer Kandidatur sind einfacher zu leisten. Zweitens wirkt in den Mehrheitswahlsegmenten die "personal vote" auf die Institutionalisierung der Parteiensysteme. Die Kandidaten haben so die Option, regionale, etwa demografische Besonderheiten des Wahlkreises und lokale, persönliche Netzwerke für ihre Kandidatur zu nutzen.

In den Nachfolgeregimes des patrimonialen Kommunismus, vor allem in Russland und der Ukraine, interagieren die *Legacies* der kommunistischen *Anciens Régimes* mit institutionellen Faktoren. Kitschelt et al. (1999) und Kitschelt und Smyth (2002) haben gezeigt, dass an die Stelle dauerhafter, programmatischer Strukturierung des politischen Wettbewerbs persönliche Abhängigkeitsbeziehungen, Patronage und Klientelismus treten. Die Personalisierung des politischen Wettbewerbs in den Mehrheitswahlsegmenten der kombinierten Wahlsysteme verstärkt diese Effekte noch. Generell kann unterstellt werden, dass die Listenwahl

tendenziell den Zusammenschluss von Politikern zu nationalen Parteien anregt, während die Personenwahl häufig gerade gegensätzliche Anreize setzt und nicht die programmatische, sondern die charismatische Ausrichtung des politischen Wettbewerbs anstößt. Bei der Abwesenheit institutionalisierter Parteiensysteme, dominiert anstatt von programmatischer, politischer Präferenzaggregation und -vermittlung ein System von Klientelismus und Patronage mit *direkter Belohnung* der "Klienten". An die Stelle von langfristiger, programmatischer Kontinuität tritt so die kurzfristige "grab and carry"-Mentalität von Wählern und Parlamentariern.

Der abschließende Aspekt betrifft die Nationalisierung der Parteiensysteme. Fragmentierte Parteiensysteme können entweder jeweils innerhalb der einzelnen Wahlkreise oder durch die Addition dieser Wahlkreise entstehen. Empirisch sind jedoch Fragmentierung des nationalen Parteiensystems und Fragmentierung in den einzelnen Wahlkreisen Koppelprodukte, und das Format der Parteiensysteme wird auf beiden Ebenen durch ein nahezu identisches *Set* an unabhängigen Variablen erklärt. Dieses Phänomen ist besonders brisant in den Mehrheitswahlsegmenten der russischen und ukrainischen Wahlsysteme, bei denen sich die einzelnen Kandidaten nicht jeweils nationalisierten politischen Parteien anschließen, sondern als "Unabhängige" kandidieren und gewählt werden.

Zusammengenommen zeigen die empirischen Analysen zum Effekt von Wahlsystemen auf Parteiensysteme, dass potenziell "starke" Wahlsysteme im postkommunistischen Osteuropa keine wirksame Schranke gegen die Proliferation von Parteien und Kandidaten errichten. Mehrheitsregeln verfehlen damit im postkommunistischen Osteuropa das ihnen zugeschriebene "Repräsentationsprinzip" (vgl. Nohlen 2000) und tragen nicht zur Konzentration des Parteiensystems bei. Mit der Perspektive auf ein effektives "Constitutional" oder "Electoral Engineering" muss deshalb festgehalten werden, dass, auch falls die normative Option für die Mehrheitsdemokratie akzeptiert wird, die empirischen Hypothesen im postkommunistischen Osteuropa falsifiziert werden.

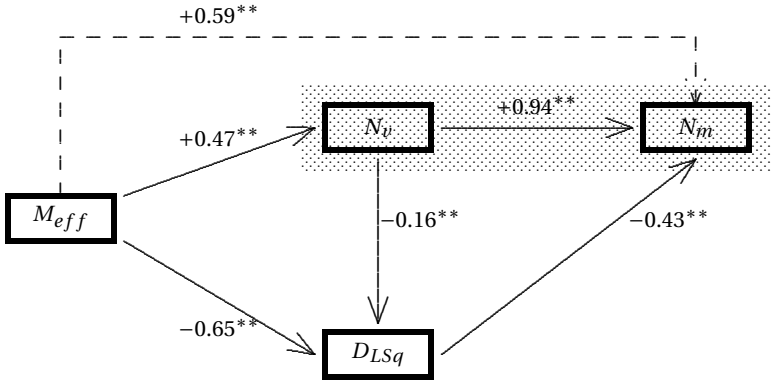
Wahlsysteme und politische Repräsentation

Während das mehrheitsdemokratische Konzept auf die funktionale Reduzierung sozialer Vielfalt im Parlament und die Erleichterung der Regierungsbildung zielt, stellt die konsensdemokratische Perspektive die Effekte von Wahlsystemen auf die Qualität politischer Repräsentation in den Vordergrund. Diese Dimension wird durch zwei verschiedene Maßstäbe abgebildet. Die *formale* Repräsentationsqualität misst die Korrespondenz von Stimmen- und Mandatsanteilen der politischen Kräfte, und die *materielle* Repräsentationsqualität bestimmt die programmatische, richtungspolitische Korrespondenz von Elektorat, Parlament und Regierung. In dieser Optik beschäftigen sich die *Hypothesen 5* bis *8* mit den Effekten von Wahlsystemen auf die formale und materielle Repräsentationsqualität.

Wahlsysteme und formale Repräsentation

Die *Hypothesen 5* und *6* zielen auf den Zusammenhang von Wahlsystem, Parteiensystem und der Distorsion der Stimmen- und Mandatsanteile. Dabei entsprechen einander *grosso modo* gleichermaßen theoretisch begründete Hypothesen wie empirische Resultate aus etablierten Demokratien und den postkommunistischen Vergleichsstaaten. Das Dispropor-

Abbildung 8.1: Die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen in etablierten Demokratien

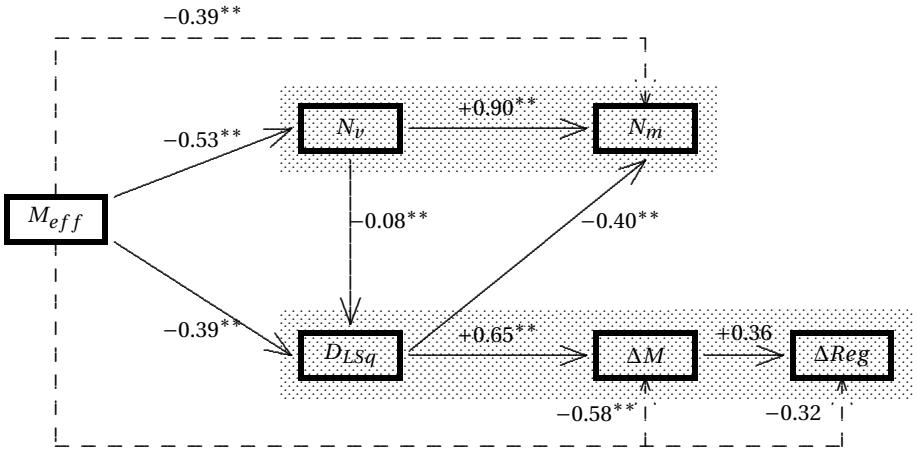


Anmerkungen: Sekundäranalyse der disaggregierten Daten von Lijphart (1994a); M_{eff}= *Effective Magnitude*; N_v= *Effective Number of Electoral Parties*; N_m= *Effective Number of Parliamentary Parties*; D_{LSq}= *Least Squares Index*; bivariate Korrelationskoeffizienten nach *Pearson's r*; Signifikanzniveaus: * p<0.05; ** p<0.01; die schraffierten Bereiche kennzeichnen jeweils eine Dimension miteinander verbundener abhängiger Variablen, die Fragmentierung von Parteiensystemen oder die Qualität politischer Repräsentation.

tionalitätsniveau liegt bei Mehrheitswahlsystemen jeweils deutlich höher als bei Verhältniswahlsystemen. Der Systemtyp wirkt damit signifikant auf die Repräsentationsqualität, und je "stärker" ein Wahlsystem ist, desto weniger entsprechen die Stimmen- und Mandatsanteile einander. Neben dieser übergreifenden Gemeinsamkeit, dem tendenziell gleich gerichteten Effekt von Wahlsystemen in den zueinander heterogenen Gruppen, gelten jedoch einige charakteristische Differenzierungen beider Kontexte. Zunächst liegt der durchschnittliche Distorsionseffekt in den "neuen" Demokratien über dem Niveau der etablierten; dieser Befund wird wieder durch die mangelnde Institutionalisierung der politischen Parteiensysteme erklärt, die psychologische Wahlsystemeffekte unterminiert und deshalb, wenn die institutionellen Anreize der "starken" Wahlsysteme von Wählern und Parteieliten nicht hinreichend beachtet werden, um so schroffere mechanische Wirkungen der Wahlsysteme hervortreten lässt.

Eine plausible Annahme wäre darüber hinaus, dass vor allem Mehrheitswahlsysteme und -segmente in denjenigen Vergleichsstaaten mit den komparativ ungünstigsten historischen Kontextfaktoren das höchste Maß an Disproportionalität aufweisen. Empirisch ergibt sich jedoch ein verkehrtes Bild, denn die höchsten Distorsionseffekte im gesamten empirischen *Sample* treten in den Mehrheitswahlsegmenten des ungarischen und des litauischen Wahlsystems auf. Dort jedoch, wo der politische Wettbewerb gar nicht durch landesweit organisierte *Parteien* bestimmt wird, in Russland und der Ukraine, weisen die Indikatoren nur

Abbildung 8.2: Die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen in den postkommunistischen Vergleichsstaaten



Anmerkungen: Empirische Basis sind Aggregatdaten und aggregierte Individualdaten zur Bestimmung der programmatischen Positionen von Elektorat, vorparlamentarischem und parlamentarischem Parteiensystem; M_{eff}= *Effective Magnitude*; N_v= *Effective Number of Electoral Parties*; N_m= *Effective Number of Parliamentary Parties*; D_{LSq}= *Least Squares Index*; bivariate Korrelationskoeffizienten nach *Pearson's r*; Signifikanzniveaus: * p<0.05; ** p<0.01; die schraffierten Bereiche kennzeichnen jeweils eine Dimension miteinander verbundener abhängiger Variablen, die Fragmentierung von Parteiensystemen oder die Qualität politischer Repräsentation.

vergleichsweise moderate Distorsionseffekte aus. Dieser Befund hat einerseits substanzielle Ursachen, denn nur landesweit kompetitive, mindestens einigermaßen kohärente politische Kräfte können von einer parlamentarischen Überrepräsentation durch das Wahlsystem profitieren. Damit korrespondiert aber auch ein konzeptionelles Problem bei der Indikatorenbildung, denn generell zielen Maße wie der *Least Squares Index* (D_{LSq}) auf parteiendominierte Wettbewerbssituationen und bilden insbesondere den Einfluss der "unabhängigen" Kandidaten nur unscharf ab.

Die wesentliche Differenz von etablierten Demokratien und postkommunistischen Vergleichsstaaten betrifft das hohe Maß an Disproportionalität, das die osteuropäischen Verhältniswahlsysteme und -segmente realisieren. Proporzregeln errichten zwar generell keine mit Mehrheitsregeln vergleichbare Repräsentationsschwelle. Sie können jedoch, wie bereits Leys (1959) und Sartori (1968) theoretisch gezeigt haben, strategisches Verhalten von Wählern und Parlamentariern anregen und notwendig machen. Vor allem wenn hohe Anteile der Wählerstimmen auf einzelne Parteien entfallen, die letztlich parlamentarisch unrepräsentiert bleiben, also wenn die psychologischen Effekte des Wahlsystems und damit Zusammenschlüsse kleiner zu hinreichend großen, kompetitiven Parteien ausbleiben, erzeugen

seine mechanischen Wirkungen teils sehr hohe Verzerrungen der Stimmen-Mandate-Relation.

Die Abbildungen 8.1 und 8.2 illustrieren zusammenfassend die Effekte von Wahlsystemen auf die formale Repräsentationsqualität. Wahlsysteme entwickeln einen robusten Effekt auf die Disproportionalität der Stimmen- und Mandatsanteile, und zwar gleichermaßen in etablierten Demokratien (Corr(M_{eff}, D_{LSq}) = -0.65^{**}) und im postkommunistischen Osteuropa (Corr(M_{eff}, D_{LSq}) = -0.39^{**}). Wenn in der postkommunistischen Vergleichsgruppe der Korrelationskoeffizient r eine weniger enge empirische Assoziation beider Variablen signalisiert, so liegt die inhaltliche Erklärung vornehmlich bei den sehr hohen Distorsionseffekten einiger Verhältniswahlsysteme; das generelle Niveau an formaler Repräsentationsqualität ist dagegen in Osteuropa deutlich geringer als in etablierten Demokratien.

Wahlsysteme und materielle Repräsentation

Eine hohe Disproportionalität von Stimmen- und Mandatsanteilen bedeutet nicht notwendig die parallele materielle, programmatische Verzerrung von Elektorat und Parlament. Die Debatte um eine kausale Verbindung der beiden Varianten von Repräsentationsqualität ist wesentlich für die vergleichende Analyse von Mehrheits- und Konsensdemokratien. Aus mehrheitsdemokratischer Optik bedeutet allein die Verzerrung der Stimmen-Mandate-Relation *an sich* noch keine Beschränkung der Repräsentationsqualität, sondern es wird unterstellt, dass dennoch Parlamentsmehrheit und, idealtypisch, die Einparteiregierung responsiv zum Mehrheitswillen gebildet werden (Black 1958; Downs 1957). Aus konsensdemokratischer Perspektive verletzt ein substanzieller Disproportionseffekt bereits das Inklusivitätsgebot einer parlamentarischen Demokratie, und aus dieser Optik werden sogleich Argumente nachgelegt, die auch die empirischen Hypothesen, vor allem die empirische Haltbarkeit des "median voter theorem", angreifen. Freilich gerät auch eine mehrheitsdemokratische Position unter Druck, wenn empirisch gezeigt werden kann, dass Mehrheitsdemokratie empirisch nicht notwendig Mehrheitsherrschaft erzeugt.

Abbildung 8.2 illustriert neben der formalen auch die materielle Repräsentationsqualität. Einmal kann dort abgelesen werden, dass vom Wahlsystem ein signifikanter Effekt auf die richtungspolitische Korrespondenz von Elektorat und Parlament ausgeht. Je "stärker" ein Wahlsystem wirkt, desto höher ist die Differenz der Wählerpräferenzen vom Mittelwert der programmatischen Positionen, die die Parlamentsparteien einnehmen (Corr($M_{eff}, \Delta M$) = -0.58^{**}). Zweitens weisen die empirischen Resultate die formale und die materielle Repräsentationsqualität tatsächlich als Koppelprodukte aus, denn dort, wo die Stimmen-Mandate-Relation sehr verzerrt ist, treten empirisch die höchsten programmatischen Differenzen von Elektorat und parlamentarischem Parteiensystem auf (Corr($D_{LSq}, \Delta M$) = $+0.65^{**}$).

Das Wahlsystem beeinflusst aber nicht alle vorgestellten Maße der materiellen Repräsentationsqualität gleichermaßen. Seine profunden Konsequenzen für die richtungspolitische Differenz von gewähltem und parlamentarischem Parteiensystem korrespondieren mit den mechanischen Effekten der Wahlsysteme; der kaum nachweisbare Einfluss des Wahlsystems auf die Korrespondenz von Elektorat und gewähltem Parteiensystem entspricht dagegen der faktischen Abwesenheit psychologischer Wahlsystemeffekte im postkommunistischen Osteuropa. Besonders ausgeprägte materielle Differenzen ergaben sich in den Mehrheitswahlsegmenten des litauischen und des ungarischen Wahlsystems; dort waren psychologische

Wahlsystemeffekte zwar wenig ausgebildet, jedoch gab es hinreichend kompakt organisierte Parteien, die besonders vom Mandatsbonus des kombinierten Wahlsystems profitieren konnten. Bei den Verhältniswahlsystemen war die materielle Repräsentationsqualität vor allem dann problematisch, wenn ganze Segmente des richtungspolitischen Spektrums, etwa durch personalisierte Konflikte einzelner Fraktionen ohne unterlegte *Issue*-Konkurrenz, so weit fragmentiert waren, dass sie *in toto* unrepräsentiert blieben. Exemplarisch können hier einige Parlamentswahlen in Polen (POL1993, POL2001), Litauen (LTU1996-Vw) oder Rumänien (ROU2000) angeführt werden.

Zusammengenommen zeigen die empirischen Analysen einen erheblichen Effekt von Wahlsystemen auf die formale und materielle Repräsentationsqualität. Mehrheitswahlsysteme weisen, gemessen an der Disproportionalität von Stimmen- und Mandatsanteilen, nicht nur eine meist geringe formale Repräsentationsqualität auf. Darüber hinaus erzeugen sie teils erhebliche richtungspolitische Differenzen von Elektorat und Parlament, die vor allem dann problematisch sind, wenn Mehrheitsdemokratie auch materiell Mehrheitsherrschaft bedeuten soll. Gleichwohl wirkt auch die konsensdemokratisch gemeinte Alternative im Kontext der osteuropäischen Systemwechsel nicht dezidiert "proportional". Verhältniswahlsysteme erzeugen, wenn sie eine formale Sperrklausel vorsehen, teils erhebliche Abstriche bei der formal und bei der materiell bestimmten Repräsentationsqualität. *Grosso modo* wirken dennoch Proporzregeln deutlich "inklusiver" als Mehrheitsregeln.

Eine integrierte Perspektive auf beide Dimensionen

Die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen können mit vielen Kriterien beobachtet und evaluiert werden. Zwei besonders grundlegende, die mit den alternativen Konzepten der Mehrheits- und der Konsensdemokratie korrespondieren, sind die Kriterien (1) Fragmentierung von Parteiensystemen und (2) Qualität politischer Repräsentation, die als Bewertungsmaßstäbe ausgewählt und bislang einzeln diskutiert wurden. Im Folgenden sollen diese beiden Kriterien zusammengeführt und in ihrer gegenseitigen Beeinflussung analysiert werden.

Die Debatte über die Vorzüge und Nachteile von Mehrheits- und Konsensdemokratie erweist sich maßgeblich als ein institutionell verpackter Zielkonflikt von Effektivität und Legitimität. Sehr oft sind die Betrachter bereits normativ auf eine der Basisoptionen festgelegt, und die vergleichende Bewertung konkreter Institutionen fällt ohne diese normative Entscheidung schwer, weil in beiden Entwürfen die jeweils formulierten "Zielstellungen" auf verschiedenen Dimensionen formuliert und bestimmt werden. Freilich können spezifische Kontexte konstruiert werden, die eine bestimmte Option nahelegen; so werden etwa für ethnisch extrem fragmentierte und polarisierte Gesellschaften die meisten "Verfassungsingenieure" die ein oder andere Variante der Machtdispersion, der "Power-Sharing Democracy" (Lijphart 2002b) vorschlagen.[5]

Bei der Transformation der ehemals kommunistischen Vergleichsstaaten kann jedoch keine der beiden Dimensionen umstandslos der anderen übergeordnet werden. Einmal erzeugen das "Dilemma der Gleichzeitigkeit" (Offe 1991) des politischen wie ökonomischen Systemwechsels und die territoriale Abgrenzung und Konsolidierung der neu gebildeten

5 Aber auch in diesem Fall sind die konkreten institutionellen "Lösungen" oft nicht unumstritten; vgl. etwa die Debatte zwischen Lijphart (2002b) und Horowitz (2002).

Staaten (Linz und Stepan 1996; Rustow 1970) einen hohen Verregelungsbedarf, der das neue, demokratische Institutionensystem zur unbedingten Bereitstellung von politischer Handlungsfähigkeit verpflichtet. *Vice versa* legt die Erfahrung des diktatorischen *Ancien Régime* auch normativ die Option für ein inklusives Institutionensystem nahe, das auf "faire" Repräsentation zielt. Vor diesem Hintergrund kaum auflösbarer axiomatischer Debatten kann die Evaluation konkreter institutioneller Optionen eigentlich nur empirisch erfolgen. Dabei geht es einmal um die empirischen Hypothesen, die postulieren, dass Wahlsysteme ihre auf beiden Dimensionen postulierten Vorzüge und Nachteile tatsächlich realisieren, und zweitens muss gezeigt werden, dass tatsächlich ein "Zielkonflikt" der Effektivitäts- und Legitimitätsdimension vorliegt.

Abbildung 8.1 zeigt einige bivariate Korrelationskoeffizienten der abhängigen Variablen aus den Bereichen Fragmentierung und Repräsentationsqualität in etablierten Demokratien. Wie bereits diskutiert, erlauben permissivere Wahlsysteme signifikant höhere Niveaus an Fragmentierung in Elektorat und Parlament, und *parallel* senken hohe Wahlkreisgrößen die Disproportionalitätseffekte. Zudem sind die Variablen nicht nur mit dem Wahlsystem und entlang beider Dimensionen miteinander verbunden, sondern sie interagieren auch die Dimensionen übergreifend. Hohe Distorsionseffekte korrelieren mit einer geringeren Fragmentierung von Elektorat und Parlament, und deshalb sind die meisten Wahlsysteme entweder durch konzentrierte Parteiensysteme bei geringer formaler Repräsentationsqualität oder durch eine hohe formale Repräsentationsqualität bei forcierter Parteienproliferation charakterisiert; nur wenige etablierte Demokratien erreichen oder verfehlen gleichzeitig beide normative "Zielstellungen". Disproportionalität bestimmt so auch eine empirische Verbindung der Parteiensysteme in Elektorat und Parlament. Statistisch kann damit für die Kontrollgruppe der etablierten Demokratien tatsächlich ein "trade off" von Disproportionalität und Fragmentierung gezeigt werden, und deshalb hätten die "Verfassungsingenieure" die reale Option, zwischen den alternativen Zielstellungen aus Mehrheits- und konsensdemokratischer Perspektive "auszuwählen".

Abbildung 8.1 wendet sich nun den Interaktionseffekten von fragmentierten Parteiensystemen und Repräsentationsqualität im postkommunistischen Osteuropa zu. In der Vergleichsgruppe weist die Interdependenz der unabhängigen und abhängigen Variablen jedoch nicht in die gleiche Richtung, und beide Dimensionen sind wesentlich schwächer miteinander assoziiert. Die zentrale Abweichung der postkommunistischen Vergleichsgruppe von den etablierten Demokratien besteht darin, dass antizipiert "starke" Wahlsysteme nicht nur keine effektive Schranke für die Proliferation von Parteien und Kandidaten im Elektorat und teils im Parlament setzen; sie lassen ein höheres Maß an Fragmentierung zu als die "schwachen" Verhältniswahlsysteme. In der Dimension Repräsentationsqualität wirken Wahlsysteme jedoch etwa in dieselbe Richtung, denn "starke" Wahlsysteme korrespondieren mit einer geringeren formalen und materiellen Korrespondenz von Wählern und Gewählten. Bei der Interaktion beider Dimensionen ergibt sich jedoch kein derart eindeutiger Befund wie bei den etablierten Demokratien. Der einzige substanzielle *Link* von Effektivität und Legitimität wirkt bei Disproportionalität und parlamentarischer Fragmentierung ($\mathrm{Corr}(D_{LSq}, N_m) = -0.40^{**}$); dagegen besteht keine substanzielle und statistisch signifikante Interaktion der Disproportionalität und des vorparlamentarischen Parteiensystems sowie beider Fragmentierungsvariablen mit den Maßen für die materielle Repräsentationsqualität.

Aus diesen Beobachtungen folgt, dass der "trade off" von Effektivität und Legitimität, der theoretisch so eingehend diskutiert und bei den etablierten Demokratien so robust beobachtet wurde, im postkommunistischen Osteuropa meist nicht nachvollzogen wird. Grob gefasst bedeuten Mehrheitsregeln eine teils erratische Fragmentierung in Elektorat und Parlament und *parallel* eine nur schwache Kongruenz des Elektorats mit dem Parlament; Proporzregeln korrespondieren mit geringerer Fragmentierung in Elektorat und Parlament und sie gewährleisten eine höhere formale und materielle Repräsentationsqualität. Wenn sich dieser zentrale Befund halten lässt, gelten erhebliche Zweifel am etablierten "Handbuchwissen" der "Verfassungsingenieure" (Sartori 1994), denn es gibt keine wirkliche Option, alternativ zwischen der Erreichung Mehrheits- und konsensdemokratisch formulierter Zielstellungen "auszuwählen". Vielmehr realisieren Mehrheitsregeln ihre antizipierten Defizite bei der Herstellung formaler und auch materieller Repräsentationsqualität, ohne auf der anderen Seite die ihnen zugeschriebenen Vorzüge bei der Herstellung konzentrierter Parteiensysteme und handlungsfähiger Exekutiven zu erreichen. Die Ursache dafür liegt, pauschal formuliert, darin, dass die Kontextbedingungen des politischen Wettbewerbs schlicht die notwendigen Funktionsbedingungen für Majorzregeln nicht hergeben. Konträr zu den "schwachen" Verhältniswahlsystemen ist die effektive Wirkung von "starken" Mehrheitswahlsystemen an ein ganzes Bündel förderlicher Voraussetzungen gebunden.

"Constitutional Engineering" in der Praxis

Die Stabilität einmal kodifizierter Wahlsystemtypen galt lange als tragfähiges empirisches Argument für die Analyse von Wahlsystemen allein als unabhängige, verursachende Variable. Wahlsystemreformen, die seit den Neunzigerjahren in etablierten Demokratien und besonders in den Nachfolgeregimes vormals autoritärer und totalitärer Systeme stattfanden, widersprechen diesem etablierten Lehrbuchwissen und rufen damit den kreativistischen und technokratischen Optimismus der "Verfassungsingenieure" auf den Plan.

Eine definitive Grenze für die Reichweite des "Constitutional Engineering" wird durch heterogene Kontextfaktoren gesetzt. Wenn Wahlsysteme dezidiert kontextabhängig funktionieren, verbieten sich ihr einfacher "Export" in heterogene soziopolitische Kontexte und *a priori* getroffene Vorhersagen ihrer politischen Konsequenzen auf der Grundlage von empirischen "Präzedenzfällen" und von anderswo beobachteten "Regelmäßigkeiten". W.J.M. Mackenzie (1957: 254) hat bereits frühzeitig auf Probleme beim "Export of Electoral Laws" hingewiesen: "The only thing that can be predicted with certainty about the export of elections is that the electoral system will not work in the same way in its new settings as in its old". Die empirischen Analysen dieser Arbeit haben nicht nur diese früh formulierte Einsicht Mackenzies deutlich unterstrichen. Sie haben zudem ausloten können, welche spezifischen Einflussgrößen es sind, die mit ihren heterogenen Kontexten gleichermaßen Grenzen für den sinnvollen "Export" von politischen Institutionen wie für den Transfer von "Conventional Wisdom" auf heterogene Kontexte setzen.

Neben der konkreten Funktionsweise von Wahlsystemen ist die zweite Frage, wie viel *Design* bei der Vereinbarung neuer und der Reform etablierter institutioneller Regeln eigentlich stattfindet. Anders gewendet: Auch wenn ein konkretes Wahlsystem für klar definierte Kontextfaktoren und spezifische, ebenso klar bestimmte Zielstellungen wesentliche Vorzüge gegenüber seinen Alternativen aufwiese, müsste weiter die Option gezeigt werden, diese

Empfehlung auch politisch durchzusetzen. Tatsächlich wirkt die Meinung politischer und politikwissenschaftlicher Experten wohl nur als ein einziger, oft nachrangiger Faktor auf das *Institution Building* in "alten" und besonders in "neuen" Demokratien. Neue oder reformierte politische Institutionen entstehen selten am Reißbrett irgendwelcher politikwissenschaftlicher Technokraten, sondern sie entstehen in Parlamenten, an Runden Tischen, manchmal in Hinterzimmern, sie sind häufig der Bestandteil von *Package Deals*, oder sie werden schlicht dekretiert.

Der neue Institutionalismus hat diese "halbierte" Perspektive, die Wahlsysteme allein als unabhängige, nicht als eine abhängige Variable konzipiert, deutlich erweitert. Eine Fülle von aktueller Literatur analysiert den Wandel von Wahlsystemen in etablierten Demokratien und den Aufbau einer repräsentativen Infrastruktur in "neuen" Demokratien. Methodisch ist die ganz überwiegende Mehrheit dieser Beiträge als Fallstudien oder als vergleichende Analyse kleiner Fallzahlen angelegt.[6] Mit einer darüber hinausgehenden Theorieentwicklung hat sich die vergleichende Sozialwissenschaft jedoch bislang schwer getan, und die vorgelegten Ansätze stehen häufig recht unverbunden neben dem empirischen Material (wirklich systematisch ausgearbeitete Argumente formulieren nur Benoit 2001a; Colomer 2004b).

Einigkeit besteht über grundlegende theoretische Orientierungen; die meisten Beiträge erklären Entstehung und Wandel von Wahlsystemen mit einer "weichen" Akteurstheorie. In diesem "Modell" versuchen eigeninteressierte politische Kräfte, vorrangig diejenige institutionelle Konfiguration durchsetzen, die ihnen, gemessen am "office seeking"-Argument, die günstigste Auszahlung einträgt. Die Kräftebalance von Nomenklatura und Regimeopposition, die den Rahmen für die Verhandlung des *Institution Building* bestimmt und die Machtressourcen der Verhandlungspartner begründet, wird dabei aus den Modalitäten des Systemwechsels abgeleitet. Übrige Faktoren, der Einfluss von historischen Wahlsystemtypen oder die bewusste Einwirkung der Politikberatung, werden dem gegenüber meist als nachrangig behandelt. Sie wirken, so lautet ein häufig vorgetragenes Argument, vorrangig als "focal points" (Schelling 1980), die dabei helfen können, blockierte Verhandlungspositionen der am Eigennutz orientierten korporativen Akteure am Runden Tisch aufzubrechen.

Im Diskurs über Wahlsysteme als abhängige Variable wird jedoch die Wandelbarkeit und reale Reformhäufigkeit von Wahlsystemen in Osteuropa regelmäßig übertrieben. Generell können zwei Phasen geschieden werden: (1) die Ausgangsphase, in der das jeweilige Wahlsystem vereinbart und als Grundtyp stabilisiert wurde, und (2) die anschließende Reformphase, die nicht mehr von regelmäßigen "großen" Reformen der Basistypen Mehrheitswahl, Verhältniswahl und kombinierte Wahlsysteme geprägt war, sondern in der ein typimmanentes "finetuning" der einmal vereinbarten Regeln versucht wurde.

6 In etablierten Demokratien behandelt diese Literatur meist Reformen hin zu kombinierten Wahlsystemen (vgl. als herausragenden Beitrag den Sammelband von Shugart und Wattenberg 2001d). Für Osteuropa liegt eine Bandbreite von konfigurativen Fallstudien vor, die sich insbesondere mit Genese und Entwicklung der kombinierten Wahlsysteme Russlands und Ungarns beschäftigen, und erste vergleichende Untersuchungen mit kleiner oder mittlerer Fallzahl haben zum Beispiel Lijphart (1992a), Rüb (1994a), Zielonka (1994), Colomer (1995), Geddes (1995; 1996), Geddes 1996; Ishiyama (1996); Ishiyama (1997), Shugart (1997); Jones Luong (2000) und Juberias (2004) vorgelegt. In Buchlänge, jedoch eher induktiv ausgerichtet und mit loser Systematik diskutieren Birch et al. (2002) die Entstehung und Reform von Wahlsystemen in Osteuropa, und Josep M. Colomer (2004a) hat ein aktuelles "Handbuch" publiziert, das die Entstehung von Wahlsystemen mit Fallstudien aus verschiedenen Regionen untersucht.

Der gemeinsame Ausgangspunkt der Reformprozesse war das überkommene, nur formal pluralistische Wahlsystem der kommunistischen *Anciens Régimes*, die absolute Mehrheitswahl. Von dieser gemeinsamen Ausgangsposition führten alle "großen" Systemtyp-übergreifenden Reformen hin zu mehr Proporz. Unter den elf postkommunistischen Vergleichsstaaten hielten nur einige Nachfolgeregimes der UdSSR, etwa Lettland, Litauen, Russland und die Ukraine, bei den substaatlichen "Vorgründungswahlen" an dem überkommenen Systemtyp fest, und allein in der Ukraine wurde die absolute Mehrheitswahl noch bei den nationalen "Gründungswahlen" von 1994 angewendet. In Bulgarien, Litauen, Russland und Ungarn entstanden vor den "Gründungswahlen", oft als Kompromiss der konträren Optionen von Nomenklatura und Regimeopposition, kombinierte Wahlsysteme. Eine dritte Gruppe von Ländern wechselte den Systemtyp hin zur Verhältniswahl. Dies geschah in einem Falle, in Bulgarien, mit dem Umweg über das kombinierte Wahlsystem, in Estland führte der Weg über ein *Single Transferable Vote*-System, und in Polen, Rumänien, der Slowakei und der Tschechischen Republik wurden direkt verschiedene Varianten von Verhältniswahlsystemen eingerichtet.

Bemerkenswert an diesen Entwicklungen ist trotz der vordergründigen Turbulenz der Wahlsystemreformen die relative Stabilität einmal vereinbarter Basisprinzipien. Nach dem vorläufigen Abschluss des *Institution Building* gab es nur in zwei Fällen eine "große" Reform, den Wechsel des Grundtyps. Das betrifft den Wechsel von einem kombinierten Wahlsystem zur Verhältniswahl in Bulgarien und die vergleichsweise späte Einrichtung eines kombinierten Wahlsystems in der Ukraine. Dagegen fanden kleine, typinterne Reformen beinah kontinuierlich statt. Sie betrafen vor allem die "Nachrüstung" von formalen Sperrklauseln und Eingriffe in die Wahlkreisstruktur, die meist auf eine Vereinfachung des Systems zielten. Gewiss waren aber auch diese Unternehmen, wie etwa an den vorgelegten Fallstudien oder dem reichhaltigen von Birch et al. (2002) zusammengetragenen Material abzulesen ist, nicht frei von eigeninteressierten, strategischen Manövern, auch von Manipulationsversuchen der jeweiligen parlamentarischen Akteure.

Auch im Hinblick auf die praktische "Machbarkeit" von Reformen stehen die "Verfassungsingenieure" damit vor erheblichen Problemen. Einmal war die Aushandlung der neuen Institutionensysteme, mit dem Wahlsystem als einem zentralen Element, vorrangig von eigeninteressiertem "bargaining" dominiert, und an gesamtrationalen Erwägungen festgemachtes "arguing" nahm nur eine sekundäre Rolle ein. Diese Situation macht es mindestens unwahrscheinlich, dass externe Ratgeber einen maßgeblichen Einfluss auf das *Institution Building* gewinnen können. Zweitens war das Zeitfenster für die Durchführung "großer" Reformen meist recht schnell wieder geschlossen, und in der anschließenden Reformphase dominierten "kleine" Änderungen, die auf das (häufig auch manipulativ gemeinte) "finetuning" der bereits fixierten Grundtypen zielten. Das "Constitutional Engineering" argumentiert jedoch, je nach der Verwurzelung seiner konkreten Vertreter in den Lagern der Mehrheits- oder Konsensdemokratie, vorrangig mit den großen, antithetischen Alternativen. Gerade die waren jedoch, als sie den postkommunistischen Vergleichsstaaten verordnet werden sollten, faktisch nicht oder nicht mehr durchsetzbar.

Forschungsperspektiven

Abschließend geht es um die Bestimmung offener Fragen und die Diskussion einer zukünftigen Forschungsagenda. Deshalb werden im Folgenden einige kurze Bemerkungen (1) die Tragfähigkeit einer Analyse von Wahlkreisdaten begründen, (2) Probleme bei der Zusammenstellung und Aufbereitung des empirischen Materials diskutieren und (3) die Kontextabhängigkeit von Wahlsystemen bewerten.

Die klassische Perspektive bei der Analyse von Wahlsystemen ist eine nationalstaatliche, und ein beinah schon "klassisches" Desiderat der neueren vergleichenden Wahlsystemforschung ist es, die Perspektive auf diejenige Dimension zu verschieben, von der die kausalen Effekte der Wahlsysteme ausgehen, auf die Wahlkreisebene. Dieser Fokus ist theoretisch und konzeptionell unbedingt geboten, er hat aber dieser Analyse nur wenig wirklich substanziellen empirischen Mehrwert eingetragen. Tatsächlich trägt auch die Analyse der "empirischen Generalisierung" auf der nationalen Ebene bereits so viele Einsichten ein, dass wohl tatsächlich gefragt werden muss, wie weit es eigentlich angemessen und gerechtfertigt ist, die politischen Konsequenzen von Wahlsystemen allein als einen Prozess zu modellieren, der *originär* vom einzelnen Wahlkreis ausgeht und erst durch die "Aggregation" dieser lokalen Elektorate das nationale Parteiensysteme herausbildet. Vielmehr scheint es auch, gerade für den Bereich der etablierten Demokratien, sinnvoll zu sein, einmal zu untersuchen, ob und wie ein nationales Parteiensystem in die einzelnen Wahlkreise hineinwirkt und dort jeweils parallel gerichtete Effekte auf die lokalen Konkurrenzsituationen erzeugt.

Dennoch nehmen diese Bemerkungen der Perspektive auf die Wahlkreisebene nur wenig, denn ohne Mandate in den einzelnen Wahlkreisen zu gewinnen, kann keine nationale politische Kraft ins nationale Parlament gelangen, und aus diesen Gründen ist die Konkurrenzsituation auf der Wahlkreisebene gleichermaßen für Wähler, Parteieliten und Sozialwissenschaftler von ganz vorrangigem praktisch-politischem bzw. analytischem Interesse. Die Analyse auf der Wahlkreisebene der elf postkommunistischen Staaten produziert in dieser Perspektive nicht einfach tautologische Resultate, sondern sie belegt, dass die Faktoren, die politische Fragmentierung erzeugen, auf beiden analytischen Ebenen vergleichbar sind. Fragmentierte Elektorate entstehen vorrangig durch ein Scheitern der Koordinationsspiele in den einzelnen Wahlkreisen, erst zweitrangig durch die Aggregation dieser Wahlkreise.[7] Trotz der zwingenden konzeptionellen Gründe wird der Fokus auf die Wahlkreisebene nur selten empirisch eingelöst. Es liegt zwar eine Reihe von Studien vor, die sich dezidiert mit einzelnen Staaten oder sogar mit einzelnen Wahlen beschäftigen, maßgebliche Forschungsdefizite liegen jedoch bei der nahezu völligen Abwesenheit von systematisch-vergleichenden Studien, die mit Wahlkreisdaten operieren.

7 Dieser Befund kann nur getroffen werden, falls der Fokus auf die Wahlkreisebene auch empirisch eingelöst wird. Einige einschlägige Experten, Rae (1967: 94-95), Riker (1982: 760-762) und Sartori (1976: 188-189), haben etwa argumentiert, die kanadischen Einerwahlkreise ("ridings") seien regelmäßig durch den Dualismus zweier Kandidaten geprägt und funktionierten damit mindestens auf der Wahlkreisebene konform zu "Duvergers Gesetz", und das nationale Vielparteiensystem sei lediglich das Produkt territorialer Heterogenität. Brian Gaines (1999) hat diese Annahme detailliert widerlegt und nachgewiesen, dass nirgendwo in Kanada ein Zweiparteiendualismus auf der Wahlkreisebene vorliegt und vorgelegen hat, sondern dass die lokale Fragmentierung substanziell höher ausfällt als vermutet. Das Problem liegt vielmehr darin, dass die Autoren mit der Perspektive auf Wahlkreisdaten argumentieren, ohne eine solche empirische Analyse tatsächlich durchgeführt zu haben.

Diese Ausführungen verweisen direkt auf ein grundlegendes pragmatisches Problemfeld der vergleichenden Wahlsystemforschung, den öffentlichen Zugriff auf das Datenmaterial. Dieses Defizit betrifft weniger den Zugang zu Individualdaten, denn *Surveys* werden meist, nach der Beachtung einer gewissen Karenzzeit für die Erstverwertungsrechte der Bereitsteller, beim "Inter-university Consortium for Political and Social Research" (ICPSR; `http://www.icpsr.org/`) an der *University of Michigan, Ann Arbor* oder einem der eng verbundenen nationalen Datenarchive, wie dem Kölner "Zentralarchiv für empirische Sozialforschung" (ZA; `http://www.gesis.org/ZA/`), aufbereitet und verfügbar gemacht. Damit bleiben als substanzielle Zugangsbarriere vornehmlich die teils erheblichen Kosten, die besonders dann entstehen, wenn gleichzeitig mehrere Datensätze erworben werden müssen. Faktisch viel problematischer noch ist aber der Zugriff auf diejenigen Daten, die eigentlich "leichter" zugänglich sein sollten, auf Aggregatdaten. Für die vergleichende Wahlsystemforschung sind etwa nicht einmal die Angaben der nationalen Stimmenanteile einzelner Parteien systematisch aufbereitet und verfügbar gemacht. Damit ist nicht gemeint, dass es an Einzelinitiativen zur Sammlung von empirischem Material oder sogar an autoritativen Quellen für die Publikation von Wahlresultaten (vgl. Mackie und Rose 1991; Rose et al. 1997; Rose und Munro 2003; Rose et al. 1998) mangelt, wohl aber dass nirgendwo eine aktuelle, akkurate und maschinenlesbare Quelle vorliegt, die diese Basisdaten verlässlich aufbereitet, dokumentiert und publiziert. Stattdessen werden Sammlung und Aufbereitung empirischer Wahldaten in Parallelaktionen von unterschiedlichen, isolierten Wissenschaftlern geleistet, die die Resultate dieser Bemühungen allenfalls auf *Insider*-Kanälen handeln. Diese Forschungspraxis ist nicht nur ineffizient, sondern mindert weiter die Transparenz des Forschungsprozesses, erschwert die Replikation publizierter Befunde und erhöht die Fehlerhaftigkeit der einzelnen Datensätze und der dort aufbauenden empirischen Studien.

Diese Probleme werden bestimmt nicht gemindert, sollte sich die vergleichende Wahlsystemforschung einmal entschließen, nicht nur konzeptionell auf die Wahlkreisebene zu verweisen, sondern dieses Desiderat systematisch einzulösen. In diesem Bereich liegt etwa mit dem Beitrag von Daniele Caramani (2000) eine umfangreiche Publikation vor, die immerhin die Stimmenanteile politischer Parteien in 18 westeuropäischen Staaten dokumentiert, und auch im osteuropäischen Raum haben Sarah Birch, Frances Millard, Marina Popescu und Kieran Williams im Projekt "One Europe or Several? The Electoral Process in Eastern Europe" (`http://www.essex.ac.uk/elections/`) eine umfangreiche Datenbasis erarbeitet und frühzeitig zugänglich gemacht. Darüber hinaus wäre es bei der aktuellen Quellenlage ein nahezu unmögliches Unternehmen, den Wahlkreisresultaten Angaben zu den unterschiedlichen, potenziell intervenierenden Variablen, wie etwa der soziodemografischen Struktur der einzelnen Wahlkreise, zur Seite zu stellen, die für weitere, tragfähige Analysen auf der Wahlkreisebene unbedingt erforderlich sind.

Die Ergebnisse der statistischen und vergleichenden Betrachtung von Fällen aus "alten" und "neuen" Demokratien hat die fundamentale Kontextabhängigkeit von politischen Institutionen aufgezeigt. *Dass* Wahlsysteme kontextabhängig funktionieren, ist sicher keine neue Einsicht, sondern gleichermaßen Nestoren der Wahlsystemdiskussionen wie John Stuart Mill und aktuellen Vertretern "historisch-empirischer" Ansätze (vgl. etwa Grotz 2000; Krohn 2003; Nohlen 2000) gut bekannt. Wenn jedoch der "Kontext", der die Funktionsprofile unterschiedlicher Wahlsysteme in heterogenen Vergleichsstaaten bestimmen soll, nirgendwo konkret benannt wird, so bleibt nicht nur das theoretische Modell vage und unklar.

Vielmehr erweisen sich die mit diesem Rüstzeug vorlegten Studien regelmäßig weniger als konkrete, kausale Argumente denn als historische Narrative, die um die Termine von Parlamentswahlen herum mit einer gewissen Systematik "verdichtet" werden. Die bald vollständige Unbestimmtheit der Vielzahl angeblich intervenierender Kontextfaktoren sorgt zudem für Untersuchungshypothesen, die nirgendwo mehr falsifizierbar sind; stattdessen wird jede beobachte Unregelmäßigkeit durch *ad hoc* mobilisierte, weitere Kontextelemente "erklärt".

Diese Untersuchung hat dagegen einen anderen Kurs eingeschlagen und die Faktoren, die den jeweiligen funktionalen "Kontext" ausmachen, klar angegeben. Die Strukturiertheit des politischen Wettbewerbs, messbar gemacht durch den *Legacy*-Indikator, wurde als zentrale Kontextvariable eingeführt, die die Informationsressourcen von Wählern und von Parteieliten beeinflusst und damit ihre Fähigkeit zur (strategischen) Adaption an die Regeln des Wahlsystems bestimmt. Möglicherweise "trägt" dieser Indikator für die Analyse von Wahlsystemen im postkommunistischen Osteuropa; diese Variable ist jedoch als ein generelles Maß für die Kontextabhängigkeit von Wahlsystemen zu spezifisch und zu sehr auf Osteuropa bezogen und deshalb kaum für andere Regionen zu verallgemeinern.

Deshalb bleiben noch manche offene theoretische und inhaltliche Probleme, die es für die vergleichende Sozialwissenschaft zu lösen gilt. Anderes dagegen bleibt einfach abzuwarten. Das meint allem Übrigen voran die weitere Entwicklung der osteuropäischen Parteiensysteme, deren Institutionalisierung *das* wesentliche Kontextkriterium für die Funktionsweise unterschiedlicher Wahlsystemtypen ausmacht. Beim Einstieg in den Systemwechsel wurden fluide Parteiensysteme als ein transitorisches Phänomen erwartet, und die meisten Transformationsforscher stellten sich wohl einen Verlauf aus drei unterschiedlichen Phasen vor: Am Beginn steht meist die Konfrontation einer *Umbrella*-Organisation der vereinigten Regimeopposition versus die Nomenklatura des kommunistischen *Ancien Régime*; nach dem Zerfall dieser Akteure wurde eine Phase der forcierten Parteienproliferation erwartet; dieser Prozess sollte abgeschlossen werden mit dem "shake out" schwach institutionalisierter Kleinparteien und der dauerhaften Etablierung der verbleibenden politischen Kräfte, sodass ein konsolidiertes Parteiensystem mit dauerhaft verfestigten programmatischen und kooperativen Strukturen entsteht.

Empirisch wurde dieser Prozess jedoch nicht nachvollzogen, und die wiederholten Meldungen der Transformationsforschung über die Konsolidierung und organisatorische Verstetigung postkommunistischer Parteiensysteme erwiesen sich stets als sehr verfrüht. Teils dramatische Umbrüche in den Parteiensystemen, oft bei der vierten oder fünften freien und demokratischen Parlamentswahl, verdeutlichen die fortgesetzte Turbulenz, und die einzigen Vergleichsstaaten mit einem einigermaßen stetigen Interaktionsmuster der politischen Parteien sind wohl die Tschechische Republik und Ungarn. Mindestens für die übrigen Vergleichsstaaten ist aber ein Abschluss der Parteiensystementwicklung nirgendwo in Sicht, und wenn die oft turbulenten Prozesse von *Dealignment* und *Realignment* fortgeschrieben werden, bleibt die Institutionalisierung von Parteiensystemen auch weiterhin ein prekärer Faktor.

Die Konvergenz in der Entwicklung west- und osteuropäischer Parteiensysteme kann damit nicht einfach unterstellt werden. Vielleicht ist in dieser Arbeit der Kontrast "alter" und "neuer" Demokratien aber aus anderen Gründen überzeichnet worden. Schließlich findet sich auch in den meisten etablierten Demokratien nicht mehr das Maß an dauerhafter Stabilität, das Lipset und Rokkan (1967a) vor mehr als 35 Jahren zum Argument vom "freezing"

der parteipolitischen Optionen geführt hat. Insofern mag es ungerecht erscheinen, wenn hier die "neuen" Demokratien Osteuropas am wohl vergangenen Stabilitätsparadigma der "alten" Demokratien gemessen werden. Gleichwohl ist dies aber der Hintergrund, vor dem die vergleichende Sozialwissenschaft ihre wesentlichen einschlägigen Theorien und Hypothesen, die nun den Transformationsstaaten als Heilmittel angeboten werden sollen, teils induktiv, teils deduktiv abgeleitet hat. Falls nun irgendwann eine "Konvergenz" der Parteiensysteme "alter" und "neuer" Demokratien eintritt, ist keinesfalls ausgemacht, bei welchem Zustand, der Verfestigung oder Fluidität, sich beide treffen. Potenziell bringt das weit reichende Probleme für die Theorie politischer Institutionen mit sich.

Literaturverzeichnis

Achen, Christopher H. (1977), Measuring Representation: Perils of the Correlation Coefficient, *American Journal of Political Science*, 21(4), 805–815.

Achen, Christopher H. (1978), Measuring Representation, *American Journal of Political Science*, 22(3), 475–510.

Achen, Christopher H. (2000), Why Lagged Dependent Variables Can Suppress the Explanatory Power of Other Independent Variables, Paper prepared for delivery at the Political Methodology Summer Meeting, Los Angeles, July 20-22.

Achen, Christopher H. (2005), Two-Step Hierarchical Estimation: Beyond Regression Analysis, *Political Analysis*, 13(4), 447–456.

Allison, Paul D. (1978), Measures of Inequality, *American Sociological Review*, 43(6), 865–880.

Alvarez, R. Michael und Jonathan Nagler (2000), A New Approach for Modelling Strategic Voting in Multiparty Elections, *British Journal of Political Science*, 30(1), 57–75.

Amadae, Sonja M. und Bruce Bueno de Mesquita (1999), The Rochester School. The Origins of Positive Political Theory, *Annual Review of Political Science*, 2(1), 269–295.

Amorim Neto, Octavio und Gary W. Cox (1997), Electoral Institutions, Cleavage Structures, and the Number of Parties, *American Journal of Political Science*, 41(1), 149–174.

Anckar, Carsten (1997), Determinants of Disproportionality and Wasted Votes, *Electoral Studies*, 16(4), 501–515.

Anckar, Carsten und Mårten Eriksson (1998), Measuring Ethnic and Religious Diversity, Åbo Akademi, Department of Political Science, Occasional Papers Series 10.

Andeweg, Rudy B. (2000), Consociational Democracy, *Annual Review of Political Science*, 3(1), 509–536.

Armingeon, Klaus (2002), The effects of negotiation democracy: A comparative analysis, *European Journal of Political Research*, 41(1), 81–105.

Arrow, Kenneth J. (1951), *Social Choice and Individual Values*, New Haven, London: Yale University Press.

Ashworth, Thomas Ramsden und H.P.C. Ashworth (1901), *Proportional representation applied to party government: a new electoral system*, London: Swan Sonnenschein.

Atkinson, Anthony B. (1970), On the Measurement of Inequality, *Journal of Economic Theory*, 2(3).

Babst, Stefanie (1992), Wahlen in Ungarn, der CSFR und Polen: Erschweren Wahlgesetze die Regierbarkeit?, *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 23(1), 69–83.

Bakka, Pal H. (1994), Imperial breakdown, political fragmentation and state-building. An attempt at extending Stein Rokkan's Conceptual Map of Western Europe to cover all Europe, Paper prepared for delivery at the 1994 Congress of the International Political Science Association, Berlin, August 21-25.

Baltagi, Badi H. (2001), *Econometric Analysis of Panel Data*, New York: Wiley and Sons, 2 Auflage.

Barry, Brian (1982), Methodology versus Ideology. The 'Economic' Approach Revisited, in: Elinor Ostrom (Hg.), *Strategies of Political Inquiry*, London: Sage, 123–147.

Bartels, Larry (1996), Pooling Disparate Observations, *American Journal of Political Science*, 40, 905–942.

Bartolini, Stefano (2000), *The Political Mobilization of the European Left, 1860-1980: The Class Cleavage*, Cambridge: Cambridge University Press.

Bartolini, Stefano und Peter Mair (1990), *Identity, Competition and Electoral Availability. The Stabilisation of European Electorates 1885-1985*, Cambridge: Cambridge University Press.

Beck, Nathaniel (2001), Time-Series-Cross-Section Data: What Have We Learned in the Past Few Years?, *Annual Review of Political Science*, 4(1), 271–293.

Beck, Nathaniel (2005), Multilevel Analysis of Comparative Data: A Comment, *Political Analysis*, 13(4), 457–458.

Beck, Nathaniel und Jonathan N. Katz (1995), What to do – and not to do – with time-series-cross-section data in comparative politics, *American Political Science Review*, 89(3), 634–647.

Beck, Nathaniel und Jonathan N. Katz (2004), Time-Series-Cross-Section Issues: Dynamics, paper, Department of Politics, New York University, NY.

Beck, Nathaniel; Jonathan N. Katz und Richard Tucker (1998), Taking Time Seriously: Time-Series-Cross-Section Analysis with a Binary Dependent Variable, *American Journal of Political Science*, 42(4), 1260–1288.

Beichelt, Timm (1998), Die Wirkung von Wahlsystemen in Mittel- und Osteuropa, *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 29(4), 605–623.

Beichelt, Timm (2001), *Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa*, Opladen: Leske + Budrich.

Belsley, David A.; Edvin Kuh und Roy E. Welsch (1980), *Regression Diagnostics*, New York: Wiley and Sons.

Benoit, Kenneth (1999a), District Magnitude, Electoral Formula, and the Number of Parties, Paper, Department of Political Science, Trinity College Dublin, June 24.

Benoit, Kenneth (1999b), Votes and Seats: The Hungarian Electoral Law and the 1994 Parliamentary Elections, in: Gabór Tóka und Zolt Enyedi (Hg.), *Elections to the Hungarian National Assembly 1994: Analyses, Documents and Data (Founding Elections in Eastern Europe)*, Berlin: Edition Sigma, 108–138.

Benoit, Kenneth (2000), Which Electoral Formula Is the Most Proportional? A New Look with New Evidence, *Political Analysis*, 8(4), 381–388.

Benoit, Kenneth (2001a), A Theory of Electoral Systems, Paper, Trinity College, University of Dublin, January 05.

Benoit, Kenneth (2001b), Evaluating Hungary's Mixed-Member Electoral System, in: Matthew S. Shugart und Martin P. Wattenberg (Hg.), *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?*, Oxford: Oxford University Press, 477–493.

Benoit, Kenneth (2001c), Two Step Forward, One Steps Back: Electoral Coordination in the Hungarian Elections of 1998, Paper, Trinity College, University of Dublin, December 05.

Benoit, Kenneth (2002), The endogeneity problem in electoral studies: a critical re-examination of Duverger's mechanical effect, *Electoral Studies*, 21(1), 35–46.

Benoit, Kenneth und Jacqueline Hayden (2004), Institutional Change and Persistence: The Evolution of Poland's Electoral System, 1989–2001, *Journal of Politics*, 66(2), 396–427.

Benoit, Kenneth und John W. Schiemann (2001), Institutional Choices in New Democracies. Bargaining over Hungary's 1989 Electoral Law, *Journal of Theoretical Politics*, 13(2), 153–182.

Berg-Schlosser, Dirk und Jeremy Mitchell (Hg.) (2000a), *Conditions of Democracy in Europe, 1919-39. Systematic Case Studies*, Houndmills, Basingstoke: Palgrave.

Berg-Schlosser, Dirk und Jeremy Mitchell (2000b), Introduction, in: Dirk Berg-Schlosser und Jeremy Mitchell (Hg.), *Conditions of Democracy in Europe, 1919-39. Systematic Case Studies*, London: Macmillan, 1–39.

Berg-Schlosser, Dirk und Jeremy Mitchell (Hg.) (2002), *Authoritarianism and Democracy in Europe, 1919-39. Comparative Analyses*, Houndsmills, Basingstoke: Palgrave.

Berglund, Sten; Tomas Hellén und Frank H. Aarebrot (1998a), Foundations of Change, in: Sten Berglund; Tomas Hellén und Frank H. Aarebrot (Hg.), *The Handbook of Political Change in Eastern Europe*, Cheltenham: Edward Elgar, 1–12.

Berglund, Sten; Tomas Hellén und Frank H. Aarebrot (1998b), The Challenge of History in Eastern Europe, in: Sten Berglund; Tomas Hellén und Frank H. Aarebrot (Hg.), *The Handbook of Political Change in Eastern Europe*, Cheltenham: Edward Elgar, 13–54.

Bernhard, Michael (1997), Semipresidentialism, Charisma, and Democratic Institutions in Poland, in: Kurt von Mettenheim (Hg.), *Presidential Institutions and Democratic Politics. Comparing Regional and National Contexts*, Baltimore, London: Johns Hopkins University Press, 177–203.

Bernhard, Michael (2000), Institutional Choice after Communism: A Critique of Theory-building in an Empirical Wasteland, *East European Politics and Societies*, 14(2), 316–347.

Birch, Sarah (1995), Notes on Recent Elections: The Ukrainian Parliamentary and Presidential Elections of 1994, *Electoral Studies*, 14(1), 93–99.

Birch, Sarah (1996), Notes on Recent Elections: The Ukrainian Repeat Elections of 1995, *Electoral Studies*, 15(2), 281–282.

Birch, Sarah (1998), Electoral System, Campaign Strategies, and Vote Choice in the Ukrainian Parliamentary and Presidential Elections of 1994, *Political Studies*, 46(1), 96–114.

Birch, Sarah (2000a), *Elections and Democratization in Ukraine*, Houndmills, Basingstoke: Palgrave.

Birch, Sarah (2000b), The Effects of Mixed Electoral Systems in Eastern Europe, Paper prepared for presentation at the 30th Annual Conference of the University Association for Contemporary European Studies, Budapest, April 07-09.

Birch, Sarah (2003), *Electoral Systems and Political Transformation in Post-Communist Europe*, Houndmills, Basingstoke: Palgrave.

Birch, Sarah; Frances Millard; Marina Popescu und Kieran Williams (2002), *Embodying Democracy. Electoral System Design in Post-Communist Europe*, Houndmills, Basingstoke: Palgrave.

Black, Duncan (1958), *The Theory of Committees and Elections*, Cambridge: Cambridge University Press.

Blais, André und Richard Nadeau (1996), Measuring Strategic Voting: A Two-Step Procedure, *Electoral Studies*, 15(1), 39–52.

Blalock, Hubert M. (1972), *Social Statistics*, Tokyo: McGraw-Hill.

Blondel, Jean (1968), Party Systems and Patterns of Government in Western Democracies, *Canadian Journal of Political Science*, 1(2), 180–203.

Bogaards, Matthijs (2000), The Uneasy Relationship Between Empirical and Normative Types in Consociational Theory, *Journal of Theoretical Politics*, 12(4), 395–423.

Bogdanor, Vernon (1983), Conclusion: Electoral Systems and Party Systems, in: Vernon Bogdanor und David Butler (Hg.), *Democracy and Elections. Electoral Systems and Their Political Consequences*, Cambridge: Cambridge University Press.

Boix, Carles (1999), Setting the Rules of the Game: The Choice of Electoral Systems in Advanced Democracies, *American Political Science Review*, 93(3), 609–624.

Bojcun, Marko (1995), The Ukrainian Parliamentary Elections in March-April 1994, *Europe-Asia Studies*, 47(2), 229–249.

Bos, Ellen (1996), Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen, in: Wolfgang Merkel (Hg.), *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung*, Opladen: Leske + Budrich, 81–109.

Bos, Ellen (2002), Das politische System der Ukraine, in: Wolfgang Ismayr (Hg.), *Die politischen Systeme Osteuropas*, Opladen: Leske + Budrich, 447–488.

Bowers, Jake und Katherine W. Drake (2005), EDA for HLM: Visualization when Probabilistic Inference Fails, *Political Analysis*, 13(4), 301–326.

Bradley, John (2000), Czechoslovakia: External Crises and Internal Compromise, in: Dirk Berg-Schlosser und Jeremy Mitchell (Hg.), *Conditions of Democracy in Europe, 1919-39. Systematic Case Studies*, London: Macmillan, 85–105.

Brambor, Thomas; William Clark und Matthew Golder (2006), Understanding Interaction Models: Improving Empirical Analyses, *Political Analysis*, 14(1).

Braunias, Karl (1932), *Das parlamentarische Wahlrecht. Ein Handbuch über die Bildung der Gesetzgebenden Körperschaften in Europa*, Band 1, 2, Berlin: DeGruyter.

Bryk, Anthony S. und Stephen W. Raudenbush (1992), *Hierarchical Linear Models*, Newbury Park: Sage.

Bryk, Anthony S. und Stephen W. Raudenbush (2002), *Hierarchical Linear Models*, Newbury Park: Sage.

Budge, Ian (1984), Parties and Democratic Government. A Framework for Explanation, *West European Politics*, 7(1), 95–118.

Budge, Ian (2000), Expert judgements of party policy positions: Uses and limitations in political research, *European Journal of Political Research*, 37(1), 103–113.

Budge, Ian; Hans-Dieter Klingemann; Andrea Volkens; Judith Bara und Eric Tanenbaum (2001), *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998*, Oxford: Oxford University Press.

Budge, Ian; David Robertson und Derek Hearl (1987), *Ideology, Strategy, and Party Change. Spatial Analysis of Post War Election Programmes in 19 Democracies*, Cambridge: Cambridge University Press.

Bunce, Valerie (1995), Should Transitologists be Grounded?, *Slavic Review*, 54(1), 111–127.

Cairns, Alan (1968), The Electoral System and the Party System in Canada, 1921-1965, *Canadian Journal of Political Science*, 1(1), 55–80.

Calda, Milos (1996), The Roundtable Talks in Czechoslovakia, in: Jon Elster (Hg.), *The Roundtable Talks and the Breakdown of Communism*, Chicago, London: University of Chicago Press, 135–177.

Campbell, Peter (1958), *French Electoral Systems and Elections 1789-1957*, London: Praeger.

Caramani, Daniele (2000), *Elections in Western Europe since 1815. Electoral Results by Constituencies*, London: Macmillan.

Caramani, Daniele (2004), *The Nationalization of Politics. The Formation of National Electorates and Party Systems in Western Europe*, Cambridge: Cambridge University Press.

Carey, John M. (2000), Parchment, Equilibria, and Institutions, *Comparative Political Studies*, 33(6/7), 735–761.

Carey, John M. und Matthew S. Shugart (1995), Incentives to Cultivate a Personal Vote: a Rank Ordering of Electoral Formulas, *Electoral Studies*, 14(4), 417–439.

Castles, Francis und Peter Mair (1984), Left-Right Political Scales: Some Expert Judgements, *European Journal of Political Research*, 12(1), 73–88.

Chatterjee, Samprit und Ali Hadi (1988), *Sensitivity Analysis in Linear Regression*, New York: Wiley and Sons.

Chehabi, Houchang E. und Juan J. Linz (Hg.) (1998), *Sultanistic Regimes*, Baltimore, London: Johns Hopkins University Press.

Cheibub, José Antonio und Fernando Limongi (2002), Democratic Institutions and Regime Survival. Parliamentary and Presidential Democracies Reconsidered, *Annual Review of Political Science*, 5(1), 151–179.

Chhibber, Pradeep und Ken Kollman (1998), Party Aggregation and the Number of Parties in India and the United States, *American Political Science Review*, 92(2), 329–342.

Chhibber, Pradeep und Ken Kollman (2004), *The Formation of National Party Systems. Federalism and Party Competition in Canada, Great Britain, India, and the United States*, Princeton: Princeton University Press.

Chinn, Jeff und Lise Truex (1996), The Question of Citizenship in the Baltics, *Journal of Democracy*, 7(1), 133–145.

Clark, Terry D. (1995), The Lithuanian Party System: A Case Study of Democratic Consolidation, *East European Politics and Societies*, 9(1), 41–62.

Clark, William und Matthew Golder (2006), Rehabilitating Duverger's Theory: Testing the Mechanical and Strategic Modifying Effects of Electoral Laws, *Comparative Political Studies*, 39.

Cohen, Morris R. und Ernest Nagel (1934), *An Introduction to Logic and Scientific Method*, New York: Harcourt & Brace.

Coleman, James S. (1990), *Foundations of Social Theory*, Cambridge, London: Belknap Press.

Colomer, Josep M. (1995), Strategies and Outcomes in Eastern Europe, *Journal of Democracy*, 6(2), 74–85.

Colomer, Josep M. (2001), *Political Institutions. Democracy and Social Choice*, Oxford: Oxford University Press.

Colomer, Josep M. (Hg.) (2004a), *Handbook of Electoral System Choice*, Houndmills, Basingstoke: Palgrave.

Colomer, Josep M. (2004b), The Strategy and History of Electoral System Choice, in: Josep M. Colomer (Hg.), *Handbook of Electoral System Choice*, Houndmills, Basingstoke: Palgrave, 3–78.

Colton, Timothy J. (2000), *Transitional Citizens. Voters and What Influences Them in the New Russia*, Cambridge: Harvard University Press.

Cowell, Frank A. (1977), *Measuring Inequality*, Oxford: Philip Allan.

Cox, Gary W. (1984), Strategic Electoral Choice in Multi-Member Districts: Approval Voting in Practice?, *American Journal of Political Science*, 28(4), 722–738.

Cox, Gary W. (1987), Electoral Equilibrium under Alternative Voting Institutions, *American Journal of Political Science*, 31(1), 82–108.

Cox, Gary W. (1990), Centripetal and Centrifugal Incentives in Electoral Systems, *American Journal of Political Science*, 34(4), 903–935.

Cox, Gary W. (1991), SNTV and d'Hondt are 'Equivalent', *Electoral Studies*, 10(2), 118–132.

Cox, Gary W. (1994), Strategic Voting Equilibria under the Single Non-Transferable Vote, *American Political Science Review*, 88(3), 608–621.

Cox, Gary W. (1996), Is the Single Nontransferable Vote Superproportional? Evidence from Japan and Taiwan, *American Journal of Political Science*, 40(3), 740–755.

Cox, Gary W. (1997), *Making Votes Count*, Cambridge: Cambridge University Press.

Cox, Gary W. (1999), Electoral Rules and Electoral Coordination, *Annual Review of Political Science*, 2(1), 145–161.

Cox, Gary W.; Frances M. Rosenbluth und Michael F. Thies (1999), Electoral Reform and the Fate of Factions: The Case of Japan's Liberal Democratic Party, *British Journal of Political Science*, 29, 33–56.

Cox, Gary W. und Matthew S. Shugart (1991), Comment on Gallagher's 'Proportionality, Disproportionality and Electoral Systems', *Electoral Studies*, 10, 348–352.

Crampton, Richard J. (1987), *A Short History of Modern Bulgaria*, Cambridge: Cambridge University Press.

Crampton, Richard J. (1995), Notes on Recent Elections: The Bulgarian Elections of December 1994, *Electoral Studies*, 14(2), 236–240.

Crampton, Richard J. (1997), Notes on Recent Elections: The Bulgarian Elections of 19 April 1997, *Electoral Studies*, 16(4), 560–563.

Crawford, Beverly und Arend Lijphart (1996), Old Legacies, New Institutions: Explaining Political and Economic Trajectories in Post-Communist Regimes, in: Beverly Crawford und Arend Lijphart (Hg.), *Liberalization and Leninist Legacies: Comparative Perspectives on Democratic Transitions*, Berkeley: University of California at Berkeley, 1–39.

Crawford, Keith (1996), *East Central European Politics Today. From Chaos to Stability?*, Manchester: Manchester University Press.

Dahl, Robert A. (1956), *A Preface to Democratic Theory*, Chicago, London: University of Chicago Press.

Dahl, Robert A. (1966), Patterns of Opposition, in: Robert A. Dahl (Hg.), *Political Oppositions in Western Democracies*, New Haven, London: Yale University Press, 332–347.

Dahl, Robert A. (1971), *Polyarchy. Participation and Opposition*, New Haven, London: Yale University Press.

Dahl, Robert A. (1998), *On Democracy*, New Haven, London: Yale University Press.

Dalton, Hugh (1920), The Measurement of Inequality of Outcomes, *Economic Journal*, 30(9), 348–361.

Dalton, Russel J. (1985), Political Parties and Political Representation. Party Supporters and Party Elites in Nine Nations, *Comparative Political Studies*, 18(3), 267–299.

Dalton, Russel J.; Scott C. Flanagan und Paul Allen Beck (Hg.) (1984), *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment?*, Princeton: Princeton University Press.

Davies, John und Andrejs Valdis Ozolins (1994), Notes on Recent Elections: The Latvian Parliamentary Election of 1993, *Electoral Studies*, 13(1), 83–86.

de Nève, Dorothée (2002), Koalitionen in Albanien, Bulgarien und Rumänien: Überwindung des régime divide mit Hindernissen, in: Sabine Kropp; Suzanne S. Schüttemeyer und Roland Sturm (Hg.), *Koalitionen in West- und Osteuropa*, Opladen: Leske + Budrich, 301–342.

Denemark, David (2001), Choosing MMP in New Zealand: Explaining the 1993 Electoral Reform, in: Matthew S. Shugart und Martin P. Wattenberg (Hg.), *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?*, Oxford: Oxford University Press, 70–95.

Diamond, Larry (1999), *Developing Democracy. Toward Consolidation*, Baltimore, London: Johns Hopkins University Press.

Diermeier, Daniel und Keith Krehbiel (2003), Institutionalism as a Methodology, *Journal of Theoretical Politics*, 15(2), 123–144.

DiPalma, Giuseppe (1990), *To Craft Democracies. An Essay on Democratic Transitions*, Berkeley u.a: University of California Press.

Downs, Anthony (1957), *An Economic Theory of Democracy*, New York: Harper and Row.

Duch, Raymond M. und Randy Stevenson (2005), Context and the Economic Vote: A Multilevel Analysis, *Political Analysis*, 13(4), 387–409.

Duncan, Otis Dudley und Beverly Duncan (1955), A Methodological Analysis of Segregation Indexes, *American Sociological Review*, 20(2).

Dunleavy, Patrick und Francoise Boucek (2003), Constructing the Number of Parties, *Party Politics*, 9(3), 291–315.

Duverger, Maurice (1959), *Die politischen Parteien*, Tübingen: Mohr.

Duverger, Maurice (1986), Duverger's Law: Forty Years Later, in: Bernard Grofman und Arend Lijphart (Hg.), *Electoral Laws and Their Political Consequences*, New York: Agathon Press, 69–84.

East, Roger und Jolyon Pontin (1997), *Revolution and Change in Central and East Europe*, London: Pinter.

Eckstein, Harry (1963), Introduction: The Impact of Electoral Systems on Representative Government, in: Harry Eckstein und David E. Apter (Hg.), *Comparative Politics. A Reader*, London: The Free Press of Glencoe, 247–254.

Eckstein, Harry und David E. Apter (Hg.) (1963), *Comparative Politics. A Reader*, London: The Free Press of Glencoe.

Eisenstadt, Shmuel und Luis Roniger (1984), *Patrons, Clients and Friends. Interpersonal Relations and the Structure of Trust in Society*, Cambridge: Cambridge University Press.

Ekiert, Gregorsz (1996), *The State against Society: Political Crises and Their Aftermath in East Central Europe*, Princeton: Princeton University Press.

Elster, Jon (1991), Arguing and Bargaining in the Federal Convention and the Assemblée Constituante, Center for the Study of Constitutionalism in Eastern Europe Working Papers.

Elster, Jon (1993), Constitution-Making in Central and Eastern Europe: Rebuilding the Boat in the Open Sea, *Public Administration*, 71(1), 169–217.

Elster, Jon (1995), Transition, constitution-making and separation in Czechoslovakia, *Archives Européennes de Sociologie*, 36(1), 105–134.

Elster, Jon (Hg.) (1996), *The Roundtable Talks and the Breakdown of Communism*, Chicago, London: University of Chicago Press.

Elster, Jon (1997), Afterword: the making of postcommunist presidencies, in: Raymond Taras (Hg.), *Postcommunist Presidents*, Cambridge: Cambridge University Press, 225–237.

Elster, Jon; Claus Offe und Ulrich Preuss (1998), *Institutional Design in Post-Communist Societies. Rebuilding the Ship at Sea*, Cambridge: Cambridge University Press.

Engelmann, Frederick C. (1959), A Critique of Recent Writings on Political Parties, *Journal of Politics*, 21(3), 423–440.

Enlow, James und Melvin J. Hinich (1984), *The Spatial Theory of Voting: An Introduction*, Cambridge: Cambridge University Press.

Epstein, Leon D. (1979), *Political Parties in Western Democracies*, London: Transaction Press.

Errson, Svante und Jan-Erik Lane (1982), Democratic Party Systems in Europe: Dimensions, Change and Stability, *Scandinavian Political Studies*, 5(1), 67–96.

Esser, Hartmut (1996), *Soziologie*, Frankfurt am Main, New York: Campus.

Etzioni-Halevy, Eva (1979), *Political Manipulation and Administrative Power*, London: Routledge.

Evans, Geoffrey und Stephen Whitefield (1993), Identifying the Bases of Party Competition in Eastern Europe, *British Journal of Political Science*, 23(4), 521–548.

Evans, Geoffrey und Stephen Whitefield (1998), The Structuring of Political Cleavages in Post-Communist Societies: the Case of the Czech Republic and Slovakia, *Political Studies*, 46(1), 115–139.

Evans, Geoffrey und Stephen Whitefield (2000), Explaining the Formation of Political Cleavages in Post-Communist Democracies, in: Hans-Dieter Klingemann; Ekkehard Mochmann und Kenneth Newton (Hg.), *Elections in Central and Eastern Europe. The First Wave (Founding Elections in Eastern Europe)*, Berlin: Edition Sigma, 13–35.

Farrell, David M. (2001), The United Kingdom Comes of Age: The British Electoral Reform, in: Matthew S. Shugart und Martin P. Wattenberg (Hg.), *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?*, Oxford: Oxford University Press, 521–541.

Fearon, James D. (2002), Ethnic Structure and Cultural Diversity Around the World: A Cross-National Data Set on Ethnic Groups, Paper prepared for delivery at the 2002 Annual Meeting of the American Political Science Association,Boston, August 28 -September 05.

Fearon, James D. (2003), Ethnic and Cultural Diversity by Country, *Journal of Economic Growth*, 8(2), 195–222.

Ferrara, Federico; Erik S. Herron und Misa Nishikawa (2005), *Mixed Electoral Systems. Contamination and Its Consequences*, Houndmills, Basingstoke: Palgrave.

Fey, Mark (1997), Stability and Coordination in Duverger's Law: A Formal Model of Preelection Polls and Strategic Voting, *American Political Science Review*, 91(1), 135–147.

Filippov, Mikhail; Peter C. Ordeshook und Olga Shvetsova (1999), Party Fragmentation and Presidential Elections in Post-Communist Democracies, *Constitutional Political Economy*, 10(1), 3–26.

Filippov, Mikhail; Peter C. Ordeshook und Olga Shvetsova (2004), *Designing Federalism. A Theory of Self-Sustainable Federal Institutions*, Cambridge: Cambridge University Press.

Finer, Herman (1935), *The case against proportional representation*, London: Fabian Society, 2. Auflage.

Fischer-Galati, Stephen (2000), Romania: Crisis without Compromise, in: Dirk Berg-Schlosser und Jeremy Mitchell (Hg.), *Conditions of Democracy in Europe, 1919-39. Systematic Case Studies*, London: Macmillan, 381–395.

Fitzmaurice, John (1995), Notes on Recent Elections: The Hungarian Election of May 1994, *Electoral Studies*, 14(1), 77–80.

Fitzmaurice, John (1999), Notes on Recent Elections: The Slovak elections of 25th and 26th September 1998, *Electoral Studies*, 18(2), 290–296.

Fitzmaurice, John (2001), Notes on Recent Elections: The parliamentary election in Estonia, March 1999, *Electoral Studies*, 20(1), 141–146.

Fitzmaurice, John (2002), Notes on Recent Elections: Parliamentary elections in Lithuania, October 2000, *Electoral Studies*, 22(1), 161–165.

Flora, Peter (2000), Einführung und Interpretation, in: Stein Rokkan (Hg.), *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 14–119.

Fowler, Brigid (2003), The parliamentary elections in Hungary, April 2002, *Electoral Studies*, 22(4), 799–807.

Franzese, Robert J. (2005), Empirical Strategies for Various Manifestations of Multilevel Data, *Political Analysis*, 13(4), 430–446.

Friedrich, Carl Joachim (1937), *Constitutional government and politics: nature and development*, New York: Harper & Bros.

Furtak, Robert K. (Hg.) (1990), *Elections in Socialist States*, New York: Harvester Wheatsheaf.

Gabal, Ivan (Hg.) (1996), *The 1990 Election to the Czechoslovakian Federal Assembly: Analyses, Documents, and Data (Founding Elections in Eastern Europe)*, Berlin: Edition Sigma.

Gabanyi, Anneli Ute (1997), Das Parteiensystem Rumäniens, in: Dieter Segert; Richard Stöss und Oskar Niedermayer (Hg.), *Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 181–236.

Gabel, Matthew J. (1995), The Political Consequences of Electoral Laws in the 1990 Hungarian Elections, *Comparative Politics*, 27(2), 205–214.

Gaines, Brian J. (1997), Where to Count Parties, *Electoral Studies*, 16(1), 49–58.

Gaines, Brian J. (1999), Duverger's Law and the Meaning of Canadian Exceptionalism, *Comparative Political Studies*, 32(7), 835–861.

Gallagher, Michael (1991), Proportionality, Disproportionality and Electoral Systems, *Electoral Studies*, 10(1), 33–51.

Gallagher, Michael (1992), Comparing Proportional Representation Electoral Systems: Quotas, Thresholds, Paradoxes and Majorities, *British Journal of Political Science*, 22(4), 469–496.

Ganghof, Steffen (2005), Kausale Perspektiven in der vergleichenden Politikwissenschaft: X-zentrierte und Y-zentrierte Forschungsdesigns, in: Sabine Kropp und Michael Minkenberg (Hg.), *Vergleichen in der Politikwissenschaft*, Wiesbaden: VS Verlag, 76–93.

Garton Ash, Timothy (1989), *The Uses of Adversity: Essays on the Fate of Central Europe*, New York: Random House.

Geddes, Barbara (1995), A Comparative Perspective on the Leninist Legacy in Eastern Europe, *Comparative Political Studies*, 28(2), 239–274.

Geddes, Barbara (1996), Initiation of New Democratic Institutions in Eastern Europe and Latin America, in: Arend Lijphart und Carlos H. Waisman (Hg.), *Institutional Design in New Democracies. Eastern Europe and Latin America*, Boulder: Westview, 15–41.

Gelman, Andrew (2005), Two-Stage Regression and Multilevel Modeling: A Commentary, *Political Analysis*, 13(4), 459–461.

Gel'man, Vladimir (1999), Institutional Design: Crafting the Electoral Law, in: Vladimir Gel'man und Grigorii V. Golosov (Hg.), *Elections in Russia, 1993–1996: Analyses, Documents and Data (Founding Elections in Eastern Europe)*, Berlin: Edition Sigma, 47–72.

Gibbard, Alan (1973), Manipulation of Voting Schemes: A General Result, *Econometria*, 41, 587–601.

Gini, Corrado (1912), *Variabilità e Mutabilità*, Bologna.

Golder, Matthew (2004), *The Modifying Effect of Electoral Institutions*, Dissertation, NYU, New York.

Golder, Matthew (2005), Democratic Electoral Systems Around the World, 1946-2000, *Electoral Studies*, 24(1), 103–121.

Goldstein, Harvey (1995), *Multilevel Statistical Models*, London: Edward Arnold.

Golosov, Grigorii V. (1998), Who Survives? Party Origins, Organizational Development, and Electoral Performance in Post-communist Russia, *Political Studies*, 46(3), 511–543.

Golosov, Grigorii V. (1999), The Impact of Russia's Electoral System on the Competitive Strategies of Political Actors in the Duma Elections, in: Vladimir Gel'man und Grigorii V. Golosov (Hg.), *Elections in Russia, 1993–1996: Analyses, Documents and Data (Founding Elections in Eastern Europe)*, Berlin: Edition Sigma, 150–171.

Goodin, Robert E. (1996), Institutions and Their Design, in: Robert E. Goodin (Hg.), *The Theory of Political Institutions*, Cambridge: Cambridge University Press, 1–53.

Greene, William H. (2003), *Econometric Analysis*, London u.a.: Prentice Hall.

Grofman, Bernard (2004), Downs and Two-Party Convergence, *Annual Review of Political Science*, 7(1), 25–46.

Grofman, Bernard und Arend Lijphart (Hg.) (1986), *Electoral Laws and Their Political Consequences*, New York: Agathon Press.

Grofman, Bernard; Evald Mikkel und Rein Taagepera (1999), Electoral Systems Change in Estonia, 1989–1993, *Journal of Baltic Studies*, 30(3), 227–249.

Grotz, Florian (2000), *Politische Institutionen und post-sozialistische Parteiensysteme in Ostmitteleuropa. Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei im Vergleich*, Opladen: Leske + Budrich.

Grotz, Florian; Joanna Haiduk und Ihor Yahnyshchak (2003), Wahlen in der Ukraine, in: Klaus Ziemer (Hg.), *Wahlen in postsozialistischen Staaten*, Opladen: Leske + Budrich, 307–341.

Grumm, John C. (1958), Theories of Electoral Systems, *Midwest Journal of Political Science*, 2(4), 357–376.

Gunther, Richard (1989), Electoral Laws, Party Systems, and Elites. The Case of Spain, *American Political Science Review*, 83(3), 835–858.

Hall, Peter A. und Rosemary C.R. Taylor (1997), Political Science and the Three New Institutionalisms, *Political Studies*, 44(5), 936–957.

Harper, Marcus A.G. (2003), Notes on Recent Elections: The 2001 parliamentary and presidential elections in Bulgaria, *Electoral Studies*, 22(2), 335–344.

Harsanyi, John C. (1976), *Essays on Ethics, Social Behavior, and Scientific Exploration*, Boston: D. Reidel.

Hazan, Reuven Y. (2001), The Israeli Mixed Electoral System: Unexpected Reciprocal and Cumulative Consequences, in: Matthew S. Shugart und Martin P. Wattenberg (Hg.), *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?*, Oxford: Oxford University Press, 351–379.

Hermens, Ferdinand Aloys (1933), *Demokratie und Wahlrecht. Eine wahlrechtssoziologische Unters. zur Krise d. parlamentarischen Regierungsbildung*, Paderborn: Schöningh.

Hermens, Ferdinand Aloys (1951), *Demokratie oder Anarchie? Untersuchungen über die Verhältniswahl*, Frankfurt am Main: Metzner.

Hermens, Ferdinand Aloys (1963), The Dynamics of Proportional Representation, in: Harry Eckstein und David E. Apter (Hg.), *Comparative Politics. A Reader*, London: The Free Press of Glencoe, 254–280.

Herron, Erik S. und Misa Nishikawa (2001), Contamination effects and the number of parties in mixed-superposition electoral systems, *Electoral Studies*, 20(1), 63–86.

Hirschman, Albert O. (1993), Exit, Voice, and the Fate of the German Democratic Republic: An Essay in Conceptual History, *World Politics*, 45(2), 173–202.

Hogan, James (1945), *Election and Representation*, Cork: Cork University Press.

Holcombe, Arthur N. (1911), Direct primaries and the second ballot, *American Political Science Review*, 5(4), 535–552.

Holzer, Jerzy (2000), From Post-War Crisis to Authoritarianism, in: Dirk Berg-Schlosser und Jeremy Mitchell (Hg.), *Conditions of Democracy in Europe, 1919-39. Systematic Case Studies*, London: Macmillan, 335–353.

Horowitz, Donald L. (2002), Constitutional Design: Proposals versus Processes, in: Andrew Reynolds (Hg.), *The Architecture of Democracy. Constitutional Design, Conflict Management, and Democracy*, Oxford: Oxford University Press, 15–36.

Horwill, George (1925), *Proportional Representation. Its Dangers and Defects*, London: Allen and Unwin.

Howard, Marc Morjé (2003), *The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe*, Cambridge: Cambridge University Press.

Huber, John D. und Ronald Inglehart (1995), Expert Interpretation of Party Space and Party Locations in 42 Societies, *Party Politics*, 1(1), 73–111.

Huber, John D.; Georgia Kernell und Eduardo L. Leoni (2005), Institutional Context, Cognitive Resources and Party Attachments Across Democracies, *Political Analysis*, 13(4), 365–386.

Huber, John D. und G. Bingham Powell (1994), Congruence between Citizens and Policymakers in Two Visions of Liberal Democracy, *World Politics*, 46(3), 291–326.

Huntington, Samuel P. (1968), *Political Order in Changing Societies*, New Haven, London: Yale University Press.

Huntington, Samuel P. (1991), *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman, London: University of Oklahoma Press.

Ilonszki, Gabriella (2000), Hungary: Crises and Pseudo-Democratic Compromise, in: Dirk Berg-Schlosser und Jeremy Mitchell (Hg.), *Conditions of Democracy in Europe, 1919-39. Systematic Case Studies*, London: Macmillan, 242–262.

Inglehart, Ronald (1977), *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton: Princeton University Press.

Inglehart, Ronald und Hans-Dieter Klingemann (1978), Party Identification, Ideological Preference and the Left-Right Dimension among Western Mass Publics, in: Ian Budge; Ivor Crewe und Dennis Farlie (Hg.), *Party Identification and Beyond*, London: Wiley, 243–273.

Iordanova, Maria (1997), Electoral Law and Electoral System, in: Georgi Karasimeonov (Hg.), *The 1990 Election to the Bulgarian Grand National Assembly and the 1991 Election to the Bulgarian National Assembly: Analyses, Documents and Data (Founding Elections in Eastern Europe)*, Berlin: Edition Sigma, 34–43.

Irwin, Galen A. (1999), Notes on Recent Elections: The Dutch parliamentary election of 1998, *Electoral Studies*, 18(2), 271–275.

Ishiyama, John T. (1993), Founding Elections and the Development of Transitional Parties: The Case of Estonia and Latvia 1990–1992, *Communist and Post-Communist Studies*, 26(3), 277–299.

Ishiyama, John T. (1994), Electoral Rules and Party Nomination Strategies in Ethnically Cleaved Societies. The Estonian Transitional Election of 1990, *Communist and Post-Communist Studies*,

27(2), 177–192.

Ishiyama, John T. (1996), Electoral Systems Experimentation in the New Eastern Europe. The Single Transferable Vote and the Additional Member System in Estonia and Hungary, *East European Quarterly*, 29(4), 487–507.

Ishiyama, John T. (1997), Transitional Electoral Systems in Post-Communist Eastern Europe, *Political Science Quarterly*, 112(1), 95–115.

Ishiyama, John T. (2001), Candidate Recruitment and the Development of Russian Political Parties, 1993–99, *Party Politics*, 7(4), 387–411.

Iversen, Torben (1994), Political Leadership and Representation in West European Democracies. A Test of Three Models of Voting, *American Journal of Political Science*, 38(1), 45–74.

Jackman, Simon (1994), Measuring Electoral Bias: Australia, 1949-93, *British Journal of Political Science*, 24, 319–357.

Jacoby, William G. (2000), Loess: a nonparametric, graphical tool for depicting relationships between variables, *Electoral Studies*, 19(4), 577–613.

Janda, Kenneth (1980), *Political Parties: A Cross-National Survey*, New York: The Free Press.

Jesse, Eckhard (1985), *Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlsystemdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1983*, Düsseldorf: Droste.

Jones Luong, Paula (2000), After the break-up. Institutional design in transitional states, *Comparative Political Studies*, 33(5), 563–592.

Juberias, Carlos Flores (2004), Eastern Europe: General Overview, in: Josep M. Colomer (Hg.), *Handbook of Electoral System Choice*, Houndmills, Basingstoke: Palgrave, 309–331.

Ka-Lok Chan, Kenneth (2001), Idealism versus Realism in Institutional Choice: Explaining Electoral Reform in Poland, *West European Politics*, 24(3), 65–88.

Kaiser, André (1999), Die politische Theorie des Neoinstitutionalismus: James March und Johan Olsen, in: André Brodocz und Gary Schaal (Hg.), *Politische Theorien der Gegenwart*, Opladen: Leske + Budrich, 253–282.

Kaminski, Marek M. (2001), Coalitional Stability of Multi-Party Systems: Evidence from Poland, *American Journal of Political Science*, 45(2), 294–312.

Kaminski, Marek M.; Grzegorz Lissowski und Piotr Swistak (1998), The 'revival of communism' or the effect of institutions? The 1993 Polish parliamentary elections, *Public Choice*, 97(3), 429–449.

Kaminski, Marek M. und Monika A. Nalepa (2004), Poland: Learning to Manipulate Electoral Rules, in: Josep M. Colomer (Hg.), *Handbook of Electoral System Choice*, Houndmills, Basingstoke: Palgrave, 369–381.

Karasimeonov, Georgi (Hg.) (1997), *The 1990 Election to the Bulgarian Grand National Assembly and the 1991 Election to the Bulgarian National Assembly: Analyses, Documents and Data (Founding Elections in Eastern Europe)*, Berlin: Edition Sigma.

Karl, Terry L. (2000), Electoralism, in: Richard Rose (Hg.), *International Encyclopedia of Elections*, London: Macmillan, 95–96.

Karl, Terry L. und Philippe C. Schmitter (1995), From Iron Curtain to a Paper Curtain: Grounding Transitologists or Students of Postcommunism?, *Slavic Review*, 54(4), 965–978.

Karp, Jeffrey A.; Jack Vowles; Susan A. Banducci und Todd Donovan (2002), Strategic voting, party activity, and candidate effects: testing explanations for split voting in New Zealand's new mixed system, *Electoral Studies*, 21(1), 1–22.

Karvonen, Lauri und Sven Quenter (2002), Electoral Systems, Party System Fragmentation and Government Instability, in: Dirk Berg-Schlosser und Jeremy Mitchell (Hg.), *Authoritarianism and Democracy in Europe, 1919-39. Comparative Analyses*, Houndmills, Basingstoke: Palgrave, 131–162.

Katz, Richard S. (1980), *A Theory of Parties and Electoral Systems*, Baltimore, London: Johns Hopkins University Press.

Katz, Richard S. (1997), *Democracy and Elections*, Princeton: Princeton University Press.

Katz, Richard S. (2001), Reforming the Italian Electoral Law, 1993, in: Matthew S. Shugart und Martin P. Wattenberg (Hg.), *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?*, Oxford: Oxford University Press, 96–122.

Kedar, Orit (2005), How Diffusion of Power in Parliaments Affects Voter Choice, *Political Analysis*, 13(4), 410–429.

Kedar, Orit und W. Philipps Shivley (2005), Introduction to the Special Issue, *Political Analysis*, 13(4), 297–300.

Kendall, M.G. und A. Stuart (1950), The Law of Cubic Proportion in Election Results, *British Journal of Sociology*, 1(3), 183–197.

Kennedy, Peter (1998), *A Guide to Econometrics*, Cambridge: MIT Press.

Kennedy, Peter (2003), *A Guide to Econometrics*, Cambridge: MIT Press.

Key, Vladimir Orlando (1950), *Constitutional Government and Democracy*, Boston: Ginn & Co.

King, Gary (1986), How Not to Lie with Statistics: Avoiding Common Mistakes in Quantitative Political Science, *American Journal of Political Science*, 30(3), 666–687.

King, Gary (1991), Stochastic Variation: A Comment on Lewis-Beck and Skalaban's 'The R-Square', *Political Analysis*, 2(2), 185–200.

King, Gary; Robert O. Keohane und Sidney Verba (1994), *Designing Social Inquiry. Scientific Inference in Qualitative Research*, Princeton: Princeton University Press.

King, Gary; Michael Tomz und Jason Wittenberg (2000), Making the Most of Statistical Analyses: Improving Interpretation and Presentation, *American Journal of Political Science*, 44(2), 341–355.

Kitschelt, Herbert (1992), The Formation of Party Systems in East Central Europe, *Politics and Society*, 20(1), 7–50.

Kitschelt, Herbert (1994), Rationale Verfassungswahl? Zum Design von Regierungssystemen in neuen Konkurrenzdemokratien, Antrittsvorlesung an der Humboldt-Universität zu Berlin, 02. Mai 1994.

Kitschelt, Herbert (1995a), Die Entwicklung post-sozialistischer Parteiensysteme. Vergleichende Perspektiven, in: Hellmut Wollmann; Helmut Wiesenthal und Frank Bönker (Hg.), *Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 475–505.

Kitschelt, Herbert (1995b), Party Systems in East Central Europe. Consolidation or Fluidity?, Center for the Study of Public Policy, Strathclyde, Studies in Public Policy Number 241.

Kitschelt, Herbert (1995c), The Formation of Party Cleavages in Post-Communist Democracies. Theoretical Propositions, *Party Politics*, 1(4), 447–472.

Kitschelt, Herbert; Dimitr Dimitroff und Assen Kanev (1995), The Structuring of the Vote in Post-Communist Party Systems – The Bulgarian Example, *European Journal of Political Research*, 27(2), 143–160.

Kitschelt, Herbert; Zdenka Mansfeldova; Radoslaw Markowski und Gabór Tóka (1999), *Post-Communist Party Systems. Competition, Representation, and Inter-Party Cooperation*, Cambridge: Cambridge University Press.

Kitschelt, Herbert und Regina Smyth (2002), Programmatic Party Cohesion in Emerging Postcommunist Democracies. Russia in Comparative Context, *Comparative Political Studies*, 35(10), 1228–1256.

Kittel, Bernhard (1999), Sense and Sensitivity in Pooled Analysis of Political Data, *European Journal of Political Research*, 35(2), 225–253.

Kittel, Bernhard (2005), Pooled Analysis in der ländervergleichenden Forschung: Probleme und Potenziale, in: Sabine Kropp und Michael Minkenberg (Hg.), *Vergleichen in der Politikwissenschaft*,

Wiesbaden: VS Verlag, 96–115.

Kittel, Bernhard und Werner Obinger (2002), Political Parties, Institutions, and Welfare State Dynamics in Times of Austerity, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, Discussion Paper 1/2002.

Kittel, Bernhard und Hannes Winner (2005), How reliable is pooled analysis in political economy? The globalization-welfare state nexus revisited, *European Journal of Political Research*, 44(2), 269–293.

Klingemann, Hans-Dieter (1994), Die Entstehung wettbewerbsorientierter Parteiensysteme in Osteuropa, in: W. Zapf und M. Dierkes (Hg.), *Institutionenvergleich und Institutionendynamik. Jahrbuch des WZB für Sozialforschung*, Berlin: Edition Sigma, 13–38.

Kohler, Ulrich und Frauke Kreuter (2001), *Datenanalyse mit Stata. Allgemeine Konzepte der Datenanalyse und ihre praktische Anwendung*, München, Wien: Oldenbourg.

Kolarova, Rumyana und Dimitr Dimitrov (1996), The Roundtable Talks in Bulgaria, in: Jon Elster (Hg.), *The Roundtable Talks and the Breakdown of Communism*, Chicago, London: University of Chicago Press, 178–212.

Kopecký, Petr (1995), Developing Party Organizations in East-Central Europe, *Party Politics*, 1(4), 515–534.

Korasteleva, Elena A. (2000), Electoral Volatility in Postcommunist Belarus. Explaining the Paradox, *Party Politics*, 6(3), 343–358.

Kostadinova, Tatiana (1995), *Bulgaria 1879-1946: The Challenge of Choice*, Boulder: Columbia University Press.

Kostadinova, Tatiana (2002), Do mixed electoral systems matter?: a cross-national analysis of their effects in Eastern Europe, *Electoral Studies*, 21(1), 23–34.

Kreft, Ita G.G. und Jan DeLeeuw (1998), *Introducing Multilevel Modeling*, London: Sage.

Krohn, Tobias (2003), *Die Genese von Wahlsystemen in Transformationsprozessen. Portugal, Spanien, Polen und Tschechien im Vergleich*, Opladen: Leske + Budrich.

Krupavičius, Algis (1998), The Post-communist Transition and Institutionalization of Lithuania's Parties, *Political Studies*, 46(3), 465–491.

Krupavičius, Algis (Hg.) (2001a), *Lithuania's Seimas Election 1996: The Third Turnover: Analyses, Documents and Data (Founding Elections in Eastern Europe)*, Berlin: Edition Sigma.

Krupavičius, Algis (2001b), Political Results of the Seimas Election of 1996 and Formation of the Cabinet: The Third Turnover, in: Algis Krupavičius (Hg.), *Lithuania's Seimas Election 1996: The Third Turnover: Analyses, Documents and Data (Founding Elections in Eastern Europe)*, Berlin: Edition Sigma, 133–180.

Kuhn, Thomas S. (1970), *The Structure of Scientific Revolutions*, Chicago, London: University of Chicago Press.

Kuzio, Taras (1995), The 1994 Parliamentary Elections in Ukraine, *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, 11(4), 335–361.

La Palombara, Joseph G. (1953), The Italian Elections and the Problem of Representation, *American Political Science Review*, 47(3), 676–703.

Laakso, Markku und Rein Taagepera (1979), 'Effective' Number of Parties: A Measure with Application to West Europe, *Comparative Political Studies*, 12(1), 3–27.

Lakeman, Enid (1970), *How Democracies Vote*, London: Faber and Faber.

Lakeman, Enid und James D. Lambert (1963), Voting in Democracies, in: Harry Eckstein und David E. Apter (Hg.), *Comparative Politics. A Reader*, London: The Free Press of Glencoe, 281–305.

Landfried, Klaus (1969), Rumänien, in: Dolf Sternberger und Bernhard Vogel (Hg.), *Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane. Ein Handbuch*, Berlin: De Gruyter, Band 1: Europa, 1031–1082.

Lavau, Georges E. (1953), *Partis Politiques et Réalités Sociales*, Paris: A. Colin.

Laver, Michael (1998), Models of Government Formation, *Annual Review of Political Science*, 1(1), 1–25.

Laver, Michael und John Garry (2000), Estimating Policy Positions from Political Texts, *American Journal of Political Science*, 44(3), 619–634.

Laver, Michael und Norman Schofield (1990), *Multiparty Government. The Politics of Coalition in Europe*, Oxford: Oxford University Press.

Lawson, Kay (1982), Political Parties and Linkage, in: Kay Lawson (Hg.), *Political Parties and Linkage: A Comparative Perspective*, New Haven, London: Yale University Press, 3–24.

Lawson, Kay; Andrea Römmele und Georgi Karasimeonov (Hg.) (1999), *Cleavages, Parties, and Voters. Bulgaria, the Czech Republic, Hungary, Poland, and Romania*, Westport, London: Praeger.

Lazarsfeld, Paul (1937), Some Remarks on Typological Procedures in Social Research, *Zeitschrift für Sozialforschung*, 6, 119–139.

Lewis, Jeffrey B. und Drew A. Linzer (2005), Estimating Regression Models in Which the Dependent Variable Is Based on Estimates, *Political Analysis*, 13(4), 345–364.

Lewis, Paul G. (2000), *Political Parties in Post-Communist Eastern Europe*, London, New York: Routledge.

Leys, Colin (1959), Models, Theories, and the Theory of Political Parties, *Political Studies*, 7, 127–146.

Leys, Colin (1963), Models, Theories, and the Theory of Political Parties, in: Harry Eckstein und David E. Apter (Hg.), *Comparative Politics. A Reader*, London: The Free Press of Glencoe, 305–315.

Lieberson, Stanley (1991), Small N's and Big Conclusions. An Examination of the Reasoning in Comparative Study Based on a Small Number of Cases, *Social Forces*, 72(2), 307–320.

Lieberson, Stanley (1994), More on the Uneasy Case for Using Mill-type Methods in Small-N Comparative Studies, *Social Forces*, 72(4), 1225–1237.

Lijphart, Arend (1971), Comparative Politics and the Comparative Method, *American Political Science Review*, 65(3), 682–693.

Lijphart, Arend (1975), The Comparable-Cases Strategy in Comparative Research, *Comparative Political Studies*, 8(2), 158–177.

Lijphart, Arend (1977), *Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration*, New Haven, London: Yale University Press.

Lijphart, Arend (1984), *Democracies. Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-one Countries*, New Haven, London: Yale University Press.

Lijphart, Arend (1985), The Field of Electoral Systems Research: A Critical Survey, *Electoral Studies*, 4(1), 3–14.

Lijphart, Arend (1986), Degrees of Proportionality of Proportional Representation Formulas, in: Bernard Grofman und Arend Lijphart (Hg.), *Electoral Laws and Their Political Consequences*, New York: Agathon Press, 120–181.

Lijphart, Arend (1987), The Demise of the Last Westminster System? Comments on the Report of New Zealand's Royal Commission on the Electoral System, *Electoral Studies*, 6(1), 97–103.

Lijphart, Arend (1988), The Political Consequences of Electoral Laws: A Critique, Re-Analysis, and Update of Rae's Classic Study, paper prepared for presentation at the International Political Science Association World Congress, Washington D.C.

Lijphart, Arend (1990), The Political Consequences of Electoral Laws, 1945-1985, *American Political Science Review*, 84(2), 481–496.

Lijphart, Arend (1992a), Democratization and Constitutional Choices in Czecho-Slovakia, Hungary and Poland 1989–91, *Journal of Theoretical Politics*, 4(2), 207–223.

Lijphart, Arend (1992b), The Electoral Systems Researcher as Detective: Probing Rae's Suspect 'Differential Proposition' on List Proportional Representation, in: Dennis Kavanagh (Hg.), *Electoral*

Politics, Oxford: Clarendon Press, 234–246.
Lijphart, Arend (1994a), *Electoral Systems and Party Systems. A Study of Twenty-Seven Democracies 1945-1990*, Oxford: Oxford University Press.
Lijphart, Arend (1994b), Presidentialism and Majoritarian Democracy: Theoretical Observations, in: Juan J. Linz und Arturo Valenzuela (Hg.), *The Failure of Presidential Democracy. Comparative Perspectives*, Baltimore, London: Johns Hopkins University Press, 91–118.
Lijphart, Arend (1997), The Difficult Science of Electoral Systems: A Commentary to the Critique by Alberto Penadés, *Electoral Studies*, 16(1), 73–77.
Lijphart, Arend (1999), *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, New Haven, London: Yale University Press.
Lijphart, Arend (2002a), Negotiation democracy versus consensus democracy: Parallel conclusions and recommendations, *European Journal of Political Research*, 41(1), 107–113.
Lijphart, Arend (2002b), The Wave of Power-Sharing Democracy, in: Andrew Reynolds (Hg.), *The Architecture of Democracy. Constitutional Design, Conflict Management, and Democracy*, Oxford: Oxford University Press, 37–54.
Lijphart, Arend und Robert W. Gibberd (1977), Thresholds and Payoffs in List Systems of Proportional Representation, *European Journal of Political Research*, 5(3), 219–244.
Lijphart, Arend und Bernard Grofman (Hg.) (1984), *Choosing an Electoral System. Issues and Alternatives*, New York: Praeger.
Lijphart, Arend; Rafael L. Pintor und Yasunori Sone (1986), The Limited Vote and the Single Nontransferable Vote: Lessons from the Japanese and Spanish Examples, in: Bernard Grofman und Arend Lijphart (Hg.), *Electoral Laws and Their Political Consequences*, New York: Agathon Press, 154–169.
Linder, Wolf und Georg Lutz (2002), Notes on Recent Elections: The parliamentary elections in Switzerland, October 1999, *Electoral Studies*, 21(1), 128–134.
Linz, Juan J. (1990), The Perils of Presidentialism, *Journal of Democracy*, 1(4), 51–69.
Linz, Juan J. (1994), Presidential or Parliamentary Democracy: Does it Make a Difference?, in: Juan J. Linz und Arturo Valenzuela (Hg.), *The Failure of Presidential Democracy. Comparative Perspectives*, Baltimore, London: Johns Hopkins University Press, 3–89.
Linz, Juan J. (1997), Introduction: some thoughts on presidentialism in eastern Europe, in: Raymond Taras (Hg.), *Postcommunist Presidents*, Cambridge: Cambridge University Press, 1–14.
Linz, Juan J. (2000), *Totalitarian and Authoritarian Regimes*, Boulder: Lynne Rienner Publishing.
Linz, Juan J. und Alfred Stepan (1996), *Problems of Democratic Transition and Consolidation*, Baltimore, London: Johns Hopkins University Press.
Lipset, Seymour Martin (1959), Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, *American Political Science Review*, 53, 69–105.
Lipset, Seymour Martin und Stein Rokkan (1967a), Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments, in: Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan (Hg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives*, New York: The Free Press, 1–64.
Lipset, Seymour Martin und Stein Rokkan (Hg.) (1967b), *Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives*, New York: The Free Press.
Lipson, Leslie (1964), *The Democratic Civilisation*, New York: Oxford University Press.
Loewenstein, Karl (1959), *Verfassungslehre*, Tübingen: Mohr.
Long Jusko, Karen und Shivley W. Philipps (2005), Applying a Two-Step Strategy to the Analysis of Cross-National Public Opinion Data, *Political Analysis*, 13(4), 327–344.
Loosemore, John und Victor J. Hanby (1971), The Theoretical Limits of Maximum Distortion: Some Analytic Expressions for Electoral Systems, *British Journal of Political Science*, 1, 467–477.
MacDonald, James Ramsay (1909), *Socialism and Government*, London: Independent Labour Party.

Mackenzie, W. J. M (1957), The Export of Electoral Laws, *Political Studies*, 4(3), 240–257.

Mackie, Thomas T. und Richard Rose (1991), *The International Almanac of Electoral History*, Washington D.C.: Congressional Quarterly, 3 Auflage.

MacMahon, Arthur W. (1933), Political Parties, United States, in: A. Johnson (Hg.), *Encyclopaedia of the Social Sciences*, London: Macmillan, 596–601.

Maguire, Maria (1983), Is There Still Persistence? Electoral Change in Western Europe, 1948-1979, in: Hans Daalder und Peter Mair (Hg.), *Western European Party Systems: Continuity and Change*, London: Sage, 67–94.

Mainwaring, Scott (1998), Party Systems in the Third Wave, *Journal of Democracy*, 9(3), 67–81.

Mainwaring, Scott und Timothy R. Scully (1995), Introduction, in: Scott Mainwaring und Timothy R. Scully (Hg.), *Party Systems in Latin America*, Stanford: Stanford University Press, 1–34.

Mair, Peter (1990), The Electoral Payoffs of Fission and Fusion, *British Journal of Political Science*, 20(1), 131–142.

Mair, Peter (1997), *Party System Change. Approaches and Interpretations*, Oxford: Clarendon Press.

Mair, Peter (2002), Mass Electoral Behaviour in Western Europe, 1950-2000, in: Hans Keman (Hg.), *Comparing Democratic Politics*, London: Sage, 122–140.

March, James G. (1957), Party-Legislative Representation as a Function of Election Results, *Public Opinion Quarterly*, 21(4), 521–542.

March, James G. und Johan P. Olsen (1984), The New Institutionalism. Organizational Factors in Political Life, *American Political Science Review*, 78(3), 734–749.

March, James G. und Johan P. Olsen (1989), *Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics*, New York: The Free Press.

Markowski, Radoslaw (1997), Political Parties and Ideological Spaces in East-Central Europe, *Communist and Post-Communist Studies*, 30(3), 221–254.

Massicotte, Louis und André Blais (1999), Mixed Electoral Systems: A Conceptual and Empirical Survey, *Electoral Studies*, 18(3), 341–366.

McFaul, Michael (1999), Institutional Design, Uncertainty, and Path Dependency during Transitions: Cases from Russia, *Constitutional Political Economy*, 10(1), 27–52.

McKelvey, Richard und Peter C. Ordeshook (1972), A General Theory of the Calculus of Voting, in: James F. Herndon und Joseph L. Bernd (Hg.), *Mathematical Applications in Political Science*, Charlottesville: University Press of Virginia, Band 6, 32–78.

McLean, Iain (1991), Forms of Representation and Systems of Voting, in: David Held (Hg.), *Political Theory Today*, Cambridge: Polity Press, 172–196.

Meleshevich, Andrey (1999), Political Consequences of Electoral Laws in Post-Soviet States: A Comparative Analysis of the Baltic States, Russia, and Ukraine, Paper prepared for delivery at the 1999 Annual Meeting of the American Political Science Association, Atlanta, September 02-05.

Mellen, Sidney L.W. (1943), The german people and the post-war world, *American Political Science Review*, 37(4), 607–625.

Merkel, Wolfgang (1999), *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, Opladen: Leske + Budrich.

Merrill, Samuel III. und Bernard Grofman (1999), *A Unified Theory of Voting. Directional and Proximity Spatial Models*, Cambridge: Cambridge University Press.

Metcalf, Lee Kendall (1997), Institutional Choice and Democratic Consolidation. The Experience of the Russian Successor States, 1918-1939, *Communist and Post-Communist Studies*, 30(3), 307–320.

Mikkel, Evald und Vello Pettai (2004), The Baltics: Independence with Divergent Electoral Systems, in: Josep M. Colomer (Hg.), *Handbook of Electoral System Choice*, Houndmills, Basingstoke: Palgrave, 332–346.

Mill, John Stuart (1843), *A System of Logic*, London.

Millard, Frances (1992), The Polish Parliamentary Elections of October 1991, *Soviet Studies*, 44(5), 837–856.

Millard, Frances (2003a), Elections in Poland 2001: electoral manipulation and party upheaval, *Communist and Post-Communist Studies*, 36(1), 69–86.

Millard, Frances (2003b), Notes on Recent Elections: The parliamentary elections in Poland, September 2001, *Electoral Studies*, 22(2), 367–374.

Millard, Frances (2004), *Elections, Parties and Representation in Post-Communist Europe*, Houndmills, Basingstoke: Palgrave.

Miller, Arthur H.; Gwyn Erb; William M. Reisinger und Vicki L. Hesli (2000), Emerging Party Systems in Post-Soviet Societies: Fact or Fiction?, *Journal of Politics*, 62(2), 455–490.

Milner, Henry (1999), *Making Every Vote Count. Reassessing Canada's Electoral System*, Peterborough: Broadview Press.

Milner, Henry (2004), *Steps Toward Making Every Vote Count: Electoral System Reform In Canada And Its Provinces*, Peterborough: Broadview Press.

Molinar, Juan (1991), Counting the Number of Parties: An Alternative Index, *American Political Science Review*, 85(4), 1383–1391.

Mommsen, Margareta (2002), Das politische System Rußlands, in: Wolfgang Ismayr (Hg.), *Die politischen Systeme Osteuropas*, Opladen: Leske + Budrich, 355–407.

Monroe, Burt L. (1994), Disproportionality and Malapportionment: Measuring Electoral Inequity, *Electoral Studies*, 13(2), 132–149.

Monroe, Burt L. (1995), Fully Proportional Representation, *American Political Science Review*, 89(4), 925–940.

Moser, Robert G. (1995), The Impact of the Electoral System on Post-Communist Party Development: the Case of the 1993 Russian Parliamentary Elections, *Electoral Studies*, 14(4), 377–398.

Moser, Robert G. (1999a), Electoral Systems and the Number of Parties in Postcommunist States, *World Politics*, 51(3), 359–384.

Moser, Robert G. (1999b), Independents and Party Formation. Elite Partisanship as an Intervening Variable in Russian Politics, *Comparative Politics*, 31(2), 147–165.

Moser, Robert G. (2001a), The Consequences of Russia's Mixed-Member Electoral System, in: Matthew S. Shugart und Martin P. Wattenberg (Hg.), *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?*, Oxford: Oxford University Press, 494–520.

Moser, Robert G. (2001b), *Unexpected Outcomes. Electoral Systems, Political Parties, and Representation in Russia*, Pittsburgh: Pittsburgh University Press.

Moser, Robert G. und Ethan Scheiner (2004), Mixed Electoral Systems and Electoral System Effects: Controlled Comparisons and Cross-National Analysis, *Electoral Studies*, 23(4), 575–599.

Moser, Robert G. und Frank C. Thames (2001), Compromise Amidst Political Conflict: The Origins of Russia's Mixed-Member System, in: Matthew S. Shugart und Martin P. Wattenberg (Hg.), *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?*, Oxford: Oxford University Press, 255–278.

Myatt, David P. (1999), A New Theory of Strategic Voting, Paper, University of Oxford, Nuffield College.

Myatt, David P. (2000), A New Theory of Strategic Voting, Paper prepared for delivery at the Annual Meeting of the American Political Science Association, Washington D.C., August 30-September 03.

Myerson, Roger B. und Robert J. Weber (1993), A Theory of Voting Equilibria, *American Political Science Review*, 87(1), 102–114.

Niedermayer, Oskar (1992), Entwicklungstendenzen der westeuropäischen Parteiensysteme: eine quantitative Analyse, in: Michael Kreile (Hg.), *Die Integration Europas*, Opladen: Westdeutscher

Verlag, 143–159.
Nohlen, Dieter (2000), *Wahlrecht und Parteiensystem. über die politischen Auswirkungen von Wahlsystemen*, Opladen: Leske + Budrich, 3 Auflage.
Nohlen, Dieter und Mirjana Kasapovic (1996), *Wahlsysteme und Systemwechsel in Osteuropa*, Opladen: Leske + Budrich.
Nørgaard, Ole und Lars Johannsen (1999), *The Baltic States after Independence*, Cheltenham: Edward Elgar, 2 Auflage.
Norris, Pippa (2004), *Electoral Engineering. Voting Rules and Electoral Behavior*, Cambridge: Cambridge University Press.
North, Douglas C. (1990), *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*, Cambridge: Cambridge University Press.
Novagrockienė, Jūratė (2001), Evolution of the Party System of Lithuania Since 1990, in: Algis Krupavičius (Hg.), *Lithuania's Seimas Election 1996: The Third Turnover: Analyses, Documents and Data (Founding Elections in Eastern Europe)*, Berlin: Edition Sigma, 239–263.
O'Donnell, Guillermo (1996), Illusions about Consolidation, *Journal of Democracy*, 7(2), 34–51.
O'Donnell, Guillermo und Philippe C. Schmitter (Hg.) (1986), *Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*, Baltimore, London: Johns Hopkins University Press.
Offe, Claus (1991), Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa, *Merkur*, 45(4), 279–292.
Olson, David M. (1998), Party Formation and Party System Consolidation in the New Democracies of Central Europe, *Political Studies*, 46(3), 432–464.
Olson, Mancur (1965), *The Logic of Collective Action. Public Goods and the Theory of Groups*, Cambridge: Harvard University Press.
Ordeshook, Peter C. und Olga Shvetsova (1994), Ethnic Heterogeneity, District Magnitude, and the Number of Parties, *American Journal of Political Science*, 38(1), 100–123.
Osiatynski, Viktor (1996), The Roundtable Talks in Poland, in: Jon Elster (Hg.), *The Roundtable Talks and the Breakdown of Communism*, Chicago, London: University of Chicago Press, 21–68.
Ost, David (1993), The Politics of Interest in Post-Communist East Europe, *Theory and Society*, 22(4), 433–486.
Ostrom, Elinor (1990), *Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action*, Cambridge: Cambridge University Press.
Palfrey, Thomas (1989), A Mathematical Proof of Duverger's Law, in: Peter C. Ordeshook (Hg.), *Models of Strategic Choice in Politics*, Ann Arbor: University of Michigan Press, 69–91.
Pappi, Franz Urban (2003), Theorie, Methoden und Forschungsansätze, in: Herfried Münkler (Hg.), *Politikwissenschaft. Ein Grundkurs*, Reinbek: Rowohlt, 77–100.
Pedersen, Mogens N. (1979), The Dynamics of European Party Systems: Changing Patterns of Electoral Volatility, *European Journal of Political Research*, 7(1), 1–26.
Penadés, Alberto (1997), A Critique of Lijphart's Electoral Systems and Party Systems, *Electoral Studies*, 16(1), 59–71.
Pennings, Paul; Hans Keman und Jan Kleinnijenhuis (1999), *Doing Research in Political Science. An Introduction to Comparative Methods and Statistics*, London: Sage.
Pennings, Paul und Jan-Erik Lane (Hg.) (1998), *Comparing Party System Change*, London: Routledge.
Pennisi, Aline (1998), Disproportionality Indexes and Robustness of Proportional Allocation Methods, *Electoral Studies*, 17(1), 3–19.
Peters, B. Guy (1996), Political Institutions, Old and New, in: Robert E. Goodin und Hans-Dieter Klingemann (Hg.), *A New Handbook of Political Science*, Oxford: Oxford University Press, 202–220.

Peters, B. Guy (1998), *Comparative Politics. Theory and Methods*, New York: New York University Press.

Pettai, Vello (2001), Estonia: Positive and Negative Institutional Engineering, in: Jan Zielonka (Hg.), *Democratic Consolidation in Eastern Europe*, Oxford: Oxford University Press, 111–138.

Pigou, Arthur Cecil (1920), *Wealth and Welfare*, London: Macmillan.

Plümper, Thomas; Thomas Tröger, Vera E. Plümper und Vera E. Tröger (2004a), Efficient Estimation of Rarely Changing Variables in Fixed Effects Models, paper University of Konstanz and Max Planck Institute of Economics.

Plümper, Thomas; Thomas Tröger, Vera E. Plümper und Vera E. Tröger (2004b), The Estimation of Time-Invariant Variables in Panel Analyses with Unit Fixed Effects, paper University of Konstanz and Max Planck Institute of Economics.

Plümper, Thomas; Vera E. Tröger und Philip Manow (2005), Panel data analysis in comparative politics: Linking method to theory, *European Journal of Political Research*, 44(2), 327–354.

Popescu, Marina (2003), Notes on Recent Elections: The parliamentary and presidential elections in Romania, November 2000, *Electoral Studies*, 22(2), 325–335.

Popper, Karl-Raimund (1988), The open society and its enemies revisited, *The Economist*, 1988(23. April).

Powell, G. Bingham (1982), *Contemporary Democracies: Participation, Stability and Violence*, Cambridge: Harvard University Press.

Powell, G. Bingham (1989), Constitutional Design and Citizen Electoral Control, *Journal of Theoretical Politics*, 1(2), 107–130.

Powell, G. Bingham (2000), *Elections as Instruments of Democracy. Majoritarian and Proportional Visions*, New Haven, London: Yale University Press.

Powell, G. Bingham und Georg S. Vanberg (2000), Election Laws, Disproportionality and Median Correspondence: Implications for Two Visions of Democracy, *British Journal of Political Science*, 30(3), 383–411.

Przeworski, Adam (1991), *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge: Cambridge University Press.

Przeworski, Adam (1992a), The Games of Transition, in: Scott Mainwaring; Guillermo O'Donnell und Samuel Valenzuela (Hg.), *Issues in Democratic Consolidation*, Notre Dame: University of Notre Dame Press, 105–152.

Przeworski, Adam (1992b), The Neoliberal Fallacy, *Journal of Democracy*, 3(3), 45–59.

Przeworski, Adam; Michael E. Alvarez; José Antonio Cheibub und Fernando Limongi (1996), What makes democracies endure?, *Journal of Democracy*, 7(1), 39–55.

Przeworski, Adam; Michael E. Alvarez; José Antonio Cheibub und Fernando Limongi (2000), *Democracy and Development. Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1990*, Cambridge: Cambridge University Press.

Przeworski, Adam und Henry Teune (1970), *The Logic of Comparative Social Inquiry*, New York: Wiley and Sons.

Rabe-Hesketh, Sophia und Anders Skrondal (2005), *Multilevel and Longitudinal Modeling Using Stata*, College Station: Stata Press.

Rae, Douglas W. (1967), *The Political Consequences of Electoral Laws*, New Haven, London: Yale University Press.

Rae, Douglas W. und Michael Taylor (1970), *The Analysis of Political Cleavages*, New Haven, London: Yale University Press.

Ragin, Charles C. (1987), *The Comparative Method. Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies*, Berkeley u.a: University of California Press.

Ragin, Charles C. (1994), Introduction to Qualitative Comparative Analysis, in: Thomas Janoski und Alexander Hicks (Hg.), *The Comparative Political Economy of the Welfare State*, Cambridge: Cambridge University Press, 299–320.

Ragin, Charles C. (2000), *Fuzzy-Set Social Science*, Chicago, London: University of Chicago Press.

Rahat, Gideon (2001), The Politics of Reform in Israel: How the Israeli Mixed System Came to Be, in: Matthew S. Shugart und Martin P. Wattenberg (Hg.), *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?*, Oxford: Oxford University Press, 123–151.

Rawls, John (1973), *A Theory of Justice*, Oxford: Oxford University Press.

Rüb, Friedbert W. (1994a), Die Herausbildung politischer Institutionen in Demokratisierungsprozessen, in: Wolfgang Merkel (Hg.), *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung*, Opladen: Leske + Budrich, 111–137.

Rüb, Friedbert W. (1994b), Schach dem Parlament! – über semipräsidentielle Regierungssysteme in einigen postkommunistischen Gesellschaften, *Leviathan*, 22(2), 260–292.

Reed, Steven R. (1999), Strategic Voting in the 1996 Japanese General Election, *Comparative Political Studies*, 32(2), 257–270.

Reed, Steven R. (2001), Duverger's Law is Working in Italy, *Comparative Political Studies*, 34(3), 312–327.

Reed, Steven R. und Michael F. Thies (2001), The Causes of Electoral Reform in Japan, in: Matthew S. Shugart und Martin P. Wattenberg (Hg.), *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?*, Oxford: Oxford University Press, 152–172.

Reich, Gary (2004), The evolution of new party systems: are early elections exceptional?, *Electoral Studies*, 23(2), 235–250.

Reilly, Ben (2001), *Democracy in Divided Societies. Electoral Engineering for Conflict Management*, Cambridge: Cambridge University Press.

Remington, Thomas F. (1998), Political Conflict and Institutional Design: Paths of Party Development in Russia, *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, 14(1-2), 201–223.

Remington, Thomas F. und Steven S. Smith (1995), The Development of Parliamentary Parties in Russia, *Legislative Studies Quarterly*, 20(4), 457–489.

Remington, Thomas F. und Steven S. Smith (1996), Political Goals, Institutional Context, and the Choice of an Electoral System: The Russian Parliamentary Election Law, *American Journal of Political Science*, 40(4), 1253–1279.

Reynolds, Andrew (2000), The Comparative Study of Electoral Systems: Is it time for a mid-life crisis?, Paper prepared for delivery at the Annual Meeting of the American Political Science Association, Washington D.C., August 30-September 03.

Reynolds, Andrew und Ben Reilly (1997), *The International IDEA Handbook of Electoral System Design*, Stockholm: International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA).

Riedel, Sabine (1993), Die türkische Minderheit im parlamentarischen System Bulgariens, *Südosteuropa*, 42(2), 100–124.

Riedel, Sabine (2002), Das politische System Bulgariens, in: Wolfgang Ismayr (Hg.), *Die politischen Systeme Osteuropas*, Opladen: Leske + Budrich, 563–602.

Riker, William H. (1964), *Federalism. Origin, Operation, Significance*, Boston: Little Brown.

Riker, William H. (1976), The Number of Political Parties. A Reexamination of Duverger's Law, *Comparative Politics*, 9, 93–106.

Riker, William H. (1982), The Two-Party System and Duverger's Law. An Essay on the History of Political Science, *American Political Science Review*, 76(4), 753–766.

Riker, William H. und Peter C. Ordeshook (1968), A Theory of the Calculus of Voting, *American Political Science Review*, 62(1), 25–42.

Roberts, Kenneth M. und Eric Wibbels (1999), Party Systems and Electoral Volatility in Latin America: A Test of Economic, Institutional, and Structural Explanations, *American Political Science Review*, 93(3), 575–590.

Roeder, Philip G. (1993), *Red Sunset: The Failure of Soviet Politics*, Princeton: Princeton University Press.

Rokkan, Stein (1968), The Growth and Structuring of Mass Politics in Smaller European Democracies, *Comparative Studies in Society and History*, 10(2), 173–210.

Rokkan, Stein (1970), *Citizens, Elections, Parties. Approaches to the Comparative Study of the Processes of Development*, Oslo: Universitetsforlaget.

Rokkan, Stein (1977), Towards a Generalized Concept of Verzuiling, *Political Studies*, 25(4), 563–570.

Rokkan, Stein (2000), *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Rose, Richard; Ian McAllister und Stephen White (1997), *How Russia Votes*, Chatham: Chatham House Publishers.

Rose, Richard und Neil Munro (2003), *Elections and Parties in New European Democracies*, Washington: CQ Press.

Rose, Richard; Neil Munro und Thomas Mackie (1998), *Elections in Central and Eastern Europe since 1990*, Studies in Public Policy 300, Strathclyde: Center for the Study of Public Policy.

Rose, Richard und Derek W. Urwin (1970), Persistence and Change in Western Party Systems since 1945, *Political Studies*, 18(3), 287–319.

Roskin, Michael G. (1993), The Emerging Party Systems of Central and Eastern Europe, *East European Quarterly*, 27(1), 47–63.

Rouquié, Alain (1978), Clientelist Control and Authoritarian Contexts, in: Guy Helmet; Richard Rose und Alain Rouquié (Hg.), *Elections without Choice*, London: Macmillan, 9–35.

Rustow, Dankwart A. (1950), Some Observations on Proportional Representation, *Journal of Politics*, 12(1), 107–127.

Rustow, Dankwart A. (1970), Transitions to Democracy, *Comparative Politics*, 2(3), 337–363.

Sani, Giacomo und Giovanni Sartori (1983), Polarization, Fragmentation and Competition in Western Democracies, in: Hans Daalder und Peter Mair (Hg.), *Western European Party Systems. Continuity and Change*, London: Sage, 307–340.

Sartori, Giovanni (1968), Political Development and Political Engineering, in: John D. Montgomery und Albert O. Hirschman (Hg.), *Public Policy*, Cambridge: Cambridge University Press, 261–298.

Sartori, Giovanni (1969), From the Sociology of Politics to Political Sociology, in: Seymour Martin Lipset (Hg.), *Politics and the Social Sciences*, Oxford: Oxford University Press, 65–100.

Sartori, Giovanni (1976), *Parties and Party Systems: A Framework for Analysis*, Band 1, Cambridge: Cambridge University Press.

Sartori, Giovanni (1986), The Influence of Electoral Systems: Faulty Laws or Faulty Method?, in: Bernard Grofman und Arend Lijphart (Hg.), *Electoral Laws and Their Political Consequences*, New York: Agathon Press, 43–68.

Sartori, Giovanni (1994), *Comparative Constitutional Engineering. An Inquiry into Structures, Incentives and Outcomes*, London: Macmillan.

Satterthwaite, Mark A. (1975), Strategy-Proofness and Arrow's Conditions: Existence and Correspondence Theorems for Voting Procedures and Social Welfare Functions, *Journal of Economic Theory*, 10(1), 1–7.

Savolainen, Jukka (1994), The Rationality of Drawing Big Conclusions Based on Small Samples: In Defense of Mill's Methods, *Social Forces*, 72(4), 1217–1224.

Scarrow, Susan E. (2001), Germany: The Mixed-Member System as a Political Compromise, in: Matthew S. Shugart und Martin P. Wattenberg (Hg.), *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both*

Worlds?, Oxford: Oxford University Press, 55–69.
Schattschneider, Elmer Eric (1942), *Party Government*, New York: Farrar and Rinehart.
Schelling, Thomas C. (1980), *The Strategy of Conflict*, Cambridge: Harvard University Press.
Schiemann, John S. (2001), Hedging against Uncertainty: Regime Change and the Origins of Hungary's Mixed-Member System, in: Matthew S. Shugart und Martin P. Wattenberg (Hg.), *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?*, Oxford: Oxford University Press, 231–254.
Schiemann, John W. (2004), Hungary: Compromising on a Mixed System, in: Josep M. Colomer (Hg.), *Handbook of Electoral System Choice*, Houndmills, Basingstoke: Palgrave, 359–368.
Schmidt, Manfred G. (2000), *Demokratietheorien*, Opladen: Leske + Budrich.
Schmidt, Manfred G. (2002), Political performance and types of democracy: Findings from comparative studies, *European Journal of Political Research*, 41(1), 147–163.
Schmitter, Philippe C. und Terry L. Karl (1991), What Democracy Is ... and Is Not, *Journal of Democracy*, 2(3), 75–89.
Schmitter, Philippe C. und Terry L. Karl (1994), The Conceptual Travels of Transitologists and Considologists: How Far East Should They Attempt to Go?, *Slavic Review*, 53(1), 173–185.
Schofield, Norman (2000), Constitutional Political Economy. On the Possibility of Combining Rational Choice Theory and Comparative Politics, *Annual Review of Political Science*, 3(1), 277–303.
Schöpflin, George (1991), Post-Communism: Constructing New Democracies in Central Europe, *International Affairs*, 5(1), 235–250.
Schumpeter, Joseph Alois (2000), *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Stuttgart: Francke.
Shamir, Michael (1984), Are Western European Party Systems 'Frozen'?, *Comparative Political Studies*, 17(1), 35–79.
Shamir, Michael (1985), Changes in Electoral Systems as 'Interventions': Another Test of Duverger's Hypothesis, *European Journal of Political Research*, 13(1), 1–10.
Shugart, Matthew S. (1997), Politicians, Parties, and Presidents: An Exploration of Post-Authoritarian Institutional Design, in: Beverly Crawford und Arend Lijphart (Hg.), *Liberalisation and Leninist Legacies: Comparative Perspectives on Democratic Transitions*, Berkeley: University of California Press, 40–90.
Shugart, Matthew S. (2001a), Electoral 'efficiency' and the move to mixed-member systems, *Electoral Studies*, 20(2), 173–193.
Shugart, Matthew S. (2001b), 'Extreme' Electoral Systems and the Appeal of the Mixed-Member Alternative, in: Matthew S. Shugart und Martin P. Wattenberg (Hg.), *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?*, Oxford: Oxford University Press, 9–24.
Shugart, Matthew S. und John M. Carey (1992), *Presidents and Assemblies. Constitutional Design and Electoral Dynamics*, Cambridge: Cambridge University Press.
Shugart, Matthew S. und Martin P. Wattenberg (2001a), Conclusion: Are Mixed-Member Systems the Best of Both Worlds?, in: Matthew S. Shugart und Martin P. Wattenberg (Hg.), *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?*, Oxford: Oxford University Press, 571–596.
Shugart, Matthew S. und Martin P. Wattenberg (2001b), Introduction: The Electoral Reform of the Twenty-First Century?, in: Matthew S. Shugart und Martin P. Wattenberg (Hg.), *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?*, Oxford: Oxford University Press, 1–8.
Shugart, Matthew S. und Martin P. Wattenberg (2001c), Mixed-Member Electoral Systems: A Definition and Typology, in: Matthew S. Shugart und Martin P. Wattenberg (Hg.), *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?*, Oxford: Oxford University Press, 9–24.
Shugart, Matthew S. und Martin P. Wattenberg (Hg.) (2001d), *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?*, Oxford: Oxford University Press.
Shvetsova, Olga (2004), Russia: Compromising a Long-Lasting Transitional Formula, in: Josep M. Colomer (Hg.), *Handbook of Electoral System Choice*, Houndmills, Basingstoke: Palgrave, 382–397.

Smith-Sivertsen, Hermann (1998), Latvia, in: Sten Berglund; Thomas Hellén und Frank H. Aarebrot (Hg.), *The Handbook of Political Change in Eastern Europe*, Cheltenham: Edward Elgar, 89–119.

Snijders, Tom A.B. und Roel J. Bosker (1999), *Multilevel Analysis. An Introduction to Basic and Advanced Multilevel Modeling*, London: Sage.

Sprudzs, Adolf (2001), Rebuilding Democracy in Latvia: Overcoming a Dual Legacy, in: Jan Zielonka (Hg.), *Democratic Consolidation in Eastern Europe. Institutional Engineering*, Oxford: Oxford University Press, 139–164.

Steenbergen, Marco R. und Bradford S. Jones (2002), Modeling Multilevel Data Structures, *American Journal of Political Science*, 46(1), 218–237.

Steinmo, Sven; Kathleen Thelen und Frank Longstreth (Hg.) (1992), *Structuring Politics: Historical Institutionalism in Comparative Perspective*, Cambridge: Cambridge University Press.

Stepan, Alfred und Cindy Skach (1993), Constitutional Frameworks and Democratic Consolidation. Parliamentarism versus Presidentialism, *World Politics*, 46(1), 1–22.

Sternberger, Dolf (1964), *Die große Wahlreform. Zeugnisse einer Bemühung*, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Sternberger, Dolf und Bernhard Vogel (Hg.) (1969), *Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane. Ein Handbuch*, Band 1: Europa, Berlin: De Gruyter.

Stoll, Heather (2005), *Social Cleavages, Political Institutions and Party Systems. Putting Preferences Back Into the Fundamental Equation of Politics*, Dissertation, Stanford University.

Taagepera, Rein (1986), Reformulating the Cube Law of Proportional Representation, *American Political Science Review*, 80(2), 489–504.

Taagepera, Rein (1989), Empirical Thresholds of Representation, *Electoral Studies*, 8(2), 105–116.

Taagepera, Rein (1990), The Baltic States, *Electoral Studies*, 9(4), 303–311.

Taagepera, Rein (1993), Running for President of Estonia: A Political Scientist in Politics, *PS: Political Science and Politics*, 26(2), 302–303.

Taagepera, Rein (1995), Notes on Recent Elections: Estonian Parliamentary Elections, March 1995, *Electoral Studies*, 14(3), 328–332.

Taagepera, Rein (1997), Effective Number of Parties for Incomplete Data, *Electoral Studies*, 16(2), 145–151.

Taagepera, Rein (1998a), Effective Magnitude and Effective Threshold, *Electoral Studies*, 17(4), 393–404.

Taagepera, Rein (1998b), How Electoral Systems Matter for Democratization, *Democratization*, 5(3), 68–91.

Taagepera, Rein (1998c), Nationwide Inclusion and Exclusion Thresholds of Representation, *Electoral Studies*, 17(4), 405–417.

Taagepera, Rein (1999), Ignorance-based quantitative models and their practical implications, *Journal of Theoretical Politics*, 11(3), 421–431.

Taagepera, Rein (2002), Designing Electoral Rules and Waiting for an Electoral System to Evolve, in: Andrew Reynolds (Hg.), *The Architecture of Democracy. Constitutional Design, Conflict Management, and Democracy*, Oxford: Oxford University Press, 248–264.

Taagepera, Rein und Bernard Grofman (1985), Rethinking Duverger's Law: Predicting the Effective Number of Parties in Plurality and PR Systems – Party Minus Issues Equals One, *European Journal of Political Research*, 13, 341–352.

Taagepera, Rein und Bernard Grofman (2003), Mapping the Indices of Seats-Votes Disproportionality and Inter-Election Volatility, *Party Politics*, 9(6), 659–677.

Taagepera, Rein und Markku Laakso (1980), Proportionality Profiles of West European Electoral Systems, *European Journal of Political Research*, 8, 424–446.

Taagepera, Rein und Matthew S. Shugart (1989a), Designing electoral systems, *Electoral Studies*, 8(1), 49–58.

Taagepera, Rein und Matthew S. Shugart (1989b), *Seats and Votes. The Effects and Determinants of Electoral Systems*, New Haven, London: Yale University Press.

Taagepera, Rein und Matthew S. Shugart (1993), Predicting the Number of Parties: A Quantitative Model of Duverger's Mechanical Effect, *American Political Science Review*, 87(2), 455–464.

Thelen, Kathleen (1999), Historical Institutionalism in Comparative Politics, *Annual Review of Political Science*, 2(1), 369–404.

Tiemann, Guido (2002), Die baltischen Staaten, in: Detlef Jahn und Nikolaus Werz (Hg.), *Politische Systeme und Beziehungen im Ostseeraum*, München: Olzog, 57–79.

Tiemann, Guido und Detlef Jahn (2002), Koalitionen in den baltischen Staaten: Lehrstücke für die Bedeutung funktionierender Parteien, in: Sabine Kropp; Suzanne S. Schüttemeyer und Roland Sturm (Hg.), *Koalitionen in West- und Osteuropa*, Opladen: Leske + Budrich, 272–300.

Tóka, Gábor (1995), Seats and Votes: Consequences of the Hungarian Election Law, in: Gábor Tóka (Hg.), *The 1990 Election to the Hungarian National Assembly: Analyses, Documents and Data (Founding Elections in Eastern Europe)*, Berlin: Edition Sigma, 41–66.

Tóka, Gabór (1996), Parties and Electoral Choices in Eastern Europe, in: Paul G. Lewis und Geoffrey Pridham (Hg.), *Stabilising Fragile Democracies. Comparing New Party Systems in Southern and Eastern Europe*, London, New York: Routledge, 100–125.

Tóka, Gabór (1998), Party Appeals and Voter Loyalty in New Democracies, *Political Studies*, 46(3), 589–610.

Tsebelis, George (1990), *Nested Games. Rational Choice in Comparative Politics*, Berkeley u.a.: University of California Press.

Tworzecki, Hubert (2003), *Learning to Choose*, Princeton: Stanford University Press.

Varrak, Toomas (2000), Estonia: Crises and 'Pre-Emptive' Authoritarianism, in: Dirk Berg-Schlosser und Jeremy Mitchell (Hg.), *Conditions of Democracy in Europe, 1919-39. Systematic Case Studies*, London: Macmillan, 106–128.

Vinton, Louisa (1992), The Polish Government in Search of a Program, *RFE/ RL Research Report*, 1(13), 5–12.

Vinton, Louisa (1993), Poland's New Election Law: Fewer Parties, Same Impasse, *RFE/RL Research Report*, 2(28), 7–17.

von Beyme, Klaus (1985), *Political Parties in Western Democracies*, Aldershot: Gower.

von Beyme, Klaus (1994), *Systemwechsel in Osteuropa*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

von Beyme, Klaus (1999), *Die parlamentarische Demokratie. Entstehung und Funktionsweise 1789-1999*, Opladen: Westdeutscher Verlag.

von Beyme, Klaus (2000a), *Die politischen Theorien der Gegenwart*, Opladen: Westdeutscher Verlag.

von Beyme, Klaus (2000b), *Parteien in westlichen Demokratien. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Weaver, R. Kent (2001), Electoral Rules and Electoral Reform in Canada, in: Matthew S. Shugart und Martin P. Wattenberg (Hg.), *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?*, Oxford: Oxford University Press, 542–570.

Weingast, Barry R. (1996), Political Institutions: Rational Choice Perspectives, in: Robert E. Goodin und Hans-Dieter Klingemann (Hg.), *A New Handbook of Political Science*, Oxford: Oxford University Press, 167–190.

Welsch, Roy E. (1986), Comment [on Chatterjee and Hadi 1986], *Statistical Science*, 1, 403–405.

White, H. (1980), A Heteroscedasticity-Consistent Covariance Matrix Estimator and a Direct Test for Heteroskedasticity, *Econometrica*, 48, 817–838.

White, Stephen (1997), Russia: presidential leadership under Yeltsin, in: Raymond Taras (Hg.), *Post-communist Presidents*, Cambridge: Cambridge University Press, 15–37.

White, Stephen; Graeme Gill und Darell Slider (1993), *The Politics of Transformation. Shaping a Post-Soviet Future*, Cambridge University Press: Cambridge.

Whitefield, Stephen (2002), Political Cleavages and Post-Communist Politics, *Annual Review of Political Science*, 5(1), 181–200.

Wightman, Gordon (1995), Conclusions, in: Gordon Wightman (Hg.), *Party Formation in East-Central Europe: Post-Communist Politics in Czechoslovakia, Hungary, Poland and Bulgaria*, Aldershot: Edward Elgar, 238–262.

Wildavsky, Aaron B. (1959), A Methodological Critique of Duverger's 'Political Parties', *Journal of Politics*, 21(2), 303–318.

Williams, J. Fisher (1918), *The reform of representation*, London: John Murray.

Wilson, Andrew (1999), Voting Stability, Political Gridlock: Ukraine's 1998 Parliamentary Election, *Europe-Asia Studies*, 51(6), 1039–1068.

Wolinetz, Steven B. (1979), The Transformation of the Western European Party Systems Revisited, *West European Politics*, 2(1), 4–28.

Wooldridge, Jeffrey M. (2000), *Introductory Econometrics. A Modern Approach*, South-Western College Publishing.

Wright, Jack F. H. (1986), Australian Experience with Majority-Preferential and Quota-Preferential Systems, in: Bernard Grofman und Arend Lijphart (Hg.), *Electoral Laws and Their Political Consequences*, New York: Agathon Press, 124–138.

Zielonka, Jan (1994), New Institutions in the Old East Block, *Journal of Democracy*, 5(4), 87–104.

Ziemer, Klaus und Claudia-Yvette Matthes (2002), Das politische System Polens, in: Wolfgang Ismayr (Hg.), *Die politischen Systeme Osteuropas*, Opladen: Leske + Budrich, 185–237.